Stadt Oberhausen	**Drucksache Nr.** **M/16/1597-01**	**Termin** **09.05.2016**	**Rat der Stadt**
Bericht / Mitteilung			**öffentlich**

Termin	**Gremium**	**Vorlage zur***	**Ergebnis**	**Beschluss-kontrolle***
25.04.2016	Finanz- und Personalausschuss	K		
09.05.2016	Rat der Stadt	K		

Berichtsgegenstand

Gesamtabschluss 2014 der Stadt Oberhausen

Kenntnisnahme des Gesamtabschlusses 2014 der Stadt Oberhausen durch den Rat der Stadt Oberhausen sowie Überweisung an den zuständigen Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung und Erstellung des Schlussberichtes gemäß §§ 59 Abs. 3, 116 Abs. 6 GO NRW in Verbindung mit § 101 GO NRW

Sachdarstellung

Die Gemeinde hat gemäß § 116 Abs. 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen.

Er besteht nach § 116 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit 49 Abs. 1 der Gemeindehaushalts-verordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) aus

- der Gesamtergebnisrechnung,
- der Gesamtbilanz und
- dem Gesamtanhang und ist um
- einen Gesamtlagebericht zu ergänzen.

Bereichsleiterin Bereich 1-1 **Stöhr** **17.03.16**	**Dezernent** **Datum**	**Kämmerer** **Tsalastras** **Datum 18.03.16**	**Oberbürgermeister** **Schranz** **Datum 21.03.16**

*** Vorlage zur:**	*** Ergebnis :**	**Beteiligung:**
Kenntnisnahme (K)	**Kenntnisnahme (K)**	**Personalrat [ ]** **Gleichstellungsstelle [ ]**

Am Schluss des Gesamtlageberichtes sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70 GO NRW, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

- der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,
- der ausgeübte Beruf,
- die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,
- die Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,
- die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

Nach § 117 Abs. 1 GO NRW sowie § 49 Abs. 2 GemHVO NRW ist dem Gesamtabschluss ein Beteiligungsbericht beizufügen.

Zu dem Gesamtabschluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 GO NRW und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. In den Gesamtabschluss müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach § 116 Abs. 2 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang darzustellen.

Gemäß § 116 Abs. 5 GO NRW in Verbindung mit § 95 Abs. 3 GO NRW wurde der Entwurf des Gesamtabschlusses vom Stadtkämmerer aufgestellt und vom Oberbürgermeister bestätigt.

Der Gesamtabschluss ist anschließend gemäß § 116 Abs. 6 GO NRW vom Rechnungsprüfungsausschuss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Gesamtabschlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabschluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde erwecken. § 101 Abs. 2 bis 8 gilt entsprechend. In die Prüfung nach Abs. 6 müssen die Jahresabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn diese nach gesetzlichen Vorschriften geprüft worden sind.

Nach § 116 Abs. 1 Satz 3 GO NRW bestätigt der Rat den geprüften Gesamtabschluss durch Beschluss.

Die wesentlichen Eckpunkte des Entwurfes des Gesamtabschlusses sind:

- Gesamtergebnis

Der Gesamtabschluss 2014 der Stadt Oberhausen schließt im Ergebnis mit einem Fehlbetrag von 66.280 TEUR (zum Vergleich: Jahresabschluss 2014 Kernhaushalt: 62.373 TEUR).

Das Gesamtjahresergebnis ergibt sich aus dem Saldo des „Ordentlichen Gesamtergebnisses“ und des „Gesamtfinanzergebnisses“ unter Berücksichtigung des „Außerordentlichen Gesamtergebnisses“ wie folgt:

	in TEUR	
Ordentliche Gesamterträge	711.768	
Ordentliche Gesamtaufwendungen	743.936	
Ordentliches Gesamtergebnis	- 32.168	
Gesamtfinanzergebnis	- 34.111	
Gesamtergebnis der lfd. Geschäftstätigkeit	- 66.280	*(Rundungsdifferenzen)*
Außerordentliches Gesamtergebnis	- 0	
Gesamtjahresergebnis	- 66.280	

- Gesamtbilanz

Die Gesamtbilanz 2014 der Stadt Oberhausen schließt mit einem Bilanzvolumen von 2.978.080 TEUR in Aktiva und Passiva.

Die Schulden auf der Passivseite übersteigen das Vermögen auf der Aktivseite um 1.068.322 TEUR und werden dementsprechend als „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgewiesen (zum Vergleich: „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ im Jahresabschluss 2014 Kernhaushalt: 1.042.248 TEUR).

Der Gesamtabschluss 2014 wird, wie bereits erstmals zur Erstellung des Gesamtabschlusses 2012 praktiziert, aus Gründen der Kostenersparnis im Rahmen der Haushaltskonsolidierung in digitalisierter Form als CD zur Verfügung gestellt bzw. ist innerhalb des Ratsinformationssystems in Dateiform bereitgestellt. Jede Fraktion erhält darüber hinaus eine Fassung in Papierform.

Anlage

Gesamtabschluss 2014

Gesamtabschluss der Stadt Oberhausen
für das Haushaltsjahr 2014

Der Gesamtabschluss 2014 wurde von mir gemäß § 116 Abs. 5 in Verbindung mit § 95 Abs. 3 GO NRW aufgestellt.

Oberhausen, den 19. FEB. 2016

Stadtkämmerer

Der Gesamtabschluss 2014 wurde von mir gemäß § 116 Abs. 5 in Verbindung mit § 95 Abs. 3 GO NRW bestätigt.

Oberhausen, den 9. MRZ. 2016

Oberbürgermeister

Gesamtabschluss 2014

1. Gesamtergebnis 3
2. Gesamtbilanz 4
3. Gesamtanhang 7
3.1 Allgemeine Angaben 7
3.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 14
3.3 Erläuterungen zur Bilanz 16
3.3.1 Aktiva 16
3.3.1.1 Anlagevermögen 16
3.3.1.2 Umlaufvermögen 21
3.3.1.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten 21
3.3.1.4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag 21
3.3.2 Passiva 22
3.3.2.1 Eigenkapital 22
3.3.2.2 Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung. 22
3.3.2.3 Sonderposten 22
3.3.2.4 Rückstellungen 23
3.3.2.5 Verbindlichkeiten 24
3.3.2.6 Passive Rechnungsabgrenzungsposten 27
3.4 Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Gesamtergebnisrechnung 27
3.4.1 Ordentliche Gesamterträge 27
3.4.2 Ordentliche Gesamtaufwendungen 29
3.4.3 Ordentliches Gesamtergebnis 31
3.4.4 Finanzerträge 31
3.4.5 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen 31
3.4.6 Gesamtfinanzergebnis 31
3.4.7 Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit 32
3.4.8 Außerordentliches Gesamtergebnis 32
3.4.9 Gesamtjahresergebnis 32
3.5 Sonstige Gesamtanhangsangaben 32
3.5.1 Haftungsverhältnisse 32
3.5.2 Sonstige Verpflichtungen 32
3.5.3 Gesonderte Gesamtanhangsangaben 33
4. Gesamtlagebericht 35
4.1 Allgemeine Angaben 35
4.2 Erläuterungen im Einzelnen 35
4.2.1 Vermögens- und Schuldenlage 35

4.2.2 Ertrags- und Aufwandssituation 38
4.2.3 Finanzlage 54
4.3 Rahmenbedingungen 55
4.4 Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage 55
4.4.1 Analyse der Gesamtschuldenlage 55
4.4.2 Analyse der Gesamtvermögenslage 56
4.4.3 Analyse der Gesamtfinanzlage 56
4.4.4 Analyse der Gesamtertrags- und Aufwandssituation 57
4.5 Örtliche Besonderheiten 57
4.5.1 Kernverwaltung 57
4.5.2 Konzernstruktur 60
4.6 Wesentliche Chancen und Risiken des „Konzerns Stadt Oberhausen“ 64
4.6.1 Chancen 64
4.6.1.1 Generelle Chancen 64
4.6.1.2 Chancen aus Beteiligungen 66
4.6.2 Risiken 68
4.6.2.1 Generelle Risiken 68
4.6.2.2 Zinsrisiko im Besonderen 70
4.6.2.3 Risiken aus Beteiligungen im Besonderen 70
4.6.2.4 Risikomanagement 73
4.7 Erläuterungen der Kennzahlen 74
4.7.1 Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital (Eigenkapitalquote) 74
4.7.2 Relation des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen (Anlageintensität) 74
4.7.3 Bindung Kommunales Vermögen in der Infrastruktur (Infrastrukturquote) 75
4.7.4 Anlagendeckungs- und Liquiditätsgrad 75
4.7.5 Verbindlichkeitsquote und Verschuldungsgrad 76
4.7.6 Finanzierung der Gemeinde aus eigenen Mitteln (Steuerquote) 76
4.7.7 Abhängigkeit der Gemeinde von Dritten (Zuwendungsquote) 77
4.7.8 Aussagen zur Intensität der Aufwendungen (Personal-, Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen, Zinsen) 77
4.8 Wichtige Vorgänge und Nachträge 79
4.9 Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates 80
5. Beteiligungsbericht 115

1. Gesamtergebnis

Gesamtergebnis	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
01 Steuern und ähnliche Abgaben	209.145.446,88	211.021.706,48
02 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	262.441.356,55	254.666.503,41
03 Sonstige Transfererträge	4.113.855,68	3.937.354,12
04 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	96.675.476,27	95.180.938,38
05 Privatrechtliche Leistungsentgelte	41.885.496,74	40.934.488,19
06 Kostenerstattung und Kostenumlagen	53.909.708,45	43.869.599,68
07 Sonstige ordentliche Erträge	34.312.692,81	31.771.693,66
08 Aktivierte Eigenleistungen	7.581.919,64	4.465.049,58
09 Bestandsveränderungen (-/+)	1.701.496,00	-197.160,76
10 = Ordentliche Gesamterträge (01 bis 09)	**711.767.449,02**	**685.650.172,74**
11 Personalaufwendungen	185.242.862,38	182.250.277,05
12 Versorgungsaufwendungen	21.175.553,33	15.906.159,32
13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	129.643.737,85	137.977.790,31
14 Bilanzielle Abschreibungen	73.938.840,77	92.577.333,83
15 Transferaufwendungen	216.990.405,82	206.184.572,41
16 Sonstige ordentliche Aufwendungen	116.944.706,68	117.579.035,13
17 = Ordentliche Gesamtaufwendungen (11 bis 16)	**743.936.106,83**	**752.475.168,05**
18 = Ordentliches Gesamtergebnis (10+17)	**-32.168.657,81**	**-66.824.995,31**
19 Finanzerträge	9.749.276,70	10.287.446,48
20 Finanzaufwendungen	43.860.676,65	42.675.099,49
21 = Gesamtfinanzergebnis (19 + 20)	**-34.111.399,95**	**-32.387.653,01**
22 = Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit (18 + 21)	**-66.280.057,76**	**-99.212.648,32**
23 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
24 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
25 = Außerordentliches Gesamtergebnis (23 + 24)	**0,00**	**0,00**
26 = Gesamtjahresergebnis (22 + 25)	**-66.280.057,76**	**-99.212.648,32**

Nachrichtlich:
Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit dem Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag
(§43 Abs.3 GemHVO)

*27 Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen**	*8.247,00*
*28 Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen**	*0,00*
*29 Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen**	*87.736,51*
*30 Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen**	*226.586,57*
*31 = Verrechnungssaldo (27 bis 30)**	*-306.076,08*

**Vergleichswerte für 2013 liegen nicht vor*

2. Gesamtbilanz

A K T I V A	EUR	EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
1. Anlagevermögen			**1.809.389.449,66**	**1.857.233.420,17**
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände			**7.750.779,29**	**8.532.265,31**
1.1.1 Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Vollkonsolidierung		**6.846.797,29**		**7.530.000,30**
1.1.2 Sonstige erworbene immaterielle Vermögensgegen stände		**903.982,00**		**1.002.265,01**
1.2 Sachanlagen			**1.705.455.879,20**	**1.752.414.024,66**
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		**183.902.617,80**		**186.015.036,47**
1.2.1.1 Grünflächen	114.669.270,21			115.061.270,49
1.2.1.2 Ackerland	2.492.342,23			2.492.342,23
1.2.1.3 Wald, Forsten	4.834.263,63			4.834.263,63
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	61.906.741,73			63.627.160,12
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		**491.618.316,77**		**513.114.593,90**
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	16.937.059,52			17.597.451,63
1.2.2.2 Schulen	237.881.081,43			249.287.948,35
1.2.2.3 Wohnbauten	27.208.972,76			28.192.234,17
1.2.2.4 Soziale Einrichtungen	24.053.277,74			24.858.962,74
1.2.2.5 Sportstätten	26.312.232,35			27.330.238,60
1.2.2.6 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	159.225.692,97			165.847.758,41
1.2.3 Infrastrukturvermögen		**936.033.112,00**		**955.837.418,81**
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	164.993.211,29			164.970.071,56
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	50.578.527,00			51.431.805,00
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausr. und Sicherungsanla gen	24.537.431,87			26.473.259,79
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitungsanlagen	309.210.196,87			309.982.726,87
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen, Verkehrslenkungs anl.	344.491.486,38			357.346.396,20
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	42.222.258,59			45.633.159,39

A K T I V A	EUR	EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden		**1.129.457,00**		**1.163.287,00**
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler		**7.536.713,52**		**6.904.111,52**
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge		**31.358.465,42**		**37.355.154,32**
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung		**19.718.846,24**		**20.853.776,03**
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		**34.158.350,45**		**31.170.646,61**
1.3 Finanzanlagen			**96.182.791,17**	**96.287.130,20**
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen		**4.017.154,98**		**4.017.154,98**
1.3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen		**59.499.710,60**		**59.251.183,36**
davon Unterschiedsbetrag aus Equity-Konsolidierung		42.640.423,89		42.640.775,23
1.3.3 Übrige Beteiligungen		**9.268.595,73**		**9.268.595,73**
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens		**22.263.983,67**		**22.477.713,89**
1.3.5 Ausleihungen		**1.133.346,19**		**1.272.482,24**
2. Umlaufvermögen			**82.021.370,17**	**77.351.608,43**
2.1 Vorräte			**18.474.557,00**	**13.112.120,48**
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			**51.194.632,89**	**55.341.342,30**
2.3 Liquide Mittel			**12.352.180,28**	**8.898.145,65**
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten			**18.347.382,48**	**14.546.717,42**
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			**1.068.322.176,85**	**1.006.257.930,71**
4.1 Fehlbetrag Vorjahre			**356.162.795,72**	**356.156.918,78**
4.2 Ergebnisvorträge			**645.879.323,37**	**550.888.363,61**
4.3 Gesamtjahresüberschuss/-fehlbetrag			**66.280.057,76**	**99.212.648,32**
			2.978.080.379,16	**2.955.389.676,73**

P A S S I V A	EUR	EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
1. Eigenkapital				
2. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung			**0,00**	**0,00**
3. Sonderposten			**483.008.850,02**	**499.722.232,68**
3.1 Sonderposten für Zuwendungen		**415.350.747,21**		**428.777.880,87**
3.2 Sonderposten für Beiträge		**64.587.113,75**		**66.583.122,21**
3.3 Sonderposten für den Gebührenausgleich		**2.555.606,87**		**3.827.440,90**
3.4 Sonstige Sonderposten		**515.382,19**		**533.788,70**
4. Rückstellungen			**474.078.566,74**	**463.586.276,41**
4.1 Pensionsrückstellungen		**401.480.322,11**		**387.015.526,11**
4.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten		**600.000,00**		**600.000,00**
4.3 Instandhaltungsrückstellungen		**4.264.592,87**		**4.308.827,55**
4.4 Steuerrückstellungen		**137.326,00**		**799.800,00**
4.5 Sonstige Rückstellungen		**67.596.325,76**		**70.862.122,75**
5. Verbindlichkeiten			**1.998.030.940,91**	**1.971.205.141,15**
5.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		**392.023.099,92**		**405.911.945,83**
5.1.1 vom öffentlichen Bereich*	7.240.242,45			
5.1.2 von Kreditinstituten*	384.782.857,47			
5.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung		**1.566.300.000,00**		**1.515.200.000,00**
5.2.1 vom privaten Kreditmarkt*	1.566.300.000,00			
5.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		**12.244.024,95**		**21.643.655,42**
5.4 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen*		**2.113.163,50**		
5.5 Sonstige Verbindlichkeiten		**21.598.465,06**		**28.449.539,90**
5.6 Erhaltene Anzahlungen*		**3.752.187,48**		
6. Passive Rechnungsabgrenzungsposten			**22.962.021,49**	**20.876.026,49**
			2.978.080.379,16	**2.955.389.676,73**

** Keine Vergleichsdaten 2013 vorhanden aufgrund neuer Struktur ab 2014*

3. Gesamtanhang

3.1 Allgemeine Angaben

Die Gemeinden sind nach § 116 der Gemeindeordnung NRW verpflichtet, in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss aufzustellen. Dieser besteht aus einer Gesamtbilanz, einer Gesamtergebnisrechnung sowie dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht und einen Beteiligungsbericht zu ergänzen. Für den Gesamtabschluss ist der Jahresabschluss nach § 95 GO NRW der Gemeinde und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren (§116 Abs. 2 Satz 1 GO NRW i.V.m. § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW). Die Stadt Oberhausen hat ihren ersten Gesamtabschluss zum 31.12.2010 aufgestellt. Dazu wurde zum 01.01.2010 eine Kapitalkonsolidierung der im Folgenden aufgeführten verbundenen und assoziierten Unternehmen durchgeführt.

Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts sowie Sondervermögen und Eigenbetriebe unter der einheitlichen Leitung der Gemeinde werden entsprechend der §§ 300, 301, 303 bis 305 und 307 bis 309 HGB in die Vollkonsolidierung einbezogen. Dies bedeutet, dass die Abschlüsse der Einheiten mit ihren gesamten Vermögensgegenständen und Schulden in den Gesamtabschluss übernommen werden. Für diese Einheiten wird eine Kapitalkonsolidierung nach § 301 HGB durchgeführt. Diese erfolgt grundsätzlich nach der Neubewertungsmethode. Abweichend davon wurde gemäß den Vereinfachungsregelungen des Innenministeriums für Sondervermögen auf eine Neubewertung verzichtet und der Wertansatz aus der Eröffnungsbilanz beibehalten. Bei der Vollkonsolidierung wird der Beteiligungsbuchwert der Muttergesellschaft mit dem anteiligen Eigenkapital der Tochtergesellschaft verrechnet. Aktive Unterschiedsbeträge werden in den Folgejahren abgeschrieben. Passive Unterschiedsbeträge werden als gesonderter Posten „Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung“ zwischen Eigen- und Fremdkapital ausgewiesen. Weiterhin erfolgt eine Schulden- sowie Aufwands- und Ertragskonsolidierung entsprechend der §§ 303 ff HGB. Hierbei werden die wechselseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten bzw. Aufwendungen und Erträge miteinander verrechnet. Der daraus entstandene Gesamtabschluss stellt den „Konzern Stadt“ so dar, als handle es sich um ein einzelnes Unternehmen und gibt einen Überblick über die gesamte Vermögens- und Ertragslage der Stadt Oberhausen. Die durch die Ausgliederung von Aufgaben aus der Kernverwaltung auf selbständig bilanzierende Organisationseinheiten verlorengegangene Transparenz wird dadurch wieder hergestellt. Der Vollkonsolidierungskreis bei der Stadt Oberhausen setzt sich neben der Stadt Oberhausen wie folgt zusammen:

Verbundene Unternehmen	**Beteiligungsanteil**
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH Max-Eyth-Straße 62 46149 Oberhausen	100%
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH Bahnhofstraße 66 46145 Oberhausen	100%

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen (Eigenbetriebsähnliche Einrichtung) Elly-Heuss-Knapp Straße 3 46145 Oberhausen	100%
Theater Oberhausen Ebertstraße 82 46045 Oberhausen	100%

Verbundene Unternehmen, die wegen untergeordneter Bedeutung nicht vollkonsolidiert sind, werden im Gesamtabschluss mit ihrem Wertansatz aus der Bilanz der jeweiligen Muttergesellschaft fortgeführt.

WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen GmbH

BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen GmbH

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH

TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH

VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH

Die assoziierten Unternehmen werden entsprechend der §§ 311 und 312 HGB nach der Equity-Konsolidierung in den Gesamtabschluss einbezogen. Hierbei handelt es sich um Unternehmen, die unter maßgeblichem Einfluss der Gemeinde stehen. Bei der Stadt Oberhausen erfolgt die Equity-Konsolidierung nach der Buchwertmethode. Hierbei wird der Buchwert des anteiligen Eigenkapitals an dem assoziierten Unternehmen im Gesamtabschluss ausgewiesen. Dieser wird dem anteiligen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens gegenübergestellt. Auch hier wird ein eventuell entstehender aktiver oder passiver Unterschiedsbetrag gesondert ausgewiesen. In den Folgejahren erfolgt ein um die anteiligen Jahresergebnisse fortgeschriebener Beteiligungsansatz. Nach der Equity-Methode werden in den Gesamtabschluss folgende Unternehmen einbezogen:

assoziierte Unternehmen	**Beteiligungsanteil**
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH Buschhausener Straße 149 46049 Oberhausen	51%
FSO GmbH & Co. KG Danziger Straße 31 46045 Oberhausen	50%
FSO Verwaltungs-GmbH Danziger Straße 31 46045 Oberhausen	50%
evo Energieversorgung Oberhausen AG Danziger Straße 31 46045 Oberhausen	10%

Hinsichtlich der Beteiligung an der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH liegt keine einheitliche Leitung sowie keine Mehrheit der Stimmrechte vor, so dass die Voraussetzungen des § 50 Abs. 2 GemHVO NRW nicht gegeben sind. Sie wird im Rahmen einer Equity-Konsolidierung in den Gesamtabschluss einbezogen.

Die evo Energieversorgung Oberhausen AG wurde in die Equity-Konsolidierung einbezogen obwohl lediglich eine Beteiligung in Höhe von 10 % vorliegt. Voraussetzung für die Einbeziehung eines assoziierten Unternehmens in die Equity-Bewertung ist, dass auf die Geschäfts- und Firmenpolitik ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird. Ein solcher Einfluss wird (widerlegbar) vermutet, wenn ein in den Vollkonsolidierungskreis einbezogenes Unternehmen eine Beteiligung i.S.d. § 271 Abs. 1 HGB hält. Gleichwohl kann auf ein Unternehmen auch ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden, wenn die Beteiligungsquote unter 20 % liegt. In diesem Fall wäre nachzuweisen, dass ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird (vgl. Beck 7. Auflage; Rn. 16 zu § 311 HGB). Kriterien für die Ausübung eines maßgeblichen Einflusses sind u.a. die Einflussnahme auf (vgl. ADS Rn. 20 zu § 311 HGB) Marketingstrategien, Produktstrategien, Investitionsstrategien, Finanzierungsstrategien sowie die Besetzung von Führungspositionen.

Folgende Aspekte begründen aus hiesiger Sicht das Vorliegen eines maßgeblichen Einflusses der Stadt Oberhausen auf die evo Energieversorgung Oberhausen AG:

• Der aus 15 Mitgliedern bestehende Aufsichtsrat der evo Energieversorgung Oberhausen AG wird zu jeweils einem Drittel von RWE AG, Arbeitnehmervertretern und den Stadtwerken Oberhausen besetzt, wobei die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH ihre Mitglieder aus dem Rat der Stadt (einschließlich dem Oberbürgermeister) benennt.

• Die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH weisen in ihrem handelsrechtlichen Konzernabschluss die evo Energieversorgung Oberhausen AG als assoziiertes Unternehmen aus.

Sonstige Beteiligungen werden im Gesamtabschluss mit ihrem Wertansatz aus der Bilanz der jeweiligen Muttergesellschaft fortgeführt. Im Einzelnen sind dieses:

Revierpark Vonderort GmbH

VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH

RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH

Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)

Public Konsortium d-NRW GbR

Gesamtübersicht der Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2014

Name	Grundlage	Kapitalanteil vH
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
ASO Service GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	direkt	83,1433
	Gesamtquote	83,1433
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG	direkt	0,0608
	Gesamtquote	0,0608
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	direkt	12,6000
	Gesamtquote	12,6000
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote	50,0000
Biostrom Oberhausen Management GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote	50,0000
Castra Grundstückverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote	0,4000
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	direkt	5,5556
	Gesamtquote	5,5556
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG	durchgerechnet	1,1823
	Gesamtquote	1,1823
ecce - european centre for creative economy GmbH	durchgerechnet	10,0000
	Gesamtquote	10,0000
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	durchgerechnet	1,3953
	Gesamtquote	1,3953
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	direkt	53,2532
	durchgerechnet	31,4091
	Gesamtquote	84,6622
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,2772
	Gesamtquote	0,2772
evo Energieversorgung Oberhausen AG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote	50,0000
FSO GmbH & Co.KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote	50,0000

Name	Grundlage	Kapitalanteil vH
FSO Verwaltungs- GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote	50,0000
Gasometer Oberhausen GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	durchgerechnet	0,0001
	Gesamtquote	0,0001
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote	15,1800
GMVA GmbH & Co. KG	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote	15,1800
GMVA Verwaltungs-GmbH	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote	15,1800
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	durchgerechnet	0,0006
	Gesamtquote	0,0006
Jobcenter Oberhausen	direkt	50,0000
	Gesamtquote	50,0000
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote	3,0000
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote	3,0000
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote	50,0000
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	durchgerechnet	80,0000
	Gesamtquote	80,0000
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Ober-hausen mbH	durchgerechnet	80,0000
	Gesamtquote	80,0000
Projektentwicklungsgesellschaft Hansapark Oberhausen mbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien	durchgerechnet	0,0050
	Gesamtquote	0,0050
Public Konsortium d-NRW GbR	direkt	1,4779
	Gesamtquote	1,4779
Quantum GmbH	durchgerechnet	5,6180
	Gesamtquote	5,6180

Name	Grundlage	Kapitalanteil vH
Revierpark Vonderort GmbH	direkt	25,0000
	Gesamtquote	25,0000
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	durchgerechnet	1,7187
	Gesamtquote	1,7187
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	durchgerechnet	1,7767
	Gesamtquote	1,7767
RSOB Rheinischer Sparkassen-Online-Broker Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	durchgerechnet	1,5690
	Gesamtquote	1,5690
RW Beteiligungs GmbH	durchgerechnet	4,8683
	Gesamtquote	4,8683
RWE Aktiengesellschaft	durchgerechnet	0,1914
	Gesamtquote	0,1914
RW Gesellschaft für Anteilsbesitz I mbH	durchgerechnet	19,4887
	Gesamtquote	19,4887
RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH	durchgerechnet	41,5900
	Gesamtquote	41,5900
RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner II mbH	durchgerechnet	24,6480
	Gesamtquote	24,6480
RW Holding Aktiengesellschaft	durchgerechnet	1,2073
	Gesamtquote	1,2073
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	direkt	0,0039
	Gesamtquote	0,0039
S Bargeldlogistik GmbH	durchgerechnet	30,0000
	Gesamtquote	30,0000
S-Direkt-Verwaltungs GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,6980
	Gesamtquote	0,6980
SEG Stadtentwässerung Schwerte GmbH	durchgerechnet	0,0019
	Gesamtquote	0,0019
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	6,6296
	Gesamtquote	6,6296
S-International Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	10,4000
	Gesamtquote	10,4000
S-Logistik Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	49,0000
	Gesamtquote	49,0000
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	durchgerechnet	2,1810
	Gesamtquote	2,1810
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote	51,0000
Stadtsparkasse Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000

Name	Grundlage	Kapitalanteil vH
STEAG GmbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote	3,0000
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
strasserauf GmbH	durchgerechnet	15,0000
	Gesamtquote	15,0000
S-Versicherungs- und Immobilienvermittlungs GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
Theater Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	direkt	0,6280
	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote	1,0280
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH (ehem. VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH)	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
Wasserverbund Niederrhein GmbH	durchgerechnet	0,0010
	Gesamtquote	0,0010
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote	51,0000
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH	durchgerechnet	0,0000
	Gesamtquote	0,0000

Grundlagen: Beteiligungsquote direkt = Unmittelbare Beteiligung der Stadt
Beteiligungsquote durchgerechnet = Mittelbare Beteiligung der Stadt
Gesamtquote = Summe aus mittelbarer und unmittelbarer Beteiligung

Entsprechende Detailinformationen sind dem beiliegenden Beteiligungsbericht zu entnehmen.

3.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Sowohl für die Erstellung des Einzelabschlusses als auch für die Erstellung des Gesamtabschlusses der Stadt Oberhausen gelten die Regelungen der Gemeindeordnung NRW (GO NRW), der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) sowie des Handelsgesetzbuches (HGB). Für die Tochtergesellschaften fanden bei der Erstellung der Einzelabschlüsse lediglich die Regelungen des Handelsgesetzbuches Anwendung. Sofern sich hieraus unterschiedliche Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede ergaben, wurden diese auf ihre Wesentlichkeit für den Gesamtabschluss hin untersucht. Notwendige Anpassungen von Einzelabschlüssen der Tochtergesellschaften an die Regelungen der Gemeindeordnung bzw. Gemeindehaushaltsverordnung wurden bei der Überleitung in die Kommunalbilanz II durchgeführt. Gemäß den vom Innenministerium NRW herausgegebenen Praxisempfehlungen zu Vereinfachungsregelungen im Gesamtabschluss, wurden aufgrund der untergeordneten Bedeutung Abweichungen die sich durch Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) in den Einzelabschlüssen von Tochtergesellschaften ergaben, nicht angepasst. Dieses betrifft u.a. latente Steuern sowie die Bewertung von Rückstellungen.

Die Zugänge des Anlagevermögens wurden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Gegenstände des Anlagevermögens werden entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Grundlage für die jeweilige Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände der Stadt Oberhausen sind die Vorgaben der NKF-Abschreibungstabelle. In Anlehnung an die NKF-Rahmentabelle wurde eine örtliche Abschreibungstabelle für Oberhausen erstellt. Die Vermögensgegenstände der Tochtergesellschaften wurden entsprechend der amtlichen Afa-Tabellen unter Berücksichtigung der betriebsspezifischen Nutzungsdauern abgeschrieben. Anpassungen für den Gesamtabschluss waren mangels Wesentlichkeit nicht erforderlich.

Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens der Stadt Oberhausen wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Für abweichende GWG-Regelungen nach HGB bei den Tochtergesellschaften (Poolbildung) wurden keine Anpassungen vorgenommen.

Sofern bilanzierte Vermögensgegenstände mit Hilfe von Zuwendungen finanziert worden sind, wurden aus dem Einzelabschluss der Stadt Oberhausen entsprechende Sonderposten übernommen. Lediglich für den Einzelabschluss der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH wurde eine Anpassung der Daten des Einzelabschlusses durchgeführt, indem die Meldedaten im Bereich des Anlagevermögens um erhaltene Zuwendungen erhöht wurden und ebenfalls auf der Passivseite korrespondierende Sonderposten gebildet wurden. Die Auflösung der Sonderposten erfolgte analog zu dem jährlichen Werteverzehr des betreffenden Vermögensgegenstandes.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nominalwert bilanziert. Risiken im Forderungsbestand wurden durch Wertberichtigungen abgedeckt. Der Wertansatz der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Rückzahlungsbetrag.

Konkret zuzuordnende Ausfallrisiken für Forderungen wurden durch Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Auf den restlichen Forderungsbestand wurden statistisch

Pauschalwertberichtigungen aufgrund von Erfahrungswerten für Forderungsausfälle vorgenommen.

Für die zum Bilanzstichtag erkennbaren Verpflichtungen und Risiken wurden Rückstellungen gebildet. Vorhandene Rückstellungen wurden aufgelöst sofern der Rückstellungsgrund entfallen war, bzw. mit einer Inanspruchnahme nicht mehr zu rechnen ist.

Die Gliederung der Gesamtbilanz erfolgt entsprechend § 49 Abs. 3 GemHVO NRW. Die Meldedaten aus den Einzelabschlüssen der Tochterunternehmen, deren Bilanzgliederung nach § 266 HGB erfolgt, wurden auf die Positionen entsprechend der vorgeschriebenen Gliederung der kommunalen Bilanz übergeleitet.

3.3 Erläuterungen zur Bilanz

3.3.1 Aktiva

3.3.1.1 Anlagevermögen

Die Zusammensetzung des Anlagevermögens ist aus dem beigefügten Gesamtanlagenspiegel ersichtlich. Das Konzernanlagevermögen befindet sich zu rd. 83 % (Vorjahr 83 %) im Kernhaushalt der Stadt Oberhausen. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem städtischen Infrastrukturvermögen sowie dem Bestand an Grundstücken und Gebäuden.

Gesamtanlagespiegel der Stadt Oberhausen zum 31.12.2014

	Anschaffungkosten					Abschreibungen						Buchwerte	
in EUR	AHK Stand 01.01.2014	AHK Zugänge	AHK Umb.	AHK Abgänge	AHK Stand 31.12.2014	AfA Stand 01.01.2014	AfA Zugänge	AfA Abgänge	AfA Umb.	Zuschreib.	AfA Stand 31.12.2014	Buchwert 31.12.2014	Buchwert 31.12.2013
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	**18.862.643,56**	**443.474,72**	**7.452,16**	**-9.555,01**	**19.304.015,43**	**-10.330.378,25**	**-1.233.889,57**	**9.555,00**	**0,00**	**1.476,68**	**-11.553.236,14**	**7.750.779,29**	**8.532.265,31**
II. Sachanlagen	**2.238.750.678,52**	**34.340.417,79**	**-7.452,16**	**-22.126.141,15**	**2.250.957.503,00**	**-486.336.653,86**	**-66.686.223,06**	**7.521.253,12**	**0,00**	**0,00**	**-545.501.623,80**	**1.705.455.879,20**	**1.752.414.024,66**
1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	**193.140.458,29**	**1.025.844,96**	**129.169,12**	**-1.975.292,51**	**192.320.179,86**	**-7.125.421,82**	**-1.376.146,36**	**83.591,12**	**415,00**		**-8.417.562,06**	**183.902.617,80**	**186.015.036,47**
1.1. Grünflächen	122.186.692,31	1.025.844,96	129.169,12	-254.874,12	123.086.832,27	-7.125.421,82	-1.376.146,36	83.591,12	415,00		**-8.417.562,06**	**114.669.270,21**	115.061.270,49
1.2. Ackerland	2.492.342,23				2.492.342,23						**0,00**	**2.492.342,23**	2.492.342,23
1.3. Wald, Forsten	4.834.263,63				4.834.263,63						**0,00**	**4.834.263,63**	4.834.263,63
1.4. Sonstige unbebaute Grundstücke	63.627.160,12			-1.720.418,39	61.906.741,73						**0,00**	**61.906.741,73**	63.627.160,12
2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	**636.776.397,36**	**1.517.595,22**	**152.692,13**	**-6.727.669,26**	**631.719.015,45**	**-123.661.803,46**	**-17.990.517,76**	**1.552.037,54**	**-415,00**		**-140.100.698,68**	**491.618.316,77**	**513.114.593,90**
2.1. Kinder- und Jugendeinrichtungen	20.026.656,11	167.657,68	166.914,73	-745.942,18	19.615.286,34	-2.429.204,48	-402.950,52	154.343,18	-415,00		**-2.678.226,82**	**16.937.059,52**	17.597.451,63
2.2. Schulen	298.334.663,00	556.067,61		-4.874.334,65	294.016.395,96	-49.046.714,65	-7.989.760,61	901.160,73			**-56.135.314,53**	**237.881.081,43**	249.287.948,35
2.3. Wohnbauten	33.085.639,78	29.711,10	-70.837,41	-188.366,24	32.856.147,23	-4.893.405,61	-771.927,10	18.158,24			**-5.647.174,47**	**27.208.972,76**	28.192.234,17
2.4. Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude*	285.329.438,47	764.158,83	56.614,81	-919.026,19	285.231.185,92	-67.292.478,72	-8.825.879,53	478.375,39			**-75.639.982,86**	**209.591.203,06**	218.036.959,75
3. Infrastrukturvermögen	**1.229.567.871,21**	**10.831.396,62**	**7.168.835,69**	**-3.345.024,45**	**1.244.223.079,07**	**-273.730.452,40**	**-35.488.645,64**	**1.029.130,97**			**-308.189.967,07**	**936.033.112,00**	**955.837.418,81**
3.1. Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	164.992.582,21	69.583,47	3.335,47	-49.779,21	165.015.721,94	-22.510,65					**-22.510,65**	**164.993.211,29**	164.970.071,56
3.2. Brücken und Tunnel	56.309.758,17				56.309.758,17	-4.877.953,17	-853.278,00				**-5.731.231,17**	**50.578.527,00**	51.431.805,00
3.3. Gleisanlagen mit Streckenausrüst. u. Sicherheitsanlagen	55.891.080,74	73.407,18		-18.795,60	55.945.692,32	-29.417.820,95	-2.009.235,10	18.795,60			**-31.408.260,45**	**24.537.431,87**	26.473.259,79
3.4. Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	375.419.290,25	9.516.742,30	1.167.069,70	-984.691,00	385.118.411,25	-65.436.563,38	-10.703.607,00	231.956,00			**-75.908.214,38**	**309.210.196,87**	309.982.726,87
3.5. Straßennetz m. Wegen, Plätzen u. Verkehrslenkungsanlagen	472.924.876,73	1.171.663,67	5.998.430,52	-2.291.758,64	477.803.212,28	-115.578.480,53	-18.511.624,74	778.379,37			**-133.311.725,90**	**344.491.486,38**	357.346.396,20
3.6. Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	104.030.283,11				104.030.283,11	-58.397.123,72	-3.410.900,80				**-61.808.024,52**	**42.222.258,59**	45.633.159,39
4. Bauten auf fremden Grund und Boden	**1.227.918,51**				1.227.918,51	**-64.631,51**	**-33.830,00**				**-98.461,51**	**1.129.457,00**	**1.163.287,00**
5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	**7.090.589,33**	**25.040,00**	**656.900,97**	**-4.126,00**	7.768.404,30	**-186.477,81**	**-45.966,97**	**754,00**			**-231.690,78**	**7.536.713,52**	**6.904.111,52**
6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	**82.113.604,78**	**1.171.568,21**		**-3.773.611,77**	79.511.561,22	**-44.758.450,46**	**-7.031.336,51**	**3.636.691,17**			**-48.153.095,80**	**31.358.465,42**	**37.355.154,32**
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	**57.663.192,43**	**2.764.433,76**	**45.980,33**	**-1.242.051,32**	59.231.555,20	**-36.809.416,40**	**-3.922.340,88**	**1.219.048,32**			**-39.512.708,96**	**19.718.846,24**	**20.853.776,03**
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	**31.170.646,61**	**17.004.539,02**	**-8.161.030,40**	**-5.058.365,84**	34.955.789,39		**-797.438,94**				**-797.438,94**	**34.158.350,45**	**31.170.646,61**
III. Finanzanlagen	**200.881.171,07**	**12.856,35**	**0,00**	**-145.426,05**	200.748.601,37	**-104.594.040,87**	**-6.469.506,91**	**12.368,00**	**0,00**	**6.485.369,58**	**-104.565.810,20**	**96.182.791,17**	**96.287.130,20**
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	4.017.154,98				4.017.154,98						**0,00**	**4.017.154,98**	**4.017.154,98**
2. Anteile an assoziierten Unternehmen	78.675.332,33				78.675.332,33	-19.424.148,97	-6.236.842,34			6.485.369,58	**-19.175.621,73**	**59.499.710,60**	**59.251.183,36**
3. Beteiligungen	25.270.118,63				25.270.118,63	-16.001.522,90					**-16.001.522,90**	**9.268.595,73**	**9.268.595,73**
4. Sondervermögen					0,00						**0,00**	**0,00**	
5. Wertpapiere des Anlagevermögens**	91.633.713,89	12.856,35			91.646.570,24	-69.156.000,00	-226.586,57				**-69.382.586,57**	**22.263.983,67**	**22.477.713,89**
6. Ausleihungen	1.284.851,24			-145.426,05	1.139.425,19	-12.369,00	-6.078,00	12.368,00			**-6.079,00**	**1.133.346,19**	**1.272.482,24**
6.1. an verbundene Unternehmen											**0,00**	**0,00**	
6.2. an Beteiligungen											**0,00**	**0,00**	
6.3. an Sondervermögen											**0,00**	**0,00**	
6.4. Sonstige Ausleihungen	1.284.851,24			-145.426,05	1.139.425,19	-12.369,00	-6.078,00	12.368,00			**-6.079,00**	**1.133.346,19**	**1.272.482,24**
Anlagevermögen insgesamt	**2.458.494.493,15**	**34.796.748,86**	**0,00**	**-22.281.122,21**	**2.471.010.119,80**	**-601.261.072,98**	**-74.389.619,54**	**7.543.176,12**	**0,00**	**6.486.846,26**	**-661.620.670,14**	**1.809.389.449,66**	**1.857.233.420,17**

*In der Position „Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude befindet sich ein ergebnisneutraler Anlagenabgang gem. § 43 Abs. 3 GemHVO i. H. v. 60.948,00 EUR.
**Die Position Wertpapiere des Anlagevermögens enthält eine ergebnisneutrale Abwertung gem. § 43 Abs. 3 GemHVO i. H. v. 226.586,57 EUR.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 7.751 TEUR (Vorjahr 8.532 TEUR) handelt es sich im Wesentlichen (6.847 TEUR) um Geschäfts- oder Firmenwerte, die durch die Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Weiterhin sind 904 TEUR bei den Tochterunternehmen bilanzierte EDV-Software und Lizenzen enthalten.

Sachanlagevermögen

Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die unbebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte in Höhe von 183.903 TEUR (Vorjahr 186.015 TEUR) betreffen überwiegend die städtischen Grün- und Parkanlagen, Friedhöfe, Ackerland, Kleingartenanlagen, Wald und Forsten sowie Grundstücke mit Erbbaurecht. Weiterhin sind in dieser Position aus der Neubewertung aufgedeckte stille Reserven in Höhe von 18.426 TEUR enthalten.

Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die bebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte in Höhe von 491.618 TEUR (Vorjahr 513.115 TEUR) betreffen sowohl den Wert des Grund und Bodens als auch die darauf befindlichen Gebäude. Hierzu zählen insbesondere Kindertageseinrichtungen, Schulen, Wohnbauten sowie Dienst- und Geschäftsgebäude. Der Gesamtwert betrifft zu 80 % das Vermögen der Kernverwaltung, zu 12 % das Vermögen der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, mit 5 % das Vermögen des ASO Eigenbetriebs sowie zu 3 % das Vermögen der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH. Es handelt sich bei den Tochtergesellschaften im Wesentlichen um Dienst- oder Betriebsgebäude, ein Betrag von 14.168 TEUR aus der Aufdeckung von stillen Reserven ist darin enthalten.

Infrastrukturvermögen

Das Infrastrukturvermögen in Höhe von 936.033 TEUR (Vorjahr 955.837 TEUR) betrifft zu rund 94 % Anlagevermögen der Kernverwaltung. Die Zusammensetzung des Infrastrukturvermögens betrifft das Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen mit 344.491 TEUR, die städtischen Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen mit 309.210 TEUR, der Grund und Boden des Infrastrukturvermögens mit 164.993 TEUR und mit 117.339 TEUR Brücken und Tunnel, Gleisanlagen sowie sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens. Aus der Aufdeckung von stillen Reserven ist in der Position Gleisanlagen ein Betrag von 7.496 TEUR enthalten.

Der Bilanzwert des Infrastrukturvermögens hat sich im Wesentlichen dadurch vermindert, dass die Abschreibungen und Abgänge deutlich höher als die Zugänge und die Umbuchungen aus den Anlagen im Bau ausfielen.

Bauten auf fremdem Grund und Boden

Die Bauten auf fremdem Grund und Boden in Höhe von 1.129 TEUR (Vorjahr 1.163 TEUR) betreffen vollständig das Anlagevermögen der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH.

Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Die Kunstgegenstände und Ausstellungsstücke wie Gemälde, Zeichnungen, Grafiken, Kunstgegenstände im öffentlichen Raum, Skulpturen und Plastiken sowie Brunnenanlagen in Höhe von 7.537 TEUR (Vorjahr 6.904 TEUR) betreffen komplett das Anlagevermögen der Kernverwaltung.

Maschinen und technische Anlagen

Die Maschinen und technischen Anlagen in Höhe von 31.358 TEUR (Vorjahr 37.355 TEUR) betreffen nur zu 17 % das Anlagevermögen der Kernverwaltung, da das von der Stadt Oberhausen genutzte bewegliche Anlagevermögen sich weitgehend im Eigentum der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH befindet. Diese stellt der Stadt Oberhausen die Vermögensgegenstände gegen ein Nutzungsentgelt zur Verfügung. Bei den im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Maschinen und technischen Anlagen handelt es sich im Wesentlichen um den Fuhrpark und die Maschinen- und Geräteausstattung der Feuerwehr. Die weiteren Bestände an Maschinen und technischen Anlagen betreffen die operativ tätigen Firmen STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH mit 68 % und die Bestände der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH mit 15 %. Aus stillen Reserven resultieren 4.106 TEUR. Diese sind in den Fahrzeugen des ÖPNV enthalten.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Das Gesamtvermögen an Betriebs- und Geschäftsausstattung zum 31.12.2014 beläuft sich auf 19.719 TEUR (Vorjahr 20.854 TEUR). Hiervon entfallen 8.088 EUR auf Ausstattungsgegenstände der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH. Enthalten hierin ist die von der Stadt Oberhausen genutzte Betriebs- und Geschäftsausstattung, die sich im Eigentum der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH befindet und der Stadt Oberhausen unter Berechnung von Nutzungsentgelten zur Verfügung gestellt wird. Bei der im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 6.135 TEUR handelt es sich um Bücher- und Medienbestände der Bibliotheken, um das Mobiliar in öffentlichen Bibliotheken und Schulbibliotheken, um die städtischen Musikinstrumente, um den Bestand an Lernmitteln sowie um Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung der Feuerwehr und der Volkshochschule. Weiterhin handelt es sich in Höhe von 5.419 TEUR um Vermögensgegenstände der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH und in Höhe von 77 TEUR um Vermögensgegenstände des Eigenbetriebs Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen.

Anlagen im Bau / Geleistete Anzahlungen auf Anlagen im Bau

Bei den Anlagen im Bau/Geleisteten Anzahlungen auf Anlagen im Bau in Höhe von 34.158 TEUR (Vorjahr 31.171 TEUR) handelt es sich überwiegend um Maßnahmen der Kernverwaltung. Sie betreffen im Wesentlichen mit 14.688 TEUR Kanalbaumaßnahmen der Stadt Oberhausen, mit 9.693 TEUR Baumaßnahmen zu Gebäuden und sonstigen Einrichtungen sowie mit 8.996 TEUR Straßenbaumaßnahmen und Infrastrukturvermögen.

Finanzanlagen

Die Finanzanlagen in Höhe von 96.183 TEUR (Vorjahr 96.287 TEUR) werden zu 90 % bei der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH gehalten, der Kernhaushalt bilanziert lediglich 10 % der gesamten Finanzanlagen. Die Finanzanlagen setzten sich zusammen aus:

Anteile an verbundenen Unternehmen

Unter dieser Rubrik werden Anteile an Gesellschaften mit Mehrheitlicher Beteiligung oder beherrschendem Einfluss der Gemeinde ausgewiesen, die i.d.R. zum Vollkonsolidierungskreis gehören. Der Einbezug ist für diese Anteile nach § 116 Abs. 3 GO NRW unterblieben, da sie von untergeordneter Bedeutung sind. Die Anteile von 4.017 TEUR (Vorjahr 4.017 TEUR) werden zu 100 % im Kernhaushalt gehalten.

Anteile an assoziierten Unternehmen

Bei den assoziierten Unternehmen handelt es sich um die in § 50 Abs. 3 GemHVO NRW genannten Betriebe unter maßgeblichem Einfluss der Gemeinde, an denen die Gemeinde eine Beteiligung im Sinne von § 281 Abs. 1 HGB hält. Die Anteile in Höhe von 59.500 TEUR (Vorjahr 59.251 TEUR) werden zu 100 % von der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH gehalten. Darin enthalten ist ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 42.640 TEUR aus der Gegenüberstellung zwischen dem Buchwert und dem anteiligen Eigenkapital der Equity-Einheiten. Dieser Wert wird als Geschäfts- oder Firmenwert planmäßig über insgesamt 15 Jahre abgeschrieben.

Beteiligungen

Beteiligungen sind Anteile an verselbstständigten Aufgabenbereichen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu diesen verselbstständigten Aufgabenbereichen zu dienen. Beteiligungen in Höhe von 9.269 TEUR (Vorjahr 9.269 TEUR) werden überwiegend bei der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (80 %) gehalten. Die übrigen 20 % halten der Kernhaushalt und die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH.

Sondervermögen

Die Anteile an Sondervermögen sind im Rahmen der Kapitalkonsolidierung vollständig eliminiert worden

Wertpapiere des Anlagevermögens

Die im Gesamtabschluss ausgewiesenen Wertpapiere in Höhe von 22.264 TEUR (Vorjahr 22.478 TEUR) werden zu 87 % bei der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH gehalten und betreffen überwiegend Aktien der RWE AG. Weitere 13 % betreffen Pensionsfonds die vom Kernhaushalt gehalten werden.

Sonstige Ausleihungen

Sonstige Ausleihungen in Höhe von 1.133 TEUR (Vorjahr 1.273 TEUR) sind im Wesentlichen beim Kernhaushalt bilanziert und betreffen kleinere Darlehen.

3.3.1.2 Umlaufvermögen

Vorräte

Die Vorräte in Höhe von 18.475 TEUR (Vorjahr 13.112 TEUR) betreffen zu 50 % Vermögen der Kernverwaltung, mit 47 % Vermögen der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH sowie mit 3 % Vermögen der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH. Im Einzelnen handelt es sich bei den Werten um zur Veräußerung vorgesehene Grundstücke (9.303 TEUR), nicht abgerechnete Mietnebenkosten und Baumaßnahmen (3.896 TEUR), geleistete Anzahlungen für noch nicht abgerechnete Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen (3.552 TEUR), um Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe (897 TEUR) sowie um geleistete Anzahlungen für Maßnahmen zur Gebäudeunterhaltung (827 TEUR).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Gesamtbetrag der offenen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 51.195 TEUR (Vorjahr 55.341 TEUR) stammt zu 69 % aus Forderungen der Kernverwaltung, zu 22 % aus Forderungen der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH, zu 8 % aus Forderungen der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH und zu 1 % aus Forderungen des Theaters Oberhausen.

Liquide Mittel

Im Gesamtabschluss zum 31.12.2014 waren liquide Mittel in Höhe von 12.352 TEUR (Vorjahr 8.898 TEUR) vorhanden. Sie betrafen im Wesentlichen mit 4.801 TEUR Guthaben der Kernverwaltung, mit 4.220 TEUR Guthaben der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH und mit 3.049 TEUR Guthaben des ASO Eigenbetriebs.

3.3.1.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 18.347 TEUR (Vorjahr 14.547 TEUR) betreffen zu 98 % die Kernverwaltung. Hierin enthalten sind im Wesentlichen in Höhe von 9.132 TEUR Zahlungen für Aufwendungen des Haushaltsjahres 2015, in Höhe von 5.330 TEUR geleistete Investitionskostenzuschüsse mit Gegenleistungsverpflichtung sowie in Höhe von 3.407 TEUR die Zahlung der Beamtenbezüge für den Januar 2015.

3.3.1.4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Die Ermittlung des Eigenkapitals erfolgt als rechnerische Größe aus der Differenz der bewerteten Aktivposten zu den bewerteten Passivposten. Da die Passivposten in der Bilanz die Aktivposten überstiegen, wurde der ermittelte Saldo in Höhe von 1.068.322 TEUR (Vorjahr 1.006.258 TEUR) auf der Aktivseite der Bilanz unter den Rechnungsabgrenzungsposten als „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgewiesen und es konnten dementsprechend keine Rücklagen gebildet werden.

Das negative Eigenkapital resultiert aus der Bilanz des Kernhaushaltes, auch nach der Konsolidierung mit den anderen verselbständigten Aufgabenbereichen verbleibt der Ausweis des Eigenkapitals negativ.

Im Gesamtabschluss 2014 erfolgten ergebnisneutrale Korrekturen des „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages“ aus Verrechnung von Aufwendungen/Erträgen gem. § 43 Abs. 3 GemHVO in Höhe von 306 TEUR. Diese setzen sich zusammen aus Abgängen des Anlagevermögens in Höhe von 287 TEUR, aus Abgängen des Umlaufvermögens in Höhe von 27 TEUR und aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von 8 TEUR. Die Zusammensetzung des Wertes ist nachrichtlich bei der Gesamtergebnisrechnung aufgelistet.

3.3.2 Passiva

3.3.2.1 Eigenkapital

Erläuterungen zum Eigenkapital siehe Punkt 3.1.4 „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“.

3.3.2.2 Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung.

Im Berichtsjahr war kein Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung mehr vorhanden. Bisher ausgewiesene Unterschiedsbeträge, die bei Tochtergesellschaften aus BilMoG-Effekten des Geschäftsjahres 2010 resultierten, wurden nach Abstimmung mit der Gemeindeprüfungsanstalt NRW mit bestehenden Geschäfts- oder Firmenwerten verrechnet.

3.3.2.3 Sonderposten

Der Gesamtbetrag der Sonderposten in Höhe von 483.009 TEUR (Vorjahr 499.722 TEUR) setzt sich zusammen aus:

Sonderposten für Zuwendungen

Sonderposten für Zuwendungen wurden für Geldleistungen von Dritten gebildet, die der Konzern Stadt Oberhausen für die Durchführung von Investitionen erhalten hat. Analog zur Abschreibung des Anlagevermögens werden die zugehörigen Sonderposten in Abhängigkeit von der Nutzungsdauer ertragswirksam aufgelöst. Die Sonderposten für Zuwendungen in Höhe von 415.351 TEUR (Vorjahr 428.778 TEUR) setzten sich zusammen aus 372.296 TEUR die an die Kernverwaltung geleistet wurden, aus 41.968 TEUR die an die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH geleistet wurden sowie aus 1.087 TEUR die die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH erhalten hat.

Sonderposten für Beiträge

Unter den Sonderposten für Beiträge in Höhe von 64.587 TEUR (Vorjahr 66.583 TEUR) werden die nach dem Kommunalabgabengesetz und Baugesetzbuch erhobenen Erschließungsbeiträge im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen sowie die erhobenen Kanalanschlussbeiträge ausgewiesen. Der Gesamtbetrag betrifft Beiträge die von der Kernverwaltung erhoben wurden.

Sonderposten für den Gebührenausgleich

Die Sonderposten für den Gebührenausgleich in Höhe von 2.556 TEUR (Vorjahr 3.827 TEUR) betreffen Kostenüberdeckungen innerhalb der Gebührenbereiche Straßenreinigung, Friedhöfe, Abfallbeseitigung sowie Märkte. Die Kommunen sind verpflichtet, diese Beträge in der Bilanz als Sonderposten auszuweisen. Gemäß § 6 Kommunalabgabengesetz sind diese Überschüsse in der Gebührenkalkulation der drei Folgejahre gebührenmindernd zu berücksichtigen. Analog dazu erfolgt eine Auflösung der gebildeten Sonderposten. Auch dieser Sonderposten im Gesamtabschluss wurde komplett durch die Kernverwaltung eingebracht.

Sonstige Sonderposten

Die sonstigen Sonderposten in Höhe von 515 TEUR (Vorjahr 534 TEUR) betreffen komplett den ASO Eigenbetrieb.

3.3.2.4 Rückstellungen

Pensionsrückstellungen

Die gebildete Pensionsrückstellung in Höhe von 401.480 TEUR (Vorjahr 387.016 TEUR) wurde für die Erfüllung künftiger, wahrscheinlicher Pensionszahlungen für die aktiven Beamten sowie für die Versorgungsempfänger gebildet und betrifft mit 98 % die Kernverwaltung. Die Berechnung erfolgte mit Hilfe zertifizierter Software unter Verwendung der Richttafeln von Heubeck bzw. in den Tochtergesellschaften anhand von Gutachten.

Rückstellung für Deponien und Altlasten

Die Rückstellung für Deponien und Altlasten in Höhe von 600 TEUR (Vorjahr 600 TEUR) betrifft ausschließlich die Stadt Oberhausen für notwendige zu erwartende Aufwendungen für die beiden ehemaligen Deponien auf der Bromberger Straße und in Vonderort.

Instandhaltungsrückstellungen

Instandhaltungsrückstellungen in Höhe von 4.265 TEUR (Vorjahr 4.308 TEUR) wurden in Höhe von 3.861 TEUR für notwendige Sanierungsarbeiten an den Hausanschlüssen städtischer Immobilien gebildet. Hierbei wurden nur die Maßnahmen berücksichtigt, für die in den nächsten Jahren eine konkrete Durchführungsabsicht vorliegt. Diese sind angelehnt an das Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Oberhausen. Über den Planungszeitraum hinaus liegen keine konkreten Kostenermittlungen für die Sanierung weiterer Hausanschlüsse vor. Nach statistischer und überschlägiger Berechnung ohne Bezug zu Einzelobjekten können über die gebildete Rückstellung hinaus weitere Aufwendungen in Höhe von ca. 12 Mio. EUR entstehen. Weiterhin sind in den gebildeten Rückstellungen 238 TEUR für die Instandhaltung von Einrichtungen des Theaters Oberhausen enthalten sowie 166 TEUR für Rekultivierungsverpflichtungen von Verbandsgrünflächen.

Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen in Höhe von 137 TEUR (Vorjahr 800 TEUR) betreffen Körperschaftssteuerverpflichtungen der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH.

Sonstige Rückstellungen

Der Gesamtbetrag der sonstigen Rückstellungen beträgt 67.596 TEUR (Vorjahr 70.862 TEUR) und betrifft mit rund 74 % den Kernhaushalt, mit 17 % die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH, und mit 9 % die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH.

Die sonstigen Rückstellungen sind im Wesentlichen durch hohe Drohverlustrückstellungen beim Kernhaushalt geprägt (32.821 TEUR). Hierbei handelt es sich um mögliche Erstattungsverpflichtungen aus der Preisreduzierung von Entsorgungskosten der Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA), um eventuelle Rückzahlungen von Zuschüssen für die Baureifmachung des Stahlwerksgeländes OVision und um ein Klageverfahren zur Sanierung des Hans-Sachs-Berufskollegs.

Für Verpflichtungen aus Altersteilzeit wurden Rückstellungen in Höhe von 15.259 TEUR gebildet. Die Berechnung erfolgte durch versicherungsmathematische Gutachten. Der Anteil des Kernhaushaltes beträgt rund 71 %.

In Höhe von 8.487 TEUR wurden Rückstellungen für übrige Personalkosten (noch nicht genommener Urlaub, Überhang Überstunden/Mehrarbeit, Beihilfeabrechnungen, Reisekosten etc.) gebildet.

Für Abrechnungssachverhalte aus Kontrakten des öffentlichen Personennahverkehrs wurden Rückstellungen in Höhe von 4.672 TEUR gebildet.

Die Risiken für mögliche Rückzahlungen von Fördermitteln und Zuwendungen wurden mit weiteren 475 TEUR abgebildet.

Ferner wurden für fehlende Eingangsrechnungen, weitere Einzelrisiken und Verpflichtungen sonstige Rückstellungen in Höhe von 5.882 TEUR gebildet.

3.3.2.5 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gliedern sich nach Fristigkeiten gemäß dem beigefügten Verbindlichkeitenspiegel auf.

G e s a m t v e r b i n d l i c h k e i t e n s p i e g e l

	Gesamtbetrag am 31.12.2014 EUR	davon mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr EUR	1 - 5 Jahren EUR	mehr als 5 Jahren EUR	Gesamtbetrag am 31.12.2013 EUR
1. Anleihen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	**392.023.099,92**	**16.496.266,80**	**58.947.078,63**	**316.579.754,49**	**405.911.945,83**
2.1 vom öffentlichen Bereich*	**7.240.242,45**	**1.835,74**	**241.272,68**	**6.997.134,03**	**0,00**
2.2 von Kreditinstituten*	**384.782.857,47**	**16.494.431,06**	**58.705.805,95**	**309.582.620,46**	**0,00**
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	**1.566.300.000,00**	**741.300.000,00**	**605.000.000,00**	**220.000.000,00**	**1.515.200.000,00**
3.1 vom privaten Kreditmarkt*	**1.566.300.000,00**	**741.300.000,00**	**605.000.000,00**	**220.000.000,00**	**0,00**
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftl. gleich kommen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	**12.244.024,95**	**12.244.024,95**	**0,00**	**0,00**	**21.643.655,42**
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen*	**2.113.163,50**	**2.113.163,50**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7. Sonstige Verbindlichkeiten	**21.598.465,06**	**19.955.949,79**	**1.642.515,27**	**0,00**	**28.449.539,90**
8. Erhaltene Anzahlungen*	**3.752.187,48**	**2.104.268,10**	**0,00**	**1.647.919,38**	**0,00**
Summe	**1.998.030.940,91**	**794.213.673,14**	**665.589.593,90**	**538.227.673,87**	**1.971.205.141,15**

* Keine Vergleichsdaten 2013 vorhanden aufgrund neuer Struktur ab 2014

Nachrichtliche Angaben:	TEUR
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Bürgschaften	66.724
Sicherheitsverpflichtung zu Forderungsabtretung GMVA	51.001

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen in Höhe von 392.023 TEUR (Vorjahr 405.912 TEUR) betreffen zu 76 % Verbindlichkeiten der Kernverwaltung, zu 16 % Verbindlichkeiten der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH sowie zu 8 % Verbindlichkeiten der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH.

Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung

Sofern die Gemeinde nicht über ausreichende liquide Mittel verfügt um ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, kann die Gemeinde Kredite zur Liquiditätssicherung aufnehmen. Der Bestand dieser Kreditaufnahmen zum 31.12.2014 in Höhe von 1.566.300 TEUR (Vorjahr 1.515.200 TEUR) betrifft komplett Geldaufnahmen der Kernverwaltung.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 12.244 TEUR (Vorjahr 21.644 TEUR) betreffen Rechnungen für den Leistungszeitraum 2014 die erst im Folgejahr bezahlt werden. Sie betreffen mit 43 % Verbindlichkeiten der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, mit 37 % Verbindlichkeiten der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH, mit 18 % Verbindlichkeiten der Kernverwaltung und mit 2 % Verbindlichkeiten des Theaters Oberhausen.

Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Die Verbindlichkeiten aus Transferleistungen in Höhe von 2.113 TEUR betreffen komplett die Kernverwaltung. Diese Position wird erst ab dem Jahr 2014 ausgewiesen, deshalb liegen keine Vergleichswerte für das Jahr 2013 vor.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 21.598 TEUR (Vorjahr 28.450 TEUR) betreffen zu 73 % Verbindlichkeiten der Kernverwaltung, zu 24 % Verbindlichkeiten der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, zu 2 % Verbindlichkeiten der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH sowie zu 1 % Verbindlichkeiten des Theaters Oberhausen bzw. des ASO Eigenbetriebs. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Zinsaufwendungen die den Zeitraum bis zum 31.12.2014 betreffen und zum Bilanzstichtag noch nicht gezahlt waren, um erhaltene Anzahlungen, um erhaltene Zuwendungen für Investitionen, die noch nicht den damit geförderten Anlagegegenständen zugeordnet werden konnten, sowie um Steuerverbindlichkeiten.

Erhaltene Anzahlungen

Die erhaltenen Anzahlungen in Höhe von 3.752 TEUR betreffen zu 97 % die Kernverwaltung und zu 3 % die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH. Sie betreffen im Wesentlichen Ökologische Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (1.648 TEUR), Zuwendungen für Investitionen, die erst in Folgejahren Verwendung finden (939 TEUR), Ablösebeträge für die Erstellung von Stellplätzen (370 TEUR) und Zahlungseingänge für noch nicht abgerechnete Nebenkosten (114 TEUR).

3.3.2.6 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Passiven Rechnungsabgrenzungen zum 31.12.2014 in Höhe von 22.962 TEUR (Vorjahr 20.876 TEUR) betreffen in Höhe von 22.481 TEUR Rechnungsabgrenzungsposten der Kernverwaltung, in Höhe von 348 TEUR Rechnungsabgrenzungsposten der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH und in Höhe von 103 TEUR Rechnungsabgrenzungsposten der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH.

Sie beinhalten mit 11.357 TEUR Nutzungsentgelte von Grabstätten und mit 2.327 TEUR bereits vereinnahmte Grabpflegegebühren. Die Auflösung der Posten erfolgt zeitanteilig.

Für 5.330 TEUR sind erhaltene Investitionskostenzuschüsse passiviert, die an Dritte weitergeleitet wurden. Für die Gegenleistungsverpflichtung der Dritten wurde ein korrespondierender Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

2.925 TEUR der passiven RAP betreffen kreditorische Debitoren und mit 542 TEUR sind Zuwendungen an die Stadt Oberhausen bilanziert, deren Verwendung erst ab dem Haushaltsjahr 2015 erfolgt.

In Höhe von 348 TEUR sind Zahlungseingänge bei der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH und in Höhe von 103 TEUR Zahlungseingänge bei der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH erfolgt, die wirtschaftlich erst das Jahr 2015 bzw. Folgejahre betreffen.

3.4 Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Gesamtergebnisrechnung

3.4.1 Ordentliche Gesamterträge

Steuern und ähnliche Abgaben

Zu den Steuern und ähnlichen Abgaben zählen die Realsteuern des § 3 Abs. 2 AO (Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B) sowie die Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern (Einkommensteuer, Umsatzsteuer) und sonstige Gemeindesteuern wie z.B. Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer etc.. Ferner werden hier steuerähnliche Erträge, wie z.B. Fremdenverkehrsabgaben und Abgaben von Spielbanken erfasst. Die Gesamteinnahmen hierzu in Höhe von 209.145 TEUR (Vorjahr 211.021 TEUR) wurden durch die Kernverwaltung erzielt.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Zuwendungen sind Zuweisungen und Zuschüsse, die dem Empfänger als Finanzhilfen zur Erfüllung seiner Aufgaben zufließen. Bei den Zuweisungen erhalten die Gemeinden Geldmittel von einem öffentlich-rechtlichen Aufgabenträger, wie beispielsweise Schlüsselzuweisungen und Bedarfszuweisungen vom Land während die Gemeinden bei den Zuschüssen Mittel vom unternehmerischen und übrigen Bereich für laufende Zwecke, wie z. B. Spenden erhalten. Das Gesamtaufkommen an Zuwendungen in Höhe von 262.441 TEUR (Vorjahr 254.667 TEUR) betrifft zu über 98 % die Kernverwaltung. Neben den genannten Erträgen ist in der Gesamtsumme ein Betrag

in Höhe von 23.391 TEUR aus der ertragswirksamen Auflösung von Sonderposten aus passivierten Zuwendungen für Investitionen enthalten.

Sonstige Transfererträge

Die sonstigen Transfererträge betreffen Übertragungen von Finanzmitteln, denen keine konkrete Gegenleistung der Gemeinde gegenübersteht, soweit es sich nicht um Zuwendungen handelt. Hierunter fällt ebenso der Ersatz für Sozialhilfeleistungen wie Schuldendiensthilfen zur Erleichterung des Schuldendienstes für Kredite. Das Ertragsaufkommen aus Transferleistungen in Höhe von 4.114 TEUR (Vorjahr 3.937 TEUR) wurde zu 78 % durch die Kernverwaltung und zu 22 % durch das Theater Oberhausen erzielt.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte sind alle öffentlichen Abgaben, denen eine konkrete Leistung gegenübersteht, wie z. B. Genehmigungsgebühren, Passgebühren etc.. Weiterhin werden hier die Beiträge ausgewiesen, die dem Ersatz des Aufwands für die Herstellung, Anschaffung und Erweiterung öffentlicher Einrichtungen dienen. Die gesamten öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte in Höhe von 96.675 TEUR (Vorjahr 95.181 TEUR) entfallen auf die Kernverwaltung.

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Unter den privatrechtlichen Leistungsentgelten werden diejenigen Entgelte erfasst, für die konkrete Gegenleistungen der Gemeinde und deren Beteiligungsunternehmen des Vollkonsolidierungskreises erbracht werden, ohne dass es hierfür eine öffentlich-rechtliche Grundlage (Satzung) gibt. Dies betrifft beispielsweise Verkaufserlöse, Mieten, Pachten sowie Entgelte für die Teilnahme an Kursen oder Veranstaltungen der Kommune. Der Gesamtbetrag in Höhe von 41.885 TEUR (Vorjahr 40.934 TEUR) wurde in Höhe von 24.674 TEUR durch die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH, in Höhe von 10.455 durch die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, in Höhe von 5.898 TEUR durch die Kernverwaltung und in Höhe von 858 TEUR durch das Theater Oberhausen erzielt.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Zu den Kostenerstattungen und Kostenumlagen gehören die Erträge, die die Gemeinde für Aufwendungen erhält, die sie für andere Stellen erbracht hat. Die Kommune handelt in diesen Fällen im Auftrag eines Dritten, der die entstandenen Aufwendungen vollständig oder anteilig erstattet. Beispielsweise liegen Kostenerstattungen vor, wenn auf die Kommune Aufgaben von überörtlichen Sozialhilfeträgern delegiert werden. Wenn die Aufwendungen der Gemeinde, die im Auftrag eines Dritten geleistet wurden, nicht exakt berechnet, sondern nur pauschal in Rechnung gestellt werden, handelt es sich um eine Kostenumlage. Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 53.910 TEUR (Vorjahr 43.870 TEUR) betreffen ausschließlich Einnahmen der Kernverwaltung.

Sonstige ordentliche Erträge

Die sonstigen ordentlichen Erträge stellen eine Auffangposition für alle Erträge der Gemeinde dar, die nicht anderen Ertragspositionen zuzuordnen sind. Hierunter fallen sowohl Konzessionsabgaben, Erträge aus Anlageverkäufen (bei Erlösen über dem Buchwert), Bußgelder, Säumniszuschläge als auch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen etc.. Die sonstigen ordentlichen Erträge in Höhe von 34.313 TEUR (Vorjahr 31.772 TEUR) entfallen im Wesentlichen mit 27.321 TEUR auf die Kernverwaltung, mit 3.288 TEUR auf die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH, mit 2.355 TEUR auf den ASO Eigenbetrieb und mit 1.349 TEUR auf die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH.

Aktivierte Eigenleistungen

Aktivierte Eigenleistungen stehen als Ertragsposition den Aufwendungen gegenüber, die zur Herstellung von Anlagevermögen eingesetzt wurden. Mit dem Ansatz aktivierter Eigenleistungen wird das Anlagevermögen erhöht. Die ertragswirksame Verbuchung der aktivierten Eigenleistung bewirkt, dass Erfolgsneutralität hergestellt wird. Herstellungskosten und Eigenleistungen weisen fallbezogen den gleichen Betrag auf. Die aktivierten Eigenleistungen in Höhe von 7.582 TEUR (Vorjahr 4.465 TEUR) betreffen in Höhe von 7.565 TEUR die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH und in Höhe von 17 TEUR die Kernverwaltung.

Bestandsveränderungen

Bei den Bestandsveränderungen werden Erhöhungen bzw. Verminderungen des Bestands an fertigen oder unfertigen Erzeugnissen im Vergleich zum Vorjahr ausgewiesen. Die Bestandsveränderungen von 1.701 TEUR (Vorjahr – 197 TEUR) betreffen in voller Höhe die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH.

3.4.2 Ordentliche Gesamtaufwendungen

Personalaufwendungen

Personalaufwendungen sind alle Aufwendungen, die unmittelbar mit der Beschäftigung von Beamten, Angestellten, Arbeitern und sonstigen Beschäftigten in der Verwaltung zusammenhängen. Die Personalaufwendungen werden brutto erfasst, d. h. inklusive Lohnnebenkosten, wie beispielsweise Sozialversicherungsbeiträgen. Die Zuführungen zu Personalrückstellungen, z. B. Pensionsrückstellungen, Rückstellungen für Urlaub und Altersteilzeit etc. werden ebenfalls hier erfasst. Die Personalaufwendungen des Jahres 2014 belaufen sich auf 185.243 TEUR (Vorjahr 182.250 TEUR). Sie betreffen mit 129.357 TEUR die Kernverwaltung, mit 27.467 TEUR die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, mit 21.633 TEUR die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH sowie mit 6.786 TEUR das Theater Oberhausen.

Versorgungsaufwendungen

Unter die Versorgungsaufwendungen fallen alle Aufwendungen für die aus dem Dienst ausgeschiedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Angehörige, sofern die Aufwendungen nicht bereits in Vorjahren durch die Bildung von Rückstellun-

gen berücksichtigt wurden. Von den gesamten Versorgungsaufwendungen in Höhe von 21.176 TEUR (Vorjahr 15.906 TEUR) entfallen 20.978 TEUR auf die Kernverwaltung sowie 198 TEUR auf die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betreffen Aufwendungen, die mit dem gemeindlichen Verwaltungshandeln (Betriebszweck) bzw. Umsatz- oder Verwaltungserlösen wirtschaftlich zusammenhängen. Unter anderem werden hier die Aufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen, sowie des sonstigen Sachanlagevermögens erfasst. Weiterhin fallen unter diese Position sonstige Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen, wie beispielsweise der Erwerb von Waren und die Aufwendungen für Dienstleistungen. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 129.644 TEUR (Vorjahr 137.978 TEUR) betreffen mit 65.259 TEUR die Kernverwaltung, mit 45.101 TEUR die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, mit 18.356 TEUR die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH, mit 878 TEUR das Theater Oberhausen und mit 50 TEUR den ASO Eigenbetrieb.

Bilanzielle Abschreibungen

Der anteilige Ressourcenverbrauch, der durch die Nutzung des Anlagevermögens über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer entsteht, wird hier anteilig in Höhe der jeweiligen jährlichen Abschreibungsbeträge erfasst. Diese Beträge mindern den Wert des Anlagermögens ergebniswirksam. Die Gesamtabschreibungen in Höhe von 73.939 TEUR (Vorjahr 92.577 TEUR) erfolgten in Höhe von 49.524 TEUR auf Vermögensgegenstände der Kernverwaltung, in Höhe von 16.771 TEUR auf Vermögensgegenstände der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH, in Höhe von 6.728 TEUR auf Vermögensgegenstände der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH sowie in Höhe von 916 TEUR auf Vermögensgegenstände des ASO Eigenbetriebs.

Transferaufwendungen

Als Transferleistung werden die Leistungen der Gemeinde an Dritte erfasst, ohne dass diesen eine konkrete Gegenleistung gegenübersteht. Es handelt sich um einseitige Geschäftsvorfälle, denen kein Leistungsaustausch zu Grunde liegt. Grundlage hierfür können Rechtsnormen, Ratsbeschlüsse oder Verwaltungsentscheidungen sein. Unter die Transferleistungen fallen insbesondere Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen, Sozialtransfers und allgemeine Umlagen. Die Aufwendungen für Sozialtransfers ergeben sich aus der Sozialgesetzgebung, insbesondere sind dies Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII, dem Jugendwohlfahrtsgesetz, dem Unterhaltssicherungsgesetz, dem Asylbewerberleistungsgesetz, dem Wohngeldgesetz etc.. Unter die Transferaufwendungen fallen auch die Gewerbesteuerumlage und die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit. Die Transferaufwendungen in Höhe von 216.990 TEUR (Vorjahr 206.185 TEUR) betreffen ausschließlich die Kernverwaltung.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind eine Sammelposition für die Aufwendungen, die nicht anderen Aufwandspositionen zuzuordnen sind. Hierunter fallen beispielsweise Kosten für Aus- und Fortbildung, Reisekosten, Versicherungsbeiträge, Telefonkosten sowie Beiträge an Berufsverbände. Der Gesamtbetrag der sonstigen ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 116.945 TEUR (Vorjahr 117.579 TEUR) betrifft mit 87.448 TEUR die Kernverwaltung, mit 27.596 TEUR die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, mit 1.725 TEUR das Theater Oberhausen und mit 176 TEUR die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH. Im besonderen Fall der Konsolidierung mit einer Kommune ergibt sich aus der Umsatzsteuerrelevanz, dass Netto-Umsätze der umsatzsteuerpflichtigen Betriebe den bei der Stadt Oberhausen brutto erfassten Aufwendungen gegenüberstehen, so dass nach durchgeführter Aufwandskonsolidierung zwangsläufig der bestehende Saldo als Aufwand verbleibt. Hierdurch wird der Vorteil des Vorsteuerabzugs, den die Tochterunternehmen bei bezogenen Waren und Leistungen erzielen, eliminiert. Diese Aufwendungen hätte die Kommune ansonsten direkt gegenüber Dritten. Im Gesamtbetrag der sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind solche Soll-Differenzen durch Umsatzsteuer aus der Aufwands-/Ertragseliminierung in Höhe von 14.827 TEUR enthalten.

3.4.3 Ordentliches Gesamtergebnis

Das ordentliche Gesamtergebnis stellt dar, welche Ertragskraft sich aus der laufenden Tätigkeit der Gemeinde und deren Beteiligungsunternehmen des Vollkonsolidierungskreises ergibt. Es wird aus dem Saldo der ordentlichen Gesamterträge und der ordentlichen Gesamtaufwendungen ermittelt. Für das Jahr 2014 ergibt sich hier eine Unterdeckung in Höhe von 32.169 TEUR (Vorjahr 66.825 TEUR).

3.4.4 Finanzerträge

Zu den Finanzerträgen zählen für die Kommune Zinserträge, z. B. aus ausgegebenen Darlehen sowie Dividenden und andere Gewinnanteile von Beteiligungen, Ausleihungen und Wertpapieren des Anlagevermögens. Weiterhin werden hier die Zinserträge des Umlaufvermögens, wie Tagesgeld- bzw. Festgeldzinsen ausgewiesen. Die Finanzerträge in Höhe von 9.749 TEUR (Vorjahr 10.287 TEUR) wurden zu 98 % durch die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH erzielt.

3.4.5 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Die Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen betreffen sämtliche Zinsaufwendungen und Kreditbeschaffungskosten aus der Inanspruchnahme von Fremdkapital. Von den gesamten Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen in Höhe von 43.861 TEUR (Vorjahr 42.675 TEUR) betreffen 39.038 TEUR die Kernverwaltung, 3.050 TEUR die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH sowie 1.773 TEUR die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH.

3.4.6 Gesamtfinanzergebnis

Das Finanzergebnis ergibt sich aus dem Saldo zwischen den Finanzerträgen sowie den Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen. Es verdeutlicht, wie sehr das Fremdkapital durch Zinsaufwendungen das Jahresergebnis beeinflusst. Im Gesamtfinanzergebnis ergibt sich eine Unterdeckung in Höhe von 34.111 TEUR (Vorjahr 32.388 TEUR).

3.4.7 Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit

Das Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit wird aus dem Ergebnis des ordentlichen Gesamtergebnisses und dem Gesamtfinanzergebnis gebildet. Die Unterdeckungen beider Einzelergebnisse summieren sich zu einem negativen Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 66.280 TEUR (Vorjahr 99.213 TEUR).

3.4.8 Außerordentliches Gesamtergebnis

Hierunter fallen Aufwendungen und Erträge, die außerhalb des ordentlichen Verwaltungsverlaufes anfallen, aber durch die Aufgabenerfüllung der Gemeinde verursacht wurden. Sie beruhen auf seltenen und ungewöhnlichen Vorgängen von wesentlicher Bedeutung. Die Abgrenzung von den ordentlichen Aufwendungen und Erträgen soll vermeiden, dass ein falsches Bild von der Ertragslage der Kommune entsteht. Im Haushaltsjahr 2014 waren hierzu keine Vorgänge zu verzeichnen.

3.4.9 Gesamtjahresergebnis

Das negative Gesamtjahresergebnis in Höhe von 66.280 TEUR (Vorjahr 99.213 TEUR) ergibt sich aus der Hinzurechnung des außerordentlichen Gesamtergebnisses zum Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit

3.5 Sonstige Gesamtanhangsangaben

3.5.1 Haftungsverhältnisse

Zum 31.12.2014 bestanden ausschließlich bei der Kernverwaltung Bürgschaften in Höhe von 66.724 TEUR (Vorjahr 69.467 TEUR), davon 30.454 für Unternehmen des Vollkonsolidierungskreises. Weiterhin bestanden Sicherheitsverpflichtungen zu Forderungsabtretungen der GMVA in Höhe von rd. 51.001 TEUR (Vorjahr 31.596 TEUR).

3.5.2 Sonstige Verpflichtungen

Aus Miet-, Leasing-, Pacht-, Service- und Wartungsverträgen bestehen zum 31.12.2014 Verpflichtungen bei den Tochterunternehmen des Vollkonsolidierungskreises in Höhe von 7.247 TEUR (Vorjahr 6.863 TEUR) jährlich, davon 166 TEUR innerhalb des Vollkonsolidierungskreises. Weiterhin bestand ein Bestellobligo für Investitionen in Höhe von 181 TEUR.

3.5.3 Gesonderte Gesamtanhangsangaben

Besondere Umstände, die dazu führen, dass der Jahresabschluss nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Gesamtabschlusses zum 31.12.2014 befand sich der Einzelabschluss der Stadt Oberhausen für dieses Haushaltsjahr noch in der Prüfung durch die örtliche Rechnungsprüfung. Ergebnisse, die ggf. noch zu Veränderungen der Vermögens- und Schuldenpositionen sowie des „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages“ führen könnten, sind zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt. Für die Tochtergesellschaften des Vollkonsolidierungskreises liegen, entsprechend der Gesamtabschlussrichtlinie, geprüfte Überleitungsrechnungen vor, für die Meldedaten der Stadt Oberhausen liegt bisher keine geprüfte Überleitungsrechnung vor.

Zinssicherungsgeschäfte

Zur Sicherung von Zinskonditionen für aufgenommene Darlehen hat die Stadt Oberhausen für sieben Darlehen SWAP-Geschäfte abgeschlossen, bei denen die Entwicklung des variablen Zinssatzes sich eliminiert. Die Grundgeschäfte der Darlehensaufnahmen und die zugehörigen SWAP-Abschlüsse bilden eine Bewertungseinheit aus der keine bilanzierungspflichtigen Vorgänge entstehen.

Beiträge aus Erschließungsmaßnahmen

Grundsätzlich sind die Forderungen für Beiträge aus fertig gestellten Erschließungsmaßnahmen mit der Entstehung des Anspruches zu bilanzieren. Sofern noch keine Erhebung erfolgt ist, sind die Beträge für diese Maßnahmen gem. § 44 Absatz 2 Nr. 6 Gemeindehaushaltsverordnung im Anhang nachrichtlich zu erwähnen. Aus dem Anhang des Kernhaushaltes wurde übernommen, dass die zum Bilanzstichtag 31.12.2014 noch nicht erhobenen abrechnungsfähigen Erschließungsmaßnahmen rd. 25 TEUR betrugen.

Kapitalflussrechnung (Cash-Flow-Rechnung)

Die Gesamtkapitalflussrechnung wurde unter Anwendung der indirekten Methode nach dem Top-down-Konzept für den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit aufgestellt.

Die Entwicklung des Finanzmittelfonds, welcher den Liquiden Mitteln aus der Bilanz entspricht, ist nachfolgend anhand der Kapitalflussrechnung nach dem DRS 2 Standard dargestellt:

Gesamtkapitalflussrechnung Stadt Oberhausen

		2014 EUR	2013 EUR
1.	Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit	-66.280.057,76	-99.212.648,32
2.	+/- Abschreibungen / Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	72.178.154,97	160.844.454,35
3.	+/- Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	10.492.290,33	13.377.900,32
4.	+/- Zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge aus der Entwicklung von Sonderposten	-29.035.844,58	-27.084.581,26
5.	+/- Verlust / Gewinn aus dem Abgang von Anlagevermögen	2.301.553,01	5.509.237,28
6.	+/- Abnahme / Zunahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sowie anderen Aktiva die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-5.016.392,17	-8.212.858,24
7.	+/- Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-8.299.359,33	13.985.980,42
8.	+/- Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten		
9.	+/- Sonstige zahlungsunwirksame Posten*	7.409.405,52	
10.	**= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit**	**-16.250.250,01**	**59.207.484,55**
11.	Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	4.813.744,44	2.822.845,65
12.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-34.340.417,79	-40.825.797,09
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens		
14.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-443.474,72	-177.638,85
15.	+ Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	145.426,05	1.100.652,88
16.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-12.856,35	-4.703,32
17.	+ Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten		
18.	- Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten		
19.	+ Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		
20.	- Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		
21.	+ Einzahlungen aus Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen sowie sonstigen Sonderposten	12.330.708,92	9.237.525,19
22.	**= Cashflow aus Investitionstätigkeit**	**-17.506.869,45**	**-27.847.115,54**
23.	+/- Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen/Eigenkapitalreduzierungen	0,00	-71.956.478,78
24.	- Auszahlungen an Unternehmenseigener und Minderheitsgesellschafter		
25.	+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	888.121.632,43	1.013.175.498,37
26.	- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-850.910.478,34	-975.447.458,10
27.	**= Cashflow aus Finanzierungstätigkeit**	**37.211.154,09**	**-34.228.438,51**
28.	**Zahlungswirksame Veränderung des Zahlungsmittelfonds**	**3.454.034,63**	**-2.868.069,50**
29.	**+/- Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds**		
30.	**Finanzmittelfonds am Anfang der Periode**	**8.898.145,65**	**11.766.215,15**
31.	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**12.352.180,28**	**8.898.145,65**

* Keine Vergleichsdaten 2013 vorhanden aufgrund neuer Struktur ab 2014

Im Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit sind die wesentlichen Posten für die auf Erlöserzielung ausgerichteten Tätigkeiten des Unternehmens sowie sonstige Aktivitäten, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind, aufgeführt.

Die Position Zeile 9 Sonstige zahlungsunwirksame Posten in Höhe von 7.409 TEUR beinhaltet im Wesentlichen mit 7.394 TEUR Umgliederungen zwischen Anlage- und Umlaufvermögen, ergebnisneutrale Veränderungen des Anlage- und Umlaufvermögens gem. § 43 Abs. 3 GemHVO in Höhe von 252 TEUR sowie Veränderungen des Finanzanlagevermögen aufgrund von Jahresergebnissen und Gewinnausschüttungen von Equity-Einheiten in Höhe von - 243 TEUR.

Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen betreffen im Wesentlichen geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau, das Infrastrukturvermögen, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie bebaute und unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte.

4. Gesamtlagebericht

4.1 Allgemeine Angaben

Der vorliegende Gesamtabschluss ist gem. § 116 Abs. 1 GO NRW, sowie gem. § 49 Abs. 2 GemHVO NRW um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der einem handelsrechtlichem Konzernlagebericht nachempfundene Gesamtlagebericht der Gemeinde soll dem Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger, des Rates und der Aufsichtsbehörde nachkommen und ein zusammenfassendes Bild über die Vermögens-, Schulden-, Aufwands-, Ertrags- und Finanzgesamtlage vermitteln. Zu diesem Zweck werden in diesem Gesamtlagebericht die wesentlichen Informationen zum „Konzern Stadt Oberhausen“ zusammengefasst. Darüber hinausgehende Detailinformationen können dem beigefügten Beteiligungsbericht, sowie den Einzeljahresabschlüssen der beteiligten Einheiten entnommen werden.

4.2 Erläuterungen im Einzelnen

Die Untersuchung der einzelnen Gesamtabschlussbestandteile vermittelt zusammengefasst die gesamtwirtschaftliche Situation der Stadt Oberhausen, diese stellt sich wie folgt dar:

4.2.1 Vermögens- und Schuldenlage

Die Gesamtbilanzsumme beläuft sich zum 31.12.2014 auf 2.978.080 TEUR und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 22.690 TEUR (0,77 %) erhöht.

Das Gesamtanlagevermögen hat sich um 47.843 TEUR (2,58 %) auf 1.809.390 TEUR verringert. Dieses liegt daran, dass Neuinvestitionen nicht in ausreichendem Umfang getätigt werden konnten um den Werteverzehr der Ressourcen zu kompensieren.

Die Finanzanlagen in Höhe von 96.183 TEUR (2013: 96.287 TEUR) haben sich nur unwesentlich verändert.

Im Bereich des Umlaufvermögens haben sich die Vorräte um 5.362 TEUR (40,89 %) auf 18.474 TEUR erhöht. Der Bestand an Liquiden Mitteln ist um 3.454 TEUR (38,82 %) auf 12.352 TEUR gestiegen. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben sich hingegen um 4.147 TEUR (7,49 %) auf 51.195 TEUR verringert, dies ist im Wesentlichen auf geringere Steuerforderungen der Stadt Oberhausen zurück zu führen.

Der Anstieg der Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten um 3.800 TEUR (26,12 %) auf 18.347 TEUR setzt sich im Wesentlichen zusammen aus einem Anstieg der Zahlungen die das folgende Haushaltsjahr betreffen in Höhe von 3.550 TEUR, aus einem Anstieg der geleisteten Investitionskostenzuschüsse um 193 TEUR sowie aus einem Anstieg von Zahlungen der Beamtenbezüge für den Januar des Folgejahres um 44 TEUR.

Die Reduzierung der Sonderposten von 499.722 TEUR auf 483.009 TEUR (- 3,34 %) ist darin begründet, dass der jährlichen ertragswirksamen Auflösung keine entsprechenden Zuführungen des Jahres 2014 gegenüberstehen.

Die Erhöhung der Rückstellungen von 463.587 TEUR auf 474.079 TEUR (2,26 %) betrifft mit 14.464 TEUR den Anstieg der Pensionsrückstellungen sowie mit 3.265 TEUR die Verringerung der Sonstigen Rückstellungen, mit 663 TEUR die Verringerung der Steuerrückstellungen sowie mit 44 TEUR die Verringerung der Instandhaltungsrückstellungen.

Die Gesamtverbindlichkeiten haben sich gegenüber dem Vorjahr von 1.971.205 TEUR um 26.825 TEUR auf 1.998.030 TEUR erhöht.

Der Anstieg der Passiven Rechnungsabgrenzungsposten um 2.086 TEUR (9,99 %) auf 22.962 TEUR setzt sich im Wesentlichen zusammen aus einem Anstieg der kreditorischen Debitoren in Höhe von 1.033 TEUR sowie Zuwendungen an die Stadt Oberhausen deren Verwendung erst ab dem Haushaltsjahr 2015 erfolgt in Höhe von 492 TEUR.

Gesamtbilanz zum 31.12. in TEUR	IST 2014	IST 2013	Veränd.	in %
A K T I V A	**2.978.080**	**2.955.390**	**22.690**	**0,77**
1. Anlagevermögen	1.809.390	1.857.233	-47.843	-2,58
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	7.751	8.532	-781	-9,15
1.2 Sachanlagen	1.705.456	1.752.414	-46.958	-2,68
1.3 Finanzanlagen	96.183	96.287	-104	-0,11
2. Umlaufvermögen	82.021	77.352	4.669	6,04
2.1 Vorräte	18.474	13.112	5.362	40,89
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	51.195	55.342	-4.147	-7,49
2.3 Liquide Mittel	12.352	8.898	3.454	38,82
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	18.347	14.547	3.800	26,12
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.068.322	1.006.258	62.064	6,17
P A S S I V A	**2.978.080**	**2.955.390**	**22.690**	**0,77**
1 Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung			0	
2. Sonderposten	483.009	499.722	-16.713	-3,34
2.1 Sonderposten für Zuwendungen	415.351	428.778	-13.427	-3,13
2.2 Sonderposten für Beiträge	64.587	66.583	-1.996	-3,00
2.3 Sonderposten für den Gebührenausgleich	2.556	3.827	-1.271	-33,21
2.4 Sonstige Sonderposten	515	534	-19	-3,56
3. Rückstellungen	474.079	463.587	10.492	2,26
3.1 Pensionsrückstellungen	401.480	387.016	14.464	3,74
3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	600	600	0	0,00
3.3 Instandhaltungsrückstellungen	4.265	4.309	-44	-1,02
3.4 Steuerrückstellungen	137	800	-663	-82,88
3.5 Sonstige Rückstellungen	67.597	70.862	-3.265	-4,61
4. Verbindlichkeiten	1.998.030	1.971.205	26.825	1,36
4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	392.023	405.912	-13.889	-3,42
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.566.300	1.515.200	51.100	3,37
4.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12.244	21.644	-9.400	-43,43
4.4 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen*	2.113	0	2.113	>100,00
4.5 Sonstige Verbindlichkeiten	21.598	28.449	-6.851	-24,08
4.6 Erhaltene Anzahlungen*	3.752	0	3.752	>100,00
5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	22.962	20.876	2.086	9,99

** Keine Vergleichsdaten 2013 vorhanden aufgrund neuer Struktur ab 2014*

4.2.2 Ertrags- und Aufwandssituation

Das Gesamtjahresergebnis 2014 weist einen Fehlbetrag von 66.280 TEUR aus. Dies ist gegenüber dem Gesamtjahresergebnis 2013 mit einem Fehlbetrag in Höhe von 99.213 TEUR eine Verbesserung von 32.933 TEUR.

Die ordentlichen Gesamterträge von 711.767 TEUR (Vorjahr 685.650 TEUR) haben sich um 3,8 % erhöht. Wesentlichen Anteil daran haben die Zunahme der Kostenerstattungen und Kostenumlagen um 10.040 TEUR (22,9 %) bei der Stadt Oberhausen, die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen um 7.775 TEUR (3,1 %) bei der Stadt Oberhausen und der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH sowie die Zunahme der Aktivierten Eigenleistungen um 3.117 TEUR (69,8 %) bei der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH.

Die sonstigen ordentlichen Erträge haben sich um 2.541 TEUR erhöht und die Bestandsveränderungen um 1.899 TEUR.

Die ordentlichen Gesamtaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr auf 743.936 TEUR (Vorjahr: 752.475 TEUR) um 1,1 % gesunken.

Negativ haben sich die Steigerung der Transferaufwendungen um 10.805 TEUR (5,2 %), der Versorgungsaufwendungen um 5.269 TEUR (33,1 %) und der Personalaufwendungen um 2.993 TEUR (1,6 %) ausgewirkt. Die bilanziellen Abschreibungen haben sich hingegen um 18.638 TEUR (20,1 %) verringert. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind ebenfalls um 8.334 TEUR (6,0 %) gesunken.

Die negative Veränderung des Finanzergebnisses in Höhe von - 1.723 TEUR (5,3 %) auf - 34.111 TEUR (Vorjahr – 32.388 TEUR) ist durch die Erhöhung der Zinsaufwendungen für Kreditaufnahmen in Höhe 1.185 TEUR sowie durch die Verringerung der Finanzerträge um 538 TEUR begründet.

Gesamtergebnisrechnung der Stadt Oberhausen zum 31.12.2014

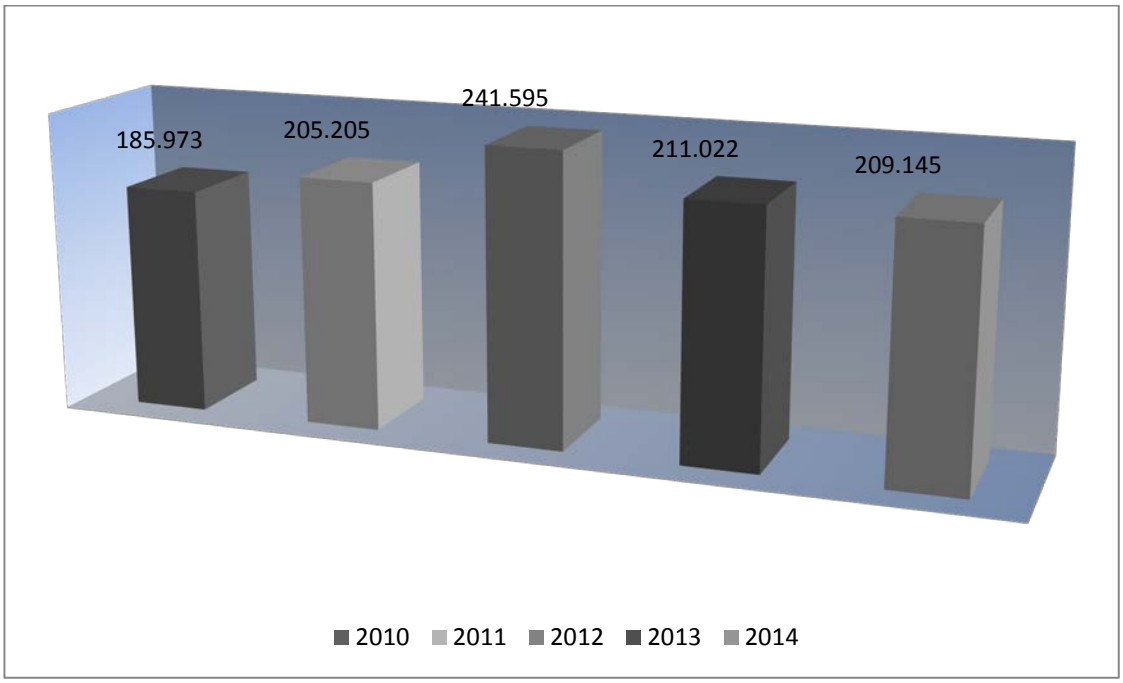
Gesamtergebnis	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR	Abw	in %
01 Steuern und ähnliche Abgaben	209.145	211.022	-1.877	-0,9
02 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	262.441	254.666	7.775	3,1
03 Sonstige Transfererträge	4.114	3.937	177	4,5
04 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	96.675	95.181	1.494	1,6
05 Privatrechtliche Leistungsentgelte	41.885	40.934	951	2,3
06 Kostenerstattung und Kostenumlagen	53.910	43.870	10.040	22,9
07 Sonstige ordentliche Erträge	34.313	31.772	2.541	8,0
08 Aktivierte Eigenleistungen	7.582	4.465	3.117	69,8
09 Bestandsveränderungen (-/+)	1.702	-197	1.899	>100
10 = Ordentliche Gesamterträge (01 bis 09)	**711.767**	**685.650**	**26.117**	**3,8**
11 Personalaufwendungen	185.243	182.250	2.993	1,6
12 Versorgungsaufwendungen	21.175	15.906	5.269	33,1
13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	129.644	137.978	-8.334	-6,0
14 Bilanzielle Abschreibungen	73.939	92.577	-18.638	-20,1
15 Transferaufwendungen	216.990	206.185	10.805	5,2
16 Sonstige ordentliche Aufwendungen	116.945	117.579	-634	-0,5
17 = Ordentliche Gesamtaufwendungen (11 bis 16)	**743.936**	**752.475**	**-8.539**	**-1,1**
18 = Ordentliches Gesamtergebnis (10+17)	**-32.169**	**-66.825**	**34.656**	**-51,9**
19 Finanzerträge	9.749	10.287	-538	-5,2
20 Finanzaufwendungen	43.860	42.675	1.185	2,8
21 = Gesamtfinanzergebnis (19 + 20)	**-34.111**	**-32.388**	**-1.723**	**5,3**
22 = Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit (18 + 21)	**-66.280**	**-99.213**	**32.933**	**-33,2**
23 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0	0,0
24 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0	0,0
25 = Außerordentliches Gesamtergebnis (23 + 24)	**0**	**0**	**0**	**0,0**
26 = Gesamtjahresergebnis (22 + 25)	**-66.280**	**-99.213**	**32.933**	**-33,2**

Nachrichtlich:
Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit dem Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag (§43 Abs.3 GemHVO)

27 Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen*	**8**
28 Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen*	**0**
29 Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen*	**88**
30 Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen*	**226**
31 = Verrechnungssaldo (27 bis 30)*	**-306**

**Vergleichswerte für 2013 liegen nicht vor*

Steuern und ähnliche Abgaben

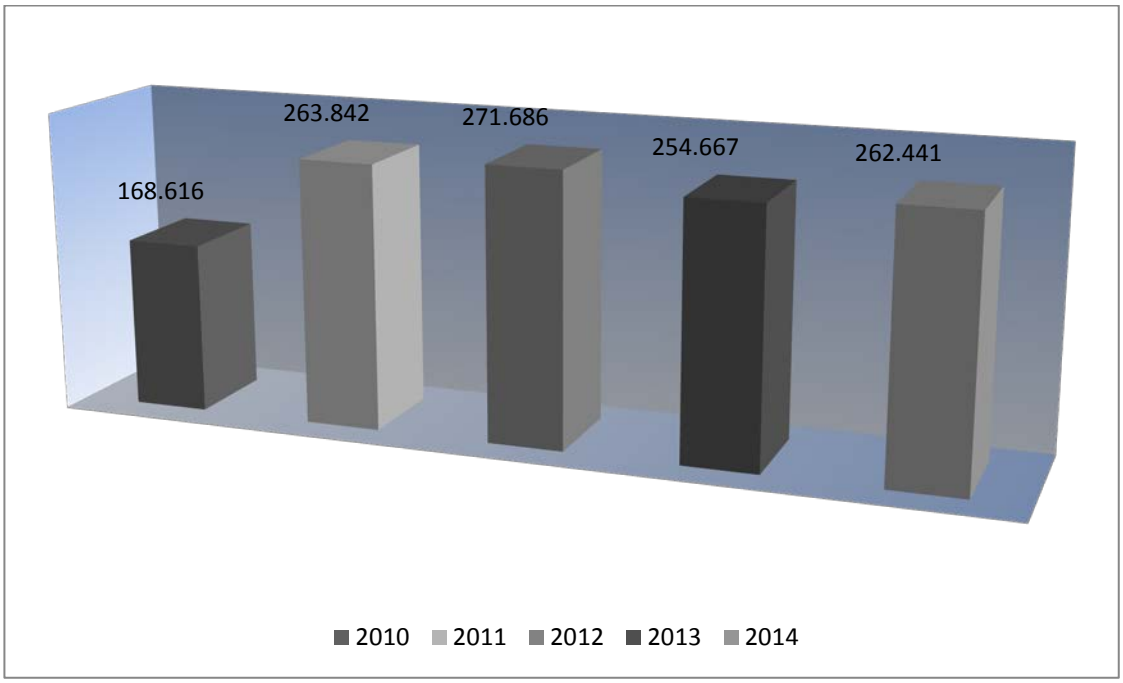


Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2014)

Die Steuern und ähnlichen Abgaben sind gegenüber dem Vorjahreswert um 0,89 % (- 1.877 TEUR) gesunken.

Die Verringerung ist im Wesentlichen auf Mindererträge der Kernverwaltung im Bereich der Gewerbesteuer (- 5.680 TEUR), zurück zu führen. Dem stehen Mehrerträge aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (+ 3.985 TEUR) gegenüber.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen



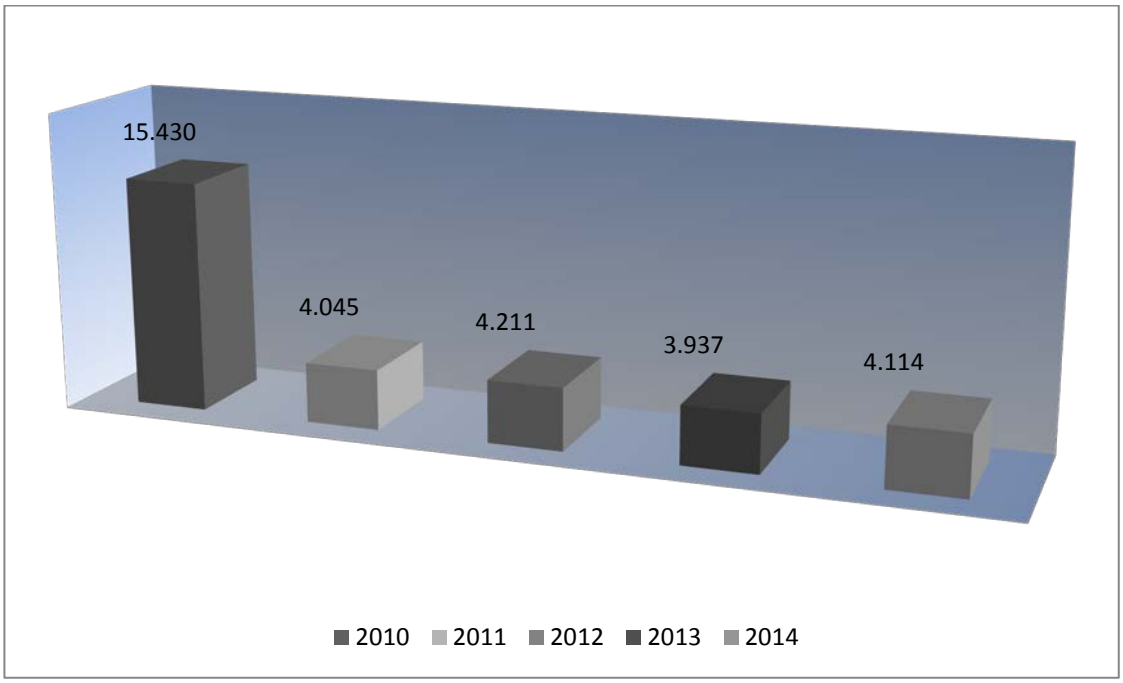
Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2014)

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen sind im Vergleich zum Vorjahr um 7.775 TEUR oder 3,05 % gestiegen.

Die Steigerung ist im Wesentlichen der Erhöhung der Schlüsselzuweisungen des Landes (5.927 TEUR), der Zuweisungen vom Land für Personalkosten (bspw. im Bereich der Kindergärten, insgesamt 3.119 TEUR) sowie Zuweisungen vom Bund („Stärken vor Ort“, 1.196 TEUR) geschuldet.

Dem stehen durch Verlagerung zu den Kostenerstattungen und –umlagen Mindererträge von 4.250 TEUR (Erstattung von Personlkosten und Sachkosten der Grundsicherung) gegenüber.

Sonstige Transfererträge

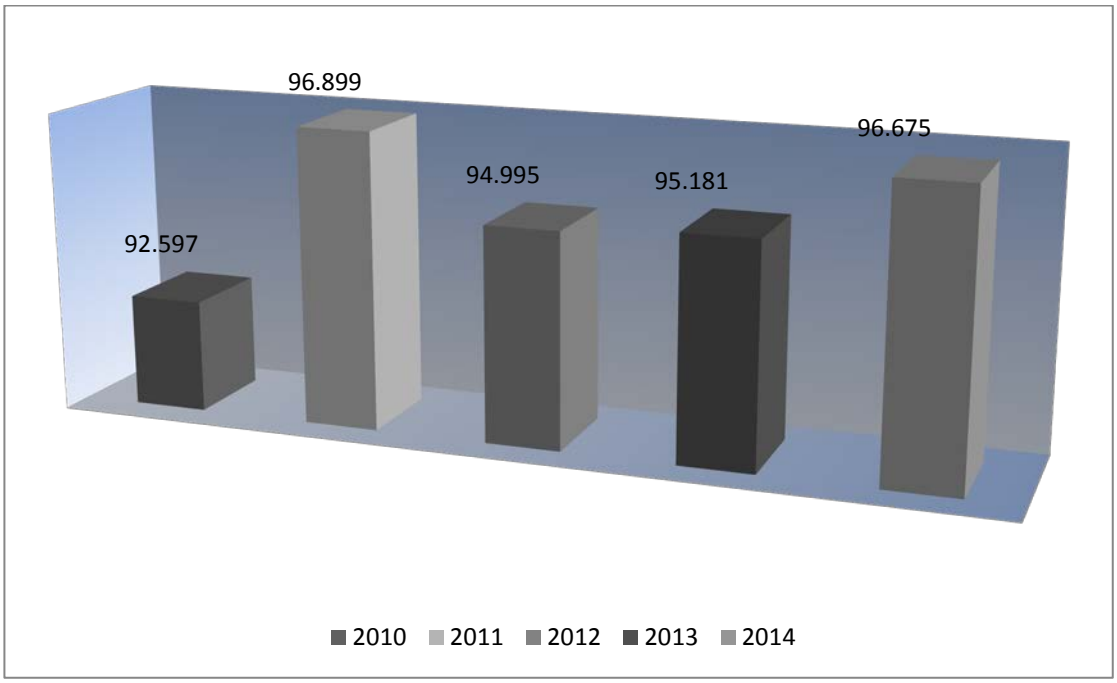


Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2014)

Die geringeren sonstigen Transfererträge im Vergleich der Geschäftsjahre 2010 / 2011 bis 2014 sind dadurch bedingt, dass bei der Kernverwaltung eine gesetzlich notwendige Umplanung der Leistungsbeteiligung – KdU (Kosten der Unterkunft) in 2011 erfolgte. Im Jahr 2010 wurden Erträge in Höhe von 12.262 TEUR erzielt. Ab dem Geschäftsjahr 2011 erfolgte die Ausweisung im Rahmen der Kostenerstattungen und Kostenumlagen.

Die Steigerung der sonstigen Transfererträge von 4,48 % macht einen Mehrertrag von rd. 177 TEUR gegenüber dem Vorjahr aus.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

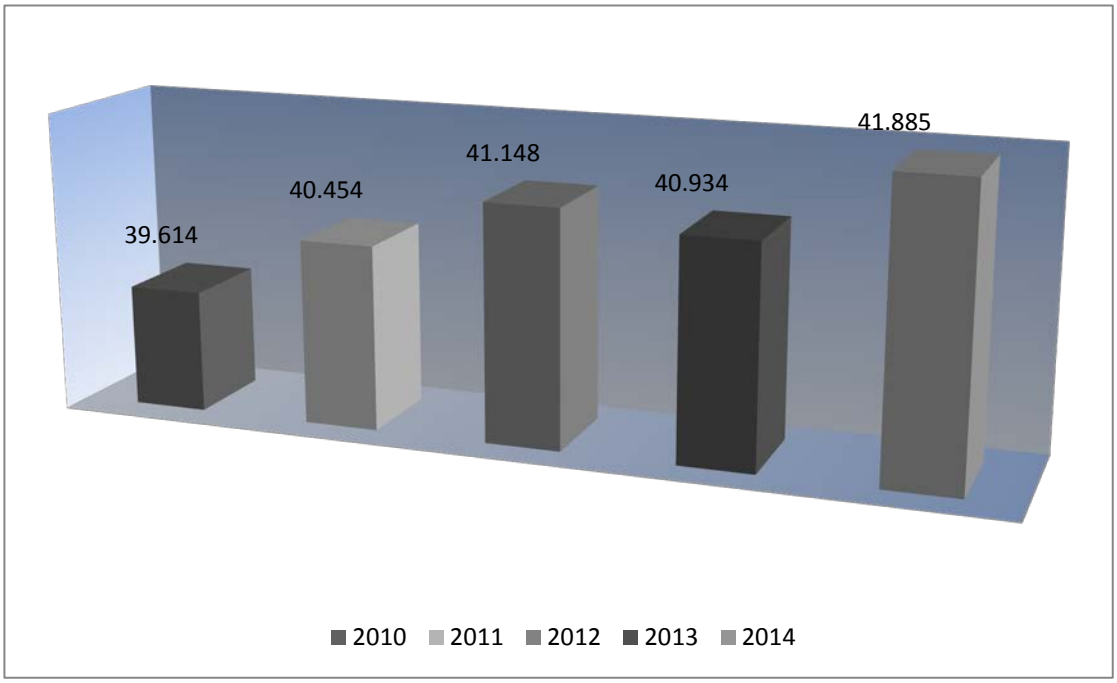


Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2014)

Die Mehrerträge belaufen sich auf + 1,57 % (1.494 TEUR) und resultieren aus folgenden Sachverhalten der Kernverwaltung.

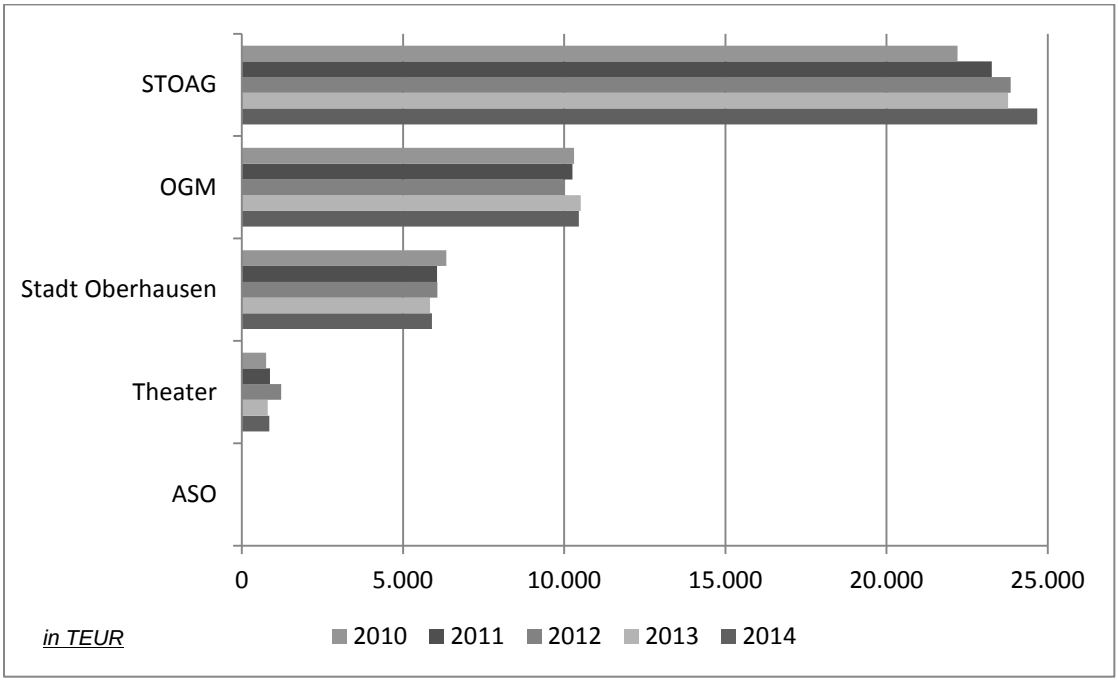
	2014	***2013***	***Abweichung***
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten Gebührenausgleich Abfallbeseitigung	2.134.807,61	27.260,00	2.107.547,61
Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte (u.a. Abfallbeseitigung, Straßenreinigung)	45.190.855,09	44.623.726,88	567.128,21
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge	4.214.326,12	3.731.385,75	482.940,37
Verwaltungsgebühren (ua. Zulassung, Bauaufsichtliche Verfahren)	6.153.840,90	5.721.557,04	432.283,86
Benutzungsgebühr – Niederschlagswasser	12.875.045,43	13.354.389,95	- 479.344,52
Ertr. Aufl. SoPo Gebührenausgl. Abwasserbeseitigun	103.912,68	1.856.740,00	-1.752.827,32

Privatrechtliche Leistungsentgelte

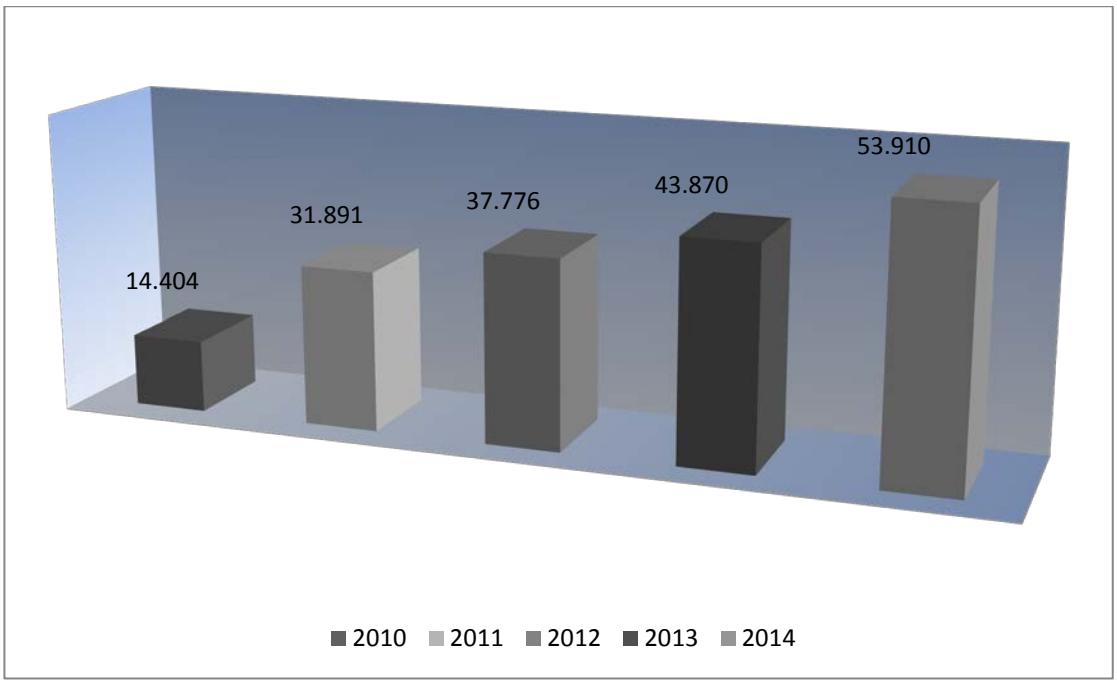


Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2014)

Die Steigerung der privatrechtlichen Leistungsentgelte von 2,32 % macht einen Mehrertrag von rd. 951 TEUR, im Wesentlichen resultierend aus den Mehrerträgen im Bereich der STAOG (+ 905 TEUR; erhöhte Umsätze aus Zeitfahrausweisen, Steigerung auf Grund erhöhter Beförderungsentgelte), gegenüber dem Vorjahr aus.



Kostenerstattungen und Kostenumlagen

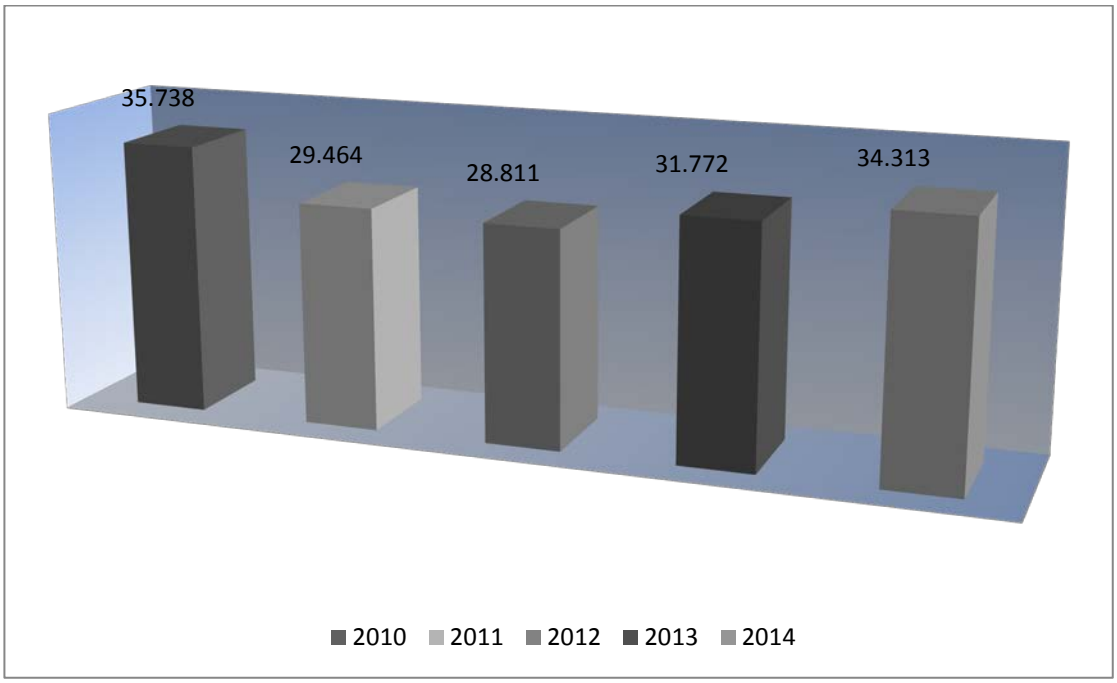


Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2014)

Hierunter fallen ausschließlich Erträge der Kernverwaltung. Die Verbesserung der Jahre 2011 bis 2014 im Vergleich zu 2010 ist auf die Umsetzung der Kosten der Unterkunft (Erstattungen des Bundes) aus den sonstigen Transfererträgen zurückzuführen.

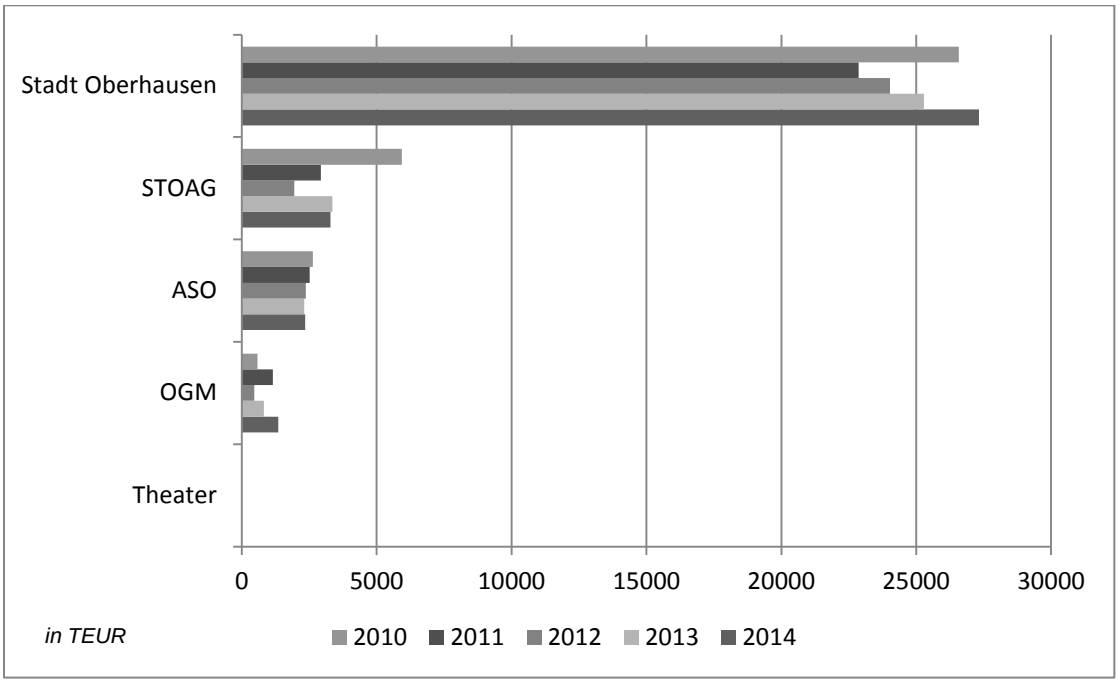
Die Steigerung der Erträge im Vergleichszeitraum 2014 / 2013 von rd. 10.040 TEUR (+ 22,89 %) resultiert aus erhöhten Erträgen aus Erstattungen vom Bund (+ 4.717 TEUR), Erstattungen von Zweckverbänden – Personalkosten (+ 4.205 TEUR) Erstattungen von privaten Unternehmen (+ 1.761 TEUR) Erstattungen vom Bund BUT (+ 1.669 TEUR). Geringere Erträge im wesentlichen Umfang wurden im Rahmen der Erstattungen vom Bund – KDU (- 3.019 TEUR) erzielt.

Sonstige ordentliche Erträge



Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2014)

Die sonstigen ordentlichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahreswert um 8 % (+ 2.541 TEUR) höher ausgefallen.



Sowohl die Kernverwaltung (+ 2.038 TEUR, resultierend aus einer Vielzahl an Erhöhungen/Verminderungen, bspw. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen - 4.023 TEUR, Verzinsung der Gewerbesteuer + 4.305 TEUR, Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden + 1.122 TEUR), als auch die OGM GmbH (+ 527 TEUR, Steigerung auf Grund von Kaufpreisreduzierungen aus Grundstücksgeschäften sowie Erträgen aus Anlageabgängen) konnten die Erträge steigern.

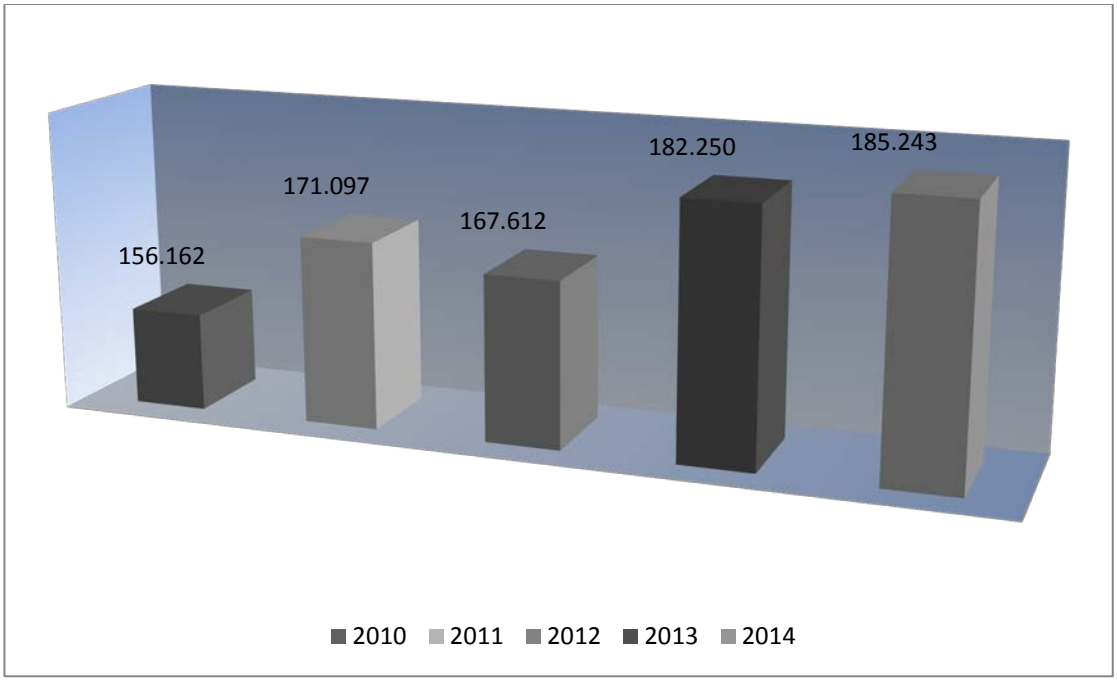
Aktivierte Eigenleistungen

Diese spielen eine untergeordnete Rolle im Gesamtergebnis der Stadt Oberhausen. Auf den Gesamtanhang wird verwiesen.

Bestandsveränderungen

Sie spielen eine untergeordnete Rolle im Gesamtergebnis der Stadt Oberhausen. Hier wird auf die Ausführungen im Gesamtanhang verwiesen.

Personalaufwendungen



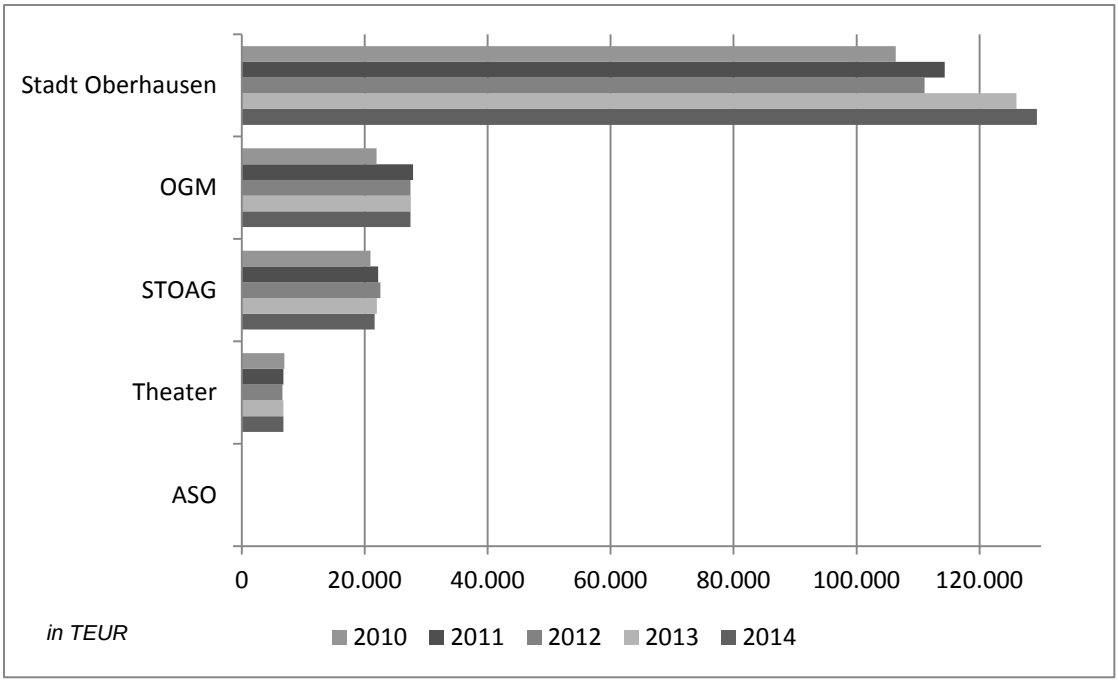
Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2014)

Die Personalaufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahreswert um 1,64 % (+ 2.993 TEUR) an.

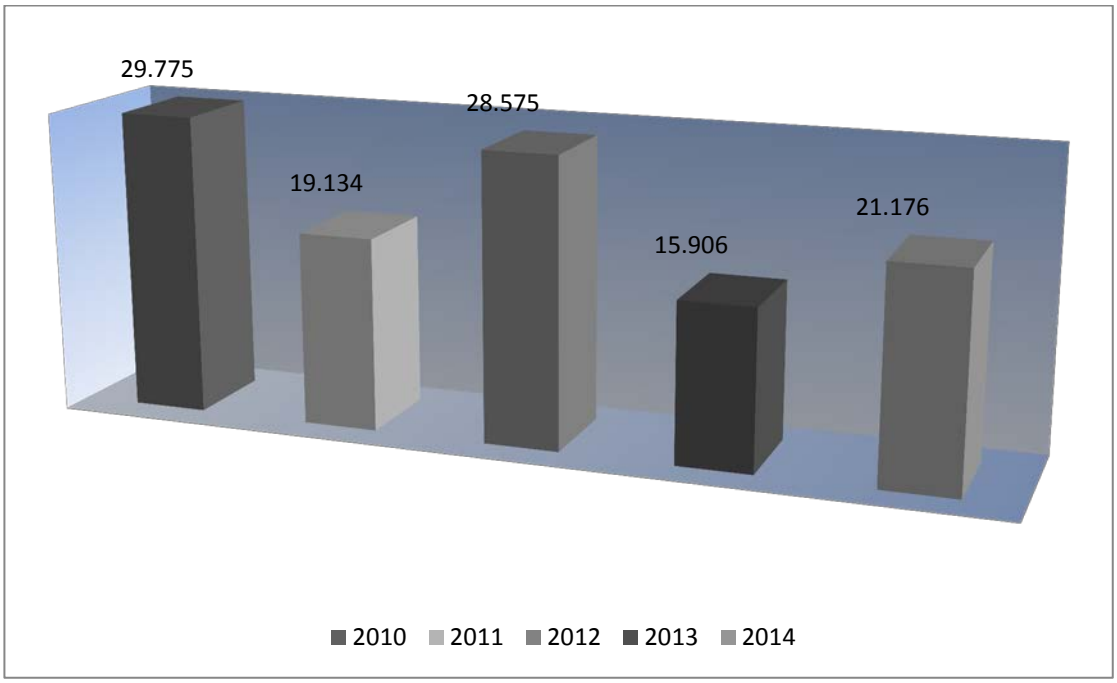
Die Abweichungen zum Geschäftsjahr 2013 lassen sich für die Kernverwaltung (+ 3.360 TEUR) im Wesentlichen wie folgt zusammenfassen:

-	Zuführung zu Pensions-rückstellungen für Beschäftigte	+ 4.871 TEUR
-	Tariflich Beschäftigte	+ 2.656 TEUR
-	Beihilfen für Beamte	- 4.458 TEUR
-	Aufwendungen für sonstige Beschäftigte	- 1.050 TEUR

Innerhalb der weiteren Einheiten des Vollkonsolidierungskreises sind keine wesentlichen Abweichungen zu verzeichnen.


Stadt Oberhausen
OGM
STOAG
Theater
ASO
0
20.000
40.000
60.000
80.000
100.000
120.000
in TEUR
2010
2011
2012
2013
2014

Versorgungsaufwendungen

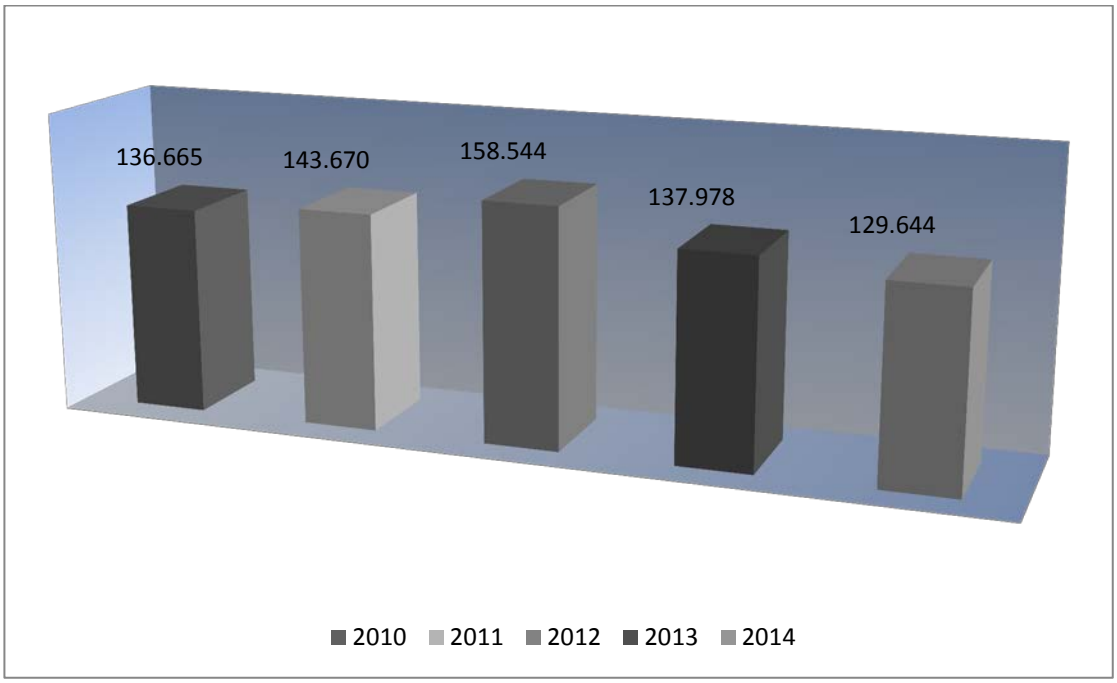


Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2014)

Die Versorgungsaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahreswert um 33,13 % (+ 5.269 TEUR).

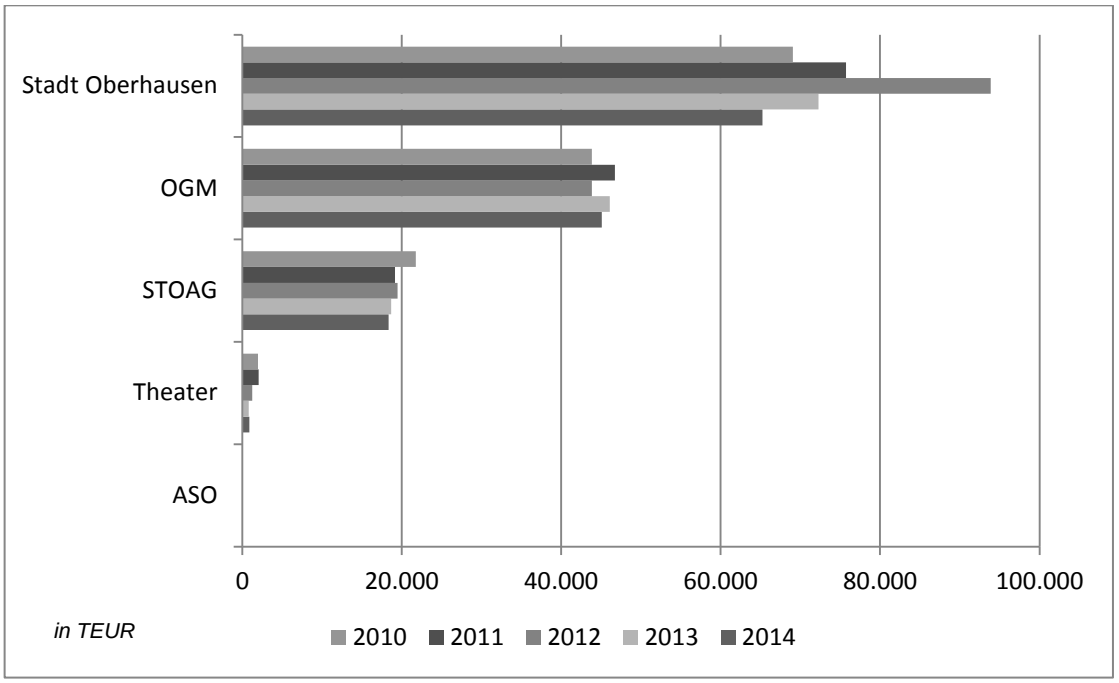
Die Aufwandssteiergungen lassen sich für die Kernverwaltung (Anteil am Ergebnis 99 %) im Wesentlichen auf Beihilfen / Unterstützungsleistungen und dgl.für Versorgungsempfänger (+ 3.962 TEUR) sowie den Versorgungsaufwand für Beamte (+ 860 TEUR) zurückführen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen



Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2014)

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind konzernweit um 6,04 % gesunken (- 8.334 TEUR).



Bezogen auf die Kernverwaltung (- 7.020 TEUR) beziehen sich die geringeren IST - Aufwendungen im Quervergleich der Geschäftsjahre 2014 / 2013 hauptsächlich auf folgende Sachverhalte:

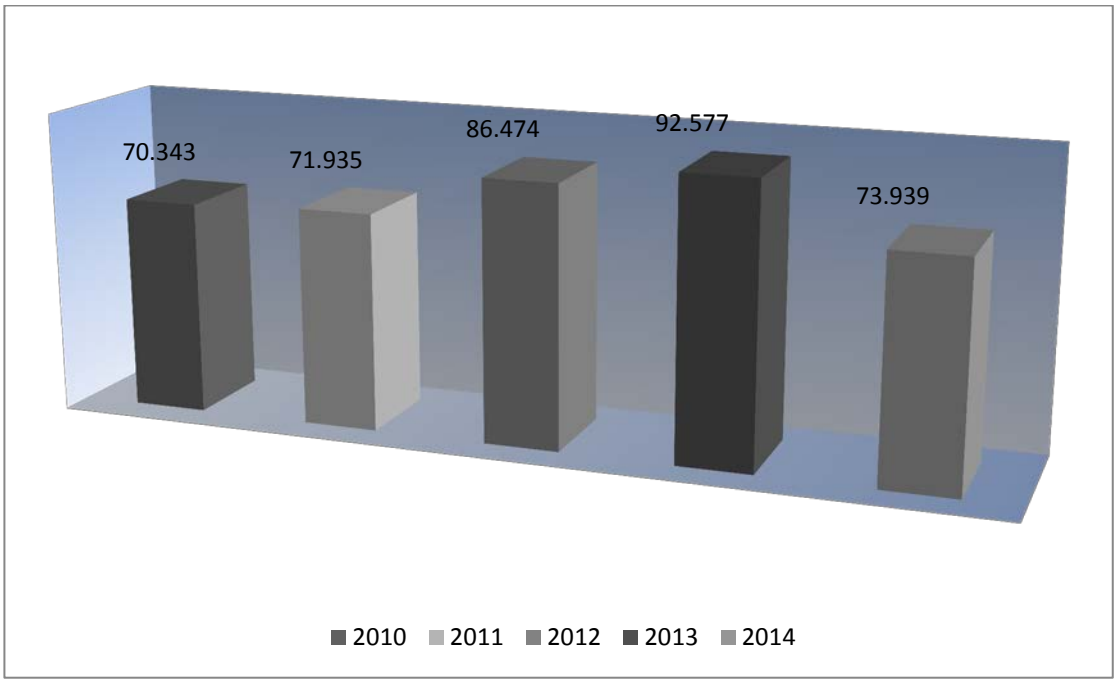
- Erstattungen an übrige Bereiche - 6.047 TEUR
- Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen - 1.435 TEUR

- Aufwendungen Straßenbauprogramm + 565 TEUR

Weitere Aufwandsreduzierungen sind bei der STOAG GmbH (- 332 TEUR) sowie der OGM GmbH (- 1.012 TEUR) entstanden. Dem gegenüber stehen Erhöhungen seitens des Theater Oberhausen in Höhe von 52 TEUR.

Bilanzielle Abschreibungen

Diese spielen – ähnlich wie die Versorgungsaufwendungen –, im Verhältnis zu den weiteren Aufwandsarten, eine untergeordnete Rolle im Gesamtergebnis des Konzern „Stadt Oberhausen“ (10 % der Gesamtaufwendungen). Auf den Gesamtanhang wird verwiesen. Die Reduzierung beträgt 20,13 % (- 18.638 TEUR).



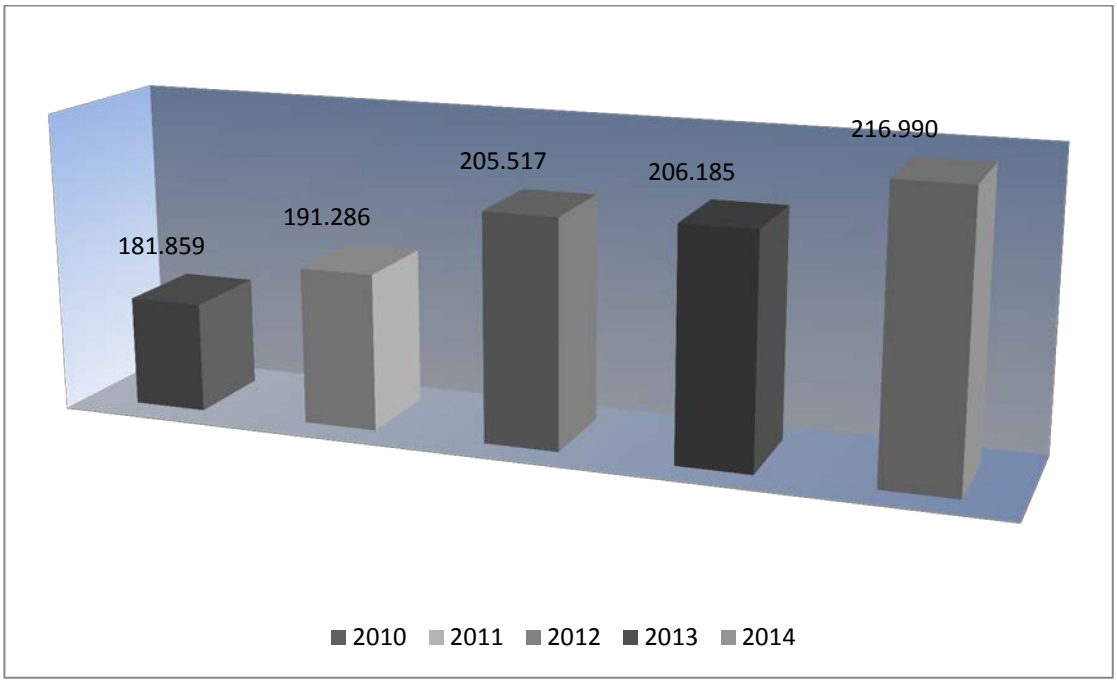
Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2014)

Zusammenfassend bleibt im Jahresvergleich 2014/2013 festzuhalten *(Rundungsdifferenzen)*:

Kernverwaltung	+ 1.730 TEUR
STOAG GmbH	- 19.695 TEUR
OGM GmbH	- 667 TEUR
Eigenbetrieb Alteneinrichtung der Stadt Oberhausen	- 7 TEUR

Die Reduzierung der bilanziellen Abschreibungen bei der STOAG gegenüber 2013 beruht darauf, dass dort in 2013 eine einmalige Sonderabschreibung auf Finanzanlagen in Höhe von rd. 16 Mio. EUR erfolgt ist sowie auf versehentlich doppelt eingeflossener Abschreibung auf Stille Reserven in Höhe von rd. 4 Mio. EUR. Die Korrektur hierzu ist in 2014 erfolgt.

Transferaufwendungen



Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2014)

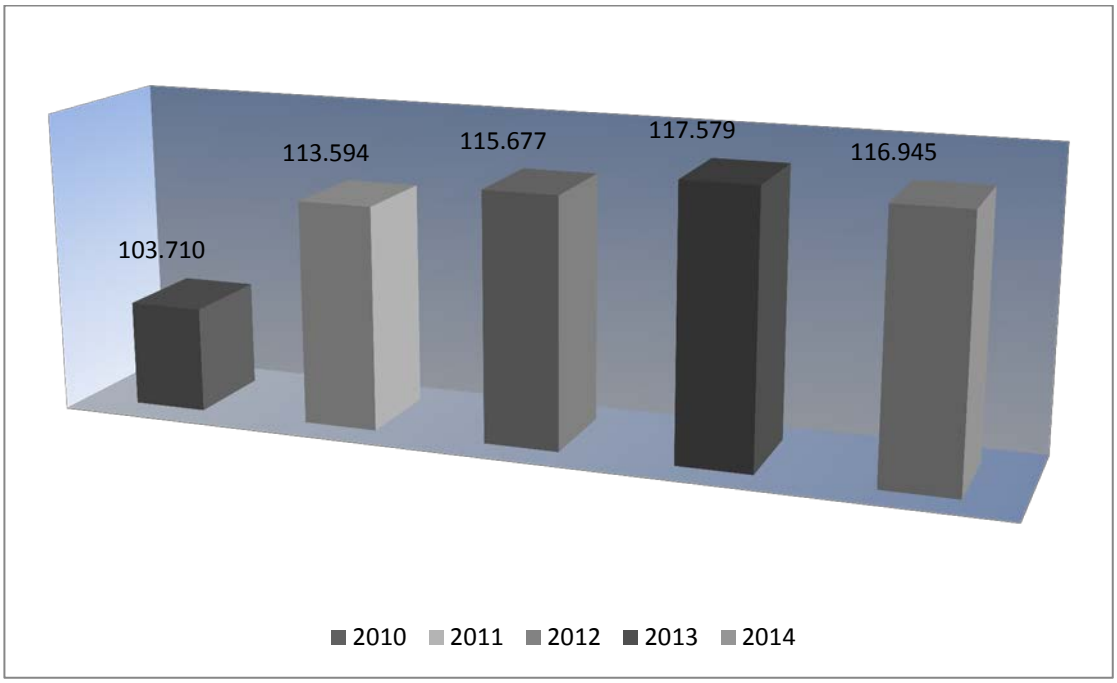
Die Transferaufwendungen sind um 5,24 % gestiegen (+ 10.805 TEUR).

Da die Aufgabenwahrnehmung durch die Stadt Oberhausen (100 % der Aufwendungen im Konzern „Stadt Oberhausen“) vielfältig ist, versteht es sich von selbst, dass innerhalb der einzelnen Tätigkeitsfelder zum Teil nicht unerhebliche Abweichungen zwischen den Vergleichsjahren entstanden sind. Die Wesentlichen Veränderungen zwischen den Geschäftsjahren 2014 / 2013 werden nachfolgend, tabellarisch dargestellt:

	2014	***2013***	***Abweichung***
Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche	26.375.081,28	24.244.809,65	2.130.271,63
Allgemeine Umlagen an Gemeinden (GV) - LVR	53.480.728,65	51.477.954,00	2.002.774,65
Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen - Schutz von Kindern und Jugendlichen	1.022.598,29	-360.558,42	1.383.156,71
Grundleistung §3 AsylbLG in Einrichtungen	1.717.544,41	889.886,98	827.657,43
Aufwendungen für Zuweisungen an Zweckverbände	18.312.786,29	17.673.844,05	638.942,24

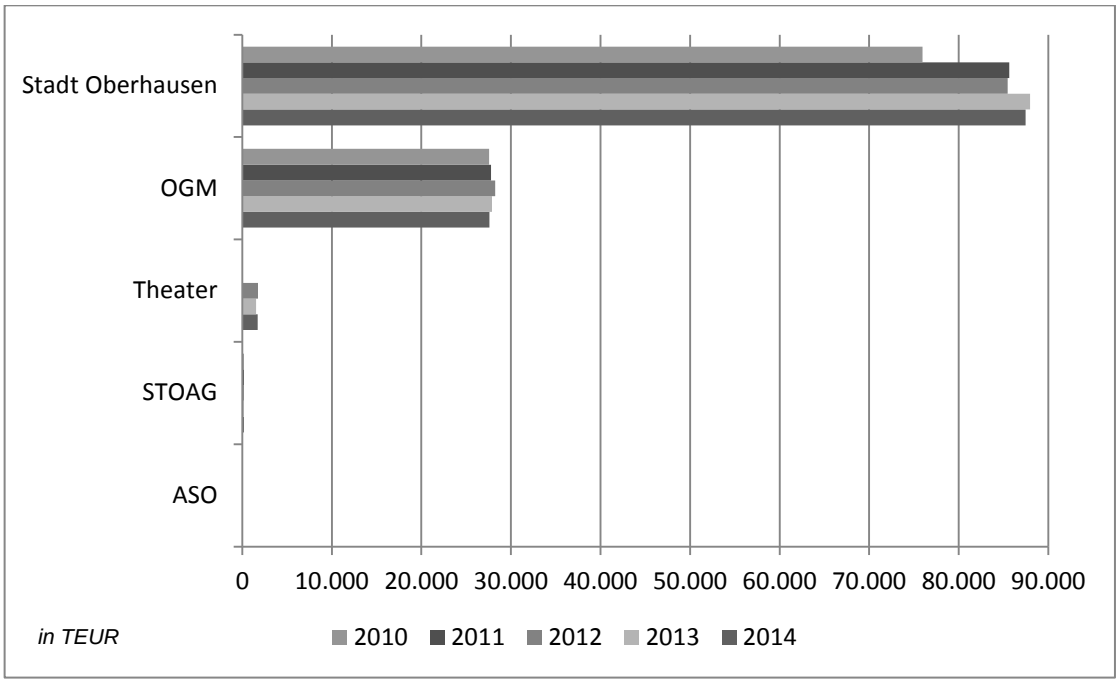
	2014	*2013*	*Abweichung*
Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen - Kinder in Tagespflege	4.425.906,40	3.812.828,48	613.077,92
Zuschüsse an private Unternehmen – Pflegewohngeld	8.560.883,10	7.986.933,54	573.949,56
Krankenhilfe §3 AsylbLG	1.073.805,25	518.003,66	555.801,59
Sonstige soziale Leistungen-GSIG Pers. +65	7.422.885,67	6.870.193,64	552.692,03
Leistungen der Jugendhilfe an natürliche Personen in Einrichtungen	18.680.566,14	20.475.894,80	-1.795.328,66

Sonstige ordentliche Aufwendungen



Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2014)

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahreswert um 0,54 % (- 634 TEUR) gesunken.



4.2.3 Finanzlage

Der vorliegende fünfte konsolidierte Gesamtabschluss zum 31.12.2014 enthält eine konsolidierte Kapitalflussrechnung, aus der die Herkunft und Verwendung der liquiden Mittel sichtbar wird.

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit ergibt sich ein Geldabfluss in Höhe von - 16.250 TEUR. Ursächlich hierfür ist das negative Ordentliche Gesamtergebnis, welches um zahlungsunwirksame Veränderungen (insbesondere Rückstellungssachverhalte, Kapitalkorrekturen etc.) sowie um Veränderungen von Aktiv- und Passivposten, sofern diese nicht dem Cashflow aus Investitionstätigkeit oder aus der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind, bereinigt wurde.

Die Höhe der vorgenommenen Investitionen in das Anlagevermögen führt insgesamt dazu, dass sich ein negativer Cashflow aus der Investitionstätigkeit, also ein Mittelabfluss, in Höhe von – 17.507 TEUR.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 37.211 TEUR ergibt sich durch die Erhöhung der Neuaufnahme von Finanzkrediten.

Insgesamt übersteigt der Mittelzufluss der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 37.211 TEUR die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -17.507 TEUR und der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von -16.250 TEUR um 3.454 TEUR, so dass der Bestand der liquiden Mittel sich gegenüber dem Vorjahr von 8.898 TEUR auf 12.352 TEUR erhöht hat.

Vergleichszahlen aus dem Vorjahr liegen aufgrund einer ab 2014 geänderten Struktur der Gesamtkapitalflussrechnung nicht vor.

4.3 Rahmenbedingungen

Wie dem Beteiligungsbericht in aller Detailliertheit entnommen werden kann, hat die Stadt Oberhausen ein breites Spektrum kommunaler Aufgaben aus der Kernverwaltung ausgegliedert.

Dazu zählen Aufgabenbereiche wie die Vermögensverwaltung von Gebäudekomplexen der Alteneinrichtungen (durch die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen) genauso wie Dienstleistungen im Bereich des gesamten kommunalen Gebäudemanagements (durch die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH), der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs (durch die STOAG GmbH), Beteiligungen an Energieversorgungs- und sonstigen Ver- und Entsorgungsunternehmen (wie z.B. die WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH, die evo Energieversorgung Oberhausen AG, die GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH, die RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH) sowie der Kulturbetrieb des Stadttheaters (durch die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Theater Oberhausen).

4.4 Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage

4.4.1 Analyse der Gesamtschuldenlage

Die Eigenkapitalquote 1 beträgt - 35,87 % (Vorjahr – 34,05 %). Die Quote ist negativ, da die Stadt Oberhausen kein Eigenkapital mehr besitzt und für die Berechnung der „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ herangezogen wurde. Die negative Eigenkapitalquote zeigt deutlich die Überschuldung des „Konzerns Stadt Oberhausen“ auf.

Auch eine Hinzurechnung der Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen zur Ermittlung der Eigenkapitalquote 2 von -19,76 % (Vorjahr - 17,29 %) stellt keine positive Kennzahl dar.

Eine übliche Berechnung der Reichweite des Eigenkapitals erübrigt sich hier.

Geht man bei der Berechnung der Pro-Kopf-Verschuldung von dem Gesamtbestand aller Verbindlichkeiten des Konzerns Stadt Oberhausen aus (=1.998.030 TEUR) so beträgt der rechnerische Anteil eines jeden Einwohners der Stadt Oberhausen (EW Stand 31.12.2014: 210.326) an der Gesamtverschuldung des Konzerns Stadt Oberhausen 9.500 EUR.

4.4.2 Analyse der Gesamtvermögenslage

Die Anlagenintensität des „Konzerns Stadt Oberhausen“ hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 62,84 % auf 60,76 % verändert. Der Anteil des Gesamtanlagevermögens an der Gesamtbilanzsumme hat sich damit verringert.

Eingeschränkt auf die Betrachtung des Infrastrukturvermögens hat sich die Infrastrukturquote von 32,34 % im Vergleich zum Vorjahr auf 31,43 % nur geringfügig geändert.

Das Gesamtanlagevermögen wird im Verhältnis zu den ordentlichen Gesamtaufwendungen mit einer Abschreibungsintensität von 9,70 % (Vorjahr 12,30 %) belastet. Die in diesem Zusammenhang zu betrachtende Quote der Drittfinanzierung (Erträge aus der Auflösung von Sonderposten im Verhältnis zu den Abschreibungen) beträgt 40,56 %.

Die Investitionsquote mit 42,71 % gibt Auskunft darüber, inwieweit die Abschreibungen durch Neuinvestitionen abgedeckt sind und somit Sachanlagevermögen erhalten bleibt. Da hier keine Deckung zu 100 % stattfindet, wird ein Rückgang bzw. eine Überalterung des Sachanlagevermögens signalisiert.

4.4.3 Analyse der Gesamtfinanzlage

Da die Stadt Oberhausen einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag ausweist, findet faktisch keine Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital statt.

Der Anlagendeckungsgrad 2 mit 19,45 % gibt Aufschluss über die Verwendung des langfristigen Kapitals und deutet in diesem Fall darauf hin, dass große Teile des Anlagevermögens durch kurz- oder mittelfristiges Fremdkapital finanziert sind. Selbst unter Berücksichtigung der Sonderposten und der langfristigen Rückstellungen und langfristigen Verbindlichkeiten werden die 100 % nicht erreicht. Nach den 19,49 % im Vorjahr ist die langfristige Finanzierung des i.d.R. langfristig zu nutzenden Anlagevermögens weiter gesunken.

Ebenso bedenklich stellt sich korrespondierend dazu die Möglichkeit der Kommune dar, ihren kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Liquiden Mitteln nachzukommen. Die Liquidität 1. Grades beträgt gerade einmal 1,56 % (Vorjahr 1,68 %).

Berechnungen über die Schuldentilgungsfähigkeit der Stadt Oberhausen, wie etwa der Dynamische Verschuldungsgrad erübrigen sich, da sich aus der laufenden Verwaltungstätigkeit kein positiver Saldo ergibt, der zur Tilgung beitragen könnte.

4.4.4 Analyse der Gesamtertrags- und Aufwandssituation

Im Bereich der Einnahmen der Gemeinde hat sich die Steuerquote durch eine Reduzierung der Steuereinnahmen um 1.877 TEUR auf 28,35 % verändert (Vorjahr 29,82 %). Die Zuwendungsquote hat sich gegenüber dem Vorjahr (37,14 %) geringfügig auf 36,87 % vermindert.

Durch den Anstieg der Personalaufwendungen um 2.993 TEUR hat sich der Anteil an den Gesamtaufwendungen von 24,22 % im Vorjahr auf 24,90 % erhöht. (Personalintensität).

Der Rückgang der Inanspruchnahme von Leistungen Dritter in Höhe von 8.334 TEUR hat die Sach- u. Dienstleistungsintensität auf 17,43 % verringert (Vorjahr 18,34 %).

Die Transferaufwandsquote mit 29,17 % (Vorjahr 27,40 %) und die Zinslastquote mit 5,90 % (Vorjahr: 5,67 %) blieben auf annähernd gleichem Niveau.

Setzt man das ordentliche Gesamtergebnis ins Verhältnis zum Gesamtjahresfehlbetrag, stellt man fest, dass 48,54 % (Vorjahr 67,36 %) aus der originären Aufgabenerfüllung der Gemeinde zum Jahresfehlbetrag führen.

4.5 Örtliche Besonderheiten

4.5.1 Kernverwaltung

Mit Hilfe des Stärkungspaketes sollen überschuldete Städte in Nordrhein-Westfalen wieder handlungsfähig werden. Das von der Landesregierung dazu eingebrachte Stärkungspaktge-setz wurde am 08.12.2011 vom Landtag Nordrhein-Westfalen beschlossen und am 16.12.2011 im Gesetz- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen (GV. NRW. 2011 S. 662) veröffentlicht. Für überschuldete oder von Überschuldung bedrohte Kommunen stehen Konsolidierungshilfen in einem Gesamtumfang von 5,85 Mrd. EUR zur Verfügung (Stufe 1 und Stufe 2). Der Sanierungsplan des Landes sieht davon für Oberhausen und andere vergleichbar akut von Überschuldung betroffene Städte (Stufe 1) eine Gesamtunterstützung bei der Haushaltskonsolidierung in Höhe von jährlich 350 Mio. EUR vor. Bis zum Jahr 2020 stehen damit für diese Kommunen insgesamt 3,5 Mrd. EUR zur Verfügung.

Im Gegenzug müssen die betroffenen Städte und Gemeinden einen klaren Sanierungskurs einschlagen. Die Teilnahme am Stärkungspakt ist zwingend. Der Haushalt der Stadt Oberhausen muss mit dem Geld aus dem Stärkungspakt innerhalb von fünf Jahren ausgeglichen sein. Spätestens bis zum Jahr 2021 muss ein Haushaltsausgleich aus eigener Kraft – also ohne weitere Landeszuschüsse – erreicht werden. § 75 Abs. 2 der Gemeindeordnung des Landes NRW (GO NRW) führt hierzu aus, dass der Haushalt dann ausgeglichen ist, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt.

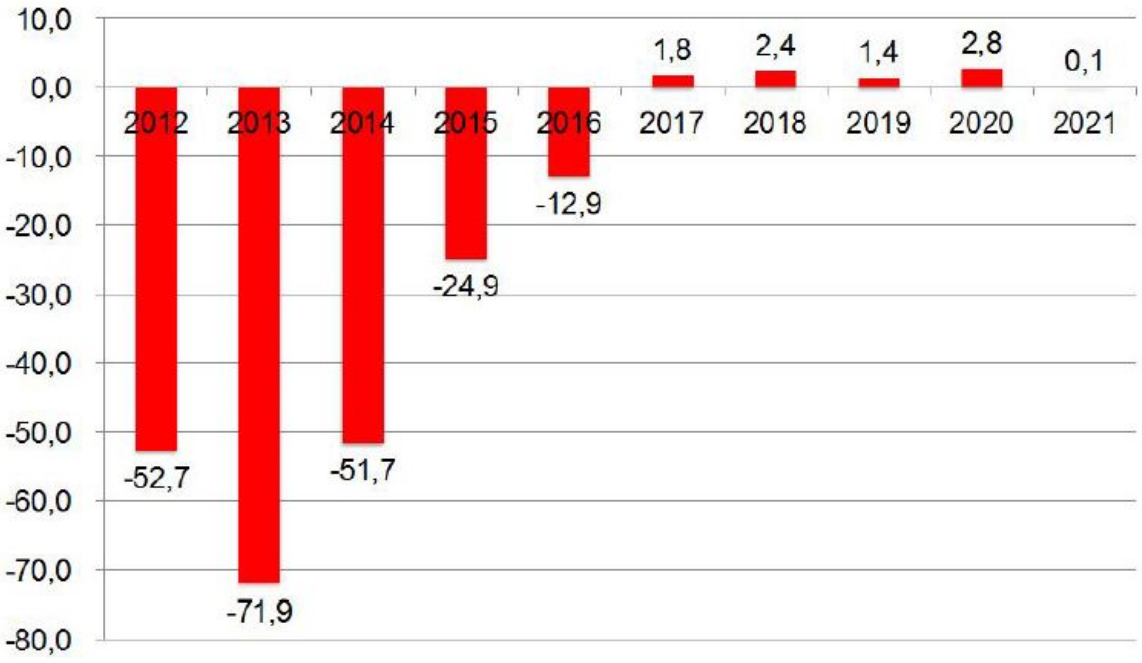
Die Gesamtförderung beträgt nach der Neuberechnung der Stärkungspaktmittel (siehe Jahresabschluss des Haushalts 2014) nur noch 447,8 Mio. EUR statt 523,9 Mio. EUR, was zu einem Verlust von 14,5 % führt und einen Gesamtverlust von 76,1 Mio. EUR an Stärkungspaktmitteln bedeutet. Im Vergleich mit allen Stärkungspaktkommunen büßt Oberhausen da-mit nach der Neuberechnung den größten Betrag ein. Folglich erhält Oberhausen auch im Verhältnis zur ausgewiesenen strukturellen Lücke die prozentual geringste Unterstützung durch den Stärkungspakt.

Die Auswirkungen dieses immensen Verlustes auf die Ergebnisplanentwicklung sind gravierend. Die nachfolgende Grafik stellt die Verschlechterung der Ergebnisse eindeutig dar. Ein Haushaltsausgleich ist in den Jahren 2016 und 2021 – wie im Stärkungspaktgesetz vorgesehen – nicht mehr möglich.

Aufgrund dieser Entwicklung wurde mit der Kommunalaufsicht vereinbart, dass der Haushaltsausgleich mit den geringeren Stärkungspaktmitteln auf das Jahr 2017 festgelegt wird.

Trotz der Verschiebung mussten weitere Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen werden, um den Haushaltsausgleich in 2017 sicherzustellen.

Die Unterstützung durch den Stärkungspakt Stufe 1 ermöglicht die Aufstellung eines Haushaltssanierungsplanes mit erheblichen Einspar- und Einnahmesteigerungen, der den Haushaltsausgleich möglich macht. Der HSP 2014 weist den Haushaltsausgleich für das Jahr 2017 aus und prognostiziert einen ausgeglichenen Haushalt bis 2021.

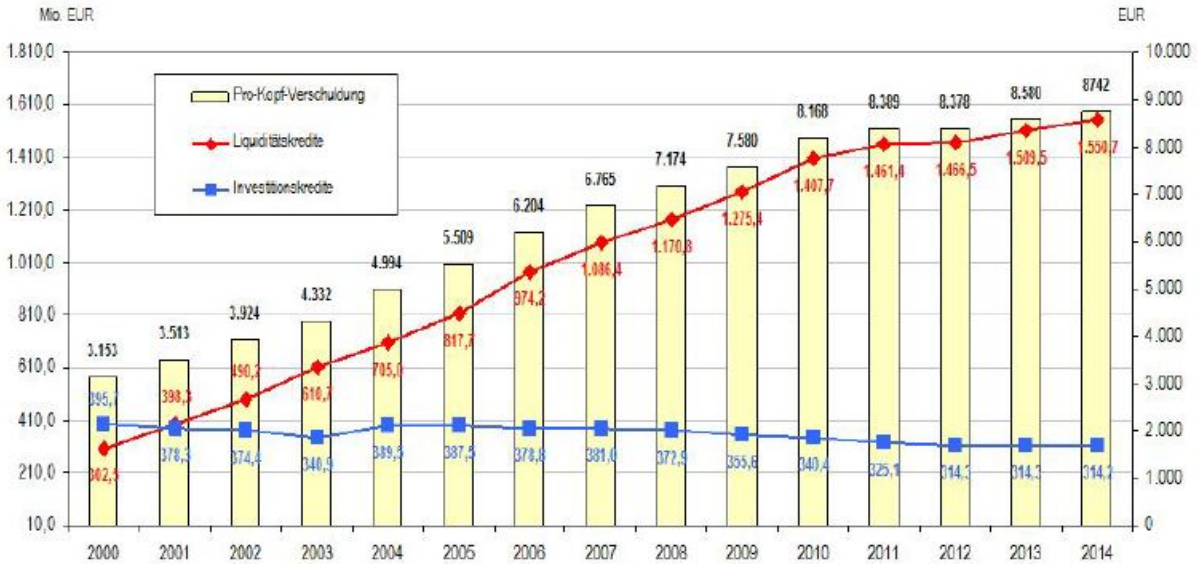


Graphik: Dezernat 1: Ergebnisplanentwicklung 2012-2021

Durch die Zuweisungen des Stärkungspaktgesetzes wird die Neuverschuldung im Vergleich zu den Jahren vor Beschluss des Stärkungspaktgesetzes drastisch reduziert. War in den Planungen der Vorjahre davon auszugehen, dass die Gesamtverschuldung bereits Ende 2012 auf über 2 Mrd. EUR anwachsen würde, so kann man davon ausgehen, dass sie sich bei dieser Marke stabilisieren wird.

Der Stärkungspakt hat im Zeitverlauf eine positive Entwicklung bei der Verschuldung in Oberhausen bewirkt. Seit 2011 hat der Anstieg der Liquiditätskredite und der Pro-Kopf-Verschuldung drastisch abgenommen und damit konnte die Verschuldungsdynamik gestoppt werden. Lag der durchschnittliche Anstieg der Pro-Kopf-Verschuldung in den Jahren 2000 bis 2010 bei 10,0%, so liegt er in den Jahren 2011 bis 2014 bei 1,7%. Dies ist ausdrücklich dem Stärkungspakt des Landes und den umfassenden Sparbemühungen der Stadt zu verdanken.

Die Höhe der Investitionskredite konnte sogar kontinuierlich zurückgefahren werden, da die Darlehenstilgungen in den Jahresabschlüssen immer höher waren als die Neuaufnahme von Darlehen. Für die Jahre 2013 und 2014 sind Investitionskredite in Höhe von 314,3 Mio. EUR geplant.



Verschuldung 2000 – 2014. Die Zahlen in 2013 und 2014 spiegeln die Planung wider. Vorherige Zahlen sind Ergebnisse. Quelle: Stadt Oberhausen, Bereich 1-1 Finanzen

Natürlich existieren weiterhin Risiken, die den Erfolg beim Haushaltsausgleich und der Bekämpfung der Verschuldung gefährden. Insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung und damit insbesondere die Verwirklichung der angestrebten Gewerbesteuereinnahmen sind nur schwer kalkulierbar und müssen im Rahmen des Controllings überprüft und möglicherweise einer Nachsteuerung im HSP 2015 unterzogen werden.

Die augenblickliche Niedrigzinsphase unterstützt den Konsolidierungsprozess der Kommunen. Dennoch ist zu erwarten, dass sich diese Situation auch wieder ändert und es zu steigenden Zinsen kommt. Dieses Risiko gefährdet in besonderer Weise den Prozess der Haushaltskonsolidierung. Aber auch die Politik des Landes kann ihre eigenen Bemühungen im Rahmen des Stärkungspaktes gefährden. Zurzeit sind sowohl Tendenzen der stärkeren Belastung der Kommunen mit zusätzlichen Aufgaben - wie der Inklusion - genauso zu beobachten, wie auch die Verschlechterungen im Gemeindefinanzierungsgesetz. Damit gefährdet die Landesregierung an anderer Stelle den gemeinsamen Weg kommunaler Haushaltskonsolidierung.

Dem gegenüber stehen aber auch Chancen zur Verbesserung der Haushaltssituation der Stadt. Sollte die Bundesregierung ihrem Versprechen nachkommen und eine Entlastung der Kommunen bei den Soziallasten umsetzen, so trägt dies enorm zu Kon-

solidierung bei. Bei einer solchen Entlastung wird die Verwaltung eine Reduzierung der geplanten Steuerlast für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger vorschlagen und in Verhandlungen mit der Kommunalaufsicht treten, um dafür eine Genehmigung zu bekommen. Dies ist ein wichtiger Beitrag, um die Bemühungen zur wirtschaftlichen, sozialen und infrastrukturellen Entwicklung der Stadt zu unterstützen.

Haushaltswirtschaftliche Sperre

Zur Stabilisierung des Jahresergebnisses wurde bereits mit Verfügung des Stadtkämmerers vom 15.09.2014 eine Sperrung verschiedener Aufwandsbudgets vorgenommen. Dies wurde notwendig um die Vorgaben des Haushaltssanierungsplans bzw. die Vorgaben des Stärkungspaktgesetzes einzuhalten und somit die Auszahlung der Mittel des Stärkungspakts Stadtfinanzen 2014 nicht zu gefährden.

Da diese Maßnahme keine signifikante Verbesserung der Finanzsituation zur Folge hatte, wurde mit Verfügung vom 16.10.2014 die haushaltswirtschaftliche Sperre gem. § 24 Abs. 1 GemHVO für das Haushaltsjahr 2014 ausgesprochen. Somit wurden nur noch Aufwendungen geleistet, zu denen die Stadt verpflichtet war. Die Fachverwaltungen wurden aufgefordert sämtliche Aufwendungen zu begründen. Die Genehmigung wurde im Einzelfall vom Stadtkämmerer erteilt.

4.5.2 Konzernstruktur

Die Stadt Oberhausen hat in der Vergangenheit einen Großteil ihrer kommunalen Aufgaben auf eigenbetriebsähnliche Einrichtungen und Unternehmen in privatrechtlicher Form übertragen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Diese Verselbstständigung von Aufgabenbereichen war notwendig, um den Anforderungen des Strukturwandels gerecht zu werden, die Aufgabenerfüllung zu optimieren und angesichts knapper finanzieller Ressourcen einen Handlungsspielraum zu bewahren. Die Beteiligungsgesellschaften werden aufgrund ihrer finanziellen Bedeutsamkeit für den städtischen Haushalt kontinuierlich in den laufenden Konsolidierungsprozess miteinbezogen.

Bei den nachfolgenden Gesellschaften handelt es sich in erster Linie um Beteiligungen, die wesentlichen Einfluss auf die Stadtfinanzen haben, indem sie direkt/indirekt Erträge für den Haushalt erbringen oder städtische Zuschüsse erhalten. Eine ausführlichere Übersicht zu den Beteiligungen der Stadt Oberhausen ist im Beteiligungsbericht zu finden.

<u>ASO-Verbund mit Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen (ASO Eigenbetrieb), Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH (ASO gGmbH) und ASO Service GmbH</u>

Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung ASO Eigenbetrieb beschränkt sich seit Ausgründung der ASO gGmbH auf die Verwaltung von Grundstücken und Gebäuden. Gesellschaftszweck der ASO gGmbH ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung und Pflege älterer Menschen durch den Betrieb stationärer und ambulanter Pflegeeinrichtungen sowie die Bewirtschaftung altersgerechter Wohnanlagen. Die ASO Service GmbH stellt der ASO gGmbH Reinigungs-, Küchen-, Wäscherei- und Stationshilfen zur Verfügung. Alle Gesellschaften des ASO-Verbundes gehören vollständig zur Stadt Oberhausen. Der ASO-Verbund führt Überschüsse an die Stadt ab, die voll-

ständig für gemeinnützige Zwecke eingesetzt werden. Im Jahr 2014 wurden Zahlungen im Umfang von rd. 50 T€ an die Stadt weitergereicht.

BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH

Bei der BFO handelt es sich um eine gemeinnützige Gesellschaft, deren Aufgabe in der Beschäftigungsförderung von am Arbeitsmarkt benachteiligten Personengruppen besteht. Der Geschäftsbetrieb der BFO konzentriert sich seit dem Jahr 2013 auf die vom Land NRW geförderte „Beratungsstelle Jugend und Beruf". Das Angebot der „Beratungsstelle Jugend und Beruf" besteht vornehmlich aus klassischer Einzel- und Gruppenberatung. Zudem wirkt die Beratungsstelle aktiv an Projektangeboten im Bereich Berufsorientierung/-beratung mit. Die BFO erhält von der Stadt Oberhausen als alleiniger Gesellschafterin einen Betriebskostenzuschuss. Dieser betrug im Jahr 2014 rd. 98.000 EUR.

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH (ENO)

Die ENO ist zusammen mit der WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH Teil der mehrsäuligen Wirtschaftsförderung in Oberhausen und versteht sich als Bindeglied zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Die Stadt Oberhausen und 60 Unternehmen sind je zur Hälfte am Kapital der ENO beteiligt. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehört die Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistungen im Raum Oberhausen. Die ENO formuliert und finanziert Aufgaben bzw. Projekte, die von der WFO operativ umgesetzt werden. Die ENO erhält jährlich einen im Gesellschaftsvertrag verbindlich festgelegten Zuschuss, in Höhe von 434.600 EUR.

Energieversorgung Oberhausen AG (evo)

Die evo nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Aktionäre der Gesellschaft sind die RWE Deutschland AG (10 %), die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (10 %) sowie die FSO GmbH & Co. KG (80 %), an der die zwei erstgenannten Gesellschaften zu jeweils 50 % beteiligt sind. Die evo erzielt regelmäßig Gewinne und führt diese über die FSO GmbH & Co. KG zur Hälfte an die STOAG ab; im Jahr 2014 im Umfang von 5,6 Mio. EUR.

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA)

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Die Anteile an der GMVA werden zu 15 % von der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH gehalten, weitere 49 % hält REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH, die restlichen 36 % die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg AöR. Die GMVA betreibt seit den 1970er Jahren eine Müllverbrennungsanlage in Oberhausen. Seit dem 01.01.2014 werden die langfristigen Lieferverträge mit den Städten Oberhausen und Duisburg durch die neugegründete GMVA GmbH & Co. KG, welche zu 100 % der GMVA gehört, gehalten und die GMVA im Rahmen eines Unterauftragsmodells mit der Entsorgung beauftragt. Zusammen mit den Müllmengen aus dem Kreis Kleve und von REMONDIS werden rund 84 % der Müllverbrennungskapazitäten ausgelastet. Die GMVA erwirtschaftet basierend auf den aktuellen Preismodellen

regelmäßig Überschüsse, die allerdings seit 2013 aufgrund schwebender Gebührenklageverfahren und ggf. daraus resultierender Rückforderungsansprüche nicht an die Gesellschafter ausgeschüttet werden.

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH (IKF)

Zu den Hauptaufgaben der IKF gehört die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen sowie die Förderung des internationalen Kurzfilms und weiterer Kunstformen technischer Medien. Die Stadt Oberhausen zahlte als alleinige Gesellschafterin im Jahr 2014 einen Zuschuss in Höhe von 725.000 EUR.

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (LAH)

Die LAH steht zu 100 % im Eigentum der Stadt Oberhausen und ist vorrangig für den Betrieb der Luise-Albertz-Halle in Oberhausen verantwortlich. Die Luise-Albertz-Halle ist eine öffentliche Einrichtung im Sinne des § 8 der Gemeindeordnung Nordrhein Westfalens. Sie dient als Veranstaltungs- und Tagungszentrum sowie als Erholungs-, Versammlungs-, Kultur- und Bildungsstätte und steht allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu diesen Zwecken zur Benutzung offen. Die Stadt Oberhausen zahlt einen jährlichen Verlustausgleich von rd. 1,17 Mio. EUR.

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM)

Die Gesellschaftsanteile der OGM sind zu 100 % in der Hand der Stadt Oberhausen. Das Aufgabenspektrum der Gesellschaft umfasst unter anderem die Durchführung von Baumaßnahmen, die Bereitstellung von Informations- und Kommunikationstechnik, die Reinigung von Schulen, städtischen Kindertageseinrichtungen und Verwaltungsgebäuden, den Betrieb von Sport- und Freizeitbädern sowie die Pflege der städtischen Grünanlagen. Die OGM erzielt regelmäßig Gewinne, die ab 2014 in Höhe von 500.000 EUR pro Jahr an die Stadt Oberhausen ausgeschüttet werden sollen.

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH (OVP)

Alleinige Gesellschafterin der OVP ist die PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH. Hauptaufgabe der OVP ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte, insbesondere von Grundstücksteilflächen des ehemaligen Stahlwerksgeländes in Oberhausen, um Investoren, Eigennutzern und Projektentwicklern geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH (PBO)

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte mit dem Ziel, zukunftsorientierte Wirtschaftsstrukturen zu fördern und zu stärken. Dazu erwirbt die PBO Grundstücke und Gebäude oder sichert sich entsprechende Verfügungsrechte und schafft – ggf. mit Unterstützung Dritter – die notwendigen wirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen zur Vermarktung dieser Flächen. Gesellschafter sind die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (51 %), die Energieversorgung Oberhausen AG (40 %) sowie die Stadtsparkasse Oberhausen (9 %).

Revierpark Vonderort GmbH

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung des Sports sowie der Gesundheit und Erholung. Zu diesem Zweck stellt die Gesellschaft eine Parkanlage mit entsprechenden Einrichtungen zur Verfügung. Gesellschafter sind zu 50 % der Regionalverband Ruhr sowie die Stadt Oberhausen und die Stadt Bottrop mit jeweils 25 % der Anteile. Der Revierpark erhält einen Betriebskostenzuschuss, davon 297.600 EUR von der Stadt Oberhausen.

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG)

Die STOAG ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Stadt Oberhausen und in erster Linie zuständig für den Bus- und Straßenbahnverkehr in Oberhausen sowie in angrenzenden Teilen der Nachbarstädte Duisburg, Essen und Mülheim. Darüber hinaus hält die STOAG Beteiligungen an verschiedenen Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen und bildet mit diesen zusammen eine Finanzholding. Die STOAG erhält für die Erbringung gemeinwirtschaftlicher Aufgaben einen Ausgleich von den bedienten Gebietskörperschaften auf Grundlage des im Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr beschlossenen EU-konformen Finanzierungssystems. Auf die Stadt Oberhausen entfiel im Jahr 2014 nach Anrechnung der Beteiligungserträge ein Finanzierungsbetrag von 6,8 Mio. EUR.

Theater Oberhausen

Bei dem Theater der Stadt Oberhausen handelt es sich um eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung mit dem Auftrag, die Darstellende Kunst – insbesondere mit der Durchführung von Theateraufführungen – zu fördern. Daneben wird auch ein Kinder- und Jugendtheater betrieben. Die Einrichtung erhält jährlich einen Betriebskostenzuschuss; im Jahr 2014 in Höhe von rd. 8,4 Mio. EUR.

TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH (TMO)

Die TMO gehört zu 100 % der Stadt Oberhausen. Gegenstand der Gesellschaft ist die touristische Werbung für die Stadt Oberhausen, die Koordination von Tourismusangeboten innerhalb des Stadtgebietes sowie der Betrieb von Touristeninformationen. Die Stadt Oberhausen gleicht den jährlichen Fehlbetrag durch Zuschüsse aus. Im Jahr 2014 betrugen diese insgesamt 573.900 EUR.

VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH (VZO) - ehemals VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH (VZS)

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, der Um- und Neubau sowie die Verwaltung und Vermarktung von Verwaltungszentren in Oberhausen. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Oberhausen. Die VZO erwirtschaftet seit 2012 regelmäßig einen Gewinn. Ab 2016 sind Ausschüttungen an die Stadt Oberhausen in Höhe von rd. 500.000 EUR pro Jahr vorgesehen.

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO)

Gesellschafter der WBO sind die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH mit einer Beteiligungsquote von 51 % sowie die REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH

mit einem Anteil von 49 %. Die WBO übernimmt hauptsächlich Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen in den gebührenrelevanten Bereichen

- Entwässerung
- Müllabfuhr
- Straßenreinigung

sowie in den nichtgebührenrelevanten Bereichen

- Fließgewässer
- Straßenunterhaltung
- Kfz-Werkstattbetrieb
- Abfallwirtschaft
- Unterhaltung von Verkehrsflächen und Signalanlagen.

Die WBO erzielt Gewinne, die sie entsprechend der oben genannten Beteiligungsquoten an die Gesellschafter ausschüttet. An die STOAG wurde im Jahr 2014 ein Betrag von 3,88 Mio. EUR abgeführt.

WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO)

Die WFO ist eine 100-prozentige Tochter der Stadt Oberhausen und hat sich auf die Gründungs-, Entwicklungs- und Standortberatung von Unternehmen spezialisiert. Das Kerngeschäft liegt in der Betreuung von Investitionsprojekten. Die WFO ist zusammen mit der Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH Teil der zweigleisigen Wirtschaftsförderung in Oberhausen. Zwischen der Stadt Oberhausen und der WFO bestehen keine direkten Finanzbeziehungen.

4.6 Wesentliche Chancen und Risiken des „Konzerns Stadt Oberhausen“

4.6.1 Chancen

4.6.1.1 Generelle Chancen

Der Aufstellung des Haushaltssanierungsplans (HSP) kommt eine große Bedeutung für die zukünftige Entwicklung des städtischen Haushalts und seiner Finanzierung zu. Zum einen bildet er die Basis für einen zukünftigen Haushaltsausgleich und einen möglichen Schuldenabbau, zum anderen kann ein genehmigter HSP eine Vertrauensbasis bei den Kreditinstituten schaffen, die für die zukünftige Liquiditätsversorgung notwendig ist. Der HSP 2014, der im Laufe des Jahres 2013 aufgestellt wurde, muss einen Haushaltsausgleich mit Landeshilfe ab 2017 und ohne Landeshilfe ab 2021 ausweisen. Es ist damit ein Sparkonzept zusammengestellt worden, das nachhaltig einen ausgeglichenen Haushaltsausgleich ermöglicht. Dadurch ist gewährleistet, dass der Anstieg der Neuverschuldung gestoppt wird und spätestens ab 2017 ein Abbau der Kassenkredite erfolgen kann. Langfristiges Ziel ist der Aufbau von Eigenkapital. Gleichzeitig sieht sich die Stadt mit einem sich verändernden Kreditmarkt konfrontiert, der perspektivisch die Finanzierung des Haushalts immer schwieriger werden lässt. Hier ist es unbedingt erforderlich, ausreichend finanzielle Mittel akquirieren zu können. Die Stadt Oberhausen hat die Hoffnung, durch die genehmigten Haushaltssanierungspläne positiven Einfluss auf die Kreditvergaben der am Markt für Kommunalkredite agierenden Banken nehmen zu können, ohne zu verkennen, dass

es im Wesentlichen oftmals geschäftspolitische Entscheidungen der Kreditinstitute sind, die die Kreditvergabepolitik beeinflussen.

Die Aufstellung des HSP dient nicht allein der Schuldenbremse und der Sicherung der Liquidität, sondern auch und besonders der Rückgewinnung der kommunalen Handlungsfähigkeit und damit der Schaffung neuer Zukunftsperspektiven. Die Genehmigung versetzt die Stadt Oberhausen in die Lage, wieder Fördermöglichkeiten nutzen und neue Projekte in der Stadt anstoßen zu können. Dies ist dringend erforderlich, um der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung positive Impulse geben zu können.

Erste positive Entwicklungen für die Innenstadt von Alt-Oberhausen zeichnen sich ab und neue Initiativen in Osterfeld und Sterkrade sind gestartet. Bei der Sportentwicklung werden mit dem Ausbau weiterer Anlagen zusätzliche Akzente gesetzt. Die Kultureinrichtungen können ihre erfolgreiche Arbeit mit guten Rahmenbedingungen fortsetzen und einen erheblichen Beitrag für bessere Bildungschancen und ein gutes Image der Stadt leisten. Oberhausen bleibt für den Tourismus weiter attraktiv und schöpft daraus neue wirtschaftliche Potentiale. Die Betriebsstättenzählung macht zarte positive Entwicklungen in weiteren Wirtschaftsbranchen deutlich und die Ergebnisse des Bildungsmonitoring weisen auf erhebliche Verbesserungen bei den Bildungserfolgen der Oberhausener Schulen hin.

Diese Entwicklung kann nur weiter unterstützt werden, wenn der Konsolidierungsprozess mit dem Haushaltsausgleich erfolgreich abgeschlossen wird. Dass dies in der strukturellen Situation Oberhausens kein einfacher Weg ist, dürfte allen bekannt sein. Umso wichtiger ist es, die Balance zwischen Konsolidierung auf der einen und ökonomischer sowie sozialer Entwicklung auf der anderen Seite zu halten.

4.6.1.2 Chancen aus Beteiligungen

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH (ENO) / TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH / WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH

Die Tätigkeiten der städtischen Beteiligungen ENO, TMO und WFO können übergreifend den Bereichen Wirtschaftsförderung und Tourismus zugeordnet werden. Zwischen den einzelnen Gesellschaften bestehen schon jetzt Leistungsverflechtungen, die u. a. Personalgestellung, Bereitstellung von Büroräumen und diverse Kooperationsleistungen im operativen Bereich (Werbung, Pressearbeit etc.) umfassen.

Um Doppelstrukturen abzubauen, die Transparenz zu erhöhen und strukturbedingte Kosten einzusparen, hat die Stadt Oberhausen beschlossen, die Wirtschafts- und Tourismusförderung innerhalb des städtischen Konzerns neu zu strukturieren und die Aufgabenwahrnehmung in einer zentralen Gesellschaft zusammenzufassen. Als erster Schritt wurde über die GPA ein Gutachten bei dem Beratungsunternehmen Rödl & Partner in Auftrag gegeben, das sich mit der allgemeinen Struktur und Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zwischen den Gesellschaften befasst. Aufgrund der inhaltlichen und organisatorischen Neuausrichtung haben auch die Gesellschaften ENO, WFO und TMO einen Untersuchungsauftrag an das Beratungsunternehmen ExperConsult Wirtschaftsförderung & Investitionen GmbH & Co. KG erteilt. Den Abschlussbericht von ExperConsult hat der Rat der Stadt am 22.06.2015 zur Kenntnis genommen und der hierin vorgeschlagenen inhaltlichen und strukturellen Neuausrichtung der Wirtschafts- und Tourismusförderung zugestimmt. Die ENO wird hierbei unverändert eigenständig fortgeführt, da nur so sichergestellt werden kann, dass der weiterhin gewünschte Einfluss der privaten Gesellschafter sowie die Nutzung der privaten Finanzierungsanteile zur Wirtschaftsförderung gesichert bleiben.

Auf Grundlage der Vorgaben des Ratsbeschlusses haben die Gesellschaften in Zusammenarbeit mit der Stadt die finanzielle und tatsächliche Umsetzbarkeit geprüft und eine hierauf beruhende Finanzplanung erstellt. Der sich durch die Neuausrichtung der Aufgaben, insbesondere die Einrichtung einer leistungsfähigen Schlüsselkundenbetreuung, ergebende Finanzbedarf stellt den Rahmen für die Zuschussgewährung der Stadt an die zusammengeführte Gesellschaft dar. Der Rat hat der Verschmelzung von WFO und TMO sowie der Zuschussgewährung an die WTO Wirtschafts- und Tourismusförderung Oberhausen GmbH in seiner Sitzung am 14.12.2015 zugestimmt.

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

Der OGM kommt aufgrund ihrer vielfältigen Leistungsbeziehungen zur Stadt Oberhausen eine besondere Rolle im Rahmen der Haushaltssanierung zu. Durch die im Jahr 2013 vorgenommene Neustrukturierung bzw. Neufassung des bestehenden Vertragswerkes zwischen Stadt und OGM sowie die Überarbeitung der Leistungsfelder, Aufgabenkataloge und Leistungsstandards sollen ab 2014 pro Jahr Einsparpotenziale in Höhe von 8,1 Mio. EUR, ab 2016 sogar bis zu 11,5 Mio. EUR realisiert werden. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Einrichtung eines strategischen Immobilienmanagements, mit dessen Unterstützung die Unterhaltungskosten für städtische Anlagen und Gebäude langfristig gesenkt werden sollen. Begleitet wird der Prozess von der Ernst & Young GmbH.

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

Projekt E-Mobilität

Der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) hat in Zusammenarbeit mit der STOAG im Rahmen einer Machbarkeitsstudie untersucht, inwieweit die vorhandene Infrastruktur in Oberhausen – insbesondere die ÖPNV-Trasse – genutzt werden kann, um Elektrobusse zu laden und diese in den betrieblichen Ablauf zu integrieren. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass sämtliche Voraussetzungen gegeben sind, um eine stationäre Schnellladung von Elektrobussen an einem Straßenbahnunterwerk (Unterwerk Neumarkt) und am Sterkrader Bahnhof vorzunehmen. Im Jahr 2014 wurden daraufhin zwei Elektrobusse bestellt, die auf den Stadtlinien 962 und 966 zum Einsatz kommen sollen.

Zu den Vorteilen elektrischer Antriebe gehört u. a. die geringe Lärmbelästigung, da Elektromotoren geräuschärmer arbeiten als konventionelle und so für mehr Lebensqualität von Anwohnern stark befahrener Straßen sorgen. Zudem werden während der Fahrt keine Schadstoffe oder Treibhausgase ausgestoßen, was besonders in dicht besiedelten Stadträumen von Vorteil ist. Darüber hinaus schwanken die Strompreise weniger stark als die Preise für Dieselkraftstoffe, was die Planungssicherheit erhöht.

Neuordnung der ÖPNV-Pauschale/Investive Fahrzeugförderung

Im Rahmen der Novellierung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) wurde auch die sog. ÖPNV-Pauschale neu geordnet. Die bisherige Aufteilung der ÖPNV-Pauschale in Vorhaltekostenförderung, Aufgabenträger-Pauschale und investive Förderung wurde aufgehoben. Stattdessen können Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen zukünftig die zur Verfügung stehenden Fördermittel in vollem Umfang für eine oder mehrere der nachfolgenden Varianten einsetzen:

Variante A: Ausgleichsleistung für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen im Öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV)

Variante B: Ausgleichsleistung für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen im Rahmen des Ausbildungsverkehrs

Variante C: Investive Fahrzeugförderung im ÖSPV

Für die STOAG ergibt sich aus der Neureglung der ÖPNV-Pauschale für die Geschäftsjahre 2014 ff. die Möglichkeit, in Geschäftsjahren ohne Investitionen in den eigenen Fuhrpark die auf das Unternehmen entfallenden Fördermittel vollständig für Variante A oder B und damit ertragswirksam nutzen zu können. In der Vergangenheit war ein Mittelabruf in voller Höhe ohne Investitionstätigkeit nicht möglich. Die hieraus resultierende Ertragsverbesserung kann zu einer Reduzierung des von der Stadt Oberhausen auszugleichenden Defizits und damit zu einer Entlastung des Haushalts beitragen. Im Jahr 2014 sind der STOAG auf Basis des § 11 (2) ÖPNVG NRW Erträge aus der ÖPNV-Pauschale i. H. v. 1.585 TEUR als Ausgleichsleistung für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen im Rahmen des Ausbildungsverkehrs (Variante B) zugeflossen.

4.6.2 Risiken

4.6.2.1 Generelle Risiken

Ein besonderes Risiko hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung besteht für alle Stärkungspaktkommunen. Durch die steigende Steuerbelastung und den Abbau von Leistungen kann die Attraktivität der betroffenen Städte in Mitleidenschaft gezogen werden. Eine wirtschaftliche Stabilisierung und die Überwindung der negativen Folgen des Strukturwandels werden dadurch erheblich erschwert. Insbesondere weil diese Entwicklung eine regionale ist und das gesamte Ruhrgebiet und das bergische Städtedreieck betrifft.

Für die kommunale Ertragsseite ist die wirtschaftliche Entwicklung aber von großer Bedeutung. Ist sie doch Garant für höhere Steuereinnahmen und ausreichende Mittel in der Verbundmasse für die Schlüsselzuweisungen des Landes. Die in 2012 relativ konstanten Schlüsselzuweisungen und die hohen Steuereinnahmen haben von einer stabilen Wirtschaftsentwicklung gezeugt, die sich in 2013 und 2014 zumindest in Teilen des Ruhrgebiets und insbesondere in Oberhausen abgeschwächt hat. Insofern haben sich das gute Ergebnis und der leichte Schuldenabbau weder in 2013 noch in 2014 wiederholt. Im Gegenteil waren enorme Einbrüche bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen. Alle Prognosen deuten für die Zukunft auf konstante bzw. stärkere wirtschaftliche Impulse hin. Ob dies so eintritt wird die zukünftige Entwicklung zeigen. Um entsprechend reagieren zu können, werden im Rahmen des Risikomanagements alternative Szenarien betrachtet.

Von der wirtschaftlichen Entwicklung ist in der Regel neben der Ertragsseite auch die Aufwandsseite stark abhängig. Eine sich verschlechternde Wirtschaftslage hat auch steigende Sozialkosten zur Folge. Insbesondere die Kosten der Unterkunft für Arbeitslose im SGB II belasten den Haushalt unverändert. Besonders besorgniserregend ist der Umstand, dass trotz der guten konjunkturellen Lage die Arbeitslosenzahl im Ruhrgebiet stabil bleibt und die Zahl der SGB-II-Bezieher nahezu konstant ist.

Auch die Ausgaben im Rahmen der erzieherischen Jugendhilfe, der Jugendsozialarbeit und der Prävention weisen steigende Tendenzen auf. Mit der Vergabe einer Organisationsuntersuchung zum gesamten Jugend- und Sozialbereich an die Firma Consens war die Hoffnung einer effizienteren Organisation und effektiveren Aufgabenwahrnehmung verknüpft. Die Ergebnisse des Gutachtens wurden in 2013 vorgelegt und sollten bereits umgesetzt worden sein. Bis heute konnte die Umsetzung nicht vollständig realisiert werden. Durch die Verzögerung bei der Umsetzung des Gutachtens konnten die Konsolidierungspotentiale bisher nur teilweise ausgeschöpft werden. Steigende Jugendhilfeleistungen sind zu erwarten, wenn nicht kurzfristig in diesem Handlungsfeld die organisatorischen und inhaltlichen Hinweise umgesetzt werden.

Was in 2014 noch nicht absehbar war sind Risiken in einem ganz anderen Politikbereich. Konnte über die letzten Jahre ein Rückgang der Asylbewerberzahlen beobachtet werden, so sind neue Entwicklungen in der Zuwanderung zu beobachten. Es kann eine vermehrte Zuwanderung von Arbeitssuchenden aus den südeuropäischen Balkanstaaten und seit Ende 2014 stark ansteigende Zuwanderung von Asylbewerbern

beobachtet werden, die aus den Kriegs- und Krisengebieten des Nahen Ostens und Afrikas flüchten. Diese Entwicklung wirkt sich sowohl auf die notwendigen Sozialleistungen aus wie auch auf Dienstleistungen der Stadt und ihrer Töchter.

Darüber hinaus macht die damit zusammenhängende positive demografische Entwicklung verschiedene Einsparvorschläge im städtischen Haushalt, die im Zusammenhang mit dem Rückbau von Infrastruktur standen schwer umsetzbar. Dies betrifft auch die Einsparbemühungen bei den städtischen Beteiligungen.

Weiterhin besteht bei der hohen Verschuldung Oberhausens nach wie vor ein enormes Zinsrisiko (siehe auch 4.6.2.2). Dem wird in der mittel- bis langfristigen Planung mit steigenden kalkulierten Zinsen begegnet. Außerdem wird bei der Kreditaufnahme in der jetzigen Niedrigzinsphase durch eine möglichst langfristige Zinsbindung versucht dem Rechnung zu tragen.

4.6.2.2 Zinsrisiko im Besonderen

Aufgrund der hohen Verschuldung bleibt das Zinsrisiko eine der großen Unwägbarkeiten bei der Aufstellung eines Haushaltsanierungsplanes. Bei einer Gesamtverschuldung von 1.998.030 TEUR EUR sind Zinssteigerungen nur schwer aufzufangen. Augenblicklich geht die Stadt Oberhausen ebenso wie die aktuellen Wirtschaftsprognosen von einem stabilen Finanzmarkt mit weiterhin niedrigen Zinsen aus. Angesichts des zurzeit außerordentlich niedrigen Zinsniveaus kann mittelfristig jedoch nur mit steigenden Zinsen gerechnet werden. In der Kalkulation des HSP gilt es, diese mittelfristige Entwicklung zu berücksichtigen, um eine realistische Umsetzung zu ermöglichen. Neben dem Zinsrisiko sehen sich viele Kommunen mit dem Liquiditätsrisiko konfrontiert, denn Kommunen im Nothaushalt erleben in jüngster Zeit auch eine allgemeine Zurückhaltung von einzelnen Banken bei der Gewährung von Krediten. Eine Entwicklung in diese Richtung könnte zu Liquiditätsschwierigkeiten führen, wenn sich Banken aus dem Kommunalkreditgeschäft zurückziehen oder aber auch ihre Kreditvolumen stark zurückfahren würden. Im Interesse einer wirksamen Liquiditäts- und Zinssicherung hat die Stadt Oberhausen ihre Liquiditätsbeschaffung mit einer Vielzahl an Kreditgebern breit gefächert und Zinsen und Liquidität durch den Abschluss entsprechender Geschäfte (Termingelder mit mehrjähriger Laufzeit) in großem Umfange gesichert. Neben dieser Strategie eröffnen sich Perspektiven in der Aufnahme von Schuldscheindarlehen bei Anlegern, die an einer mittel- bis langfristigen sicheren Anlage interessiert sind. Die Reduzierung des Liquiditätsrisikos ist eng verbunden mit einer erfolgreichen Sanierung des kommunalen Haushalts. Ein genehmigtes HSP ist ein starkes Signal an die Banken.

4.6.2.3 Risiken aus Beteiligungen im Besonderen

Energieversorgung Oberhausen AG (evo) / STEAG GmbH

Die von der evo erwirtschafteten und an die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH ausgeschütteten Gewinne tragen wesentlich dazu bei, das jährliche Defizit des Verkehrsunternehmens zu verringern, was zu einer Entlastung des städtischen Haushalts führt. Die Höhe des evo-Gewinns wird dabei auch von den Erträgen beeinflusst, die sich aus der Beteiligung der evo an der STEAG GmbH, dem zurzeit fünftgrößten deutschen Stromerzeuger, ergeben.

Die evo ist gemeinsam mit sechs weiteren kommunalen Unternehmen der Rhein-Ruhr-Region über die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) zu sechs Prozent an der STEAG GmbH beteiligt. Die evo erwartet durch die Beteiligung eine jährliche Ausschüttung in Höhe von 1,9 Mio. EUR. Allerdings nehmen die Risiken für konventionelle Kraftwerkskonzerne wie die STEAG mit dem Voranschreiten der Energiewende zu. Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien - insbesondere in Deutschland - zu einem Rückgang der Kraftwerkskapazitäten führen wird. Auf der anderen Seite ist bereits im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgehalten, dass thermische Kraftwerke für die Versorgungssicherheit und auch für die Energiewende langfristig unabdingbar sind.

KSBG und STEAG haben im Hinblick auf den Strukturwandel begonnen, die Kraftwerksbetriebe und Verwaltungsbereiche zu optimieren und das angebotene Dienstleistungsspektrum zu erweitern. Durch Investitionen in konventionelle und erneuerba-

re Kraftwerkskapazitäten im In- und Ausland soll der Erzeugungsmix stärker diversifiziert und die Internationalisierung sowie der Ausbau der Erneuerbaren Energien im Erzeugungsportfolio fortgeführt werden. Zudem werden weitere Geschäftsaktivitäten ausgebaut, wie beispielsweise Dienstleistungen im Bereich des technischen Services oder die Internationalisierung der Handelsaktivitäten. Wachstumschancen werden in Europa insbesondere im Bereich der Windenergie gesehen, aber auch der asiatisch-pazifische Raum und Lateinamerika sollen diesbezüglich gute Perspektiven bieten.

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH

Die GMVA erhält von der Stadt Oberhausen für die übernommene Abfallentsorgung ein Leistungsentgelt, das in die Kalkulation der Abfallgebühren einfließt. Die Entgeltzahlungen unterliegen den Beschränkungen des öffentlichen Preisrechts. In verschiedenen Gebührenstreitverfahren gegen die kommunalen Gesellschafter der GMVA hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf die hohen Verbrennungsentgelte für preisrechtswidrig und die Gebührenbescheide dementsprechend aufgehoben. Als Begründung gibt das Verwaltungsgericht u. a. an, dass die Erlöse für den Verkauf von Strom und Wärme aus der Müllverbrennung dem Gebührenzahler zugutekommen müssten, was bisher unberücksichtigt geblieben ist.

Das Oberverwaltungsgericht hatte im April 2015 in Duisburger Verfahren die Kosten der GMVA Niederrhein GmbH unter mehreren Gesichtspunkten für rechtswidrig, da überhöht, erklärt und die Gebührenbescheide für 2012 aufgehoben. Die Revision wurde nicht zugelassen. Da den Kalkulationen 2010/2011 und 2013 die gleichen gerügten Verbrennungspreise zugrunde lagen, hat die Stadt Oberhausen auf Anregung des Oberverwaltungsgerichts die Anträge auf Zulassung der Berufung zurückgenommen.

Während auch die Stadt Duisburg die Entscheidung des Gerichts akzeptierte, reichte die GMVA Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesverwaltungsgericht ein, über die noch nicht entschieden wurde.

Zur Quantifizierung der gebührenrechtlichen Rückzahlungsvolumina und der hiermit korrespondierenden Rückerstattungsansprüche der Kommunen gegenüber der GMVA ist zunächst die Ermittlung eines rechtssicheren LSP-Preises erforderlich. Hierzu hat die Stadt Oberhausen, das Gebührenjahr 2011 betreffend, die Preisprüfstelle der Bezirksregierung Düsseldorf eingeschaltet. Ein abschließender Prüfbericht liegt noch nicht vor.

Um das Insolvenzrisiko zu verringern und eine mögliche Schädigung der Gesellschafter zu vermeiden, hat 2013 eine Umstrukturierung der GMVA stattgefunden. Das neu eingerichtete „Unterauftragsmodell“ (GmbH & Co. KG und Verwaltungs-GmbH) kommt bereits in anderen Kommunen zur Anwendung und gilt entsprechend der eingeholten Rechts- und Wirtschaftsprüfungsgutachten als preis- und gebührenrechtlich zulässig. Es soll sicherstellen, dass die zukünftig erhobenen Entgelte rechtskonform und umlagefähig sind, aber auch die Wirtschaftlichkeit der GMVA dauerhaft gewährleisten. In drei Musterverfahren bzgl. der Abfallgebühren 2014 hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf erstinstanzlich Bedenken gegen das Modell geäußert und die entsprechenden Bescheide aufgehoben. Die Stadt hat Berufung eingelegt.

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH

Die OVP hat Anfang der 2000er Jahre zweckgebundene Infrastrukturmittel aus dem Regionalen Wirtschaftsförderungsprogramm des Landes NRW für die Baureifmachung und Erschließung des damals im Eigentum der OVP stehenden Stahlwerksgeländes in Oberhausen erhalten. Durch den notwendig gewordenen vorzeitigen Verkauf der geförderten Flächen im Jahr 2006 entfiel jedoch die Fördergrundlage. Die OVP hat daraufhin von der NRW.Bank einen Rückforderungsbescheid erhalten, der erstinstanzlich vom LG Duisburg bestätigt wurde. Die OVP hat gegen das Urteil Berufung beim Oberlandesgericht Düsseldorf eingelegt. Eine rechtskräftige Entscheidung des OLG Düsseldorf liegt noch nicht vor.

Die Auswirkungen des Verkaufs des Stahlwerksgeländes auf die erhaltenen Fördermittel sind also weiterhin ungeklärt. Daraus ergeben sich folgende Risiken: Einerseits besteht die Gefahr, dass die OVP – entsprechend den Bestimmungen des Förderbescheides – Verkaufserlöse, die über dem ursprünglichen Planansatz liegen, vollständig an den Fördermittelgeber abführen muss. Andererseits ist nicht ausgeschlossen, dass der Verkauf generell als förderschädlich angesehen wird, womit der gesamte erhaltene Zuschuss in Höhe von 9,5 Mio. EUR zurückzuzahlen wäre. Da die Stadt Oberhausen bezüglich der Zuschussmittel eine Bürgschaft abgegeben hat, sind auf städtischer Ebene Rückstellungen in Höhe des Rückforderungsbetrags inkl. einer entsprechenden Verzinsung gebildet worden.

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

Die STOAG ist u. a. an der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH, Energieversorgung Oberhausen AG (evo), GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH sowie der RWE AG beteiligt. Die hierdurch vereinnahmten Beteiligungserträge tragen zur Reduzierung des Defizits aus der operativen Geschäftstätigkeit bei.

Die Geschäftsführung kann durch organisatorische Optimierung das operative Defizit der STOAG verringern. Sie hat jedoch keinen unmittelbaren Einfluss auf die erwirtschafteten Jahresüberschüsse und die damit verbundenen Ausschüttungen der Beteiligungsunternehmen. Bei rückläufigen Beteiligungserträgen besteht somit die Gefahr, dass das Gesamtbetriebsergebnis der STOAG die Vorgaben des städtischen Haushalts bzw. Haushaltssanierungsplans verfehlt, obwohl sich das operative Ergebnis unter Umständen verbessert. Risiken sinkender Beteiligungserträge ergeben sich aus den Beteiligungen an der GMVA und der RWE AG - bei erstgenannter aufgrund ausstehender gebührenrechtlicher Entscheidungen, bei letzterer wegen der aktuell laufenden Neuausrichtung des Konzerns und der damit verbundenen unsicheren Dividendenentwicklung.

4.6.2.4 Risikomanagement

Die Stadt Oberhausen hat zum Jahreswechsel 2013/2014 damit begonnen, ein Risikomanagementsystem zu implementieren. Ziel ist, wesentliche Risiken im Hinblick auf die Erreichung der im Haushaltssanierungsplan festgeschriebenen Maßnahmen frühzeitig zu lokalisieren und geeignete Mittel zur Risikosteuerung zu entwickeln. Dazu werden alle im Rahmen einer Risikoinventur erfassten Risiken in einem Risikokatalog dokumentiert, der u. a. Erläuterungen zu Risikoursachen, Häufigkeit des Auftretens sowie eine grobe Bewertung des Verlustpotentials enthält. Der Risikokatalog bietet die notwendige Informationsbasis für die anschließende Risikoanalyse sowie Risikosteuerung. Durch die ergriffenen Steuerungsmaßnahmen sollen Risiken vermieden bzw. deren Auswirkungen begrenzt werden.

4.7 Erläuterungen der Kennzahlen

4.7.1 Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital (Eigenkapitalquote)

Die **Eigenkapitalquote 1** zeigt an, in welchem Umfang das Vermögen der Kommune durch Eigenkapital finanziert ist. Für diese Kennzahl gilt: Je höher die Eigenkapitalquote, desto geringer ist das Finanzierungsrisiko und desto höher sind die finanzielle Stabilität, die wirtschaftliche Sicherheit und die Unabhängigkeit von externen Kapitalgebern.

Eigenkapitalquote 1	=	Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme	=	- 1.068.322.177 x 100 / 2.978.080.379 = - 35,87 %

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014
Eigenkapitalquote 1	- 23,76 %	- 26,15 %	- 28,72 %	- 34,05 %	- 35,87 %

Die Eigenkapitalquote beträgt - 35,87 %. Die Quote ist negativ, da die Stadt Oberhausen kein Eigenkapital mehr besitzt und für die Berechnung der „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ herangezogen wurde.

Die **Eigenkapitalquote 2** misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz. Da bei Kommunen die Sonderposten als Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen und in der Regel nicht zurückzuzahlen und nicht zu verzinsen sind, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um die „langfristigen“ Sonderposten erweitert. Hierzu zählen die Sonderposten für Zuwendungen und für Beiträge.

Eigenkapitalquote 2	= (Eigenkapital + SoPo Zuwendungen/Beiträge) x 100 / Bilanzsumme	=	(- 1.068.322.177 + 479.937.861) x 100 / 2.978.080.379 = -19,76 %

Die Eigenkapitalquote 2 beträgt - 19,76 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014
Eigenkapitalquote 2	- 5,31 %	- 8,11 %	- 11,13 %	- 17,29 %	- 19,76 %

4.7.2 Relation des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen (Anlagenintensität)

Die **Anlagenintensität** zeigt an, wie hoch der Anteil des langfristig gebundenen Anlagevermögens am gesamten Vermögen ist. Je niedriger die Anlagenintensität, desto höher ist die finanzielle Anpassungsfähigkeit und Flexibilität einer Kommune. Eine hohe Anlagenintensität hat in der Regel hohe Fixkosten in Form von Abschreibungen zur Folge. Für Kommunen ist eine hohe Anlagenintensität allerdings aufgrund ihrer Aufgabenstellung normal.

Anlagenintensität =	Anlagevermögen x 100 Bilanzsumme	=	1.809.389.450 x 100 2.978.080.379	= 62,84 %

Die Anlagenintensität der Stadt Oberhausen beläuft sich auf 62,84 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014
Anlagenintensität	73,13 %	70,50 %	68,31 %	60,76 %	62,84 %

4.7.3 Bindung Kommunales Vermögen in der Infrastruktur (Infrastrukturquote)

Die **Infrastrukturquote** verfeinert die Aussage der Anlageintensität im Hinblick auf das Infrastrukturvermögen als Bestandteil des Sachanlagebestands des Anlagevermögens und verdeutlicht, in welchem Umfang kommunales Vermögen in der Infrastruktur gebunden ist. Da das Infrastrukturvermögen in der Regel nicht veräußerbar ist, kann die Quote nur langfristig beeinflusst werden.

Infrastruktur-vermögen	=	Infrastruktur vermögen x 100 Bilanzsumme	=	936.033.112 x 100 2.978.080.379	= 31,43 %

Die Infrastrukturquote, als spezielle Kennzahl zur Anlagenintensität des Infrastrukturvermögens, beträgt 31,43 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014
Infrastrukturquote	34,74 %	34,40 %	33,59 %	32,34 %	31,43 %

4.7.4 Anlagendeckungs- und Liquiditätsgrad

Durch die Kennzahl **Anlagendeckungsgrad 2** soll die langfristige Kapitalverwendung der Kommune bewertet werden. Es wird aufgezeigt, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Liegt die Kennzahl unter 100 %, so sind Teile des Anlagevermögens durch kurzfristiges Kapital finanziert.

Anlagendeckungsgrad 2	=	(Eigenkapital + SoPo Zuwend- ungen/Beiträge + Langfristiges Fremdkapital) x 100 Anlagevermögen	=	(- 1.068.322.177 + 479.937.861 + 538.227.674) x 100 1.809.389.450	= 19,45 %

Der Anlagendeckungsgrad 2 beträgt 19,45 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014
Anlagendeckungsgrad 2	29,03 %	24,77 %	20,83 %	19,49 %	19,45 %

Die **Liquidität I. Grades** gibt das Verhältnis der liquiden Mittel zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten an und analysiert damit, inwieweit die Gemeinde ihre derzeitigen kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen allein durch ihre liquiden Mittel erfüllen kann.

Liquidität 1. Grades vermögen	=	liquide Mittel x 100 kurzfristige Verbindlichkeiten	=	12.352.180 x 100 794.213.673	= 1,56 %

Die Liquidität 1. Grades beträgt 1,56 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014
Liquidität I. Grades	1,93 %	1,66 %	1,50 %	1,68 %	1,56 %

4.7.5 Verbindlichkeitsquote und Verschuldungsgrad

Die **Kurzfristige Verbindlichkeitsquote** stellt dar, wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet ist. Da Haushaltsfehlbeträge in der Regel über Kassenkredite finanziert werden, ist diese Kennzahl ein Indikator dafür, wie stark sich die aufgelaufenen Defizite auf die Finanzlage der Kommune auswirken. Kurzfristige Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	=	Kurzfristige Verbindlichkeiten x 100 Bilanzsumme	=	794.213.673 x 100 2.978.080.379	= 26,67 %

Die kurzfristige Verbindlichkeitsquote beläuft sich auf 26,67 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	25,53 %	35,68 %	27,03 %	17,92 %	26,67 %

Mit dem **Dynamischen Verschuldungsgrad** lässt sich die Schuldentilgungsfähigkeit der Gemeinde beurteilen. Diese Kennzahl berechnet sich aus dem Quotienten zwischen der Effektivverschuldung und dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit der Finanzrechnung. Dieser Saldo zeigt an, in welcher Höhe freie Finanzmittel im abgelaufenen Haushaltsjahr zur möglichen Schuldentilgung genutzt werden können. Da es in Oberhausen keinen positiven Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit gibt, ist der Ausweis dieser Kennzahl nicht möglich.

4.7.6 Finanzierung der Gemeinde aus eigenen Mitteln (Steuerquote)

Die **Netto-Steuerquote** gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Für eine realistische Ermittlung der Steuerkraft der Gemeinde ist es erforderlich, die Gewerbesteuerumlage und den Aufwand für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit in Abzug zu bringen. Die Gemeinde ist umso unabhängiger von staatlichen Zuwendungen, je höher die Nettosteuerquote ist.

Nettosteuerquote =	(Steuererträge - Gew. St.Umlage - Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit) x 100 (Ordentliche Erträge - Gew. St.Umlage - Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit)	=	(209.145.447 - 5.228.343 - 5.079.962) x 100 (711.767.449 - 5.228.343 - 5.079.962)	= 28,35 %

Die Nettosteuerquote beträgt 28,35 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014
Netto - Steuerquote	32,28 %	29,27 %	32,06 %	29,82 %	28,35 %

4.7.7 Abhängigkeit der Gemeinde von Dritten (Zuwendungsquote)

Die **Zuwendungsquote** verdeutlicht, wie abhängig die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter ist. Eine hohe Zuwendungsquote kann auf eine geringe Finanzkraft der Kommune hindeuten.

Zuwendungsquote	=	Erträge aus Zuwendungen x 100 Ordentliche Erträge	=	262.441.357 x 100 711.767.449 = 36,87 %

Die Zuwendungsquote beträgt 36,87 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014
Zuwendungsquote	30,46 %	39,28 %	37,64 %	37,14 %	36,87 %

4.7.8 Aussagen zur Intensität der Aufwendungen (Personal-, Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen, Zinsen)

Die **Personalintensität** weist den Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen aus. Bei der Interpretation der Kennzahl ist der Grad der Ausgliederungen in der Kommune zu betrachten.

Personalintensität	=	Personalaufwendungen x 100 Ordentliche Aufwendungen	=	185.242.862 x 100 743.936.107 = 24,90 %

Die Personalintensität beträgt 24,90 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014
Personalintensität	23,02 %	24,07 %	21,98 %	24,22 %	24,90 %

Die **Sach- und Dienstleistungsintensität** zeigt, in welchem Maße sich die Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Sach- und Dienst-leistungsintensität	=	Aufwendungen für Sachdienstleistungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen	=	129.643.738 x 100 / 743.936.107 = 17,43 %

Die Sach- und Dienstleistungsintensität beträgt 17,43 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014
Sach- und Dienstleistungsintensität	20,14 %	20,21 %	20,80 %	18,34 %	17,43 %

Die **Transferaufwendungsquote** veranschaulicht den Anteil der Transferaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen.

Transferaufwendungsquote	=	Transferaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen	=	216.990.406 x 100 / 743.936.107 = 29,17 %

Die Transferaufwandsquote beträgt 29,17 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014
Transferaufwendungsquote	26,80 %	26,91 %	26,96 %	27,40 %	29,17 %

Die **Zinslastquote** zeigt die anteilmäßige Belastung der Kommune mit Zinsaufwendungen und sonstigen Finanzaufwendungen zu den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf. Sie verdeutlicht, in welchem Umfang sich die vorhandenen Kredite auf die aktuelle Haushaltssituation auswirken. Eine hohe Zinslastquote engt den finanziellen Spielraum der Stadt ein.

Zinslastquote	=	Finanzaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen	=	43.860.677 x 100 / 743.936.107 = 5,90 %

Die Zinslastquote beträgt 5,90 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014
Zinslastquote	6,40 %	6,88 %	6,16 %	5,67 %	5,90 %

4.8 Wichtige Vorgänge und Nachträge

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres 2014 nicht eingetreten, sofern sie nicht schon in diesem Bericht erwähnt sind.

4.9 Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates

Mandate der Dezernenten in städtischen Beteiligungen zum 31.12.2014

Wehling, Klaus

Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Vorsitzender Mitglied gem.§ 113 GO
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Gesellschafterversammlung	
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	Präsidium	Mitglied gem. § 113 GO
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Gesellschafterversammlung	
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)
Rhein. Sparkassen- u. Giroverband	Verbandsversammlung	Mitglied gem. § 113 GO
Rhein. Sparkassen- u. Giroverband	Trägerversammlung	
Rhein. Sparkassen- u. Giroverband	Vorstand	
Regionalverband Ruhr (RVR) Ruhr	Verbandsversaammlung	
Regionalverband Ruhr (RVR) Ruhr	stellv. Mitglied Wirtschaftsausschuss	
RWE Deutschland AG	Aufsichtsrat	
Stadtsparkasse Oberhausen	Risikoausschuss	
Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	berat. Mitglied
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Gesellschafterversammlung	
TZU	Gesellschafterversammlung	
VKA	Gesellschafterversammlung	
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Gesellschafterversammlung	
Wirtschaftsmetropole Ruhr	Aufsichtsrat	Vorsitzender
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO

Tsalastras, Apostolos

Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
ecce GmbH	Kuratorium	Mitglied gem. § 113 GO
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Gesellschafterversammlung	
Gasometer Oberhausen GmbH	Gesellschafterversammlung	
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Gesellschafterversammlung	
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Gesellschafterversammlung	
Betriebsgesellschaft Radio MH/OB mbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	
Betriebsverwaltungsgesellsch. Radio MH/OB mbH	Gesellschafterversammlung	
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	
Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.gemeinschaft Lokalfunk e. V.	Mitgliedervertreterversammlung	
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Gesellschafterversammlung	
WestLB Düsseldorf, Kapitalanlagegesellschaft	Anlageausschuss	Mitglied
Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)	Verbandsversammlung	Mitglied

Schmidt, Jürgen

Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Gesellschafterversammlung	

Motschull, Frank

Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Revierpark Vonderort	Verwaltungsrat	Mitglied gem. § 113 GO
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO

Münich, Elke

Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
ASO Service GmbH	Gesellschafterversammlung	
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Gesellschafterversammlung	
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Gesellschafterversammlung	stellv. Vorsitzende gem § 113 GO
Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	
Revierpark Vonderort	Geschäftsführung	Geschäftsführerin

Lauxen, Sabine

Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied gem. § 113 GO
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO

Mitglieder des Rates der Stadt Oberhausen (zum 31.12.2014)

SPD-Fraktion

Albrecht-Mainz, Elia	**Ältestenrat**		1. stv. Vorsitzende
Dipl.-Kauffrau	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		Vorsitzende
	Hauptausschuss		1. stv. Vorsitzende
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Unweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Fraktionssprecherin
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	AWO Oberhausen		Vorsitzende
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

Bischoff, Jörg	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Mitglied
Fleischermeister	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Revierpark Vonderort	Gesellschafter-versammlung	Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Bongers, Sonja	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Mitglied
Rechtsanwältin	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		Fraktionssprecherin
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied

	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Gesellschafter-versammlung	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Bramorski, Stefan	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Jugendbildungsreferent	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Vorsitzender
	Lokale Agenda 21	Lenkungsgremium	Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Emschergenossenschaft	Genossenschaftsver-sammlung	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Brands, Beatriks	**Hauptausschuss**		Mitglied
Hausmeisterin	**Sozialausschuss**		Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungprüfungsausschuss		Mitglied

	Finanz- und Personalausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		stellv. Mitglied
	Beirat für Menschen mit Behinderungen		stellv. Vorsitzende
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	stellv. Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
Brodrick, Helmut	**Kulturausschuss**		Mitglied
Betriebsratsvorsitzender	**Planungsausschuss**		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Vorsitzender
	Umweltausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Landschaftsverband Rheinland	Landschaftsversammlung	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Cordes, Hubert	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
Konditormeister	**Gestaltungsbeirat**		Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Vorsitzender
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied

	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen	Aufsichtsrat	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagment GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungs-plan	verfahrensbegl. Aus-schuss	stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Derksen, Rene	**Gestaltungsbeirat**		stellv. Mitglied
Arbeitsvermittler	**Kulturausschuss**		stellv. Vorsitzender
	Planungsausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen	Aufsichtsrat	Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungs-plan	verfahrensbegl. Aus-schuss	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Dröhne, Manuel	**Gleichstellungsausschuss**		Mitglied
Student	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied

	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Emmerich, Karl-Heinz	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Informationselektroniker	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Planungsausschuss		Fraktionssprecher
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungs-plan	verfahrensbegl. Aus-schuss	Mitglied
	Regionalverband Ruhr (RVR)	Verbandsversammlung	Mitglied
	Umlegungsausschuss		Mitglied
	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)	Verbandsversammlung Verwaltungsrat	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
Flore, Manfred	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
Bezirksschornsteinfegermeister	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		Fraktionssprecher
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Fraktionssprecher
	Arbeit und Leben DGB/VHS		Vorsitzender (alternie-rend)
	Emschergenossenschaft	Genossenschaftsver-sammlung	Mitglied

	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Vorsitzender
	Rheinisch-Westfäl. Wasserwerksgesellschaft mbH (RWW)	Gesellschafter-versammlung	Mitglied
	Ruhrverband	Verbandsversammlung	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreterver-sammlung	Mitglied
Große Brömer MdL, Wolfgang	**Ältestenrat**		Mitglied
Ltd. Gesamtschuldirektor	**Finanz- und Personalausschuss**		Fraktionssprecher
während des Mandats beurlaubt	**Haupt- und Finanzausschuss**		Fraktionssprecher
	Schulausschuss		Vorsitzender
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	1. stellv. Vorsitzender
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsge-sellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Vorsitzender
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender
Jacobs, Silke	**Planungsausschuss**		Mitglied
Lehrerin	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
	Seniorenbeirat		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied

Kösling, Klaus	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		Fraktionssprecher
kfm. Angestellter	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Vorsitzender
	Hauptausschuss		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		Fraktionssprecher
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Landschaftsverband Rheinland	Landschaftsversammlung	Mitglied
Krey, Thomas	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
stellv. Geschäftsführer	**Gleichstellungsausschuss**		stellv. Mitglied
Bezirksbürgermeister Osterfeld	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		Vorsitzender
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Revierpark Vonderort GmbH	Verwaltungsrat	Mitglied
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Hausfrau	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Integrationsrat		Fraktionssprecherin
	Jugendhilfeausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		Fraktionssprecherin
	Sozialausschuss		Vorsitzende
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		MItglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Vorsitzende

	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	Mitglied
	Regionalverband Ruhr (RVR)	Verbandsversammlung	Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Radtke, Dorothee	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Kauffrau i. E.	**Gleichstellungsausschuss**		stellv. Mitglied
Bezirksbürgermeisterin Alt-OB	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Seniorenbeirat		Vorsitzende
	Sozialausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Projekt Team City	Beirat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Real, Ulrich	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Studiendirektor	**Hauptausschuss**		Mitglied
Bezirksbürgermeister Sterkrade	**Jugendhilfeausschuss**		Fraktionssprecher

	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Sahin, Bülent	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
Politikwissenschaftler	**Gleichstellungsausschuss**		stellv. Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
	Kulturausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Scheffler, Stefan	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		Mitglied
Rechtsanwalt	**Gleichstellungsausschuss**		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Werner, Yannah	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Mitglied

Rechtsreferendarin	**Gleichstellungsausschuss**		Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungs-plan	verfahrensbegl. Aus-schuss	stellv. Mitglied
Wolter, Horst	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Industriekaufmann	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Seniorenbeirat		Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied

	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Zimkeit MdL, Stefan	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
Dipl.-Sozialwissenschaftler	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Fraktionssprecher
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender

CDU-Fraktion

Bandel, Frank	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Dipl.-Ing.	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
Landschaftspflege	**Landschaftsbeirat**		Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Fraktionssprecher
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Emschergenossenschaft	Verbandsversammlung	Mitglied
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungs-plan	verfahrensbegl. Aus-schuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreterver-sammlung	Mitglied
Benter, Christian	**Ältestenrat**		Mitglied
Geschäftsführer	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		stellv. Mitglied
	Hauptausschuss		Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Fraktionssprecher
	Schulausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Fraktionssprecher
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veran-staltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied

	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreterver-sammlung	Mitglied
Bürgermeister Broß, Klaus Dieter	**Ältestenrat**		2. stellv. Vorsitzender
Polizeibeamter	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		stellv. Mitglied
	Hauptausschuss		2. stellv. Vorsitzender
	Kulturausschuss		Fraktionssprecher
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Vorsitzender
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Fraktionssprecher
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veran-staltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
	Sängerkreis Oberhausen		Vorsitzender
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Dubbert, Karin	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		Mitglied
Journalistin	**Gleichstellungsausschuss**		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		Mitglied
	Kulturausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied

	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Hausmann-Peters	**Gleichstellungsausschuss**		Fraktionssprecherin
Lehrerin	**Jugendhilfeausschuss**		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Ingendoh, Holger	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
Diplom-Bauingenieur	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Emschergenossenschaft	Genossenschaftsver-sammlung	Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied

	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungs-plan	verfahrensbegl. Aus-schuss	stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH		Mitglied
	Umlegungsausschuss		stellv. Mitglied
Köhler, Hans-Jürgen	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Sparkassenbetriebswirt i.R.	**Kulturausschuss**		Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Seniorenbeirat		stellv. Vorsitzender
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veran-staltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungs-plan	verfahrensbegl. Aus-schuss	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Lenz, Eugen	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Mitglied
Werbeleiter	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		Mitglied

	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Seniorenbeirat		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Lösken, Hans-Bernd			
	Mandatsverlust; Wiederholungswahl 01.02.2015		
Müthing, Christa	**Finanz- und Personalausschss**		Fraktionssprecherin
freiberufl. Vermietungstätigkeit	**Gleichstellungsausschuss**		Mitglied
	Hauptausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Landschaftsverband Rheinland	Landschaftsversammlung	stellv. Mitglied
	Polizeibeirat		Vorsitzende
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)	Verbandsversammlung Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
Nakot, Werner	**Ältestenrat**		stellv. Mitglied
Kriminalbeamter	**Finanz- und Personalausschss**		stellv. Mitglied
	Hauptausschuss		Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Fraktionssprecher
	Umweltausschuss		stellv. Vorsitzender
	Wahlprüfungsausschuss		Vorsitzender
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
	Regionalverband Ruhr (RVR)	Verbandsversammlung	stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Osmann, Denis	**Finanz- und Personalausschss**		stellv. Mitglied
Immobilienkaufmann	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Planungsausschuss		Fraktionssprecher
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungs-plan	verfahrensbegl. Aus-schuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e. V.	Mitgliedervertreterver-sammlung	Mitglied
Rubin, Dirk	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		Vorsitzender
Dipl.-Sozialpädagoge	**Finanz- und Personalausschss**		Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		stellv. Mitglied

	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Bildungseinrichtung Löwenzahn e. V.	Geschäftsführender Leiter	
	Kinderpädagogisches Institut	Gesellschafter	
	Landschaftsverband Rheinland	Landschaftsversammlung	Mitglied
	Löwenzahn Immobilien Agentur	Gesellschafter	
	Polizeibeirat		Fraktionssprecher
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Schranz, Daniel M. A.	**Ältestenrat**		Fraktionssprecher
Landesbeauftragter	**Hauptausschuss**		Fraktionssprecher
Bildungswerkleiter	**Kulturausschuss**		Vorsitzender
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Vorsitzender
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Vorsitzender
Stehr, Simone Tatjana	**Gleichstellungsausschuss**		stellv. Mitglied
Studiendirektorin	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied

	Schulausschuss		Fraktionssprecherin
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Tscharke, Hans Josef	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Mitglied
Geschäftsführer	**Finanz- und Personalausschss**		Vorsitzender
Dienstleistungsverband der	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
Kirchengemeinden im Bistum	**Jugendhilfeausschuss**		stellv. Mitglied
Essen (KöR)	**Kulturausschuss**		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		Fraktionssprecher
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Arbeit und Leben DGB/VHS		Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	Mitglied
	Regionalverband Ruhr (RVR)	Verbandsversammlung	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Stellv. Vorsitzender
Tüzün, Saadettin	**Finanz- und Personalausschss**		Mitglied
Projektmanager, Dipl.-Ing.	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Integrationsrat		Fraktionssprecher
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied

	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Willing-Spielmann, Ulrike	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Mitglied
Dipl.-Sozialarbeiterin	**Gleichstellungsausschuss**		Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		Fraktionssprecherin
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Vorsitzende
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Vorsitzende
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
	Jobcenter Oberhausen	Beirat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreterver-sammlung	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

Wissing, Matthias	**Ältestenrat**		stellv. Mitglied
Assessor juris	**Finanz- und Personalausschss**		Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Polizeibeirat		Mitglied
	Revierpark Vonderort GmbH	Verwaltungsrat	Mitglied
Wolter, Marita	**Finanz- und Personalausschss**		stellv. Mitglied
Lehrerin (Altersteilzeit) Ruhephase	**Gleichstellungsausschuss**		Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Vorsitzende
	Seniorenbeirat		Fraktionssprecherin
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreterver-sammlung	Mitglied

Fraktion - Die Grünen

Axt, Norbert	**Hauptausschuss**		Mitglied
Lehrer	**Rechnungsprüfungsausschuss**		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		Vorsitzender
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungs-plan	verfahrensbegl. Aus-schuss	stellv. Mitglied
	Emschergenossenschaft	Genossenschaftsver-sammlung	Mitglied
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Regionalverband Ruhr (RVR)	Verbandsversammlung	stellv. Mitglied
Blanke, Andreas	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Mitglied
Werbekaufmann	**Finanz- und Personalausschuss**		Fraktionssprecher
	Gleichstellungsausschuss		stellv. Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Fraktionssprecher
	Schulausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Fraktionssprecher
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Vorsitzende
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
Gödderz, Sandra	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
Lehrerin	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		Fraktionssprecher

	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		Fraktionssprecher
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Bürgermeisterin Opitz, Stefanie	**Gleichstellungsausschuss**		Mitglied
Erzieherin	**Integrationsrat**		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		Fraktionssprecherin
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	stellv. Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
Wittmann, Regina	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Dipl.-Ing. Architektin	**Hauptausschuss**		Fraktionssprecherin
	Planungsausschuss		stellv. Vorsitzende
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied

	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	Mitglied
	Regionalverband Ruhr (RVR)	Verbandsversammlung	Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

Die Linke Liste - Fraktion

Diepenbrock, Ingrid	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		stellv. Vorsitzende
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
Goeke, Martin	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
Politikwisssenschaftler	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	MItglied
Koch, Lühr	**Integrationsrat**		Mitglied
Rentner	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Vorsitzender
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Aufsichtsrat	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Karacelik, Yusuf	**Ältestenrat**		Mitglied
KFZ-Mechaniker	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Hauptausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Marx, Petra	**Ältestenrat**		stellv. Mitglied
Dipl.-Pädagogin	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		stellv. Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied

	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

BOB – Fraktion

Bruckhoff, Peter	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Techniker	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
Karschti, Albert	**Ältestenrat**		stellv. Mitglied
Dipl.-Ing. i. R.	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Hauptausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
Mellis, Karl-Heinz	**Ältestenrat**		Mitglied
Dipl.-Ing. Architekt, Prokurist	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Hauptausschuss		Mitglied
	Planungsausschuss		Vorsitzender
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Nowak, Werner	**Rechnungsprüfungsausschuss**		stellv. Mitglied
Techniker	**Umweltausschuss**		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Walther, Andrea-Cora	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
selbständige Steuerberaterin	**Gleichstellungsausschuss**		Mitglied

	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied

FDP – Gruppe

Boos, Regina	**Ältestenrat**		Mitglied
Augenoptikermeisterin	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Runkler, Hans-Otto	**Ältestenrat**		Mitglied
Geschäftsführer	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
	Hauptausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Wahlausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Krankenhausausschuss 4	Ausschuss des LVR	Mitglied
	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	Landschaftsversammlung	Mitglied

	LVR-InfoKom	Betriebsausschuss	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Rheinland Kultur gmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Sozial- und Kulturstiftung des LVR	Vorstand	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	2. stellv. Vorsitzender
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender

5. Beteiligungsbericht

Der nach § 117 Abs. 1 GO NRW sowie § 49 Abs. 2 GemHVO NRW dem Gesamtabschluss beizufügende Beteiligungsbericht 2014 lag dem Finanz- und Personalausschuss zu seiner Sitzung am 03.11.2015 sowie dem Rat der Stadt zu seiner Sitzung am 16.11.2015 vor.

In Anbetracht des Druckumfanges und der damit einhergehenden Kosten wird der Beteiligungsbericht nur dem Original des Gesamtabschlusses und einer geringen Auflagenhöhe von 35 Exemplaren zur Verwendung gegenüber der Aufsichtsbehörde, im Verwaltungsvorstand, in den Fachdienststellen der Bereiche Finanzen, Rechnungsprüfung sowie Personal und Organisation, zur gesetzlichen Aufbewahrung sowie in den Fraktionen beigefügt.

Darüber hinaus steht die komplette Fassung des Gesamtabschlusses 2014 der Stadt Oberhausen im Ratsinformationssystem ALLRIS in Dateiform zur Verfügung.

Die Nummerierung innerhalb des Beteiligungsberichtes entspricht der Originalnummerierung.

BETEILIGUNGSBERICHT

DER STADT OBERHAUSEN

2014

Stadt Oberhausen ***Bereich 9-5***
Der Oberbürgermeister ***Stabsstelle Beteiligungen***

Stand: September 2015

Vorwort Beteiligungsbericht 2014

Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht erhalten Ratsmitglieder, Mitglieder der Bezirksvertretungen und die interessierte Öffentlichkeit Einblick in die Tätigkeit der Beteiligungen und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen der Stadt Oberhausen. Der Bericht baut auf den Jahresabschlüssen des Jahres 2014 auf. Die Gesamtschau von wirtschaftlichen Eckdaten wie Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen und Kennzahlen gibt einen guten finanziellen Überblick und ermöglicht es, sich ein Bild von dem breiten Leistungsspektrum zu machen, das die Beteiligungen und die weiteren wirtschaftlich tätigen Einrichtungen außerhalb der Kernverwaltung erbringen. Zusätzlich informiert der Bericht über die Besetzung der Gremien, die Vergütung ihrer Mitglieder und wichtige vertragliche Beziehungen der Beteiligungen untereinander sowie zur Stadt Oberhausen.

Die Beteiligungen und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen stehen weiterhin vor den Anforderungen, die sich aus der Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes des Jahres 2012 ergeben, weil dessen Rahmenbedingungen einem ständigen Änderungsprozess unterworfen sind. Ein Beispiel für diese Herausforderungen bildet die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG), die den zuschussbedürftigen ÖPNV zu einem wesentlichen Teil durch die Erträge aus ihren Beteiligungen finanziert und gleichzeitig einen erheblichen Beitrag zum Haushaltssanierungsplan leistet. Vor diesem Hintergrund ist die STOAG von den Kürzungen der RWE-Dividende und dem Wegfall der Ausschüttung der Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) in besonderem Maße betroffen. Dennoch gelang es der STOAG -begünstigt durch zusätzliche Erträge aus Schadensregulierungen, gesunkene Personalaufwendungen und niedrige Kraftstoffpreise- diese Verschlechterungen mehr als zu kompensieren, ohne ihre Verkehrsleistungen zu beschränken. An diesem Beispiel wird deutlich, wie viele Anstrengungen und Unwägbarkeiten den Beteiligungen und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen in der Zeitspanne des Haushaltssanierungsplanes bis 2021 noch bevorstehen.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang der Erwerb der übrigen 49% der Anteile an der STEAG GmbH durch die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG, eine Gesellschaft mehrerer Versorgungsunternehmen des Ruhrgebiets, an der die Energieversorgung Oberhausen AG (evo) zu 6 % beteiligt ist. Zusätzlich zur langfristigen strategischen Bedeutung dieser Beteiligung stellt diese bereits derzeit einen wichtigen Baustein für die Stabilität der Ergebnisse der evo dar, die wiederum als Beteiligung der STOAG zur Finanzierung des ÖPNV wesentlich beiträgt.

Einen weiteren bedeutsamen Prozess für die Wirtschaft und die Verbesserung der Lebensbedingungen in der Stadt bildet der Auftrag des Rates an die Verwaltung, ein Konzept zur inhaltlichen und organisatorischen Neustrukturierung der Wirtschafts- und Tourismusförderung in Oberhausen vorzulegen. Nach abschließender Beschlussfassung im November 2015 ist die Umsetzung für 2016 vorgesehen.

Die Beteiligungen und sämtliche wirtschaftlich tätigen Einrichtungen der Stadt stellen wichtige Handlungsfelder der Kommune dar, die in ihrer Bedeutung nicht hinter der Tätigkeit der Verwaltung zurückstehen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine informative Lektüre.

Oberhausen, im September 2015

Wehling
Oberbürgermeister

Inhaltsverzeichnis

Vorwort Beteiligungsbericht 2014 ... 3

Inhaltsverzeichnis ... 5

Gründungshistorie ... 7

Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2014 ... 9

Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen ... 13

Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen ... 15

Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2014 ... 18

Wesentliche Leistungsbeziehungen ... 20

Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen zum 31.12.2014 ... 23

Einzelberichterstattung ... 24
Ver- und Entsorgung ... 25
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH ... 28
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH ... 38
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH ... 54
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH ... 62
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH ... 66
evo Energieversorgung Oberhausen AG ... 70
Oberhausener Netzgesellschaft mbH ... 88
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG ... 98
Biostrom Oberhausen Management GmbH ... 104
Quantum GmbH ... 108
strasserauf GmbH ... 120
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH ... 124
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG ... 130
STEAG GmbH ... 156
Energiegenossenschaft Handwerk e.G. ... 160
FSO GmbH & Co.KG ... 162
FSO Verwaltungs- GmbH ... 180
RWE Aktiengesellschaft ... 184
RW Holding Aktiengesellschaft ... 186
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH ... 188
GMVA GmbH & Co. KG ... 198
GMVA Verwaltungs-GmbH ... 204
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH ... 208
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH ... 222

Wirtschaftsförderung ... 223
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH ... 226
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH ... 232
ecce - european centre for creative economy GmbH ... 236
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO ... 244
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH (ehem. VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH) ... 250

Freizeit & Tourismus ... 255
Gasometer Oberhausen GmbH ... 258
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH ... 262
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH ... 272
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH ... 280
Revierpark Vonderort GmbH ... 288

Wohnungsgenossenschaften ... 295
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G. ... 296

Sonstige Unternehmen ... 299
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH ... 302
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH ... 308
ASO Service GmbH ... 316
Jobcenter Oberhausen ... 320
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH ... 324
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG ... 326
Public Konsortium d-NRW GbR ... 332
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) ... 336
Stadtsparkasse Oberhausen ... 340

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen ... 369
Theater Oberhausen ... 372
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen ... 380

Besetzung der Gesellschaftsorgane (Stand 31.07.2015) ... 387
Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Hauptversammlungen, Gesellschafterversammlungen ... 387
Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Aufsichtsräten u. ä. ... 388
Besetzung der Betriebsausschüsse ... 392

Vergütungsbericht 2014 ... 394

Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung ... 401

Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung ... 412

Beteiligungsrichtlinien ... 416

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen ... 427

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis ... 430

Gründungshistorie

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1898	RWE-Aktiengesellschaft	(V)
1900	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Oberhausen	(WB)
1904	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Osterfeld	(WB)
1912	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft	(V)
1922	Deutsche Städte Medien GmbH	(S)
1925	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Sterkrade	(WB)
1926	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	(S)
1946	ekz.bibliotheksservice GmbH	(S)
1952	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH	(WF)
1964	Stadtwerke Oberhausen AG (jetzt STOAG GmbH)	(V)
1965	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	(F)
1968	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein	(V)
1970	Landesentwicklungsgesellschaft mbH NW	(WF)
1970	Heimbau Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft	(WB)
1971	Energieversorgung Oberhausen AG	(V)
1971	Revierpark Vonderort GmbH	(F)
1988	TZU Technologiezentrum Umweltschutz (früher EGO)	(WF)
1988	Bau- und Wohnungsgenossenschaft - Werkbundsiedlung Am Ruhrufer e. G.	(WB)
1989	GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft GmbH	(WF)
1990	HDO High Definition Technologiezentrum GmbH	(WF)
1990	Lokalfunk Radio Mülheim/Oberhausen	(S)
1991	FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen gGmbH	(S)
1992	UMSICHT-Institut-Immobilienverwaltung GbR	(WF)
1992	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	(WF)
1992	RZO-Recycling-Zentrum-Oberhausen GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Finanzbeteiligungs GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH	(V)
1993	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	(EB)
1993	Theater Oberhausen	(EB)
1994	Schloss Oberhausen GmbH	(F)
1994	Gasometer Oberhausen GmbH	(F)
1994	Stadion Niederrhein GmbH	(F)
1995	Landesgartenschau Oberhausen GmbH	(F)

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1995	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	(V)
1997	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	(F)
1997	Theatr*O*. Centr*O*. GmbH	(WF)
1997	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	(WF)
1998	CPO Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH	(F)
1998	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	(F)
1999	VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	(WF)
1999	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	(V)
1999	O.Vision Zukunftspark Oberhausen GmbH	(WF)
1999	O.Vision Projektgesellschaft mbH	(WF)
1999	KOSTAT-DST (Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag) GmbH	(S)
2000	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	(S)
2002	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	(S)
2002	World Games 2005 GmbH	(F)
2003	ASO Service GmbH	(S)
2003	meoline GmbH	(V)
2003	Marina Oberhausen am CentrO. GmbH	(V)
2004	FSO Verwaltungs-GmbH	(V)
2004	FSO GmbH & Co. KG	(V)
2004	ARGE SODA (Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis), ab 2011 Jobcenter Oberhausen	(S)
2006	evo Energie-Netz GmbH	(V)
2006	Public Konsortium d-NRW GbR	(S)
2009	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA RRW), Anstalt öffentlichen Rechts	(S)
2009	Quantum GmbH	(V)
2009	strasserauf GmbH	(V)
2009	Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	(V)
2009	Biostrom Oberhausen Management GmbH	(V)
2010	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG	(V)
2010	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	(V)
2013	Energiegenossenschaft Handwerk eG	(V)
2013	ecce european centre for creative economy GmbH	(WF)
2013	GMVA GmbH & Co. KG	(V)
2013	GMVA Verwaltungs-GmbH	(V)

V	Ver- und Entsorgung	WF	Wirtschaftsförderung
F	Freizeit und Tourismus	WB	Wohnungsgenossenschaften
S	Sonstige	EB	Eigenbetriebe

Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2014

Name	Grundlage	Kapitalanteil vH
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
ASO Service GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	direkt	83,1433
	Gesamtquote	83,1433
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG	direkt	0,0608
	Gesamtquote	0,0608
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	direkt	12,6000
	Gesamtquote	12,6000
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote	50,0000
Biostrom Oberhausen Management GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote	50,0000
Castra Grundstückverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote	0,4000
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	direkt	5,5556
	Gesamtquote	5,5556
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG	durchgerechnet	1,1823
	Gesamtquote	1,1823
ecce - european centre for creative economy GmbH	durchgerechnet	10,0000
	Gesamtquote	10,0000
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	durchgerechnet	1,3953
	Gesamtquote	1,3953
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	direkt	53,2532
	durchgerechnet	31,4091
	Gesamtquote	84,6622
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,2772
	Gesamtquote	0,2772
evo Energieversorgung Oberhausen AG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote	50,0000
FSO GmbH & Co.KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote	50,0000
FSO Verwaltungs- GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote	50,0000

Name	Grundlage	Kapitalanteil vH
Gasometer Oberhausen GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	durchgerechnet	0,0001
	Gesamtquote	0,0001
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote	15,1800
GMVA GmbH & Co. KG	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote	15,1800
GMVA Verwaltungs-GmbH	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote	15,1800
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	durchgerechnet	0,0006
	Gesamtquote	0,0006
Jobcenter Oberhausen	direkt	50,0000
	Gesamtquote	50,0000
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote	3,0000
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote	3,0000
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote	50,0000
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	durchgerechnet	80,0000
	Gesamtquote	80,0000
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	durchgerechnet	80,0000
	Gesamtquote	80,0000
Projektentwicklungsgesellschaft Hansapark Oberhausen mbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien	durchgerechnet	0,0050
	Gesamtquote	0,0050
Public Konsortium d-NRW GbR	direkt	1,4779
	Gesamtquote	1,4779
Quantum GmbH	durchgerechnet	5,6180
	Gesamtquote	5,6180
Revierpark Vonderort GmbH	direkt	25,0000
	Gesamtquote	25,0000
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	durchgerechnet	1,7187
	Gesamtquote	1,7187

Name	Grundlage	Kapitalanteil vH
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	durchgerechnet	1,7767
	Gesamtquote	1,7767
RSOB Rheinischer Sparkassen-Online-Broker Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	durchgerechnet	1,5690
	Gesamtquote	1,5690
RW Beteiligungs GmbH	durchgerechnet	4,8683
	Gesamtquote	4,8683
RWE Aktiengesellschaft	durchgerechnet	0,1914
	Gesamtquote	0,1914
RW Gesellschaft für Anteilsbesitz I mbH	durchgerechnet	19,4887
	Gesamtquote	19,4887
RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH	durchgerechnet	41,5900
	Gesamtquote	41,5900
RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner II mbH	durchgerechnet	24,6480
	Gesamtquote	24,6480
RW Holding Aktiengesellschaft	durchgerechnet	1,2073
	Gesamtquote	1,2073
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	direkt	0,0039
	Gesamtquote	0,0039
S Bargeldlogistik GmbH	durchgerechnet	30,0000
	Gesamtquote	30,0000
S-Direkt-Verwaltungs GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,6980
	Gesamtquote	0,6980
SEG Stadtentwässerung Schwerte GmbH	durchgerechnet	0,0019
	Gesamtquote	0,0019
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	6,6296
	Gesamtquote	6,6296
S-International Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	10,4000
	Gesamtquote	10,4000
S-Logistik Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	49,0000
	Gesamtquote	49,0000
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	durchgerechnet	2,1810
	Gesamtquote	2,1810
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote	51,0000
Stadtsparkasse Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
STEAG GmbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote	3,0000
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
strasserauf GmbH	durchgerechnet	15,0000
	Gesamtquote	15,0000

Name	Grundlage	Kapitalanteil vH
S-Versicherungs- und Immobilienvermittlungs GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
Theater Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	direkt	0,6280
	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote	1,0280
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH (ehem. VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH)	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
Wasserverbund Niederrhein GmbH	durchgerechnet	0,0010
	Gesamtquote	0,0010
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote	51,0000
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH	durchgerechnet	0,0000
	Gesamtquote	0,0000

Grundlagen: Beteiligungsquote direkt = Unmittelbare Beteiligung der Stadt
Beteiligungsquote durchgerechnet = Mittelbare Beteiligung der Stadt
Gesamtquote = Summe aus mittelbarer und unmittelbarer Beteiligung

Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen

Umfang der Präsentation

Soweit die Beteiligung der Stadt bzw. einer ihrer Tochtergesellschaften an einem Unternehmen niedriger als 20 % ist, wird - insbesondere mit Blick auf die fehlenden Einflussmöglichkeiten - auf die differenzierte Darstellung der Unternehmensdaten verzichtet. Die Präsentation wird in diesen Fällen auf die Beschreibung des Unternehmensgegenstandes, die Besetzung der Gesellschaftsorgane sowie die Beteiligungen der Gesellschaft beschränkt. Eine Ausnahme stellt hier die Sparte Ver- und Entsorgung dar, deren Unternehmen gemäß den aktuellen Beteiligungsrichtlinien der Stadt Oberhausen unabhängig von der Beteiligungsquote umfassend dargestellt werden. Mittelbare Kleinstbeteiligungen mit einer Beteiligungsquote von unter 1% werden bis zur dritten Stufe der Beteiligungen in der Darstellung aller städtischen Beteiligungen zusammen mit den Beteiligungsquoten tabellarisch als Übersicht „Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2014“ aufgeführt.

Die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt sind in der Übersicht der Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2013 im allgemeinen Teil tabellarisch dargestellt. Dieser Aufstellung ist auch der Stand städtischer Bürgschaften zum Stichtag 31.12.2014 zu entnehmen.

Ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten der bedeutsamen Beteiligungen sowie die Finanzbeziehungen zwischen diesen sind ebenfalls tabellarisch dargestellt. Diesen Aufstellungen sind auch die jeweiligen Mitarbeiter- und Auszubildendenzahlen zu entnehmen.

Auf die Darstellung von Gesellschaften im Liquidationsverfahren wird verzichtet. Im laufenden Berichtsjahr befindet sich die nachfolgende ehemalige städtische Beteiligung im Liquidationsverfahren:

FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen GmbH i.L.

Unternehmensdaten

Die Unternehmensdaten 2012 - 2014 basieren auf den geprüften Jahresabschlüssen.

Durch die Auswahl des Stichtages 31.12.2014 für die Präsentation der Unternehmen werden die Planzahlen 2014 im Betrachtungszeitraum nicht mit erfasst. Da der Haupt- und Finanzausschuss über die Statusberichte regelmäßig sehr zeitnah über die Planzahlen informiert wird, wird auf die freiwillige Angabe der Planzahlen im Beteiligungsbericht verzichtet.

Kennzahlen

Im vorliegenden Beteiligungsbericht werden für alle wesentlichen Gesellschaften Kennzahlen gebildet. Die Zusammensetzung dieser Kennzahlen wird im nächsten Abschnitt näher erläutert.

Bei der Auswertung der Kennzahlen ist zu berücksichtigen, dass die städtischen Gesellschaften insbesondere hinsichtlich der Kapitalausstattung und der Liquidität anders gewertet werden müssen als rein privatwirtschaftliche Unternehmen. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die städtischen Gesellschaften in erster Linie auf Aufgaben der Daseinsvorsorge ausgerichtet sind.

Bei den für die Stadtsparkasse Oberhausen gebildeten Kennzahlen ist zu beachten, dass deren Bilanzstruktur von der einer AG oder einer GmbH abweicht. Eine unmittelbare Vergleichbarkeit zwischen diesen Kennzahlen ist somit nicht gegeben.

Beteiligungen

Die Angaben über die Beteiligungen der einzelnen Unternehmen beruhen auf dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2014 bzw. 31.07.2014 bei IKF gGmbH und Eigenbetrieb Theater).

Besetzung der Gremien

Die Angaben über die Besetzung der Gesellschaftsorgane in den Einzeldarstellungen entsprechen dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2014).

In der Anlage zu diesem Beteiligungsbericht sind die aktuellen städtischen Vertreterinnen und Vertreter (Stand 31.07.2015) aufgeführt.

Soweit nachfolgend im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in einem Organ oder sonstigen Gremium auf § 113 GO verwiesen wird (z. B. „Mitglied gem. § 113 GO“), bezieht sich dies auf die durch § 113 Abs. 2 Satz 2 bzw. Abs. 3 Satz 3 GO NRW gesetzlich vorgeschriebene Mitgliedschaft des Oberbürgermeisters oder eines/einer von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Gemeinde in dem betreffenden Organ oder Gremium.

Vergütungsbericht

In der Anlage sind sämtliche Veröffentlichungen zusammengefasst, welche die Beteiligungen der Stadt, die in den Anwendungsbereich des Transparenzgesetzes NRW fallen, im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2014 auf der Grundlage des Transparenzgesetzes NRW veranlasst haben. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind in der Anlage in Fällen, in denen nicht alle Organmitglieder oder stellvertretenden Organmitglieder Bezüge erhalten haben (z. B. Beirat der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG oder Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Oberhausen) nur diejenigen Mitglieder oder stellvertretenden Mitglieder aufgeführt, die tatsächlich Bezüge erhalten haben. Soweit aus anderen Gründen keine Veröffentlichung erfolgte (z. B. weil für die Tätigkeit in einem Aufsichtsrat insgesamt keine Zahlungen erfolgt sind oder wegen fehlender Zustimmung Betroffener) sind die entsprechenden Gesellschaften nicht aufgeführt.

Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen

Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:	$\frac{\text{Jahresergebnis x 100}}{\text{Umsatz}}$

Die Kennzahl ist ein Maßstab für die Effizienz der betrieblichen Tätigkeit. Sie drückt aus, in welchem Umfang sich der Umsatz für die Gesellschaft rentiert hat. Ihre Aussagekraft gewinnt die Kennzahl durch die mehrjährige Entwicklung.

Ein mittelfristiger Rückgang könnte durch den Rückgang der innerbetrieblichen Effizienz oder veränderte Rahmenbedingungen im Markt verursacht werden.

Eigenkapitalrentabilität:	$\frac{\text{Jahresergebnis x 100}}{\text{Eigenkapital}}$

Durch die Kennzahl wird der geschäftliche Erfolg der Gesellschaft in Relation zum eingesetzten Kapital gebracht. Der Vergleich zur am Kapitalmarkt erzielbaren Rendite gibt einen Anhaltspunkt für die Beurteilung, ob der Einsatz des Eigenkapitals im Unternehmen unter finanzwirtschaftlichen Aspekten sinnvoll ist. Aussagekräftiger als die Kennzahl an sich ist die mehrjährige Entwicklung.

Sofern die Kennzahl mittelfristig unter der Kapitalmarktrendite liegt, könnte es finanzwirtschaftlich sinnvoll sein, das Eigenkapital aus der Gesellschaft abzuziehen und anderweitig einzusetzen.

Die Kennzahl erlaubt keine umfassende Wertung der Gesellschaft.

Cash-Flow:	Jahresergebnis + Abschreibungen (-Zuschreibungen)

Der Cash-Flow dient als Indikator der Zahlungskraft und ermöglicht eine Beurteilung des Innenfinanzierungspotenzials in einem Unternehmen.

Der Cash-Flow-Wert bringt zum Ausdruck, in wie weit oder ob ein Unternehmen in der Lage ist, Vermögen, das in der Bilanz abgebildet ist, im Rahmen eines Umsatzprozesses wieder zu gewinnen und in wie weit das Unternehmen dabei die Mittel für die Substanzerhaltung und Erweiterungsinvestitionen selbst erwirtschaften kann.

Gesamtleistung je Mitarbeiter:	Gesamtleistung *) Anzahl der Mitarbeiter

*) = Umsatz, Bestandsveränderung, akt. Eigenleistungen, Sonstige betriebliche Erträge

Die Kennzahl drückt die Produktivität des eingesetzten Personals aus. Im Branchenvergleich kann so die Effizienz des Personaleinsatzes gewertet werden.

Je niedriger die Gesamtleistung pro Mitarbeiter im Branchenvergleich, desto intensiver sollte der Umfang des Personaleinsatzes überprüft werden.

Personalaufwandsquote:	Personalaufwand x 100 Gesamtleistung

Die Kennzahl ist ein Indikator für die Personalintensität der Gesellschaft. Im Branchenvergleich kann sie auf die Notwendigkeit personalwirtschaftlicher Maßnahmen hinweisen. Ggf. kann die Rentabilität der Gesellschaft durch den verstärkten Einsatz anderer Produktionsfaktoren verbessert werden.

Je höher die Kennzahl im Branchenvergleich, desto größer ist die Notwendigkeit, den Umfang des Personaleinsatzes zu überprüfen.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Sachanlagenintensität:	Sachanlagevermögen x 100 Bilanzsumme

Diese Kennzahl lässt Rückschlüsse auf den Automatisierungsgrad, die Kapitalintensität sowie die Konjunkturabhängigkeit zu. Überaltertes Anlagevermögen drückt sich in sinkender Anlagenintensität aus. Ein hoher Automatisierungsgrad drückt sich in hoher Anlagenintensität bzw. hohen Reinvestitionen aus.

Eigenkapitalquote: $\frac{\text{Eigenkapital x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$

Die Finanzierung der Aktivseite der Bilanz wird auf der Passivseite ausgewiesen. Dabei belegt der Anteil des Eigenkapitals an der Gesamtfinanzierung, wie gut das Unternehmen mit Kapital versorgt wird.

Je niedriger die Ausstattung des Unternehmens mit Eigenkapital, desto abhängiger ist es von Gläubigern bzw. desto eher werden ggf. Kapitalzuführungen von Gesellschaftern benötigt.

Fremdkapitalquote: $\frac{\text{(Bilanzsumme - Eigenkapital) x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$

Die Fremdkapitalquote gibt an, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote dient dazu, das Kapitalrisiko zu beurteilen. Das heißt, dass bei steigendem kurz-, mittel- oder langfristigem Fremdkapital auch die Neuaufnahme von Krediten schwieriger werden kann oder das Risiko der Kündigung von Krediten steigt.

Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2014

	Ertrags-/Betriebskostenzuschüsse	Verlustausgleich	Investitionszuschüsse	Kapitalzuführung	Darlehensgewährung	Stand der Bürgschaften	Übrige Vergünstigungen	Gewinnabführung	Konzessionsangaben	Übrige Zahlungen an die Stadt
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen										50.000,00
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH						262.817,50				436,00
ASO Service GmbH										
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.										
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG										4.555,61
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH										
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	116.160,00									12.800,00
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG										
Biostrom Oberhausen Management GmbH										
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)										
ecce - european centre for creative economy GmbH										
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.										
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	434.600,00									
evo Energieversorgung Oberhausen AG									8.543.920,50	
FSO GmbH & Co.KG								5.633.798,91		
FSO Verwaltungs- GmbH										
Gasometer Oberhausen GmbH										
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH								0,00		
GMVA GmbH & Co. KG										
GMVA Verwaltungs-GmbH										
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	725.000,00									

	Ertrags-/Betriebskostenzuschüsse	Verlustausgleich	Investitionszuschüsse	Kapitalzuführung	Darlehensgewährung	Stand der Bürgschaften	Übrige Vergünstigungen	Gewinnabführung	Konzessionsangaben	Übrige Zahlungen an die Stadt
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG										
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH										
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH		1.175.980,00				5.284.508,31				
Oberhausener Netzgesellschaft mbH										
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH						3.203.814,66				
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH						9.454.298,18				
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH										
Public Konsortium d-NRW GbR										
Quantum GmbH										
Revierpark Vonderort GmbH	297.600,00									
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH								336,70	3.167.752,10	
Stadtsparkasse Oberhausen										
STEAG GmbH										
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH						26.986.890,50				28.930,26
strasserauf GmbH										
Theater Oberhausen	7.979.500,00									
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	33.350,00	552.450,00								
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH										
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH										
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH (ehem. VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH)						21.531.742,80				
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH										
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH										

Wesentliche Leistungsbeziehungen

Leistungsempfänger

Wesentliche Leistungsbeziehungen im Konzern Stadt **Geschäftsjahr 2014 / -in T€ - ermittelt anhand der Umsatz- und sonstigen bertrieblichen Erlöse der Leistungserbringer**	Stadt Oberhausen	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	ASO Service GmbH	Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	Biostrom Oberhausen Management GmbH	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	evo Energieversorgung Oberhausen AG
Leistungserbringer													
Stadt Oberhausen		83	266	2			17					2	8.953
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen			2.235										
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH													
ASO Service GmbH			866										
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.													
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH													
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH													
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG													4.790
Biostrom Oberhausen Management GmbH								3					
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	500												
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG													
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO													
evo Energieversorgung Oberhausen AG	114		301		1		3	856				12	
FSO GmbH & Co.KG													
FSO Verwaltungs- GmbH													
Gasometer Oberhausen GmbH													
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH													2.106
GMVA GmbH & Co. KG	12.886												
GMVA Verwaltungs-GmbH													
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH													
Jobcenter Oberhausen	3.154												
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG													
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH													
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	12												14
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	75		3										69.456
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	84.662	98					14					24	30
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH													
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH													
Public Konsortium d-NRW GbR													
Quantum GmbH													51.148
Revierpark Vonderort GmbH													
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	2.369		6	1									276
strasserauf GmbH													
Theater Oberhausen													
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	35											5	31
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH													
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	348												
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	43.919		7										
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH												780	

Wesentliche Leistungsbeziehungen im Konzern Stadt

Geschäftsjahr 2014 / -in T€ - ermittelt anhand der Umsatz- und sonstigen bertrieblichen Erlöse der Leistungserbringer

Leistungserbringer	Leistungsempfänger												
	FSO GmbH & Co.KG	FSO Verwaltungs- GmbH	Gasometer Oberhausen GmbH	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	GMVA GmbH & Co. KG	GMVA Verwaltungs-GmbH	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Jobcenter Oberhausen	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Oberhausener Netzgesellschaft mbH	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH
Stadt Oberhausen	790		80	915			10	511			21		4.530
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen													120
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH													
ASO Service GmbH													
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.													
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH													
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH													
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG													
Biostrom Oberhausen Management GmbH													
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)													
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG													
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO													
evo Energieversorgung Oberhausen AG	553	1	76	6							104	37.398	7.980
FSO GmbH & Co.KG													
FSO Verwaltungs- GmbH	5												
Gasometer Oberhausen GmbH													
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH					12.830								43
GMVA GmbH & Co. KG													
GMVA Verwaltungs-GmbH													
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH													1
Jobcenter Oberhausen													
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG										5			
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH									1.011				
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH													
Oberhausener Netzgesellschaft mbH											58		855
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH			3	6			19	647			121	10	
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH													
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH													
Public Konsortium d-NRW GbR													
Quantum GmbH													
Revierpark Vonderort GmbH													
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH				21				73				220	75
strasserauf GmbH													
Theater Oberhausen													
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH			11	2			1						19
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH													680
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH											46		3.685
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH			2	16							1	0	379
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH			395										

Wesentliche Leistungsbeziehungen im Konzern Stadt

Geschäftsjahr 2014 / -in T€ - ermittelt anhand der Umsatz- und sonstigen bertrieblichen Erlöse der Leistungserbringer

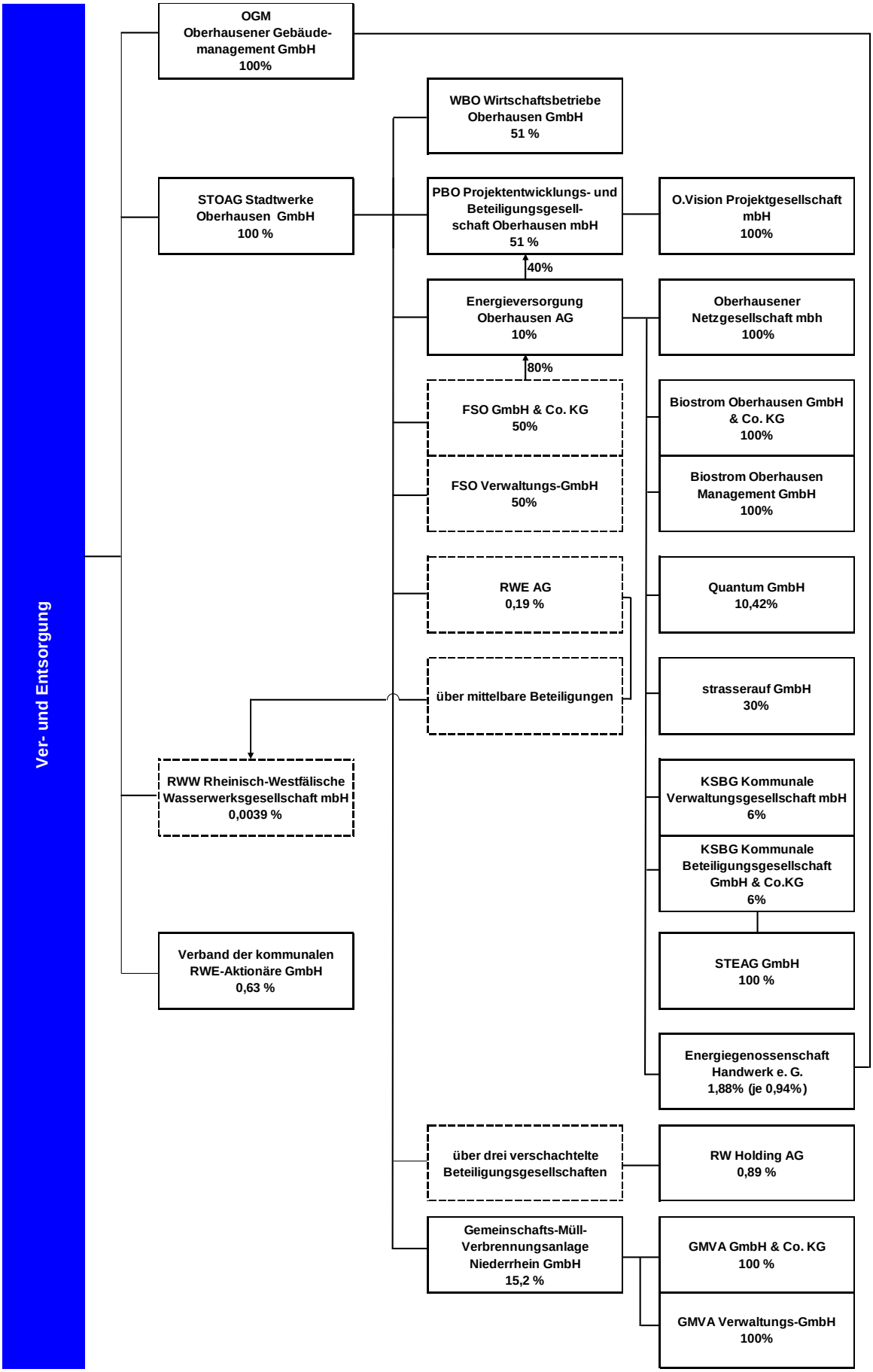
Leistungserbringer	Leistungsempfänger: OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Public Konsortium d-NRW GbR	Quantum GmbH	Revierpark Vonderort GmbH	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	strasserauf GmbH	Theater Oberhausen	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
Stadt Oberhausen	2	1			71	912		218	6	133		2.715	113
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen													
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH													
ASO Service GmbH													
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.													
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH													
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH													
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG													
Biostrom Oberhausen Management GmbH													
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)													
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG													
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO		33										0	188
evo Energieversorgung Oberhausen AG	2	8		39	170	1.664	11	72	32			340	62
FSO GmbH & Co.KG													
FSO Verwaltungs- GmbH													
Gasometer Oberhausen GmbH													
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH												108	
GMVA GmbH & Co. KG													
GMVA Verwaltungs-GmbH													
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH													
Jobcenter Oberhausen													
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG													
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH													
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH						0,2							
Oberhausener Netzgesellschaft mbH					2	11						91	
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH		70			2	18		63	137	144	446	199	37
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH		91											
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	425					2							
Public Konsortium d-NRW GbR													
Quantum GmbH													
Revierpark Vonderort GmbH													
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH		9						21				11	
strasserauf GmbH													
Theater Oberhausen													
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH					2	17		7				8	13
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH													
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH													
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH					7	358		7	1		0		1
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH								165		160			

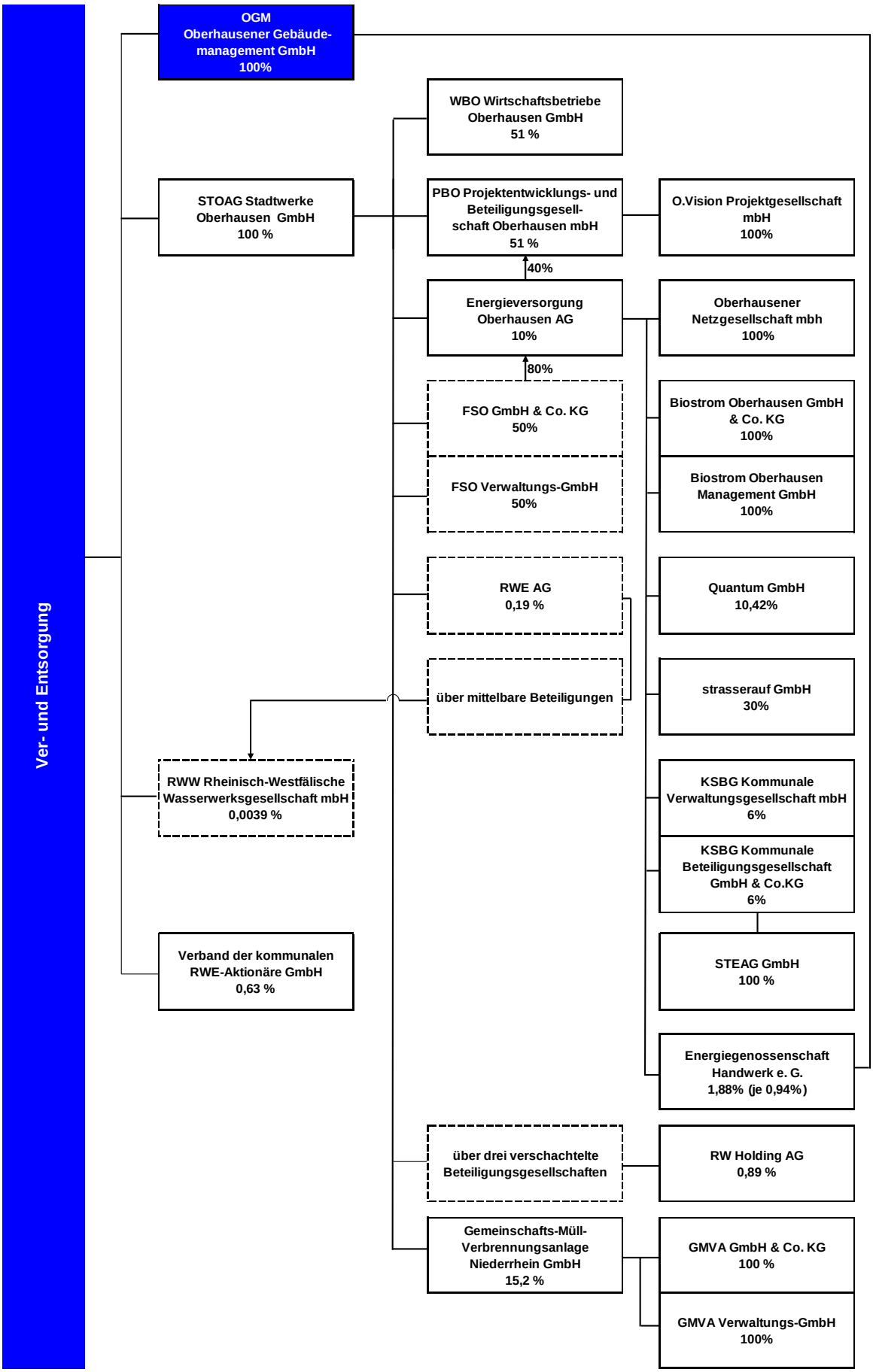
Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen zum 31.12.2014

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	96.116,57	93.077,53	814,30	95.775,38	71616,12	10.202,35	10,7	613	33
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	32.012,36	27.115,24	6.831,89	96.826,40	80.315,85	42.748,62	44,1	392	12
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	43.106,62	51.108,56	4.355,73	26.654,38	10.644,37	5.943,82	22,3	386	25
PBOP rojektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	229,50	229,12	380,25	7.791,21	0,00	0,00	0,0	0	0
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	45,67	36,86	-765,38	20.752,91	0,00	0,00	0,0	0	0
evo Energieversorgung Oberhausen AG	221.150,28	217.888,36	11.045,17	180.089,00	128.818,48	30.304,99	16,8	258	20
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	88.895,84	87.562,07	1.650,23	19.641,25	296,85	1.142,48	5,8	159	0
Biostrom Oberhausen Management GmbH	2,50		0,13	33,39		31,77	95,2	0	0
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	5.051,31	4.789,54	-358,84	12.704,38	12.006,60	1.884,44	14,8	0	0
Quantum GmbH	524.416,53	524.134,45	87,48	36.577,84	343,28	4.253,23	11,6	29	0
strassenrauf GmbH	11,43	0,00	964,00	1.220,85		0,00	0,0	0	0
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	1.438,23	1.396,69	49.804,71	1.290.147,94	1097.290,39	526.874,97	40,8	0	0
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	10,89,44		4,43	538,87		120,02	22,3	8	0
STEAG GmbH	2.260.700,00	2.241.900,00	77.900,00	3.142.900,00	1728.600,00	478.300,00	15,2	1317	108
FSO GmbH & Co.KG	667,12	519,08	11.267,60	37.910,20	21156,84	32.829,44	86,6	3	0
FSO Verwaltungs- GmbH	4,87		0,52	35,78		33,04	92,3	0	0
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Ndrh.GmbH	75.880,39	75.487,63	3.575,21	159.610,94	83.314,12	16.820,28	11,8	189	9
GMVA GmbH & Co. KG	32.895,52	32.895,52	91,24	1875,27		1.087,58	58,0	0	0
GMVA Verwaltungs-GmbH			2,14	27,10		24,30	89,7	0	0
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	116.122,80	106.073,80	8.239,81	208.357,94	155.431,85	74.409,74	35,7	405	15
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	1827,90	780,00	193,63	6.981,94	2.736,81	3.547,12	50,8	12	0
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	1162,66	680,00	-74,79	7.763,29	5.206,67	0,00	0,0	0	0
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	241,91	20,98	-989,58	859,98	2,15	669,97	77,9	2	0
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	4.033,34	4.033,34	1353,05	29.685,12	27.257,08	2.610,04	8,8	0	0
Gasometer Oberhausen GmbH	2.057,66	1766,61	-130,57	2.319,91	51,37	2.186,61	94,3	2	0
ecce - european centre for creative economy GmbH	1194,11	46,27	0,00	158,44	14,23	25,00	15,8	13	0
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	1171,28	697,45	-545,29	321,09	22,25	88,01	27,4	17	3
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	764,39	752,12	1246,69	7.117,80	5.690,50	0,00	0,0	6	0
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	1398,39	130,33	2,25	308,88	71,79	106,68	34,5	9	0
Revierpark Vonderort GmbH	2.967,84	2.269,04	-561,79	2.188,03	1881,42	1431,82	65,4	14	2
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	152,61	136,18	24,96	1530,85	1416,37	537,23	35,1	0	0
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	159,58	159,58	-20,05	165,40	7,13	132,62	80,2	3	0
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	20.324,33	18.940,32	-144,62	13.084,38	10.113,06	3.933,14	30,1	311	16
ASO Service GmbH	867,42	866,90	0,00	58,69		25,00	42,6	49	0
Public Konsortium d-NRW GbR	0,59		-6,69	1400,75	1339,00	1394,18	99,5	1	0
Theater Oberhausen	9.761,92	490,98	9,33	913,50		102,44	11,2	121	0
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	2.355,15	2.247,16	254,85	27.180,64	24.130,53	5.482,19	20,2	0	0

Einzelberichterstattung

Ver- und Entsorgung




Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstraße 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 594-5
Fax	0208 / 594-7070
e-Mail	ogminfo@ogm.de
Internet	www.ogm.de/
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	5.000,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	5.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind Dienstleistungen im Bereich Gebäudemanagement, insbesondere die Unterhaltung von Verwaltungsgebäuden der Stadt Oberhausen sowie die Integration von Planung, Kontrolle und Bewirtschaftung bei Gebäuden, Anlagen und Einrichtungen und die Verbesserung von Nutzungsflexibilität, Arbeitsproduktivität und Kapitalrentabilität unter Berücksichtigung von Arbeitsplatz und Arbeitsumfeld, die Vermietung von Räumen sowie im Einzelfall der Erwerb und die Veräußerung von Immobilien im Stadtgebiet Oberhausens.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Leistungsvertrag mit der OGM GmbH vom 05.03.2001
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Leistungsvertrag vom 03.12./18.12.2009 im Bereich der Materialwirtschaft, Post- und Botendienste, Medienwerkstatt, Druck und Grafik, Speditionsdienste, Arbeitssicherheit,Telekommunikation und IT
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Dienstleistungsvertrag (insbesondere Gebäudeinnen- und Fensterreinigung sowie Transportarbeiten), Vertragsbeginn 21.12.2007 (ehem. Vertrag mit WBO)
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag über Personaldienstleistungen und Versicherungen vom 19.12.2008
Stadt Oberhausen	Geschäftsbesorgungsvertrag zur Realisierung des kommunalen Wohnungsbauprogramms aus 11/1999; Übergang durch Verschmelzung der OBG auf die OGM zum 01.01.2007
Stadt Oberhausen	Mietvertrag zwischen der Stadt Oberhausen (Mieterin) und der OGM (Vermieterin) über das Schloss Oberhausen; Übergang durch Verschmelzung der Schloß Oberhausen GmbH auf OGM
Stadt Oberhausen	Pachtvertrag Tiergehege inkl. Zuschussvereinbarung vom 28.12.2005, modifiziert 06/2013
Stadt Oberhausen	Untermietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 16.01.2009
Stadt Oberhausen	Vertrag über das Immobilien-/Flächenmanagement der Stadt Oberhausen 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag über den Betrieb und die Unterhaltung des Freizeithafens am Rhein-Herne-Kanal in Oberhausen vom 28.09.2009

Stadt Oberhausen	Vertrag über die Bewirtschaftung städtischer Friedhöfe, modifiziert 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Erstattung von Aufwendungen für Altersteilzeitverträge 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Leistungen der OGM im Bäderwesen vom 19.09.2006, modifiziert 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag zu Dienstleistungen im Bereich Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag zu IT- und TK-Leistungen 12/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag zum Beschaffungswesen, 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag zur Übereignung des gesamten beweglichen Anlagevermögens der Stadt Oberhausen auf die OGM vom 10.09.2002
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Pachtvertrag vom 22.12.2006 - Laufzeit 01.01.2007 - 31.12.2011, verlängert bis 31.12.2016
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Betreibervertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Betreibervertrag zwischen der VZO GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Mietvertrag zwischen der VZO GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kalthoff, Horst
	Geschäftsführer	Schmidt, Hartmut
	Prokuristin	Jungmaier, Sandra
	Prokurist	Brinkmeier, Markus
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Wehling, Klaus
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	M.d.L. Zimkeit, Stefan
	stellv. Vorsitzende	Stehr, Simone Tatjana
	stellv. Vorsitzende (AN)	Broll, Marianne
	Mitglied gem. § 113 GO	Schmidt, Jürgen
	Mitglied	Cordes, Hubert
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Karacelik, Yusuf
	Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	Mitglied	Nakot, Werner
	Mitglied	Röpell, Armin
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto
	Mitglied (AN)	Hansmeier, Udo
	Mitglied (AN)	Heweling, Detlef
	Mitglied (AN)	Zander, Jutta
	Mitglied (AN)	Zwick, Andrea

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	1,00	0,93
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,18

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		**2013**		**2014**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	97,30	0,1					0,00	
Anlagevermögen	73.727,12	77,4	77.535,30	78,9	71.616,12	74,8	-5.919,18	-7,63
Umlaufvermögen	19.884,49	20,9	19.204,07	19,5	22.500,62	23,5	3.296,55	17,17
Rechnungsabgrenzungsposten	1.562,75	1,6	1.543,48	1,6	1.658,64	1,7	115,16	7,46
Bilanzsumme	**95.271,65**	**100,00**	**98.282,86**	**100,00**	**95.775,38**	**100,00**	**-2.507,48**	**-2,55**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	8.016,46	8,4	9.388,05	9,6	10.202,35	10,7	814,30	8,67
Sonderposten mit Rücklagenanteil	1.367,11	1,4	1.226,89	1,2	1.086,67	1,1	-140,22	-11,43
Rückstellungen	5.695,33	6,0	6.233,88	6,3	6.407,95	6,7	174,07	2,79
Verbindlichkeiten	78.498,07	82,4	80.197,21	81,6	76.740,46	80,1	-3.456,75	-4,31
Rechnungsabgrenzungsposten	1.694,68	1,8	1.236,83	1,3	1.337,96	1,4	101,13	8,18
Bilanzsumme	**95.271,65**	**100,00**	**98.282,86**	**100,00**	**95.775,38**	**100,00**	**-2.507,48**	**-2,55**

bb) GuV

	2012	**2013**	**2014**
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	96.594,98	97.319,02	93.077,53
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-543,38	-197,16	1.701,50
andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	915,58	1.796,02	1.337,54
Materialaufwand	46.052,20	47.148,15	46.125,46
Personalaufwand	25.493,86	25.387,35	25.041,94
Abschreibungen	6.149,04	6.446,80	6.213,89
sonstige betriebliche Aufwendungen	13.149,87	13.670,99	13.736,22
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	110,81	101,05	96,25
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.569,26	3.150,29	3.057,45
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.663,76	3.215,35	2.037,87
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.110,92	1.428,66	741,91
sonstige Steuern	408,60	415,10	481,67
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.144,24	1.371,59	814,30
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.144,24	1.371,59	814,30

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,18	1,41	0,87	%
Eigenkapitalrentabilität:	16,65	17,11	8,67	%
Cash-Flow:	7.293,28	7.818,38	7.028,18	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	142,81	143,15	156,80	T€
Personalaufwandsquote:	26,29	25,67	26,05	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	76,61	78,21	74,22	%
Eigenkapitalquote:	8,41	9,55	10,65	%
Fremdkapitalquote:	91,59	90,45	89,35	%

e) Lagebericht

A. Grundlagen des Unternehmens

1. Allgemeines

Die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH – nachfolgend OGM genannt - ist eine 100%ige Tochter der Stadt Oberhausen.

Das umfangreiche Aufgabenspektrum der OGM umfasst u.a. die Durchführung von Baumaßnahmen, die Bereitstellung von Informations- und Kommunikationstechnik, die Reinigung der Schulen, der städtischen Kindertageseinrichtungen und der städtischen Verwaltungsgebäude, die Versorgung der städtischen Gebäude mit Energie, die Pflege und den Betrieb der städtischen Friedhöfe, die Pflege der städtischen Sport- und Grünanlagen sowie den Betrieb von Sport- und Freizeitbädern.

Mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben deckt die OGM seit Jahren einen großen Bereich der von der Stadt Oberhausen wahrzunehmenden Aufgaben ab.

2. gesamtwirtschaftliche Einflüsse

Die OGM unterliegt als 100%ige Tochter der Stadt Oberhausen den strengen Regelungen der §§ 107 ff. Gemeindeordnung und kann daher ihre Leistungen lediglich im Konzern „Stadt Oberhausen“ erbringen. Damit unterliegt sie nur in begrenztem Umfang gesamtwirtschaftlichen Einflüssen. Hier sind insbe-sondere Preissteigerungen im Energiebereich, allgemeine Preissteigerungen sowie tarifliche Lohn- und Gehaltssteigerungen zu nennen.

B. Wirtschaftsbericht

1. Haushaltssanierung

Die OGM steht seit Aufnahme ihres Geschäftsbetriebs vor der Herausforderung, sowohl den Anforderungen der Stadt Oberhausen und ihrer Bürgerinnen und Bürger an Umfang und Qualität der Leistungen als auch dem defizitären Haushalt der Stadt Oberhausen Rechnung zu tragen.

Durch den Beschluss des Rates der Stadt Oberhausen vom 25.06.2012, mit dem die durch die OGM zu erbringenden Sanierungsbeiträge auf 8,1 Mio. EUR p.a. ab dem Jahr 2014 und bis zu 11,5 Mio. EUR p.a. ab dem Jahr 2016 festgelegt wurden, sind diese Anforderungen noch einmal deutlich verschärft worden.

Nachdem im letzten Jahr Verhandlungen mit der Stadt Oberhausen zur Neustrukturierung und Neufassung des bestehenden Vertragswerkes und auf der Überarbeitung / Anpassung der Leistungsfelder, der Aufgabenkataloge und der Leistungsstandards verhandelt wurden, trat dieses Vertragswerk nach Zustimmung durch die zuständigen Gremien zum 01.01.2014 in Kraft.

Im Geschäftsjahr 2014 war dann die organisatorische Umsetzung und die Einrichtung neuer Abstimmungsverfahren zwischen den Partnern eine Schwerpunkttätigkeit.

2. Beteiligungen

Die OGM GmbH hält Beteiligungen / Mitgliedschaften an der Entwicklungs-gesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO, an der Volksbank Rhein-Ruhr eG, am KDN Dachverband kommunaler IT-Dienstleister sowie an der Energiegenossenschaft Handwerk Oberhausen eG. In allen Fällen liegt die Beteiligungsquote unter 20 %.

C. Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

1. Wirtschaftliche Entwicklung

Da die Stadt Oberhausen Hauptkundin der OGM ist, werden die Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die von der Stadt Oberhausen gezahlten Entgelte geprägt.

Die Entgelte in EUR sind wie folgt zusammengesetzt:

	2014	2013
Umsatzerlöse Einheitspreise aus LV	25.460.936	30.770.631
Umsatzerlöse Gebäudeunterhaltung	16.885.082	8.440.969
Umsatzerlöse Rechnungsjournale	16.856.086	17.053.422
Mieterträge und Nebenkosten	9.829.057	10.049.197
Umsatzerlöse Bäderwesen	8.733.585	8.814.295
sonstige allgemeine Umsatzerlöse	4.263.215	3.585.941
Umsatzerlöse Nutzungsentgelt	3.203.181	3.247.553
Pauschalentgelt IT und Telekommunikation	2.137.735	2.751.274
Umsatzerlöse Objektmanagement und HOAI	1.934.545	9.478.749
Umsatzerlöse Friedhöfe	1.792.945	1.849.217
Versicherungserträge	1.112.651	395.587
Umsatzerlöse Tiergehege	868.514	882.184
	93.077.532	97.319.019

Die Umsatzerlöse belaufen sich im Geschäftsjahr 2014 insgesamt auf 93,1 Mio. EUR. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Abnahme 4,2 Mio. EUR bzw. 4,4 %. Zu relativieren ist dieses durch die Zuführung von 1,7 Mio EUR in die noch nicht abgerechneten Bestände. Darüber hinaus hat die Stadt Oberhausen auf Grund der Haushaltssanierungsmaßnahmen dort ihren Leistungsabruf bei der OGM stark reduziert.

Beim Materialaufwand ergibt sich im Vorjahresvergleich eine Reduzierung um 1,0 Mio. EUR bzw. 2,2 %, der teilweise mit dem Rückgang der Umsatzerlöse korrespondiert, aber auch auf Einsparungen bei den Energiekosten zurückzuführen ist.

Die Personalkosten liegen mit rd. 0,3 Mio. EUR unter dem Vorjahresbetrag. Die tariflichen Lohn- und Gehaltssteigerungen konnten durch Fluktuation aufgefangen werden.

Die Abschreibungen belaufen sich auf 6,2 Mio. EUR. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine leichte Abnahme um 0,2 Mio. EUR.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 13,7 Mio. EUR

und bewegen sich im Vorjahresvergleich auf gleichem Niveau.

Das Betriebsergebnis weist einen Überschuss von 5,0 Mio. EUR und hat gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Mio EUR oder um 20 % abgenommen. Einfluss genommen haben hier im Wesentlichen die bereits erwähnten Leistungsreduzierungen durch die Haushaltssanierungsmaßnahmen der Stadt Oberhausen, sowie auch eine Sonderbelastung aus einem Betrugsfall im Mobilfunkbereich.

Das Finanzergebnis schließt mit einem Betrag von – 3,0 Mio. EUR annähernd gleich wie im Vorjahr ab.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf 2,0 Mio. EUR und liegt damit um 1,2 Mio. EUR bzw. 36,6 % unter dem Ergebnis des Vorjahres.

Nach Steuern ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 0,8 Mio. EUR. Die Reduzierung zum Vorjahr in Höhe von 0,5 Mio EUR lag bei 40,6 %. Dennoch wurde der Planansatz für dieses Geschäftsjahr um 0,2 Mio EUR übertroffen.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren sowie der Vermögens- und Kapitalstruktur.

	2010	2011	2012	2013	2014
Umsatzerlöse (TEUR)	98.054	101.335	96.595	97.319	93.078
Materialaufwandsquote	49 %	50 %	48 %	50 %	51 %
Personalaufwandsquote	27 %	26 %	26 %	27 %	28 %
Personalaufwand pro Kopf (TEUR)	37	38	39	37	39
Jahresergebnis (TEUR)	194	64	1.144	1.372	814
Eigenkapital (TEUR)	6.809	6.872	8.016	9.388	10.202
Eigenkapitalquote	6,6 %	7,0 %	8,4 %	9,6 %	10,7 %
Investitionen (TEUR)	5.404	4.209	5.933	10.265	5.707
Verschuldungsgrad	91,8 %	91,5 %	88,4 %	87,9 %	86,8 %
Anlagevermögen	76.125	73.974	73.727	77.535	71.616
Anlagenintensität	74,1 %	75,0 %	77,3 %	78,9 %	74,8 %
Abschreibungsintensität	6,3%	6,5%	6,8%	7,0%	6,8 %

2. Plan- / Ist-Vergleich

Die Umsatzerlöse liegen rd. 1,1 Mio. EUR über dem Planansatz, Sondereffekte wie die Sturmschadenbeseitigung „ELA“ haben dazu beigetragen. Korrespondierende Aufwendungen konnten verhältnismäßig gering gehalten werden und haben zum verbesserten Betriebsergebnis beigetragen.

Der Jahresüberschuss liegt mit 0,2 Mio. EUR geringfügig über dem Planansatz und ist mit ertragssteuerlichen Erstattungen zu erklären.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Planung in vollem Umfang erfüllt und durch konsequente Reduzierung der Aufwendungen und Umsetzung von Einsparpotentialen übertroffen werden konnte.

Der Investitionsplan, der sich ausschließlich auf Güter des beweglichen Anlagevermögens bezog, belief sich auf 4,1 Mio. EUR. Die Anlagenzugänge im Bereich des beweglichen Anlagevermögens belaufen sich auf 2,4 Mio. EUR. Damit wurde der Investitionsplan in Teilen nicht umgesetzt, welches im Wesentlichen die fehlenden Investitionsmaßnahmen im Bereich der Stadtverwaltung betrifft, verursacht durch die dort verhängte Haushaltssperre.

Im Vorjahr bei der Erstellung des Wirtschaftsplans 2014 noch nicht absehbare Investitionen in das unbewegliche Anlagevermögen, wurden durch Einzelentscheidungen des Aufsichtsgremiums genehmigt.

3. Sonstiges

Notwendige Finanzierungen im Berichtsjahr erfolgten durch Kontokorrentkredite, Darlehen und Leasing-Verträge.

Weitere Finanzierungsinstrumente wurden nicht eingesetzt.

D. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Beendigung des Geschäftsjahres 2014 nicht aufgetreten.

E. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Wirtschaftsplan 2015 / Finanzplanung 2016 ff.

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2015 weist bei einem Umsatzvolumen von 95,0 Mio. EUR ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 0,4 Mio. EUR aus. Investitionen sind in Höhe von 4,1 Mio. EUR vorgesehen.

Basis für die Erstellung des Wirtschaftsplans für das Geschäftsjahr 2015 war das ab 01.01.2014 gültige Vertragswerk zwischen der OGM und der Stadt Oberhausen. Über die hierin festgeschriebenen Entgelte sind die von der OGM zu erbringenden Haushaltssanierungsbeiträge und die sich daraus ergebenden Konsequenzen (Senkung von Leistungsstandards, Umstrukturierungsmaßnahmen etc.) in vollem Umfang berücksichtigt.

Des Weiteren wurden qualifizierte Schätzungen zur Entwicklung der übrigen Erlöse, der Entwicklung von Besucher- bzw. Benutzerzahlen etc. vorgenommen. Auf der Aufwandseite wurden zu erwartende Preissteigerungen, insbesondere im Energiebereich, berücksichtigt. Bei den Personalkosten wurde davon ausgegangen, dass die zu erwartenden Tarifsteigerungen durch Personalfluktuation aufgefangen werden können.

Der Investitionsplan umfasst Ersatz- und Neubeschaffungen im Bereich des beweglichen Anlagevermögens sowohl für den Bedarf der Stadt Oberhausen als auch für den Eigenbedarf der OGM. Die Umsetzung soll – soweit wirtschaftlich darstellbar – bevorzugt über ein Leasingmodell erfolgen. Es ist beabsichtigt, in diesem Zusammenhang auch zu prüfen, ob Teile des vorhandenen beweglichen Anlagevermögens für ein Sale - and Lease - back Modell genutzt werden können.

Bei der Finanzplanung für die nächsten 5 Jahre wurden die weiteren ab 2016 zu erbringenden Haushaltssanierungsbeiträge, die vereinbarten Kosten-elementeklauseln und Indexsteigerungen, tarifliche Lohn- und Gehalts-steigerungen, Energie- und sonstige Preissteigerungen, Investitionen auf der Basis des Planansatzes 2015, die Neuaufnahme von Darlehen zur Finanzierung der Investitionen in das bewegliche und unbewegliche Anlagevermögen und die daraus resultierenden Zins- und Tilgungsleistungen bzw. entsprechende Belastungen aus Leasingverträgen berücksichtigt.

2. Risikomanagement

Die OGM GmbH hat im Geschäftsjahr 2005 ein Risiko-Chancen-Management eingeführt. Es werden grundsätzlich halbjährlich Risiko-Inventuren durchgeführt, in denen eine Beschreibung der jeweiligen Risiken sowie die Eintrittswahrscheinlichkeit und die möglichen finanziellen Auswirkungen, aber auch Chancen in der künftigen Entwicklung erfasst werden.

Im Rahmen der Risiko-Inventuren werden alle bestehenden oder abzu-sehenden Risiken wirtschaftlicher, finanzieller, fachlicher und personeller Art erfasst, soweit sie sich nicht grundsätzlich aus dem Betrieb eines Objektes oder aus bekannten gesetzlichen und vertraglichen Regelungen ergeben.

Das auf dieser Basis erstellte Risiko-Chancen-Portfolio gibt dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung sowie den leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen regelmäßigen Überblick über die Chancen und Risiken in den einzelnen Bereichen und ermöglicht allen Verantwortlichen die Früherkennung und Steuerung der Risiken.

In der im Geschäftsjahr 2014 durchgeführten Risiko-Inventur wurden keine gravierenden Risiken aufgezeigt.

Unternehmensgefährdende Risiken wurden nicht festgestellt.

Darüber hinaus hat es im Geschäftsjahr 2014 im Hause der OGM einen Betrugsfall im Zusammenhang mit der Beschaffung von Mobilfunkleistungen gegeben. Die vom zuständigen Bereich verfasste Risikomeldung enthielt dazu keine Angaben.

3. Steuerung des Unternehmens

Die OGM verfügt über ein Controlling, das als Stabsstelle bei der Geschäftsführung angesiedelt ist. Hier erfolgen monatliche Analysen im Rahmen von Plan- / Ist-Vergleichen auf der Basis eines detaillierten Kostenstellen- und Auftragsnummernsystems sowie eine Überwachung der mit der Hauptkundin Stadt Oberhausen vereinbarten Budgets. Das entsprechende Datenmaterial wird der Geschäftsführung und den leitenden Mitarbeitern/innen zur Verfügung gestellt und ermöglicht diesen eine zeitnahe Steuerung.

Darüber hinaus erfolgt im Bereich Finanzen eine tägliche Überwachung der Finanzströme und eine regelmäßige Liquiditätsplanung.

Ziel der Geschäftsführung für die Geschäftsjahre 2015 ff ist es, dass die OGM auch in den kommenden Jahren

- die vertraglich vereinbarten Leistungen in vollem Umfang und in guter Qualität erbringen wird,
- für die Stadt Oberhausen und ihre Bürgerinnen und Bürger ein verlässlicher Partner sein wird,
- wichtige Beiträge zur Stadtentwicklung erbringen wird,
- die Vorgaben des Rates der Stadt Oberhausen zur Erbringung von Haushaltssanierungsbeiträgen erfüllen wird,
- weiterhin positive Ergebnisse erzielen wird.

Auf der Basis der vorliegenden Planungen geht die Geschäftsführung davon aus, dass diese ambitionierten Ziele erreicht werden können und die OGM einen entscheidenden Beitrag dazu leistet, dass die Lebensqualität in der Stadt erhalten und verbessert wird.

F. sonstige Angaben

1. Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zielerreichung

Wie bereits unter Punkt A 1. ausgeführt wurde, ist die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH in erheblichem Umfang direkt und indirekt für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oberhausen tätig.

Diese Aufgaben wurden im Geschäftsjahr 2014 in dem vertraglich vereinbarten Umfang erledigt und haben dazu beigetragen, für die Bürgerinnen und Bürger ein angemessenes städtisches Umfeld mit attraktiven Angeboten sicherzustellen.

2. Besetzung der Geschäftsführung

Die Geschäftsführung ist wie folgt besetzt:

Horst Kalthoff Diplom-Ingenieur, Architekt
Beamter der Stadt Oberhausen

Hartmut Schmidt Angestellter
Sprecher der Geschäftsführung

3. Angaben gemäß § 6 Abs. 7 Satz 4 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Die OGM betreibt auf dem in ihrem Eigentum stehenden Bergbau-Erlebnis-Bad AQUApark eine Photovoltaik-Anlage. Die für das Bad nicht benötigte Energie wird in das Netz des örtlichen Energieversorgers, der Energieversorgung Oberhausen AG, eingespeist.

Weitere Tätigkeiten im Sinne von § 6 b Abs. 3 EnWG werden von der OGM nicht ausgeübt.

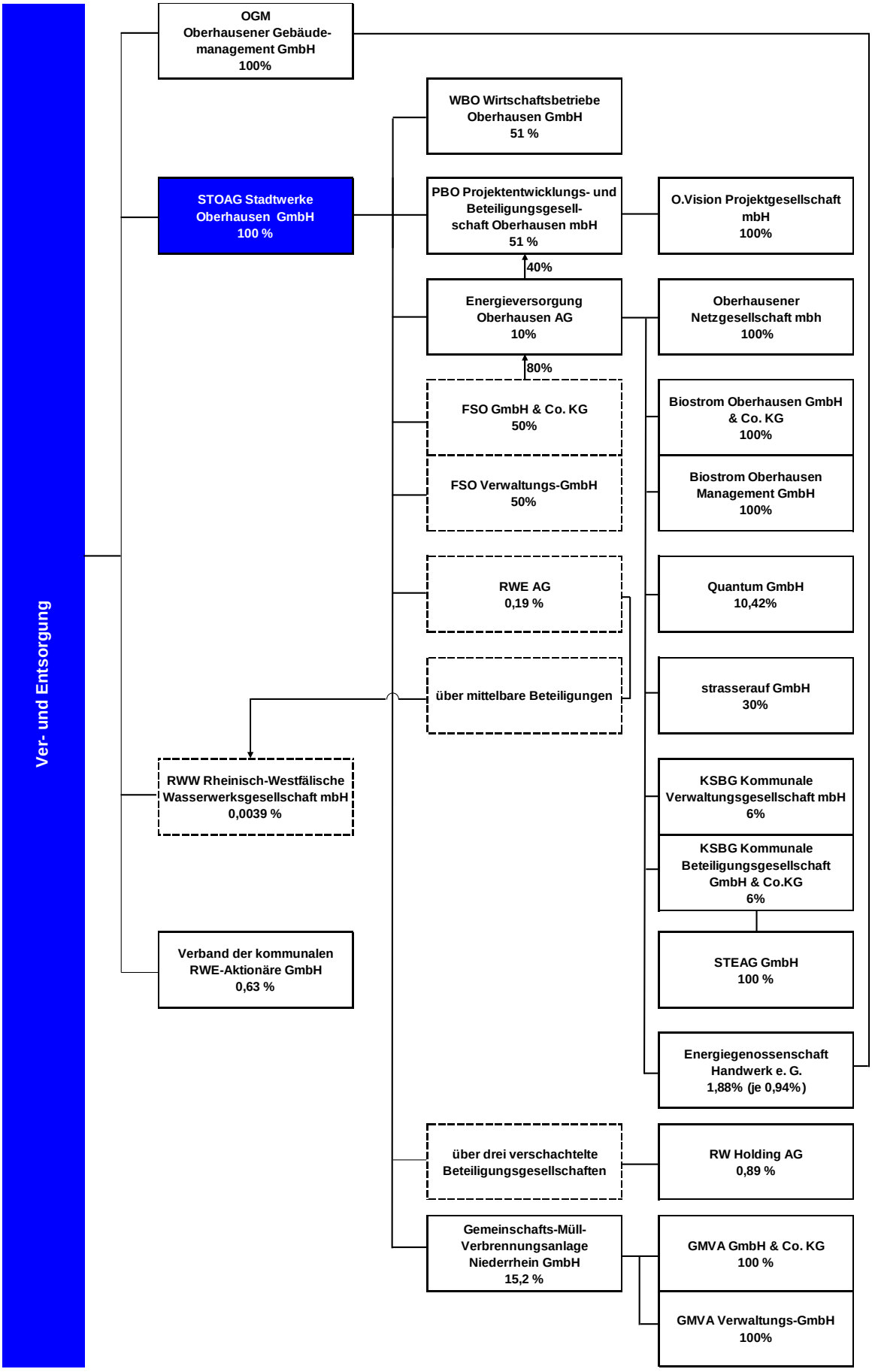
Es wird versichert, dass im Lagebericht nach bestem Wissen der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken beschrieben sind.

Oberhausen, 4. März 2015

_____ _____

Hartmut Schmidt Horst Kalthoff

Geschäftsführer Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Max-Eyth-Str. 62
46149 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 835 5000
Fax	0208/ 835 5009
e-Mail	h.worch@stoag.de
e-Mail	w.overkamp@stoag.de
Internet	www.stoag.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25.600,00

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	25.600,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Bedienung des Nahverkehrs sowie die Beteiligung an Energieversorgungs- und anderen Ver- und Entsorgungsunternehmen. Daneben kann das Unternehmen andere, ihm von der Stadt Oberhausen zugewiesene Aufgaben wahrnehmen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe einrichten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der evo vom 16.12.2003
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und der STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG
Mülheimer Verkehrsgesellschaft mbH	Betriebsführungsvertrag zwischen den Betrieben der Stadt Mülheim an der Ruhr und der STOAG in der Fassung vom 27.05.2010 (Straßenbahn).
Stadt Oberhausen	Gestattungs- und Nutzungsvertrag über den Personennahverkehr zwischen der Stadt Oberhausen und der STOAG in der Fassung vom 12.01.2007 sowie Zusatzvereinbarung über die Einrichtung eines rechnergesteuerten Betriebsleitsystems vom 29.11.1989
Verkehrsverbund Rhein Ruhr	Vertragswerk über den Verkehrsverbund Rhein Ruhr (VRR) i.d.F. vom 31.12.1989 bestehend aus: - der Zweckverbandssatzung für den Zweckverband VRR - Satzung der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR - Richtlinie zur Finanzierung des ÖSPV im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr - dem Kooperationsvertrag für den VRR - dem Einnahmenaufteilungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Klunk, Peter
	Geschäftsführer	Overkamp, Werner
	Prokurist	Achterfeld, Uwe
Vertreterin der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bongers, Sonja
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Runkler, Hans-Otto
	1. stellv. Vorsitzender	Osmann, Denis
	2. stellv. Vorsitzender (AN)	Michalik, Herbert
	Mitglied gem. § 113 GO	Tsalastras, Apostolos
	Mitglied	Axt, Birgit
	Mitglied	Müthing, Christa
	Mitglied	Nowak, Werner
	Mitglied	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	Mitglied	Real, Ulrich
	Mitglied	Scheffler, Stefan
	Mitglied	Wolter, Marita
	Mitglied (AN)	Kamps, Thorsten
	Mitglied (AN)	Michalik, Manfred
	Mitglied (AN)	Ricken, Norbert
	Mitglied (AN)	Stemmer, Michael

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,18
evo Energieversorgung Oberhausen AG	2.600,00	10,00
FSO GmbH & Co.KG	15,00	50,00
FSO Verwaltungs- GmbH	15,00	50,00
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	38,81	15,18
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	130,38	51,00
RWE Aktiengesellschaft	3.012,68	0,19
RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH	10,40	41,59
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	637,50	51,00

mittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	500,00	50,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	12,50	50,00
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	0,50	0,47
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,63	4,22
evo Energieversorgung Oberhausen AG	10.400,00	40,00
GMVA GmbH & Co. KG	151,80	15,18
GMVA Verwaltungs-GmbH	3,79	15,18
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,03	3,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	3,00	3,00
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	15,00	50,00
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	17,75	71,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	51,13	20,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	41,25	5,62
RW Beteiligungs GmbH	0,89	3,57
RW Gesellschaft für Anteilsbesitz I mbH	3,58	14,30
RW Holding Aktiengesellschaft	658,90	0,89
STEAG GmbH	3.840,00	3,00
strasserauf GmbH	3,75	15,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		**2013**		**2014**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	100.341,64	84,8	83.092,63	80,8	80.315,85	82,9	-2.776,78	-3,34
Umlaufvermögen	18.027,10	15,2	19.670,40	19,1	16.494,56	17,0	-3.175,84	-16,15
Rechnungsabgrenzungsposten	20,78	0,0	88,49	0,1	15,99	0,0	-72,50	-81,93
Bilanzsumme	**118.389,53**	**100,00**	**102.851,51**	**100,00**	**96.826,40**	**100,00**	**-6.025,11**	**-5,86**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	58.750,15	49,6	42.748,62	41,6	42.748,62	44,1	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil	1.251,28	1,1	64,45	0,1	903,06	0,9	838,61	1.301,18
Rückstellungen	18.059,52	15,3	18.125,86	17,6	17.488,83	18,1	-637,03	-3,51
Verbindlichkeiten	40.328,58	34,1	41.843,59	40,7	35.583,19	36,7	-6.260,40	-14,96
Rechnungsabgrenzungsposten			68,98	0,1	102,70	0,1	33,72	48,88
Bilanzsumme	**118.389,53**	**100,00**	**102.851,51**	**100,00**	**96.826,40**	**100,00**	**-6.025,11**	**-5,86**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	26.302,27	26.265,24	27.115,24
sonstige betriebliche Erträge	2.196,88	3.592,61	4.897,11
Materialaufwand	15.734,80	14.890,34	14.714,24
Personalaufwand	22.789,99	22.216,18	21.996,45
Abschreibungen	4.718,95	4.490,70	5.321,97
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.995,39	4.078,41	4.056,00
Erträge aus Beteiligungen	9.895,90	7.793,18	7.562,60
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.810,83	2.353,75	1.514,74
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	59,69	15,07	211,71
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens		16.007,52	226,59
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.202,22	2.021,61	1.751,48
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-8.175,78	-23.684,92	-6.765,33
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,26	
sonstige Steuern	67,20	66,98	66,56
Erträge aus Verlustübernahmen	8.242,97	7.750,65	6.831,89
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	-16.001,52	0,00
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen		-16.001,52	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-31,34	-90,43	-25,20	%
Eigenkapitalrentabilität:	-14,03	-55,56	-15,98	%
Cash-Flow:	-3.524,02	-3.253,95	-1.283,33	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	67,37	73,72	81,66	T€
Personalaufwandsquote:	79,97	74,41	68,71	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	37,02	41,38	41,14	%
Eigenkapitalquote:	49,62	41,56	44,15	%
Fremdkapitalquote:	50,38	58,44	55,85	%

e) Lagebericht

1 Geschäftstätigkeit und Unternehmensziele

Die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG) ist als hundertprozentige Tochter der Stadt Oberhausen der kommunale Anbieter für den Bus- und Straßenbahnverkehr in Oberhausen. Vier Unternehmensziele stehen gleichberechtigt im Mittelpunkt des wirtschaftlichen und strategischen Handelns:

- Wahrnehmung der Regie- und Managementaufgaben für den kommunalen ÖPNV
- Optimierung der Markt- und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens
- Sicherung der Leistungsfähigkeit des ÖPNV
- Sicherung der Arbeitsplätze

Dem öffentlichen Personennahverkehr kommt in punkto Lebensqualität in den Städten, Klimaschutz und Mobilität von Menschen ohne eigenes Auto eine entscheidende Bedeutung zu. Die STOAG sorgt in Oberhausen mit ihren Bussen und Straßenbahnen für eine vom Individualverkehr unabhängige, bedarfsgerechte Mobilität. Mit ihren modernen, umweltfreundlichen Fahrzeugen leistet sie einen effektiven Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz in der Stadt.

2 Rahmenbedingungen

Im Jahr 2014 haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Umfeld der STOAG nur geringfügig geändert. Die Einwohnerzahl der Stadt Oberhausen ist nahezu konstant geblieben und lag am 31. Dezember 2014 bei 210.326 Personen. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre ist in Oberhausen im Vergleich zum Landesdurchschnitt niedriger, der Anteil der Generation 50+ höher. Der Bestand an Kraftfahrzeugen in der Stadt betrug 498 pro 1000 Einwohner und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr nur minimal (2013: 492 pro 1000 Einwohner). Die durchschnittliche Arbeitslosenquote änderte sich von 12,3% im Jahr 2013 auf 13,4% im Jahr 2014.

Trotz der vom Land Nordrhein-Westfalen eingeleiteten Konsolidierungshilfen ist die Finanzsituation auf kommunaler Ebene weiter angespannt. Im Jahr 2017 wird die Stadt Oberhausen – mit der finanziellen Unterstützung des Landes - laut Haushaltssanierungsplan (HSP) erstmals wieder einen ausgeglichenen Haushalt ausweisen. Die einzelnen Maßnahmen des Haushaltssanierungsplans befinden sich in der Umsetzung. Die STOAG beteiligt sich an der erfolgreichen Konsolidierung des städtischen Haushaltes mit einem jährlichen Einsparvolumen in Höhe von 3,5 Mio. Euro.

Gemeindefinanzierungsgesetz

Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) ist seit dem 1. Januar 1971 in Kraft und regelt die Gewährung von Finanzhilfen, um die Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden zu verbessern. Durch die Föderalismusreform wurde das GVFG weitgehend durch das Entflechtungsgesetz abgelöst. Die Mittel aus beiden Gesetzen laufen 2019 aus. Davon ausgenommen sind nach Art. 125c Abs. 2 GG § 6 (1) GVFG geschaffenen Regelungen, die bis Ende 2019 bestehen bleiben. Dabei handelt es sich um das Bundesprogramm zur Förderung von Bau und Ausbau von Verkehrswegen kommunaler ÖPNV-Vorhaben (Straßenbahnen, Hoch- und Untergrundbahnen sowie Bahnen besonderer Bauart), nicht bundeseigener Eisenbahnen und Infrastrukturprojekte für den Schienenpersonennahverkehr der Deutschen Bahn in Verdichtungsräumen mit zuwendungsfähigen Kosten über 50 Millionen Euro. Dafür stellt der Bund ein seit 1997 unverändertes Investitionsvolumen von 332,56 Millionen Euro pro Jahr bereit. Die daraus für den Zeitraum bis 2019 zur Verfügung stehenden Mittel sind zum überwiegenden Teil bereits gebunden. Das Land NRW hat u. a. den Netzschluss der Straßenbahnlinie 105 zw. Essen-Frintrop und Neue Mitte Oberhausen als Maßnahme im besonderen Landesinteresses gem. §13 ÖPNVG NRW für das GVFG - Bundesprogramm angemeldet.

Seit dem 1. Januar 2007 erhalten die Länder als Ersatz für wegfallende GVFG-Beträge aus dem Bundeshaushalt Mittel in Höhe von jährlich 1.335,5 Millionen Euro. Ab 2014 fällt für diese Mittel die verkehrliche Zweckbindung weg, d. h., die Mittel müssen dann von den Ländern nur noch zweckgebunden für investive Zwecke jeglicher Art eingesetzt werden. Spätestens ab 2020 fallen die Bundesmittel komplett weg, wenn sich nicht Bund und Länder sich im Rahmen der „Revisionsklausel" auf eine Weiterfinanzierung durch den Bund einigen.

Regionalisierungsmittel

Kurz vor Verabschiedung des Bundeshaushalts 2015 hat der Verkehrsminister des Landes NRW seine Forderung an den Bund bekräftigt, mehr Geld für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zur Verfügung zu stellen. Weil der Bund bislang keine Erhöhung der Regionalisierungsmittel eingeplant hat, werden gravierende Folgen für die Bus- und Bahnkunden in Deutschland befürchtet. Hintergrund ist die anstehende Revision des Regionalisierungsgesetzes. Die Regionalisierungsmittel des Bundes sind die wichtigste Finanzierungsquelle für den ÖPNV.

Das Verkehrsministerium des Landes NRW hatte sich bereits Anfang Oktober bei der Verkehrsministerkonferenz in Kiel mit den anderen Verkehrsministerien der Bundesländer auf einen neuen Verteilerschlüssel verständigt. Demnach soll der Anteil von Nordrhein-Westfalen an den Mitteln für den ÖPNV schrittweise auf 18,99 Prozent erhöht werden. Bisher erhält NRW nur einen Anteil von 15,76 Prozent. Voraussetzung hierfür ist die Forderung der Verkehrsminister und -senatoren nach einer jährlichen Erhöhung der Mittel um mindestens zwei Prozent. Gerade die von den Eisenbahnen zu zahlenden Preise für die Trassennutzung und das Anfahren der Stationen sind in den vergangenen Jahren stark angestiegen.

Sollte der Bund den Beschluss der Verkehrsministerkonferenz 1:1 umsetzen, bedeutet dies, dass im Vergleich zu den 1,15 Milliarden Euro, die Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr erhält, bereits im nächsten Jahr 200 Millionen mehr bekommen könnte. Für das Jahr 2017 wären es dann knapp 350 Millionen Euro mehr. Im Jahr 2019 sollen eine halbe Milliarde Euro pro Jahr zusätzlich nach NRW fließen.

Von den 1,15 Milliarden Euro Regionalisierungsmitteln werden rund 947 Millionen Euro zur Finanzierung des Leistungsangebotes im schienengebundenen Personennahverkehr (SPNV) eingesetzt. Die übrigen Mittel werden zur

Finanzierung von Investitionen und weiteren Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV verwendet. Ohne eine deutliche Erhöhung der Regionalisierungsmittel für NRW wären die Kostensteigerungen im Betrieb des Regionalverkehrs nicht mehr ohne Leistungseinschränkungen aufzufangen.

3 Geschäftsentwicklung und Lage

Fahrgäste

Die Fahrgastzahlen entwickelten sich im Jahr 2014 rückläufig. Mit 36,1 Mio. lagen sie um 900.000 unter dem Vorjahreswert (-2,4%). Der Rückgang der Fahrgastzahlen im Ausbildungsverkehr betrug ca. 450.000, d.h. die Hälfte des gesamten Fahrgastrückgangs ist auf den Rückgang bei Schülern und Auszubildenden zurückzuführen - eine Folge des demografischen Wandels bzw. des Geburtenrückgangs. Beeinflusst wird die Entwicklung der Fahrgastzahlen auch durch die Reduzierung des Verkehrsangebotes bei gleichzeitiger regelmäßiger Erhöhung der Ticketpreise im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr. In den letzten zwölf Jahren ist die Betriebsleistung der STOAG um 23% verringert worden, der Preis für das EinzelTicket erhöhte sich in diesem Zeitraum um 43%. Viele Stadtteilzentren führen zu kurzen Wegen für die täglichen Besorgungen, kostenlose Parkmöglichkeiten bzw. geringe Parkgebühren erleichtern denjenigen, die nicht auf den ÖPNV angewiesen sind, die Entscheidung für den Individualverkehr. Um hier gegen zu wirken hat STOAG seit Juli 2014 im Rahmen eines Pilotprojektes das so genannte City*O*.Ticket eingeführt.

Die Anzahl der Fahrgäste, die den Bartarif nutzten, war im Jahr 2014 mit -3,6% erneut weniger stark rückläufig als in den Vorjahren. Hier wirkt sich sowohl der Verkauf der MehrfahrtenTickets beim Fahrpersonal als auch die Einführung des neuen City*O*.Ticket aus. Bei den monatlich erworbenen Zeitfahrausweisen hat sich der Trend zum preisgünstigen Ticket1000 mit eingeschränktem Zusatznutzen weiter fortgesetzt. Im Vergleich zum Vorjahr war hier insgesamt ein Rückgang von 0,6% zu verzeichnen. Im Ausbildungsverkehr kam es insgesamt zu einem Rückgang von 3,1%. Neben dem bereits erwähnten Rückgang der Schülerzahlen waren die Einführung des G 8, d.h. des doppelten Abiturjahrgangs, und der Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen, die als Förderprojekt teilweise die Inanspruchnahme des SozialTickets ermöglichen, weiterhin die Hauptgründe für diese Entwicklung.

Entwicklung der Fahrgastzahlen

Jahr	Fahrgäste in Mio.	Veränderung zum Vorjahr in %
2008	40,2	
2009	40,0	- 0,5
2010	39,1	- 2,5
2011	38,4	- 1,8
2012	38,1	- 0,8
2013	37,0	- 2,9
2014	36,1	- 2,4

Entwicklung der Abonnentenzahlen

Jahr	Anzahl	Veränderung in %
2007	34.531	
2008	35.066	+ 1,5
2009	34.554	- 1,5
2010	34.588	+ 0,1
2011	33.103	- 4,3
2012	31.628*	- 4,5
2013	30.103*	- 4,8
2014	29.172*	- 3,1

*ohne SozialTicket

Betriebsleistung

Die Gesamtbetriebsleistung der STOAG in Oberhausen und in den benachbarten Stadtgebieten betrug 9,04 Mio. Nutzwagenkilometer (Nwkm) und lag um 1,4 % unter dem Vorjahreswert von 9,17 Mio. Nutzwagenkilometern. Die verringerte Kilometerleistung ist zurückzuführen auf den Fahrplanwechsel in der Jahresmitte 2013, die sich im Jahr 2014 nun in ihrer Gesamtheit bemerkbar macht, sowie auf mehrere Streiktage. Kompensiert wird diese Entwicklung teilweise seit Mitte des vergangenen Jahres durch den umfangreichen Umleitungsverkehr auf der Linie 957 im Rahmen eines Brückenneubaus und Kanalbauarbeiten, der voraussichtlich noch bis Ende 2015 erforderlich sein wird.

Entwicklung der Betriebsleistung

Jahr	Betriebsleistung in Nwkm
2007	10.622.042
2008	10.669.261
2009	10.065.418
2010	9.892.509
2011	9.786.123
2012	9.510.653
2013	9.171.297
2014	9.042.758

Entwicklung der Betriebsleistung bei Bus und Straßenbahn

Verkehrsmittel	Betriebsleistung 2013 in %	Betriebsleistung 2014 in %
Solobus	57,6	57,2
Gelenkbus	37,7	38,9
Straßenbahn	4,7	3,9

Ertragslage

Die wirtschaftliche Entwicklung der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH verlief im Jahr 2014 wie in den Vorjahren weiterhin erfreulich. Das Betriebsergebnis verbesserte sich von -15.818 TEUR im Jahr 2013 um 1.742 TEUR auf -14.076 TEUR für das Jahr 2014. Gleichzeitig verringerte sich der Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen von -7.751 TEUR im Jahr 2013 um 919 TEUR auf -6.832 TEUR für das Jahr 2014. Die Gründe dafür waren:

Die Verkaufserlöse reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,38% und lagen bei 25,55 Mio. EUR (Vorjahr: 25,90 Mio. EUR trotz der Anhebung der Beförderungsentgelte des VRR zum 1. Januar 2014. Der Hauptgrund dafür liegt bei den rückgängigen Fahrgastzahlen.

Die STOAG erzielte im Geschäftsjahr 2014 Umsatzerlöse in Höhe von 27,12 Mio. EUR. Diese lagen mit 0,85 Mio. EUR über dem Vergleichswert des Vorjahres (26,27 Mio. EUR).

Die Abgeltungszahlungen für die unentgeltliche Beförderung von Schülern und Studenten, die sogenannte Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW (vormals § 45a PBefG), wurden in 2014 in Höhe von 1.178 TEUR ausgezahlt (Vorjahr: 1.189 TEUR).

Die eigentlich alle zwei Jahre durchgeführte Schwerbehindertenzählung fand auch im Jahr 2014 statt. Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW hat Ende 2012 die Richtlinie zum betriebsindividuellen Ausgleich der Schwerbehindertenfreifahrt dahingehend geändert, dass ab 2013 jährlich der Anteil der Schwerbehinderten erhoben werden muss, wenn nicht der landesweite Durchschnittssatz, sondern ein unternehmensindividueller Prozentsatz geltend gemacht werden soll.

Die Zählungen im Jahr 2014 ergaben einen Quotienten von 6,65% - hier fielen besonders die dritte und vierte Zählung mit hohen Werten von 8,14% und 7,38% auf. Zur Berechnung des Anspruchs ist dieser Wert um 1/3 des „Mindestselbstbehalts" (Vomhundertsatz i.S. von § 148 Abs. 1 und 4 SGB IX) zu kürzen. Dieser war bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht vom Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW veröffentlicht. Die

STOAG hat bei der Berechnung der Abgeltungsleistungen den Minderungssatzes des Jahres 2013 (= gleichzeitig landesweiter Durchschnittssatz i. H. v. 3,79%) zu Grunde gelegt. Der so ermittelte Anspruch liegt bei 5,37%. Die STOAG geht auf dieser Basis von Abgeltungsleistungen für das Jahr 2014 in Höhe von 1.254 TEUR aus. Nach Bekanntgabe des landesweiten Durchschnittssatzes können sich ggf. Änderungen ergeben. Diese werden dem Wirtschaftsjahr 2015 zugeordnet.

Für die Fortschreibung der Ausgleichszahlungen für den Einnahmeausgleich 2014 zwischen den Verkehrsunternehmen im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und dem SPNV wurden die testierten kassentechnischen Einnahmen des Jahres 2013 verwendet. Die Werte für das Jahr 2014 wurden aus der Fahrausweisstatistik übernommen (sog. 13. Monatsmeldung). Bei Aufstellung des Jahresabschlusses war vom VRR eine endgültige Auswertung zur Einnahmeaufteilung 2012/2013 noch nicht veröffentlicht. Allerdings hatte der VRR im vierten. Quartal 2014 eine Prognoserechnung zur Einnahmeaufteilung 2012/2013 bekanntgegeben. Basis für die Berechnungen waren die Erhebungen im Fremdnutzerverfahren 2012 sowie die Erhebungen im Anspruchsverfahren 2012/13 unter Anwendung der entsprechenden Berechnungsmethoden, die in der Richtlinie zur Einnahmenaufteilung im VRR festgelegt sind.

Folgende bilaterale Vereinbarungen, die sich noch im Abstimmungsprozess befinden, sind in dieser Berechnung nicht berücksichtigt worden:

- DVG/NiAG
- STOAG/NiAG und STOAG/via

Im Jahresergebnis 2014 wurden die Prognoserechnung der Einnahmeaufteilung und bereits die oben genannten bilateralen Vereinbarungen berücksichtigt, sodass innerhalb des Jahresergebnisses 2014 bei den Übersteigerbeträgen (Kommunale Verkehrsunternehmen, Deutsche Bahn AG und Bahn-Verkehr-Rheinland) mit Verbindlichkeiten in Höhe von 2.448 TEUR gerechnet wird.

Durch verminderte Provisionsvergütungen veränderten sich die sonstigen Umsatzerlöse von 0,58 Mio. EUR im Jahr 2013 auf 0,47 Mio. EUR im Jahr 2014.

Aus der ÖPNV-Pauschale gem. § 11 Absatz 2 ÖPNVG-NRW konnte im Jahr 2014 ein Betrag in Höhe von 1.585 TEUR vereinnahmt werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge veränderten sich von 3,38 Mio. EUR auf 3,31 Mio. EUR. Hierin sind Erträge aus Anlagenabgängen (411 TEUR), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (310 TEUR) und aus Schadensregulierungen in Höhe von 1.307 TEUR enthalten.

Der Energie-, Material- und Fremdleistungsaufwand verringerte sich leicht von 14,89 Mio. EUR auf 14,71 Mio. EUR.

Der Personalaufwand verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 220 TEUR auf 22,0 Mio. EUR. Die gezahlten Entgelte verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 192 TEUR auf 17.126 TEUR (Vorjahr: 17.318 TEUR). Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Geschäftsführung, Auszubildende, geringfügig Beschäftigte und Mitarbeiter in der Ruhephase der Altersteilzeit reduzierte sich von 414 zu Beginn des Jahres auf 404 am Jahresende.

Die Abschreibungen veränderten sich von 4,5 Mio. EUR auf 5,3 Mio. EUR. Hierin ist die außerordentliche Abschreibung der Planungskosten für die Erweiterung der Strecke VI (Linie 105) in Höhe von 797 TEUR enthalten. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oberhausen waren am 8. März 2015 zum Ratsbürgerentscheid aufgerufen. Von 164.154 abstimmungsberechtigten Bürgerinnen und Bürger machten 38.176 von ihrem Stimmrecht Gebrauch, das entspricht einer Wahlbeteiligung von 23,26%. 21.725 Bürgerinnen und Bürger stimmten gegen die Verlängerung der Linie 105 (57,0%), 16.391 stimmten dafür (43,0%). Das Ergebnis des Ratsbürgerentscheids ist zwei Jahre bindend. Für die STOAG hatte dies zu Folge, dass die zum Bilanzstichtag angefallenen Planungskosten in Höhe von 797 TEUR im Wirtschaftsjahr 2014 abgeschrieben werden mussten.

Der sonstige betriebliche Aufwand betrug auch im Jahr 2014 unverändert 4,1 Mio. EUR.

Das Finanzergebnis veränderte sich um 15,1 Mio. EUR von -7,8 Mio. EUR auf 7,3 Mio. EUR. Grund hierfür ist die Wertberichtigung der Geschäftsanteile an der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) in Höhe von 16,0 Mio. EUR im Jahr 2013.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit veränderte sich von -23,7 Mio. EUR um 16,9 Mio. EUR auf -6,8 Mio. EUR.

Der Steueraufwand war mit 0,067 Mio. EUR identisch mit dem Vorjahreswert und beinhaltet hauptsächlich Grundsteuern.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der STOAG zum 31. Dezember 2014 betrug 96,8 Mio. EUR. Die Veränderung zum Vorjahreswert (102,9 Mio. EUR) resultiert aus der Reduzierung des Anlagevermögens um 2,8 Mio. EUR sowie der Reduzierung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 6,7 Mio. EUR.

Im Sonderposten mit Rücklagenanteil sind erhaltene Zuschüsse beispielsweise für den Umbau von Haltestelllen enthalten, die noch nicht mit getätigten Investitionen verrechnet werden konnten.

Die Rückstellungen belaufen sich auf 17,5 Mio. EUR und sind gegenüber dem Vorjahr (18,1 Mio. EUR) reduziert. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erhöhten sich auf 6,17 Mio. EUR (Vorjahr: 5,87 Mio. EUR).

Die Verbindlichkeiten verminderten sich um 6,26 Mio. EUR. Dies ist auf die Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 31,79 Mio. EUR um 1,16 Mio. EUR auf 30,63 Mio. EUR, die Reduzierung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (-3,7 Mio. EUR) sowie die Verminderung der Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (-1,95 Mio. EUR), zurück-zuführen.

Die STOAG verfügte auch im Jahr 2014 über eine ausreichende Liquidität, die auf erzielten Verkaufserlösen in Höhe von 26,1 Mio. EUR, auf Erträgen aus Wertpapieren und anderen Beteiligungen in Höhe von 9,1 Mio. EUR, auf dem Erhalt von Zinserträgen in Höhe von
9 TEUR, auf der Zahlung der Vorhaltekostenförderung in Höhe von 1.585 TEUR sowie auf sonstigen Einnahmen innerhalb der sonstigen betrieblichen Erträge beruhte.

Die laufende Finanzierung ist durch die im Verkehrsverbund geschlossene Finanzierungs-vereinbarung und die mit dem Aufgabenträger im Bedienungsgebiet erzielten Betrauungs-vereinbarungen bis zum Jahr 2019 gewährleistet.

Investitionen und Förderprojekte

Die Summe der Investitionen belief sich im Geschäftsjahr 2014 auf 2,9 Mio. EUR. Größte Position mit 877 TEUR waren die Anzahlungen für die Elektromobilität. Hierin enthalten sind 425 TEUR für den Bau der Elektrobusse. Die im Jahr 2014 getätigten Investitionen für die Strecke VI in Höhe von 708 TEUR sind im Geschäftsjahr abgeschrieben worden, da das Projekt gemäß Bürgerentscheid nach derzeitigem Plan nicht durchgeführt wird.

Der niederflurgerechte Ausbau der Bushaltestellen und die Qualitätsverbesserung für die wartenden Fahrgäste wurden mit Investitionen in Höhe von 121 TEUR im Jahr 2014 Haltestellen fortgesetzt.

4 Risikobericht

Ziel eines Risikomanagements ist es, Risiken, die sowohl aus eigenem unternehmerischen Handeln resultieren als auch durch externe Faktoren bedingt sein können, zu identifizieren, zu bewerten und zu steuern. Zur Erkennung und aktiven Steuerung ist bei der STOAG ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkung eingestuft. Die Risiken werden auf die mit ihnen verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht und der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

In der Risikoinventur 2014 wurden zwölf Risiken erfasst, von denen vier potenzielle Risiken mit eingeschränkter Risikorelevanz darstellen. Bei den Risiken gab es im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügige Veränderungen.

Das Risiko „Fahrerlaubnis von Busfahrern“ wurde nicht mehr erfasst, da der kritische Stichtag 10.09.2013 für die Weiterbildung der Fahrer inzwischen überschritten worden ist.

Das Risiko „Verlust von Konzessionen“ besteht weiterhin. Zum Fahrplanwechsel im Juni 2014 wurden alle von Linienwegsänderungen betroffenen Linien gemäß ihrer Laufzeit, höchstens aber bis 31. Dezember 2019, neu genehmigt. Im Jahr 2015 laufen die Konzessionen für die Linien 143, 185, 908,957, NE11 und SB 94 aus.

Das Risiko „Ausfall von Straßenbahnen“ wurde um den Hinweis auf die marode Thyssenbrücke auf Mülheimer Stadtgebiet ergänzt.

Beim Risiko „Werthaltigkeit der Beteiligung an der Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA)“ hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf im Jahr 2014 geurteilt, dass die Bindung an das Preisrecht trotz der geänderten Rechtskonstruktion unverändert gilt. Die GMVA hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt.

Es wurde kein Risiko als existenzbedrohend eingestuft.

5 Ausblick und Prognose

Fahrgastentwicklung und Tarifstruktur

Laut Bevölkerungsvorausberechnung wird die Einwohnerzahl in Oberhausen in den nächsten fünf Jahren um voraussichtlich 2-3% zurückgehen, der Anteil der unter 18-jährigen um mehr als 6%. Kinder und Jugendliche bilden die größte Abonnentengruppe der STOAG, sodass mit einem weiter anhaltenden Rückgang in diesem Kundensegment zu rechnen ist. Die städtischen Strukturen und die wirtschaftliche Lage der Haushalte verstärken die seit Jahren anhand der verkauften Ticketarten zu beobachtende Tendenz, Mobilität möglichst kostengünstig erwerben zu wollen. Die rückläufige Entwicklung der Fahrgastzahlen ist kein STOAG-spezifisches Problem, sondern betrifft den VRR in seiner Gesamtheit. Auch in größeren Ballungsräumen ist dieser Trend erkennbar.

Die im VRR geplante Tarifstrukturreform konnte bislang nur in Teilen umgesetzt werden. Für preisstufen- bzw. streckenabhängige Fahrpreisänderungen fehlen weiterhin verlässliche und endgültige Werte aus Erhebungen und Übersteigerzählungen. Somit wurden ab 1. Januar 2014 zunächst einige Maßnahmen zur Einnahmensteigerung und -sicherung umgesetzt wie beispielsweise die von der Anzahl der Nutzer abhängige Einführung des TagesTickets, die preisstufenabhängige Differenzierung der 1. Klasse Zuschläge, die verbundweite Einführung des HandyTickets sowie die Förderung des elektronischen Ticketverkaufs durch rabattierte 7-TageTickets und 10erTickets. Mit dem Pilotprojekt „City*O*.Ticket“ versucht die STOAG der rückläufigen Fahrgastentwicklung im Bartarif entgegenzuwirken.

SonderTicket der STOAG (City*O*.Ticket)

Die STOAG bietet derzeit ein Pauschalpreisticket, das sogenannte City*O*.Ticket, an. Dieses Ticket berechtigt eine Person ab der Entwertung vier Stunden zu beliebig vielen Fahrten mit allen Bussen und Straßenbahnen innerhalb von Oberhausen. Es gilt montags bis freitags ab 9 Uhr, am Wochenende und an Feiertagen ganztägig und beinhaltet eine Mitnahmeregelung für eine weitere Person, wenn das Ticket montags bis freitags nach 19 Uhr oder am Wochenende und an Feiertagen genutzt wird.

Aufgrund der bisherigen positiven Entwicklung des City*O*.Tickets und zur Gewinnung weiterer Erfahrungswerte wurde der Verlängerung des Pilotprojektes bis zum 31. Dezember 2015 seitens des VRR und der Bezirksregierung zugestimmt. Die Vermutung, dass dieses Ticket vor allem von Fahrgästen im „Besorgungsverkehr“ (Marktfahrten, Arztbesuche etc.) genutzt wird, hat sich bestätigt. Ziel ist eine Steigerung der Fahrten und Einnahmen im Bartarif. Die Verkaufszahlen aus dem City*O*.Ticket entwickeln sich positiv. Auswirkungen auf andere Tickets des Bartarifes sind - mit Ausnahme eines leichten Rückgangs bei MehrfahrtenTickets der Preisstufe A - nicht zu erkennen. Aktuell liegen die monatlichen Verkaufszahlen bei ca. 5.000 Tickets.

Entwicklung und Finanzierung „Mein Ticket“ (SozialTicket)

Unter Berücksichtigung des aktuellen stabilen Trends kann im Jahr 2014 verbundweit von einem durchschnittlichen monatlichen Absatz von rund 107.000 Tickets ausgegangen werden. Der damit verbundene verbundweite Mindererlös in Höhe von ca. 20,4 Mio. EUR wird von den Ausgleichszahlungen des Landes NRW gedeckt. Der Verkauf der SozialTickets bei der STOAG ist im Jahr 2014 um 8,8 % gestiegen und lag bei 35.421 Stück (Vorjahr: 32.571), monatlich wurden bis zu 3.388 dieser Tickets verkauft. Die STOAG hat im Jahresergebnis 2014 einen Betrag in Höhe von 538 TEUR als Zuschusszahlung zum SozialTicket vereinnahmt.

Trotz der erstmaligen Preisanpassung des „Mein Ticket“ um einen Euro pro Monat auf 30,90 EUR wird im Jahr 2015 der verbundweite Finanzierungsbedarf für die prognostizierten durchschnittlich 107.000 Kunden pro Monat auf ca. 21,3 Mio. EUR steigen. Erfahrungsgemäß ist davon auszugehen, dass die vom Land gewährten Mittel niedriger sein werden und eine Finanzierung nur mit den noch übertragbaren, nicht verbrauchten Mitteln des Jahres 2014 gewährleistet ist. Für 2015 erwartet die STOAG einen Betrag in Höhe von 605 TEUR als Zuschusszahlung.

Das Landesverkehrsministerium hat zwischenzeitlich alle Verbünde, Zweckverbände und kommunalen Spitzenverbände über eine Reformüberlegung informiert, die Landesmittel nur noch dann zu gewähren, wenn zusätzlich zu den angebotenen ermäßigten Zeittickets bereits in diesem Jahr auch preislich ermäßigte MehrfahrtenTickets angeboten werden. Der VRR vertritt den Standpunkt, dass diese Erweiterung mit einer Erhöhung des Finanzierungsbedarfs verbunden ist und dieser Umstand im bereits gestellten Förderantrag nicht berücksichtigt werden konnte. Eine Umsetzung kann deshalb nicht im Jahr 2015 erfolgen. Voraussetzungen für diese Erweiterung der Ticketpalette wären aber eine gesicherte Abschätzung der zu erwartenden Minderlöse, Beschlüsse der Zweckverbandsgremien und ein ausreichender Zeitraum für die kommunikative und vertriebliche Umsetzung.

Erhöhtes Beförderungsentgelt

Der Anteil der Fahrgäste, die bei Fahrausweiskontrollen ohne gültigen Fahrausweis in Bussen und Straßenbahnen in Oberhausen angetroffen worden sind, ist im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 0,15% gesunken und liegt bei durchschnittlich 1,69 %. Hier wirkt sich das in 2014 begonnene Projekt zur Umsetzung der präventiven Maßnahmen aus. Dennoch liegt der prozentuale Anteil der so genannten Schwarzfahrer deutlich über dem der Jahre 2010 bis 2012. Die vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen seit langem geforderte Anhebung des erhöhten Beförderungsentgeltes (EBE) von 40 auf 60 Euro wird auch von der STOAG befürwortet. Eine Umsetzung wird im Juli 2015 erwartet.

Entwicklung der Kontrolldaten

Jahr	Fahrausweiskontrollen	EBE-Fälle	
		Absolut	in %
2009	438.332	8.562	1,95
2010	673.766	6.994	1,04
2011	459.740	3.830	0,83
2012	547.428	7.610	1,39
2013	681.699	12.544	1,84
2014	898.681	15.182	1,69

Angebot

Grundlegendes Ziel ist - wie auch im Jahr 2014 - eine Evaluation der vergangenen Fahrplanmaßnahmen sowie die nachfrageorientierte Anpassung des Verkehrsangebots. Insbesondere die Verkehrsqualität, d. h. Anschlusssicherheit und Fahrplanzuverlässigkeit, ist im planerischen Focus.

Die Studie im Auftrag des Landes NRW anlässlich der Umsetzung des Rhein-Ruhr-Express RRX zur Umstellung des SPNV Netzes - konkret des S-Bahn Netzes - auf ein 15-Minuten Taktschema wurde aktuell durch eine korrigierte Nachfrageprognose ergänzt. Dabei wurden 2,7% Fahrgastzuwächse ohne Anpassung des kommunalen öffentlichen Verkehrs (ÖV) und 3,5% mit Anpassung der kommunalen Zu- und Abbringer-Verkehre ermittelt.

Eine Umsetzung dieses Konzepts bedeutet für die STOAG, zumindest auf einzelnen Linien wie beispielsweise der Linie 143 und 979, auf ein 15-Minuten Taktsystem zur Wiederherstellung der Bus-Schiene-Anschlüsse zu wechseln. Der VRR wird zeitnah die planerischen Details zur Variante „mit Anpassung des kommunalen ÖV“ den Verkehrsunternehmen zur Verfügung stellen, damit auf dieser Basis die betrieblichen Folgekosten ermittelt werden können.

Straßenbahnlinie 105 / Strecke VI

Die Straßenbahnlinie 105 endet, aus dem Essener Süden kommend, an der Stadtgrenze Oberhausen. Die Weiteführung dieser Straßenbahnlinie bis zur bestehenden ÖPNV-Trasse in der Neuen Mitte Oberhausen war als lokaler Lückenschluss mit regionaler Bedeutung für das gesamte Netz des westlichen Ruhrgebiets geplant.

Ende 1998 hat der Rat der Stadt Oberhausen der Weiterführung der Straßenbahnlinie im Rahmen des Nahverkehrsplans 1998 zugestimmt. Im Jahr 2002 wurde die 3,3 Kilometer lange Strecke zur Förderung angemeldet, der Planfeststellungbeschluss erfolgte 2005. Im Rahmen der Integrierten Gesamtverkehrsplanung des Landes NRW wurde der Streckenneubau jedoch wieder ein Jahr später zurückgestellt. Im Jahr 2012 hat der Rat der Stadt Oberhausen die Wiederaufnahme der Planung initiiert. In Absprache mit dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und der Bezirksregierung Düsseldorf wurde die Strecke VI Ende 2012 neu angemeldet. Daraufhin wurden sämtliche Planunterlagen überarbeitet und neu erstellt. Die Unterlagen für die Planfeststellung und für die Förderanträge wurden im Jahr 2014 eingereicht.

Bund und Land fördern 90% der zuwendungsfähigen Kosten, für die STOAG errechnet sich ein Eigenanteil in Höhe von 13 Mio. Euro. Das Projekt hat einen Kosten-Nutzen-Indikator von 2,04.

Fahrgastinformation

Die Umsetzung der Echtzeitauskunft (EFA-Realtime) wird im Sommer 2015 realisiert. Ursprünglich bereits für 2014 vorgesehen, verzögerten die noch bestehenden technischen Probleme vor allem bei der Serveranbindung zwischen STOAG und VRR die planmäßige Umsetzung. EFA-Realtime ist eine Erweiterung der Elektronischen Fahrplanauskunft, mit der Echtzeitdaten in die Fahrplanauskunft einfließen können. In den Echtzeitdaten sind die Verspätungen von Verkehrsmitteln berücksichtigt. Im Falle einer Verspätung wird diese bei Umstiegen berücksichtigt, ggf. werden alternative Verbindungen empfohlen. Dieses Projekt gewinnt vor allem an Bedeutung in Hinblick auf die stark steigenden

Abrufzahlen der mobilen Fahrplanauskunft (Smartphone-Apps), die bereits heute die Abrufzahlen der Internet-Fahrplanauskunft deutlich übertreffen.

Zur verbesserten, zeitnahen Information der Fahrgäste bei Umleitungen oder sonstigen Störungen ist eine Kopplung des Leitstellensystems Nettro an die Fahrplanauskunft geplant. Hierbei werden Störungen, die durch die Leitstelle erfasst werden, automatisch und zeitnah über verschiedene Ausgabekanäle als Kundeninformation publiziert. Zum Beispiel in Form einer Meldung in der Fahrplanauskunft EFA oder auf der STOAG-Webseite unter „Aktuelle Verkehrsmeldungen". Eine automatisierte Versorgung von sozialen Netzwerken wie Twitter oder Facebook ist ebenfalls möglich.

Barrierefreiheit

Im Rahmen der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes wurde das Ziel aufgenommen, bis zum 1. Januar 2022 eine vollständige Barrierefreiheit im öffentlichen Personenverkehr herzustellen. Durch den konsequenten Umbau der Haltestellen im Stadtgebiet in den vergangenen Jahren ist die STOAG bezüglich des barrierefreien Ausbaus der Haltestellen bis zum Jahr 2022 sehr gut vorbereitet. Derzeit sind 91% der Haltestellen entsprechend ausgebaut. Begründete Ausnahmen, z. B. für wenig frequentierte Haltestellen, können im Nahverkehrsplan definiert werden, der im Jahr 2015 fortgeschrieben wird. Eine klare Festlegung, welche Ausstattungsmerkmale entsprechend der verkehrlichen Bedeutung und Funktion der Haltestellen als barrierefrei definiert sind, ist noch nicht getroffen worden. Entsprechende Handlungsempfehlungen werden zusammen mit dem Aufgabenträger erarbeitet. Ziel seitens der STOAG ist es, die Ausstattung je Haltestellenkategorie im Nahverkehrsplan einheitlich zu definieren.

Straßenbahnsanierung

Die STOAG verfügt über sechs Niederflurstraßenbahnen vom Typ NF6D des Herstellers Siemens-DUEWAG. Diese Straßenbahnen wurden 1996 angeschafft. Nach 18 Jahren Laufzeit weisen diese Niederflurstraßenbahnen der ersten Generation Korrosionserscheinungen im Fußbodenbereich auf. Um für die weitere Laufzeit, die bei Straßenbahnen bei rund 25 bis 30 Jahren liegt, einsatzbereit zu sein, wurden die notwendigen Arbeiten zur Instandsetzung von Hauptquerträgern, Fußboden und einer wirtschaftlichen Modernisierung ausgeschrieben. Der Auftrag wurde an die Firma FWM Fahrzeugwerke Miraustrasse GmbH in Berlin/Henningsdorf vergeben. Im November 2014 wurde das erste Fahrzeug überführt, zwischenzeitlich befinden sich zwei Fahrzeuge bei FWM. Die verbleibenden Fahrzeuge sollen in den Jahren 2015 und 2016 saniert werden.

Projekt E-Mobilität

Gemeinsam haben VRR und STOAG ein Pilotprojekt gestartet, bei dem Schnellladestationen, die aus der Infrastruktur der Straßenbahn gespeist werden, für Batteriebusse errichtet werden. Vorausgegangen ist eine Machbarkeitsstudie, die untersucht hat, inwieweit die vorhandene Infrastruktur der ÖPNV-Trasse, auf der Busse und Straßenbahnen fahren, genutzt werden kann, um im laufenden Betrieb Elektrobusse zu laden und diese in den betrieblichen Ablauf zu integrieren. Das Ergebnis der Studie zeigt, dass insbesondere die stationäre Energieentnahme zur Schnellladung von Elektrobussen sowohl an einem Straßenbahnunterwerk als auch direkt aus der Fahrleitung am Bahnhof Sterkrade möglich ist und die vorhandene Infrastruktur und die technischen Einrichtungen entsprechend ergänzt werden können. Das Modellprojekt wird von Prof. Dr. Adolf Müller-Hellmann von der RWTH Aachen fachlich begleitet.

Im Jahr 2014 wurden zwei Elektrobusse bestellt, den Auftrag zur Lieferung der beiden Solobusse erhielt der polnische Fahrzeughersteller SOLARIS. Die Lieferung der Fahrzeuge wurde für Juni 2015 zugesagt. Nach einem Testbetrieb werden voraussichtlich Ende September zwei Buslinien – Linie 962 und 966 - rein elektrisch betrieben.

Der Auftrag für die Infrastruktur, insbesondere die Ladeeinrichtungen für die Elektrobusse und die zugehörige Ertüchtigung der Unterwerkstechnik, wurde an die Firma Siemens vergeben.

Das Pilotprojekt in Oberhausen hat nicht nur regionale Bedeutung. In über 40 Städten in Deutschland existieren Gleichspannungsnetze von Straßen- und Stadtbahnen. Hier bietet sich ein großes Potential zur Errichtung einer Infrastruktur für Bus- und Pkw-Schnellladestationen.

Beteiligungen

Im Jahresabschluss 2013 hatte die STOAG eine Wertberichtigung der Geschäftsanteile an der GMVA vorgenommen, wobei dabei potenzielle wirtschaftliche Risiken, die sich aus möglichen Rückforderungsansprüchen gegenüber der GMVA für den Zeitraum 2011 bis 2013 ergeben könnten, noch nicht berücksichtigt wurden. Die Reduzierung der Ertragssituation der GMVA und damit verbunden eine geringere bzw. keine Ergebnisausschüttung hat auch Einfluss auf die Beteiligungserträge der STOAG und somit auf den verbleibenden Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen. Im Wirtschaftsplan 2015ff. sind keine Ergebnisausschüttungen seitens der GMVA eingeplant worden.

Die gesamte Energieversorgungsbranche steht weiterhin vor großen Herausforderungen und Umbrüchen. Der massive Wettbewerb im Strom- und Gasvertrieb, die Verwerfungen auf dem Stromgroßhandelsmarkt sowie das regulierte Netzgeschäft belastet zunehmend die Ertragslage aller Energieversorger.

Die STOAG geht derzeit davon aus, dass die FSO GmbH eine Ergebnisabführung für die Jahre 2015 bis 2018 von insgesamt 11,0 Mio. Euro erwirtschaftet und dem RWE und der STOAG somit jeweils 5,5 Mio. Euro pro Wirtschaftsjahr zufließen.

Aus den im Finanzanlagevermögen ausgewiesenen RWE-Aktien wird eine Dividende in Höhe von 1,00 Euro pro Aktie erwartet.

Investive Fahrzeugförderung

In seiner Sitzung am 21. Februar 2014 hat der Verwaltungsrat der VRR AöR die Fortsetzung der bisherigen Fahrzeugförderung im Rahmen der bis zum 31. Dezember 2013 gültigen „Richtlinie des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr zur Förderung nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW“ mit kleineren Anpassungen bis einschließlich des Jahres 2015 beschlossen. Laut Vorstand der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR wird die Möglichkeit der Neugestaltung einer investiven Fahrzeugförderung, die auch die Grundsanierung von Fahrzeugen enthält, von der VRR AöR im Rahmen dieser Übergangszeit geprüft. Wenn eine Neugestaltung in diesem Sinne möglich sei, werde darauf aufbauend eine Fördersystematik für die Zeit ab 2016 erarbeitet.

Die STOAG hat mit dem Aufgabenträger, Stadt Oberhausen, vereinbart, dass für 2015 keine Fahrzeugförderung erfolgt. Die Stadt Oberhausen und die STOAG haben sich dahingehend verständigt, dass 10% der ÖPNV-Pauschale bei der Stadt verbleiben und 90% der STOAG bei Anwendung der Variante B (Gewährung der ÖPNV-Pauschale durch die VRR AöR im Rahmen der Ausgleichsleistungen für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen aus der Anwendung der Tarife für Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs im VRR-Gemeinschaftstarif) zukommen.

Fortschreibung Nahverkehrsplan

Der Nahverkehrsplan (NVP) ist für den VRR und die Verkehrsunternehmen ein wichtiges Instrument der Verkehrsplanung, um das ÖPNV-Angebot langfristig zu entwickeln. Ein Entwurf des neuen Nahverkehrsplans des VRR wird im April bis Juni 2015 mit Vertretern der Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen vorbesprochen, das formale Beteiligungsverfahren beginnt im Sommer 2015. Die überarbeitete Version des NVP soll im Januar 2016 fertig gestellt werden. Der Nahverkehrsplan der Stadt Oberhausen wird im Jahr 2015 ebenfalls fortgeschrieben. Aus Sicht der STOAG sind qualitative Aspekte und Festlegungen bezüglich der Barrierefreiheit zu integrieren.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für den Zeitraum von 2015 bis 2019 weist für das Jahr 2015 nach derzeitiger Planung bei leicht steigenden Umsatzerlösen gegenüber dem Jahresergebnis 2014 einen höheren Verlust aus. Die mittelfristige Planung weist für das Jahr 2015 einen verbleibenden Finanzierungsbetrag in Höhe von 11.100 TEUR aus. Für den Zeitraum von 2016 bis 2019 werden verbleibende Finanzierungsbeträge von ca. 12,0 Mio. EUR erwartet. Gründe hierfür sind neben geringeren Beteiligungserträgen auch die Reduzierung der Abgeltungsleistungen für die Beförderung von Schülern und Schwerbehinderten. Die STOAG erwartet eine Erhöhung der Ausgleichsleistungen an die Deutsche Bahn AG und die Busverkehr Rheinland GmbH. In den nächsten Jahren ist mit höheren Aufwendungen für die Instandsetzung der Infrastruktur der ÖPNV-Trasse zu rechnen.

Die STOAG geht für das Jahr 2015 von einer stabilen Entwicklung der Verkaufserlöse aus.

Die Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren werden in den kommenden Jahren zurückgehen und im Jahr 2015 voraussichtlich 8.955 TEUR betragen. Die STOAG geht von einer RWE-Dividende i.H.v. 1,00 Euro pro Aktie aus. Eine Ausschüttung seitens der GMVA GmbH ist hier nicht berücksichtigt.

Die Pensionsverpflichtungen entwickeln sich langfristig gesehen rückläufig. Nach einer Änderung der Altersversorgung bei der STOAG bestehen in Zukunft keine neuen Ansprüche auf Betriebsrenten.

Anstiege der Rohstoffpreise im Energiebereich können auch zukünftig zu Mehrbelastungen für die STOAG führen. Als energieintensive Unternehmen, für die im Rahmen des Steuerrechtes nur unzureichende Ausnahmeregelungen vom Gesetzgeber zugelassen wurden, sind hier alle Nahverkehrsunternehmen gleichermaßen betroffen. Allerdings hat sich im ersten Quartal des Jahres 2015 die bereits im letzten Quartal des Jahres 2014 abzeichnende Beruhigung auf dem Rohölmarkt fortgesetzt: Die STOAG konnte stabile Einkaufspreise verzeichnen, die derzeitig unter dem Planwert des Jahres 2015 liegen.

6 Chancen

Mit 15 Jahren der Mofa-Führerschein, mit 16 der fürs Moped, mit 17 dann fürs Auto – dieses Ziel gilt laut Bundesverband Deutscher Fahrschulunternehmen (BDFU) nicht mehr für die Jugendlichen in Städten. Ein grundsätzlicher Wertewandel ist bei der heutigen Jugend festzustellen. Die emotionale Bindung an das Auto sinkt, ein gesteigertes Umweltbewusstsein lässt sich daraus aber nicht per se ableiten. Die Verkehrsunternehmen müssen aus dem pragmatischen Umgang mit dem PKW für sich Nutzen ziehen und ein bedarfs- und nutzerorientiertes ÖPNV-Angebot vorhalten – nicht einfach in einer Zeit, in der um Mittel für die Finanzierung des ÖPNV gekämpft werden muss. Die

STOAG sieht ihre Zukunft weiterhin in einem qualitativ hochwertigen Verkehrsangebot mit hoher Zuverlässigkeit und einfacher Zugänglichkeit. Dazu gehören moderne umweltfreundliche Fahrzeuge und innovative Technik genauso wie einfache und bezahlbare Tarife und zeitgemäße Vertriebswege und Auskunftssysteme. Mit dem Pilotprojekt „City*O.*Ticket" ist die STOAG neue Wege gegangen – sie haben sich bewährt.

Die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 lässt die Betrauung im Rahmen einer Direktvergabe an einen internen Betreiber unter definierten Voraussetzungen zu. Diese Verordnung ist mit der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes in deutsches Recht umgesetzt worden. Da die meisten Aufgabenträger im VRR auch gleichzeitig Eigentümer eines Verkehrsunternehmens sind, ist davon auszugehen, dass die in der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 vorgesehene Option einer Betrauung im Rahmen einer Direktvergabe an einen internen Betreiber in den meisten Fällen angestrebt wird. Erste Schritte sind eingeleitet. Für die STOAG und die Stadt Oberhausen wurde gemeinsam mit dem VRR im Jahr 2013 bereits eine vereinfachte Machbarkeitsstudie begonnen. Die Voraussetzungen zur Direktvergabe nach neuem Recht können voraussichtlich alle erfüllt werden. Dadurch ist gewährleistet, dass die STOAG auch nach 2019 den ÖPNV in Oberhausen erbringen wird.

7 Nachtragsbericht

Ratsbürgerentscheid

Im Dezember entschied der Rat der Stadt Oberhausen, die Bürgerinnen und Bürger mit einem Ratsbürgerentscheid über die Verlängerung der Linie 105 abstimmen zu lassen. Die STOAG informierte umfassend über das Projekt. In Oberhausen bildete sich ein breites Bündnis aus Verbänden und Interessensvertretungen zur Unterstützung der geplanten Infrastrukturmaßnahme. Bei einer Wahlbeteiligung von 23,3% stimmten am 8. März 2015 57% der Wähler gegen den Lückenschluss und 43% dafür. Das Votum bedeutet einen Rückschlag für die Nahverkehrsinfrastruktur in NRW. Der Ratsbürgerentscheid ist zwei Jahre bindend. Aufgrund der auslaufenden Fördermittel von Bund und Land aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ist die Verlängerung der Straßenbahnlinie 105 in den Folgejahren schwer realisierbar.

GMVA – Urteil des Oberverwaltungsgerichts

Das finanzielle Ergebnis aus der Beteiligung an der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein in Oberhausen (GMVA) ist in hohem Maße von der Entwicklung der Verbrennungskapazitäten und damit von der Wettbewerbssituation auf diesem hart umkämpften Markt und vor allem vom kommunalen Verbrennungsentgelt abhängig. Auch wenn die relativ gute konjunkturelle Entwicklung positive Impulse für diesen unter Überkapazitäten leidenden Markt verspricht, ist eine nachhaltige Erholung der Verbrennungsentgelte mittelfristig nicht zu erwarten.

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung der GMVA mit ihren Auswirkungen auf die Wirtschaftsbetriebe Duisburg AöR (WBD-AöR) ist vom Ausgang gerichtlicher Verfahren im Zusammenhang mit Klagen gegen Gebührenbescheide 2012, 2013 und 2014 der WBD-AöR sowie der von der Stadt Oberhausen beauftragten Preisprüfung der Verbrennungsentgelte abhängig. In der mündlichen Verhandlung des Oberverwaltungsgerichts am 27. April 2015 ist die Abfallgebührensatzung 2012 für nichtig erklärt worden. Die Auswirkungen des Urteils auf die für 2012 neu zu erstellende Gebührensatzung können erst beurteilt werden, wenn auf Basis der noch ausstehenden Urteilsbegründung die Ergebnisse der neuen LSP-Preiskalkulation mit anschließender Preisprüfung durch die Bezirksregierung vorliegen werden.

Alle Gesellschafter der GMVA haben im Jahr 2013 gemeinsam mit deren Geschäftsführung und externen Rechtsanwälten und Beratern ein wirtschaftliches Konzept und eine Neuausrichtung der GMVA ab 2014 umgesetzt. Auf dieser Basis wurde für das Jahr 2014 ein geringeres Verbrennungsentgelt festgelegt. In den erstinstanzlichen Urteilen bzgl. der Gebührenbescheide für das Jahr 2014 ist gleichzeitig die Berufung wegen grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache seitens des erstinstanzlichen Gerichts ausdrücklich zugelassen worden. Die WBD-AöR hat daraufhin die Berufung eingelegt, das weitere Verfahren bleibt abzuwarten.

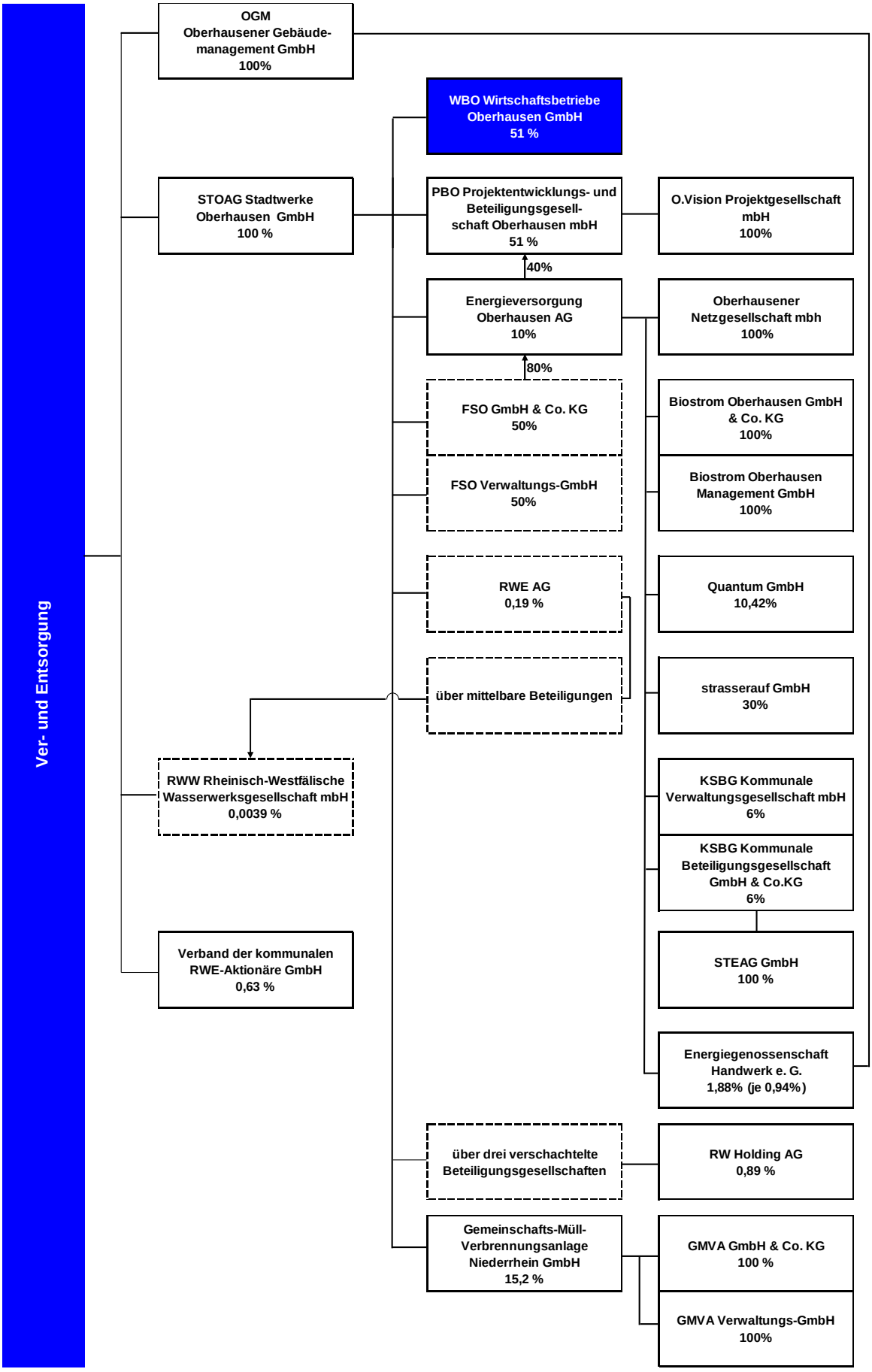
In Abhängigkeit von den Auswirkungen des OVG-Urteils sowie dem Ausgang der weiteren noch laufenden Verfahren können weitere außerplanmäßige Abschreibungen auf den Beteiligungswert erforderlich werden.

Oberhausen, den 11.Mai 2015

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

Peter Klunk — Werner Overkamp

Geschäftsführer — Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100%
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100%
40%
Energieversorgung Oberhausen AG 10%
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100%
80%
FSO GmbH & Co. KG 50%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100%
FSO Verwaltungs-GmbH 50%
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100%
RWE AG 0,19 %
Quantum GmbH 10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH 30%
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 6%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 6%
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100%

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Buschhausener Straße 149
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 8587-30
Fax	0208 / 8578-404
e-Mail	info@wbo-online.de
Internet	www.wbo-online.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.250,00

Gesellschafter:

	T€	%
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	612,50	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	637,50	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Gegenstand des Unternehmens sind insbesondere Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen

1.1 in den gebührenrelevanten Bereichen
- Entwässerung
- Müllabfuhr
- Straßenreinigung

1.2 in den nichtgebührenrelevanten Bereichen
- Fließgewässer
- Straßenunterhaltung
- Kfz-Werkstattbetrieb
- Aufgaben im Rahmen des DSD
- Abfallwirtschaft
- Unterhaltung von Verkehrsflächen und Signalanlagen

2. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

3. Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag vom 15.01.2008
Stadt Oberhausen	Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 12.01.1996
Stadt Oberhausen	Personalgestellungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Überleitungstarifvertrag zwischen der Stadt Oberhausen, der WBO GmbH und der ÖTV (nunmehr ver.di) vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Vereinbarung Geobasisdaten vom 03.03.2006
Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Laub vom 01.07.2007 - 31.12.2010

Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Straßenlaub vom 01.07.2007 - 31.12.2010
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Kanalbau vom 22.01.1998
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Straßenbau vom 26.01.2001
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Regelung der Grundsätze der Alttextilerfassung in Oberhausen vom 08.03.2000; Nachtrag vom 19.11.2004
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Reinigung der Bundesautobahn-Anschlussstellen im Stadtgebiet Oberhausen vom 20.08.2008

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Woidtke, Karsten
	Mitglied	Guthoff, Maria
	Prokurist	Jehn, Michael
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Wehling, Klaus
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Hanning, Guido
	stellv. Vorsitzender	Emmerich, Karl-Heinz
	stellv. Vorsitzender (AN)	Crämer, Wolfgang
	Mitglied gem. § 113 GO	Lauxen, Sabine
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Erlenbach, Klaus
	Mitglied	von Hebel, Antonius
	Mitglied	Jeppel, Jürgen
	Mitglied	Koch, Lühr Otto Werner Klaus
	Mitglied	Rubin, Dirk
	Mitglied	Rudolph, Karl-Ulrich
	Mitglied	Schuler, Immanuel
	Mitglied	Steinberg, Wolfgang
	Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied (AN)	Croonenbroeck, Andreas
	Mitglied (AN)	Greven, Henrike
	Mitglied (AN)	Horatz, Stefan
	Mitglied (AN)	Langenbusch, Jürgen
	Mitglied (AN)	di Lorenzi, Ursula
	Mitglied (AN)	Schüll, Michael

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,18

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	12.924,30	35,7	11.484,12	37,1	10.644,37	39,9	-839,75	-7,31
Umlaufvermögen	23.279,58	64,3	19.469,10	62,9	16.009,74	60,1	-3.459,36	-17,77
Rechnungsabgrenzungsposten					0,27	0,0	0,27	
Bilanzsumme	**36.203,88**	**100,00**	**30.953,22**	**100,00**	**26.654,38**	**100,00**	**-4.298,84**	**-13,89**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	5.660,21	15,6	5.468,09	17,7	5.943,82	22,3	475,73	8,70
Rückstellungen	4.465,64	12,3	4.642,74	15,0	4.409,85	16,5	-232,89	-5,02
Verbindlichkeiten	26.078,04	72,0	20.841,47	67,3	16.300,71	61,2	-4.540,76	-21,79
Rechnungsabgrenzungsposten			0,92	0,0			-0,92	-100,00
Bilanzsumme	**36.203,88**	**100,00**	**30.953,22**	**100,00**	**26.654,38**	**100,00**	**-4.298,84**	**-13,89**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	40.178,39	47.830,28	51.108,56
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	9.045,98	-5.611,25	-8.436,47
sonstige betriebliche Erträge	317,11	445,93	434,53
Materialaufwand	21.024,82	13.547,29	13.413,17
Personalaufwand	18.429,54	19.448,05	19.671,58
Abschreibungen	1.782,18	1.636,72	1.418,07
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.507,13	1.703,13	1.688,45
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	20,78	14,39	11,04
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	50,00	50,00	50,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	399,62	246,81	216,03
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.368,97	6.047,34	6.660,37
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.211,50	2.068,00	2.219,80
sonstige Steuern	79,55	91,46	84,84
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	4.077,91	3.887,89	4.355,73
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	4.152,47	4.080,38	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	8.230,38	7.968,27	4.355,73

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	10,15	8,13	8,52	%
Eigenkapitalrentabilität:	-158,66	-155,50	274,27	%
Cash-Flow:	5.910,10	5.574,61	5.823,79	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	132,11	111,11	111,68	T€
Personalaufwandsquote:	37,20	45,58	45,63	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	35,43	36,84	39,58	%
Eigenkapitalquote:	15,63	17,67	22,30	%
Fremdkapitalquote:	84,37	82,33	77,70	%

e) Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2014 schließt mit einer Gesamtleistung von TEUR 43.107 ab (+1 % gegenüber Vorjahr). Nachstehende Tabelle bietet einen Überblick über die Entwicklung der zur Gesamtleistung beitragenden Positionen sowie einen Vergleich zum Vorjahr:

	2014	2013	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse	51.108	47.830	3.278	6,9
Bestandsveränderungen	-8.436	-5.611	-2.825	50,3
Sonstige betriebliche Erträge	435	446	-11	-2,5
Gesamtleistung	**43.107**	**42.665**	**442**	**1,0**

Die Erhöhung des Umsatzvolumens gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 6,9 % ist maßgeblich auf höhere Erlöse in den Kategorien „andere Umsätze mit der Stadt Oberhausen“ sowie „Sonderbauprogramme“ zurückzuführen.

Der Bestand der nicht abgeschlossenen Kanalbaumaßnahmen verringert sich um TEUR 8.405 (Vorjahr: TEUR 5.520). Unter Berücksichtigung der Bestandsverminderungen für den Bebauungsplan „Zur Koppenburgs Mühle“ in Höhe von TEUR 30 sowie für sonstige Maßnahmen des Betriebes Kanäle und Straßen in Höhe von TEUR 1 ergibt sich in Summe eine Bestandsreduzierung in Höhe von TEUR 8.436.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind insbesondere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 143, aus Anlagenabgängen in Höhe von TEUR 95, aus Personalkostenerstattungen in Höhe von TEUR 53 sowie aus Bonusgutschriften in Höhe von TEUR 40 enthalten.In der folgenden Tabelle sind die Umsatzerlöse der WBO dargestellt:

	2014	2013	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Leistungsvertrag Stadt OB	28.235	27.877	358	1,3
andere Umsätze Stadt OB / städt. Beteiligungen	3.685	2.632	1.053	40,0
Sonderbauprogramme Stadt OB	12.779	11.286	1.493	13,2
sonstige Umsätze	6.409	6.035	374	6,2
Summe	**51.108**	**47.830**	**3.278**	**6,9**

Im Leistungsvertrag ist die Steigerung der Umsatzerlöse von 1,3 % überwiegend auf die Erhöhung der Preisindizes und die ganzjährige Abrechnung des geänderten Sperrmüll-konzepts im Leistungsbild Abfallentsorgung (Vorjahr: Einbeziehung erst ab dem vierten Quartal) zurückzuführen.

Die anderen Umsätze mit der Stadt Oberhausen und städtischen Beteiligungsgesellschaften sind gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 40 % gestiegen. Hier sind insbesondere erhöhte Umsatzerlöse für Bau- und Ingenieurleistungen der Sparte Stadtentwässerung zu erwähnen, z.B. Entwicklung und Planung des Bebauungsplans Rechenacker/Samlandstraße.

Die Umsatzerlöse aus Sonderbauprogrammen sind im Verhältnis zum Vorjahr um 13,2 % gestiegen. Sie werden überwiegend aus den Beständen langjähriger Kanalbaumaßnahmen, die in 2014 mit der Stadt Oberhausen abgerechnet wurden, erwirtschaftet.

Die sonstigen Umsätze sind gegenüber dem Vorjahr um 6,2 % gestiegen, was primär auf höhere Umsätze der Sparte Kfz-Werkstatt mit der Remondis GmbH & Co. KG und der TSR Recycling GmbH & Co. KG sowie auf Mehrerlöse der Sparte Müllabfuhr in den Segmenten Altkleidersammlung und Verwertung von Elektroschrott zurückzuführen ist.

	2014	2013	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	58	24	34	141,7
Grundstücke und Bauten	7	0	7	0,0
andere Anlagen, BGA	503	187	316	169,0
Anlagen im Bau	59	13	46	353,8
Finanzanlagen	50	50	0	0,0
Summe	**677**	**274**	**403**	**147,1**

Die Investitionstätigkeit (TEUR 677) hat sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 147,1 % erhöht. Dabei entfällt der überwiegende Teil auf die Position andere Anlagen, BGA (Betriebs- und Geschäftsausstattung). Hier sind insbesondere Investitionen in ein Kanal-inspektionssystem, ein Laubsammelsystem sowie in Müllpressen und Container zu nennen. Die Beschaffung von Fahrzeugen und Arbeitsmaschinen wird wie im Vorjahr über Leasing abgewickelt. Dabei belaufen sich die im Berichtsjahr abgeschlossenenen Leasingverträge auf ein Kontraktvolumen in Höhe von 1.205 TEUR (Vorjahr: 886 TEUR).

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

Der Jahresüberschuss erhöht sich gegenüber dem Vorjahr von TEUR 3.888 auf TEUR 4.356. Ursächlich hierfür sind der deutlich geringere Winterdiensteinsatz gegenüber 2013, eine weiter positive Ergebnisentwicklung in der Sparte Müllabfuhr sowie die zusätzlichen Umsätze aus Ingenieurleistungen außerhalb des Kanalbauprogramms.

Die Kennzahlen des Unternehmens stellen sich wie folgt dar:

	2014	**2013**
Umsatzrentabilität*	8,5%	8,1%
Gesamtkapitalrentabilität**	17,2%	13,6%
Eigenkapitalrentabilität***	275,7%	246,1%

* Gewinn x 100 / Umsatz
** (Gewinn + Fremdkapitalzinsen) x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
*** Gewinn x 100 / gezeichnetes Kapital + Rücklage

Infolge des gestiegenen Jahresergebnisses und der vergleichsweise geringeren Steigerung des Umsatzvolumens erhöht sich die Umsatzrentabilität gegenüber dem Vorjahr.

Die gestiegene Gesamtkapitalrentabilität erklärt sich sowohl aus der Steigerung des Jahresergebnisses als auch aus der Verringerung der Bilanzsumme bedingt durch die Fertigstellung mehrjähriger Maßnahmen im Kanalbauprogramm einerseits und des gesunkenen Anlagevermögens infolge Fahrzeugleasings andererseits.

Die Vermögens- und Finanzlage spiegeln folgende Kennzahlen wider:

	2014	**2013**
Eigenkapital	TEUR 5.944	TEUR 5.468
Eigenkapitalquote*	22,3%	17,7%
Verschuldungsgrad**	77,7%	82,3%
Anlagendeckungsgrad***	55,8%	47,6%

* Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
** Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
*** Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen

Das zum Bilanzstichtag ausgewiesene Eigenkapital erhöht sich gegenüber dem Vorjahr in Höhe der Veränderung des Bilanzgewinns. Die deutlich gestiegene Eigenkapitalquote erklärt sich zusätzlich aus der im Berichtsjahr gesunkenen Bilanzsumme.

Der Abbau von Bankverbindlichkeiten sowie der erhaltenen Anzahlungen für das Kanalbauprogramm hat eine Reduzierung des Verschuldungsgrads zur Folge.

Der gestiegene Anlagendeckungsgrad erklärt sich durch die buchmäßige Verringerung des Anlagevermögens infolge der Abschreibungen.

Die Innenfinanzierungskraft (Jahresüberschuss + Abschreibungen + Veränderung der langfristigen Rückstellungen) nimmt gegenüber dem Vorjahr geringfügig zu (+ TEUR 65). Maßgeblich hierfür sind die gegensätzlichen Effekte aus dem gestiegenen Jahresergebnis einerseits sowie der geringeren Abschreibungssumme und dem Abbau der langfristigen Rückstellungen andererseits.

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres 2014

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres 2014 sind nicht eingetreten.

4. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die WBO agiert auf der Grundlage seinerzeit langfristig abgeschlossener Verträge mit der Stadt Oberhausen und ihren Gesellschaften sowie aufgrund von mehrjährigen Verträgen mit Remondis relativ unabhängig von Marktentwicklungen. Die Verträge mit der Stadt Oberhausen sehen in einigen Leistungsbereichen eine erstmalige Kündigungsmöglichkeit zum Jahresende 2015 vor. Die WBO wird hiervon keinen Gebrauch machen. Die Entscheidung seitens der Stadt Oberhausen wird in 2015 erwartet.

Die öffentlichen Verkehrsflächen des Erschließungsvorhabens „Zur Koppenburgs Mühle“ wurden zwischenzeitlich durch die Stadt Oberhausen auflagenfrei abgenommen und übernommen. Durch den Verkauf des letzten Grundstückes konnte das Erschließungsvorhaben in 2014 abgeschlossen werden.

Die WBO ermittelt regelmäßig ihre Risiken im Rahmen des Risikomanagements, um Chancen rechtzeitig zu erkennen, zu bewerten und der Geschäftsführung die Möglichkeit zur rechtzeitigen Gegensteuerung zu geben.

Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen, die einen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WBO haben, sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennbar.

Bis zum Jahre 2015 werden Zinsaufwendungen für Bestandsdarlehen in Höhe von TEUR 62 die Ergebnisse belasten.

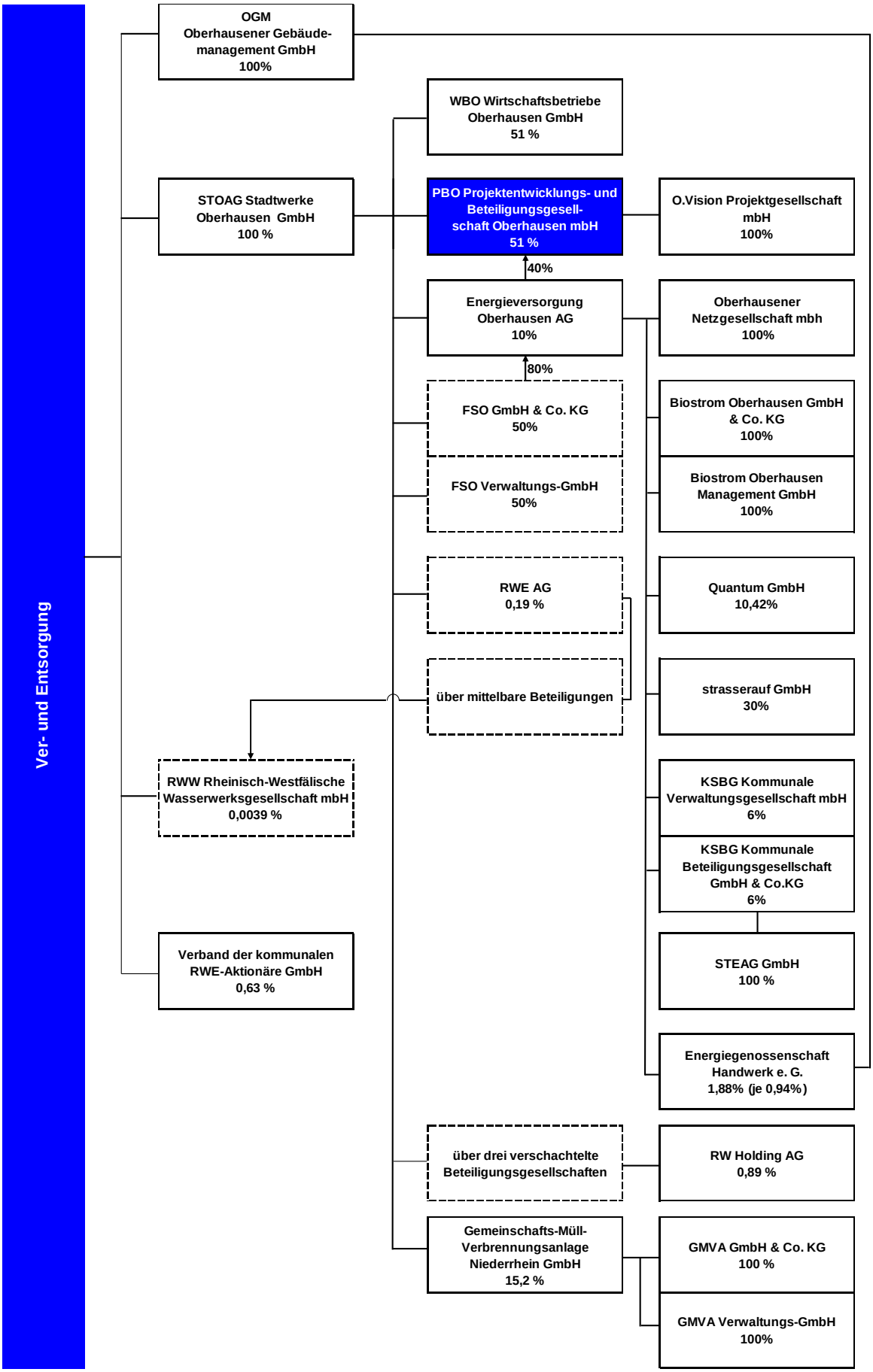
Bestandsgefährdende Risiken sind von der Geschäftsführung derzeit nicht zu erkennen.

Unser besonderer Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft im Jahre 2014. Wir vertrauen auch weiterhin auf den Einsatz und die Leistungsbereitschaft der Belegschaft.

Oberhausen, den 19. Februar 2015

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH

Maria Guthoff Karsten Woidtke


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
STEAG GmbH
100 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 835 5301
Fax	0208/853983
e-Mail	lichtenheld@eno-gmbh.de
Internet	-

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 255,65

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	102,26	40,00
Stadtsparkasse Oberhausen	23,01	9,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	130,38	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Unternehmen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lichtenheld, Frank
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Overkamp, Werner

Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Wehling, Klaus
	stellv. Vorsitzender	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	Mitglied	Homberg, Bernd
	Mitglied	Overkamp, Werner
	Mitglied	Salhofen, Ulrich
	Mitglied	Schranz, Daniel
	Mitglied	Wittmann, Regina

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	
Umlaufvermögen	3.794,20	49,0	4.415,55	56,8	4.815,31	61,8	399,76	9,05
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	3.948,05	51,0	3.356,16	43,2	2.975,91	38,2	-380,25	-11,33
Bilanzsumme	**7.742,25**	**100,00**	**7.771,71**	**100,00**	**7.791,21**	**100,00**	**19,50**	**0,25**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Rückstellungen	1.199,17	15,5	1.224,47	15,8	1.210,46	15,5	-14,01	-1,14
Verbindlichkeiten	6.543,08	84,5	6.547,24	84,2	6.580,75	84,5	33,51	0,51
Bilanzsumme	**7.742,25**	**100,00**	**7.771,71**	**100,00**	**7.791,21**	**100,00**	**19,50**	**0,25**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	429,45	692,51	229,12
sonstige betriebliche Erträge	0,25	2,32	0,37
Materialaufwand		0,00	
Personalaufwand	2,00	8,70	3,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	79,62	294,57	82,52
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	389,61	387,21	388,08
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	187,16	181,71	151,89
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	550,53	597,07	380,17
sonstige Steuern	1,23	5,18	-0,09
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	549,31	591,90	380,25
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	549,31	591,90	380,25

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	127,91	85,47	165,96	%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	549,31	591,90	380,25	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,47	1,25	1,31	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Rechtsstreit EAI

Der Rechtsstreit mit Euro Auctions Immobilien GmbH (EAI) wurde 2014 fortgesetzt. Ende Februar 2014 haben PBO/OVP einen zeitlich angepassten Vergleichsvorschlag an EAI versendet. Außerdem wurde EAI vorgeschlagen, dass gemeinsam wegen der schwebenden Vergleichsverhandlungen beim LG Duisburg das Ruhen des Verfahrens beantragt wird, um nicht ständig Fristverlängerungen erbitten zu müssen. Das LG Duisburg hat daraufhin mit Schreiben vom 5. März 2014 das Ruhen des Verfahrens beschlossen. Die Gespräche zum Abschluss eines Vergleiches werden derzeit fortgeführt.

Jahresabschluss 2014

Im Geschäftsjahr 2014 hat die PBO (einschließlich der zum 1. Januar 2008 verschmolzenen O.Vision Zukunftspark Oberhausen - OVZ) Umsatzerlöse in Höhe von 190 T€ aus zwei Grundstücksverwertungen durch EAI erzielt.

Die PBO weist zum Abschluss des Geschäftsjahres 2014 einen Jahresüberschuss von 380 T€ aus. Das negative Eigenkapital hat sich hierdurch auf 2.976 T€ reduziert.

Einer Überschuldung wurde durch entsprechende Rangrücktritte vorgebeugt.

Die Aufwandsseite ist im Wesentlichen von Zinsaufwendungen (152 T€) geprägt. Die Erlösseite wird durch Umsatzerlöse aus Grundstücksverwertungen (190 T€) sowie durch Zinserträge (388 T€), insbesondere aus interner Verrechnung mit der OVP bestimmt.

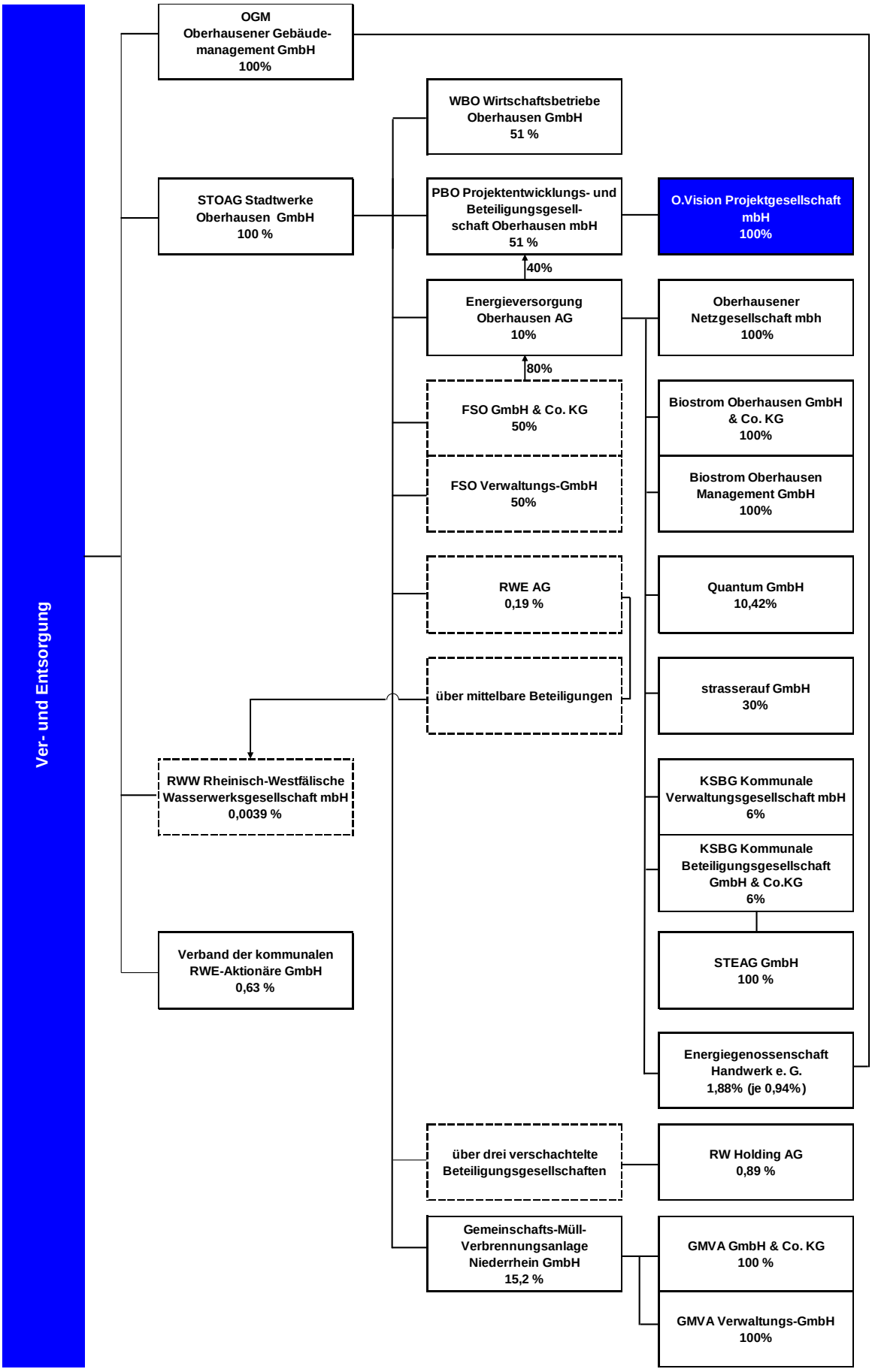
Ausblick

In 2015 werden weitere Umsatzerlöse von EAI aus Grundstücksverwertungen erwartet. Die Umsatzerlöse könnten sich erhöhen, wenn EAI dem vorgenannten Vergleich zustimmt.

Oberhausen, 4. März 2015

Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH

Frank Lichtenheld


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100%
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100%
40%
Energieversorgung Oberhausen AG 10%
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100%
80%
FSO GmbH & Co. KG 50%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100%
FSO Verwaltungs-GmbH 50%
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100%
RWE AG 0,19 %
Quantum GmbH 10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH 30%
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 6%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 6%
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100%

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 825 2010
Fax	0208/ 825 5222
e-Mail	-
Internet	-

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte, insbesondere von Grundstücksteilflächen des ehemaligen Stahlwerks Oberhausen mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH
Stadt Oberhausen	Erklärung einer Mittelverwendungsbürgschaft der Stadt über 18.491 TDM vom 17.11.1999 zur Sicherung des Investitionszuschusses des Landes an die O.Vision Projektgesellschaft mbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Klunk, Peter
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Overkamp, Werner

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	1.840,40	9,6	1.844,34	9,3	1.917,22	9,2	72,88	3,95
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	17.241,24	90,4	18.070,31	90,7	18.835,69	90,8	765,38	4,24
Bilanzsumme	**19.081,64**	**100,00**	**19.914,66**	**100,00**	**20.752,91**	**100,00**	**838,25**	**4,21**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Rückstellungen	8.639,95	45,3	9.063,07	45,5	9.475,33	45,7	412,26	4,55
Verbindlichkeiten	10.441,69	54,7	10.851,59	54,5	11.277,58	54,3	425,99	3,93
Bilanzsumme	**19.081,64**	**100,00**	**19.914,66**	**100,00**	**20.752,91**	**100,00**	**838,25**	**4,21**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	0,00	0,00	36,86
sonstige betriebliche Erträge	11,75	9,59	8,81
Materialaufwand	0,00	0,00	0,00
Personalaufwand	0,00	0,00	0,00
Abschreibungen	0,00	0,00	0,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	56,08	56,74	56,13
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	82,47	82,47	82,47
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	385,56	385,56	385,56
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-347,42	-350,25	-313,55
außerordentliche Aufwendungen	7.633,35	478,00	451,00
außerordentliches Ergebnis	-7.633,35	-478,00	-451,00
sonstige Steuern	-3,06	0,83	0,83
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-7.977,71	-829,07	-765,38
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-7.977,71	-829,07	-765,38

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:			-2.076,45	%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	-7.977,71	-829,07	-765,38	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,00	0,00	0,00	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Rechtsstreit NRW.Bank

Der Rechtsstreit mit der NRW.Bank über die Rückzahlung von Zuschüssen wurde 2014 fortgesetzt. Nach einem weiteren Verhandlungstermin am 22.05.2014 wurde am 26.06.2014 seitens des Landgerichts Duisburg in dem Rechtsstreit NRW.Bank gegen O.VISION Projektgesellschaft und gegen die Stadt Oberhausen das Urteil verkündet. Die OVP wurde verurteilt, an die NRW.Bank 6,2 Mio. € nebst Zinsen zu zahlen. Im Übrigen wurde die Klage gegen die Stadt Oberhausen hinsichtlich der Inanspruchnahme aus der Bürgschaft abgewiesen. Die Berufungseinlegung und eine schriftliche Berufungsbegründung wurden fristgerecht beim OLG eingereicht. Ein Verhandlungstermin wurde vom OLG noch nicht bestimmt.

Rechtsstreit EAI

Der Rechtsstreit mit Euro Auctions Immobilien GmbH (EAI) wurde 2014 ebenfalls fortgesetzt. Ende Februar 2014 haben PBO/OVP einen zeitlich angepassten Vergleichsvorschlag an EAI versendet. Außerdem wurde EAI vorgeschlagen, dass gemeinsam wegen der schwebenden Vergleichsverhandlungen beim LG Duisburg das Ruhen des Verfahrens beantragt wird, um nicht ständig Fristverlängerungen erbitten zu müssen. Das LG Duisburg hat daraufhin mit Schreiben vom 05.03.14 das Ruhen des Verfahrens beschlossen. Die Gespräche zum Abschluss eines Vergleiches werden derzeit fortgeführt.

Jahresabschluss 2014

Umsatzerlöse aus dem Vertrag mit EAI konnten im Geschäftsjahr 2014 in Höhe von 37 TEUR erzielt werden. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 765 TEUR resultiert in erster Linie aus der Einbuchung der Risiken im Zusammenhang mit möglichen Rückzahlungen der erhaltenen Fördermittel (Erhöhung der Zinsrückstellung) und aus den Zinsbelastungen im Zusammenhang mit den Gesellschafterdarlehen.

Zur Sicherstellung der Liquidität der Gesellschaft hat die PBO auch im Geschäftsjahr 2014 Gesellschafterdarlehen zur Verfügung gestellt. Zum 31. Dezember 2014 bestehen Rang- rücktritte der Gesellschafterin PBO im Zusammenhang mit ihren Forderungen in Höhe von 10,8 Mio. EUR. Eine Überschuldung der OVP im insolvenzrechtlichen Sinne ist damit zum 31. Dezember 2014 nicht gegeben.

Ausblick / Risiken

Aufgrund der Gestaltung des mit EAI abgeschlossenen Vertrages bestehen in den nächsten Jahren weitere Chancen auf Verwertungsprovisionen im Zusammenhang mit den von EAI getätigten Grundstücksverkäufen. Voraussichtlich werden diese nicht ausreichen, die Gesellschafterdarlehen in vollem Umfang zurückzuzahlen.

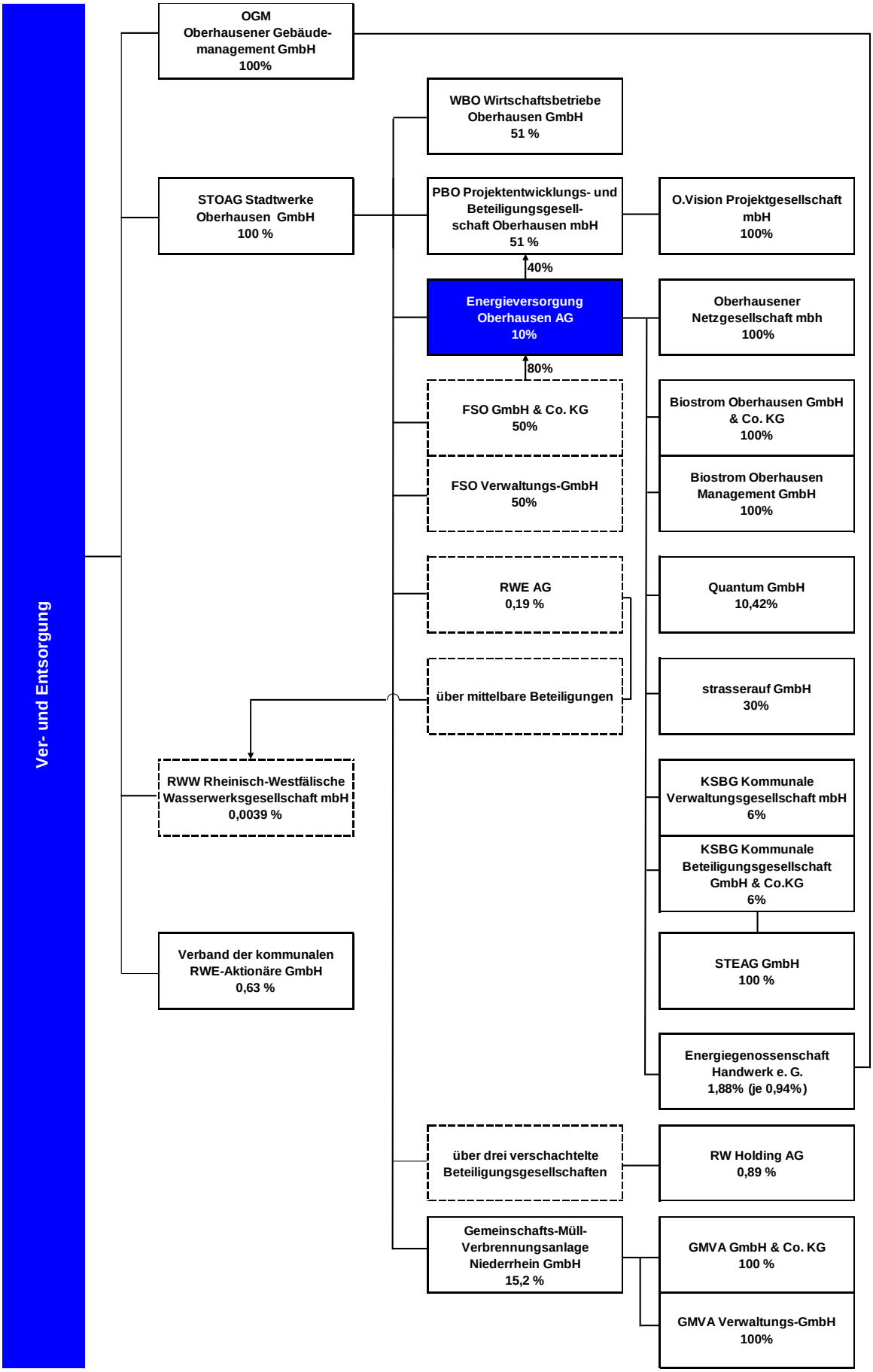
Eine eigene operative Geschäftstätigkeit der OVP ist für das Jahr 2015 und auch für die Folgejahre weiterhin nicht geplant.

Aufgrund der Klage der NRW.Bank ergeben sich Risiken im Zusammenhang mit möglichen Rückführungen der erhaltenen Fördermittel. Im 2. Halbjahr 2015 wird der Gesamtanspruch der NRW.Bank an die OVP aus der Zahlungsaufforderung inkl. Verzugszinsen den Maximalbetrag der Patronatsvereinbarung in Höhe von 9,5 Mio. EUR erreichen.

Oberhausen, 27. Februar 2015

O.VISION Projektgesellschaft mbH

Peter Klunk


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

evo Energieversorgung Oberhausen AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 8350
Fax	0208/ 8352620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	www.evo-energie.de/

Rechtsform: AG

Stammkapital in T€: 26.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
FSO GmbH & Co.KG	20.800,00	80,00
RWE Deutschland AG	2.600,00	10,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	2.600,00	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

-jedwede Art der Erzeugung, gewerblichen Nutzung und Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) und Wasser im jeweiligen Gebiet der Stadt Oberhausen sowie im Zusammenhang damit die Abgabe solcher Energien in Netze außerhalb des Stadtgebietes;

-die Entsorgung von Abfällen jeglicher Art;

-die Planung und Durchführung von baulichen und maschinellen Anlagen auf den Gebieten der Energie- und Wasserversorgung und -verteilung sowie der Abfallentsorgung auch für Dritte;

-die Erbringung von Dienstleistungen;

-sowie die Errichtung und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Telekommunikation.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.
Sie kann insbesondere

-Dienstleistungen erbringen

-Anlagen und Einrichtungen aller Art erwerben, errichten und betreiben, allein oder gemeinsam mit anderen, für eigene oder fremde Rechnung;

-Forschung und Entwicklung betreiben;

-Patente oder sonstige gewerbliche Schutzrechte, Kenntnisse oder Erfahrungen erwerben, verwerten und veräußern;

-Grundstücke und andere Immobilien erwerben, verwerten und veräußern.

Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Fernwärmeliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Vertrag über Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	Pachtvertrag über Strom- und Gasversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006; Pachtvertrag über Fernwärmeversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006; Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006
RWE Gesellschaften	Rahmenvertrag über den Kauf/Verkauf von elektrischer Energie und Optionen vom 28.06.2006; Vertrag über die "bilanzkreistechnische Abwicklung von Lieferungen in Regelzonen der E.ON, Vattenfall und EnBW" und Lieferung von Ausgleichsenergie in diesen Regelzonen; Vertrag über Kauf und Rückgabe von Fahrplänen und Lieferung von Ausgleichsenergie vom 17.07.2008
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für das Gasverteilungsnetz der allgemeinen Versorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für das Stromverteilungsnetz der allgemeinen Versorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für die Fernwärmeversorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der evo vom 23.11.1995 über die Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme in Oberhausen (bis 31.12.2014)
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der evo vom 16.12.2003
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und der STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 28.11.2006 über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für WFO und deren Tochtergesellschaften

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Vorstand:	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Homberg, Bernd
Prokura:	Prokuristin	Slomma, Claudia
	Prokurist	Basler, Christian
	Prokurist	Mucke, Arnd
	Prokurist	Seifert, Eckhard
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Hauptversammlung:		Geschäftsführung der STOAG

Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Wehling, Klaus
	1. stellv. Vorsitzender	Böddeling, Bernd
	2. stellv. Vorsitzender (AN)	Püttmann, Uwe
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Emmerich, Karl-Heinz
	Mitglied	Dr. Glimpel, Thomas
	Mitglied	Kremer-Pléw, Peter
	Mitglied	Reichardt, Jürgen
	Mitglied	Schranz, Daniel
	Mitglied	Dr. Schröder, Achim
	Mitglied	Dr. Schulte, Franz-Josef
	Mitglied (AN)	Ludwig, Andreas
	Mitglied (AN)	Michel, Ralf
	Mitglied (AN)	Neuhaus, Jürgen
	Mitglied (AN)	Tirbs, Markus

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	1.000,00	100,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	25,00	100,00
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	1,00	0,93
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,18
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,06	6,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	6,00	6,00
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	30,00	100,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	102,26	40,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	82,50	11,24
strasserauf GmbH	7,50	30,00
mittelbar	**T€**	**%**
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	10,00	40,00
STEAG GmbH	7.680,00	6,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	116.310,37	66,8	114.834,48	66,0	128.818,48	71,5	13.984,00	12,18
Umlaufvermögen	57.260,28	32,9	58.563,43	33,7	50.500,08	28,0	-8.063,35	-13,77
Rechnungsabgrenzungsposten	473,42	0,3	555,14	0,3	770,44	0,4	215,30	38,78
Bilanzsumme	**174.044,07**	**100,00**	**173.953,05**	**100,00**	**180.089,00**	**100,00**	**6.135,95**	**3,53**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	30.304,99	17,4	30.304,99	17,4	30.304,99	16,8	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil	9.913,54	5,7	8.804,85	5,1	7.389,56	4,1	-1.415,29	-16,07
Rückstellungen	65.972,14	37,9	59.037,95	33,9	64.562,84	35,9	5.524,89	9,36
Verbindlichkeiten	67.523,41	38,8	75.475,25	43,4	77.501,61	43,0	2.026,36	2,68
Rechnungsabgrenzungsposten	330,00	0,2	330,00	0,2	330,00	0,2	0,00	0,00
Bilanzsumme	**174.044,07**	**100,00**	**173.953,05**	**100,00**	**180.089,00**	**100,00**	**6.135,95**	**3,53**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	227.796,50	239.181,59	217.888,36
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-131,59	-48,49	0,00
andere aktivierte Eigenleistungen	4,65	12,30	0,00
sonstige betriebliche Erträge	8.456,27	6.558,44	3.261,91
Materialaufwand	169.661,39	185.548,13	159.804,44
Personalaufwand	26.975,07	21.063,75	20.988,03
Abschreibungen	9.194,77	9.019,85	8.860,50
sonstige betriebliche Aufwendungen	13.664,99	12.780,35	14.880,72
Erträge aus Beteiligungen	1.504,63	1.500,00	1.502,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	368,29	232,52	202,75
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	450,68	270,39	981,92
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	1.500,57	503,95	3.205,40
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	1.593,66	1.235,16	329,62
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.602,98	3.049,94	3.225,83
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13.255,98	14.505,63	12.542,41
sonstige Steuern	2.282,66	3.080,35	1.497,25
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	10.973,32	11.425,28	11.045,17
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,82	4,78	5,07	%
Eigenkapitalrentabilität:	36,21	37,70	36,45	%
Cash-Flow:	21.761,75	21.680,29	20.235,29	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	682,44	930,70	857,17	T€
Personalaufwandsquote:	11,42	8,57	9,49	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	57,16	56,56	56,47	%
Eigenkapitalquote:	17,41	17,42	16,83	%
Fremdkapitalquote:	82,59	82,58	83,17	%

e) Lagebericht

1 Unternehmen

Die Energieversorgung Oberhausen AG (evo), Oberhausen, wurde 1971 durch Ausgliederung der Energieversorgungsbereiche aus der Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG), Oberhausen, gemeinsam mit der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG – heute RWE AG –, Essen, gegründet. Aufgrund der Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) erfolgte mit Wirkung zum 1. Januar 2007 die Ausgliederung sämtlicher Netzaktivitäten auf die neu gegründete 100-prozentige Tochtergesellschaft, die Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz), Oberhausen.

Das Grundkapital der evo beträgt TEUR 26.000 und ist eingeteilt in 64.000 Stückaktien. Aktionäre der Gesellschaft sind die RWE Deutschland AG (RWE), Essen, und die STOAG, mit je 6.400 Stückaktien sowie die FSO GmbH & Co. KG (FSO), Oberhausen, mit 51.200 Stückaktien. Diese repräsentieren derzeit ein Grundkapital von je TEUR 2.600 für die RWE und die STOAG sowie ein anteiliges Grundkapital von TEUR 20.800 für die FSO. Sowohl zwischen der FSO und der evo als auch zwischen der evo und der OB-Netz bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge (EAV) im Rahmen des gesetzlich Zulässigen. Darüber hinaus ist eine ertragsteuerliche Organschaft mit der FSO (Organträger) und den evo-Gesellschaften (Organgesellschaften) gegeben. Eine umsatzsteuerliche Organschaft zwischen der evo und der OB-Netz besteht seit 2012 nicht mehr. Als Konzerntochter ist die evo in den FSO-Konzern eingebunden.

Die evo nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme, Energieservice), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Sie hat damit eine signifikante regionale Stellung. Fernwärme und Strom werden nicht nur in zwei eigenen Heizkraftwerken (HKWs), sondern auch in einem Biomasse-Heizkraftwerk, betrieben von der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) als 100-prozentige Tochter der evo, an den Standorten Alt-Oberhausen und Sterkrade erzeugt, im Übrigen von weiteren Stromhändlern und der Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA; nur Wärme) bzw. der OXEA Group (nur Abwärme) bezogen. Daneben betreibt die evo eine Dampferzeugungsanlage auf einem durch Einräumung einer befristeten Dienstbarkeit überlassenen Grundstück.

Die Strategie der evo zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes besteht in der Fokussierung auf das Kerngeschäft Energie (Erzeugung, Beschaffung, Vertrieb) einschließlich energienaher Dienstleistungen in Oberhausen und Umgebung. Dabei ist dem Gesichtspunkt der sicheren und umweltverträglichen Versorgung Rechnung zu tragen. Die evo setzt sich zum Ziel, durch ihr unternehmerisches Handeln eine Balance innerhalb des energiewirtschaftlichen Zieldreiecks, bestehend aus Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten, um ihren Kunden langfristig eine bezahlbare Energieversorgung garantieren zu können.

Trotz des zunehmenden Wettbewerbs beim Strom- und Erdgasvertrieb konnte die evo ihre wirtschaftlichen Interessen durch ein aktives Marktmanagement und innovative Produkte maßvoll und kundenverträglich weiter verfolgen. Durch die gemeinsame Energiebeschaffung der Gesellschaft Quantum GmbH (Quantum) werden für die evo optimale Konditionen realisiert.

2 Rahmenbedingungen

2.1 Wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Lage

Der Wettbewerbsdruck auf dem Strom- und Gasmarkt ist unverändert hoch und nimmt eher noch weiter zu. Dies liegt daran, dass die Wechselbereitschaft der Kunden – insbesondere auf dem Strommarkt, aber vermehrt auch beim Erdgas – insgesamt steigt, auch wenn die absolute Zahl der Wettbewerber nach starkem Anstieg in den Vorjahren inzwischen weitgehend stagniert. So sind es bis zu 200 Stromanbieter, die auf dem Oberhausener Markt mit der evo konkurrieren; im Gasbereich sind es bislang rund 120 Gasanbieter, die mit der evo um Marktanteile ringen. Die Zahl der aktiven Wettbewerber ist damit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (Strom: rd. 200, Erdgas: etwa 120) beinahe identisch geblieben.

Trotz dieses zunehmenden Wettbewerbsdrucks kann die evo sowohl bei Strom als auch bei Erdgas ihre führende Marktposition verteidigen und hohe Kundenanteile binden. Auf dem härter umkämpften Strommarkt liegt der Marktanteil (Privat- und Gewerbekunden; PuG) derzeit bei 88%; beim Erdgasgeschäft sind es sogar 91% Marktanteil. Ein Instrument zur Sicherung der Marktanteile speziell im Bereich des Erdgasabsatzes bei PuG ist das ab Jahresende 2014 vertriebene, neue Produkt „TOB-WärmeKomplett“.

Die evo setzt auf langfristige Zusammenarbeit mit Kunden und Marktpartnern. Stabile, dauerhafte Partnerschaften sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor, um auf den liberalisierten Energiemärkten bestehen zu können. Die evo ist in dieser Hinsicht gut aufgestellt. Einen Wettbewerbsvorteil bietet etwa die Beteiligung an der Energiebeschaffungsgesellschaft Quantum, die es erlaubt, Strom und Erdgas im Verbund mit anderen Partnern günstig einzukaufen.

Jenseits ihres Kerngeschäftes ist die evo in Oberhausen weiterhin in vielfältiger anderer Art und Weise aktiv. Das Unternehmen unterstützt in den Bereichen Soziales, Kultur, Sport und Jugend zahlreiche Projekte, Maßnahmen und Vereine. Die evo bekennt sich damit als lokal stark verwurzeltes Unternehmen zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Für die evo ist es ein selbstverständlicher Teil der Unternehmenskultur, sich zu engagieren: für die Stadt Oberhausen und die Menschen, die hier leben.

Mit Blick auf die Gesamtlage der Branche bleibt abzuwarten, wie rasch und mit welchen ordnungspolitischen Schwerpunkten es der Bundesregierung gelingt, den nach Regierungsübernahme im Herbst 2013 vorgestellten 10-Punkte-Plan zur Umsetzung der Energiewende abzuarbeiten. Zwar ist es mit der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) in 2014 gelungen, den über Jahre hinweg rasanten Anstieg der EEG-Umlage zu stoppen, doch stagniert diese weiterhin auf hohem Niveau. Weitere Maßnahmen, darunter die Erarbeitung eines europäischen Klima- und Energierahmens 2030, eine Reform des Strommarktdesigns, des europäischen Emissionshandels, der Netzinfrastruktur oder die Entwicklung einer Strategie zur Steigerung der Energieeffizienz sind jedoch weiterhin nicht umgesetzt. Damit aber bleibt die strategische Marktlage insbesondere für Stadtwerke und regionale Energieversorgungsunternehmen anspruchsvoll, weil schwer berechenbar.

2.2 Belegschaft

Die Beschäftigtenzahl ist, nach vielen Jahren des Beschäftigtenrückgangs, im Jahr 2014 im Vergleich zu 2013 nahezu konstant geblieben. Zum 31. Dezember 2014 waren 255 Personen bei der evo beschäftigt. Im Jahresmittel waren es inklusive der Auszubildenden und der Beschäftigten in Altersteilzeit (ATZ) 278. Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt gemäß Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe (TV-V) in der Fassung des 10. Änderungstarifvertrages vom 1. April 2014.

Im Laufe des Jahres 2014 sind alle verbleibenden Mitarbeiter, mit denen noch ATZ-Verträge abgeschlossen worden waren, in die Freistellungsphase der Altersteilzeit übergegangen, sodass mit altersbedingten Austritten von Mitarbeitern erst wieder ab 2018 zu rechnen ist.

Da alle Bereiche in den vergangenen Jahren schon umfangreiche Personalreduzierungen realisiert haben (Senkung des Personalstandes im Konzern vor Personalüberleitung im Rahmen des Projektes „Große Netzgesellschaft“ von 2004 bis 2012 um 13,2%), bleibt es ausgesprochen anspruchsvoll, mit den vorhandenen Mitarbeitern die immer neuen, zusätzlichen und komplexen Anforderungen in immer kleineren Zeitfenstern zu erfüllen. Diese Anforderungen und das eigene Selbstverständnis der evo fordern von allen Beteiligten sehr viel Flexibilität, Veränderungs- und Lernbereitschaft ein. Damit dabei als Kompass die Unternehmensziele nicht aus dem Blick verloren gehen, wurde die Unternehmensstrategie angepasst. Darüber hinaus wird mit der Umsetzung von weiteren Führungs- und Managementmethoden im Unternehmen sichergestellt, dass notwendige Veränderungen stringent und zeitgerecht umgesetzt werden können.

Viele kontinuierliche Maßnahmen haben das Ziel, die physische und mentale Beschäftigungsfähigkeit der Belegschaft zu erhalten und zu stärken. Gefördert werden z. B. zahlreiche Qualifikationen. Neben der rein fachlichen Kompetenz setzt die evo insbesondere auf die Stärkung der sozialen Fähigkeiten. Gute Führung unterstützt die Mitarbeiter dabei. Insofern

spielt Führungskräfteentwicklung nach wie vor eine wichtige Rolle im Unternehmen, in 2014 mit den Schwerpunkten „Gesund führen“ und „Demografiegerechte Führung“.

Als wichtiges, kontinuierliches Thema wird das betriebliche Gesundheitsmanagement gesehen. Für eine gesunde Lebensweise zu sensibilisieren, attraktive Angebote zu schaffen, aber auch konkret auf den Arbeitsplatz bezogene Handlungsempfehlungen geben zu können, sind die Ziele, die diesem Konzept zugrunde liegen. Dies hat die evo auch in 2014 mit immer neuen Angeboten an die Belegschaft konsequent verfolgt.

Neben der Förderung der Beschäftigungsfähigkeit sollen die Mitarbeiter auch durch ansprechende Angebote gebunden werden. Projekte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die z. B. Belegplätze in Kindertagesstätten sichern und ein hohes Maß an zeitlicher Flexibilität bei der Arbeitszeit ermöglichen, sowie ein Eltern-Kind-Zimmer werden von den bei der evo beschäftigten Eltern sehr geschätzt.

Dieses Engagement sichert eine hohe Motivation und Identifikation der Mitarbeiter mit dem Unternehmen. Dies ist umso wichtiger, als der Konzern angesichts einer angepassten, ehrgeizigen Mittelfristplanung mit Blick auf die Belange der Anteilseigner zurzeit außerstande ist, befristet Beschäftigte zu übernehmen oder im bisher gewohnten Umfang betrieblich auszubilden, da eine Anpassung der Personalsolldimensionierung wesentlicher Bestandteil der neuen Planung ist. Damit sich die Fachbereiche mit ihrer Sorge um zukünftige Personalengpässe nicht allein gelassen fühlen, wurde in diesem Jahr der Prozess der Solldimensionierung um den Punkt „Qualitative Planung“ erweitert. Ziel ist es, gemeinsam mit dem Fachbereich frühzeitig Konzepte zu entwickeln, wie zukünftige Vakanzen aufgefangen werden können. Durch Vorlaufzeiten bis zu fünf Jahren ist es möglich, vielfältige Handlungsoptionen zu prüfen und zu verfolgen.

3 Geschäftsverlauf

3.1 Absatz- / Preisentwicklung

3.1.1 Vertrieb Strom

Im Geschäftsjahr 2014 ging der Stromabsatz im Netzgebiet Oberhausen zurück. Er sank insgesamt um -7,8% auf 529,1 GWh. Diese Reduzierung findet sich bei den Kundengruppen Privat- und Gewerbekunden mit -10,2% und bei den Geschäfts- und Industriekunden mit -3,5% wider. Die Werte für den überregionalen Vertrieb werden durch den Verlust von einem sehr großen Kunden mit zwei Abnahmestellen, die seit Anfang 2014 nicht mehr in Belieferung sind, dominiert. Wegen der geringen Absatzmenge, die die evo außerhalb von Oberhausen verzeichnet, muss in diesem Segment ein Absatzrückgang um -42,8% ausgewiesen werden. Der Gesamtabsatz des Vertriebes sank in Summe um -11,9% auf 572,0 GWh.

Die Strompreise des Allgemeinen Stromtarifs für Privat- und Gewerbekunden stiegen zum 1. Dezember 2014 um 0,69 Cent/kWh (Netto). Für Geschäfts- und Industriekunden wurden die Preise individuell kalkuliert und überwiegend zum Jahresbeginn 2014 neu festgesetzt.

Der Marktanteil Strom lag im Netzgebiet der OB-Netz zum Jahreswechsel bei ca. 88%.

3.1.2 Vertrieb Erdgas

Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. So machen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres bemerkbar. Als ein Indikator dient die Summe der Gradtagzahlen eines Jahres. Diese liegt für 2014 um -21,5% unter dem Wert des Jahres 2013.

Der Erdgasabsatz sank erheblich in 2014 insgesamt um -26,2% auf 684,1 GWh. Bei den Privat- und Gewerbekunden lag der Absatz mit -25,9% unter den des Vorjahres. Aufgrund der milden Witterung und der Auftragslage ging der Absatz bei den Geschäfts- und Industriekunden um -29,5% zurück.

Die Absatzpreise der Sondertarife für nicht leistungsgemessene Kunden wurden letztmalig zum 1. Dezember 2012 um +0,67 Cent/kWh (Netto) an die gestiegenen Bezugskosten angepasst.

Der Marktanteil Erdgas lag im Netzgebiet der OB-Netz zum Jahreswechsel bei ca. 91%.

3.1.3 Vertrieb Fernwärme

Im Bereich der Fernwärme spiegelt sich die Witterungsabhängigkeit deutlich wider. Hier sank der Gesamtabsatz (Heizwasser und Dampf) um -20,0% auf 372,3 GWh. Die Fernwärmepreise wurden letztmalig zum 1. Dezember 2012 um 0,54 Cent/kWh (Netto) erhöht.

3.1.4 Energiebereitstellung

Die Energiebereitstellung der evo erfolgt im Rahmen der Energieerzeugung durch eigene Erzeugungseinheiten und der externen Energiebeschaffung. Zur externen Energiebeschaffung bedient sich die evo seit 2010 eines Dienstleisters, der Quantum. Die Höhe des zu beziehenden Erdgas- und Strombedarfs orientiert sich an dem zukünftigen prognostizierten Vertriebsbedarf. Insofern richtet sich das Beschaffungsportfolio konsequent am Absatzportfolio aus.

Durch ein Risikomanagementsystem ist dieses risikoaverse Vorgehen in den Arbeitsabläufen implementiert. Entsprechend der am Energiemarkt geübten Praxis besteht innerhalb der Quantum eine strikte Funktionstrennung zwischen Geschäftsabschluss, Bearbeitung und Abrechnung von Beschaffungsvorgängen.

3.2 Technische und kaufmännische Dienstleistungen

Die evo erbringt kaufmännische oder technische Dienstleistungen für Dritte. Dazu gehören unter anderem die BSO KG, die OB-Netz, die Infratec Duisburg GmbH und die GMVA. Hinzu kommen weitere Partner aus Kultur und Einzelhandel in Oberhausen.

Weiterhin betreut die evo mit der externen Geschäftsbesorgung als professioneller Dienstleister seit vielen Jahren vorwiegend kommunale Oberhausener Beteiligungsgesellschaften (darunter STOAG, WBO u.a.) mit kompetenten Dienst- und Outsourcing-Leistungen in den Bereichen Buchhaltung, Controlling, Personalmanagement, Einkauf und Materialwirtschaft. Dabei sind die individuelle und kompetente Betreuung der Kunden sowie die hohe Datensicherheit die Basis für die langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ferner bietet die evo Contracting-Leistungen im Bereich Wärmeversorgung für Privathaushalte oder Gewerbetreibende an. Der Absatz beim Gebäude-Energieservice (GES) lag bei ca. 1,5 GWh und liegt somit auf Vorjahresniveau. Das Angebot des Contracting wurde mit dem im November an den Start gebrachten, neuen Produkt „TOB-WärmeKomplett“ erweitert.

3.3 Partner und strategische Beteiligungen

Die evo ist ein starker Partner der Stadt Oberhausen und ein wichtiges Beteiligungsunternehmen im RWE-Konzern. Mit Kunden und Marktpartnern verfolgt die evo eine dauerhafte und verlässliche Zusammenarbeit. Ziel der evo ist es, im liberalisierten Markt nachhaltig erfolgreich zu sein. Um in diesem Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben, kann die evo – und damit auch der gesamte Konzern – auf ihre operativen und strategischen Beteiligungen zählen.

Um nachhaltig die lokale Entwicklung in der Stadt Oberhausen zu fördern, ist die evo auch an den Gesellschaften Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO, GfKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co., Kabel-Service KG, PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH und der 2012 mit Vertretern des hiesigen Handwerks gegründeten Oberhausener Energiegenossenschaft beteiligt.

Die in den nachfolgenden Unterpunkten gesondert aufgeführten weiteren Beteiligungen waren für die Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr von besonderer Bedeutung. Hier sticht insbesondere die KSBG – STEAG heraus, bei der in 2014 der Kauf der zweiten Tranche vollzogen wurde.

3.3.1 Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz)

Die OB-Netz ist eine 100-prozentige Tochter der evo. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erstreckt sich im Wesentlichen auf die Verteilung von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme) im Versorgungsgebiet Oberhausen. Die dazu benötigten Verteilnetze sind von der evo gepachtet. Im Berichtsjahr belief sich die fällige Pacht auf TEUR 14.361. Die Gesellschaft ist neben dem Betrieb für den Neu- und Ausbau sowie die Instandhaltung der gepachteten Anlagen verantwortlich, außerdem für die Vermarktung der bestehenden Netzkapazitäten.

Die Leistungsbeziehung zwischen der evo und der OB-Netz beinhaltet neben den regulierten Segmenten Strom und Erdgas auch den Bereich der Fernwärme, da dieser aufgrund der Synergieeffekte mit an die OB-Netz verpachtet wurde. Zwischen OB-Netz und evo besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Die OB-Netz unterliegt hinsichtlich der Netznutzungsentgelte im Strombereich der Aufsicht der Bundesnetzagentur und im Gasbereich der Landesregulierungsbehörde NRW, die jeweils die Höhe der beantragten, nach den jeweiligen regulatorischen Bestimmungen ermittelten Netznutzungsentgelte prüfen beziehungsweise vorgeben.

3.3.2 Biostrom

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) ist die persönlich haftende Gesellschafterin der BSO KG und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die weitere operative Tätigkeit – d.h., der Betrieb des Biomasse-Heizkraftwerks (BMK) – obliegt der BSO KG.

Die evo ist 100-prozentige Gesellschafterin beider Gesellschaften und übernimmt auf der Basis eines Dienstleistungsvertrages die kaufmännische Geschäftsbuchhaltung. Christian Basler ist Geschäftsführer der BSO GmbH und gleichzeitig Leiter der Energieerzeugung der evo.

Die BSO KG hat auf dem postalisch mit Friedrichstraße 37, 46145 Oberhausen, bezeichneten Grundstück ein BMK errichtet, welches über eine Laufzeit von 20 Jahren bis 2031 betrieben werden soll.

Das BMK arbeitet nach dem Grundsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Im Biomassekessel wird Wasser zu überhitztem Dampf aufgeheizt, der dann in einer Turbine entspannt wird. Der durch die Dampfturbine produzierte Strom wird in das Stromnetz des örtlichen Netzbetreibers OB-Netz eingespeist. Die Vergütung für die Stromeinspeisung sind durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) über 20 Jahre geregelt. Die in der Turbine gleichzeitig anfallende Wärme, die im Dampf enthalten ist, wird zur Wärmeauskopplung genutzt und in das Fernwärmenetz der evo eingespeist.

Die BSO KG verfügt über kein eigenes Personal und profitiert in erster Linie von der langjährigen Erfahrung der evo hinsichtlich technischer und wirtschaftlicher Betriebsführung von Kraftwerken. Sie stellt die qualifizierten Mitarbeiter, die den operativen Anlagenbetrieb gewährleisten und über Know-how im Betrieb von Dampfkesseln, Dampfturbinen sowie auf dem Gebiet der Strom- und Fernwärmeversorgung verfügen.

Durch die Bündelung der kaufmännischen und technischen Aufgaben bei der evo stehen eine sichere Infrastruktur wie geprüfte Buchhaltungs- und andere Systeme sowie Risiko vermeidende Regelungen für die gesamte Geschäftsabwicklung zur Verfügung.

Als Brennstoff wird ausschließlich Material aus der Landschaftspflege/Grünschnitt (laut EEG-Positivliste) und insbesondere Holzhackschnitzel aus der Landschaftspflege eingesetzt. Die Brennstofflieferung ist über einen langfristigen Liefervertrag (20 Jahre) abgesichert.

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2014 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag von TEUR 358,8. Dies ist im Wesentlichen auf einen Schadensfall und dem damit verbundenen Anlagenstillstand sowie die noch nicht abschließend verhandelte Schadensregulierung zurückzuführen.

Ungeachtet dessen sind die Umsatzerlöse aus der Strom- und Wärmeeinspeisung in Höhe von TEUR 4.789,5 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 208,2 gestiegen. Gleichzeitig kam es zu einem Anstieg bei den Materialaufwendungen von TEUR 879,2 auf TEUR 3.632,1, dies wird durch die ersten Zahlungen der Schadensregulierung (TEUR 220,1) teilweise kompensiert.

Durch die im Jahr 2014 durchgeführten Optimierungsmaßnahmen und die weitergehende Kooperation mit dem Kessellieferanten wird für das Jahr 2015 und die Folgejahre von einem stabilen Volllastbetrieb ausgegangen. Unter diesen Rahmenbedingungen sieht die Wirtschaftsplanung für die folgenden beiden Geschäftsjahre Ergebnisse vor Zinsen, Abschreibungen und Steuern von rd. TEUR 1.600 vor.

3.3.3 KSBG – STEAG

Seit der vollständigen Übernahme der zweiten Tranche in 2014 ist die evo mittelbar zu 6 Prozent an der STEAG GmbH (STEAG), dem zurzeit fünftgrößten deutschen Stromerzeuger, beteiligt. Die jeweiligen Anteile sind in der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) gebündelt, die damit Alleingesellschafterin ist. Seit September 2014 ist die evo im Aufsichtsrat der STEAG vertreten.

Die Rahmenbedingungen für Kohlekraftwerke in Deutschland bleiben, insbesondere durch den raschen Ausbau und den Einspeisevorrang der Erneuerbaren Energien, weiterhin eine Herausforderung. Daraus resultiert ein erheblicher Kostendruck auf den Kraftwerkspark, der sich in den kommenden Jahren noch verschärfen wird.

Andererseits ist bereits im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgehalten, dass thermische Kraftwerke für die Versorgungssicherheit und auch für die Energiewende langfristig unabdingbar sind. Diese Annahme wird durch veröffentlichte Studien bestätigt. Es ist allgemeines Verständnis, dass thermische Kraftwerke zum Ausgleich der schwankenden Erzeugung aus erneuerbaren Energien und in Ermangelung ausreichender Speicher unverzichtbar sind.

STEAG ist durch einen effizienten Kraftwerksbetrieb und den Einsatz der vorhandenen Handelskompetenz mit den inländischen Kraftwerken gut positioniert. Um trotz der schwierigen Rahmenbedingungen für die Energiebranche in Deutschland nicht an Attraktivität zu verlieren, wird STEAG das Erzeugungsportfolio weiter optimieren und breiter aufstellen. Dazu wird das Unternehmen sämtliche Möglichkeiten nutzen, um einen wirtschaftlichen Betrieb der vorhandenen Kraftwerkskapazitäten auch zukünftig darstellen zu können. Durch Investitionen in konventionelle und

erneuerbare Kraftwerkskapazitäten im In- und Ausland soll der Erzeugungsmix stärker diversifiziert und die Internationalisierung sowie der Ausbau der Erneuerbaren Energien im Erzeugungsportfolio fortgeführt werden. Zudem werden weitere Geschäftsaktivitäten ausgebaut, wie beispielsweise Dienstleistungen im Bereich des technischen Services oder die Internationalisierung der Handelsaktivitäten.

Die von der Geschäftsführung der STEAG für den Zeitraum bis 2019 vorgelegte Mittelfristplanung untermauert die Ausschüttungserwartungen der KSBG. Diese Einschätzung wird durch die vorgelegte Ergebnisprognose der STEAG für das Geschäftsjahr 2014 mit einer Gewinnabführung an die KSBG von rund 86 Millionen Euro bestätigt.

Die Beteiligung der evo an der STEAG (über die KSBG) soll eine jährliche Ausschüttung für die evo in Höhe von 1,9 Millionen Euro erzielen. Dabei wird das Ergebnis für 2014 mittels der KSBG dem Ergebnis der evo im folgenden Jahr, also in 2015, zugerechnet.

Aus Sicht der beteiligten Stadtwerke ergeben sich Zukunftschancen insbesondere aus:

- einem verstärkten Ausbau der Erzeugungskapazitäten im In- und Ausland,
- der Schaffung der Rahmenbedingungen der vom Land Nordrhein-Westfalen unterstützten Verknüpfung der „Fernwärmeschienen Rhein und Ruhr“,
- der Bereitstellung von Know-how bei der Entwicklung einer kommunalen Erzeugungsstruktur.

Die aktuellen Rahmenbedingungen sowie die noch ausstehende Gestaltung des zukünftigen Energiemarkts erschweren die Umsetzung von Investitionen im Inland. Nichtsdestotrotz konnte STEAG im vergangenen Jahr beispielsweise einen Windpark mit einer Leistung von 43 MW in Brandenburg in Betrieb nehmen. Durch die Integration des in 2014 erworbenen Kraftwerks Bexbach in den STEAG-Kraftwerksverbund wird das Inlandsgeschäft weiter gestärkt. Darüber hinaus ist die geplante Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr (FWSRR) ein wichtiger Eckpfeiler einer umweltfreundlichen Wärmeversorgung.

Im Ausland wird der Ausbau der konventionellen und erneuerbaren Kraftwerkskapazitäten fortgesetzt. Hierbei soll der Anteil der Erneuerbaren Energien im Erzeugungsportfolio der STEAG langfristig auf 25 Prozent gesteigert werden. In Europa werden Wachstumschancen insbesondere im Bereich der Windenergie gesehen. International bieten sich gute Perspektiven für erneuerbare und konventionelle Kraftwerksprojekte.

3.3.4 Quantum

Hauptaufgabe der Quantum ist der Handel mit Energie und Dienstleistungen im Bereich der Energiebeschaffung. Ziel ist es, die örtliche Energieversorgung in den Kommunen zu stärken. Für die evo übernimmt die Quantum aktuell das Bilanzkreismanagement Strom und beschafft Strom und inzwischen auch Erdgas direkt an den Großhandelsmärkten. Dadurch kann der personelle Zusatzaufwand bei der evo in Grenzen gehalten werden.

Seit dem Herbst 2011 erfolgt auch die Beschaffung von Erdgas grundsätzlich über die und in Abstimmung mit der Beschaffungsgesellschaft Quantum.

Hinsichtlich REMIT, d. h. der EU-Verordnung Nr. 1227/2011 betreffend die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts, strebt die evo eine Lösung in Zusammenarbeit mit Quantum an. Eine Abstimmung über die Umsetzung auf Basis des aktuellen Sachstandes mit Quantum ist erfolgt.

Zur Stärkung der Bonität der Quantum wurde ein Besicherungskonzept entwickelt, dass unter anderem auf Gesellschafterbürgschaften als eine von drei Säulen des Sicherungskonzeptes beruht. Die evo als eine der drei größten Anteilseigner der Quantum stellt sich dabei im Außenverhältnis als Primärsicherungsgeber zur Verfügung und bürgt so für die Quantum. Die Gesellschafterbürgschaften der Primärsicherungsgeber sind im Innerverhältnis aller Quantum-Gesellschafter durch Patronatserklärungen, die sogenannten Binnen- oder Rückpatronate, abgesichert.

Die evo hält einen Anteil von 10% am Stammkapital der Quantum.

3.3.4 Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr

Mit dem Ziel, die Wärmeversorgung im Ruhrgebiet in Zukunft langfristig klimafreundlich, energieeffizient und wirtschaftlich sicherzustellen, haben die Fernwärmeunternehmen Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH (FN), evo und STEAG Fernwärme GmbH (SFW) am 17. Juli 2013 eine Absichtserklärung zur Gründung einer Projektgesellschaft, der „Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH (FWSRR)“ unterzeichnet. Damit haben diese Unternehmen die am 28. Mai 2013 durch das Landesumweltministerium Nordrhein-Westfalen vorgestellte Machbarkeitsstudie zur Verknüpfung der Fernwärmeschienen im Ruhrgebiet aufgegriffen. Die Fernwärmenetze im Ruhrgebiet gleichen bislang einem „Flickenteppich“ und nur mit einer Verbindung der Netze können industrielle Abwärme, Wärme aus Müllverwertungsanlagen und Wärme aus KWK-Prozessen wesentlich stärker bzw. effizienter als bisher genutzt werden. Eine Verknüpfung der Fernwärmeschienen Niederrhein und Ruhr ist dazu ein wesentlicher Schritt.

Die von den drei zuvor genannten Fernwärmeunternehmen geschlossene Absichtserklärung sah vor, dass in einer Projektgruppe zunächst grundsätzliche Klärungen von relevanten Projektgrundlagen, zu denen insbesondere die wirtschaftlichen Auswirkungen, aber auch mögliche vertragliche Strukturen, die technische Realisierbarkeit sowie genehmigungsrechtliche Anforderungen gehören, erarbeitet werden. Auf Grundlage dieser Vorarbeiten haben die drei Fernwärmeunternehmen nach Zustimmung ihrer Aufsichtsgremien Ende 2014 die Gründung der Projektgesellschaft und die weitere Entwicklung des Projektes bis hin zur Vorlage eines Baubeschlusses beschlossen. Die formelle Gründung der Gesellschaft ist für März 2015 vorgesehen.

Gesellschafter und Kunden der Projektgesellschaft sind zunächst die drei beteiligten Fernwärmeunternehmen. Die spätere Erweiterung des Gesellschafterkreises durch weitere Fernwärmeunternehmen ist möglich. Die Geschäftsanteile der einzelnen Gesellschafter entsprechen dem jeweiligen Anteil am gesamten von der Projektgesellschaft zu deckenden Wärmebedarf; für die evo resultiert hieraus eine Beteiligungsquote von 18,3%.

Zweck der Projektgesellschaft ist die Planung, Errichtung und der Betrieb einer neu zu errichtenden Verbindungsleitung zwecks Herstellung einer überörtlichen Fernwärmeverbundleitung (Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr), der FWSRR, bestehend aus der Fernwärmeschiene Niederrhein und der Fernwärmeschiene Ruhr sowie der neu zu errichtenden Verbindungsleitung zwischen diesen Fernwärmeschienen sowie die Beschaffung und der Verkauf von Wärme. Zweck der Projektgesellschaft ist ferner der optimierte Betrieb der FWSRR.

Primäre Zielsetzung der Projektpartner ist eine günstige Wärmebereitstellung an die Gesellschafter zu jeweils gleichen Preisen und Bedingungen. Die Gesellschaft wird als non-profit-Gesellschaft geführt. Sie erwirtschaftet - auch aus steuerlichen Gründen - lediglich eine angemessene Verzinsung auf das durch die Gesellschafter eingebrachte Kapital. Damit ist sichergestellt, dass kein Anteilseigner überproportional an der FWSRR partizipiert.

Unter den Unternehmensgegenstand fallen die Beschaffung und der Verkauf von Wärme. Gesellschafter und Kunden der Projektgesellschaft sind die Projektpartner. Die bestehenden Wärmebezugsverträge der verschiedenen Wärmequellen entlang der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr werden auf die Projektgesellschaft übertragen bzw. neu abgeschlossen. Vor dem Hintergrund, dass die Verträge nicht durch eine Rechtsnachfolge automatisch übergehen können, sind gleichbleibende Preise nicht abschließend sichergestellt. Die Gesellschafter bzw. Projektpartner werden von der Projektgesellschaft grundsätzlich zu gleichen Konditionen und vertraglichen Rahmenbedingungen mit Wärme beliefert. Die Preise werden jährlich auf Basis der jeweiligen Ist-Kosten getrennt nach Arbeit und Leistung auf Basis von Planwerten festgelegt. Am jeweiligen Jahresende erfolgt eine Abrechnung mit den Ist-Werten.

4 Ertragslage

Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der evo war im Geschäftsjahr 2014 gut, die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr witterungsbeding gesunken, weiterhin wirkte sich der Netzlastrückgang im Bereich der Stromversorgung negativ aus.

Umsatzerlöse

	EUR 2014	EUR Vorjahr
Energieverkäufe		
Strom	106.947.241,08	115.169.058,62
Erdgas	40.308.867,04	48.725.798,80
Fernwärme	30.158.850,83	35.316.905,83
Energieservice	189.694,46	535.537,11
	177.604.653,41	199.747.300,96
Sonstige Umsatzerlöse	40.283.710,03	39.434.292,62
	217.888.363,44	239.181.593,58

Das höhere Preisniveau auf dem Strommarkt, insbesondere die stark gestiegenen gesetzlichen Umlagen, führen zwar zu einer Steigerung der spezifischen Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr. Jedoch kann die Vorjahreszahl aufgrund des geringeren Stromabsatzes nicht erreicht werden. Die Abweichung resultiert hauptsächlich aus dem veränderten Absatzverhalten der Geschäfts- und Industriekunden in und außerhalb von Oberhausen.

Im erzielten Umsatz beim Erdgasverkauf spiegelt sich das niedrigere Absatzniveau wider. Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. So machen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres bemerkbar. Als ein Indikator dient die Summe der Gradtagzahlen eines Jahres. Diese liegt für 2014 um -21,5% unter dem Wert des Jahres 2013. Positiv wirken sich die Gutschriften aus der Mehr-/Mindermengenabrechnung aus, welche sich aus der Differenz zwischen der von der OB-Netz prognostizierten und der später tatsächlich durch den Vertrieb verkauften Energiemenge ergeben.

Im Bereich der Fernwärme spiegelt sich ebenfalls die Witterungsabhängigkeit deutlich wider. Auch hier kam es zu einem Rückgang der Umsatzerlöse.

Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten hauptsächlich die Leistungsbeziehungen zwischen der evo und der OB-Netz; sie liegen fast auf Vorjahresniveau.

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Erlöse in Höhe von TEUR 726,3 enthalten.

Aufwendungen

Die Aufwendungen für den Energiebezug, die Brennstoffkosten und den Materialdirektverbrauch sowie die bezogenen Leistungen sind im Berichtsjahr um 13,9% auf TEUR 159.804 gesunken. Das höhere Preisniveau auf dem Strommarkt, bedingt durch die gestiegenen gesetzlichen Umlagen, führt zwar zu höheren spezifischen Strombezugskosten gegenüber dem Vorjahr, dem wirkt jedoch die geringere Strombeschaffungsmenge (63 GWh; 10,0 % Unterschreitung) entgegen. Witterungsbedingt sind im Erdgas und in der Wärme die weniger zu beschaffenden Mengen die Ursache für die Senkung der Bezugskosten. Die Minderung beim Materialdirektverbrauch und den bezogenen Leistungen im Vergleich zum Vorjahr resultieren hauptsächlich aus der im Vorjahr gebotenen Umrüstung auf NOx-arme Brenner in den HKWs und weiteren erforderlichen Instandhaltungsmaßnahmen an den Kraftwerken und Gebäuden.

Der Personalaufwand vermindert sich im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig um TEUR 76 auf TEUR 20.988,0.

Die Abschreibungen lagen leicht unter dem Vorjahresniveau.

Wegen einer Steuerumlage des Organträgers wurde die evo für das Jahr 2014 mit TEUR 1.497 Gewerbesteuer belastet, darin enthalten ist eine Steuererstattung aus der Betriebsprüfung 2004 bis 2008 in Höhe von TEUR 1.169.

Mit einer Gewinnabführung in Höhe von TEUR 11.045 an die FSO konnte die evo ihre Prognose aus dem Vorjahr von geplanten TEUR 11.000 sogar leicht übertreffen.

Tätigkeitenabschluss

Vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen sind nach § 6b Abs. 3 Nr. 1 - 6 EnWG verpflichtet, für jede ihrer dort genannten Tätigkeiten einen gesonderten Tätigkeitenabschluss zu erstellen.

Im Rahmen des Pachtmodells werden die Erträge aus der Verpachtung des Strom- und Gasnetzes in der evo ausgewiesen. Für diese Tätigkeiten gibt es eine gesonderte Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung. Demnach wurde im Berichtsjahr in der Strompacht ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 2.519 erzielt; der Bereich Gas-Pacht weist einen Überschuss vor Steuerumlagen in Höhe von TEUR 4.828 aus.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 betrug die Bilanzsumme der Tätigkeit Strompacht TEUR 17.014; dies sind rund 9% der gesamten Bilanzsumme der evo. Die Tätigkeit Gas-Pacht steuerte mit einer Bilanzsumme in Höhe von TEUR 32.298 ca. 18% zur gesamten Bilanzsumme der evo bei.

Neben den Tätigkeitsbereichen Strom- und Gas-Pacht werden in den anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gasbereiches nach § 6b Abs. 3 Satz 3 EnWG die Beschaffung und der Vertrieb von Strom und Gas für das regulierte Netzgeschäft erfasst. Für die Bereiche Dienstleistung Strom und Dienstleistung Gas wurden 2014 erstmals gesonderte Tätigkeitenabschlüsse entsprechend EDW RS ÖFA 2 erstellt und damit den Empfehlungen der Bundesnetzagentur gefolgt.

Unter den sonstigen Aktivitäten werden neben der Erzeugung und Verteilung von Fernwärme, dem Contracting und weiteren Dienstleistungen für Dritte, auch die Tätigkeiten des Verwaltungsbereiches zusammengefasst.

5 Finanz- und Vermögenslage

5.1 Finanzbewegung

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöht sich in 2014 um rund TEUR 8.248 auf TEUR 25.428. Dies ist im Wesentlichen auf einen geringen Anstieg der Verbindlichkeiten im Vergleich zum Vorjahr sowie einer gleichzeitigen starken Minderung der abgegrenzten Forderungen aus der Energieabrechnung zurückzuführen.

Die Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belaufen sich im Berichtsjahr auf TEUR -22.845 (Vorjahr TEUR -7.547). Hierbei können die Investitionen in das Sachanlage- und Finanzanlagevermögen nicht zu 100% durch die Abschreibungen finanziert werden (siehe hierzu auch Punkt 5.2).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet neben der Ergebnisabführung aus dem abgelaufenen Berichtsjahr (TEUR -11.045) auch die Aufnahme von zwei langfristigen Krediten in Höhe von insgesamt TEUR 20.000. Des Weiteren sind Tilgungen von TEUR 6.341 enthalten.

Es kam zu einer Zunahme des Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres von TEUR 5.396, dieser stellt sich mit TEUR 6.162 positiv dar.

5.2 Investitionen

Die technisch-wirtschaftliche Optimierung in den Netzbereichen wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Der Anteil der Netzinvestitionen in 2014 an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände betrug 85,1%. Zudem wurden weitere Investitionsmaßnahmen in die Kraftwerke (Wärmetauscher, Schaltanlagen und Umformstationen) getätigt.

	Budget 2014 in TEUR	**Ist 2014 in TEUR**	**Ist 2013 in TEUR**
Investitionen	13.560	23.332	12.116
Abschreibungen	9.700	8.861	9.023

Neben den Investitionen in Höhe von TEUR 10.458 zur Erneuerung der Netze sieht das Investitions-Budget 2014 weitere Erneuerungen im Bereich der Gemeinsamen Anlagen von TEUR 3.102 vor.

Die Investitionen betrugen TEUR 23.332 und teilen sich wie folgt auf:

	Ist 2014 in TEUR	**Ist 2013 in TEUR**
Immaterielle Vermögensgegenstände	148	142
Sachanlagen		
▪ Stromversorgung	3.635	3.242
▪ Erdgasversorgung	3.119	2.673
▪ Fernwärmeversorgung	4.618	5.047
▪ Energieservice	619	174
▪ Gemeinsame Anlagen	541	721
Finanzanlagen	10.652	117
Gesamtbetrag	**23.332**	**12.116**

Im Bereich der Finanzanlagen kam es zu Investitionen in Höhe von TEUR 10.652. Wesentlich ist hier die weitere, mittelbare Finanzbeteiligung an der Steag mit TEUR 10.500 zu nennen.

In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen ausreichen. Es ist geplant, zukünftig den dafür jährlich erforderlichen Anteil der Investitionen durch langfristige Darlehensaufnahmen sukzessive zu finanzieren. Für das Geschäftsjahr 2014 wurden bereits im Dezember 2013 zwei Darlehen in Höhe von je TEUR 5.000 zur anteiligen Finanzierung der Sachinvestitionen 2014 aufgenommen. Zur Refinanzierung der Kaufpreiszahlung der zweiten Tranche der Steag-Beteiligung wurden im August 2014 zwei Darlehensverträge in Höhe von je TEUR 5.000 abgeschlossen.

5.3 Finanzlage

Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung mit der OB-Netz und der FSO KG getroffen, wobei die Verzinsung von Darlehen zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die Anlage von kurz- und mittelfristig freien liquiden Mitteln erfolgt zentral durch die evo in Tages- und Festgeldern.

Ein seit 2007 bestehender Spezialfonds dient zur Deckung der mittelfristigen Rückstellungen, die im Wesentlichen Maßnahmen aus dem Personalbereich beinhalten. Dazu zählen unter anderem umfangreiche Rückstellungen für abgeschlossene Altersteilzeitverträge. Weiterhin werden bei den Rückstellungen Verpflichtungen für noch ausstehende Rechnungen ausgewiesen. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Rechnungen für erhaltene Energielieferungen aus den Bereichen Strom und Erdgas.

Die wesentlichen Mittelabflüsse ergeben sich aus der Investitionstätigkeit, dem zahlungswirksamen Rückgang der Rückstellungen (vorwiegend der Personalrückstellungen wie ATZ) sowie der jährlichen Gewinnabführung an die FSO KG.

Aus den Finanzplanungen der evo für die kommenden Jahre ergibt sich weiterhin – wie unter 5.2 erläutert – ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen.

Ebenso ist geplant, die Bezugskostenspitzen in den Wintermonaten über kurzfristige Mittel im Rahmen der bestehenden Kreditlinien temporär zu bezahlen.

Zum Aufstellungszeitpunkt dieses Jahresabschlusses können die vorgenannten Aussagen von der Unternehmensführung uneingeschränkt bestätigt werden. Dem betriebsnotwendigen Vermögen stehen Passiva in Form von Eigenkapital oder langfristigen Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber.

Zusammenfassend ist eine solide Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage im Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses zu verzeichnen.

6 Nachtragsbericht

Vom Geschäftsjahres-Ultimo bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2014 sind keine Ereignisse aufgetreten oder bekannt geworden, welche die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage wesentlich beeinflussen.

7 Risikobericht

7.1 Risikomanagement

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die OB-Netz und BSO wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

7.2 Absatzmarktrisiken

Das wesentliche Risiko bilden die vermehrten Wechselprozesse in den Geschäftsfeldern Strom- und Erdgasvertrieb. Hier ist für die Zukunft mit einer steigenden, zumindest aber mit einer gleichbleibend hohen Wechselbereitschaft der Kunden zu rechnen. Hinzu kommen Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Preisgestaltung insbesondere im Bereich des Stromvertriebs, die angesichts zunehmender gesetzlicher Eingriffe und Regulierungen nicht mehr allein unternehmerisch zu beeinflussen sind.

7.3 Beschaffungsmarktrisiken

Bei der Energiebeschaffung verfolgt die evo eine risikoaverse Strategie. Die evo betreibt selbst keinen Energiehandel, sondern beschafft die Erdgas- und Strommengen für ihren geplanten Absatz über die Beteiligungsgesellschaft Quantum. Zur Vermeidung des Preisrisikos erfolgt die Beschaffung von Mengen für Großkunden „back to back", d. h. die Menge wird erst bei Vertragsabschluss beschafft und unterliegt so nur einem geringen Preisrisiko. Für den größeren Teil der evo-Kunden, die über Standardlastprofile beliefert werden, erfolgt eine große Streuung über die Produktart (Standardprodukte und Fahrpläne) und den Zeitpunkt der zu beschaffenden Energien. Bedingt durch die geringen Wechselraten in dieser Kundengruppe kann der sich ergebende Durchschnittspreis vergleichsweise risikolos weitergegeben werden. Aufgrund des großen Anteils von Haushaltskunden und kleineren Sondervertragskunden am Gesamtabsatz ergeben sich nur geringe Mengenrisiken, operative Risiken werden durch Prozesse und interne Kontrollmechanismen minimiert.

Dessen ungeachtet hat die evo hinsichtlich der isoliert zu betrachtenden Preisrisiken bei der Strombeschaffung eines 7 MW Bandes beim RWE für die Jahre 2015 bis 2020 mit Blick auf einen möglichen Preisverfall an der Energiebörse eine Drohverlustrückstellung in Höhe von TEUR 3.800 gebildet.

7.4 Betriebsrisiken

Grundsätzlich schützt sich die evo gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

7.5 Finanzrisiken

Auf Basis einer kurz- bis langfristigen Liquiditätsplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb von genehmigten Kreditlinien. Durch das Kerngeschäft und die Vielzahl der Kunden ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen keine weiteren Preis- und Adressausfallrisiken. Zahlungsstromschwankungen sind aufgrund bekannter Abrechnungszyklen und anhand von Gradtagzahlen weitestgehend planbar.

7.6 Umfeldrisiken

Die Energiewirtschaft steht seit einigen Jahren im Spannungsfeld konträrer politischer und ideologischer Interessen. Aus diesem Spannungsfeld ergeben sich wandelnde gesetzliche Anforderungen an die Unternehmen der Energiewirtschaft. Selbst wenn sich Energieversorger an geltendes Recht halten, bietet dies keinen Schutz vor Rückerstattungsansprüchen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 23. Oktober 2014 entschieden, dass die bisherigen deutschen Rechtsvorschriften der Grundversorgungsverordnungen Gas und Strom (GasGVV bzw. StromGVV) über Preisänderungen für Tarifkunden nicht europarechtskonform sind. Sie verstoßen gegen das Transparenzerfordernis der Strom- und Gasbinnenmarktrichtlinien, da sie nicht vorschreiben, die Kunden rechtzeitig vor Inkrafttreten der Preisänderung über deren Anlass, Voraussetzungen und Umfang zu informieren. Welche rechtlichen Konsequenzen die EuGH-Entscheidung für die Beurteilung der Wirksamkeit von vergangenen Preisanpassungen in Grundversorgungsverträgen hat, ist mit diesem EuGH-Urteil nicht entschieden, sondern bedarf noch der Klärung durch den Bundesgerichtshof (BGH). Viele Energieversorger haben sich in der Vergangenheit im Vertrauen auf die bisher vom BGH anerkannte Leitbildfunktion der für die Grundversorgung gültigen Verordnungen verlassen. Aus Sicht eines Energieversorgers muss festgestellt werden, dass es zurzeit in vielen bedeutenden Punkten der Energiewirtschaft keine verlässlichen rechtlichen Rahmenbedingungen gibt.

7.7 Umweltrisiken

Die Dampfkessel der Heizkraftwerke der evo wurden in den Jahren 2011 und 2012 aufgrund gesetzlicher Auflagen mit NOx-armen Brennern ausgerüstet. Nach der Umsetzung der IED-Richtlinie in nationales Recht (Neufassung der 13. BImSchV mit Geltung ab 2. Mai 2013) sind weitere NOx-mindernde Maßnahmen aufgrund verschärfter gesetzlicher Vorgaben notwendig. Dafür wurde Sorge getragen im Rahmen einer Rückstellung über TEUR 2.000. Die Umsetzung von Umbaumaßnahmen wird derzeit genehmigungsrechtlich vorbereitet. Die Maßnahmen sollen in 2016 abgeschlossen werden. Somit werden sämtliche Umweltauflagen erfüllt, die zu einem Risikopotential führen könnten.

Für den Bereich der Abfallentsorgung hat die Geschäftsführung einen Abfallbeauftragten benannt. Alle anfallenden Reststoffe werden, soweit möglich, getrennt gesammelt und einer Wiederverwertung zugeführt.

Eigene Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz werden durch die Einführung eines nach ISO 50001 zertifizierten Energiemanagementsystems begleitet.

Bei der Entnahme von Bodenproben aufgrund einer Ausgangszustandsbeschreibung im Rahmen eines Betriebsgenehmigungsverfahrens, das wegen Umbaumaßnahmen notwendig geworden war, sind in der Nähe von Heizöl-Tanks im HKW 1 erhöhte Kohlenwasserstoff-Werte festgestellt worden. Zur Absicherung dieses Risikos ist bereits eine Rückstellung in Höhe von TEUR 200 vorgenommen worden.

Weiteren Umweltrisiken ist die evo zurzeit nicht ausgesetzt.

7.8 Gesamtrisiko

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

8 Prognosebericht

8.1 Gesetzgeberische Ausgestaltung der Energiewende

Die politischen Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft unterliegen weiterhin einem raschen und grundlegenden Wandel. Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung im Bund durch die Koalition aus CDU/CSU und SPD steht die Ankündigung einer grundlegenden Novelle des Energiewirtschaftsrechts im Raum. Davon ist in einem ersten Schritt in 2014 die Reform des EEG bereits erfolgt.

Weitere Punkte auf dem Aufgabenzettel der Bundesregierung sind unter anderem die Schaffung eines überarbeiteten Marktdesign für die Energiewirtschaft. Hieraus ergeben sich zwangsläufig Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, deren Auswirkungen erst dann bemessen werden können, wenn ein konkreter Vorschlag auf dem Tisch liegt.

Folglich bleibt das gesetzliche Umfeld der Branche auch in 2015 und den Folgejahren in Bewegung – mit den daraus sich ableitenden Anpassungsbedarfen insbesondere für Stadtwerke und regionale Versorger.

8.2 Perspektiven 2015

Die geänderten Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft stellen alle Versorger weiterhin vor große wirtschaftliche Herausforderungen. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich nur noch verminderte zugestandene Gewinne realisieren; im Bereich Energievertrieb herrscht ein deutlich zunehmender Wettbewerb.

Aus diesen Umständen resultiert ein steigender Erlös- und Kostendruck. Alle Bereiche der evo und auch der OB-Netz wurden involviert, zusätzliche Effizienzpotenziale zu identifizieren und umzusetzen. Zudem wurde die bestehende Personal-Solldimensionierung unter dem Gesichtspunkt der innerbetrieblichen Kooperation erneut analysiert und optimiert.

Die evo ist ein gut aufgestelltes sowie am Oberhausener Markt positioniertes Unternehmen und stellt sich diesen Herausforderungen im Sinne ihres Leitbildes zur nachhaltigen Unternehmenswertsteigerung. Den besonderen Branchenrisiken, insbesondere im Hinblick auf die Rechtsunsicherheiten bei Preisgleitklauseln im Energievertrieb, wurde bereits in den Vorjahren durch die Bildung angemessener Rückstellungen begegnet.

Durch die Fokussierung auf ihr Kerngeschäft ist bei der evo aus heutiger Sicht – im Gegensatz zu vielen anderen Versorgern – mit keinem wesentlichen Gewinneinbruch zu rechnen. Mit Ausnahme des bereits in Kap. 7.3 angesprochenen 7 MW Bandes, für das entsprechende Rückstellungen gebildet wurden, sind keine negativen Auswirkungen aus hohen Eigenerzeugungskapazitäten oder durch die Beteiligung an Kraftwerksscheiben bzw. anderweitigen großen EEG-Projekten (z. B. im Bereich Off-Shore) gegeben.

Die ambitionierte Mittelfristplanung für die kommenden Jahre bis 2019 zeigt, dass weiterhin gute Ergebnisse in Höhe von TEUR 11.000 erwirtschaftet und im Rahmen einer Gewinnabführung jeweils in voller Höhe an die FSO abgeführt werden können, auch wenn damit die leicht höheren Beteiligungserträge für unsere Anteilseigner aus den vergangenen Jahren zunächst nicht mehr erreicht werden. Auch für das Berichtsjahr 2014 war mit einem Ergebnis und einer entsprechenden Gewinnabführung in Höhe von TEUR 11.000 Höhe geplant worden (vgl. eingehend Kap. 4). Dieser Planansatz konnte mit einer tatsächlichen Gewinnabführung von TEUR 11.045 sogar noch leicht übertroffen werden.

Dabei gelten folgende Annahmen für die Entwicklung des Strom- und Gas-Vertriebs: Mittelfristig muss die evo beim Strom mit einem weiteren Rückgang des Marktanteils im Stammgebiet Oberhausen rechnen. Gerade im Jahr 2015 wird im SLP-Kundensegment (Standardlastprofilkunden; Privat- und Kleingewerbekunden) eine stärkere Wechselbereitschaft unterstellt. In der Mittelfristplanung sinkt der Marktanteil in Oberhausen bis auf 82%, kann aber langfristig auf diesem Niveau gehalten werden. Im bereits wettbewerbsintensiven RLM-Kundensegment (Kunden mit registrierender Lastgangmessung; größere Geschäfts- und Industriekunden) wird ein konstantes Niveau an Vertragsabschlüssen

unterstellt. Der Ausbau des Vertriebs außerhalb des Netzgebietes Oberhausen wirkt sich entsprechend positiv auf die Umsatzentwicklung aus.

Beim Erdgas geht die evo in der Planungsperiode von einer zunehmenden Wechselbereitschaft der Kunden aus. Es wird mit einem Marktanteil im SLP-Segment von ca. 84% zum Ende der Planungsperiode gerechnet. Im RLM-Bereich wird ein Marktanteil von ca. 71% erwartet.

Grundsätzlich basieren alle diese Planungen auf der Annahme, dass die regulatorische Situation keine weiteren Eingriffe in die Struktur des evo-/FSO-Konzerns erfordert.

8.2.1 Gründung der Projektgesellschaft Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr

Die Ende 2014 beschlossene Beteiligung an der Projektgesellschaft Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr wird voraussichtlich im März 2015 durch Gründung dieser Gesellschaft formell umgesetzt.

Für die Gründung der Gesellschaft gilt in jedem Fall, dass die Beteiligung an der FWSRR für die evo keine Ergebnisverschlechterung nach sich ziehen wird. Im Bereich der Fernwärme gilt die „Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV)“. Hier ist u. a. geregelt, dass die Endkundenpreise (Preisanpassungen) die Kostenentwicklung bei Erzeugung und Bereitstellung berücksichtigen müssen. Hier zeigt sich deutlich, dass mit der Beteiligung an der FWSRR eine Stabilisierung der Fernwärmepreise erreicht und Preisausschläge vermieden werden können.

Zudem können bei einer Beteiligung der evo an der FWSRR Reinvestitionen in evo-Anlagen im mittleren, zweistelligen Millionenbereich bis ca. 2030 unterbleiben, während die Liquidität der evo lediglich für Kapitalrücklagen und primär angestrebte Gesellschafterdarlehn im Zeitraum der Projektentwicklungsphase im niedrigen, einstelligen Millionenbereich belastet wird. Über den gesamten Betrachtungszeitraum vermeidet die evo durch diese Beteiligung folglich eine Kreditaufnahme in erheblicher Größenordnung.

Unter Berücksichtigung aller oben erwähnten Faktoren sieht sich die evo grundsätzlich für alle zukünftigen unternehmerischen Herausforderungen gewappnet und aus heutiger Sicht bestmöglich aufgestellt.

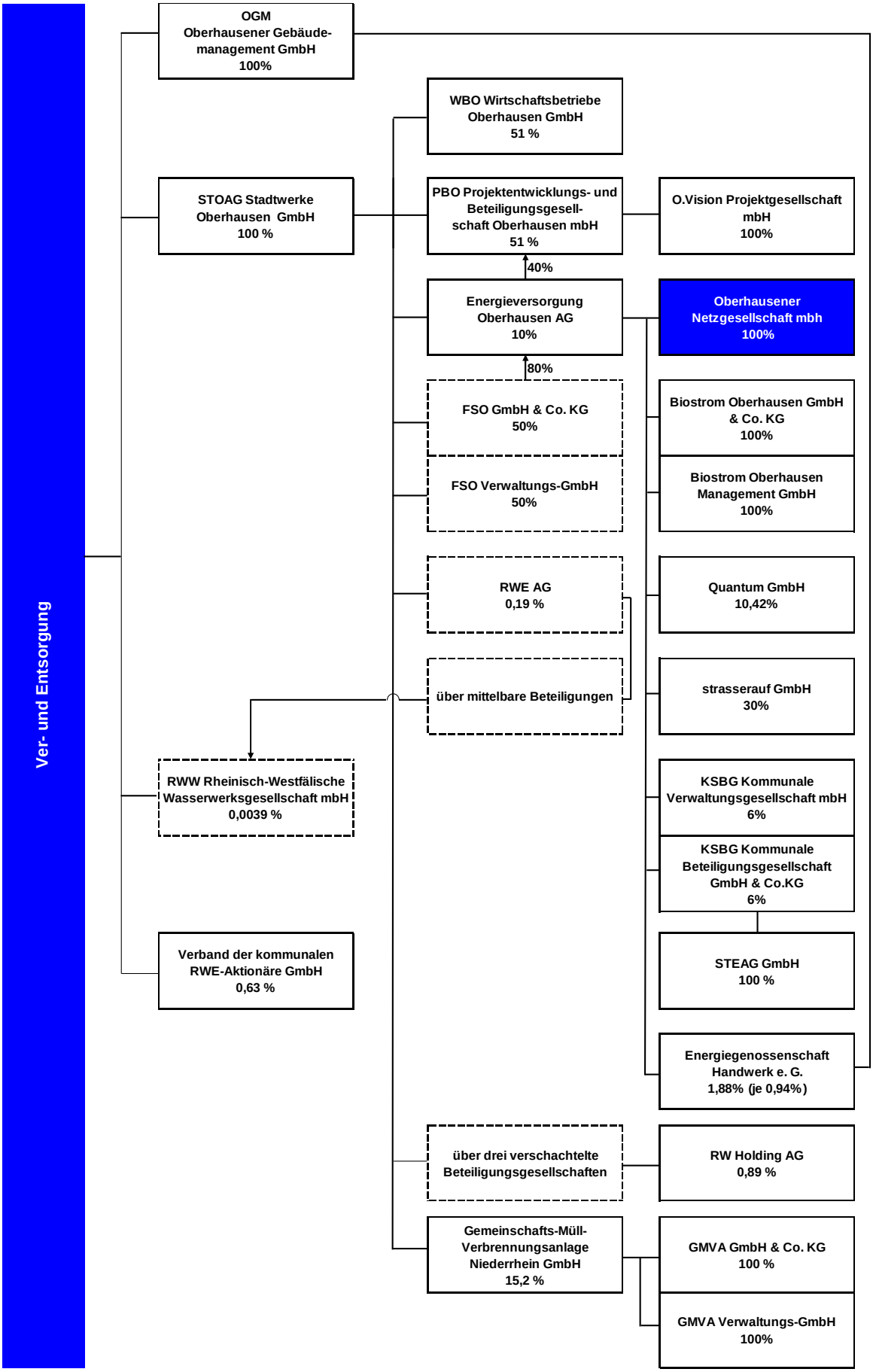
Oberhausen, den 2. Februar 2015

Energieversorgung Oberhausen

Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Gieske Homberg


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100%
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100%
40%
Energieversorgung Oberhausen AG 10%
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100%
80%
FSO GmbH & Co. KG 50%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100%
FSO Verwaltungs-GmbH 50%
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100%
RWE AG 0,19 %
Quantum GmbH 10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH 30%
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 6%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 6%
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100%

Oberhausener Netzgesellschaft mbH (bis 31.12.2013: evo Energie-Netz GmbH)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 8350
Fax	0208/ 8352620
e-Mail	service@evo-energie-netz.de
Internet	www.evo-energie-netz.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	30,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist
- die Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) an Weiterverteiler und Letztverbraucher,
- die Erbringung von energienahen Dienstleistungen,
- die Planung, der Neu- bzw. Ausbau, die Änderung und der Betrieb (Bedienung, Überwachung bzw. Inspektion, Wartung, Reparaturen und Erneuerungen) der Verteilungsanlagen,
- die Vermarktung der Kapazitäten der Verteilungsanlagen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Pachtvertrag über Strom- und Gasversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006; Pachtvertrag über Fernwärmeversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006; Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schneider, Jörn
	Prokurist	Hell, Bernd Paul
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	239,37	0,9	312,73	1,3	296,85	1,5	-15,88	-5,08
Umlaufvermögen	26.753,53	99,1	23.376,78	98,7	19.344,40	98,5	-4.032,38	-17,25
Rechnungsabgrenzungsposten	11,35	0,0					0,00	
Bilanzsumme	**27.004,25**	**100,00**	**23.689,52**	**100,00**	**19.641,25**	**100,00**	**-4.048,27**	**-17,09**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.142,48	4,2	1.142,48	4,8	1.142,48	5,8	0,00	0,00
Rückstellungen	11.805,28	43,7	11.908,62	50,3	5.439,37	27,7	-6.469,25	-54,32
Verbindlichkeiten	8.781,08	32,5	4.899,53	20,7	4.070,66	20,7	-828,87	-16,92
Rechnungsabgrenzungsposten	5.275,42	19,5	5.738,89	24,2	8.988,74	45,8	3.249,85	56,63
Bilanzsumme	**27.004,25**	**100,00**	**23.689,52**	**100,00**	**19.641,25**	**100,00**	**-4.048,27**	**-17,09**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	85.348,40	96.536,22	87.562,07
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	181,83	-248,22	10,64
sonstige betriebliche Erträge	731,37	775,12	1.323,12
Materialaufwand	40.390,11	43.476,11	38.443,63
Personalaufwand	7.865,73	12.680,35	12.551,99
sonstige betriebliche Aufwendungen	39.102,31	40.880,01	40.781,34
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	317,90	153,45	192,44
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	721,92	684,05	516,72
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.500,57	-503,95	-3.205,40
außerordentliches Ergebnis	0,00		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-93,37	-1.555,16
sonstige Steuern	-292,64		
Erträge aus Verlustübernahmen	1.207,94	410,58	1.650,23
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-1,42	-0,43	-1,88	%
Eigenkapitalrentabilität:	-105,73	-35,94	-144,44	%
Cash-Flow:	-1.207,94	-410,58	-1.650,23	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	898,56	591,85	559,09	T€
Personalaufwandsquote:	9,12	13,06	14,12	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	4,23	4,82	5,82	%
Fremdkapitalquote:	95,77	95,18	94,18	%

e) Lagebericht

1 Unternehmen

Die Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz) wurde als 100-prozentige Tochter der Energieversorgung Oberhausen AG (evo) am 16. Oktober 2006 gegründet. Das Kerngeschäft der OB-Netz ist seit dem 1. Januar 2007 darauf ausgerichtet, das Strom- und Gasnetz entsprechend den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht auszubauen. Um vorhandene Synergiepotenziale im Netzbereich zu erhalten, wurde in die Gesellschaft zusätzlich das Fernwärmenetz integriert. Darüber hinaus gehören die Unterhaltung der öffentlichen Beleuchtung für die Stadt Oberhausen und die Wartung von Nahwärme-Anlagen zur Geschäftstätigkeit der OB-Netz. Alle Netzanlagen verbleiben im Eigentum der evo und werden zur Bewirtschaftung an die OB-Netz verpachtet.

Zwischen der OB-Netz und der evo besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag (EAV). Darüber hinaus ist eine ertragsteuerliche Organschaft mit der FSO GmbH & Co. KG, als Konzernmutter (Organträger) und den evo-Gesellschaften (Organgesellschaften) gegeben.

Die OB-Netz ist bemüht, durch ihr unternehmerisches Handeln eine Balance innerhalb des energiewirtschaftlichen Zieldreiecks, bestehend aus Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit, zu gewährleisten.

Die Strategie der OB-Netz zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes besteht in der Fokussierung auf das Kerngeschäft der Energieverteilung.

2 Rahmenbedingungen

2.1 Regulierungssituation

Die wichtigsten regulatorischen Rahmenbedingungen für die OB-Netz werden im Folgenden dargestellt.

Anreizregulierung

Im Laufe des Jahres 2014 erhielt die OB-Netz von der Bundesnetzagentur für die 2. Regulierungsperiode von 2014 bis 2018 den endgültigen Bescheid über die Erlösobergrenze „Strom“ und den zugehörigen Effizienzwert von 95,69%. Die Landesregulierungsbehörde erließ für die 2. Regulierungsperiode von 2013 bis 2017 den endgültigen Bescheid über die Erlösobergrenze „Gas“ und den zugehörigen Effizienzwert von 87,71%.

2014 führte die Bundesnetzagentur auch die Evaluierung der Anreizregulierung durch. Als Ergebnis sind unterschiedliche Modelle für die Netzregulierung in der dritten Regulierungsperiode in der Diskussion. Vermutlich wird die Regulierung in ihrer grundsätzlichen Form bestehen bleiben, jedoch wird es wahrscheinlich in wichtigen Details Änderungen geben. Was genau sich ändern wird und wie sich diese Änderungen ggf. auf die OB-Netz auswirken werden, ist zurzeit nicht absehbar.

Auslegungsgrundsätze Markenpolitik

Die Bundesnetzagentur hat im Sommer 2012 gemeinsam mit den Regulierungsbehörden der Länder Anforderungen an die Markenpolitik und das Kommunikationsverhalten von Verteilnetzbetreibern formuliert. Hiernach muss eine Verwechselungsgefahr zwischen dem Verteilnetzbetreiber und dem Vertrieb eines Konzerns ausgeschlossen sein. Deshalb fand zum 1. Januar 2014 die Umfirmierung der evo-Energie-Netz GmbH zur Oberhausener Netzgesellschaft mbH statt. Das Unternehmen bleibt eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der evo. Die OB-Netz übt sämtliche Rechte und Pflichten aus bestehenden Vertragsverhältnissen weiter aus.

Die Umfirmierung wurde sowohl von den Regulierungsbehörden als auch von den Kunden und Geschäftspartnern positiv angenommen. Der neue Unternehmensname ist inzwischen gut etabliert.

Intelligente Zähler

Seit 2009 existiert eine EU-Vorgabe nach der bis 2020 80% Smart Meter in jedem EU-Mitgliedsstaat verbaut sein müssen, wenn eine Kosten-Nutzen-Analyse zu einem positiven Ergebnis kommt. 2013 wurde vom BMWi eine entsprechende Kosten-Nutzen-Analyse vorgestellt. Demnach ist eine allgemeine Einbauverpflichtung volkswirtschaftlich nicht sinnvoll. Stattdessen wird ein ambitioniertes „Rolloutszenario Plus" empfohlen, bei dem intelligente Messsysteme zusätzlich bei Erneuerbaren-Energien-Anlagen eingebaut werden sollen, um deren Einspeisung ins Stromnetz zu Spitzenlastzeiten zu drosseln. Dadurch soll der Netzausbau reduziert und somit in Summe ein volkswirtschaftlicher Vorteil erzielt werden. Die anfallenden Kosten sollen auf alle Stromkunden verteilt werden.

Demgegenüber bewertet die dena-Smart-Meter-Studie 2014 den Einsatz von Smart Metern aus betriebswirtschaftlicher Sicht, insbesondere aus Sicht der Verteilnetzbetreiber. Dabei werden drei typischerweise vorkommende Verteilnetzbetreiber betrachtet: ein städtischer, ein halbstädtischer und ein ländlicher. In keiner der untersuchten Modellvarianten wird eine angemessene Verzinsung des eingesetzten Kapitals erzielt. Vielmehr führen die hohen Anfangsinvestitionen zu Liquiditätsproblemen bei den Verteilnetzbetreibern.

Die Ergebnisse dieser beiden Studien werden zurzeit von den beteiligten Akteuren – Behörden, Politik und Branchenverbände – diskutiert. Wichtige regulatorische Vorgaben fehlen und liegen noch nicht im Entwurf vor: z.B. Rolloutverordnung, Datenschutzverordnung oder die Verordnung zu unterbrechbaren Lasten. D. h., Verteilnetzbetreiber können nicht mit einer detaillierten Rolloutplanung beginnen, da die genaue Ausgestaltung wie z. B. die Einbaugrenze oder zeitliche Vorgaben unbekannt sind. Außerdem fehlen den Smart-Meter-Herstellern die notwendigen Vorgaben, sodass sie noch nicht mit der Produktion der Geräte beginnen können.

In Branchenkreisen wird erwartet, dass die notwendigen Vorgaben 2015 erlassen werden, sodass frühestens 2017 der Rollout starten kann.

Um auf die zukünftigen Entwicklungen vorbereitet zu sein, hat die OB-Netz 2013 an einem Pilotprojekt der Netzwerkpartner teilgenommen und erste praktische Erfahrungen gesammelt. Darauf aufbauend wird 2014/2015 das Pilotprojekt fortgesetzt, um weitere technische Erfahrungen zu sammeln. Ziel ist es, den gesamten Prozess von der Smart Meter-Messung bis zur Abrechnung technisch zu beherrschen, um rechtzeitig vor der Einführung als Massenprozess wirtschaftliche Optimierungen durchzuführen.

2.2 Belegschaft

Die Beschäftigtenzahl ist, nach vielen Jahren des Beschäftigtenrückgangs, im Jahr 2014 im Vergleich zu 2013 nahezu konstant. Zum 31. Dezember 2014 waren 157 Personen bei der OB-Netz beschäftigt. Im Jahresmittel waren es inklusive der Auszubildenden 159. Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt gemäß Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe (TV-V) in der Fassung des 10. Änderungstarifvertrages vom 1. April 2014.

Im Laufe des Jahres 2014 sind alle verbleibenden Mitarbeiter mit denen noch Altersteilzeit-Verträge (ATZ) abgeschlossen worden waren, in die Freistellungsphase der Altersteilzeit übergegangen, sodass mit altersbedingten Austritten von Mitarbeitern erst wieder ab 2018 zu rechnen ist. Die Verpflichtungen aus ATZ-Verträgen werden durch Schuldbeitritt von der evo übernommen. Die Rückstellungen aus Deputaten werden unverändert bei der OB-Netz unter den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ausgewiesen.

Da alle Bereiche in den vergangenen Jahren schon umfangreiche Personalreduzierungen realisiert haben (Senkung des Personalstandes im Konzern vor Personalüberleitung im Rahmen des Projektes „Große Netzgesellschaft" von 2004 bis 2012 um 13,2%), bleibt es ausgesprochen anspruchsvoll, mit den vorhandenen Mitarbeitern die immer neuen, zusätzlichen und komplexen Anforderungen in immer kleineren Zeitfenstern zu erfüllen. Diese Anforderungen und das eigene Selbstverständnis der OB-Netz fordern von allen Beteiligten sehr viel Flexibilität, Veränderungs- und Lernbereitschaft ein. Damit dabei als Kompass die Unternehmensziele nicht aus dem Blick verloren gehen, wurde die Unternehmensstrategie angepasst. Darüber hinaus wird mit der Umsetzung von weiteren Führungs- und Managementmethoden im Unternehmen sichergestellt, dass notwendige Veränderungen stringent und zeitgerecht umgesetzt werden können.

Viele kontinuierliche Maßnahmen haben das Ziel, die physische und mentale Beschäftigungsfähigkeit der Belegschaft zu erhalten und zu stärken. Gefördert werden z. B. zahlreiche Qualifikationen. Neben der rein fachlichen Kompetenz setzt die OB-Netz insbesondere auf die Stärkung der sozialen Fähigkeiten. Gute Führung unterstützt die Mitarbeiter dabei. Insofern spielt Führungskräfteentwicklung nach wie vor eine wichtige Rolle im Unternehmen, in 2014 mit den Schwerpunkten „Gesund führen" und „Demografiegerechte Führung".

Als wichtiges, kontinuierliches Thema wird das betriebliche Gesundheitsmanagement gesehen. Für eine gesunde Lebensweise zu sensibilisieren, attraktive Angebote zu schaffen, aber auch konkret auf den Arbeitsplatz bezogene Handlungsempfehlungen geben zu können, sind die Ziele, die diesem Konzept zugrunde liegen. Dies hat die OB-Netz auch in 2014 mit immer neuen Angeboten an die Belegschaft konsequent verfolgt.

Neben der Förderung der Beschäftigungsfähigkeit sollen die Mitarbeiter auch durch ansprechende Angebote gebunden werden. Projekte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die z. B. Belegplätze in Kindertagesstätten sichern und ein hohes Maß an zeitlicher Flexibilität bei der Arbeitszeit ermöglichen, sowie ein Eltern-Kind-Zimmer werden von den bei der OB-Netz beschäftigten Eltern sehr geschätzt.

Dieses Engagement sichert eine hohe Motivation und Identifikation der Mitarbeiter mit dem Unternehmen. Dies ist umso wichtiger, als der Konzern angesichts einer angepassten, ehrgeizigen Mittelfristplanung mit Blick auf die Belange der Anteilseigner zurzeit außerstande ist, befristet Beschäftigte zu übernehmen oder im bisher gewohnten Umfang betrieblich auszubilden, da eine Anpassung der Personalsolldimensionierung wesentlicher Bestandteil der neuen Planung ist. Damit sich die Fachbereiche mit ihrer Sorge um zukünftige Personalengpässe nicht allein gelassen fühlen, wurde in diesem Jahr der Prozess der Solldimensionierung um den Punkt „Qualitative Planung“ erweitert. Ziel ist es, gemeinsam mit dem Fachbereich frühzeitig Konzepte zu entwickeln, wie zukünftige Vakanzen aufgefangen werden können. Durch Vorlaufzeiten bis zu fünf Jahren ist es möglich, vielfältige Handlungsoptionen zu prüfen und zu verfolgen.

3 Geschäftsverlauf

3.1 Netz Strom

Im letzten Jahr der ersten Regulierungsperiode wurde die Erlösobergrenze für den Bereich Strom nach § 4 der Anreizregulierungsverordnung um die zulässige Erhöhung angepasst. Es wurde in 2014 eine Menge von 749 GWh durch die gepachteten Stromnetze der OB-Netz geleitet. . Der Netzlastrückgang beträgt 3,4%. Hierbei handelt es sich um einen bundesweit zu beobachtenden Trend, der auch auf den Einsatz energieeffizienter Geräte und auf ein geändertes Verbraucherverhalten zurückzuführen ist.

3.2 Netz Erdgas

Die Netzentgelte für den Bereich Erdgas wurden für das Jahr 2014 ebenso wie im Bereich Strom nach § 4 der Anreizregulierung angepasst. Im Geschäftsjahr 2014 wurden durch die gepachteten Erdgasnetze der OB-Netz 836 GWh an Erdgaskunden verteilt. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang von rund 20%. Wesentlicher Grund hierfür ist der durch milde Witterung während der Heizperiode bedingte Umsatzrückgang.

3.3 Netz Fernwärme

Das Fernwärmenetz ist im Gegensatz zu den Netzen Strom und Gas kein regulierter Bereich. Die OB-Netz übernimmt dienstleistend für die evo den Betrieb und die Wartung des Fernwärmenetzes.

4 Ertragslage

Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der OB-Netz war im Geschäftsjahr 2014 zufriedenstellend, der Jahresfehlbetrag konnte im Vergleich zum aufgestellten Budget deutlich gemindert werden.

Umsatzerlöse

	EUR 2014	**EUR Vorjahr**
Netznutzungsentgelte	61.139.785,28	72.019.696,38
Sonstige Umsatzerlöse	26.422.286,77	24.516.525,16
	87.562.072,05	96.536.221,54

Die Umsätze aus Netznutzungsentgelten Strom und Gas umfassen die internen und externen Erlöse aus der Netznutzung, die Mehrerlösabschöpfung für den Stromnetzbereich, das Regulierungskonto und die Mehr-/Mindermengenabrechnung der Vorjahre. Der Rückgang im Bereich Netzentgelte Stromnetz ist begründet durch die in 2014 deutlich gesunkene Netzlast. Die Erlöse aus den Netznutzungsentgelten Gas liegen aufgrund der milden Witterung in 2014 unter den geplanten Erlösen. Dieser Effekt wird durch Abrechnung der Mehr-/Mindermengen kompensiert. Diese zusätzlichen Erlöse sind jedoch erfolgsneutral, weil ihnen in gleicher Höhe Aufwendungen gegenüberstehen.

Die Sonstigen Umsatzerlöse erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund gestiegener Erlöse aus Contracting-Maßnahmen sowie höherer Investitionstätigkeiten für die evo. Weiterhin sind in dieser Position die Erlöse aus einem Dienstleistungsvertrag mit der evo sowie aus der Kostenerstattung Fernwärme enthalten.

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Erlöse in Höhe von TEUR 1.433,3 enthalten.

Aufwendungen

In den Aufwendungen für die Netznutzungsentgelte der vorgelagerten Netze sind sowohl die Entgelte für die Übertragungsnetzbetreiber als auch die Aufwendungen für vermiedene Netznutzung an dezentraler Erzeuger zusammengefasst. Die hohe Abweichung im Vergleich zum Vorjahr ist auf den Sondereffekt der Mehr-Mindermengenabrechnung im Bereich Gasnetz für die Jahre 2008/2009 zurückzuführen.

Der Materialverbrauch sowie die bezogenen Leistungen für die Unterhaltung der Netze blieben im Vergleich zum Vorjahr auf gleichem Niveau und lagen bei TEUR 3.493,0. Der Personalaufwand verminderte sich leicht auf TEUR 12.552,0 (Vorjahr TEUR 12.680,4). Aufgrund des negativen Ergebnisses wurden der OB-Netz auf Basis einer Gewerbesteuerumlage vom Gesellschafter TEUR 1.555,2 Steuer erstattet, darin enthalten ist ebenfalls eine Steuererstattung aus der Betriebsprüfung 2006 bis 2008 in Höhe von TEUR 349,2

Jahresergebnis

Das negative Ergebnis in Höhe von TEUR 1.650 lag unter dem budgetierten Jahresfehlbetrag von TEUR 3.500 und wurde von der evo aufgrund eines EAV erstattet. Die Ergebnisverbesserung ergibt sich im Wesentlichen aus verminderten Aufwendungen für die Unterhaltung der Netze aufgrund weiterer identifizierter Einsparpotenziale.

Tätigkeitenberichte

In der OB-Netz werden drei Tätigkeitsbereiche ausgewiesen. Dies sind die Verteilnetze Strom und Gas sowie die sonstigen Aktivitäten.

Im Verteilnetz Strom wurde in 2014 vor Gewerbesteuererstattung ein Verlust in Höhe von TEUR 5.307 ausgewiesen; der Bereich Verteilnetz Gas weist ein positives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 1.298 aus. Im Rahmen der Ergebnisabführung an die evo werden diese Beträge ausgeglichen.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 betrug die Bilanzsumme der Tätigkeit Verteilnetz Strom TEUR 17.977. Die Tätigkeit Verteilnetz Gas steuerte eine Bilanzsumme in Höhe von TEUR 4.061 zur Gesamtbilanz der OB-Netz bei.

Die sonstigen Tätigkeiten umfassen die nicht regulierten Bereiche wie das Verteilnetz Fernwärme, die Netzdokumentation, Öffentliche Beleuchtung, das Zählerdatenmanagement und weitere Dienstleistungen für Dritte.

5 Finanz- und Vermögenslage

5.1 Finanzbewegung

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit mindert sich in 2014 gegenüber dem Vorjahr um rund TEUR 3.744 auf TEUR -5.283. Dies ist im Wesentlichen mit dem Rückgang der Rückstellungen begründet. Diese Minderung ist darauf zurückzuführen, dass im Zuge der Vereinbarung eines Schuldbeitritts und einer Übernahmeverpflichtung Rückstellungen für Pensionen und Altersteilzeit von der OB-Netz auf die evo übertragen wurden.

Die Summe der Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belief sich im Berichtsjahr auf TEUR 36 (Vorjahr TEUR -82). In der Position der Investitionstätigkeit spiegelt sich ausschließlich der Zugang und die Tilgung bei Arbeitgeberdarlehen wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet neben der Verlustübernahme der evo in Höhe von TEUR 1.650 (Vorjahr TEUR 411) auch den Zugang von Baukostenzuschüssen von TEUR 3.685 (Vorjahr TEUR 785).

Somit kam es zu einer Erhöhung des Finanzmittelfonds um TEUR 88 auf TEUR 211.

5.2 Finanzstrategie

Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung mit der evo getroffen, wobei die Verzinsung sowohl der Forderungen als auch der Verbindlichkeiten zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt.

Die OB-Netz besitzt kein eigenes Sachanlagevermögen; die Vermögenslage ist im Wesentlichen durch Forderungen gegen verbundene Unternehmen (evo) geprägt.

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der OB-Netz wird im Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses aufgrund der Cash-Pooling-Vereinbarung und des vorhandenen EAV mit der evo sowie des verminderten Jahresfehlbetrages im Vergleich zum Budget als zufriedenstellend betrachtet.

6 Nachtragsbericht

Vom Geschäftsjahres-Ultimo bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2014 sind keine Tatsachen aufgetreten oder bekannt geworden, welche die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage wesentlich beeinflussen.

7 Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die OB-Netz wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

Grundsätzlich schützt sich die OB-Netz gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt. Weiterhin werden geeignete Steuerungsmaßnahmen ergriffen, um Netzausfälle zu vermeiden.

Im Bereich der Netzdokumentation wurde das Risiko von Datenverlusten bearbeitet. Es wurden Maßnahmen ergriffen, um die Rückholbarkeit der Daten zu gewährleisten. Die Maßnahmen wurden in den Arbeitsprozess integriert, sodass das Risiko gestrichen werden konnte.

Weiterhin konnte das Risiko aus dem Wegfall des OGM-Vertrages im Bereich Gebäudeenergieservice gestrichen werden. Das Risiko bestand in der Auslastung der Mitarbeiter und der Wirtschaftlichkeit des GES-Bereiches. Die verbliebenen vier Mitarbeiter im Bereich Gebäudeenergieservice sind durch interne und externe Aufgaben ausgelastet. Zukünftig werden mehr Aufgaben im Rahmen des Contracting erwartet, d. h. die Auslastung der Mitarbeiter ist dadurch mittelfristig sichergestellt.

Auf Basis einer kurz- bis langfristigen Liquiditätsplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb des genehmigten Rahmes der Cash-Pooling-Vereinbarung mit der evo. Aus dem Kerngeschäft ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen keine weiteren Preis- und Adressausfallrisiken.

In 2014 sind keine nennenswerten Umfeldrisiken aufgetreten. Weiterhin ist die OB-Netz zurzeit keinen erhöhten Umweltrisiken ausgesetzt.

Abschließend bleibt festzustellen: Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

8 Prognosebericht

8.1 Gesetzgeberische Ausgestaltung der Energiewende

Mit Blick auf die Gesamtlage der Branche bleibt abzuwarten, wie rasch und mit welchen ordnungspolitischen Schwerpunkten es der Bundesregierung gelingt, den nach Regierungsübernahme im Herbst 2013 vorgestellten 10-Punkte-Plan zur Umsetzung der Energiewende abzuarbeiten.

Zwar ist es mit der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) in 2014 gelungen, den über Jahre hinweg rasanten Anstieg der EEG-Umlage zu stoppen, doch stagniert diese weiterhin auf hohem Niveau. Weitere Maßnahmen, darunter die Erarbeitung eines europäischen Klima- und Energierahmens 2030, eine Reform des Strommarktdesigns, des europäischen Emissionshandels, der Netzinfrastruktur oder die Entwicklung einer Strategie zur Steigerung der Energieeffizienz sind jedoch weiterhin nicht umgesetzt. Damit aber bleibt die strategische Marktlage insbesondere für Stadtwerke und regionale Energieversorgungsunternehmen sowie deren Netzführungsgesellschaften schwierig, weil schwer berechenbar.

8.2 Perspektiven 2015

Folgende berichtenswerte Aktivität wird für das kommende Jahr erwartet:

Kostenoptimierung

Vor dem Hintergrund der regulatorischen und gesetzgeberischen Maßnahmen nimmt der Kostendruck bei der OB-Netz weiter zu. Deshalb wird die OB-Netz, genauso wie der gesamte FSO-Konzern, Maßnahmen zur Kostenreduktion erarbeiten und umsetzen. Hierbei wird kein Bereich ausgespart, alle Kostensenkungspotenziale werden gehoben. Dabei soll auch weiterhin eine hohe Versorgungssicherheit für unsere Kunden gewährleistet sein und zukunftsfähige Arbeitsplätze in Oberhausen erhalten bleiben.

8.3 Weitere Entwicklung der Ertragslage

Die geänderten Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft stellen alle Verteilnetzbetreiber vor große wirtschaftliche Herausforderungen. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich Gewinne im Wesentlichen über die Netzpacht realisieren. Gleichzeitig sind die Netze aufgrund der Energiewende zukunftsfähig auszubauen.

Vor diesem Hintergrund, d. h. dem steigenden Erlös- und Kostendruck, sind alle Abteilungen der OB-Netz involviert, um zusätzliche Effizienzpotenziale zu identifizieren und umzusetzen. Zur konzernübergreifenden Abstimmung wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, die über die einzelnen Unternehmensbereiche hinweg weitere Einspar- bzw. Erlöspotenziale realisieren.

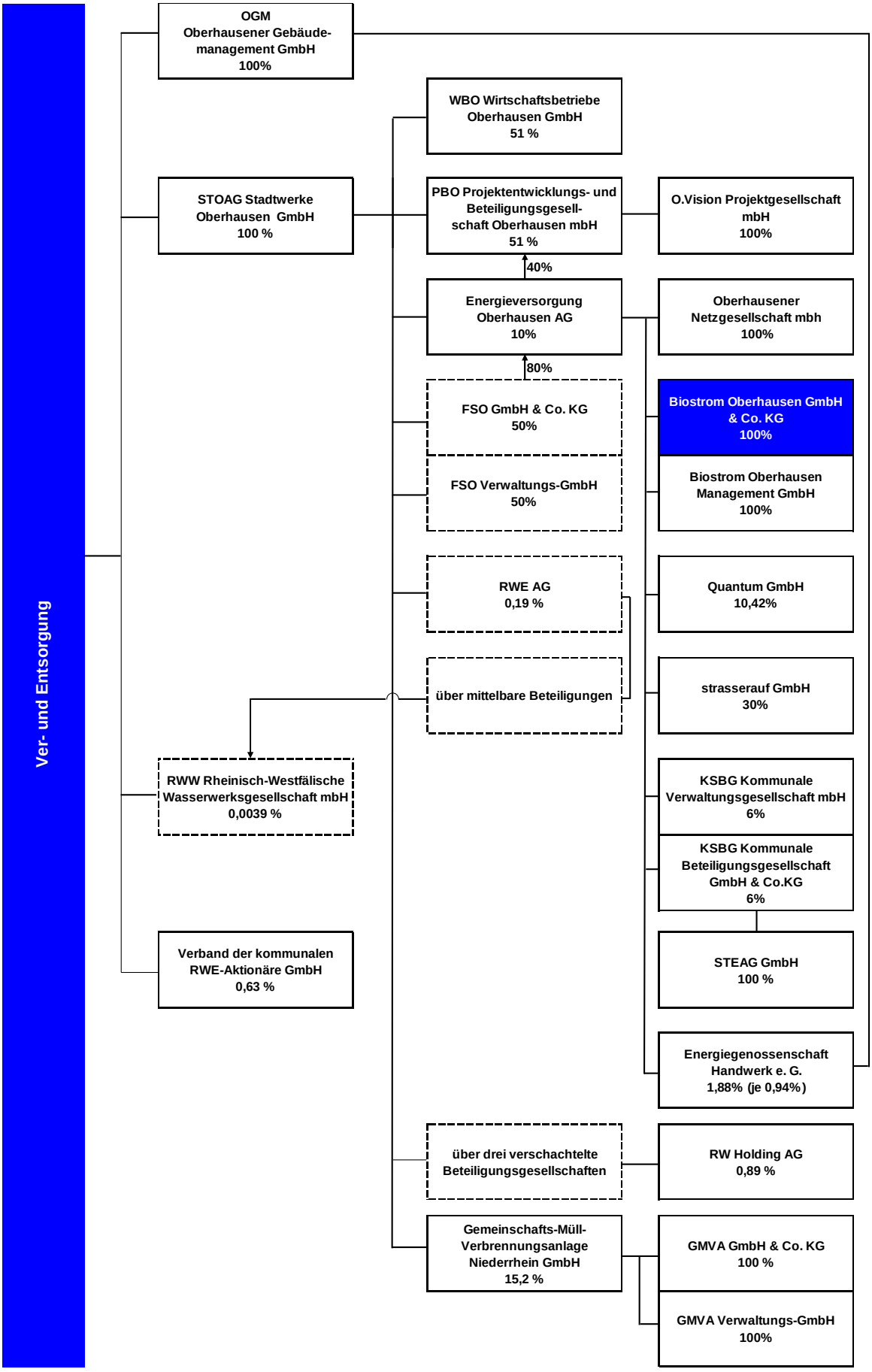
In den Jahren 2015 und 2016 werden die Umsatzerlöse hauptsächlich bestimmt sein durch die genehmigten Erlösobergrenzen in den regulierten Sparten Strom und Gas. Es wird jeweils ein Umsatz in Höhe von ca. TEUR 90.000 pro Jahr erwartet. Nach Berücksichtigung des konzerninternen Gewinn-/Verlustausgleichs wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 0 EUR erwartet. Als Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit nach Gewerbesteuererstattung wird für 2015 ein Verlust in Höhe von 3,9 Mio. EUR und für 2016 ein Verlust in Höhe von 4,6 Mio. EUR erwartet. Allerdings ist das Ergebnis der OB-Netz im Kontext des Gesamtkonzerns zu betrachten. Als innovativer und gut aufgestellter Verteilnetzbetreiber arbeitet die OB-Netz an Lösungen und Methoden, um auch weiterhin eine hohe Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten.

Oberhausen, den 2. Februar 2015

Oberhausener Netzgesellschaft mbH

Der Geschäftsführer

Jörn Schneider


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100%
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100%
40%
Energieversorgung Oberhausen AG 10%
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100%
80%
FSO GmbH & Co. KG 50%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100%
FSO Verwaltungs-GmbH 50%
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100%
RWE AG 0,19 %
Quantum GmbH 10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH 30%
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 6%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 6%
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
STEAG GmbH 100 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100%

Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/8350
Fax 0208/8352620
e-Mail service@evo-energie.de
Internet www.evo-energie.de/

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 1.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, der Bau sowie der Betrieb eines Biomasseheizkraftwerkes in Oberhausen sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Geschäftsführung der Biostrom Oberhausen Management GmbH

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	13.555,96	94,4	12.761,74	94,5	12.006,60	94,5	-755,14	-5,92
Umlaufvermögen	801,74	5,6	737,78	5,5	697,78	5,5	-40,00	-5,42
Bilanzsumme	**14.357,70**	**100,00**	**13.499,52**	**100,00**	**12.704,38**	**100,00**	**-795,14**	**-5,89**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	2.140,38	14,9	2.243,28	16,6	1.884,44	14,8	-358,84	-16,00
Rückstellungen	348,44	2,4	244,57	1,8	448,00	3,5	203,43	83,18
Verbindlichkeiten	11.868,88	82,7	11.011,67	81,6	10.371,94	81,6	-639,73	-5,81
Bilanzsumme	**14.357,70**	**100,00**	**13.499,52**	**100,00**	**12.704,38**	**100,00**	**-795,14**	**-5,89**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.730,16	4.581,37	4.789,54
sonstige betriebliche Erträge	50,71	210,76	261,77
Materialaufwand	2.333,39	2.752,86	3.632,15
Abschreibungen	807,62	794,22	781,41
sonstige betriebliche Aufwendungen	674,56	580,04	563,57
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,21	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	556,29	562,11	433,02
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-590,79	102,90	-358,84
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-590,79	102,90	-358,84
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen		102,90	-358,84
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-590,79	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-15,84	2,25	-7,49	%
Eigenkapitalrentabilität:	-21,63	4,59	-19,04	%
Cash-Flow:	216,83	897,12	422,57	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,42	94,53	94,51	%
Eigenkapitalquote:	14,91	16,62	14,83	%
Fremdkapitalquote:	85,09	83,38	85,17	%

e) Lagebericht

Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Vorbemerkungen

Die Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) hat auf dem postalisch mit Friedrichstraße 37, 46145 Oberhausen, bezeichneten Grundstück ein Biomasse-Heizkraftwerk (im Weiteren „BMK“) errichtet, welches über eine Laufzeit von 20 Jahren bis 2031 betrieben werden soll.

Das BMK arbeitet nach dem Grundsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Im Biomassekessel wird Wasser zu überhitztem Dampf aufgeheizt, der dann in einer Turbine entspannt wird. Der durch die Dampfturbine produzierte Strom wird in das Stromnetz des örtlichen Netzbetreibers Oberhausener Netzgesellschaft mbH eingespeist. Die Vergütungssätze für die Stromeinspeisung sind durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) über 20 Jahre gesichert. Die in der Turbine gleichzeitig anfallende Wärme, die im Dampf enthalten ist, wird zur Wärmeauskopplung genutzt und in das Fernwärmenetz der Energieversorgung Oberhausen AG (evo) eingespeist.

Die BSO KG verfügt über kein eigenes Personal und profitiert in erster Linie von der langjährigen Erfahrung der evo hinsichtlich technischer und wirtschaftlicher Betriebsführung von (Biomasse-)Kraftwerken. Sie stellt die qualifizierten Mitarbeiter, die den operativen Anlagenbetrieb gewährleisten und über Know-how im Betrieb von Dampfkesseln, Dampfturbinen sowie auf dem Gebiet der Strom- und Fernwärmeversorgung verfügen. Durch die Bündelung der kaufmännischen und technischen Aufgaben bei der evo stehen eine sichere Infrastruktur wie geprüfte Buchhaltungs- und andere Systeme sowie Risiko vermeidende Regelungen für die gesamte Geschäftsabwicklung zur Verfügung.

Als Brennstoff wird ausschließlich Material aus der Landschaftspflege/Grünschnitt (laut EEG-Positivliste) und insbesondere Holzhackschnitzel aus der Landschaftspflege eingesetzt. Die Brennstofflieferung ist über einen langfristigen Liefervertrag (20 Jahre) abgesichert.

Gesellschaftsrechtliche Situation

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) ist die persönlich haftende Gesellschafterin der BSO KG und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die weitere operative Tätigkeit - d. h. der Betrieb des BMHKW - obliegt der BSO KG.

Die evo ist 100%-ige Gesellschafterin beider Gesellschaften und übernimmt auf der Basis eines Dienstleistungsvertrages die kaufmännische Geschäftsbuchhaltung.

Herr Christian Basler ist Geschäftsführer der BSO GmbH und gleichzeitig Leiter der Energieerzeugung bei der evo.

Technische Bestandsanalyse

evo hat im Rahmen ihrer technischen Betriebsführung in 2014 diverse Optimierungsmaßnahmen an der Anlage durchgeführt. Der Wechsel der Brennstoffqualität weg von dem in 2011 eingesetzten Landschaftspflegematerial hin zu Holzhackschnitzeln hat auch im Jahr 2014 zu einem deutlich stabileren Anlagenbetrieb geführt

Die planmäßige Revision hat im Juni 2014 stattgefunden. Im Rahmen der Revision wurde ein Schaden an der Ausmauerung der Anlage festgestellt. Ein Teilstück der Feuerfestauskleidung aus der Rückwand des 1. Zuges war herausgebrochen und in den darunterliegenden Ascheabzugstrichter gefallen. Gemeinsam mit einem Gutachter und der Versicherung wurde entschieden, dass die gesamte Auskleidung des Rauchgasfuches ab Eindüsung Sekundärluft bis zum Eintritt in den Dampferzeuger für einen längeren störungsfreien Weiterbetrieb nicht mehr geeignet war. Neben dem entstandenen Sachschaden hat sich durch die Sanierungsarbeiten der Stillstand der Anlage im Sommer um ca. 4 Wochen verlängert. Die abschließenden Gespräche mit der Versicherung zur Klärung der Ersatzpflicht für diesen Schaden laufen noch.

Optimierungsmaßnahmen am Kessel

Die im Jahr 2013 im Verdampferbereich eingebaute Klopfeinrichtung hat sich als positiv für den Anlagenbetrieb bewährt. Aus diesem Grund wurde im Jahr 2014 an weiteren Bereichen am Überhitzer ebenfalls Klopfeinrichtungen nachgerüstet. Der aktuelle Anlagenbetrieb zeigt, dass durch die Kombination von automatisierten Klopfeinrichtungen und teilweise händischen Reinigungen am Fuchs stabile Rauchgastemperaturen erzielt werden können.

In 2014 wurde eine zusätzliche wassergekühlte Feuerraumkamera im Brennraum installiert. Neben der optimierten visuellen Beobachtung des Glutbetts sind mit dieser Kamera auch pyrometrische Temperaturmessungen möglich, sowie eine Feuerlagendetektion. Durch die im Jahr 2013 abgeschlossene Kooperationsvereinbarung mit dem Kesselhersteller können diese Messwerte zur Optimierung der Feuerungsleistungsregelung genutzt werden. Weiterhin wurde durch den Kesselhersteller eine Online-Feuchte-Messung zur Bestimmung der Brennstofffeuchte nachgerüstet. Durch frühzeitige Erkennung von Heizwertschwankungen soll durch rechtzeitiges Gegensteuern ebenfalls die Regelgüte der Anlage optimiert werden.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2014 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag von 358,8 T€. Dies ist im Wesentlichen auf den zuvor genannten Schadensfall und dem damit verbundenen Anlagenstillstand sowie die noch nicht abschließend verhandelte Schadensregulierung zurückzuführen.

Ungeachtet dessen sind die Umsatzerlöse aus der Strom- und Wärmeeinspeisung in Höhe von 4.789,5 T€ im Vergleich zum Vorjahr um 208,2 T€ gestiegen. Gleichzeitig kam es zu einem Anstieg bei den Materialaufwendungen von 879,2 T€ auf 3.632,1 T€, dies wird durch die ersten Zahlungen der Schadensregulierung (220,0 T€) teilweise kompensiert.

Zur weiteren Absicherung der Covenants aus der Projektfinanzierung hat sich die evo mit einem Betrag von maximal 2 Mio. € verbürgt; diese Bürgschaft nimmt analog zur Tilgungsstruktur der Finanzierungsdarlehen ab, beläuft sich zum 31. Dezember 2014 auf 1.124,6 T€ und erlischt ab dem Zeitpunkt, in welchem die Auflagen aus den Kreditverträgen erstmalig vollständig eingehalten werden.

Zum 31.12.2014 bestehen mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten über rd. 6,9 Mio. € (Vj. 8,1 Mio. €), wobei die hohen Tilgungsraten die Gesellschaft bis 2016 finanziell stark belasten und kaum Möglichkeiten zum Aufbau liquider Reserven bestehen. Aus diesem Umstand konnten die Verbindlichkeiten an die evo aus den technischen/kaufmännischen Dienstleistungen sowie Grundstückspacht weiterhin nicht beglichen werden. Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen an den Zins- und Tilgungsterminen hat die evo der Gesellschaft einen Kreditrahmen von bis zu 400 T€ eingeräumt.

Die Eigenkapitalquote der BSO KG liegt in 2014 bei 14,8 % (Vj. 16,6 %) daraus resultiert eine entsprechende Fremdkapitalquote in Höhe von 85,2 % (Vj. 83,4 %).

Wegen des längeren ungeplanten Anlagenstillstandes im Juni/Juli 2014 konnten die angepeilten 8.000 Betriebsstunden nicht erreicht werden, die daraus resultierenden geringeren Erlöse im Vergleich zur Planung und die noch teilweise ausstehende Klärung der Ersatzpflicht des Schadensfalles haben dazu geführt, dass die erwartete Prognose aus dem letzten Berichtsjahr nicht eingetroffen ist. In 2013 wurde für das Geschäftsjahr 2014 von einem Gewinn nach Steuern in Höhe von 484 T€ ausgegangen.

Nachtragsbericht

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres, über die zu berichten wäre, sind nicht eingetreten.

Chancen- und Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Hierbei werden auch mögliche Risiken die BSO KG betreffend untersucht.

Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem, das auch die BSO KG einschließt, gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert.

In den beiden halbjährlichen Risikoinventuren wurden keine bestandsgefährdenden Risiken für die BSO KG erkennbar. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken abzusehen.

Prognosebericht

Durch die im Jahr 2014 durchgeführten Optimierungsmaßnahmen und die weitergehende Kooperation mit dem Kessellieferanten wird für das Jahr 2015 und die Folgejahre von einem stabilen Volllastbetrieb ausgegangen. Dabei wird eine Gesamtlaufzeit des Kessels von 8.000 Stunden pro Jahr angestrebt. Unter diesen Rahmenbedingungen sieht die Wirtschaftsplanung für die folgenden beiden Geschäftsjahre Ergebnisse vor Zinsen, Abschreibungen und Steuern von rd. 1,6 Mio. € vor, die primär zu Entschuldung der Bankverbindlichkeiten genutzt werden.

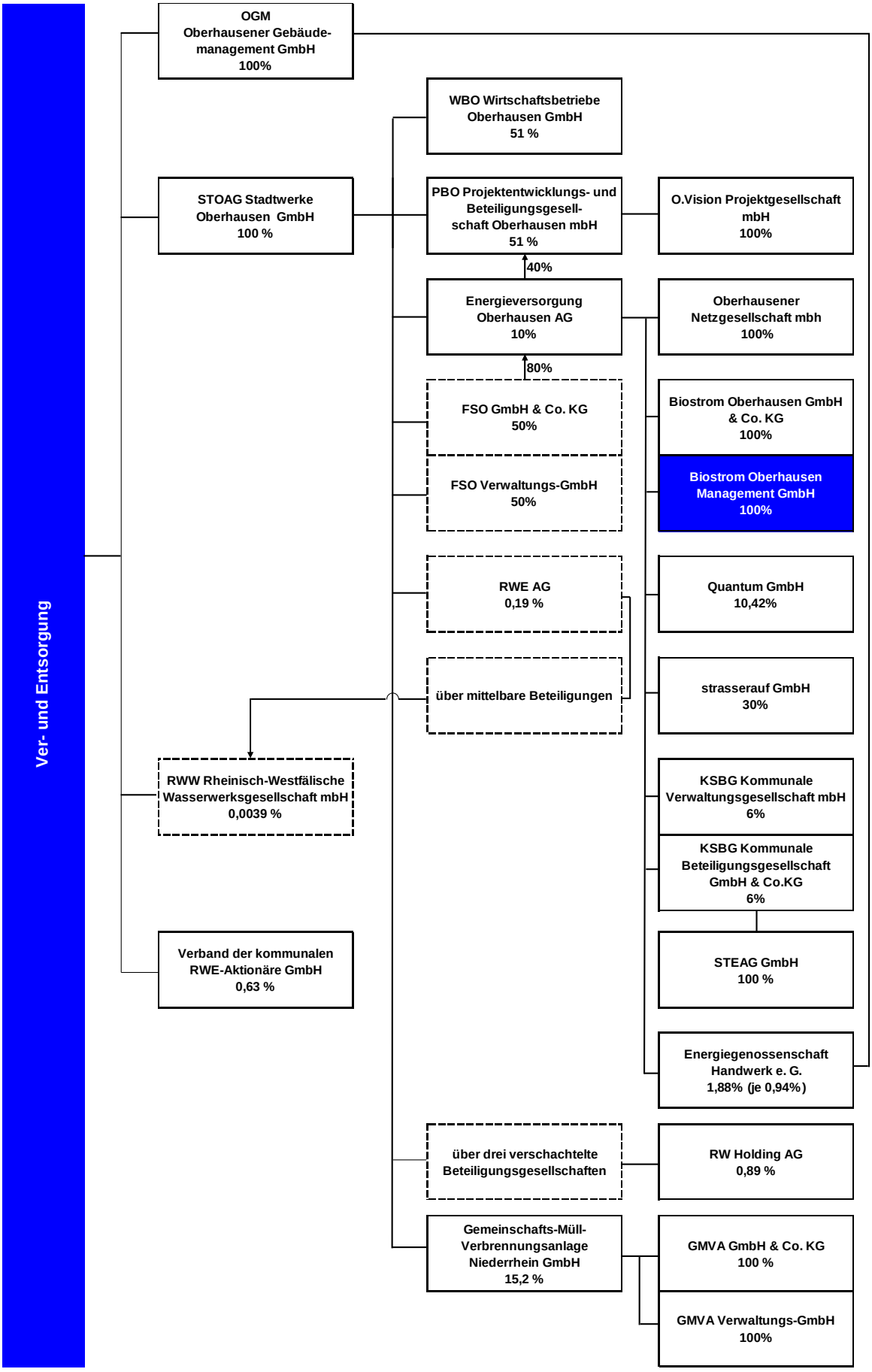
Oberhausen, 23. Januar 2015

Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

Christian Basler

Geschäftsführer der

Biostrom Oberhausen Management GmbH


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100%
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100%
40%
Energieversorgung Oberhausen AG 10%
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100%
80%
FSO GmbH & Co. KG 50%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100%
FSO Verwaltungs-GmbH 50%
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100%
RWE AG 0,19 %
Quantum GmbH 10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH 30%
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 6%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 6%
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100%

Biostrom Oberhausen Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8350
Fax	0208/8352620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	www.evo-energie.de/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Funktion als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme von Geschäftsführungsaufgaben der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Basler, Christian
Prokura:	Prokurist	Engel, Michael
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	31,37	100,0	33,52	100,0	33,39	100,0	-0,13	-0,39
Bilanzsumme	**31,37**	**100,00**	**33,52**	**100,00**	**33,39**	**100,00**	**-0,13**	**-0,39**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	30,85	98,3	31,65	94,4	31,77	95,2	0,12	0,38
Rückstellungen	0,53	1,7	1,88	5,6	1,22	3,7	-0,66	-35,11
Verbindlichkeiten					0,39	1,2	0,39	
Bilanzsumme	**31,37**	**100,00**	**33,52**	**100,00**	**33,39**	**100,00**	**-0,13**	**-0,39**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	**T€**	**T€**
sonstige betriebliche Erträge	4,75	2,50	2,50
sonstige betriebliche Aufwendungen	1,43	1,55	2,35
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3,32	0,95	0,15
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,54	0,15	0,02
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	2,78	0,80	0,13
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2,78	0,80	0,13

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

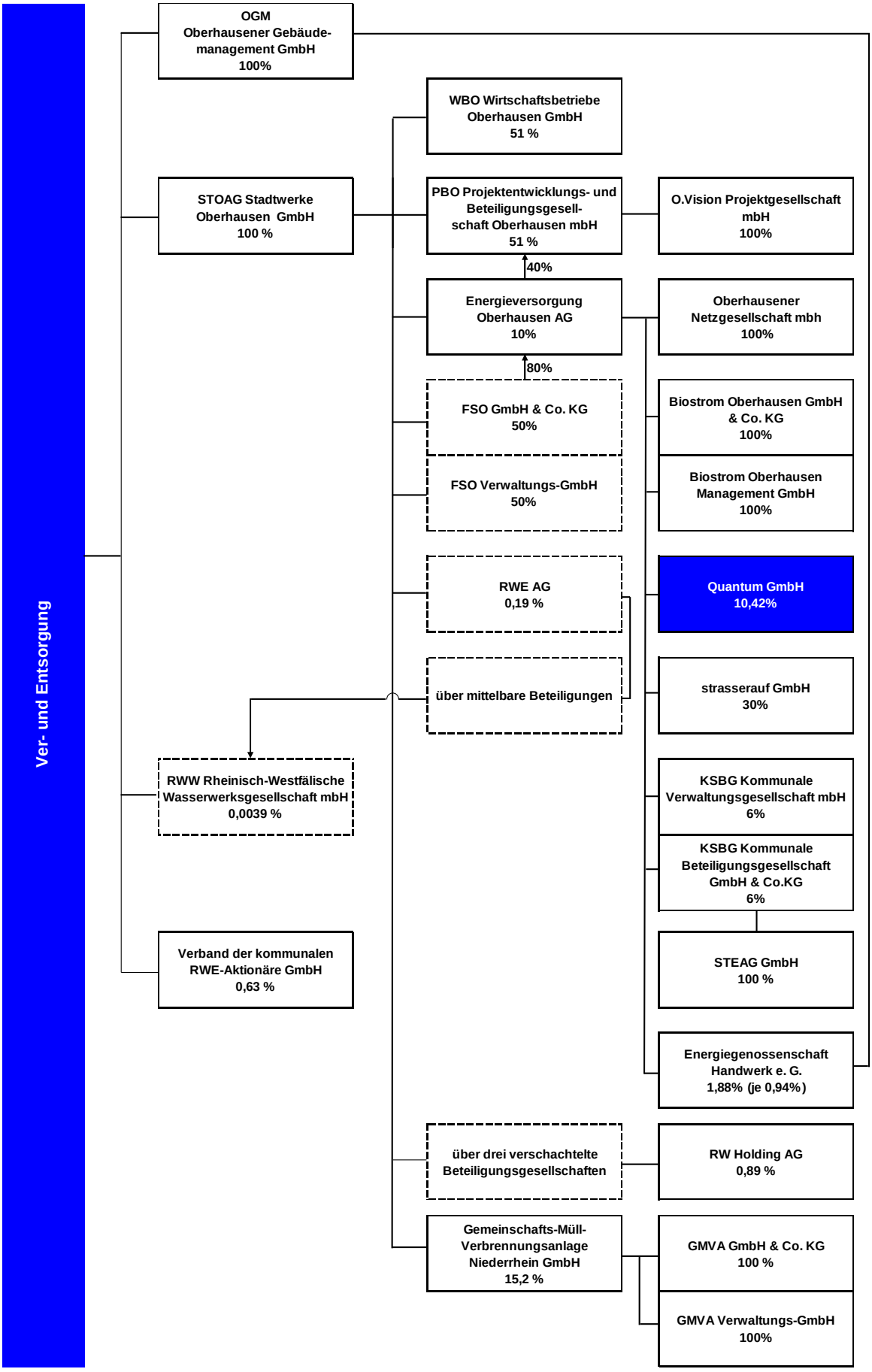
	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	9,91	2,60	0,40	%
Cash-Flow:	2,78	0,80	0,13	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	98,33	94,40	95,17	%
Fremdkapitalquote:	1,67	5,60	4,83	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100%
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100%
40%
Energieversorgung Oberhausen AG 10%
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100%
80%
FSO GmbH & Co. KG 50%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100%
FSO Verwaltungs-GmbH 50%
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100%
RWE AG 0,19 %
Quantum GmbH 10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH 30%
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 6%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 6%
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
STEAG GmbH 100 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100%

Quantum GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Balcke-Dürr-Allee 1
40882 Ratingen

Kontakt:

Telefon	02102 939 77-0
Telefon	0211-4369270
Fax	02102 939 77-33
Fax	0211-43692733
e-Mail	info@quantum.de
Internet	-
Internet	www.quantum.de/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 825,00

Gesellschafter:

	T€	%
Bocholter Energie- und Wasserversorgung GmbH	57,75	7,87
evo Energieversorgung Oberhausen AG	82,50	11,24
Gemeindewerke Grefrath GmbH	16,50	2,25
Klever Versorgungsbetriebe GmbH	57,75	7,87
Stadtwerke Brühl GmbH	33,00	4,49
Stadtwerke Goch GmbH	16,50	2,25
Stadtwerke Heiligenhaus GmbH	16,50	2,25
Stadtwerke Jülich GmbH	16,50	2,25
Stadtwerke Kempen GmbH	33,00	4,49
Stadtwerke Neuwied GmbH	57,75	7,87
Stadtwerke Radevormwald GmbH	16,50	2,25
Stadtwerke Rees GmbH	16,50	2,25
Stadtwerke Willich GmbH	33,00	4,49
SWK Energie GmbH	247,50	33,71
WBM Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH	33,00	4,49

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Energie und die Erbringung von Dienstleistungen im unmittelbaren Bereich der Energieversorgung mit dem Ziel, die örtliche Energieversorgung in den Gemeindegebieten der mittelbar an der Gesellschaft beteiligten Kommunen zu stärken.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Hardt, Dirk
	Prokurist	Bohmann, Joachim
	Prokurist	Frieß, Jürgen
	Prokurist	Schäfer, Michael
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Gieske, Hartmut
	1. stellv. Vorsitzender	Liedtke, Carsten
	2. stellv. Vorsitzender	Lopez, Albert
	Mitglied	Elmer, Jürgen
	Mitglied	Gardemann, Erwin
	Mitglied	Hoffmann, Rolf
	Mitglied	Ix, Erik
	Mitglied	Kamburg, Ulf

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	407,21	1,2	257,85	0,6	343,28	0,9	85,43	33,13
Umlaufvermögen	33.964,73	98,7	43.827,52	99,3	36.195,34	99,0	-7.632,18	-17,41
Rechnungsabgrenzungsposten	23,77	0,1	62,66	0,1	39,22	0,1	-23,44	-37,41
Bilanzsumme	**34.395,71**	**100,00**	**44.148,03**	**100,00**	**36.577,84**	**100,00**	**-7.570,19**	**-17,15**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	3.815,88	11,1	4.511,74	10,2	4.253,23	11,6	-258,51	-5,73
Rückstellungen	4.123,77	12,0	10.095,88	22,9	6.704,04	18,3	-3.391,84	-33,60
Verbindlichkeiten	26.432,73	76,8	29.517,08	66,9	25.620,58	70,0	-3.896,50	-13,20
Rechnungsabgrenzungsposten	23,33	0,1	23,33	0,1			-23,33	-100,00
Bilanzsumme	**34.395,71**	**100,00**	**44.148,03**	**100,00**	**36.577,84**	**100,00**	**-7.570,19**	**-17,15**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	516.327,22	577.369,59	524.134,45
sonstige betriebliche Erträge	1.305,98	557,66	282,09
Materialaufwand	511.494,01	572.159,85	518.720,66
Personalaufwand	2.252,88	2.402,48	2.939,68
Abschreibungen	243,06	250,03	165,03
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.119,17	1.974,61	2.235,55
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		24,58	15,60
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	90,76	157,99	202,37
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.433,31	1.006,87	168,84
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	388,44	242,25	81,36
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.044,87	764,62	87,48
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.044,87	764,62	87,48

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,20	0,13	0,02	%
Eigenkapitalrentabilität:	37,71	20,41	2,10	%
Cash-Flow:	1.287,93	1.014,65	252,51	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	22.505,79	21.404,71	18.083,33	T€
Personalaufwandsquote:	0,44	0,42	0,56	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,25	0,19	0,50	%
Eigenkapitalquote:	11,09	10,22	11,63	%
Fremdkapitalquote:	88,91	89,78	88,37	%

e) Lagebericht

I. Grundlagen der Quantum GmbH

I.1 Geschäftsmodell

Die Quantum versteht sich als Dienstleister mit überregionalem Betätigungsfeld. Alle Dienstleistungen werden überwiegend für die Gesellschafter erbracht.

Die Quantum bietet umfassende Portfoliomanagement-Dienstleistungen, die auf den wirtschaftlichen Erfolg und damit auf die Stärkung ihrer Gesellschafter und Partner im wettbewerblichen Umfeld ausgerichtet sind. Sie zielen darauf ab:

- die Eigenständigkeit der kommunalen Versorgungsunternehmen zu wahren,
- das Erreichen und Ausgestalten einer vorteilhaften Wettbewerbsposition zu ermöglichen, sowie
- die Professionalisierung und Verbesserung der Effektivität und Effizienz der Aufgabenerfüllung zu fördern.

Die Basis- und Zusatzdienstleistungen der Quantum werden entsprechend der Marktentwicklung und den Kundenwünschen ständig verbessert und erweitert.

Die Basisdienstleistungen der Quantum decken dabei die Kernfunktionen eines professionellen Beschaffungs-Portfoliomanagements ab.

Basisdienstleistungen

- Beschaffungsportfoliomanagement
- Beschaffungsabwicklung
- Bilanzkreismanagement
- Prognosedienstleistung Strom und Gas
- Risiko- und Vertragsmanagement

Um dem individuell auch weiterreichenden Unterstützungsbedarf der Gesellschafter und Partner entsprechen zu können, bietet die Quantum ausgewählte Zusatzdienstleistungen an, die ergänzend beauftragt werden.

Zusatzdienstleistungen

- Absatzportfoliomanagement
- Erzeugungsportfoliomanagement
- Vertriebsunterstützung
- Erweitertes Prognosemanagement
- Speicherportfoliomanagement
- Erweitertes Bilanzkreismanagement
- Projektbegleitung
- Direktvermarktung nach Erneuerbare Energien Gesetz (EEG)
- EEG Überführungszeitreihen

Das Unternehmen steht als Kooperation im kommunalen Umfeld weiteren Gesellschaftern, Partnern und Kunden offen.

I.2 Strategien und Ziele

Quantum-Beschaffungsstrategie „Pool-Beschaffung-Strom“

Seit April bietet Quantum im Rahmen ihrer Basisdienstleistung ihren Gesellschaftern die neue Quantum-Beschaffungsstrategie „Pool-Beschaffung-Strom“ an. Vertriebsabschlüsse im mittleren und kleinen Gewerbekundensegment können jetzt noch schneller am Großhandelsmarkt abgesichert werden. Die Strategie startet mit einer Gesellschafter-Bestellung von rund 500 GWh.

Intraday-Handel

Mit Start der Intraday-Auktion (1/4h) an der EPEX im Dezember 2014 konnte Quantum die Glattstellung der 1/4h-Rampen, die durch die Übertragungsnetzbetreiber vorgeschrieben wird, in Eigenregie durchführen. Diese Dienstleistung wird ab 2015 auch für Dritte erbracht.

Gemeinschaftskraftwerk Kohle (GEKKO)

Die Quantum bewirtschaftet Kraftwerksscheiben einiger Gesellschafter des Gemeinschaftskraftwerks Kohle. Während Block E am 2.7.2014 den kommerziellen Betrieb aufnehmen konnte, hat Block D aufgrund der Ereignisse „Schäden am Dampferzeuger“ sowie „Chemikalieneintrag“ bis auf Weiteres keinen Strom mehr erzeugt.

Dienstleistung Bilanzkreismanagement für Nicht-Stadtwerke

Mit dem 1.4.2014 wurde erstmals ein gewerblicher Kunde gewonnen. Quantum übernimmt dabei die Prozesse im Bilanzkreismanagement Gas und bewirtschaftet zudem den Bilanzkreis. Der ursprüngliche Mineralöllieferant mit Sitz in Bayern, welcher sich auch als Energieversorger versteht, beliefert aktuell Kunden bei einem Gesamtabsatz von ca. 20 GWh/a. Als nächster Schritt ist die Dienstleistung für das Bilanzkreismanagement Strom ab April 2015 geplant.

Quantum-Kunden-Portal

Bei der Weiterentwicklung des Kunden-Portals lag 2014 der Fokus auf der Verbesserung der Performance und auf der Neuentwicklung der Bestellmaske für den Gas-Bereich.

Darüber hinaus wurde eine „Whitelabel-Version“ des Portals entwickelt und im Rahmen der Vermarktung an einen Schweizer Energieversorger lizensiert.

I.3 Organisation

Die inzwischen bewährte organisatorische Trennung von energetischen und finanziellen Vorgängen spiegeln die vier Säulen Front Office, Operations, Middle Office und Back Office wieder. Der im Vorjahr beschlossene Aufbau eines eigenständigen Bereiches für Erneuerbare Energien wurde erfolgreich umgesetzt. Die jeweiligen Bereichsleiter bilden zusammen mit dem Geschäftsführer die Geschäftsleitung der Quantum. Dadurch ist die im Handelsumfeld übliche Funktionstrennung bis auf Ebene der Geschäftsleitung umgesetzt.

Die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems wird grundsätzlich durch das Middle Office überwacht und es sorgt für den reibungslosen Ablauf der Kernprozesse und den damit verknüpften Schlüsselkontrollen. Das interne Regelwerk wurde fortlaufend im Risikomanagementhandbuch und den Prozessdokumentationen angepasst.

I.4 Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung NRW

Die Quantum GmbH hat im Geschäftsjahr 2014 der aus ihrer gesellschaftsvertraglichen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung entsprochen.

I.5 Forschung und Entwicklung

In 2014 setzte Quantum die Zusammenarbeit mit Studenten des Lehrstuhls für „Energiehandel und Finanzdienstleistungen“ der Universität Duisburg-Essen im Rahmen von praxisnahen Projekten im Bereich des Portfolio- und Risikomanagements Strom und Gas mit Schwerpunkt in der stochastischen Modellierung fort. Die Projekte wurden unter anderem als Masterarbeit ausgeschrieben. Der Fokus lag in diesem Jahr im Gasbereich in der Modellierung einer Daily Price Forward Curve und im Strombereich in der Analyse des Intraday - Marktes.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Rahmenbedingungen

Die Entwicklungen der europäischen Finanzmarkt- und Energiemarktregulierung waren fortgesetzt wesentlicher Beobachtungsgegenstand des Risikomanagements. Kennzeichnend bei der Umsetzung der Regularien war, dass die Vorgaben nach Verabschiedung auf Europäischer Ebene sofort in Kraft traten, jedoch ohne konkrete und detaillierte Ausgestaltung. Die Umsetzung der REMIT (Regulation on Energy Market Integrity and Transparency) zur Verhinderung von Marktmanipulation, Insiderhandel und insbesondere der für die Registrierungs- und Berichtsanforderungen notwendige Durchführungsrechtsakt verzögerte sich bis zum Ende des Berichtsjahres. Diese wurden inzwischen mit einem verbindlichen Zeitplan veröffentlicht. Von Quantum wurden aufgrund der noch offenen Ausgestaltung im Jahr 2014 keine regulatorischen Berichte über alle physikalischen Transaktionen gefordert.

Die Umsetzung der Vorgaben der Finanzregulierung, insb. aus EMIR (European Market Infrastructure Regulation) mit Anforderungen zu Clearing mit zentralen Gegenparteien und Vorgaben zur Risikominderung erfolgte fristgemäß. Zum Stichtag 12. Februar 2014 startete Quantum das EMIR - Reporting von finanziellen Absicherungsgeschäften. Quantum hat dafür die entsprechenden Vorbereitungen getroffen. Mit der seit 2. Juli 2014 in Kraft gesetzten Finanzmarktrichtlinie (MiFID II - Markets in Financial Instruments Directive) ist der physikalische Strom- und Gasmarkt von der Finanzaufsicht ausgenommen. Die nationale Umsetzung von Ausnahmetatbeständen bleibt abzuwarten.

II.2 Geschäftsverlauf

II.2.1 Gesellschafterangelegenheiten

Die Stadtwerke Menden GmbH und die Energie Nordeifel GmbH & Co. KG sind 2014 als Gesellschafter der Quantum GmbH ausgeschieden.

II.2.2 Strommarkt

In 2014 setzte sich der Abwärtstrend der Strompreise am deutschen Spotmarkt fort. Wie im Vorjahr fiel der Preis für die Grundlaststromlieferung (Base) im Jahresmittel um 5 € / MWh auf rund 33 € / MWh. Der Preis für die Spitzenlast (Peak) fiel im Durchschnitt sogar um 7 € / MWh auf etwa 39 € / MWh. Die Zahl der negativen Stundenpreise blieb im Vergleich zum Vorjahr stabil, ebenso wie die durchschnittliche Höhe dieser Preise. Preise über 100 € / MWh waren in 2014 nicht zu beobachten. Der Terminpreis für das Kalenderjahr 2014 (Cal 14) lag zum Handelsende in 2013 noch bei ca. 37,50 € / MWh, im Peak sogar bei rund 48,50 € / MWh.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien schritt in 2014 in Deutschland voran. Die Windenergie erreichte mit einem Ausbau von fast 5 GW einen neuen Rekordwert. Der Zubau der Solaranlagen hingegen verlangsamte sich weiter. Lag dieser im Vorjahr noch bei rund 3 GW ging er in 2014 auf etwa 2 GW zurück. In Summe erreichen Wind und PV eine installierte Leistung von fast 80 GW.

In 2014 setzte sich der Abwärtstrend auf dem deutschen Stromterminmarkt fort, was wie im Vorjahr vor allem auf die günstigeren Erzeugungskosten der Kohlekraftwerke zurückzuführen war. Diese ließen im Jahresmittel im Vergleich zu 2013 um rund 3 € / MWh nach. Nichtsdestotrotz gingen die Margen der Kohlekraftwerke (Clean Dark Spread) weiter zurück, und zwar um etwa 1 € / MWh auf rund 11 € / MWh bei 45 % Wirkungsgrad.

Bei den Gaskraftwerken vergünstigten sich die durchschnittlichen Erzeugungskosten zwar leicht. Wegen der deutlich sinkenden Strompreise rutschten die Margen der Gasanlagen allerdings weiter ins Minus.

Der Base-Preis für das Kalenderjahr 2015 schloss das Jahr nahe des bis dato historischen Tiefs bei rund 34 € / MWh ab, der Peak-Preis bei knapp 43 € / MWh.

II.2.3 Gasmarkt

Nach der Abschwächung des Aufwärtstrends auf den zentralwesteuropäischen Gasspotmärkten in 2013 gingen die Preise im Folgejahr deutlich zurück. So fielen die Tagesreferenzpreise der EEX-Börse an den virtuellen Handelspunkten in Deutschland (NCG und Gaspool) und den Niederlanden (TTF) in 2014 um durchschnittlich 6 € / MWh auf rund 21 € / MWh. Im Sommer waren mit etwa 15 € / MWh die tiefsten Preise zu beobachten. Zu extremen Preisausschlägen kam es in diesem Jahr nicht, der Hochpreis wurde gleich zu Jahresbeginn mit 29 € / MWh fixiert. Eine Gaslieferung im Kalenderjahr 2014 wurde im Terminmarkt zuletzt noch mit 27 € / MWh bewertet.

Im letzten Quartal 2014 brachen die Gasterminpreise aus ihrem mehrjährigen Seitwärtstrend nach unten aus. Handelten die Preise für das Frontjahr bis Anfang Oktober noch um 25 € / MWh, rutschten sie bis Ende des Jahres auf rund 22 € / MWh ab. Die Abwärtsbewegung ging einher mit der bärischen Entwicklung am Ölmarkt. Auch trug die Lösung im Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine maßgeblich zur Entspannung am Markt bei.

II.2.4 Brennstoffe und CO2

Der CO2-Markt konnte sich in 2014 von seinen Tiefstständen des Vorjahres erholen. Ursächlich dafür war u.a. die Umsetzung des Backloadings, die Zurückhaltung von 900 Mio. Zertifikaten aus den Auktionsmengen. Davon war allein das Jahr 2014 mit einer Reduktion von 400 Mio. Zertifikaten betroffen. Dies trieb den Preis zu Beginn des Jahres von rund 5 EUR / t auf über 7 EUR / t. Mit der sog. Marktstabilitätsreserve (MSR) wurde ein flexibler Mechanismus, der dem Markt bedarfsgesteuert Zertifikate entzieht und zufügt, eine weitere preisstabilisierende Maßnahme angekündigt.

Die Diskussion dieser Maßnahmen in den zuständigen EU-Gremien hinsichtlich Startzeitpunkt und Ausgestaltung sorgte für große Preisschwankungen, vor allem im 1. Quartal 2014. Der Preis bewegte sich 2014 in einer Spanne zwischen 3,71 EUR / t und 7,52 EUR / t. Der Durchschnittspreis über das gesamte Jahr betrug 6,01 EUR / t und lag damit rund 1/3 höher als im Jahr 2013.

Der Markt für die Brennstoffe Kohle und Öl war 2014 von einer hohen Überversorgung des Marktes geprägt. Ausgelöst durch starke nicht-konventionelle Ölförderung in den USA bei gleichzeitiger unverminderter Förderung der OPEC Staaten verlor der Ölpreis in der zweiten Jahreshälfte etwa die Hälfte seines Wertes und fiel auf unter 60 USD / bbl, dem tiefsten Stand seit 2009. Insgesamt erreichte der Ölpreis mit 115,71 USD / bbl den höchsten und mit 55,81 USD / bbl den tiefsten Stand 2014.

Auch die Kohlepreise kamen 2014 wegen einer Kombination aus Überversorgung, ungewöhnlich mildem Winter und schwächerer chinesischer Nachfrage unter starken Druck. Hinzu kam eine starke Entwertung des Rubels. Der russische Rubel hatte gegenüber dem US Dollar Mitte Dezember im Jahresvergleich fast die Hälfte an Wert verloren. Auch der kolumbianische Peso war um 25 % auf die schwächste Notierung seit 2009 gefallen. Die billigeren heimischen Währungen und tiefen Ölpreise haben die Produktionskosten bei den Kohleproduzenten für in USD gehandelte Kohle gesenkt und damit die Überversorgung noch verstärkt. Das Jahreshoch für API2 Kohle lag bei 83,95 und das Tief bei 65,88 USD / t.

II.3 Ertragslage

Auch im Geschäftsjahr 2014 hat die Quantum GmbH ihre wirtschaftlichen Ziele erreicht. Da gemäß dem Geschäftsmodell der Quantum GmbH alle am Großhandelsmarkt realisierten Preiskonditionen grundsätzlich "1:1" an ihre Kunden weitergegeben werden, ist sie von den Auswirkungen der allgemeinen Marktpreisentwicklung nicht betroffen.

Die Umsatzerlöse, welche fast ausschließlich mit Gesellschaftern erzielt wurden, betrugen in 2014 524,1 Mio. €. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Reduktion von 9,2 %. Während bei der Elektrizität leichte Erlössteigerungen in Höhe von 2 % zu verzeichnen sind, reduzierten sich die Erdgaslieferungen durch das Warmjahr um 15 %. 57 % der Umsatzerlöse stammen aus dem Stromverkauf und 42 % resultieren aus Erdgaslieferungen. Die übrigen Erlöse mit einem Anteil von 1 % gehen auf die Dienstleistungen an Gesellschafter und Partner und auf Erlöse mit Zertifikaten, Managementprämien und ähnlichem zurück.

Auf der Einkaufsseite unterhält die Quantum Handelsbeziehungen zu etablierten nationalen und internationalen Unternehmen der Energiebranche.

Die Gesellschaft hat einen Gewinn von 87,5 T€ erzielt und damit das geplante Ergebnis um 68 T€ übertroffen. Bei entsprechendem Beschluss der Gesellschafterversammlung wird dieser als Gewinnvortrag gebildet, der zukünftige Dienstleistungsentgelte entlastet.

Der Anstieg der Personalaufwendungen resultiert aus dem planmäßigen Aufbau von Personal, sowie zusätzlichen Kosten für Bereitschaftsdienste und Bonuszahlungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Berichtsjahr um 260 T€ gestiegen. Zu den Posten mit Kostensteigerungen gehören die Rechts- und Beratungskosten mit 66 T€, sowie die übrigen Fremdleistungen mit 85 T€. Mehrkosten entstanden durch die geplante Gründung einer IT-Gesellschaft und durch Kosten für Personal-Recruiting.

Die Mehrkosten für IT-Dienstleistungen in Höhe von 210 T€, inkl. Portalaufwendungen und Geschäftsbesorgungsvertrag sind bis auf 33 T€ planmäßig gestiegen. Durch den Umzug der Quantum in eine größere Büroetage entstand ein Mehrbedarf von 34 T€ in den Instandhaltungsaufwendungen.

Im Vorjahr ergab sich ein sonstiger betrieblicher Aufwand aus einer Einzelwertberichtigung in Höhe 194 T€. Im laufenden Jahr war keine Einzelwertberichtigung erforderlich. Dies reduziert die sonstigen betrieblichen Aufwendungen entsprechend.

	2014	**2013**	**Veränderung**	
	T€	**T€**	**T€**	**%**
+ Umsatzerlöse	524.135	577.370	-53.235	-9,2
- Materialaufwand	518.721	572.160	-53.439	-9,3
Rohertrag	**5.414**	**5.210**	**204**	**3,9**
- Personalaufwand	2.940	2.403	537	22,3
- Abschreibungen	165	250	-85	-34,0
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.235	1.975	260	13,2
+ Sonstige betriebliche Erträge	282	558	-276	-49,5
Betriebsergebnis	**356**	**1.140**	**-784**	**-68,8**
+ Zinserträge	15	25	-10	-40,0
- Zinsaufwendungen	202	158	44	27,8
Finanzergebnis	**-187**	**-133**	**-54**	**40,6**
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**169**	**1.007**	**-838**	**-83,2**
- Ertragsteuern	82	242	-160	-66,1
Jahresüberschuss	**87**	**765**	**-678**	**-88,6**

II.4 Finanz- und Vermögenslage

	Kapitalflussrechnung	2014	2013
		- T€ -	- T€ -
	Jahresüberschuss	87	765
±	Abschreibungen / Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	+165	+250
±	Abnahme / Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-908	+11.429
±	Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-7.312	+9.056
=	**Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit**	**-7.968**	**21.500**
-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-148	-35
-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-106	-66
+	**Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens**	**4**	**0**
=	**Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit**	**-250**	**-101**
-	Auszahlungen aus Eigenkapitalabgang	-346	-69
=	**Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit**	**-346**	**-69**
=	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds**	**-8.564**	**21.330**
+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	26.780	5.450
=	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**18.216**	**26.780**

Insbesondere durch den Abbau der Verbindlichkeiten bzw. die Inanspruchnahme der Rückstellungen aus Energielieferungen bei gleichzeitigem leichtem Aufbau der Forderungen aus Energielieferungen wurde ein negativer Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit erzielt. Dies führte zu einem entsprechenden Rückgang des Finanzmittelfonds. Die Eigenkapitalquote stieg aufgrund der gesunkenen Bilanzsumme auf 11,6%.

Kapitalstruktur

	2014	2013	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Summe Eigenkapital	4.253	4.512	-259	-5,7
Summe Fremdkapital	32.325	39.636	-7.311	-18,4
Bilanzsumme	**36.578**	**44.148**	**-7.570**	**-17,1**

	%	%
Eigenkapitalquote	11,6	10,2
Fremdkapitalquote	88,4	89,8

Das Anlagevermögen der Quantum ist in voller Höhe durch das Eigenkapital gedeckt.

II.5 Liquidität

Die Quantum verfügte im Geschäftsjahr 2014 stets über ausreichende Liquidität. Der eingerichtete Dispositionskredit wurde nicht in Anspruch genommen.

II.6 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Quantum hat sich auf gutem Niveau stabilisiert. Die Eigenkapitalquote stieg auf 11,6 %. Durch die Einstellung von Teilen des Jahresgewinns in Höhe von ca. 579 T€ in die Rücklagen und der Ankauf von Anteilen und die damit verbundene Auszahlung aus den freien Rücklagen an Altgesellschafter ergeben sich nun Gewinnrücklagen in Höhe von 3,2 Mio. €. Bei einem Verkauf der eigenen Anteile können die freien Rücklagen auf den Zielwert von 3,5 Mio. € aufgefüllt werden.

II.7 Organisation

Im Jahre 2014 waren alle Bereiche der Quantum mit 31 qualifizierten Mitarbeitern planmäßig besetzt.

III. Nachtragsbericht

Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben

IV. Risikobericht, Prognose- und Chancenbericht

IV.1 Risikobericht

Die Quantum GmbH wurde gegründet, um ihren Gesellschaftern und Kunden einen transparenten, effizienten, Synergie nutzenden Zugang zu den Beschaffungsmärkten des Energie-Großhandelsmarktes zu ermöglichen. Satzungsgemäß können Gesellschafter nur Unternehmen werden, die zu mindestens 50 % in kommunalem Eigentum stehen.

Die gute Bonität der Gesellschafter erleichtert das Management der Kreditrisiken aus Energiebeschaffung und Energiepreissicherung, denn durch die anhaltende Abwärts-entwicklung der Preise begehren die Lieferanten zunehmend Sicherheiten für ihr Wiederabsatz- und Zahlungsausfallrisiko.

Das Besicherungskonzept zur Verstärkung der Eigenbonität der Quantum wurde weiter ausgebaut. Bei Bedarf stehen ein oder mehrere Gesellschafter als Sicherheitengeber zur Verfügung. Das für Quantum bei den Gesellschaftern abrufbare Besicherungsvolumen konnte verdoppelt werden.

Das wesentliche Merkmal des Geschäftsmodells besteht darin, dass keine Marktpreisrisiken von der Quantum getragen werden. Auf dieser Grundlage entwickelt die Quantum die ihren Gesellschaftern und Kunden angebotenen Produkte weiter. Im Mittelpunkt stand der Aufbau einer Optimierung am Spotmarkt bei der Quantum in eigener Verantwortung über den günstigsten Zeitpunkt der Glattstellung bestimmt. Als Konsequenz hält die Quantum GmbH keine Termin-Positionen am Markt auf eigenes Risiko und gibt Energie zu den am Markt erzielten Konditionen an die Gesellschafter und Partner weiter. Diese erhalten damit Zugriff auf die Großhandelspreise ohne Margenaufschläge. Die Betriebskosten der

Quantum werden durch Dienstleistungsentgelte finanziert, deren Höhe die Gesellschafterversammlung im Zuge der Wirtschaftsplanung beschließt.

Rechtliche Risiken begrenzt Quantum durch standardisierte Rahmenvertragswerke mit den Marktpartnern, die weitestgehend kongruent bzw. spiegelbildlich gegenüber den Premium-Kunden ausgestaltet sind. Im operativen Vertragsmanagement standen die Abschlüsse neuer Standardbeschaffungsverträge (EFET oder individuelle Rahmenverträge) an. Mehrere Lieferanten-Verträge konnten erfolgreich einer Revision unterzogen werden.

Besonderes Augenmerk wird weiterhin auf die Sicherstellung der Liquidität gerichtet, die durch konsequente und zeitnahe Überwachung der Zahlungsziele sowie ein effektives Mahnwesen erreicht wird.

Im Risikohandbuch der Quantum sind die Grundsätze für die risikobewusste Ausgestaltung des Geschäftsbetriebs beschrieben. Die Umsetzung überwacht das Risikokomitee, das aus Vertretern der Gesellschafter, der Geschäftsführung und dem für Risikomanagement zuständigen Geschäftsleiter der Quantum besteht. Alle wesentlichen Entwicklungen der Quantum erfolgen in enger Abstimmung mit dem Risikokomitee, dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung.

Die vorhandene Quantum-Dokumentation wurde umfangreich überarbeitet und zum Regelwerk der Quantum zusammengefasst. Dabei wurden auch überholte Anweisungen angepasst bzw. gänzlich außer Kraft gesetzt.

Für die Quantum GmbH wesentliche Risiken liegen weiterhin im operativen Bereich. Zur Minimierung von Risiken bei der Bearbeitung insbesondere von Beschaffungsvorgängen sind die wesentlichen Prozesse mit Kontrollschritten dokumentiert, diese werden ständig weiterentwickelt. Die eingesetzten IT-Systeme werden ebenfalls ständig weiter entwickelt und entsprechen den aktuellen Markt- und Regulierungsanforderungen. Im Berichtsjahr begannen die ersten Prüfungshandlungen zur Auditierung des IKS nach dem IDW PS 951 neue Fassung. Die Prüfung konnte im Januar 2015 mit Vorlage einer uneingeschränkten Bestätigung des Wirtschaftsprüfers abgeschlossen werden.

Ausblick regulatorische Rahmenbedingungen

Die europäischen und nationalen Aufsichtsbehörden für den Finanz- und den Energiesektor gewinnen schrittweise mehr Kontrolle und Einblick in die Märkte. Davon wird auch weiterhin die Tätigkeit der Quantum auf dem Energiemarkt, insbesondere der Großhandel mit elektrischer Energie, Erdgas und Treibhaus-Emissionsrechten betroffen sein. Der Schwerpunkt wird sich weiter auf die praktische Ausgestaltung der Gesetzesnormen und des für die Markttransparenz notwendigen Meldewesens verlagern.

Das Marktdaten-Reporting nach REMIT wird Quantum für die eigenen Verpflichtungen aufbauen, aber auch gleichzeitig als Dienstleistung für Dritte anbieten.

Auf nationaler Ebene werden die Festlegungen der Bundesnetzagentur zur Umsetzung des Netzkodexes Gasbilanzierung, "GaBi Gas 2.0" in den Fokus rücken. Diese werden voraussichtlich mit der neuen Kooperationsvereinbarung Gas, „KoV 8“ ab Oktober 2015 in Kraft treten. Aus den inhaltlich vielschichtigen Anpassungen bilden für die Quantum die neuen Regeln zum Ausgleichsenergie-Preissystem und die Verkürzung der Nominierungsfrist am virtuellen Handelspunkt, „VHP“, direkte Berührungspunkte.

IV.2 Prognosebericht / Chancenbericht

Wirtschaftliche Aussichten

Die Quantum rechnet mit weiterhin niedrigen Preisen an den Energiemärkten, sodass insgesamt mit Erlösen geplant wird, die die 500 Mio. € Grenze nicht überschreiten werden. Um Dienstleistungsentgelte senken zu können, haben die Gesellschafter beschlossen, Gewinnvorträge aus Vorjahren in den Wirtschaftsplan einzuarbeiten. Unter dieser Prämisse plant die Gesellschaft als Jahresergebnis eine schwarze Null.

Kooperation mit der EEGmbH

Im November 2014 haben die beiden Geschäftsführer Hubert Tschuschke (EEGmbH) und Dirk Hardt (Quantum GmbH) in Hamburg einen weitreichenden Kooperationsvertrag unterschrieben. Zukünftig werden die Partner ihr Know-how und ihre Ressourcen gemeinsam nutzen und ausbauen, um ihre Position auf den sich rasant verändernden Märkten weiter zu stärken. Kurzfristig können damit bereits beide Unternehmen weitere Dienstleistungsprodukte wie das Netzdatenmanagement, die Direktvermarktung von Strom aus erneuerbaren Energien, sowie das sog. „Virtuelle Kraftwerk“ ihren Kunden anbieten. Diese Dienstleistungen waren bisher ausschließlich dem jeweils anderen Kundenkreis zugänglich.

Virtuelles Kraftwerk (VKW)

Quantum wird im Laufe des Jahres 2015 ein „virtuelles Kraftwerk“ errichten. Damit wird die Voraussetzung geschaffen, Kraftwerke der Gesellschafter und Kunden der Quantum am Regelenergiemarkt zu vermarkten, was zusätzliche Deckungsbeiträge für die Quantum und deren Gesellschafter generieren wird.

Kurzfristhandel

Im Rahmen des Kurzfristhandels werden im Laufe des Jahres 2015 Strategien entwickelt und angewendet, die es erlauben, aus den Handelstätigkeiten am Kurzfristmarkt Erlöse zu generieren.

Spot - Handel Gas

Ab dem 01.01.2015 werden alle bisher bei EEX handelbaren Erdgasprodukte unter der Marke PEGAS von der Powernext betrieben. Quantum hat die entsprechenden Handelsvereinbarungen mit Powernext unterzeichnet und ist weiterhin voll handlungsfähig.

Vertriebs-Informations-Management (VIM)

Für 2015 stehen auf der Einführungsliste „Vertriebs-Informations-Managementsystems (VIM)“ zwei weitere Quantum-Gesellschafter. Das System unterstützt das Vertriebsgeschäft von der Kalkulation und Angebotslegung bis zur Auslösung des Strom- / Gaseinkaufs am Großhandelsmarkt. Das integrierte Reporting verschafft einen detaillierten Ertrags- / Kosten-Überblick bis zu einzelnen Vertriebssegmenten.

Beschaffungsstrategien

Quantum überarbeitet und erweitert ihre Strombeschaffungsstrategien. Zu den Beschaffungsstrategien gehören unter anderem die b2b-Beschaffung, die Durchschnittspreisbeschaffung mit Risikobandbreite, die Poolbeschaffung und andere. Damit werden weitere Gesellschafteranforderungen abgebildet und Marktgegebenheiten berücksichtigt. Diese Strategien sind zentrale Bausteine, um die Vorteile der strukturierten Beschaffung großen und kleinen Portfolien umfänglich zu ermöglichen.

Quantum-Kunden-Portal

Der weitere Ausbau des Quantum- Portals umfasst in 2015 die Überarbeitung der Bestellmaske Strom analog zur Bestellmaske Gas. Daneben wird auch in 2015 an weiteren Performance-Maßnahmen gearbeitet, um das Portal noch stabiler und schneller zu machen.

Gesellschafterangelegenheiten

Unterstützt durch ein umfassendes Kommunikations-Konzept, sowie durch die Kooperation mit der EEGmbH wird die Quantum im kommenden Jahr ihre Akquise-Aktivitäten weiterführen und ausbauen, um neue Gesellschafter und Kunden für die Quantum zu gewinnen.

Organisation

Die Quantum hat zu Beginn des Geschäftsjahres 2015 einen Personalbestand von 31 Mitarbeitern. In 2015 werden organisatorische Veränderungen in den Abteilungen Optimierung und Operations umgesetzt.

In der Optimierung wird sukzessive ein Dreischichtbetrieb (24/7) aufgebaut. Dies führt zu einer Aufstockung der Abteilung.

Durch die Kooperation werden Tätigkeiten, die heute in der Abteilung Operations durchgeführt werden, zukünftig, ab dem 4. Quartal 2015 durch unseren Partner, die EEG GmbH dienstleistend erbracht.

Die Quantum hat ferner aus Kostengründen entschieden, einen Teil der Softwareentwicklung und -pflege durch eigenes Personal zu erledigen.

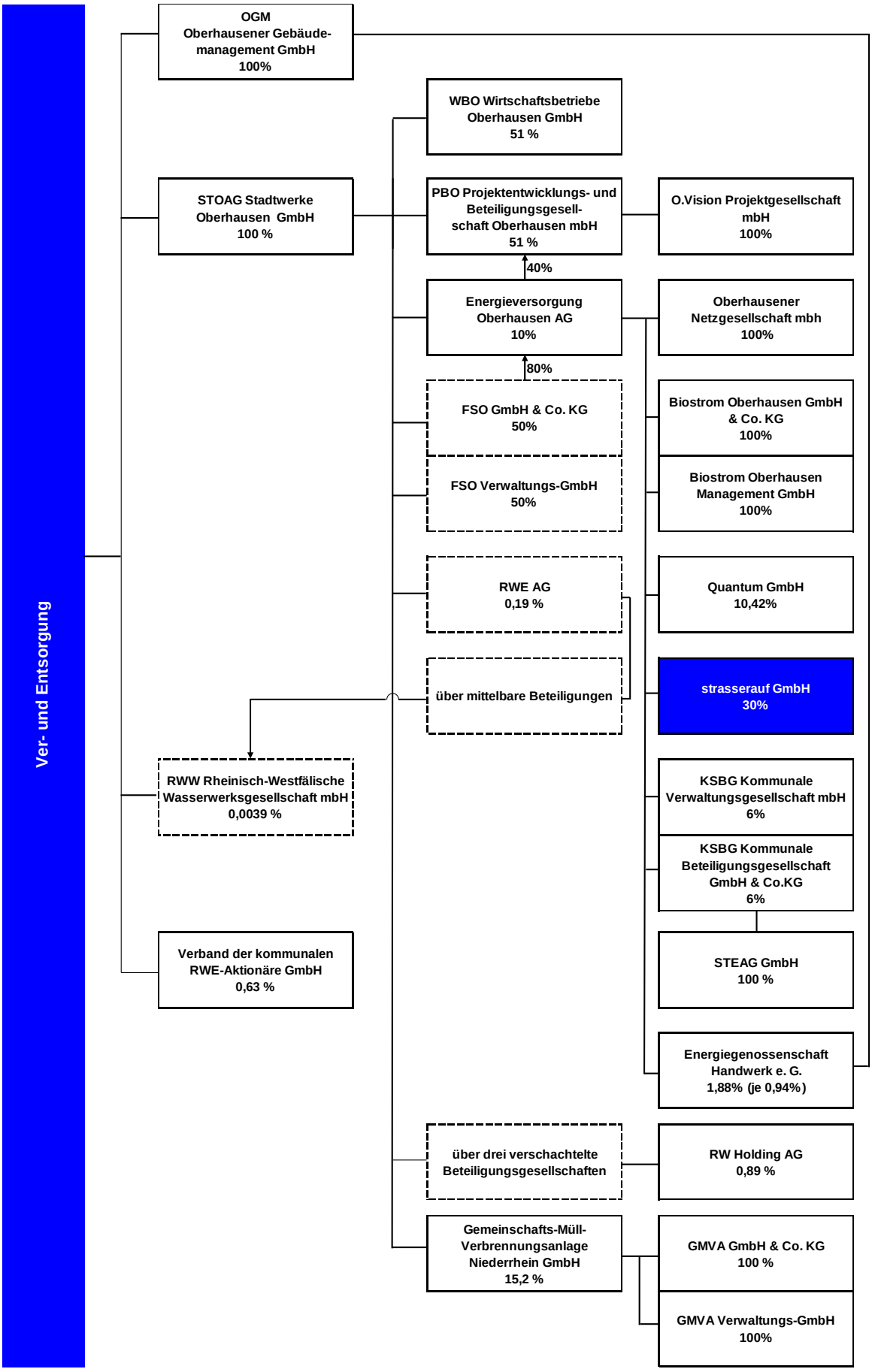
In Summe führen diese Entscheidungen zu einem Personalaufbau von einer Person.

Düsseldorf, den 30. März 2015

Quantum GmbH

Die Geschäftsführung

Dirk Hardt


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100%
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100%
40%
Energieversorgung Oberhausen AG 10%
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100%
80%
FSO GmbH & Co. KG 50%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100%
FSO Verwaltungs-GmbH 50%
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100%
RWE AG 0,19 %
Quantum GmbH 10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH 30%
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 6%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 6%
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100%

strasserauf GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	7,50	30,00
Energie Nordeifel GmbH & Co.KG	2,50	10,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	7,50	30,00
Stadtwerke Duisburg AG	7,50	30,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb und der Handel mit Energie vorrangig in den Vertriebsgebieten der Gesellschafter sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Energieversorgung im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen. Die Produkte und Dienstleistungen sollen das Leistungsspektrum der Gesellschafter und damit der mittelbar beteiligten Kommunen ergänzen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Mucke, Arnd
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	482,41	13,8	197,98	8,9	148,47	12,2	-49,51	-25,01
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	3.015,70	86,2	2.036,39	91,1	1.072,39	87,8	-964,00	-47,34
Bilanzsumme	**3.498,11**	**100,00**	**2.234,37**	**100,00**	**1.220,85**	**100,00**	**-1.013,52**	**-45,36**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Rückstellungen	140,54	4,0	61,23	2,7	44,33	3,6	-16,90	-27,60
Verbindlichkeiten	3.357,57	96,0	2.173,14	97,3	1.176,52	96,4	-996,62	-45,86
Bilanzsumme	**3.498,11**	**100,00**	**2.234,37**	**100,00**	**1.220,85**	**100,00**	**-1.013,52**	**-45,36**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	371,62	-1,72	0,00
sonstige betriebliche Erträge	99,02	26,68	11,43
Materialaufwand	532,74	22,98	21,70
sonstige betriebliche Aufwendungen	70,09	27,03	25,97
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,15	0,62	0,25
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-130,04	-24,42	-36,00
außerordentliche Erträge	1.000,00	1.003,74	1.000,00
außerordentliche Aufwendungen	18,29	0,00	
außerordentliches Ergebnis	981,71	1.003,74	1.000,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	851,67	979,32	964,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	851,67	979,32	964,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	229,18	-56.811,20		%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	851,67	979,32	964,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft und damit nach dem HGB nicht zur Aufstellung eines Lageberichts verpflichtet. Ein Lagebericht ist jedoch nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrags in entsprechender Anwendung der Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften aufzustellen.

Der Sitz der Gesellschaft ist Düsseldorf.

Nach der Gründung der strasserauf GmbH (strasserauf) im September 2009 startete am 22. Oktober 2009 der Online-Stromvertrieb von strasserauf an private Endkunden. strasserauf liefert ausschließlich Ökostrom aus vom TÜV-Süd zertifizierter Schweizer Wasserkraft. Neben hoher Transparenz und einer fairen Preisgestaltung sollte durch innovative Produktmerkmale das Leistungsspektrum der Gesellschafter und damit der mittelbar beteiligten Kommunen ergänzt werden. Im stark umkämpften wettbewerblichen Strommarkt sollte strasserauf zudem als Erfahrungsfeld fungieren und die Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschafter sichern.

Entsprechend dem Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 3. Mai 2011 wurde der Geschäftsbetrieb von strasserauf unter Einsatz von eigenem Personal zum 31. Dezember 2011 eingestellt.

Vorrangiges Ziel des Geschäftsjahres 2014 war die ordnungsgemäße Abwicklung der Einstellung des operativen Geschäfts und die Verwaltung der Unternehmenshülle.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Seit dem Jahr 2010 wird der Jahresabschluss in Abkehr vom Grundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt.

Das Geschäftsjahr 2014 wurde maßgeblich durch die Folgen der Abwicklung und Einstellung des operativen Betriebes zum 31. Oktober 2012 beeinflusst. Die Gesellschafter der strasserauf GmbH haben im Jahr 2014 einen Darlehensverzicht von 1 Mio. € ausgesprochen, was zu einem positivem Jahresergebnis führt. Dem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von 1.072 TEUR stehen Gesellschafterdarlehen in Höhe von 1.173 TEUR gegenüber, die im Rang hinter sämtlichen Verbindlichkeiten zurückstehen.

	2014 Ist	**2013 Ist**	**Abweichung**
Umsatz in TEUR	**0**	-2	2
Jahresergebnis in TEUR	**964**	979	-15

Im Berichtszeitraum wurden keine Investitionen vorgenommen. Die Liquidität der Gesellschaft war durch die Bereitstellung eines Gesellschafterdarlehens zu jedem Zeitpunkt gesichert. Hauptziel des Finanzmanagements des Unternehmens ist auch weiterhin die Sicherstellung der Unternehmensliquidität. Diese ist durch vertraglich zugesagte und abgerufene Gesellschafterdarlehen, sowie weitere geplante Kosteneinsparungen bis 2016 gesichert.

Finanzielle Leistungsindikatoren	**2014 TEUR**	**2013 TEUR**
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	188	399
Cash Flow		
-aus laufender Geschäftstätigkeit	-41	-211
-aus der Investitionstätigkeit		0
-aus der Finanzierungstätigkeit		0
	147	188

Aufgrund der Unternehmensgröße ist ein formales Risikomanagementsystem nicht implementiert. Die Geschäftsführung wurde in 2014 kontinuierlich über vorliegende Erkenntnisse in allen Bereichen durch regelmäßige stattfindende Sitzungen informiert. Falls notwendig wurden risikobegrenzende Maßnahmen in diesen Sitzungen besprochen, festgelegt und die Risiken in ihrer Entwicklung verfolgt. Auf diese Weise wurde die Risikoerfassung eng mit dem bestehenden Controlling-Prozess verbunden.

Ausblick

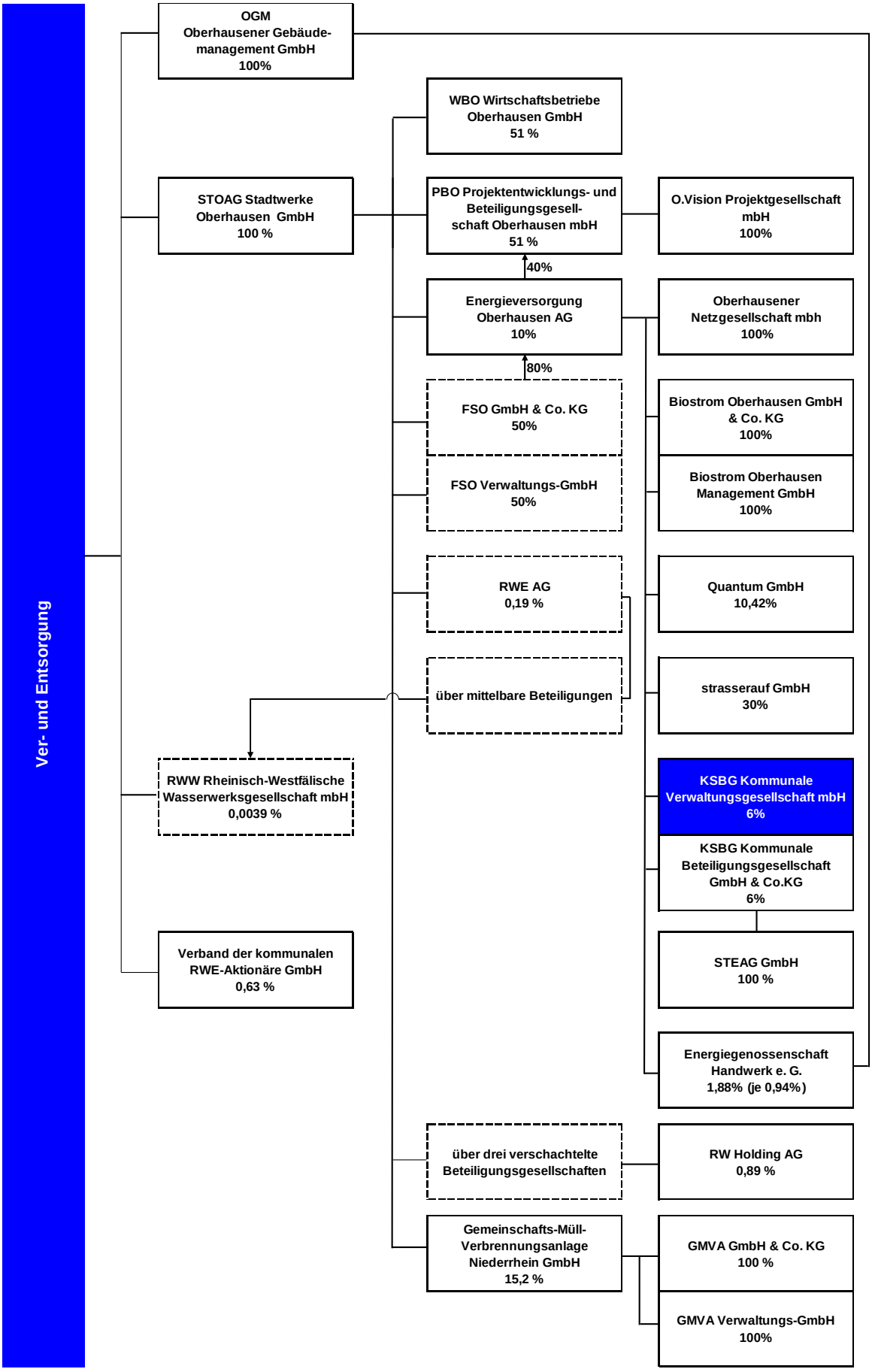
Die Gesellschaft soll nicht liquidiert werden und die Unternehmenshülle soll bestehen bleiben. Die aktive Geschäftstätigkeit mit eigenem Personal wurde zum 31. Dezember 2011 eingestellt. Die operative Führung des ab dem 1. Januar 2012 weiter notwendigen Geschäftsbetriebs der strasserauf zur Überleitung der Kunden auf die evo AG hat die evo AG mit Wirkung zum 1. Januar 2012 übernommen. Zum 01. November 2012 wurden die Kunden auf die evo AG übergeleitet. Die ordnungsgemäße Einstellung des operativen Geschäfts schließt auch die finanziellen Verpflichtungen der Gesellschafter über den 31. Dezember 2013 hinaus ein. Auf die Rückzahlung des Gesellschafterdarlehens soll durch entsprechende Erklärungen der Gesellschafter gestaffelt bis zum Jahr 2016 verzichtet werden. Im Jahr 2014 wurde von den Gesellschaftern ein Darlehensverzicht von insgesamt 1 Mio. € unterzeichnet. Ab 2014 wird nach derzeitigen Erkenntnissen ein Jahresfehlbetrag ohne außerordentliche Erträge im mittleren fünfstelligen Bereich erwartet. Die Liquidität der Gesellschaft ist für 2015 und 2016 aus den vorhandenen liquiden Mitteln gesichert, da das operative Geschäft in 2012 auf die evo AG übergegangen ist und die Gesellschafter auf die Verzinsung Ihres Gesellschafterdarlehens verzichten. Eine entsprechende Zinsverzichtsvereinbarung wurde im Jahr 2012 verabschiedet.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Düsseldorf, den 6. Mai 2015

strasserauf GmbH

Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100%
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100%
40%
Energieversorgung Oberhausen AG 10%
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100%
80%
FSO GmbH & Co. KG 50%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100%
FSO Verwaltungs-GmbH 50%
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100%
RWE AG 0,19 %
Quantum GmbH 10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH 30%
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 6%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 6%
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100%

KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Straße 27-37
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	0208/8350
Fax	0208/835 2620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	www.stadtwerke-konsortium.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 100,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	18,00	18,00
Dortmunder Stadtwerke AG	18,00	18,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	6,00	6,00
Stadtwerke Bochum GmbH	18,00	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	6,00	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	19,00	19,00
Stadtwerke Essen AG	15,00	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Stellung als persönlich haftende Gesellschafterin und die Übernahme der Geschäftsführung der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Bückemeyer, Dietmar
	Geschäftsführer	Schröder, Carsten
	Geschäftsführer	Wilmert, Bernhard
	Prokurist	Albert, Uwe
	Prokurist	Felwor, Peter
	Prokurist	Jacoby, Jörg
	Prokurist	Seifert, Eckhard
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Dr. Scholz, Ottilie
	1. stellv. Vorsitzender	Sikorski, Ralf
	2. stellv. Vorsitzender	Link, Sören
	Mitglied gem. § 113 GO	Wehling, Klaus
	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Britz, Franz-Josef
	Mitglied	Halbeisen, Karl-Josef
	Mitglied	Dr. Heidinger, Michael
	Mitglied	Jung, Andreas
	Mitglied	Prof. Dr. Knorre, Susanne
	Mitglied	Melis, Ralf
	Mitglied	Monegel, Ulrich
	Mitglied	Muth, Heiner
	Mitglied	Dr. Nies, Susanne
	Mitglied	Pehlke, Guntram
	Mitglied	Dr. Rall, Hüseyin
	Mitglied	Rohde, Horst
	Mitglied	Sierau, Ulrich
	Mitglied	Süpke, Sabine
	Mitglied	Wolff, Christine
	Mitglied	Woll, Klaus Dieter

Präsidium:	Mitglied gem. § 113 GO	Wehling, Klaus
	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Link, Sören
	Mitglied	Rohde, Horst
	Mitglied	Dr. Scholz, Ottilie
	Mitglied	Sikorski, Ralf

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	387,05	100,0	171,70	96,8	533,08	98,9	361,38	210,47
Rechnungsabgrenzungsposten			5,60	3,2	5,80	1,1	0,20	3,57
Bilanzsumme	**387,05**	**100,00**	**177,30**	**100,00**	**538,87**	**100,00**	**361,57**	**203,93**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	107,96	27,9	115,58	65,2	120,02	22,3	4,44	3,84
Rückstellungen	16,01	4,1	13,07	7,4	22,51	4,2	9,44	72,23
Verbindlichkeiten	263,08	68,0	48,64	27,4	396,35	73,6	347,71	714,86
Bilanzsumme	**387,05**	**100,00**	**177,30**	**100,00**	**538,87**	**100,00**	**361,57**	**203,93**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	634,83		
sonstige betriebliche Erträge		763,93	1.019,44
Personalaufwand	439,72	548,51	698,05
sonstige betriebliche Aufwendungen	189,99	210,59	316,25
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,01	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5,14	4,83	5,14
außerordentliches Ergebnis	0,00		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,82	-2,64	0,57
sonstige Steuern	0,14	-0,15	0,14
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	4,18	7,62	4,43
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4,18	7,62	4,43

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,66			%
Eigenkapitalrentabilität:	4,02	7,06	3,83	%
Cash-Flow:	4,18	7,62	4,43	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	79,35	95,49	127,43	T€
Personalaufwandsquote:	69,26	71,80	68,47	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	27,89	65,19	22,27	%
Fremdkapitalquote:	72,11	34,81	77,73	%

e) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Stellung als persönlich haftende Gesellschafterin und die Übernahme der Geschäftsführung der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 100.000 € und ist voll eingezahlt. An der Gesellschaft sind nachfolgend aufgeführte Stadtwerke beteiligt:

- 19 % Stadtwerke Duisburg AG
- 18 % Dortmunder Stadtwerke AG
- 18 % Dortmunder Energie und Wasserversorgung GmbH
- 18 % Stadtwerke Bochum Holding GmbH
- 15 % Stadtwerke Essen AG
- 6 % Stadtwerke Dinslaken GmbH
- 6 % Energieversorgung Oberhausen AG

2. Wirtschaftsbericht

Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH

in €	2014	2013
Sonstige betriebliche Erträge	1.019.436,92	763.930,91
Personalaufwand	-698.050,97	-548.508,95
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-316.252,55	-210.594,15
Finanzergebnis	2,60	1,08
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**5.136,00**	**4.828,89**
Steuern	-704,88	2.793,20
Jahresüberschuss	**4.431,12**	**7.622,09**

Die sonstigen betrieblichen Erträge mit 1.019.436,92 € sind im Wesentlichen auf die gemäß Gesellschaftsvertrag vorzunehmenden Weiterbelastungen, der für die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG geleisteten Geschäftsführungstätigkeiten, zurückzuführen.

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden im Wesentlichen Kosten des Aufsichtsrates und Präsidiums in Höhe von 165.154,41 € sowie sonstige Kosten, die im Zusammenhang mit der Geschäftsführung der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG anfielen, ausgewiesen.

Vermögenslage

Bilanzstruktur

Der Abschluss der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH weist zum 31.12.2014 eine Bilanzsumme von 538.873,73 € aus, die sich gegenüber dem Vorjahr um 361.578,46 € erhöhte.

Bilanz KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH

Aktiva

in €	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	506.798,02	1.810,34
Flüssige Mittel	26.277,71	169.886,93
Umlaufvermögen	**533.075,73**	**171.697,27**
Rechnungsabgrenzungsposten	**5.798,00**	**5.598,00**
Summe Aktiva	**538.873,73**	**177.295,27**

Passiva

in €	31.12.2014	31.12.2013
Kapitalanteile	100.000,00	100.000,00
Rücklagen	15.584,78	7.962,69
Jahresüberschuss	4.431,12	7.622,09
Eigenkapital	**120.015,90**	**115.584,78**
Rückstellungen	**22.505,91**	**13.066,54**
Verbindlichkeiten	**396.351,92**	**48.643,95**
Summe Passiva	**538.873,73**	**177.295,27**

Die Erhöhung des Umlaufvermögen in Höhe von 361.378,46 € gegenüber dem Vorjahr ist auf die noch offenen Forderungen aus Aufwendungen für geleistete Geschäftsführungstätigkeiten gegenüber der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG und dem Rückgang der liquiden Mittel um 143.609,22 € zurückzuführen.

Das Eigenkapital ist mit 120.015,90 € (Vorjahr: 115.584,78 €), ebenso wie die Rückstellungen mit 22.505,91 € (Vorjahr: 13.066,54 €) gegenüber dem Vorjahr nahe zu unverändert.

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 347.707,97 €. Im Wesentlichen ist diese Erhöhung auf die kurzfristigen Liquiditätsbereitstellung der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG in Höhe von 317.734,00 € zurückzuführen.

Die Geschäftsführung beurteilt die Gesamtlage der Gesellschaft als stabil.

Finanzwirtschaftliches Risikomanagement

Die KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH betreibt selbst kein eigenes Finanzmanagement. Im Jahr 2011 wurde ein Dienstleistungsvertrag mit der STEAG GmbH geschlossen und die KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH wurde im Rahmen dieses Vertrages in das Finanzmanagement der STEAG GmbH eingebunden. Damit wird sichergestellt, dass die KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH ihren laufenden Verpflichtungen jederzeit nachkommen kann.

Finanzierungspolitik und Finanzierungsstruktur

Gemäß Gesellschaftervertrag der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH wird die von der Gesellschaft für laufende Zahlungsverpflichtungen benötigte Liquidität von der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG bereitgestellt. Für die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG ist die Liquidität mindestens in den kommenden 15 Monaten gesichert.

Zum 31. Dezember 2014 bestehen Finanzaktiva in Form von Bankguthaben in Höhe von 26.277,71 €, Finanzverbindlichkeiten bestehen keine. Ebenso bestehen keine weiteren außerbilanziellen Finanzierungsinstrumente, die einen wesentlichen Einfluss auf die derzeitige und zukünftige Finanz- und Ertragslage, die Liquidität oder sonstige Bilanzposten haben.

3. Nachtragsbericht

Es haben sich keine Ereignisse nach dem Bilanzstichtag ergeben, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft beeinflussen.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Durch die vollständige Erstattung der Aufwendungen durch die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG. verfügt die Gesellschaft über ausreichende liquide Mittel, um ihren finanziellen Verpflichtungen stets nachzukommen, daneben verweisen wir auf Punkt 2 des Lageberichts.

Für die Stellung als persönliche haftende Gesellschafterin erhält die Gesellschaft von der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG eine jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 5.000 €.

Die Gesellschaft hat keine Bankdarlehen aufgenommen.

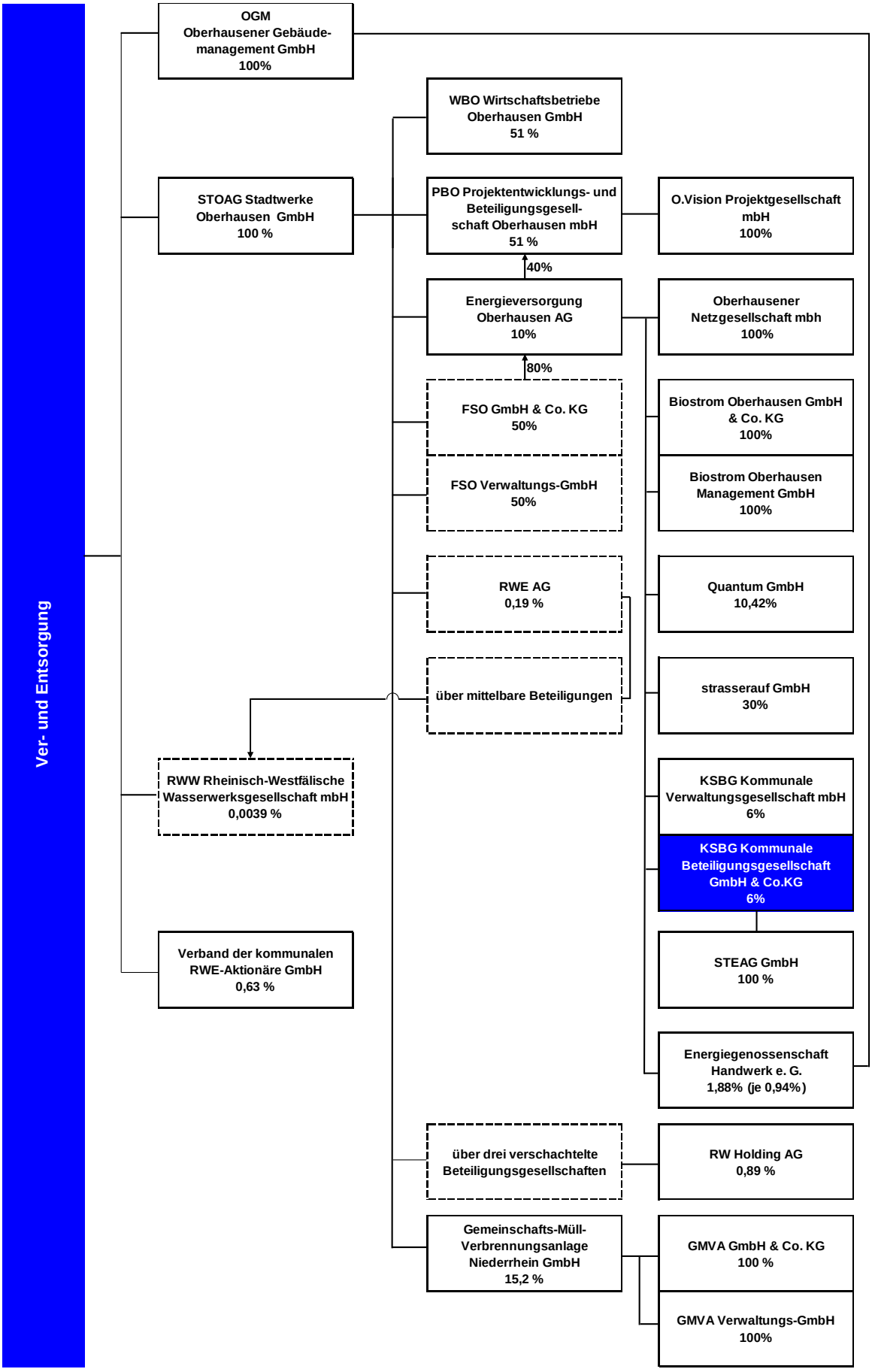
Die Geschäftsführung geht auch für das folgende Geschäftsjahr von einer konstant positiven Entwicklung aus.

Essen, den 13. März 2015

KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH

Die Geschäftsführung

Bernd Wilmert Dietmar Bückemeyer Carsten Schröder


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100%
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100%
40%
Energieversorgung Oberhausen AG 10%
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100%
80%
FSO GmbH & Co. KG 50%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100%
FSO Verwaltungs-GmbH 50%
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100%
RWE AG 0,19 %
Quantum GmbH 10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH 30%
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 6%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 6%
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
STEAG GmbH 100 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100%

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Straße 27-37
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	0208/ 8350
Fax	0208/835 2620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	www.stadtwerke-konsortium.de

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 1,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	0,18	18,00
Dortmunder Stadtwerke AG	0,18	18,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	0,06	6,00
Stadtwerke Bochum GmbH	0,18	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	0,06	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	0,19	19,00
Stadtwerke Essen AG	0,15	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Evonik Steag GmbH als Unternehmen der Energieversorgung, die Erbringung von Dienstleistungen gegenüber ihren Gesellschaftern und der Evonik Steag GmbH, sowie die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Vorstand der evo

c) Beteiligungen

	T€	%
unmittelbar		
STEAG GmbH	128.000,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	590.375,76	75,7	549.962,11	72,0	1.097.290,39	85,1	547.328,28	99,52
Umlaufvermögen	185.829,82	23,8	212.221,83	27,8	187.252,87	14,5	-24.968,96	-11,77
Rechnungsabgrenzungsposten	3.450,96	0,4	1.860,86	0,2	5.604,68	0,4	3.743,82	201,19
Bilanzsumme	**779.656,54**	**100,00**	**764.044,81**	**100,00**	**1.290.147,94**	**100,00**	**526.103,13**	**68,86**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	297.945,51	38,2	327.070,26	42,8	526.874,97	40,8	199.804,71	61,09
Rückstellungen	10.768,65	1,4	36.928,26	4,8	18.514,36	1,4	-18.413,90	-49,86
Verbindlichkeiten	470.942,37	60,4	400.046,29	52,4	744.758,61	57,7	344.712,32	86,17
Bilanzsumme	**779.656,54**	**100,00**	**764.044,81**	**100,00**	**1.290.147,94**	**100,00**	**526.103,13**	**68,86**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.607,80	1.643,68	1.396,69
sonstige betriebliche Erträge	63,08	252,99	41,55
Materialaufwand	1.234,15	1.164,83	897,77
Abschreibungen	87,35	88,41	88,42
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.835,71	2.860,11	6.053,43
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	110.021,48	96.016,99	86.032,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.651,88	1.781,73	1.133,92
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	23.313,58	15.988,02	22.579,93
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	85.873,45	79.594,00	58.984,60
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.546,49	1.741,82	1.169,29
sonstige Steuern	0,29	0,92	8.010,61
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	23.726,52	23.726,52	
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	57.600,15	54.124,75	49.804,71
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	57.600,15	54.124,75	49.804,71

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5.058,25	4.736,40	3.565,92	%
Eigenkapitalrentabilität:	33,84	28,52	10,44	%
Cash-Flow:	81.414,01	77.939,68	49.893,12	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,23	0,23	0,13	%
Eigenkapitalquote:	38,21	42,81	40,84	%
Fremdkapitalquote:	61,79	57,19	59,16	%

e) Lagebericht

Bei diesem Lagebericht handelt es sich um einen zusammengefassten Lagebericht für die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG KG) und ihre Tochterunternehmen (zusammen „KSBG-Konzern“) und die KSBG KG. Auf die wirtschaftliche Entwicklung der KSBG KG wird in einem gesonderten Abschnitt eingegangen. Der Konzernabschluss wurde nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und der Einzelabschluss nach den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt.

Grundlagen des KSBG-Konzerns

Geschäftstätigkeit und Struktur

Geschäft

Die KSBG KG ist ein Konsortium aus sieben deutschen Stadtwerke-Gesellschaften der Rhein-Ruhr-Region. Gegenstand des Unternehmens ist neben der Beteiligung an der STEAG GmbH und der Erbringung von Dienstleistungen gegenüber Gesellschaftern und der STEAG GmbH insbesondere die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung. Dieser öffentliche Zweck wurde mit der Beteiligung an der STEAG GmbH erreicht. Darüber hinaus betreibt die KSBG KG drei dezentrale Energieerzeugungsanlagen.

Mit Kaufvertrag vom 17./18. Dezember 2010 hat die KSBG KG insgesamt 51,0 Prozent der Anteile an der STEAG GmbH von der Evonik Industries AG (Evonik) sowie der RBV Verwaltungs-GmbH (RBV), einem 100-prozentigen Tochterunternehmen der Evonik, erworben. Der Vollzug des Kaufvertrags (Closing) ist am 2. März 2011 erfolgt. Somit ist die KSBG KG gem. § 290 HGB zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet, in den neben der STEAG GmbH alle wesentlichen in- und ausländischen Tochterunternehmen einbezogen werden.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die KSBG KG die mit RBV vertraglich vereinbarte Call-Option ausgeübt und mit Kaufvertrag vom 29. August 2014 die verbleibenden 49,0 Prozent an der STEAG GmbH erworben. Mit dem wirtschaftlichen Übergang am 5. September 2014 ist die KSBG KG Alleingesellschafterin der STEAG GmbH.

Da die KSBG KG im Wesentlichen Holdingfunktionen ausübt, wird die Tätigkeit des KSBG-Konzerns durch die Tätigkeit der STEAG GmbH und ihrer Tochtergesellschaften bestimmt. Darüber hinaus nutzt die KSBG KG im Wesentlichen die bei der STEAG GmbH eingerichteten Prozesse und Systeme, um die Geschäftstätigkeit des Konzerns zu überwachen. Hierzu zählen beispielweise Risiko- und Finanzmanagement sowie weitere kaufmännische Prozesse.

Der KSBG-Konzern ist ein in der Energiewirtschaft tätiger Konzern, der seinen Kunden integrierte Lösungen im Bereich der Strom- und Wärmeerzeugung sowie technische Dienstleistungen anbietet. Zu den Kernkompetenzen gehören Planung, Realisierung und Betrieb sowohl von Großkraftwerken als auch von dezentralen Anlagen sowie die kraftwerksbasierte Stromvermarktung. Grundlagen für die Strom- und Wärmeerzeugung sind neben Spezialbrennstoffen sowohl fossile Brennstoffe als auch in zunehmendem Maß erneuerbare Energien.

Erzeuger konventioneller Energien

Als einer der größten Stromerzeuger Deutschlands verfügt der KSBG-Konzern über eine installierte Leistung von insgesamt 10.150 Megawatt (MW), davon allein rund 8.200 MW in Deutschland.

In Deutschland betreibt der KSBG-Konzern an zehn Standorten Kraftwerke sowie über 200 dezentrale Anlagen zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien bzw. dezentrale Anlagen für die Industrie und zur Wärmeversorgung.

Im Ausland betreibt der KSBG-Konzern eigene Kraftwerke, arbeitet aber auch eng mit lokalen Partnern zusammen. Der KSBG-Konzern betreibt Kraftwerke in Kolumbien, auf den Philippinen und in der Türkei. Das türkische Kraftwerk in Iskenderun ist die größte Auslandsinvestition des KSBG-Konzerns und hat eine Leistung von 1.320 MW.

Erzeuger erneuerbarer Energien

Erneuerbaren Energien kommt im Gesamtportfolio des KSBG-Konzerns eine zunehmend größere Bedeutung zu. So nahm der Konzern im November 2014 den Windpark Ullersdorf (Brandenburg) mit 43,2 MW installierter Leistung in Betrieb. Und auch im Ausland etabliert sich der KSBG-Konzern als Anbieter erneuerbarer Energien: Ebenfalls in 2014 nahm der KSBG-Konzern den Windpark „Crucea Nord“ in Rumänien mit 108 MW installierter Leistung in Betrieb.

Kompetenter Handelspartner

Auf der Grundlage langjähriger Erfahrung im Strom-, Kohle- und CO_2-Geschäft hat der KSBG-Konzern nicht nur ein breites Produkt- und Dienstleistungsportfolio geschaffen, sondern auch eine hohe Handelskompetenz aufgebaut. Heute ist der KSBG-Konzern einer der führenden Importeure und Vermarkter für Steinkohle in Deutschland. Das Unternehmen importiert Steinkohle aus den wichtigsten Produzentenländern für die Versorgung sowohl der KSBG-Kraftwerke als auch für Drittkunden.

Vielfältiger Dienstleister

Der KSBG-Konzern hat sich über Jahrzehnte eine große Expertise in der Modernisierung bestehender Anlagen erarbeitet und gilt heute als einer der führenden Anbieter von Lösungen für eine maßgeschneiderte Energieversorgung, die umweltfreundlich und zugleich wirtschaftlich ist.

So ist der KSBG-Konzern nicht nur Vorreiter bei effizienten Technologien zur Steinkohleverstromung, die sich durch einen hohen Wirkungsgrad und Ressourcenschonung auszeichnen, sondern darüber hinaus auch Spezialist in der Optimierung der gesamten Wertschöpfungskette innerhalb des Kraftwerksprozesses. Auch in der Verwertung von Reststoffen aus Steinkohlekraftwerken ist der KSBG-Konzern in Europa stark positioniert.

Führend ist der KSBG-Konzern in Deutschland ebenfalls in der Erzeugung von Strom und Wärme aus Grubengas und im Bereich der geothermischen Wärmegewinnung. Zudem ist der KSBG-Konzern einer der größten Fernwärmeversorger und Contracting-Anbieter sowie Betreiber von Biomasse-Heizkraftwerken in Deutschland.

Professionelle Engineering- und Betreiberlösungen für alle Bereiche der Energieerzeugung gehören zum Kompetenzfeld des KSBG-Konzerns. Dafür sind die Ingenieure der Tochtergesellschaft STEAG Energy Services GmbH international im Einsatz: zum Beispiel in Brasilien, Botswana, Rumänien, der Türkei, der Schweiz, den USA und in Indien, wo die STEAG Energy Services (India) Pvt. Ltd. (Indien) mit über 1.000 Mitarbeitern die mitarbeiterstärkste ausländische Tochtergesellschaft des KSBG-Konzerns ist.

Integriertes Geschäftsmodell

Die KSBG KG mit Sitz in Essen ist das Mutterunternehmen des Konzerns. Sie hält heute 100,0 Prozent der Anteile an der STEAG GmbH mit Sitz in Essen. Diese wiederum hält direkt und indirekt die Anteile an den zum Konzern gehörenden Tochterunternehmen. Die KSBG KG hat Leitlinien für die Gesellschaften der STEAG-Gruppe entwickelt. Hierauf basierend obliegt der STEAG GmbH die strategische und operative Leitung der Geschäftsbereiche des Konzerns, bestehend aus dem Geschäftsbereich Kraftwirtschaft (Geschäftsfelder Kraftwerke, Fernwärme, Power Minerals, Energy Services, Technischer Service) sowie dem Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen (Geschäftsfeld New Energies). Diese Stammhausorganisation entspricht dem integrierten Geschäftsmodell des KSBG-Konzerns.

Im Geschäftsbereich Kraftwirtschaft bildet das nationale und internationale Projektgeschäft die Grundlage für hochwertige technische Lösungen im Kraftwerksbetrieb. Im Geschäftsfeld Kraftwerke ist der Bereich Beschaffung und Optimierung (B&O) für die Vermarktung und der Bereich Erzeugung für den Betrieb von Kraftwerken verantwortlich.

Die deutschen Erzeugungsaktivitäten werden ergänzt durch das Geschäftsfeld Fernwärme, innerhalb dessen Fernwärme aus Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen erfolgreich vertrieben wird.

Die Reststoffe aus diesen Erzeugungsaktivitäten wiederum werden innerhalb des Geschäftsfeldes Power Minerals wirtschaftlich vermarktet. Abnehmer ist vor allem die Bauindustrie.

Innerhalb des Geschäftsfeldes Energy Services entwickeln STEAG-Ingenieure bereits seit Jahrzehnten Konzepte für konventionelle und erneuerbare Anlagen, planen und realisieren diese Anlagen und bieten internationale Dienstleistungen sowie IT-Lösungen für die Optimierung von Kraftwerken an.

Das über Jahrzehnte gewachsene Know-how im Bereich Service mit den Schwerpunkten Instandhaltung von Kraftwerken sowie Dienstleistungen für elektrische Netze ist im Geschäftsfeld Technischer Service zusammengefasst.

Der zweite Geschäftsbereich schließlich, dem in Zukunft eine zunehmend größere Bedeutung zukommen wird, ist der Bereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen. Hierin sind sämtliche Aktivitäten zur dezentralen Energieerzeugung (auf Basis erneuerbarer Energien und industrielle bzw. kommunale Versorgungslösungen) gebündelt.

Organisatorische Veränderungen

Aufgrund der zunehmend größeren wirtschaftlichen Bedeutung energiepolitischer Entscheidungen für das Unternehmen hat sich der Konzern entschlossen, mit einem eigenen Büro in Berlin vertreten zu sein. Die Eröffnung dieses Büros erfolgte im März 2014 und hat in den vergangenen Monaten, speziell in der Phase der Gespräche mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) zur Frage der Rahmenbedingungen für die Laufzeit der Kohlekraftwerke, einen verbesserten Informations- und Meinungsaustausch mit Ansprechpartnern und Verantwortlichen in der Bundespolitik bewirkt.

Darüber hinaus prüft der KSBG-Konzern fortwährend Abläufe und Prozesse in der Verwaltung. In einem ersten Schritt wurde 2014 der Planungsprozess des KSBG-Konzerns optimiert und neu strukturiert.

Wesentliche Verträge

Die STEAG GmbH und die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) haben im Rahmen konstruktiver Gespräche zu Perspektiven und Interessen beider Unternehmen am Standort Bexbach die Übernahme des EnBW-Anteils am Kraftwerk Bexbach und sämtlicher Geschäftsanteile an der Kraftwerk Bexbach Verwaltungsgesellschaft mbH durch die STEAG GmbH beschlossen. Die STEAG GmbH hat die Anteile der EnBW an dem 1983 in Betrieb gegangenen Gemeinschaftskraftwerk Bexbach im Saarland zum 1. Januar 2015 übernommen. Somit befindet sich dieses Kraftwerk nun zu 100,0 Prozent im Eigentum des KSBG-Konzerns, der damit neben der Betriebsführung auch die Vermarktung der installierten Leistung von 780 MW und die Beschaffung der Kohle verantwortet.

Die STEAG Energy Services GmbH hat zum 1. Januar 2014 die Betriebsführung für das 600 MW Steinkohle-Kraftwerk Morupule B in Botswana übernommen.

Eine entsprechende Anfrage des staatlichen Energieversorgers Botswana Power Corporation (BPC) war erst Ende November 2013 an den KSBG-Konzern gerichtet worden. Ungeachtet des kurzen Zeitraums setzte die STEAG Energy Services GmbH die Betriebsführung fristgerecht um und trug somit wesentlich zur Stabilisierung der Energieversorgung Botswanas bei.

Das Kraftwerk Morupule, das rund 280 km nordöstlich der Landeshauptstadt Gaborone liegt, ist von entscheidender Bedeutung für die Versorgung des Landes. In Zukunft soll mehr als 90 Prozent der Stromerzeugung der BPC am Standort Morupule erfolgen. Botswana möchte mit dem Betrieb des Kraftwerks langfristig unabhängiger von Stromimporten aus Südafrika werden.

Strategie

Strategische Weiterentwicklung

Der KSBG-Konzern steht für effiziente und sichere Energieerzeugung – national und international. Mit diesem Leitsatz ist die Strategie des KSBG-Konzerns auf drei wesentliche Ziele ausgerichtet:

1. das Deutschlandgeschäft zukunftsfähig aufstellen,

2. ertragsstarkes Wachstum im Ausland realisieren und

3. den Anteil erneuerbarer Energien signifikant ausbauen.

Diese strategischen Ziele werden innerhalb der operativen Einheiten und Tochtergesellschaften des KSBG-Konzerns durch fünf verschiedene Stoßrichtungen und Initiativen vorangetrieben.

Die Stoßrichtung „Bestandskraftwerke optimieren“ dient in erster Linie dem Ziel das „Deutschlandgeschäft zukunftsfähig aufstellen“.

Dazu setzt der KSBG-Konzern auf eine kontinuierliche Optimierung der Kraftwerksprozesse und erhöht die technische und organisatorische Flexibilität der Kraftwerke, um die Wirtschaftlichkeit der Standorte zu steigern und die jeweiligen Laufzeiten zu verlängern. In den vergangenen Jahren hat der KSBG-Konzern in diesem Bereich bereits erhebliche technische Optimierungspotenziale gehoben, wie zum Beispiel die Absenkung der Mindestlast, die Anfahroptimierung und die Erweiterung des Kohlebandes. Neben der technischen Optimierung wurde durch die Gründung der STEAG Technischer Service GmbH das Know-how der Instandhaltung gebündelt und intern, aber verstärkt auch für externe Kunden, angeboten.

Ergänzend zum Erhalt des Bestandsgeschäfts in Deutschland lautet die nächste Initiative „In Deutschland gezielt wachsen“. Der Trend zur dezentralen Energieerzeugung bietet Chancen, das Geschäft mit Stadtwerken bzw. kommunalen Partnern mit ihrer starken lokalen Präsenz auszubauen. Das umfasst auch den Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere im Bereich Wind Onshore. Die Weiterentwicklung von Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und Fernwärme, vor allem über die in Entwicklung befindliche Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr, sind wichtige Stützen dieser Initiative. Darüber hinaus wird der KSBG-Konzern gegebenenfalls Opportunitäten im Bereich der konventionellen Energieerzeugung prüfen und bei positiver Gesamtbeurteilung gezielt zur Weiterentwicklung des Inlandsgeschäfts nutzen.

Die dritte Stoßrichtung heißt „Handel weiterentwickeln“ und dient einerseits zur Stabilisierung und Entwicklung des Inlandsgeschäfts, soll aber andererseits auch das internationale Wachstum voranbringen. Dazu soll B&O die Vermarktung von erneuerbaren Energien und dezentralen Anlagen ausbauen. In diesem Zusammenhang ist das virtuelle Kraftwerk des KSBG-Konzerns ein wichtiger Meilenstein zur Weiterentwicklung des Inlandsgeschäfts. Des Weiteren soll die Internationalisierung der Einheit durch unter anderem grenzüberschreitenden Handel sukzessive entwickelt werden. So kann die Expertise in internationalen Energiemärkten weiter ausgebaut werden und eine wichtige Unterstützung bei der Entwicklung von internationalen Wachstumsprojekten bieten.

„Ertragsstarke Auslandsprojekte als Independent Power Producer (IPP) realisieren“ ist die erste Stoßrichtung, die dem Wachstum im Ausland dient. An dieser Stelle steht die Entwicklung und Realisierung von Projekten in Ländern wie z.B. der Türkei und Indonesien sowie die Nutzung von Opportunitäten in weiteren sogenannten „Emerging Markets“. Diese Länder sind in den vergangenen Jahren von einem deutlichen Wirtschaftswachstum geprägt. Damit einher geht ein signifikanter Anstieg der Lebensstandards.

Beides zusammen führt zu einem gesteigerten Energiebedarf. Die Infrastruktur der Energieversorgung in „Emerging Markets“ ist aber meistens noch defizitär. Aus diesem Grund sind intelligente, effiziente und verlässliche Energieversorgungskonzepte gefragt. Der KSBG-Konzern hat hier in der Vergangenheit mehrfach bewiesen, dass er in der Lage ist, diese Art von Lösungen erfolgreich umzusetzen (beispielsweise bei den Projekten in Kolumbien, der Türkei und auf den Philippinen). Zusätzlich zur Entwicklung von konventionellen Kraftwerken setzt der KSBG-Konzern konsequent auf den Ausbau des Wind Onshore-Portfolios in Europa, um neben internationalem Wachstum ebenfalls die Diversifizierung des KSBG-Erzeugungsportfolios weiter voranzutreiben.

Die letzte der fünf Initiativen zur Umsetzung der strategischen Ziele wird als „Dienstleistungen ausbauen“ zusammengefasst. Unter diesem Bereich versteht der KSBG-Konzern den Ausbau der Services im In- und Ausland vor allem durch die STEAG Energy Services GmbH, die STEAG Technischer Service GmbH sowie die STEAG Power Minerals GmbH. Die Erweiterung der kommunalen und industriellen Dienstleistungen durch die STEAG New Energies GmbH sowie die Vertiefung der internen Dienstleistungen im KSBG-Konzern bilden weitere Elemente dieser Stoßrichtung.

Forschung und Entwicklung

Forschungsschwerpunkte

Der KSBG-Konzern betreibt keine Grundlagenforschung. Der Schwerpunkt der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten des Konzerns liegt in der Entwicklung von Techniken, die der KSBG-Konzern im Geschäft direkt einsetzen kann. Das Interesse liegt im Wesentlichen im Bereich der Optimierung des Betriebs von konventionellen Kraftwerken sowie von Windenergieanlagen. Große Bedeutung kommt der Flexibilisierung der vorhandenen Kraftwerke zu. Dazu gehören beispielsweise die Absenkung der Mindestlast sowie Alternativen bei der Bereitstellung von Anfahrwärme. Die Flexibilisierung konventioneller Kraftwerke ist auch Gegenstand des Gemeinschaftsvorhabens „CoLoF-PP“ (Competitive Load Following Power Plant) und des Gemeinschaftsvorhabens „Partnerdampfkraftwerk“.

Der Ausbau der Speichertechnologien ist ein wesentlicher Baustein für das Gelingen der Energiewende. Der KSBG-Konzern hat in diesem Bereich in den letzten Jahren erfolgreich das Gemeinschaftsvorhaben „Lessy“ am Kraftwerksstandort Fenne umgesetzt. Der bundesweit erste Lithium-Ionen-Batteriespeicher in dieser Konfiguration erhielt Anfang 2014 die Zulassung für die Netzstabilisierung durch den Übertragungsnetzbetreiber. Speicher in jeglicher Form werden an Bedeutung gewinnen und wurden daher im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten des KSBG-Konzerns weitergehenden Untersuchungen unterzogen. Solche Kleinspeicher können einerseits im Kraftwerksumfeld und andererseits auch dezentral platziert werden. Entsprechend dem gewählten Standort können unterschiedliche Synergien zur Optimierung der Netzauslastung genutzt werden.

Auch zukünftig wird der KSBG-Konzern als integrativer, technologieoffener Energieerzeuger Speichertechnologien erforschen und entwickeln. Aus diesem Grund treibt der KSBG-Konzern an seinen Standorten Herne und Lünen die Untersuchung von CO_2-Abscheidetechniken weiter voran. In diesem Zusammenhang ist am Standort Lünen ein neues Forschungsprojekt zur Umwandlung von Kohlendioxid-Emissionen in Kraftstoff gestartet worden (Power-to-Fuel). Für den KSBG-Konzern ist es das Ziel, Optionen zu entwickeln, CO_2 nicht einzulagern, sondern gegebenenfalls als Rohstoff zum Beispiel in der Chemieindustrie und damit als Speichermedium zu nutzen.

Flugasche in eine für die Zementindustrie optimal nutzbare Form zu bringen, schont den Deponieraum und reduziert die CO_2-Emissionen. Daher werden die Einsatzmöglichkeiten fortwährend weiterentwickelt. Dazu zählt beispielsweise auch Photoment®. Hierbei handelt es sich um katalytisch aktive Baustoffe, die, großflächig aufgebracht, Schadstoffe durch direkten Kontakt mit diesen Oberflächen reduzieren können. Photoment® kann dazu beitragen, die Luftqualität in belasteten Städten zu verbessern und Oberflächen länger sauber und farbecht zu halten.

Biomasse wird bei der Erzeugung disponibler erneuerbarer Energien auch in Zukunft eine große Rolle spielen. Im Rahmen der Forschung und Entwicklung wird untersucht, wie kleinere Hybridlösungen, beziehungsweise Torrefizierungsanlagen, vorangetrieben werden können.

Die Entwicklungen im weiten Feld der „Smart-City-Themen“ werden weiter kontinuierlich beobachtet und gezielt verfolgt.

Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das globale Wirtschaftswachstum hat sich im Sommer 2014 merklich verlangsamt. Bedingt durch eine deutlich nachlassende konjunkturelle Dynamik im Euroraum sowie in Japan legte die globale Industrieproduktion im zweiten und dritten Quartal 2014 nur noch halb so stark zu wie im vorausgegangenen Winterhalbjahr. Die Zuwachsraten, insbesondere in den USA und Großbritannien, waren weiterhin robust, und in den Schwellenländern ließ sich sogar eine Beschleunigung der Wirtschaftsleistung feststellen. Diese konnte den Rückgang in den Industrieländern aber nicht auffangen. Das Bruttoinlandsprodukt ist daher in 2014 mit 2,7 Prozent (2013: 3,3 Prozent) nochmals langsamer gestiegen als im Jahr zuvor.

China bleibt wesentlicher Treiber der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Die chinesische Wirtschaft ist 2014 um 7,4 Prozent gewachsen, nach 7,7 Prozent im Vorjahr. Insgesamt hat sich das Wachstum der Schwellenländer zwar verringert (2014: 4,6 Prozent vs. 2013: 5,2 Prozent), es liegt allerdings weiterhin deutlich über dem der Industriestaaten. Die Industrieländer legten im Wachstum relativ deutlich zu (2014: 1,7 Prozent vs. 2013: 1,3 Prozent). Dies wurde allerdings auch durch den abnehmenden Restriktionsgrad der Finanzpolitik in den meisten großen Industriestaaten begünstigt.

Der aktuell geringe Ölpreis wird für die konjunkturelle Entwicklung im kommenden Jahr eine wichtige Stütze darstellen. Gegenläufig wirken zahlreiche Strukturprobleme, welche in fortgeschrittenen Volkswirtschaften und auch in einigen großen Schwellenländern wie Brasilien und Argentinien angelaufen sind.

In Deutschland hat die Konjunktur, nach einer Abkühlung im Sommerhalbjahr, wieder deutlich an Schwung gewonnen. Die Abkühlung lag vor allem darin begründet, dass Unternehmen bei der Neuanschaffung von Ausrüstungsgütern zurückhaltender agiert haben. Hinzu kamen wirtschaftliche Risiken in der Welt und im Euroraum sowie beschäftigungsdämpfende und kostenträchtige Reformprogramme der Bundesregierung. Selbst günstige Finanzierungsbedingungen konnten keine entscheidenden Impulse setzen. Gegenläufig sind insbesondere die realen Konsumausgaben gestiegen, und auch der Außenhandel hat die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gestützt. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass der kräftige Rückgang der Rohölnotierungen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung weiter fördert und insbesondere die Kaufkraft der privaten Haushalte stärkt. Verglichen mit dem Vorjahr ist aktuell davon auszugehen, dass das Wirtschaftswachstum trotz des schwächeren zweiten Halbjahres in Deutschland deutlich ansteigen wird (2014: 1,5 Prozent vs. 2013: 0,1 Prozent).

Energieverbrauch und -erzeugung[1]

Der Energieverbrauch in Deutschland ist im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen aufgrund der milden Witterung um 4,8 Prozent zurückgegangen und damit auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die Nutzung erneuerbarer Energien verzeichnete einen Anstieg von 1,4 Prozent, somit liegt der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Primärenergieverbrauch bei 11,1 Prozent (Vorjahr: 10,4 Prozent). Der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch liegt bei 27,3 Prozent und stieg somit im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 Prozentpunkte an. Der Primärenergieverbrauch von Erdgas (minus 14 Prozent), Steinkohle (minus 7,9 Prozent),

[1] Alle Daten zu Energieverbrauch und -erzeugung sind vorläufige Angaben der AG Energiebilanzen e. V. und des BDEW.

Braunkohle (minus 2,3 Prozent), Mineralöl (minus 1,3 Prozent) und Kernenergie (minus 0,4 Prozent) ging in Summe hingegen deutlich zurück. Dies hat positive Auswirkungen auf den erwarteten energiebedingten CO_2-Ausstoß: Es wird davon ausgegangen, dass sich dieser um rund 5 Prozent reduziert.

Stromverbrauch

Der Stromverbrauch 2014 ist in Summe gegenüber 2013 um rund 3,8 Prozent gesunken. Die Stromerzeugung ist ebenfalls leicht gesunken (2014: 610 TWh vs 2013: 633 TWh). Der Exportüberschuss hingegen ist im Vergleich zum Vorjahr mit minus 34,1 TWh nahezu konstant geblieben (2013: minus 33,8 TWh). Die erneuerbaren Energien haben im Jahr 2014 einen Beitrag in Höhe von rund 157 TWh zur Gesamterzeugung in Deutschland geleistet. Dies stellt 25,8 Prozent der Stromerzeugung dar, die erneuerbaren Energien hatten somit im Jahr 2014 in Summe einen höheren Anteil an der Stromerzeugung als 2013 und stellten zum ersten Mal den höchsten Anteil an der Gesamtstromerzeugung dar.

Der Einsatz von Erdgas in der Stromerzeugung ist nochmals stark zurückgegangen (minus 13 Prozent auf 58,5 TWh). Gründe dafür sind der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die anhaltende Differenz zwischen Kohle- und Gaspreisen. Die Stromerzeugung aus Steinkohle reduzierte sich um rund 10 Prozent auf ca. 110 TWh. Der Anteil an der Gesamterzeugung reduzierte sich ebenfalls leicht auf rund 18 Prozent. Braunkohle machte mit 25,6 Prozent in 2014 nur noch knapp den zweitgrößten Anteil an der Stromerzeugung aus, blieb aber mit 156 TWh (minus 4,9 TWh) im Vergleich zum Vorjahr auf einem konstanten Level. Die Stromerzeugung aus Kernenergie blieb relativ konstant und sank nur um 0,4 Prozent auf insgesamt 96,9 TWh, der Anteil lag damit bei 15,9 Prozent.

Energiepreisentwicklung

Die weiterhin weltweit schwache Konjunktur mit Auswirkungen auf die Energienachfrage, die sogenannte unkonventionelle Gewinnung von Gas und Öl in den USA, die Wiederaufnahme der Ölgewinnung in politisch instabilen Ländern wie Libyen, Iran und Irak sowie die Unsicherheit über die Nachfrageentwicklung in China, den USA und den von der europäischen Schuldenkrise besonders betroffenen Staaten schlugen sich auf den internationalen Rohstoffmärkten preissenkend nieder. Hinzu kommt, dass ein starker US-Dollar fallende Öl- und Rohstoffpreise zur Folge hat. Dies wiederum hat zur Folge, dass eine relativ geringe Nachfrage einem hohen Angebot gegenüber steht. Die USA förderten eine sehr hohe Menge Öl, und auch die OPEC Länder haben die eigene Förderung nicht heruntergefahren, um den Marktpreisen entgegenzuwirken.

Die Rohölpreise waren in 2014 von einem vor allem in der zweiten Jahreshälfte rückläufigen Verlauf geprägt. Den Höchststand erreichte das Barrel der Nordseesorte Brent mit 115,01 $/bbl am 19. Juni 2014, bis zum 30. Dezember 2014 halbierte sich der Rohölpreis und sank auf 57,51 $/bbl. Somit steht der Preis für ein Barrel der Nordseesorte Brent auf einem historischen Tiefstand. Der durchschnittliche Brent-Preis für das Jahr 2014 lag bei 99,68 $/bbl und somit rund 9 $/bbl niedriger als 2013. Der im Vorjahr beobachtete Abwärtstrend der Steinkohlepreise hat sich in 2014 fortgesetzt. Der API#2, welcher ein für Europa relevanter Spot-Preisindex für Steinkohle ist, wies einen Jahresdurchschnitt von 75,25 $/t auf und erreichte im Dezember mit einem Monatsdurchschnitt von 70,96 $/t den Jahrestiefstand. Tendenziell ist der weltweite Kohlemarkt überversorgt. Die sogenannte unkonventionelle Gewinnung von Öl und Gas in den USA und das gebremste Wachstum in China dämpfen die Nachfrage zusätzlich.

Im Jahr 2014 wurde das sogenannte Backloading, die zeitweise Zurückhaltung von 900 Millionen CO_2-Zertifikaten innerhalb der dritten Handelsperiode, eingeführt und umgesetzt. In Summe wurden im Jahr 2014 insgesamt 400 Millionen Zertifikate aus dem Markt genommen. Der Preis für CO_2-Zertifikate ist trotz dieser Maßnahme im Vergleich zum Vorjahr absolut nur leicht angestiegen, der von einigen Experten erwartete starke Anstieg der CO_2-Preise blieb zumindest bisher aus. Der Durchschnittspreis im Jahr 2014 stieg zwar temporär mit rund 35 Prozent in Relation stark an, absolut lag der Preis damit aber bei relativ niedrigen 5,91 €/t.

Der Abwärtstrend der Strompreise aus dem Vorjahr setzte sich auch 2014 fort. Der Base-Preis für das Jahr 2014 an der Strombörse EEX lag bei 32,78 €/MWh und damit rund 13 Prozent niedriger als noch 2013 (37,82 €/MWh). Der Peak-Kontrakt verlor sogar um rund 16 Prozent an Wert (2014 Ø 41,00 €/MWh vs. 2013 Ø 48,74 €/MWh). Wie im Vorjahr lässt sich auch im Jahr 2014 der Rückgang der Strompreise mit dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien erklären. Auch die niedrigen Rohstoff- und CO_2-Preise trugen zu den sinkenden Strompreisen bei.

Ertragslage

Ergebnis 2014

Beeinflusst durch höhere Energieabsätze aus gehandelten Strommengen im Geschäftsbereich Kraftwirtschaft liegen die Umsatzerlöse 2014 um etwa 14 Prozent über dem für das aktuelle Geschäftsjahr prognostizierten Niveau. Das Gesamtergebnis des Jahres 2014 ist gegenüber 2013 deutlich gesunken. Dies ist insbesondere auf einmalige Effekte im laufenden Jahr zurückzuführen, die im Folgenden erläutert werden.

Gewinn- und Verlustrechnung KSBG-Konzern

in Millionen €	**2014**	**2013**
Umsatzerlöse	3.089,9	2.890,5
Bestandsveränderung der Erzeugnisse	2,9	0,1
Andere aktivierte Eigenleistungen	1,6	4,5
Sonstige betriebliche Erträge	250,6	257,9
Materialaufwand	-2.243,7	-2.040,0
Personalaufwand	-405,6	-411,3
Abschreibungen und Wertminderungen	-224,4	-136,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-433,4	-426,1
Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern	**37,9**	**139,3**
Zinserträge	51,6	64,2
Zinsaufwendungen	-146,5	-110,0
Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	-10,2	9,2
Sonstiges Finanzergebnis	14,2	2,7
Finanzergebnis	**-90,9**	**-33,9**
Ergebnis vor Ertragsteuern	**-53,0**	**105,4**
Ertragsteuern	-26,0	-37,3
Ergebnis nach Steuern	**-79,0**	**68,1**
davon entfallen auf		
Andere Gesellschafter	49,1	52,5
Anteilseigner der KSBG KG (Konzernergebnis)	-128,1	15,6

Außenumsatz nach Geschäftsbereichen

in Millionen €	**2014**	2013	Veränd. in %
Kraftwirtschaft	2.874,2	2.644,9	8,7
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	215,7	245,6	-12,2
KSBG-Konzern	**3.089,9**	**2.890,5**	**6,9**

Die Umsatzerlöse stiegen insgesamt um 6,9 Prozent auf 3.089,9 Millionen € (Vorjahr: 2.890,5 Millionen €) im Wesentlichen aufgrund höherer Energieabsätze aus der kommerziellen Inbetriebnahme des Kraftwerks Walsum 10 im Dezember 2013 sowie aus gehandelten Strommengen.

Die Abschreibungen und Wertminderungen von 224,4 Millionen € (Vorjahr: 136,3 Millionen €) betrafen mit 157,6 Millionen € (Vorjahr: 125,2 Millionen €) planmäßige Abschreibungen für immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und Investment Properties.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 433,4 Millionen € (Vorjahr: 426,1 Millionen €) sind unter anderem Aufwendungen aus der Bewertung von Derivaten (161,1 Millionen €; Vorjahr: 146,3 Millionen €) sowie Kursverluste aus der Bewertung von Fremdwährungspositionen (34,2 Millionen €; Vorjahr: 17,6 Millionen €) enthalten. Diesen Aufwendungen stehen Erträge aus der Bewertung von Derivaten (181,5 Millionen €; Vorjahr: 159,2 Millionen €) sowie Kursgewinne aus der Bewertung von Fremdwährungspositionen (19,2 Millionen €; Vorjahr: 13,9 Millionen €) gegenüber.

Das Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern hat sich gegenüber dem Vorjahr um 101,4 Millionen € auf 37,9 Millionen € (Vorjahr: 139,3 Millionen €) vermindert. Das Zinsergebnis liegt mit minus 94,9 Millionen € unterhalb des Vorjahreswertes von minus 45,8 Millionen €. Das Ergebnis vor Ertragsteuern sinkt von 105,4 Millionen € auf minus 53,0 Millionen €. Der Ertragsteueraufwand beträgt 26,0 Millionen € (Vorjahr: 37,3 Millionen €). Das Ergebnis nach Steuern liegt mit minus 79,0 Millionen € unter dem Vorjahreswert von 68,1 Millionen €.

Der Rückgang des Ergebnisses vor Steuern um minus 158,4 Millionen € ist im Wesentlichen durch Sondereinflüsse im Berichtsjahr verursacht.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Vorjahr einmalige Erträge aus einem Schiedsverfahren in Kolumbien in Höhe von 30,2 Millionen €. Der Personalaufwand ist insbesondere durch Aufwendungen für Restrukturierungsmaßnahmen in Höhe von minus 29,9 Millionen € (Vorjahr: minus 52,7 Millionen €) beeinflusst. Die Abschreibungen und Wertminderungen beinhalten mehrere Effekte. Neben Wertminderungen auf Projekte in Brasilien und Spanien von minus 54,7 Millionen € sind erstmals für das Kraftwerksprojekt Walsum 10 planmäßige Abschreibungen für ein vollständiges Geschäftsjahr mit 38,9 Millionen € (Vorjahr: 3,3 Millionen €) enthalten.

Der Rückgang des Finanzergebnisses ist im Wesentlichen verursacht durch einen Verlust aus einer at Equity bilanzierten Beteiligung in Spanien (minus 15,2 Millionen €) im Geschäftsjahr 2014. Das Vorjahr beinhaltete einmalige Zinserträge aus einem Schiedsverfahren in Kolumbien (13,1 Millionen €). Darüber hinaus ist mit der Inbetriebnahme des Kraftwerks Walsum 10 im Dezember 2013 die Möglichkeit zur Aktivierung von Bauzeitzinsen aus diesem Projekt (Vorjahr: 18,0 Millionen €) entfallen.

Energieabsatz

Der gesamte Energieabsatz aus eigener und für Kunden betriebener Leistung sowie aus zugekauften Handelsmengen im Geschäftsbereich Kraftwirtschaft ist um 12,3 Prozent gegenüber 2013 auf 58.464 $GWh_{ä}$[2] (Vorjahr: 52.083 $GWh_{ä}$) gestiegen. Der Wärmeabsatz aus dem Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen sank um 6,8 Prozent auf 1.973 GWh_{th} (Vorjahr: 2.117 GWh_{th}) und der Stromabsatz nahm um 15,1 Prozent auf 1.843 GWh_{el} (Vorjahr: 1.600 GWh_{el}) zu.

Die Volllastbenutzungsstunden betrugen im Geschäftsbereich Kraftwirtschaft 5.034 h_{el} (Vorjahr: 5.172 h_{el}), im Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen 4.305 h_{el} (Vorjahr: 4.675 h_{el}).

Finanzlage

Finanzwirtschaftliches Risikomanagement

Das Finanzmanagement im Konzern wird für die Konzerngesellschaften im Wesentlichen von der STEAG GmbH vorgenommen. Die STEAG GmbH führt dies im Rahmen eines im Jahr 2011 mit der KSBG KG sowie der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH als Komplementärin der KSBG KG geschlossenen Dienstleistungsvertrags auch für diese Gesellschaften durch.

Die wesentlichen Ziele des Finanzmanagements sind die Sicherung der finanziellen Unabhängigkeit und die Begrenzung von Refinanzierungsrisiken für den KSBG-Konzern.

Die STEAG GmbH steuert grundsätzlich zentral die Mittelaufnahmen sowie die Bürgschaften und Garantien der STEAG-Konzerngesellschaften. Die STEAG GmbH verfügt über flexible Möglichkeiten zur Absicherung der Kapitalerfordernisse aus laufender Geschäftstätigkeit sowie aus Investitionen und Tilgungen von Finanzschulden.

Ein weiteres wesentliches Ziel des Finanzmanagements ist es, die Einhaltung der in Kreditverträgen der KSBG KG und der STEAG GmbH enthaltenen Kennzahlen sicherzustellen.

Die KSBG KG hat zur Finanzierung eines Teils des Kaufpreises für die Anteile an der STEAG GmbH einen Kreditvertrag mit einem Bankenkonsortium geschlossen. Zu den wesentlichen Konditionen dieses Konsortialkreditvertrags gehört die Einhaltung von Finanzkennzahlen, die auf Basis des Konzernabschlusses der KSBG KG zu ermitteln sind. Es sind

[2] Energieabsatz in $GWh_{ä}$ umfasst elektrische und thermische Energie, wobei die thermische in eine äquivalente elektrische Menge umgerechnet wurde.

Vorgaben zum Nettoverschuldungsgrad als Verhältnis von Nettoverschuldung und adjustiertem EBITDA sowie ein Zinsdeckungsgrad einzuhalten[3].

Zu den wesentlichen Konditionen der Darlehensverträge der Schuldscheindarlehen gehört die Einhaltung von Finanzkennzahlen, die auf Basis des Konzernabschlusses der STEAG GmbH zu ermitteln sind. Hierbei handelt es sich um eine Vorgabe zum Nettoverschuldungsgrad als Verhältnis von Nettoverschuldung und adjustiertem EBITDA[4].

Finanzierungspolitik

Im Rahmen des Erwerbs der restlichen 49,0 Prozent an der STEAG GmbH wurde die Finanzierung der KSBG KG neu strukturiert. Ein Bankenkonsortium, bestehend aus dreizehn Banken, hat der KSBG KG einen Konsortialkredit mit einer Laufzeit von bis zu zehn Jahren zur Verfügung gestellt.

Innerhalb des Konzerns stellt die STEAG GmbH für die Gesellschaften des Konzerns die Finanzmittel zur Verfügung und übernimmt von den Gesellschaften überschüssige Liquidität zu jeweils marktüblichen Bedingungen. In geringem Umfang nehmen Tochtergesellschaften des Konzerns auch selbst Fremdmittel im Bankenmarkt auf bzw. legen überschüssige Liquidität dort an. In diesen Fällen erfolgt die Mittelaufnahme unter Besicherung der STEAG GmbH. Die Projektgesellschaften haften grundsätzlich mit ihren Cashflows und ihren Vermögenswerten. Ein Rückgriff auf die Muttergesellschaft STEAG GmbH ist nicht möglich (non-recourse). Zum Beispiel sind die drei Kraftwerke im Ausland Iskenderun, Mindanao und Termopaipa non-recourse projektfinanziert.

Das Cashpooling im Inland wird bei STEAG GmbH geführt. Um ein Minimum externer Kreditaufnahmen zu erzielen, werden Liquiditätsüberschüsse in einem Cashpool auf STEAG-Konzernebene genutzt. Dadurch wird der Finanzbedarf in anderen Konzerngesellschaften gedeckt.

Finanzierungsstruktur

Zum 31. Dezember 2014 standen den Finanzverbindlichkeiten von 2.362,0 Millionen € (Vorjahr: 2.005,0 Millionen €) flüssige Mittel in Höhe von 717,0 Millionen € (Vorjahr: 631,0 Millionen €) gegenüber.

Wesentlicher Bestandteil der langfristigen Finanzverbindlichkeiten sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, insbesondere für die KSBG KG, die neu aufgenommenen Schuldscheindarlehen, das Kraftwerk Walsum 10 sowie Kraftwerksgesellschaften im Ausland.

Wesentlicher Bestandteil der finanziellen Vermögenswerte sind die Forderungen aus Finanzierungsleasing in Höhe von 1.245,7 Millionen € (Vorjahr: 1.225,1 Millionen €). Hiervon entfallen 222,4 Millionen € (Vorjahr: 202,4 Millionen €) auf kurzfristige Forderungen.

Der KSBG-Konzern verfügt über keine weiteren außerbilanziellen Finanzierungsinstrumente, die einen wesentlichen Einfluss auf die derzeitige und zukünftige Finanz- und Ertragslage, die Liquidität oder sonstige Bilanzposten haben.

Die Passivseite ist geprägt durch die erstmalige Aufnahme von Schuldscheindarlehen durch die STEAG GmbH in Höhe von 400,0 Millionen €. Die abgeschlossenen Konditionen spiegeln die gute Bonität der STEAG GmbH wider. Außerdem hat die STEAG GmbH mit den Banken weitere Kreditvereinbarungen getroffen, um die verfügbare Liquidität zu erhöhen, die über die aktuellen Notwendigkeiten hinausgeht. Auch dort wurden dem Konzern aufgrund der positiven Bonitätsbeurteilung durch die Kreditinstitute entsprechende Konditionen eingeräumt.

Die KSBG KG hat den Erwerb der Anteile an der STEAG GmbH teilweise fremdfinanziert. In diesem Zusammenhang hat sie ein Akquisitionsdarlehen in Höhe von 152,0 Millionen € mit einer Laufzeit bis zum 30. April 2020, ein Akquisitionsdarlehen in Höhe 50,0 Millionen € mit einer Laufzeit bis zum 30. September 2024, ein Akquisitionsdarlehen in Höhe 200,0 Millionen € mit einer Laufzeit bis zum 30. Juni 2020 sowie ein Akquisitionsdarlehen in Höhe von 173,0 Millionen € mit einer Laufzeit bis zum 18. August 2020 aufgenommen.

Für den KSBG-Konzern ist die Liquidität gesichert.

Investitionen

Der KSBG-Konzern verfolgt mit zielgerichteten Investitionsprojekten den Erhalt guter Wettbewerbspositionen und die Expansion in Geschäfte und Märkte, in denen Potenziale für nachhaltiges, profitables Wachstum und angemessene Renditen gesehen werden. Jedes Projekt wird detaillierten strategischen und wirtschaftlichen Analysen unter Berücksichtigung von Sensitivitäten und Szenarien zur Abbildung wesentlicher Risiken unterzogen. Die Projekte müssen geschäftsspezifische und risikoadjustierte Mindestrenditeanforderungen erfüllen, die auch die Deckung konzernübergreifender Funktionskosten berücksichtigen.

[3] Definition gemäß Konsortialkreditvertrag.

[4] Definition gemäß den Schuldscheindarlehensverträgen.

Sach- und Finanzinvestitionen

in Millionen €	**2014**	2013	Veränd. in %
Kraftwirtschaft	60,8	221,7	-72,6
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	263,9	134,8	95,8
Sonstige	6,1	4,0	52,5
KSBG-Konzern	**330,8**	**360,5**	**-8,2**

Die Investitionen betrugen insgesamt 330,8 Millionen € (Vorjahr: 360,5 Millionen €) und übertrafen damit die Abschreibungen von 157,6 Millionen € (Vorjahr: 125,2 Millionen €) deutlich. Die Sachinvestitionen sanken 2014 um minus 2,3 Prozent nur unwesentlich auf 314,1 Millionen € (Vorjahr: 321,6 Millionen €).

Mit 79,8 Prozent entfiel der größte Teil der Sachinvestitionen auf den Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen (250,7 Millionen €; Vorjahr: 108,2 Millionen €). Diese Investitionen betreffen vor allem Windparks in der Türkei, Rumänien, Deutschland und Polen. Größtes Einzelprojekt war die Errichtung des Windparks Crucea Nord in Rumänien. Weitere 18,6 Prozent der Sachinvestitionen entfallen auf den Geschäftsbereich Kraftwirtschaft (58,3 Millionen €; Vorjahr: 209,4 Millionen €). Die Errichtung des 790-MW-Steinkohlekraftwerks in Duisburg-Walsum wurde bereits 2013 abgeschlossen. Regional lag der Schwerpunkt der Sachinvestitionen des KSBG-Konzerns mit einem Anteil von 41,7 Prozent in Deutschland (131,0 Millionen €; Vorjahr: 243,1 Millionen €).

Cashflow

Kapitalflussrechnung KSBG-Konzern (Kurzfassung)

in Millionen €	**2014**	2013
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	350,6	493,5
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-998,2	-237,5
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	708,9	-213,8
Einfluss von Wechselkurs- und sonstigen Wertänderungen auf die flüssigen Mittel	24,7	-9,5
Flüssige Mittel zum 31. Dezember	717,0	631,0

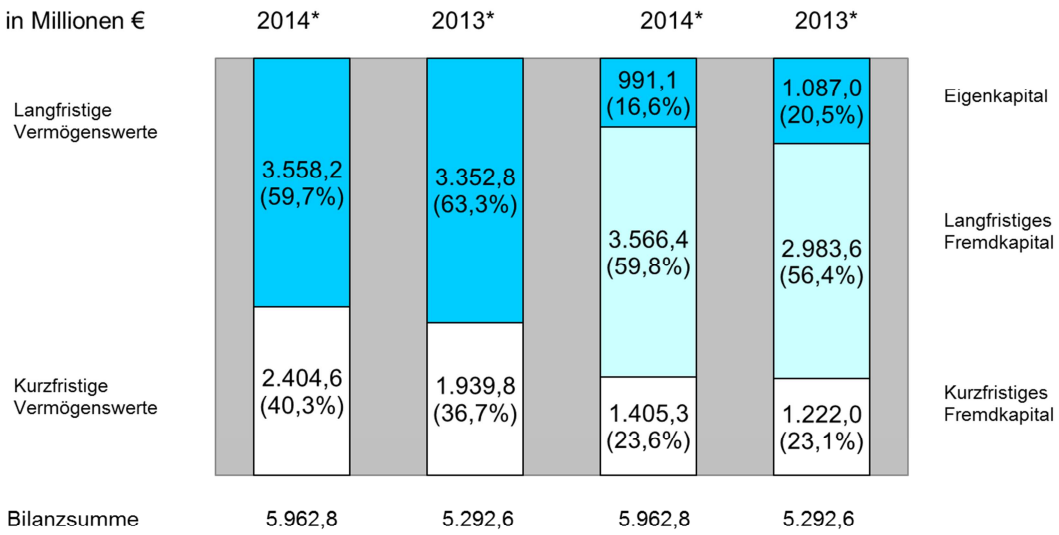
Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit lag mit 350,6 Millionen € unter dem Vorjahreswert von 493,5 Millionen €. Im Vorjahr wurde der Cashflow aus operativer Tätigkeit insbesondere durch den Zufluss flüssiger Mittel aus der Ziehung einer Vertragserfüllungsbürgschaft im Zusammenhang mit dem Kraftwerksprojekt Walsum 10 erhöht. Die endgültige Klärung der zugrundeliegenden Ansprüche ist Gegenstand eines Schiedsverfahrens.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit lag mit minus 998,2 Millionen € unter dem Vorjahreswert von minus 237,5 Millionen €. Der höhere Mittelabfluss ist im Wesentlichen durch die gestiegenen Auszahlungen für Sachanlagevermögen und den Erwerb der 49,0 Prozent der STEAG GmbH in Höhe von 569,1 Millionen € begründet. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit liegt mit 708,9 Millionen € über dem Vorjahreswert von minus 213,8 Millionen €, was im Wesentlichen auf höhere Aufnahmen von Finanzschulden zurückzuführen ist. Hier ist insbesondere die Fremdkapitalaufnahme durch die KSBG KG für den Erwerb der Anteile an der STEAG GmbH und die Aufnahme von Schuldscheindarlehen durch die STEAG GmbH in Höhe von 400,0 Millionen € zu nennen.

Vermögenslage

Bilanzstruktur

KSBG-Konzern: Bilanzstruktur



*jeweils Stichtag 31. Dezember

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem 31. Dezember 2013 von 5.292,6 Millionen € um 670,2 Millionen € auf 5.962,8 Millionen €. Die langfristigen Vermögenswerte stiegen um 205,4 Millionen € auf 3.558,2 Millionen € (Vorjahr: 3.352,8 Millionen €). Dies ist im Wesentlichen auf Sachinvestitionen in Höhe von 314,1 Millionen € (Vorjahr: 321,6 Millionen €) zurückzuführen. Den Investitionen stehen planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien in Höhe von insgesamt 157,6 Millionen € (Vorjahr: 125,2 Millionen €) sowie Wertminderungen von 1,5 Millionen € (Vorjahr: 2,7 Millionen €) gegenüber. Der Anteil des langfristigen Vermögens am Gesamtvermögen betrug 59,7 Prozent (Vorjahr: 63,3 Prozent). Die langfristigen Vermögenswerte sind zu 128,1 Prozent durch langfristiges Kapital gedeckt (Vorjahr: 121,4 Prozent). Die kurzfristigen Vermögenswerte lagen mit 2.404,6 Millionen € (Vorjahr: 1.939,8 Millionen €) um 464,8 Millionen € über dem Wert zum Geschäftsjahresende 2013. Die kurzfristigen Vermögenswerte übersteigen das kurzfristige Fremdkapital um 71,1 Prozent (Vorjahr: 58,7 Prozent).

Das Eigenkapital sank um 95,9 Millionen € auf 991,1 Millionen € (Vorjahr: 1.087,0 Millionen €). Die Eigenkapitalquote verringerte sich unter anderem aufgrund der gestiegenen Bilanzsumme von 20,5 Prozent auf 16,6 Prozent. Das langfristige Fremdkapital erhöhte sich um 582,8 Millionen € bzw. 19,5 Prozent auf 3.566,4 Millionen € (Vorjahr: 2.983,6 Millionen €). Dies ist sowohl durch einen Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 703,8 Millionen € auf 1.688,7 Millionen € (Vorjahr: 984,9 Millionen €) als auch durch einen Anstieg der langfristigen Rückstellungen bedingt. Die Pensionsrückstellungen stiegen um 259,6 Millionen € auf 1.085,6 Millionen € (Vorjahr: 826,0 Millionen €). Dies beruht insbesondere auf einem im Vergleich zum Vorjahr gesunkenen Zinssatz in der Bewertung der Pensionsrückstellungen. Der Anstieg der langfristigen sonstigen Rückstellungen um 34,8 Millionen € auf 286,8 Millionen € (Vorjahr: 252,0 Millionen €) resultiert im Wesentlichen aus einem Anstieg der Rückstellungen für Abbruchverpflichtungen um 23,9 Millionen € sowie aus einem Anstieg der Restrukturierungsrückstellungen um 13,9 Millionen €. Das kurzfristige Fremdkapital ist um 183,3 Millionen € auf 1.405,3 Millionen € gestiegen (Vorjahr: 1.222,0 Millionen €). Dies ist im Wesentlichen auf einen Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 79,5 Millionen € auf 357,8 Millionen € (Vorjahr: 278,3 Millionen €) zurückzuführen. Des Weiteren haben sich die kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Derivaten um 44,7 Millionen € auf 181,1 Millionen € (Vorjahr: 136,4 Millionen €) erhöht. Ebenso stiegen die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 39,9 Millionen € auf 228,2 Millionen € (Vorjahr: 188,3 Millionen €).

Der KSBG-Konzern hat aufgrund der genannten Sondereffekte ein negatives Ergebnis erwirtschaftet. Durch gezielte Investitionen soll die zukünftige Ertragskraft des KSBG-Konzerns gestärkt werden. Finanzierung und Liquidität des Konzerns stehen auch für das Geschäftsjahr 2015 auf einer stabilen Basis.

Wirtschaftliche Entwicklung der KSBG KG

Ertragslage

in Millionen €	2014	2013
Umsatzerlöse	1,4	1,6
Sonstige betriebliche Erträge	0,0	0,3
Materialaufwand	-0,9	-1,2
Abschreibungen und Wertminderungen	-0,1	-0,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6,0	-2,9
Beteiligungsergebnis	86,0	96,0
Finanzergebnis	-21,4	-14,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**59,0**	**79,5**
Steuern	-9,2	-1,7
Abzuführende Garantiedividende	0,0	-23,7
Jahresüberschuss	**49,8**	**54,1**

Mit dem Verkauf von Wärmelieferungen aus den Heizwerken erzielte die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 1,4 Millionen €. Diese Erlöse entfallen ausschließlich auf Kunden im Inland.

Der Betrieb der Heizwerke verursachte einen Materialeinsatz von 0,9 Millionen €, der im Wesentlichen auf den Heizöleinsatz zurückzuführen war. Die im normalen Umfang vorgenommenen Wartungsarbeiten beeinflussten den Materialaufwand nur geringfügig.

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden im Wesentlichen Rechts- und Beratungskosten, Aufwendungen aus kaufmännischen und technischen Dienstleistungsverträgen sowie die von der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH im Rahmen der Geschäftsführung entstandenen und weiterbelasteten Geschäftsführungsaufwendungen, ausgewiesen.

Aus dem mit der STEAG GmbH geschlossenen Gewinnabführungsvertrag erzielte die Gesellschaft Beteiligungserträge inklusive Gewerbesteuerumlagen in Höhe von
86,0 Millionen €, die Gewerbesteuerumlagen belaufen sich auf 8,1 Millionen €.

Das im Berichtszeitraum negative Finanzergebnis in Höhe von 21,4 Millionen € wurde wesentlich durch die bestehenden Konsortialkredite bestimmt. Den angefallenen Zinsaufwendungen und Provisionen in Höhe von 22,5 Millionen € standen Zinserträge von 1,1 Millionen € gegenüber.

Die Steuern beinhalten für das Geschäftsjahr 2014 angefallene Grunderwerbsteuern von 8,0 Millionen € und Gewerbesteuern in Höhe von 1,8 Millionen € sowie Gewerbesteuererstattungen für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 in Höhe von 0,6 Millionen €.

Vermögenslage

Bilanzstruktur

Der Abschluss der KSBG KG weist zum 31. Dezember 2014 eine Bilanzsumme von 1.290,1 Millionen € aus, die sich gegenüber dem Vorjahr um 526,1 Millionen € erhöhte.

Bilanz KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG

Aktiva

in Millionen €	31.12.2014	31.12.2013
Sachanlagen	1,7	1,8
Finanzanlagen	1.095,6	548,2
Anlagevermögen	**1.097,3**	**550,0**
Vorräte	0,1	0,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	157,1	157,5
Flüssige Mittel	30,0	54,5
Umlaufvermögen	**187,2**	**212,2**
Rechnungsabgrenzungsposten	**5,6**	**1,8**
Summe Aktiva	**1.290,1**	**764,0**

Passiva

in Millionen €	31.12.2014	31.12.2013
Kapitalanteile	0,0	0,0
Rücklagen	477,1	272,9
Jahresüberschuss	49,8	54,1
Eigenkapital	**526,9**	**327,0**
Rückstellungen	**18,5**	**36,9**
Verbindlichkeiten	**744,7**	**400,1**
Summe Passiva	**1.290,1**	**764,0**

Der Anstieg im Anlagevermögen um 547,3 Millionen € ist im Wesentlichen auf den Erwerb der restlichen 49,0 Prozent an der STEAG GmbH zurückzuführen. Das Finanzanlagevermögen in Höhe von 1.095,6 Millionen € betrifft ausschließlich die 100-prozentige Beteiligung an der STEAG GmbH. Das Sachanlagevermögen bleibt mit 1,7 Millionen € auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Verringerung des Umlaufvermögens um 25,0 Millionen € ist im Wesentlichen auf den Rückgang der flüssigen Mitteln um 24,5 Millionen € zurückzuführen. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände liegen mit 157,1 Millionen € auf Vorjahresniveau. Während sich die Forderungen aus der Freistellungsvereinbarung mit Evonik um 15,2 Millionen € auf 54,6 Millionen € erhöhen, reduzieren sich die Forderungen aus dem mit der STEAG GmbH am 28. Juni 2011 geschlossenen Gewinnabführungsvertrag um 9,9 Millionen € auf 86,0 Millionen €. Darüber hinaus verringerten sich die Forderungen aus anrechenbaren Ertragsteuern gegenüber Gesellschafter um 6,1 Millionen €.

Die Veränderungen im Rechnungsabgrenzungsposten werden wesentlich durch den am 21. Juli 2014 abgeschlossenen Konsortialkreditvertrag und den damit verbundenen Kreditnebenkosten beeinflusst. Die Auflösung des Rechnungsabgrenzungspostens erfolgt linear über die Laufzeit der Kredite.

Das Eigenkapital erhöhte sich um 199,9 Millionen €. Der Jahresüberschuss 2013 wurde gemäß Gesellschafterbeschluss mit 25,0 Millionen € den Darlehenskonten und mit 29,1 Millionen € den Rücklagekonten zugerechnet. Darüber hinaus zahlten die Gesellschafter 175,0 Millionen € Kommanditeinlagen ein. Die Kommanditisten erhielten eine Zahlung in Höhe von 25,0 Millionen €. Der Jahresüberschuss 2014 mit 49,8 Millionen € verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 7,9 Prozent, und die Eigenkapitalquote sank um 2,0 Prozent auf 40,8 Prozent.

Die ausgewiesenen Rückstellungen in Höhe von 18,5 Millionen € berücksichtigen im Wesentlichen mögliche Risiken aus der Endabrechnung der Kaufpreisverbindlichkeit, die im Zusammenhang mit dem Beteiligungserwerb der STEAG GmbH stehen, und Steuerrückstellungen für die Geschäftsjahre 2011 bis 2014.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten um 344,6 Millionen € auf 744,8 Millionen € ist im Wesentlichen auf den am 21. Juli 2014 neu abgeschlossenen Konsortialkreditvertrag, der die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 225,9 Millionen € erhöhte, und das von der STEAG GmbH gewährte Aufwärtsdarlehen in Höhe von 150,0 Millionen € zurückzuführen. Der neue Konsortialkreditvertrag löste den am 17. Dezember 2010 geschlossenen und letztmalig am 7. April 2014 geänderten Konsortialkreditvertrag ab. Kompensatorische Effekte ergaben sich aus dem Wegfall der Verpflichtung zur Zahlung einer Garantiedividende von 23,7 Millionen € an die RBV Verwaltungs-GmbH und den gesunkenen Kapitalertragsteuerverbindlichkeiten von 6,4 Millionen € gegenüber der STEAG GmbH.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Mitarbeiter

Entwicklung der Mitarbeiterzahlen

Zum Jahresende 2014 waren im KSBG-Konzern 6.419 Mitarbeiter beschäftigt. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten betrug 11 Prozent. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter lag weltweit bei 42 Jahren. Knapp 43 Prozent der Beschäftigten waren außerhalb Deutschlands tätig. Der Personalstand im Konzern ist gegenüber dem Vorjahr um knapp 400 Mitarbeiter angestiegen. Hierfür waren folgende Veränderungen ursächlich: Der Personalstand erhöhte sich im Bereich der Energy Services durch Erstkonsolidierung der STEAG Energy Services Solar SLU (Spanien) (+52) und STEAG Energy Services (Botswana) (pty) Limited (Botswana) (+247) sowie durch Ausweitung der Geschäftstätigkeit der STEAG Energy Services (India) Pvt. Ltd. (Indien) im Projekt Vedanta (+118).

Im Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen war ein Aufbau durch den Zugang der EC Gorlice Sp.z.o.o. (Polen) (+44) zu verzeichnen. Der Mitarbeiteranstieg in der Verwaltung ist im Wesentlichen durch den Wechsel der gewerblich-technischen Ausbildung (+105) und des Bereichs Umwelt, Genehmigungen, Produkte (+12) aus dem Bereich der Erzeugung zu erklären. Dementsprechend reduzierte sich der Personalstand im Bereich der Erzeugung. Das verbleibende Delta in Höhe von 29 Mitarbeitern im Bereich der Verwaltung ergab sich im Wesentlichen durch Personalabbau im Rahmen der Optimierung von Verwaltungsfunktionen.

Mitarbeiter nach Geschäftsbereichen	**31.12.2014**	**31.12.2013**
Kraftwirtschaft	5.177	4.928
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	820	772
Verwaltung	422	334
KSBG-Konzern	6.419	6.034

Ausbildung

Die Ausbildung im KSBG-Konzern bleibt beliebt. Das zeigt sich an den hohen Bewerberzahlen. Im Dezember 2014 wurden insgesamt 256 Auszubildende in den unterschiedlichsten Berufen ausgebildet. Dies entspricht einer Quote von konzernweit 4,2 Prozent bzw. 8,3 Prozent bei der STEAG GmbH. Der KSBG-Konzern legt seit vielen Jahren großen Wert auf eine qualitativ hochwertige und attraktive Berufsausbildung. Er leistet somit einen Beitrag zur gesellschaftlichen Verantwortung und stellt letztlich auch die Förderung des innerbetrieblichen Nachwuchses sicher.

Personalentwicklung

Das neue Nachwuchskräfteentwicklungsprogramm des Konzerns wurde zum Jahresende 2014 gestartet. Je nach Ausrichtung und Erfahrung gibt es ein Programm für High Potentials oder Potenzialträger.

High Potentials sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die über eine mehrjährige Berufserfahrung verfügen und bereits disziplinarische oder fachliche Führungserfahrungen gesammelt haben. In der „Executive Development Group“ (EDG) wird ihnen die Möglichkeit gegeben, Netzwerke auszubauen, ihre Kenntnisse des Konzerns zu vertiefen und sich mit den Anforderungen einer möglichen zukünftigen Konzern-Führungsaufgabe auseinanderzusetzen.
Potenzialträger sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in der Regel drei bis fünf Jahre Berufserfahrung nach Ausbildung oder Studium haben. Das Unternehmen ermöglicht den Potenzialträgern, im Rahmen eines „General Management Program“ (GMP) ihre Kompetenzen zu erweitern und Netzwerke im Konzern aufzubauen. Dabei werden sie von erfahrenen Führungskräften des Hauses begleitet, die die Rolle von Mentoren übernehmen.

Auch für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „Energy Development Program“ (EDP) steht die Bildung von Netzwerken neben dem Auf- und Ausbau von Kompetenzen im Fokus. In 2014 haben insgesamt 43 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Unternehmensbereichen des Konzerns das EDP beendet; 16 weitere Teilnehmer starteten im September mit diesem internen Entwicklungsprogramm für junge bzw. neue Mitarbeiter.

Bei der STEAG Energy Services GmbH hat die erste internationale Gruppe des internen Entwicklungsprogramms „Emotion“ ihren Programmdurchlauf im Sommer 2014 erfolgreich beendet. Emotion steht für „Energy in Motion“ und ist seit dem Jahr 2006 ein zentraler Bestandteil der Mitarbeiterentwicklung der STEAG Energy Services GmbH. Zentrale Themenstellungen in dem Programm sind u.a. die Ausrichtung auf die Internationalisierung der Projektstrukturen und die Netzwerkbildung über alle Gesellschaften der STEAG Energy Services GmbH hinweg.

Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutzmanagement

Die Anzahl der Betriebsunfälle ist um 8,9 Prozent von 45 auf 49 angestiegen. Die Anzahl der Wegeunfälle hat sich um 36,8 Prozent von 19 auf 12 Unfälle verringert. Besonders hervorzuheben ist das Kraftwerk Mindanao auf den Philippinen, in dem seit acht Jahren unfallfrei gearbeitet wird. Compania Electrica de Sochagota S.A.E.S.P. (Kolumbien) ist seit mehr als zwei Jahren unfallfrei, ebenso die RKB Raffinerie-Kraftwerks-Betriebs GmbH und das Kraftwerk Weiher, die mehr als ein Jahr unfallfrei arbeiteten.

Die Einführung der zertifizierten Arbeits- und Gesundheitsschutzmanagementsysteme gemäß den Anforderungen OHSAS 18001:2007 im Inland seit 2008 hat zu einer Verbesserung in allen Bereichen beigetragen. Mit den durch die Berufsgenossenschaft durchgeführten erfolgreichen Re-Zertifizierungen in den letzten Jahren an allen Standorten und in allen Gesellschaften spiegelt sich der hohe Stand des Arbeits- und Gesundheitsschutzes wieder. Für die STEAG Technischer Service GmbH werden 2015 die Arbeitsschutzmaßnahmen systematisch weiterentwickelt, um eine Verbesserung des Arbeitsschutzes unter dem Motto „Vision ZERO“ zu erreichen. Die Gesellschaften mit unseren Kohlekraftwerken im Ausland haben 2014 ebenfalls den gleichen hohen und zertifizierten Standard im Arbeits- und Umweltschutz erreicht und werden regelmäßig auditiert.

Im Rahmen der standortbezogenen, durch die Behörden durchgeführten elf Inspektionen gemäß der Industrieemissions-Richtlinie (IED) im Umweltschutz wurden unser Umweltschutzmanagementsystem und die Auflagenerfüllung überprüft. Es wurden keine Mängel in den überprüften Kraft- und Heizwerken festgestellt.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Das betriebliche Gesundheitsmanagement des Konzerns ist als strategischer Baustein einer demografiefesten Personalarbeit etabliert und spielt bei den anstehenden Veränderungsprozessen im Unternehmen eine verbindende Rolle.

Auf Grundlage von Analysen und den Ergebnissen aus der Gesundheitsbefragung konnten verschiedene Aufgabenstellungen an den Standorten identifiziert werden. Die daraus resultierenden Erkenntnisse werden systematisch, zielgerichtet und standortbezogen genutzt, um die Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den einzelnen Standorten zu sichern. Dabei ist der partizipative Ansatz der Mitarbeiterbeteiligung und Führungskräfteentwicklung ein wesentlicher Baustein für die „gesunde STEAG“ in betriebswirtschaftlicher und personeller Hinsicht.

Die Führungskräfteentwicklung soll zukünftig die Fragestellungen rund um die Gesundheit als selbstverständlichen Baustein enthalten. Dazu sollen im ersten Schritt Führungskräfte Be- und Überlastungssituationen besser erkennen lernen. Dies ist nicht nur im Interesse der persönlichen Gesundheit, sondern auch im Interesse der Risikovermeidung und Qualitätssicherung der Arbeit im Unternehmen.

Betriebliches Vorschlagswesen

Im Jahr 2014 wurde der KSBG-Konzern vom Deutschen Institut für Betriebswirtschaft gleich zweimal ausgezeichnet. In der Sparte „Energie, Energieversorgung“ ging der erste Platz an das Vorschlagswesen der STEAG GmbH. Den zweiten Platz erreichte das Ideenmanagement von STEAG Power Saar GmbH / STEAG New Energies GmbH. Der Konzern hat somit schon über Jahre eine Spitzenposition in diesem Bereich inne, was untermauert, dass der KSBG-Konzern ein lernendes Unternehmen ist.

Durch umgesetzte Verbesserungsvorschläge im Jahr 2014 erzielte der KSBG-Konzern insgesamt einen quantifizierbaren Jahresnutzen in Höhe von 5,5 Millionen €. Dafür wurden an die Mitarbeiter Prämien in Höhe von 0,7 Millionen € ausgezahlt.

Corporate Governance

Sowohl die Grundsätze, nach denen ein Unternehmen geführt werden soll, als auch die Regeln und Maßnahmen, die diese Grundsätze ausgestalten und zur praktischen Umsetzung verhelfen, stellen Corporate Governance dar. Diese Prinzipien sind im Deutschen Corporate Governance Kodex geregelt, an dem sich die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH orientieren und dessen wesentliche Inhalte Teil der Unternehmenskultur des KSBG-Konzerns sind.

Für den KSBG-Konzern bedeutet gute Unternehmensführung, sich nicht nur in jeder Hinsicht rechtskonform entsprechend den gesetzlichen Verpflichtungen zu verhalten, sondern darüber hinaus verantwortungsvoll und werteorientiert, auch durch freiwillige Maßnahmen, zu handeln. Gute Unternehmensführung, die zudem transparent ist, führt dauerhaft zum Erfolg.

Zur Verwirklichung dieser Grundsätze dienen ein Verhaltenskodex, die konkretisierenden Richtlinien sowie das Compliance Managementsystem des KSBG-Konzerns, welches ständig weiterentwickelt wird, allen Mitarbeitern als Orientierung. Der überwiegende Schwerpunkt der Tätigkeit im Themenfeld Compliance im Jahr 2014 lag wie in den vorangegangenen Geschäftsjahren darauf, Risiken und Verstößen vorzubeugen.

In den turnusmäßigen und zielgruppenorientierten Präsenzschulungen zum Thema Antikorruption und Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität, in denen die Teilnehmer in aktiven Dialogen und Diskussionen mögliche „Dilemma-Situationen“ gemeinsam erörterten, konnten im vergangenen Jahr über 1.000 Mitarbeiter konzernweit persönlich erreicht werden. Wertvolle Unterstützung wurde dazu insbesondere in den Tochtergesellschaften durch die Beauftragten vor Ort geleistet. Neben Terminen im Inland fanden Veranstaltungen im europäischen Ausland, unter anderem in Polen, statt. Die Geschäftstätigkeiten im Ausland werden für den KSBG-Konzern immer bedeutender, so dass in der Zukunft vorbeugende Information über Risiken stärker ausgebaut werden soll.

Neben Präsenzschulungen entwickelte der Fachbereich Compliance gemeinsam mit der Abteilung Personal- und Organisationsentwicklung ein E-Learning-Tool zum Verhaltenskodex, um neuen Mitarbeitern sowie turnusmäßig zu schulenden Mitarbeitern und darüber hinaus Interessierten einen ständigen Zugang zu den Grundsätzen der KSBG Corporate Governance zu ermöglichen.

Grundsätze der Corporate Governance werden darüber hinaus kontinuierlich in die Verträge sowie Selbstverpflichtungen des KSBG-Konzerns mit ihren Geschäftspartnern einbezogen.

Der KSBG-Konzern nimmt nunmehr im vierten Jahr am UN Global Compact teil und unterstützt die Einhaltung der zehn Prinzipien aus den Bereichen Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung. Ferner setzt der KSBG-Konzern die Kernarbeitsnormen der ILO (International Labour Organisation) um und handelt gemäß den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen.

Diese Grundsätze finden ebenfalls Eingang in die Vereinbarungen mit den Geschäftspartnern, sowohl individuell als auch über die allgemeinen Geschäftsbedingungen. Der KSBG-Konzern verwirklicht somit die Prinzipien einer nachhaltigen Lieferkette und versteht sich als deren Teil. Gemeinsam mit dem Fachbereich Einkauf führte der Fachbereich Compliance eine Selbstbefragung für Fokuslieferanten zu Governance- und Nachhaltigkeitsthemen und deren jeweilige Umsetzung ein. Der KSBG-Konzern berichtet darüber hinaus kontinuierlich über die eigenen Maßnahmen im Bereich Unternehmensverantwortung (Corporate Responsibility) im In- und Ausland, die zumeist standortbezogene Infrastrukturen in der jeweiligen Gesellschaft vor Ort stärken und soziale Zwecke unterstützen. Eine zusätzliche Bedeutung kommt dabei der wachsenden Zahl von Informationsportalen im Internet zu, über die Kunden, Anteilseigner und auch Finanzierungspartner sich ein Bild über die messbaren Aktivitäten des KSBG-Konzerns, insbesondere in den Bereichen Umweltschutz und Personalwesen, machen können.

Nachtragsbericht

Seit Beginn des neuen Geschäftsjahres 2015 haben sich weder Änderungen des Branchenumfeldes ergeben noch sind Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die eine wesentliche Auswirkung auf die Lage des KSBG-Konzerns haben könnten.

Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

Risikobericht

Risikostrategie

Im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit ergeben sich für den KSBG-Konzern kontinuierlich Chancen und Risiken. Das Risikomanagement ist ein zentraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung und dient der gezielten Sicherung bestehender und künftiger Erfolgspotenziale sowie der Vermeidung, Vorbeugung bzw. Gegensteuerung und Minimierung von Risiken. Die frühzeitige Erkennung und Realisierung von Chancen kann den Unternehmenserfolg erhöhen.

Der KSBG-Konzern ist aufgrund seiner Betätigungsfelder sich ständig ändernden politischen, gesellschaftlichen, demografischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgesetzt. Den Risiken, die sich daraus ableiten, wird entsprochen, indem das gesamte Umfeld beobachtet und analysiert wird und daraus Marktentwicklungen antizipiert werden. Die so gewonnenen Erkenntnisse werden genutzt, um das Portfolio konsequent entsprechend der Konzernstrategie weiterzuentwickeln.

Aufbau und Organisation des Risikomanagements

Der KSBG-Konzern verfügt über ein konzernweites internes Risikomanagementsystem. Neben organisatorischen Sicherungsmaßnahmen und internen Kontrollsystemen unterstützt auch die Revision als prozessunabhängige Kontroll- und Beratungsinstanz das Risikomanagement.

Das Risikomanagementsystem ist gemäß der Organisationsstruktur dezentral aufgebaut. Die originäre Risikoverantwortung liegt bei den Bereichen, die für Früherkennung, Abschätzung der Auswirkungen, Erarbeitung und Umsetzung geeigneter Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen sowie die konzerninterne Kommunikation der Chancen und Risiken verantwortlich sind. Innerhalb dieser Organisationseinheiten koordinieren Risikobeauftragte die jeweiligen Risikomanagementaktivitäten. Für den KSBG-Konzern nimmt das Konzerncontrolling die Steuerungs- und Kontrollfunktionen für Abläufe und Systeme wahr. Es ist Ansprechpartner für alle Risikobeauftragten und zuständig für die Koordination, Information und Dokumentation auf Konzernebene. Gleichzeitig verantwortet es die methodische Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems.

Risikomanagement ist auf allen Ebenen ein wesentliches Element der Controllingprozesse des KSBG-Konzerns. Zu diesen zählen die strategische und operative Planung, die Vorbereitung von Investitionsentscheidungen sowie die Monatsberichterstattungen und Hochrechnungen und - ab einem bestimmten Schwellenwert - eine Risiko-Sofortberichterstattung. Die Organisationseinheiten führen einmal jährlich in Verbindung mit der Mittelfristplanung eine umfassende Inventur von Chancen und Risiken durch. Alle Sachverhalte werden systematisch erfasst, dokumentiert und hinsichtlich ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Für bei der Inventur erkannte Chancen und Risiken müssen sämtliche Organisationseinheiten Sicherungsmaßnahmen benennen, deren Umsetzung verfolgt wird. Die Inventur, die Sachverhalte kurzfristig für ein Jahr sowie mittelfristig über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren betrachtet, wird ergänzt durch monatliche Chancen- und Risikoberichte, in denen Veränderungen bei den bereits identifizierten sowie neu aufgetretenen Sachverhalten, bezogen auf das laufende Jahr, erfasst werden.

Gesamtrisikosituation

Die identifizierten Risiken unter Berücksichtigung der ergriffenen bzw. geplanten Maßnahmen haben einzeln oder in Wechselwirkung miteinander keine bestandsgefährdenden Auswirkungen auf den KSBG-Konzern.

Die Risiken unterteilen sich in strategische, operative, finanzwirtschaftliche und sonstige Risiken.

Strategische Risiken

Veränderungen der bestehenden regulatorischen Rahmenbedingungen können die geplanten Investitionen und die Ertragslage des KSBG-Konzerns signifikant beeinflussen. Die Geschäfte des KSBG-Konzerns sind einem dynamischen und starken Wettbewerb ausgesetzt, der die Mengen- und Preisrisiken verstärkt.

Aus heutiger Sicht wird das geänderte Marktumfeld in Deutschland zu einem wirtschaftlich begründeten Rückgang der inländischen Kraftwerkskapazitäten führen. Hierzu tragen insbesondere auch die nachfrageunabhängige Förderung und der Einspeisevorrang der erneuerbaren Energien bei. Durch den Einspeisevorrang werden nicht nur die systemstabilisierenden Kraftwerke verdrängt, sondern auch hocheffiziente KWK-Anlagen. Die Markt- und Systemintegration von erneuerbaren Energien wird verhindert. Ohne strukturelle Anpassungen der derzeitigen energiepolitischen Rahmenbedingungen wird der KSBG-Konzern mittelfristig die vorhandenen inländischen Kraftwerkskapazitäten verringern müssen und keine Investitionen in konventionelle Erzeugungsanlagen in Deutschland tätigen können, da das aktuelle Marktmodell hierfür keine Anreize bietet.

Durch Kapitalanlagegarantien der Bundesrepublik Deutschland sowie Kreditversicherungen der Exportkredite gewährenden Staaten wurden die politischen Risiken in den Ländern, in denen Auslandskraftwerke betrieben werden, abgesichert. Hierdurch ist ein Verlust des Kapitalanteils des KSBG-Konzerns weitgehend ausgeschlossen.

Operative Risiken

Aufgrund der Langfristigkeit des Kraftwerksgeschäfts kommt dem vorbeugenden Risikomanagement besondere Bedeutung zu. Zentrale Elemente sind die sorgfältige Analyse der Markt- und Rahmenbedingungen, die bewusste Steuerung der relevanten Risiken durch eine systematische und ausgeglichene Risikopolitik, die hohe Qualität der eingesetzten Technik und die Akzeptanz der Anlagen in ihrem Umfeld. Die Qualität der Kommunikation mit Kunden, Lieferanten und Nachbarn sowie der Betrieb der Anlagen nach höchsten Umweltstandards sind Grundlage des langfristigen Erfolgs.

Konzernintern abgestimmte Regelwerke geben den Rahmen vor, innerhalb derer die finanzwirtschaftlichen Preisrisiken im Handelsbereich (Commodity-Preise, Währungen) sowie die damit verbundenen Kontrahentenausfall- und Liquiditätsrisiken gesteuert werden. Entsprechende Kennzahlen wie zum Beispiel Positionslimite, Verlustlimite oder auch Value at Risk dienen dabei der Einhaltung der gesetzten Grenzen. Während die Preisrisiken insbesondere durch den Einsatz von Derivaten auf Basis entsprechender finanzmathematischer Modelle gesteuert werden, liegt der Fokus bei den Kontrahentenausfallrisiken auf der sorgfältigen Bonitätsprüfung der Vertragspartner, der Angemessenheit der zugrunde liegenden Rahmenverträge sowie einer kontinuierlichen Überprüfung der daraus abgeleiteten Kreditlinien. Für das Handelsgeschäft wird die Einhaltung aller relevanten Kennzahlen durch das Back Office im Handelsbereich überwacht.

Risiken für den KSBG-Konzern ergeben sich auch aus dem regulatorischen Umfeld zum Betrieb der Kraftwerke. Die an den Kraftwerksbetrieb gestellten Umweltschutzanforderungen werden in vollem Umfang erfüllt. Weitere Risiken ergeben sich aus den energiepolitischen Rahmenbedingungen, die Einfluss auf den Geschäftserfolg des KSBG-Konzerns haben. Zu nennen sind hier insbesondere zukünftige regulatorische Maßnahmen zur weiteren CO_2-Reduzierung. Daher sind die Anstrengungen des KSBG-Konzerns auf die Verringerung der spezifischen CO_2-Emissionen in den Kraftwerken durch Umsetzung weiterer Effizienzsteigerungen und innovative Technologien ausgerichtet. Investitionsentscheidungen bergen in ihrer Umsetzung aufgrund des hohen Kapitaleinsatzes und der langfristigen Kapitalbindung vielfältige und komplexe Risiken. Der KSBG-Konzern führt Vorbereitung, Umsetzung und Nachkontrolle solcher Entscheidungen entlang festgelegter und differenzierter Zuständigkeitsregelungen und Genehmigungsprozesse durch.

Regulatorische Eingriffe in den Grünstromzertifikatemarkt der rumänischen Regierung und das damit verbundene Überangebot an Grünstromzertifikaten lassen das Risiko der Erlösminderung der rumänischen Windparks erkennen. Das Überangebot und die damit verbundene negative Auswirkung auf deren Vermarktbarkeit kann dazu führen, dass nicht alle zugeteilten Grünstromzertifikate verkauft werden können.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Risiken aus Fremdwährung bestehen insbesondere bei der Beschaffung und Preisabsicherung des Brennstoffbedarfs. Sie werden mit geeigneten Finanzinstrumenten abgesichert.

Hinsichtlich der Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten wird auf den Abschnitt im Anhang zum Konzernabschluss verwiesen.

Geplante Dividendenausschüttungen ausländischer Konzerngesellschaften außerhalb des Euroraumes werden gegen Wechselkursschwankungen gesichert. Zusätzlich werden bei der Gesellschaft Compania Electrica de Sochagota S.A.E.S.P. (Kolumbien) die auf kolumbianischem Peso basierten Kosten gegen Wechselkursschwankungen gegenüber dem US-Dollar abgesichert. Nicht gegen Wechselkursschwankungen gesichert werden hingegen Risiken, die sich bei der Umrechnung von Jahresabschlüssen ausländischer Tochtergesellschaften in Euro mit dem aktuellen Wechselkurs gegenüber dem budgetierten Wechselkurs ergeben (Translationsrisiken).

Sonstige Risiken

Die Geschäftstätigkeit des KSBG-Konzerns birgt geschäftsübliche rechtliche Risiken aus Vertragsbeziehungen zu Kunden und Geschäftspartnern sowie technische Risiken aus dem Anlagenbetrieb, insbesondere von Großanlagen. Bei rechtlichen Auseinandersetzungen mit Vertragspartnern wurde in Abstimmung mit den Fachbereichen in angemessenem Umfang bilanzielle Risikovorsorge gebildet.

Im Rahmen der Errichtung des Kraftwerks Walsum 10 wurden Maßnahmen zum Austausch von Kesselteilen notwendig, mit denen eine Verzögerung des Baufortschritts gegenüber der ursprünglichen Planung einherging. Hieraus ergaben sich Risiken in Form von Mehrausgaben, verzögerten Ergebnissen durch die verspätete Inbetriebnahme sowie aus einem Zwischenfinanzierungsbedarf. Den Risiken wurde seit dem Jahresabschluss 2011 auf Basis einer umfassenden Bewertung Rechnung getragen. Der Beginn des kommerziellen Betriebs erfolgte im Dezember 2013. Die rechtliche Auseinandersetzung mit dem Generalunternehmerkonsortium, bestehend aus Hitachi Ltd. und Hitachi Power Europe GmbH, wurde mit der Einleitung eines Schiedsverfahrens begonnen. Zusätzlich hat das Generalunternehmerkonsortium spiegelbildlich einen Regressanspruch gegen die STEAG GmbH vor dem Landgericht Essen geltend gemacht.

Risiken der KSBG KG

Die KSBG KG mit Sitz in Essen hat als Konzernmutter mit der STEAG GmbH einen Gewinnabführungsvertrag geschlossen. Die STEAG GmbH wiederum hat als Führungsgesellschaft und Stammhaus der STEAG-Gruppe mit dem Großteil der inländischen Tochtergesellschaften Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge geschlossen. Dadurch steuert die STEAG GmbH einen Großteil der inländischen Risiken im Konzern. Die KSBG KG steuert mit der STEAG GmbH die größte Einzelgesellschaft des Konzerns. Die für den KSBG-Konzern aufgeführten Risiken gelten daher im Wesentlichen auch für die KSBG KG.

Chancenbericht

Im Rahmen von Optimierungsprogrammen wurden Projekte zur Kosteneinsparung, Optimierung von Prozessen und Strukturen, Verbreiterung der Vermarktung sowie zur Entwicklung neuer Geschäftsaktivitäten abgeschlossen. Die erfolgreiche und zügige Umsetzung der mit den Projekten verbundenen Maßnahmen soll zu einer Verbesserung des Ergebnisniveaus führen.

In den für den KSBG-Konzern relevanten Zielmärkten gibt es gute Chancen, das Geschäft erfolgreich weiterzuentwickeln. In Deutschland hat der KSBG-Konzern inzwischen eine solide Basis im Bereich der erneuerbaren und dezentralen Energien erreicht, die weiter ausgebaut werden soll. Die internationale Ausrichtung des KSBG-Konzerns soll in den nächsten Jahren verstärkt vorangetrieben werden. Dabei zahlt sich aus, dass der KSBG-Konzern schon in den vergangenen Jahren in wachstumsstarken Märkten und attraktiven Regionen engagiert war.

Wachstum in internationalen Schwerpunktländern

Der KSBG-Konzern wird bevorzugt in den Ländern Projekte entwickeln, in denen bereits langjährige Geschäftserfahrung gesammelt werden konnte.

Der türkische Energiemarkt bietet auch zukünftig Potenzial für den KSBG-Konzern. Die Bauphase eines Windparks im Nordwesten der Türkei (66 MW) hat Ende 2014 begonnen, dieser wird voraussichtlich im letzten Quartal 2015 in den kommerziellen Betrieb übergehen.

Auch der asiatisch-pazifische Raum bietet für den KSBG-Konzern viele Wachstumschancen. Insbesondere in Indien, wo der KSBG-Konzern seit Jahren erfolgreich aktiv ist, gibt es, insbesondere im Service-Bereich, sehr gute Möglichkeiten. Hier kann der KSBG-Konzern die besondere Kompetenz bei Planung, Realisierung und Betrieb von Steinkohlekraftwerken einbringen. Weitere Chancen ergeben sich aus der Aktivität in Südostasien. Der KSBG-Konzern verfolgt momentan Projektansätze im Bereich Geothermie, vornehmlich in Indonesien. Derzeit werden in einer Region in Indonesien Ressourcenprüfungen für ein Geothermiekraftwerk durchgeführt.

Ausbau der Handelsaktivitäten

Der Geschäftsbereich Markt ist dabei, die Handelsaktivitäten zu erweitern. Hierzu sind auf nationaler Ebene der Handel mit erneuerbaren Energien und die Einführung eines Handels für Strombedarf mit festen Lieferprofilen (Fahrplanhandel) zu nennen.

Daneben wird auch das Geschäft im Ausland entwickelt, beispielsweise durch die Einführung eines grenzüberschreitenden Stromhandels und den Ausbau der Vermarktungsaktivität im Zusammenhang mit bestehenden oder in der Realisierung befindlichen Auslandsprojekten der STEAG GmbH und ihrer Tochtergesellschaften.

Kommunale Partnerschaften und erneuerbare Energien in Deutschland

Der KSBG-Konzern unterstützt kommunale Partner mit Know-how im Bereich der Energieerzeugung. Der KSBG-Konzern arbeitet bereits seit Jahrzehnten mit kommunalen Partnern erfolgreich zusammen, auch in gemeinsamen Gesellschaften oder im Auftrag von Zweckverbänden. Die kommunale Verbundenheit wird seit 2011 durch die Eigentümerstruktur vertieft. Die Anteilseignerstruktur bietet zum Beispiel Chancen, im Bereich der erneuerbaren Energien zu wachsen. In Deutschland wird mehr als die Hälfte des abgesetzten Stroms über Stadtwerke vertrieben, gleichzeitig haben diese nur wenige eigene Erzeugungsanlagen. Der KSBG-Konzern bietet zum einen den Zugriff auf bestehende Erzeugungsanlagen an und plant zum anderen, gemeinsam mit Stadtwerken Erzeugungsprojekte zu realisieren.

Zur langfristigen Unterstützung eines nachhaltigen Wachstums wird beabsichtigt, eine Stadtwerke-Partnerschaft in Form einer gemeinsamen Gesellschaft einzugehen, die Projekte im Bereich erneuerbare Energien finanziert, errichtet und betreibt sowie hierfür Beteiligungen an Projektgesellschaften hält. An der gemeinsamen Gesellschaft wird ein Anteil von 51,0 Prozent gehalten, und sie wird als Ausgangsbasis für eine künftige Zusammenarbeit mit ausgewählten Bestandsprojekten aus den Segmenten Biogas und Wind ausgestattet.

Auch im Energiehandel vergrößert sich die Anzahl der Kunden aus dem Bereich der Stadtwerke. Des Weiteren befinden sich Kooperationen und Dienstleistungen, insbesondere für die Handelsaktivitäten von Stadtwerken, in der Vorbereitung.

Chancen der KSBG KG

Die KSBG KG als Konzernmutter steuert über die STEAG GmbH als Führungsgesellschaft des Konzerns einen Großteil der Chancen des KSBG-Konzerns. Die wesentlichen Chancen entsprechen der Darstellung für den Konzern.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Bundesbank erwartet für das Jahr 2015 einen leichten Anstieg des deutschen Bruttoinlandsprodukts um 1,0 Prozent. Laut Prognose werden die immer noch gute Verfassung der deutschen Wirtschaft – geringer Verschuldungsgrad und eine ausgewogene Preis-Kosten-Relation der Unternehmen – sowie das geringe Zinsniveau ausschlaggebende Faktoren für den zumindest leichten Anstieg sein. Die Binnenwirtschaft wird hierdurch positiv beeinflusst, außerdem wird so die Wahrnehmung von Chancen auf ausländischen Märkten erhöht. Im Besonderen die Auslandsmärkte sollten im nächsten Jahr wieder vermehrt Chancen für Wachstum bieten, vor allem, wenn sich die wirtschaftliche Erholung des Euro-Gebiets festigt und der Welthandel zusätzlich floriert.

Der in den vergangenen Monaten stark gesunkene Preis für Rohöl könnte sich noch zusätzlich positiv auf die Entwicklung des Wirtschaftswachstums auswirken. Die Bundesbank geht davon aus, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt noch einmal zusätzlich um 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte ansteigen könnte, wenn der Rohölpreis für einen längeren Zeitraum auf dem aktuell niedrigen Niveau verharrt.

Als Bedrohung für die wirtschaftliche Entwicklung werden weiterhin verschärfte geopolitische Spannungen sowie die Gefahr abrupter, von den Finanzmärkten ausgehender Anpassungsprozesse gesehen, die sich negativ auf die aufstrebenden Volkswirtschaften auswirken würden.

Energiewirtschaftliche Entwicklung

Der fortschreitende Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wird zu einem weiteren Rückgang der konventionellen Stromerzeugung in Deutschland führen und spürbaren Einfluss auf die Strompreise nehmen. Analysten und Händler gehen mittelfristig von einem niedrigen Niveau der Börsenstrompreise aus. Gleichzeitig werden höhere Konsumentenpreise aufgrund der ergänzend zum Strombörsenpreis zu berücksichtigenden Kosten für Vertrieb, Netzausbau, Steuern und Abgaben erwartet. Aufgrund der Ziele der Bundesregierung zur Reduktion des Primärenergieverbrauchs und Steigerung der Energieeffizienz geht das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) trotz guter Konjunkturaussichten davon aus, dass der Bruttostromverbrauch in den kommenden Jahren in Deutschland stagnieren bzw. leicht sinken wird.

Strategische und operative Herausforderungen

In den kommenden Jahren ist der KSBG-Konzern mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Durch die energiepolitische Neuausrichtung in Deutschland haben sich die Rahmenbedingungen für Kraftwerksbetreiber substanziell geändert. Die vorrangige Behandlung der erneuerbaren Energien durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) setzen speziell die Betreiber fossiler Kraftwerke unter Ergebnisdruck. Infolge der veränderten Auslastung von Steinkohlekraftwerken in Deutschland hat der KSBG-Konzern bereits frühzeitig damit begonnen, die Kosten- und Erlösstruktur der eigenen Kraftwerke zu optimieren. Darüber hinaus werden Verwaltungsstrukturen und -prozesse überprüft und, wo notwendig, weiter angepasst. Durch diese Maßnahmen sollen in den kommenden Jahren erhebliche Einsparungen erzielt werden.

Der KSBG-Konzern stellt sich zudem auf die steigenden Anforderungen bei der Vermarktung von Kraftwerkskapazitäten und Strommengen ein. Diesbezüglich hat der KSBG-Konzern bereits Maßnahmen ergriffen, um auf Marktveränderungen flexibel reagieren zu können. Hierzu zählen sowohl die Erweiterung des Dienstleistungsportfolios als auch die Vorbereitungen für den aus heutiger Sicht erforderlichen Auslaufbetrieb von Kraftwerken. Der KSBG-Konzern konzentriert sich daher darauf, einen Betrieb der vorhandenen Kraftwerkskapazitäten möglichst langfristig zu gewährleisten. Die Entscheidung über die tatsächliche Stilllegung von Kraftwerksblöcken behält sich der KSBG-Konzern bis zum letztmöglichen Zeitpunkt vor.

Insbesondere durch den gesetzlich vorgeschriebenen Ausstieg aus der Kernenergie und den daraus resultierenden Wegfall von Erzeugungskapazitäten wird perspektivisch mit deutlich steigenden Clean Dark Spreads gerechnet.

Der KSBG-Konzern ist überdies als Betriebsführer von Kraftwerksanlagen für Dritte bereits etablierter Marktpartner im In- und Ausland. Außerdem stellt der KSBG-Konzern für Dritte erfolgreich Bedienpersonal unterschiedlichster Qualifikation im Kraftwerksbereich und in kraftwerksnahen Branchen zur Verfügung.

Nach der erfolgreichen Inbetriebnahme des Kraftwerks Walsum 10 bleibt die Begleitung des eingeleiteten Schiedsverfahrens gegen das Generalunternehmerkonsortium, bestehend aus Hitachi Ltd. und Hitachi Power Europe GmbH, eine wichtige Aufgabe. Die geltend gemachten Ansprüche beruhen auf Verzug bei der Fertigstellung des Kraftwerks Walsum 10, die vom Generalunternehmerkonsortium zu vertreten sind. Die im Kaufvertrag zwischen RBV/Evonik und KSBG KG vereinbarte Freistellungsregelung in Bezug auf Walsum 10 besteht fort.

Darüber hinaus verfolgt der KSBG-Konzern für sein Solarthermieprojekt Arenales eine Schiedsklage vor dem International Centre for Settlement of Investment Disputes (ICSID) gegen den spanischen Staat. Der spanische Staat hat seit Ende 2012 durch königliche Dekrete diverse Änderungen des Vergütungssystems für erneuerbare Energien, darunter auch Solarthermie, beschlossen, die die Wirtschaftlichkeit des Projekts nachhaltig beeinträchtigen. Diese gesetzlichen Anpassungen verstoßen nach Ansicht des KSBG-Konzerns gegen den in der Energiecharta festgelegten Grundsatz des „fair and equitable treatment“ und sind ferner als enteignungsgleicher Eingriff zu werten.

Darüber hinaus gilt es mit dem in Betrieb genommenen Windpark Crucea Nord in einem veränderten Marktumfeld in Rumänien zu bestehen und den Windpark Süloglu in der Türkei in kommerziellen Betrieb zu nehmen.

Bei der strategischen Ausrichtung des KSBG-Konzerns wird ein Schwerpunkt des geplanten Wachstums im Bereich der erneuerbaren Energien liegen und zu einer stärkeren Diversifikation des Erzeugungsportfolios im Konzern beitragen. Dies soll sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene erfolgen und bedarf stabiler finanzieller Rahmenbedingungen. Zur Umsetzung der Wachstumsstrategie wird vom KSBG-Konzern insbesondere die Realisierung von Onshore-Windprojekten verfolgt, wobei mit dem Windpark Ullersdorf (Deutschland) und Crucea Nord (Rumänien) bereits 2014 zwei wichtige Projekte in Betrieb genommen wurden.

Zudem soll die bestehende Geschäftsaktivität im Bereich Geothermie im Ausland ausgebaut werden. Insgesamt plant der KSBG-Konzern eine gesteigerte Investitionstätigkeit.

Die strategische Ausrichtung sowie die mögliche Nutzung von Synergien zwischen dem KSBG-Konzern und den beteiligten Stadtwerken bietet die Chance eines verbesserten Marktauftritts. Auch in den Geschäftsfeldern Fernwärme und Energy Services erwarten wir positive Impulse aus dieser Zusammenarbeit.

Operatives Ergebnis

Für das Geschäftsjahr 2015 wird für den Konzern im Wesentlichen aufgrund des geplanten Ausbaus der Handelsaktivitäten, höherer Zukaufsmengen sowie einer erhöhten Leistung der Verbundkraftwerke (Übernahme des Kraftwerks Bexbach sowie Vermarktung des eigenen Leistungsanteils des Kraftwerks Bergkamen) ein deutlich höherer Umsatz in Höhe von 3,8 Milliarden € erwartet. Das geplante operative Ergebnis vor Zinsen und Steuern für 2015 liegt nicht unwesentlich unterhalb des Wertes des Jahres 2014. Erwartete rückläufige Ergebnisse der inländischen Kraftwerke können nicht in vollem Umfang durch die geplanten Ergebnisbeiträge aus Neuprojekten im Bereich der erneuerbaren Energien kompensiert werden.

Entgegen der Vorjahresprognose hat sich das operative Ergebnis vor Zinsen und Steuern rückläufig entwickelt. Hierbei standen unter anderem ungeplanten, im Wesentlichen witterungsbedingt schlechteren Ergebnissen im Bereich Fernwärme sowie ungeplanten Bewertungseffekten positive Effekte im Bereich der Erneuerbaren Energien und Dezentralen Anlagen gegenüber.

Der Umsatz ist entgegen der Prognose gegenüber dem Budget um rund 14 Prozent gestiegen. Grund hierfür sind vor allem ungeplant höhere Energieabsätze aus gehandelten Strommengen in der inländischen Kraftwirtschaft.

Die künftige Entwicklung des Konzerns wird im Wesentlichen durch die geplanten Investitionen geprägt. Für das Jahr 2015 sind Investitionen von knapp 550 Millionen € vorgesehen. Schwerpunkt der Investitionstätigkeit ist der Ausbau des Neugeschäftes. Für Neubauprojekte sind Investitionen in Höhe von rund 470 Millionen € vorgesehen.

Im Bestandsgeschäft soll mit gezielten Maßnahmen an den Kraftwerksstandorten die Effizienz im Anlagenbetrieb gesteigert werden

Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung

Der KSBG-Konzern geht davon aus, dass die sich aus der strategischen Ausrichtung ergebenden Chancen und insbesondere die geplanten Investitionen in Wachstumsfeldern zukünftig dazu beitragen werden, dass der KSBG-Konzern auch in Zukunft seine gute Position im Energiemarkt halten und in wichtigen Segmenten ausbauen wird.

Ausblick zur voraussichtlichen Entwicklung der KSBG KG

Das für 2015 geplante operative Ergebnis wird sich gegenüber 2014 voraussichtlich leicht verringern. Dies resultiert im Wesentlichen aus einer voraussichtlich niedrigeren Gewinnabführung der STEAG GmbH zum Vorjahr.

Essen, den 13. März 2015

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG

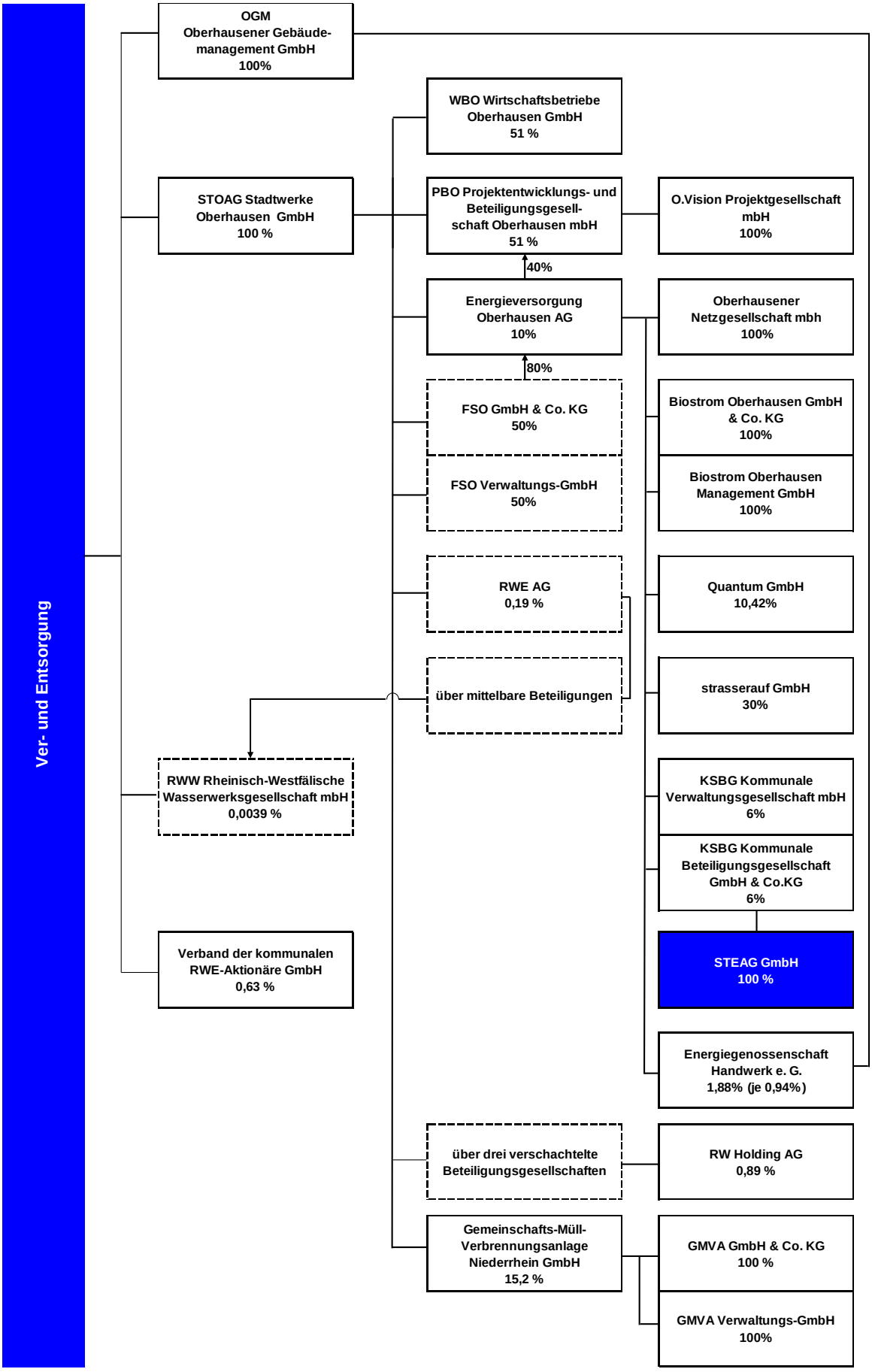
Die Geschäftsführer der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH

Wilmert

(Vorsitzender)

Bückemeyer Schröder

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Erwartungen, Vermutungen und Prognosen der Geschäftsführung sowie den ihr derzeit verfügbaren Informationen beruhen. Die zukunftsgerichteten Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen und Ergebnisse zu verstehen. Die zukünftigen Entwicklungen und Ergebnisse sind vielmehr abhängig von einer Vielzahl von Faktoren. Sie beinhalten verschiedene Risiken und Unwägbarkeiten und beruhen auf Annahmen, die sich möglicherweise als nicht zutreffend erweis


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100%
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100%
40%
Energieversorgung Oberhausen AG 10%
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100%
80%
FSO GmbH & Co. KG 50%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100%
FSO Verwaltungs-GmbH 50%
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100%
RWE AG 0,19 %
Quantum GmbH 10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH 30%
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 6%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 6%
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100%

STEAG GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Str. 1-3
45128 Essen

Kontakt:

Telefon +49 201 801-00

Fax +49 201 801-6388

Internet www.steag.com/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 128.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	128.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zu den Kernkompetenzen der STEAG gehören die Planung, die Realisierung und der Betrieb von Kraftwerken auf Basis von fossilen Brennstoffen (Steinkohle, Erdgas und Raffinerienebenprodukte). Darüber hinaus ist das Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien (Biomasse, Biogas, Grubengas, Geothermie und Wind) tätig.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Rumstadt, Joachim
	Mitglied	Baumgärtner, Michael
	Mitglied	Dr. Cieslik, Wolfgang
	Mitglied	Geißler, Alfred
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Pehlke, Guntram
	stellv. Vorsitzender	Vassiliadis, Michael
	Mitglied	Auerhahn, Karlheinz
	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Dr. Brinkmann, Frank
	Mitglied	Bückemeyer, Dietmar
	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Dr. Götz, Thomas
	Mitglied	Held, Stefan
	Mitglied	Jochum, Gerhard
	Mitglied	Prof. Dr. Knorre, Susanne
	Mitglied	Schifferings, Christof
	Mitglied	Wilmert, Bernhard
	Mitglied (AN)	Hagemeier, Bernd
	Mitglied (AN)	Halbeisen, Karl-Josef
	Mitglied (AN)	Melis, Ralf
	Mitglied (AN)	Muth, Heiner
	Mitglied (AN)	Rohde, Horst
	Mitglied (AN)	Woll, Klaus Dieter

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1.220.800,00	55,7	1.418.500,00	56,3	1.728.600,00	55,0	310.100,00	21,86
Umlaufvermögen	970.300,00	44,2	1.100.300,00	43,6	1.409.300,00	44,8	309.000,00	28,08
Rechnungsabgrenzungsposten	2.300,00	0,1	2.200,00	0,1	5.000,00	0,2	2.800,00	127,27
Bilanzsumme	**2.193.400,00**	**100,00**	**2.521.000,00**	**100,00**	**3.142.900,00**	**100,00**	**621.900,00**	**24,67**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	435.300,00	19,8	478.300,00	19,0	478.300,00	15,2	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil	13.700,00	0,6	12.300,00	0,5	11.500,00	0,4	-800,00	-6,50
Rückstellungen	659.200,00	30,1	794.200,00	31,5	796.700,00	25,3	2.500,00	0,31
Verbindlichkeiten	1.080.800,00	49,3	1.228.700,00	48,7	1.849.700,00	58,9	621.000,00	50,54
Rechnungsabgrenzungsposten	4.400,00	0,2	7.500,00	0,3	6.700,00	0,2	-800,00	-10,67
Bilanzsumme	**2.193.400,00**	**100,00**	**2.521.000,00**	**100,00**	**3.142.900,00**	**100,00**	**621.900,00**	**24,67**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	1.619.100,00	2.141.900,00	2.241.900,00
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1.200,00	2.900,00	-29.100,00
andere aktivierte Eigenleistungen	800,00	300,00	300,00
sonstige betriebliche Erträge	130.000,00	65.300,00	47.600,00
Materialaufwand	1.420.700,00	1.880.500,00	1.986.400,00
Personalaufwand	176.300,00	165.100,00	147.700,00
Abschreibungen	25.800,00	24.800,00	18.100,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	145.700,00	155.000,00	143.600,00
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	71.500,00	57.500,00	95.900,00
Erträge aus Beteiligungen	111.400,00	106.900,00	120.500,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	400,00	400,00	7.600,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.400,00	6.900,00	7.000,00
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0,00	2.900,00	63.500,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	300,00	1.200,00	100,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	33.700,00	43.400,00	61.400,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	140.300,00	109.200,00	70.900,00
außerordentliche Erträge	7.900,00	83.200,00	55.200,00
außerordentliche Aufwendungen	39.100,00	42.900,00	35.700,00
außerordentliches Ergebnis	-31.200,00	40.300,00	19.500,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9.100,00	16.400,00	11.600,00
sonstige Steuern	-3.200,00	1.100,00	900,00
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		89.000,00	77.900,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	103.200,00	43.000,00	0,00
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	103.200,00	43.000,00	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

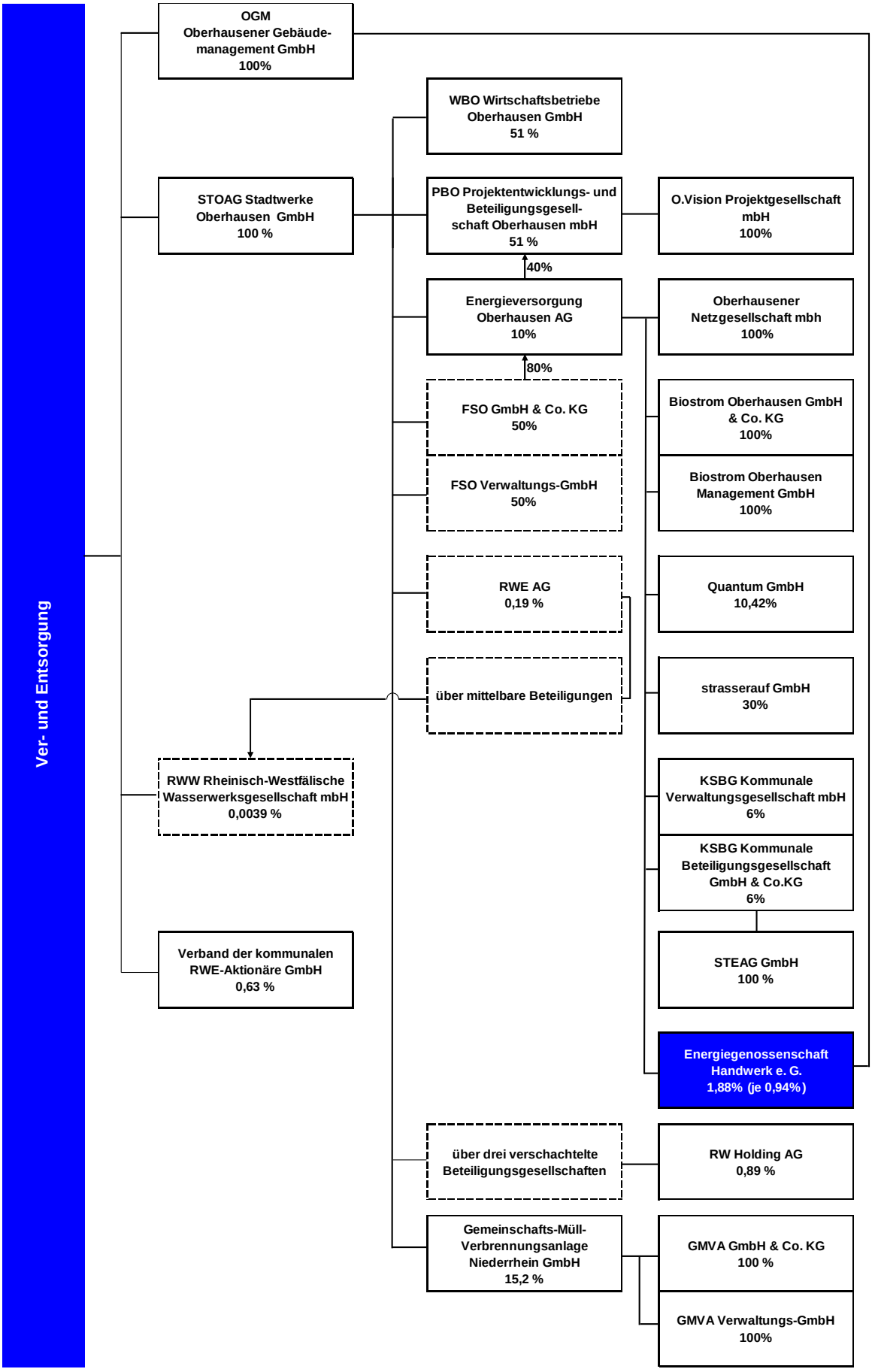
	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,37	6,16	3,47	%
Eigenkapitalrentabilität:	23,71	27,60	16,29	%
Cash-Flow:	129.300,00	158.000,00	96.100,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.013,95	1.482,49	1.716,55	T€
Personalaufwandsquote:	10,07	7,47	6,53	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	7,00	6,36	4,97	%
Eigenkapitalquote:	19,85	18,97	15,22	%
Fremdkapitalquote:	80,15	81,03	84,78	%

e) Lagebericht

Der Lagebericht der STEAG GmbH wird auf Grund seines Umfangs nicht abgedruckt. Der Bericht ist im Internet unter www.steag.com/downloadcenter.html unter dem Stichwort „Konzernlagebericht" nachlesbar.


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100%
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100%
40%
Energieversorgung Oberhausen AG 10%
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100%
80%
FSO GmbH & Co. KG 50%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100%
FSO Verwaltungs-GmbH 50%
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100%
RWE AG 0,19 %
Quantum GmbH 10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH 30%
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 6%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 6%
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100%

Energiegenossenschaft Handwerk e.G.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Zunftmeisterstraße 26
45468 Mülheim an der Ruhr

Kontakt:

Telefon 0208 / 96 00 40

e-Mail info@kh-mo.de

Internet www.kh-mo.de/

Rechtsform: eG

Stammkapital in T€: 107,50

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1,00	0,93
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	1,00	0,93
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	105,50	98,14

Gegenstand des Unternehmens:

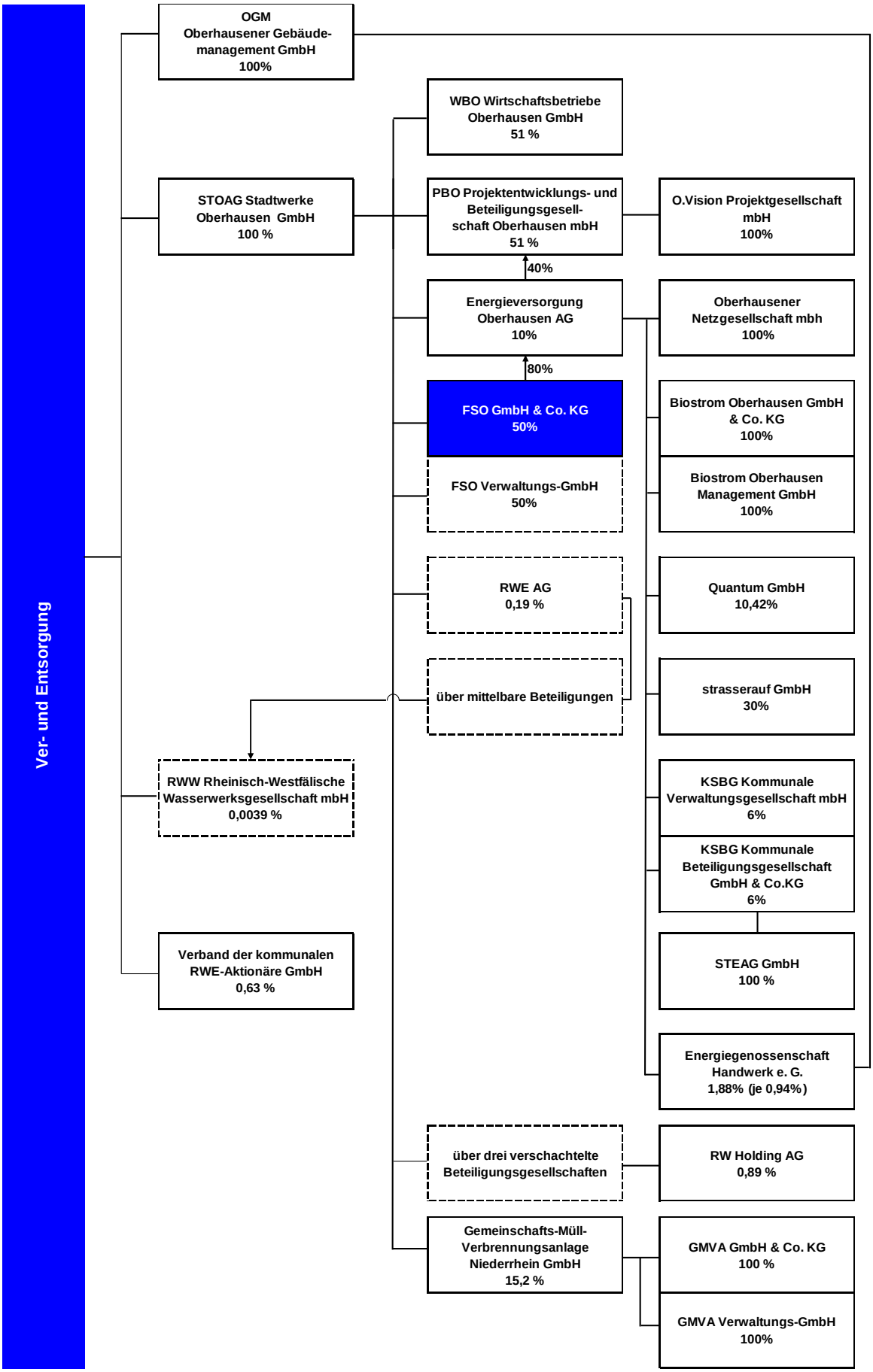
a) die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung und dem Verkauf von Energien
b) der Absatz von Energie in Form von Strom und/oder Wärme
c) die Unterstützung und Beratung in Fragen der regenerativen Energiegewinnung einschließlich einer Information von Mitgliedern und Dritten, sowie einer Öffentlichkeitsarbeit
d) gemeinsamer einkauf von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien für Mitglieder und Dritte
e) Contracting

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Vorstand:	Mitglied	Pezzei, Barbara
	Mitglied	Poth, Gabriele

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten sowie des Lageberichts wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100%
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100%
40%
Energieversorgung Oberhausen AG 10%
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100%
80%
FSO GmbH & Co. KG 50%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100%
FSO Verwaltungs-GmbH 50%
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100%
RWE AG 0,19 %
Quantum GmbH 10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH 30%
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 6%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 6%
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100%

FSO GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 8350
Fax	0208/ 835 2620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	-

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:

	T€	%
RWE Deutschland AG	15,00	50,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind

-das Erbringen von Dienstleistungen für die Energieversorgung Oberhausen AG, insbesondere die Pflege, Wartung und Reparatur des Wagenparks sowie die Reinigung des Werksgeländes
-das Halten einer Beteiligung an der Energieversorgung Oberhausen AG mit Sitz in Oberhausen und deren Verwaltung.

Darüber hinaus ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Gieske, Hartmut
	Geschäftsführer	Homberg, Bernd
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bevollmächtigte/r der STOAG

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	20.800,00	80,00
mittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	800,00	80,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	20,00	80,00
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	0,80	0,74
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	10,00	3,34
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,05	4,80
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	4,80	4,80
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	24,00	80,00
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	8,00	32,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	81,81	32,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	66,00	8,99
STEAG GmbH	6.144,00	4,80
strasserauf GmbH	6,00	24,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		**2013**		**2014**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	21.561,84	61,0	21.561,84	55,1	21.561,84	56,9	0,00	0,00
Umlaufvermögen	13.749,92	38,9	17.602,40	44,9	16.348,36	43,1	-1.254,04	-7,12
Rechnungsabgrenzungsposten	19,28	0,1					0,00	
Bilanzsumme	**35.331,03**	**100,00**	**39.164,23**	**100,00**	**37.910,20**	**100,00**	**-1.254,03**	**-3,20**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	32.589,62	92,2	33.086,59	84,5	32.829,44	86,6	-257,15	-0,78
Rückstellungen	994,90	2,8	2.421,01	6,2	2.323,82	6,1	-97,19	-4,01
Verbindlichkeiten	1.746,51	4,9	3.656,63	9,3	2.756,94	7,3	-899,69	-24,60
Bilanzsumme	**35.331,03**	**100,00**	**39.164,23**	**100,00**	**37.910,20**	**100,00**	**-1.254,03**	**-3,20**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	658,93	576,50	519,08
sonstige betriebliche Erträge	1,77	10,55	148,04
Materialaufwand	279,03	205,23	180,71
Personalaufwand	178,04	143,55	107,81
sonstige betriebliche Aufwendungen	104,63	98,35	99,63
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	10.973,32	11.425,28	11.045,17
Erträge aus Beteiligungen	2.282,66	3.080,35	1.497,25
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	67,11	5,75	454,97
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	77,47	24,50	464,60
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13.344,63	14.626,81	12.811,75
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.316,84	3.102,06	1.544,15
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	11.027,79	11.524,75	11.267,60
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	11.027,79	11.524,75	11.267,60

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1.673,59	1.999,10	2.170,68	%
Eigenkapitalrentabilität:	51,14	53,45	52,26	%
Cash-Flow:	11.027,79	11.524,75	11.267,60	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	132,14	195,68	222,37	T€
Personalaufwandsquote:	26,95	24,45	16,16	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	92,24	84,48	86,60	%
Fremdkapitalquote:	7,76	15,52	13,40	%

e) Lagebericht

1 Konzernunternehmen

Der FSO-Konzern umfasst neben der FSO GmbH & Co. KG (FSO) als Konzernmutter auch die Konzerntochter Energieversorgung Oberhausen AG (evo) sowie die Konzernenkelinnen Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz), Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) und Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG).

Als Kommanditisten sind die RWE Deutschland AG (RWE) und die Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG) jeweils zur Hälfte am Festkapital der FSO beteiligt. Das Jahresergebnis der FSO wird aufgrund der satzungsgemäßen Gewinnverteilungsabrede an die beiden Kommanditisten hälftig abgeführt.

Sowohl zwischen der FSO und der evo als auch zwischen der evo und der OB-Netz bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge (EAV). Darüber hinaus ist eine ertragssteuerliche Organschaft mit der FSO (Organträger) und den evo-Gesellschaften (Organgesellschaften) gegeben.

Die FSO legt ihren Fokus auf die Erbringung von Dienstleistungen für die evo, insbesondere die Pflege, Wartung und Reparatur des Wagenparks sowie die Reinigung des Werksgeländes.

Die evo nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme und Energieservice), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Sie hat damit eine signifikante regionale Stellung.

Fernwärme und Strom werden in zwei eigenen Heizkraftwerken (HKWs) und einem Biomasse-Heizkraftwerk an den Standorten Alt-Oberhausen und Sterkrade erzeugt, im Übrigen von weiteren Stromhändlern und der Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA; nur Wärme) bzw. der OXEA Group (nur Abwärme) bezogen. Daneben betreibt die evo eine Dampferzeugungsanlage auf einem durch Einräumung einer befristeten Dienstbarkeit überlassenen Grundstück.

Die Strategie der evo zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes besteht in der Fokussierung auf das Kerngeschäft Energie (Erzeugung, Beschaffung, Vertrieb) einschließlich energienaher Dienstleistungen in Oberhausen und Umgebung. Dabei ist dem Gesichtspunkt der sicheren und umweltverträglichen Versorgung Rechnung zu tragen. Das frühere Kerngeschäft der Verteilung wird seit dem 01.01.2007 durch die OB-Netz wahrgenommen. Nach Planung und Bau betreibt die BSO KG seit Februar 2011 das Biomasse-Heizkraftwerk in Oberhausen und speist Wärme in das Netz der evo sowie Strom in das Netz der OB-Netz ein.

Alle Konzerngesellschaften haben sich zum Ziel gesetzt, durch ihr unternehmerisches Handeln eine Balance innerhalb des energiewirtschaftlichen Zieldreiecks – bestehend aus Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit – zu gewährleisten, um ihren Kunden langfristig eine bezahlbare Energieversorgung garantieren zu können. Dabei ist dem Gesichtspunkt der sicheren und umweltverträglichen Versorgung Rechnung zu tragen.

Trotz des zunehmenden Wettbewerbs beim Strom- und Erdgasvertrieb konnte die evo ihre wirtschaftlichen Interessen durch ein aktives Marktmanagement und innovative Produkte maßvoll und kundenverträglich weiter verfolgen. Durch die gemeinsame Energiebeschaffung der Gesellschaft Quantum GmbH (Quantum) werden für die evo optimale Konditionen realisiert.

2 Rahmenbedingungen

Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich in Kapitel 2.1 im Wesentlichen auf die Aktivitäten der evo. Das Kapitel 2.2 widmet sich dagegen primär der OB-Netz; die Ausführungen zur Konzernbelegschaft in Kapitel 2.3 beziehen sich auf alle Konzerngesellschaften.

2.1 Wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Lage

Der Wettbewerbsdruck auf dem Strom- und Gasmarkt ist unverändert hoch und nimmt eher noch weiter zu. Dies liegt daran, dass die Wechselbereitschaft der Kunden – insbesondere auf dem Strommarkt, aber vermehrt auch beim Erdgas – insgesamt steigt, auch wenn die absolute Zahl der Wettbewerber nach starkem Anstieg in den Vorjahren inzwischen weitgehend stagniert. So sind es bis zu 200 Stromanbieter, die auf dem Oberhausener Markt mit der evo konkurrieren; im Gasbereich sind es bislang rund 120 Gasanbieter, die mit der evo um Marktanteile ringen. Die Zahl der aktiven Wettbewerber ist damit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (Strom: rd. 200, Erdgas: etwa 120) beinahe identisch geblieben.

Trotz dieses zunehmenden Wettbewerbsdrucks kann die evo sowohl bei Strom als auch bei Erdgas ihre führende Marktposition verteidigen und hohe Kundenanteile binden. Auf dem härter umkämpften Strommarkt liegt der Marktanteil (Privat- und Gewerbekunden; PuG) derzeit bei 88%; beim Erdgasgeschäft sind es sogar 91% Marktanteil. Ein Instrument zur Sicherung der Marktanteile speziell im Bereich des Erdgasabsatzes bei PuG ist das ab Jahresende 2014 vertriebene, neue Produkt „TOB-WärmeKomplett“.

Die evo setzt auf langfristige Zusammenarbeit mit Kunden und Marktpartnern. Stabile, dauerhafte Partnerschaften sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor, um auf den liberalisierten Energiemärkten bestehen zu können. Die evo ist in dieser Hinsicht gut aufgestellt. Einen Wettbewerbsvorteil bietet etwa die Beteiligung an der Energiebeschaffungsgesellschaft Quantum, die es erlaubt, Strom und Erdgas im Verbund mit anderen Partnern günstig einzukaufen.

Jenseits ihres Kerngeschäftes ist die evo in Oberhausen weiterhin in vielfältiger anderer Art und Weise aktiv. Das Unternehmen unterstützt in den Bereichen Soziales, Kultur, Sport und Jugend zahlreiche Projekte, Maßnahmen und Vereine. Die evo bekennt sich damit als lokal stark verwurzeltes Unternehmen zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Für die evo ist es ein selbstverständlicher Teil der Unternehmenskultur, sich zu engagieren: für die Stadt Oberhausen und die Menschen, die hier leben.

Mit Blick auf die Gesamtlage der Branche bleibt abzuwarten, wie rasch und mit welchen ordnungspolitischen Schwerpunkten es der Bundesregierung gelingt, den nach Regierungsübernahme im Herbst 2013 vorgestellten 10-Punkte-Plan zur Umsetzung der Energiewende abzuarbeiten. Zwar ist es mit der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) in 2014 gelungen, den über Jahre hinweg rasanten Anstieg der EEG-Umlage zu stoppen, doch stagniert diese weiterhin auf hohem Niveau. Weitere Maßnahmen, darunter die Erarbeitung eines europäischen Klima- und Energierahmens 2030, eine Reform des Strommarktdesigns, des europäischen Emissionshandels, der Netzinfrastruktur oder die Entwicklung einer Strategie zur Steigerung der Energieeffizienz sind jedoch weiterhin nicht

umgesetzt. Damit aber bleibt die strategische Marktlage insbesondere für Stadtwerke und regionale Energieversorgungsunternehmen anspruchsvoll, weil schwer berechenbar.

2.2 Regulierungssituation

Die wichtigsten regulatorischen Rahmenbedingungen für die OB-Netz werden im Folgenden dargestellt.

Anreizregulierung

Im Laufe des Jahres 2014 erhielt die OB-Netz von der Bundesnetzagentur für die 2. Regulierungsperiode von 2014 bis 2018 den endgültigen Bescheid über die Erlösobergrenze „Strom“ und den zugehörigen Effizienzwert von 95,69%. Die Landesregulierungsbehörde erließ für die 2. Regulierungsperiode von 2013 bis 2017 den endgültigen Bescheid über die Erlösobergrenze „Gas“ und den zugehörigen Effizienzwert von 87,71%.

2014 führte die Bundesnetzagentur auch die Evaluierung der Anreizregulierung durch. Als Ergebnis sind unterschiedliche Modelle für die Netzregulierung in der dritten Regulierungsperiode in der Diskussion. Vermutlich wird die Regulierung in ihrer grundsätzlichen Form bestehen bleiben, jedoch wird es wahrscheinlich in wichtigen Details Änderungen geben. Was genau sich ändern wird und wie sich diese Änderungen ggf. auf die OB-Netz auswirken werden, ist zurzeit nicht absehbar.

Auslegungsgrundsätze Markenpolitik

Die Bundesnetzagentur hat im Sommer 2012 gemeinsam mit den Regulierungsbehörden der Länder Anforderungen an die Markenpolitik und das Kommunikationsverhalten von Verteilnetzbetreibern formuliert. Hiernach muss eine Verwechselungsgefahr zwischen dem Verteilnetzbetreiber und dem Vertrieb eines Konzerns ausgeschlossen sein. Deshalb fand zum 1. Januar 2014 die Umfirmierung der evo-Energie-Netz GmbH zur Oberhausener Netzgesellschaft mbH statt. Das Unternehmen bleibt eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der evo. Die OB-Netz übt sämtliche Rechte und Pflichten aus bestehenden Vertragsverhältnissen weiter aus.

Die Umfirmierung wurde sowohl von den Regulierungsbehörden als auch von den Kunden und Geschäftspartnern positiv angenommen. Der neue Unternehmensname ist inzwischen gut etabliert.

Intelligente Zähler

Seit 2009 existiert eine EU-Vorgabe nach der bis 2020 80% Smart Meter in jedem EU-Mitgliedsstaat verbaut sein müssen, wenn eine Kosten-Nutzen-Analyse zu einem positiven Ergebnis kommt. 2013 wurde vom BMWi eine entsprechende Kosten-Nutzen-Analyse vorgestellt. Demnach ist eine allgemeine Einbauverpflichtung volkswirtschaftlich nicht sinnvoll. Stattdessen wird ein ambitioniertes „Rolloutszenario Plus“ empfohlen, bei dem intelligente Messsysteme zusätzlich bei Erneuerbaren-Energien-Anlagen eingebaut werden sollen, um deren Einspeisung ins Stromnetz zu Spitzenlastzeiten zu drosseln. Dadurch soll der Netzausbau reduziert und somit in Summe ein volkswirtschaftlicher Vorteil erzielt werden. Die anfallenden Kosten sollen auf alle Stromkunden verteilt werden.

Demgegenüber bewertet die dena-Smart-Meter-Studie 2014 den Einsatz von Smart Metern aus betriebswirtschaftlicher Sicht, insbesondere aus Sicht der Verteilnetzbetreiber. Dabei werden drei typischerweise vorkommende Verteilnetzbetreiber betrachtet: ein städtischer, ein halbstädtischer und ein ländlicher. In keiner der untersuchten Modellvarianten wird eine angemessene Verzinsung des eingesetzten Kapitals erzielt. Vielmehr führen die hohen Anfangsinvestitionen zu Liquiditätsproblemen bei den Verteilnetzbetreibern.

Die Ergebnisse dieser beiden Studien werden zurzeit von den beteiligten Akteuren – Behörden, Politik und Branchenverbände – diskutiert. Wichtige regulatorische Vorgaben fehlen und liegen noch nicht im Entwurf vor: z.B. Rolloutverordnung, Datenschutzverordnung oder die Verordnung zu unterbrechbaren Lasten. D. h., Verteilnetzbetreiber können nicht mit einer detaillierten Rolloutplanung beginnen, da die genaue Ausgestaltung wie z. B. die Einbaugrenze oder zeitliche Vorgaben unbekannt sind. Außerdem fehlen den Smart-Meter-Herstellern die notwendigen Vorgaben, sodass sie noch nicht mit der Produktion der Geräte beginnen können.

In Branchenkreisen wird erwartet, dass die notwendigen Vorgaben 2015 erlassen werden, sodass frühestens 2017 der Rollout starten kann.

Um auf die zukünftigen Entwicklungen vorbereitet zu sein, hat die OB-Netz 2013 an einem Pilotprojekt der Netzwerkpartner teilgenommen und erste praktische Erfahrungen gesammelt. Darauf aufbauend wird 2014/2015 das Pilotprojekt fortgesetzt, um weitere technische Erfahrungen zu sammeln. Ziel ist es, den gesamten Prozess von der Smart Meter-Messung bis zur Abrechnung technisch zu beherrschen, um rechtzeitig vor der Einführung als Massenprozess wirtschaftliche Optimierungen durchzuführen.

2.3 Belegschaft

Die Beschäftigtenzahl ist, nach vielen Jahren des Beschäftigtenrückgangs, im Jahr 2014 im Vergleich zu 2013 nahezu konstant geblieben. Zum 31. Dezember 2014 waren über alle Konzerngesellschaften 415 Personen bei der evo beschäftigt. Im Jahresmittel waren es inklusive der Auszubildenden und der Beschäftigten in Altersteilzeit (ATZ) 440. Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt gemäß Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe (TV-V) in der Fassung des 10. Änderungstarifvertrages vom 1. April 2014.

Im Laufe des Jahres 2014 sind alle verbleibenden Mitarbeiter, mit denen noch ATZ-Verträge abgeschlossen worden waren, in die Freistellungsphase der Altersteilzeit übergegangen, sodass mit altersbedingten Austritten von Mitarbeitern erst wieder ab 2018 zu rechnen ist.

Da alle Konzerngesellschaften in den vergangenen Jahren schon umfangreiche Personalreduzierungen realisiert haben (Senkung des Personalstandes im Konzern vor Personalüberleitung im Rahmen des Projektes „Große Netzgesellschaft“ von 2004 bis 2012 um 13,2%), bleibt es ausgesprochen anspruchsvoll, mit den vorhandenen Mitarbeitern die immer neuen, zusätzlichen und komplexen Anforderungen in immer kleineren Zeitfenstern zu erfüllen. Diese Anforderungen und das eigene Selbstverständnis des Unternehmens fordern von allen Beteiligten sehr viel Flexibilität, Veränderungs- und Lernbereitschaft ein. Damit dabei als Kompass die Unternehmensziele nicht aus dem Blick verloren gehen, wurde die Unternehmensstrategie angepasst. Darüber hinaus wird mit der Umsetzung von weiteren Führungs- und Managementmethoden im Unternehmen sichergestellt, dass notwendige Veränderungen stringent und zeitgerecht umgesetzt werden können.

Viele kontinuierliche Maßnahmen haben das Ziel, die physische und mentale Beschäftigungsfähigkeit der Belegschaft zu erhalten und zu stärken. Gefördert werden z. B. zahlreiche Qualifikationen. Neben der rein fachlichen Kompetenz setzt die evo insbesondere auf die Stärkung der sozialen Fähigkeiten. Gute Führung unterstützt die Mitarbeiter dabei. Insofern spielt Führungskräfteentwicklung nach wie vor eine wichtige Rolle im Unternehmen, in 2014 mit den Schwerpunkten „Gesund führen“ und „Demografiegerechte Führung“.

Als wichtiges, kontinuierliches Thema wird das betriebliche Gesundheitsmanagement gesehen. Für eine gesunde Lebensweise zu sensibilisieren, attraktive Angebote zu schaffen, aber auch konkret auf den Arbeitsplatz bezogene Handlungsempfehlungen geben zu können, sind die Ziele, die diesem Konzept zugrunde liegen. Dies hat die evo auch in 2014 mit immer neuen Angeboten an die Belegschaft konsequent verfolgt.

Neben der Förderung der Beschäftigungsfähigkeit sollen die Mitarbeiter auch durch ansprechende Angebote gebunden werden. Projekte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die z. B. Belegplätze in Kindertagesstätten sichern und ein hohes Maß an zeitlicher Flexibilität bei der Arbeitszeit ermöglichen, sowie ein Eltern-Kind-Zimmer werden von den bei der evo beschäftigten Eltern sehr geschätzt.

Dieses Engagement sichert eine hohe Motivation und Identifikation der Mitarbeiter mit dem Unternehmen. Dies ist umso wichtiger, als der Konzern angesichts einer angepassten, ehrgeizigen Mittelfristplanung mit Blick auf die Belange der Anteilseigner zurzeit außerstande ist, befristet Beschäftigte zu übernehmen oder im bisher gewohnten Umfang betrieblich auszubilden, da eine Anpassung der Personalsolldimensionierung wesentlicher Bestandteil der neuen Planung ist. Damit sich die Fachbereiche mit ihrer Sorge um zukünftige Personalengpässe nicht allein gelassen fühlen, wurde in diesem Jahr der Prozess der Solldimensionierung um den Punkt „Qualitative Planung“ erweitert. Ziel ist es, gemeinsam mit dem Fachbereich frühzeitig Konzepte zu entwickeln, wie zukünftige Vakanzen aufgefangen werden können. Durch Vorlaufzeiten bis zu fünf Jahren ist es möglich, vielfältige Handlungsoptionen zu prüfen und zu verfolgen.

3 Geschäftsverlauf

3.1 Absatz- / Preisentwicklung

Die Ausführungen in den Kapiteln 3.1.1 und 3.1.2 betreffen die Aktivitäten der OB-Netz bezogen auf assoziierte und fremde Vertriebe. Die nachfolgenden Unterkapitel geben dagegen durchgängig die Aktivitäten aller Konzerngesellschaften wieder.

3.1.1 Netz Strom

Im letzten Jahr der ersten Regulierungsperiode wurde die Erlösobergrenze für den Bereich Strom nach § 4 der Anreizregulierungsverordnung um die zulässige Erhöhung angepasst. Es wurde in 2014 eine Menge von 749 GWh durch die gepachteten Stromnetze der OB-Netz geleitet. Der Netzlastrückgang beträgt 3,4%. Hierbei handelt es sich um einen bundesweit zu beobachtenden Trend, der auch auf den Einsatz energieeffizienter Geräte und auf ein geändertes Verbraucherverhalten zurückzuführen ist.

3.1.2 Netz Erdgas

Die Netzentgelte für den Bereich Erdgas wurden für das Jahr 2014 ebenso wie im Bereich Strom nach § 4 der Anreizregulierung angepasst. Im Geschäftsjahr 2014 wurden durch die gepachteten Erdgasnetze der OB-Netz 836 GWh an Erdgaskunden verteilt. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang von rund 20%. Wesentlicher Grund hierfür ist der durch milde Witterung während der Heizperiode bedingte Umsatzrückgang.

3.1.3 Vertrieb Strom

Im Geschäftsjahr 2014 ging der Stromabsatz im Netzgebiet Oberhausen zurück. Er sank insgesamt um -7,8% auf 529,1 GWh. Diese Reduzierung findet sich bei den Kundengruppen Privat- und Gewerbekunden mit -10,2% und bei den Geschäfts- und Industriekunden mit -3,5% wider. Die Werte für den überregionalen Vertrieb werden durch den Verlust von einem sehr großen Kunden mit zwei Abnahmestellen, die seit Anfang 2014 nicht mehr in Belieferung sind, dominiert. Wegen der geringen Absatzmenge, die die evo außerhalb von Oberhausen verzeichnet, muss in diesem Segment ein Absatzrückgang um -42,8% ausgewiesen werden. Der Gesamtabsatz des Vertriebes sank in Summe um -11,9% auf 572,0 GWh.

Die Strompreise des Allgemeinen Stromtarifs für Privat- und Gewerbekunden stiegen zum
1. Dezember 2014 um 0,69 Cent/kWh (Netto). Für Geschäfts- und Industriekunden wurden die Preise individuell kalkuliert und überwiegend zum Jahresbeginn 2014 neu festgesetzt.

Der Marktanteil Strom lag im Netzgebiet der OB-Netz zum Jahreswechsel bei ca. 88%.

3.1.4 Vertrieb Erdgas

Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. So machen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres bemerkbar. Als ein Indikator dient die Summe der Gradtagzahlen eines Jahres. Diese liegt für 2014 um -21,5% unter dem Wert des Jahres 2013.

Der Erdgasabsatz sank erheblich in 2014 insgesamt um -26,2% auf 684,1 GWh. Bei den Privat- und Gewerbekunden lag der Absatz mit -25,9% unter dem des Vorjahres. Aufgrund der milden Witterung und der Auftragslage ging der Absatz bei den Geschäfts- und Industriekunden um -29,5% zurück.

Die Absatzpreise der Sondertarife für nicht leistungsgemessene Kunden wurden letztmalig zum 1. Dezember 2012 um +0,67 Cent/kWh (Netto) an die gestiegenen Bezugskosten angepasst.

Der Marktanteil Erdgas lag im Netzgebiet der OB-Netz zum Jahreswechsel bei ca. 91%.

3.1.5 Vertrieb Fernwärme

Im Bereich der Fernwärme spiegelt sich die Witterungsabhängigkeit deutlich wider. Hier sank der Gesamtabsatz (Heizwasser und Dampf) um -20,0% auf 372,3 GWh. Die Fernwärmepreise wurden letztmalig zum 1. Dezember 2012 um 0,54 Cent/kWh (Netto) erhöht.

3.1.6 Energiebereitstellung

Die Energiebereitstellung der evo erfolgt im Rahmen der Energieerzeugung durch eigene Erzeugungseinheiten und der externen Energiebeschaffung. Zur externen Energiebeschaffung bedient sich die evo seit 2010 eines Dienstleisters, der Quantum. Die Höhe des zu beziehenden Erdgas- und Strombedarfs orientiert sich an dem zukünftigen prognostizierten Vertriebsbedarf. Insofern richtet sich das Beschaffungsportfolio konsequent am Absatzportfolio aus.

Durch ein Risikomanagementsystem ist dieses risikoaverse Vorgehen in den Arbeitsabläufen implementiert. Entsprechend der am Energiemarkt geübten Praxis besteht innerhalb der Quantum eine strikte Funktionstrennung zwischen Geschäftsabschluss, Bearbeitung und Abrechnung von Beschaffungsvorgängen.

3.2 Technische und Kaufmännische Dienstleistungen

Die evo erbringt kaufmännische und technische Dienstleistungen für Dritte. Dazu gehören unter anderem die BSO KG, die OB-Netz, die Infratec Duisburg GmbH und die GMVA. Hinzu kommen weitere Partner aus Kultur und Einzelhandel in Oberhausen.

Weiterhin betreut die evo mit der externen Geschäftsbesorgung als professioneller Dienstleister seit vielen Jahren vorwiegend kommunale Oberhausener Beteiligungsgesellschaften (darunter STOAG, WBO u.a.) mit kompetenten Dienst- und Outsourcing-Leistungen in den Bereichen Buchhaltung, Controlling, Personalmanagement, Einkauf und

Materialwirtschaft. Dabei sind die individuelle und kompetente Betreuung der Kunden sowie die hohe Datensicherheit die Basis für die langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ferner bietet die evo Contracting-Leistungen im Bereich Wärmeversorgung für Privathaushalte oder Gewerbetreibende an. Der Absatz beim Gebäude-Energieservice (GES) lag bei ca. 1,5 GWh und liegt somit auf Vorjahresniveau. Das Angebot des Contracting wurde mit dem im November an den Start gebrachten, neuen Produkt „TOB-WärmeKomplett“ erweitert.

3.3 Partner und strategische Beteiligungen

Die evo ist ein starker Partner der Stadt Oberhausen und ein wichtiges Beteiligungsunternehmen im RWE-Konzern. Mit unseren Kunden und Marktpartnern verfolgen wir eine dauerhafte und verlässliche Zusammenarbeit. Ziel der evo ist es, im liberalisierten Markt nachhaltig erfolgreich zu sein. Um in diesem Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben, kann die evo – und damit auch der gesamte Konzern – auf ihre operativen und strategischen Beteiligungen zählen.

Um nachhaltig die lokale Entwicklung in der Stadt Oberhausen zu fördern, ist die evo auch an den Gesellschaften Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO, GfKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co., Kabel-Service KG und PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH beteiligt.

Die in den nachfolgenden Unterpunkten gesondert aufgeführten weiteren Beteiligungen waren für die Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr von besonderer Bedeutung.

3.3.1 KSBG - STEAG

Seit der vollständigen Übernahme der zweiten Tranche in 2014 ist die evo mittelbar zu 6 % an der STEAG GmbH (STEAG), dem zurzeit fünftgrößten deutschen Stromerzeuger, beteiligt. Die jeweiligen Anteile sind in der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) gebündelt, die damit Alleingesellschafterin ist. Seit September 2014 ist die evo im Aufsichtsrat der STEAG vertreten.

Die Rahmenbedingungen für Kohlekraftwerke in Deutschland bleiben, insbesondere durch den raschen Ausbau und den Einspeisevorrang der Erneuerbaren Energien, weiterhin eine Herausforderung. Daraus resultiert ein erheblicher Kostendruck auf den Kraftwerkspark, der sich in den kommenden Jahren noch verschärfen wird.

Andererseits ist bereits im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgehalten, dass thermische Kraftwerke für die Versorgungssicherheit und auch für die Energiewende langfristig unabdingbar sind. Diese Annahme wird durch veröffentlichte Studien bestätigt. Es ist allgemeines Verständnis, dass thermische Kraftwerke zum Ausgleich der schwankenden Erzeugung aus erneuerbaren Energien und in Ermangelung ausreichender Speicher unverzichtbar sind.

STEAG ist durch einen effizienten Kraftwerksbetrieb und den Einsatz der vorhandenen Handelskompetenz mit den inländischen Kraftwerken gut positioniert. Um trotz der schwierigen Rahmenbedingungen für die Energiebranche in Deutschland nicht an Attraktivität zu verlieren, wird STEAG das Erzeugungsportfolio weiter optimieren und breiter aufstellen. Dazu wird das Unternehmen sämtliche Möglichkeiten nutzen, um einen wirtschaftlichen Betrieb der vorhandenen Kraftwerkskapazitäten auch zukünftig darstellen zu können. Durch Investitionen in konventionelle und erneuerbare Kraftwerkskapazitäten im In- und Ausland soll der Erzeugungsmix stärker diversifiziert und die Internationalisierung sowie der Ausbau der Erneuerbaren Energien im Erzeugungsportfolio fortgeführt werden. Zudem werden weitere Geschäftsaktivitäten ausgebaut, wie beispielsweise Dienstleistungen im Bereich des technischen Services oder die Internationalisierung der Handelsaktivitäten.

Die von der Geschäftsführung der STEAG für den Zeitraum bis 2019 vorgelegte Mittelfristplanung untermauert die Ausschüttungserwartungen der KSBG. Diese Einschätzung wird durch die vorgelegte Ergebnisprognose der STEAG für das Geschäftsjahr 2014 mit einer Gewinnabführung an die KSBG von rund 86 Millionen Euro bestätigt.

Die Beteiligung der evo an der STEAG (über die KSBG) soll eine jährliche Ausschüttung für die evo in Höhe von 1,9 Millionen Euro erzielen. Dabei wird das Ergebnis für 2014 mittels der KSBG dem Ergebnis der evo im folgenden Jahr, also in 2015, zugerechnet.

Aus Sicht der beteiligten Stadtwerke ergeben sich Zukunftschancen insbesondere aus:

- einem verstärkten Ausbau der Erzeugungskapazitäten im In- und Ausland,
- der Schaffung der Rahmenbedingungen der vom Land Nordrhein-Westfalen unterstützten Verknüpfung der „Fernwärmeschienen Rhein und Ruhr“,
- der Bereitstellung von Know-how bei der Entwicklung einer kommunalen Erzeugungsstruktur.

Die aktuellen Rahmenbedingungen sowie die noch ausstehende Gestaltung des zukünftigen Energiemarkts erschweren die Umsetzung von Investitionen im Inland. Nichtsdestotrotz konnte STEAG im vergangenen Jahr beispielsweise einen Windpark mit einer Leistung von 43 MW in Brandenburg in Betrieb nehmen. Durch die Integration des in 2014 erworbenen Kraftwerks Bexbach in den STEAG-Kraftwerksverbund wird das Inlandsgeschäft weiter gestärkt. Darüber hinaus ist die geplante Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr (FWSRR) ein wichtiger Eckpfeiler einer umweltfreundlichen Wärmeversorgung.

Im Ausland wird der Ausbau der konventionellen und erneuerbaren Kraftwerkskapazitäten fortgesetzt. Hierbei soll der Anteil der Erneuerbaren Energien im Erzeugungsportfolio der STEAG langfristig auf 25 % gesteigert werden. In Europa werden Wachstumschancen insbesondere im Bereich der Windenergie gesehen. International bieten sich gute Perspektiven für erneuerbare und konventionelle Kraftwerksprojekte.

3.3.2 Quantum

Hauptaufgabe der Quantum ist der Handel mit Energie und Dienstleistungen im Bereich der Energiebeschaffung. Ziel ist es, die örtliche Energieversorgung in den Kommunen zu stärken. Für die evo übernimmt die Quantum aktuell das Bilanzkreismanagement Strom und beschafft Strom und inzwischen auch Erdgas direkt an den Großhandelsmärkten. Dadurch kann der personelle Zusatzaufwand bei der evo in Grenzen gehalten werden.

Seit dem Herbst 2011 erfolgt auch die Beschaffung von Erdgas grundsätzlich über die und in Abstimmung mit der Beschaffungsgesellschaft Quantum.

Hinsichtlich REMIT, d. h. der EU-Verordnung Nr. 1227/2011 betreffend die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts, strebt die evo eine Lösung in Zusammenarbeit mit Quantum an. Eine Abstimmung über die Umsetzung auf Basis des aktuellen Sachstandes mit Quantum ist erfolgt.

Zur Stärkung der Bonität der Quantum wurde ein Besicherungskonzept entwickelt, dass unter anderem auf Gesellschafterbürgschaften als eine von drei Säulen des Sicherungskonzeptes beruht. Die evo als eine der drei größten Anteilseigner der Quantum stellt sich dabei im Außenverhältnis als Primärsicherungsgeber zur Verfügung und bürgt so für die Quantum. Die Gesellschafterbürgschaften der Primärsicherungsgeber sind im Innerverhältnis aller Quantum-Gesellschafter durch Patronatserklärungen, die sogenannten Binnen- oder Rückpatronate, abgesichert.

Die evo hält einen Anteil von 10% am Stammkapital der Quantum.

3.3.3 Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr

Mit dem Ziel, die Wärmeversorgung im Ruhrgebiet in Zukunft langfristig klimafreundlich, energieeffizient und wirtschaftlich sicherzustellen, haben die Fernwärmeunternehmen Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH (FN), evo und STEAG Fernwärme GmbH (SFW) am 17. Juli 2013 eine Absichtserklärung zur Gründung einer Projektgesellschaft, der „Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH (FWSRR)“ unterzeichnet. Damit haben diese Unternehmen die am 28. Mai 2013 durch das Landesumweltministerium Nordrhein-Westfalen vorgestellte Machbarkeitsstudie zur Verknüpfung der Fernwärmeschienen im Ruhrgebiet aufgegriffen. Die Fernwärmenetze im Ruhrgebiet gleichen bislang einem „Flickenteppich“ und nur mit einer Verbindung der Netze können industrielle Abwärme, Wärme aus Müllverwertungsanlagen und Wärme aus KWK-Prozessen wesentlich stärker bzw. effizienter als bisher genutzt werden. Eine Verknüpfung der Fernwärmeschienen Niederrhein und Ruhr ist dazu ein wesentlicher Schritt.

Die von den drei zuvor genannten Fernwärmeunternehmen geschlossene Absichtserklärung sah vor, dass in einer Projektgruppe zunächst grundsätzliche Klärungen von relevanten Projektgrundlagen, zu denen insbesondere die wirtschaftlichen Auswirkungen, aber auch mögliche vertragliche Strukturen, die technische Realisierbarkeit sowie genehmigungsrechtliche Anforderungen gehören, erarbeitet werden. Auf Grundlage dieser Vorarbeiten haben die drei Fernwärmeunternehmen nach Zustimmung ihrer Aufsichtsgremien Ende 2014 die Gründung der Projektgesellschaft und die weitere Entwicklung des Projektes bis hin zur Vorlage eines Baubeschlusses beschlossen. Die formelle Gründung der Gesellschaft erfolgte am 5. März 2015.

Gesellschafter und Kunden der Projektgesellschaft sind zunächst die drei beteiligten Fernwärmeunternehmen. Die spätere Erweiterung des Gesellschafterkreises durch weitere Fernwärmeunternehmen ist möglich. Die Geschäftsanteile der einzelnen Gesellschafter entsprechen dem jeweiligen Anteil am gesamten von der Projektgesellschaft zu deckenden Wärmebedarf; für die evo resultiert hieraus eine Beteiligungsquote von 18,3%.

Zweck der Projektgesellschaft ist die Planung, Errichtung und der Betrieb einer neu zu errichtenden Verbindungsleitung zwecks Herstellung einer überörtlichen Fernwärmeverbundleitung (Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr), der FWSRR, bestehend aus der Fernwärmeschiene Niederrhein und der Fernwärmeschiene Ruhr sowie der neu zu errichtenden Verbindungsleitung zwischen diesen Fernwärmeschienen sowie die Beschaffung und der Verkauf von Wärme. Zweck der Projektgesellschaft ist ferner der optimierte Betrieb der FWSRR.

Primäre Zielsetzung der Projektpartner ist eine günstige Wärmebereitstellung an die Gesellschafter zu jeweils gleichen Preisen und Bedingungen. Die Gesellschaft wird als non-profit-Gesellschaft geführt. Sie erwirtschaftet - auch aus steuerlichen Gründen - lediglich eine angemessene Verzinsung auf das durch die Gesellschafter eingebrachte Kapital. Damit ist sichergestellt, dass kein Anteilseigner überproportional an der FWSRR partizipiert.

Unter den Unternehmensgegenstand fallen die Beschaffung und der Verkauf von Wärme. Gesellschafter und Kunden der Projektgesellschaft sind die Projektpartner. Die bestehenden Wärmebezugsverträge der verschiedenen Wärmequellen entlang der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr werden auf die Projektgesellschaft übertragen bzw. neu abgeschlossen. Vor dem Hintergrund, dass die Verträge nicht durch eine Rechtsnachfolge automatisch übergehen können, sind gleichbleibende Preise nicht abschließend sichergestellt. Die Gesellschafter bzw. Projektpartner werden von der Projektgesellschaft grundsätzlich zu gleichen Konditionen und vertraglichen Rahmenbedingungen mit Wärme beliefert. Die Preise werden jährlich auf Basis der jeweiligen Ist-Kosten getrennt nach Arbeit und Leistung auf Basis von Planwerten festgelegt. Am jeweiligen Jahresende erfolgt eine Abrechnung mit den Ist-Werten.

4 Ertragslage

Die wesentlichen Angaben zu den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften mit dem jeweiligen operativen Ergebnisbeitrag zum Konzernergebnis für das Geschäftsjahr 2014 stellen sich wie folgt dar:

Gesellschaft ---------- **Position**	**FSO** **TEUR**	**BSO GmbH** **TEUR**	**BSO KG** **TEUR**	**evo** **TEUR**	**OB-Netz** **TEUR**	**Summe** **TEUR**	**Konzern** **TEUR**
Umsatzerlöse	519	0	4.790	217.888	87.562	310.759	198.656
Materialaufwand	181	0	3.632	159.804	38.444	202.061	122.645
Personalaufwand	108	0	0	20.988	12.552	33.648	33.648
Abschreibungen auf das Sach-anlagevermögen	0	0	781	8.861	0	9.642	9.698
Konzessionsabgabe	0	0	0	0	8.544	8.544	8.544
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	270	0	- 359	15.748	- 3.205	12.454	12.386
Steuern vom Ertrag (einschl. Steuerumlage)	48	0	0	3.053	- 1.555	1.546	1.291
Jahresüber-schuss bzw, -fehlbetrag (vor Ergebnis-abführung)	222	0	- 359	12.695	- 1.650	10.908	11.095
Mitarbeiter *(Köpfe im Jahres-durchschnitt)*	3	0	0	278	159	440	440

Zur Ermittlung des Jahresüberschusses für den FSO-Konzern sind die jeweiligen Einzelabschlüsse um die Leistungsinterdependenzen zwischen den Konzerngesellschaften - im Wesentlichen Netznutzungs- und Dienstleistungsentgelte, Strom- und Wärmeeinspeisung bzw. Bezug, verrechnete Personalkosten und Mieten - zu korrigieren.

Neben der Abschreibung des Firmenwerts der BSO KG ist das Konzernergebnis im Wesentlichen durch die Erhöhung der aktiven und passiven latenten Steuern in Höhe von TEUR 253 positiv (Vorjahr TEUR 365 positiv) geprägt. Bis auf den unwesentlichen Gewinn der BSO GmbH sind die Konzerngesellschaften nur gewerbesteuerpflichtig. Zur Berechnung wird ein Ertragsteuersatz von 19,25 % (Vorjahr 18,2 %) zugrunde gelegt.

Das Konzernergebnis wird auch weiterhin im Wesentlichen durch die evo geprägt.

Die Umsatzerlöse betreffen hauptsächlich die Erlöse aus Energieverkäufen (TEUR 192.018). Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Minderung um TEUR 27.951 zu verzeichnen.

Das höhere Preisniveau auf dem Strommarkt, insbesondere die stark gestiegenen gesetzlichen Umlagen, führen zwar zu einer Steigerung der spezifischen Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr. Jedoch kann die Vorjahreszahl aufgrund des geringeren Stromabsatzes nicht erreicht werden. Die Abweichung resultiert hauptsächlich aus dem veränderten Absatzverhalten der Geschäfts- und Industriekunden in und außerhalb von Oberhausen.

Im erzielten Umsatz beim Erdgasverkauf spiegelt sich das niedrigere Absatzniveau wider. Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. So machen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres bemerkbar. Als ein Indikator dient die Summe der Gradtagzahlen eines Jahres. Diese liegt für 2014 um -21,5% unter dem Wert des Jahres 2013. Positiv wirken sich die Gutschriften aus der Mehr-/Mindermengenabrechnung aus, welche sich aus der Differenz zwischen der von der OB-Netz prognostizierten und der später tatsächlich durch den Vertrieb verkauften Energiemenge ergeben.

Im Bereich der Fernwärme spiegelt sich ebenfalls die Witterungsabhängigkeit deutlich wider. Auch hier kam es zu einem Rückgang der Umsatzerlöse.

Die Aufwendungen für den Energiebezug, die Brennstoffkosten und den Materialdirektverbrauch sowie die bezogenen Leistungen sind im Berichtsjahr um 18,4% auf TEUR 122.645 gesunken. Das höhere Preisniveau auf dem Strommarkt, bedingt durch die gestiegenen gesetzlichen Umlagen, führt zwar unter anderem, wie schon zuvor berichtet, zu höheren spezifischen Strombezugskosten gegenüber dem Vorjahr, dem wirkt jedoch die geringere Strombeschaffungsmenge (63 GWh; 10,0 % Unterschreitung) entgegen. Witterungsbedingt sind im Erdgas und in der Wärme die weniger zu beschaffenden Mengen die Ursache für die Senkung der Bezugskosten. Die Minderung beim Materialdirektverbrauch und den bezogenen Leistungen im Vergleich zum Vorjahr resultieren hauptsächlich aus der im Vorjahr gebotenen Umrüstung auf NOx-arme Brenner in den HKWs und weiteren erforderlichen Instandhaltungsmaßnahmen an den Kraftwerken und Gebäuden.

5 Finanz- und Vermögenslage

5.1 Finanzbewegung

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöht sich in 2014 um rund TEUR 9.895 auf TEUR 27.185. Dies ist im Wesentlichen auf einen geringen Anstieg der Verbindlichkeiten im Vergleich zum Vorjahr sowie einer gleichzeitigen starken Minderung der abgegrenzten Forderungen aus der Energieabrechnung zurückzuführen.

Die Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belaufen sich im Berichtsjahr auf TEUR -21.715 (Vorjahr TEUR -7.130). Hierbei können die Investitionen in das Sachanlage- und Finanzanlagevermögen nicht zu 100% durch die Abschreibungen finanziert werden (siehe hierzu auch Punkt 5.2).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet neben der Ergebnisabführung aus dem Vorjahr (TEUR -11.525) auch die Aufnahme von langfristigen Krediten in Höhe von insgesamt TEUR 20.000. Des Weiteren werden Kredittilgungen von TEUR -8.236 abgebildet.

Es kommt zu einer Zunahme des Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres von TEUR 5.709, dieser stellt sich mit TEUR 7.153 positiv dar.

Die tabellarische Kapitalflussrechnung ist in Anlage 4 dargestellt.

5.2. Investitionen

Die Investitionen im Anlagevermögen des Konzerns sind fast ausschließlich durch Maßnahmen der evo geprägt.

Die technisch-wirtschaftliche Optimierung in den Netzbereichen wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Der Anteil der Netzinvestitionen in 2014 an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände betrug 85,1%. Zudem wurden weitere Investitionsmaßnahmen in die Kraftwerke (Wärmetauscher, Schaltanlagen und Umformstationen) getätigt.

	Budget 2015 in TEUR	**Ist 2014 in TEUR**	**Ist 2013 in TEUR**
Investitionen	12.312	23.362	12.237
Abschreibungen	9.700	9.698	9.881

Neben den Investitionen in Höhe von TEUR 9.580 zur Erneuerung der Netze sieht das Investitions-Budget 2015 weitere Erneuerungen im Bereich der Gemeinsamen Anlagen von TEUR 2.732 vor. Die Investitionen betrugen TEUR 23.362 und teilen sich wie folgt auf:

			Ist 2014 in TEUR		**Ist 2013 in TEUR**
Immaterielle Vermögensgegenstände			148		142
Sachanlagen					
▪ Stromversorgung			3.635		3.242
▪ Erdgasversorgung			3.119		2.673
▪ Fernwärmeversorgung			4.618		5.047
▪ Energieservice			619		174
▪ Gemeinsame Anlagen			568		721
Finanzanlagen			10.656		238
Gesamtbetrag			**23.362**		**12.237**

Im Bereich der Finanzanlagen kam es zu Investitionen in Höhe von TEUR 10.656. Wesentlich ist hier die weitere, mittelbare Finanzbeteiligung an der STEAG mit TEUR 10.500 zu nennen.

In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen ausreichen. Es ist geplant, zukünftig den dafür jährlich erforderlichen Anteil der Investitionen durch langfristige Darlehensaufnahmen sukzessive zu finanzieren. Für das Geschäftsjahr 2014 wurden bereits im Dezember 2013 zwei Darlehen in Höhe von je TEUR 5.000 zur anteiligen Finanzierung der Sachinvestitionen 2014 aufgenommen. Zur Refinanzierung der Kaufpreiszahlung der zweiten Tranche der STEAG-Beteiligung wurden im August 2014 zwei Darlehensverträge in Höhe von je TEUR 5.000 abgeschlossen.

5.3 Finanzlage

Die Finanzlage des Konzerns wird im Wesentlichen durch die evo geprägt. Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung zwischen der evo und der OB-Netz sowie der FSO KG getroffen, wobei die

Verzinsung von Darlehen zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die Anlage von kurz- und mittelfristig freien liquiden Mitteln erfolgt zentral durch die evo in Tages- und Festgeldern.

Ein seit 2007 bei der evo bestehender Spezialfonds dient zur Deckung der mittelfristigen Rückstellungen, die im Wesentlichen Maßnahmen aus dem Personalbereich beinhalten. Dazu zählen unter anderem umfangreiche Rückstellungen für abgeschlossene Altersteilzeitverträge. Weiterhin werden bei den Rückstellungen Verpflichtungen für noch ausstehende Rechnungen ausgewiesen. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Rechnungen für erhaltene Energielieferungen aus den Bereichen Strom und Erdgas der evo.

Die wesentlichen Mittelabflüsse ergeben sich aus der Investitionstätigkeit der evo, dem zahlungswirksamen Rückgang der Rückstellungen (vorwiegend der Personalrückstellungen wie ATZ) sowie der jährlichen Gewinnabführung.

Aus den Finanzplanungen der evo für die kommenden Jahre ergibt sich ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen.

Weiterhin ist bei der evo geplant, die Bezugskostenspitzen in den Wintermonaten über kurzfristige Mittel im Rahmen der bestehenden Kreditlinien temporär zu bezahlen.

Zum Aufstellungszeitpunkt dieses Konzernabschlusses können die vorgenannten Aussagen von der Konzernführung uneingeschränkt bestätigt werden. Dem betriebsnotwendigen Vermögen stehen angemessene Passiva in Form von Eigenkapital oder langfristigen Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber.

Zusammenfassend ist eine solide Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage im Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses zu verzeichnen.

6 Nachtragsbericht

Vom Geschäftsjahres-Ultimo bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2014 sind keine Ereignisse aufgetreten oder bekannt geworden, welche die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage wesentlich beeinflussen.

7 Risikobericht

7.1 Risikomanagement

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die OB-Netz und BSO wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

7.2 Absatzmarktrisiken

Das wesentliche Risiko bilden die vermehrten Wechselprozesse in den Geschäftsfeldern Strom- und Erdgasvertrieb. Hier ist für die Zukunft mit einer steigenden, zumindest aber mit einer gleichbleibend hohen Wechselbereitschaft der Kunden zu rechnen. Hinzu kommen Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Preisgestaltung insbesondere im Bereich des Stromvertriebs, die angesichts zunehmender gesetzlicher Eingriffe und Regulierungen nicht mehr allein unternehmerisch zu beeinflussen sind.

7.3 Beschaffungsmarktrisiken

Bei der Energiebeschaffung verfolgt die evo eine risikoaverse Strategie. Die evo betreibt selbst keinen Energiehandel, sondern beschafft die Erdgas- und Strommengen für ihren geplanten Absatz über die Beteiligungsgesellschaft Quantum. Zur Vermeidung des Preisrisikos erfolgt die Beschaffung von Mengen für Großkunden „back to back“, d. h. die Menge wird erst bei Vertragsabschluss beschafft und unterliegt so nur einem geringen Preisrisiko. Für den größeren Teil der evo-Kunden, die über Standardlastprofile beliefert werden, erfolgt eine große Streuung über die Produktart (Standardprodukte und Fahrpläne) und den Zeitpunkt der zu beschaffenden Energien. Bedingt durch die geringen Wechselraten in dieser Kundengruppe kann der sich ergebende Durchschnittspreis vergleichsweise risikolos weitergegeben werden. Aufgrund des großen Anteils von Haushaltskunden und kleineren Sondervertrags-kunden am Gesamtabsatz ergeben sich nur geringe Mengenrisiken, operative Risiken werden durch Prozesse und interne Kontrollmechanismen minimiert.

Dessen ungeachtet hat die evo hinsichtlich der isoliert zu betrachtenden Preisrisiken bei der Strombeschaffung eines 7 MW Bandes beim RWE für die Jahre 2015 bis 2020 mit Blick auf einen möglichen Preisverfall an der Energiebörse eine Drohverlustrückstellung in Höhe von TEUR 3.800 gebildet.

7.4 Betriebsrisiken

Grundsätzlich schützt sich die evo gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

7.5 Finanzrisiken

Auf Basis einer kurz- bis langfristigen Liquiditätsplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb von genehmigten Kreditlinien. Durch das Kerngeschäft und die Vielzahl der Kunden ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen keine weiteren Preis- und Adressausfallrisiken. Zahlungsstromschwankungen sind aufgrund bekannter Abrechnungszyklen und anhand von Gradtagzahlen weitestgehend planbar.

7.6 Umfeldrisiken

Die Energiewirtschaft steht seit einigen Jahren im Spannungsfeld konträrer politischer und ideologischer Interessen. Aus diesem Spannungsfeld ergeben sich wandelnde gesetzliche Anforderungen an die Unternehmen der Energiewirtschaft. Selbst wenn sich Energieversorger an geltendes Recht halten, bietet dies keinen Schutz vor Rückerstattungsansprüchen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 23. Oktober 2014 entschieden, dass die bisherigen deutschen Rechtsvorschriften der Grundversorgungsverordnungen Gas und Strom (GasGVV bzw. StromGVV) über Preisänderungen für Tarifkunden nicht europarechtskonform sind. Sie verstoßen gegen das Transparenzerfordernis der Strom- und Gasbinnenmarktrichtlinien, da sie nicht vorschreiben, die Kunden rechtzeitig vor Inkrafttreten der Preisänderung über deren Anlass, Voraussetzungen und Umfang zu informieren. Welche rechtlichen Konsequenzen die EuGH-Entscheidung für die Beurteilung der Wirksamkeit von vergangenen Preisanpassungen in Grundversorgungsverträgen hat, ist mit diesem EuGH-Urteil nicht entschieden, sondern bedarf noch der Klärung durch den Bundesgerichtshof (BGH). Viele Energieversorger haben sich in der Vergangenheit im Vertrauen auf die bisher vom BGH anerkannte Leitbildfunktion der für die Grundversorgung gültigen Verordnungen verlassen. Aus Sicht eines Energieversorgers muss festgestellt werden, dass es zurzeit in vielen bedeutenden Punkten der Energiewirtschaft keine verlässlichen rechtlichen Rahmenbedingungen gibt.

7.7 Umweltrisiken

Die Dampfkessel der Heizkraftwerke der evo wurden in den Jahren 2011 und 2012 aufgrund gesetzlicher Auflagen mit NOx-armen Brennern ausgerüstet. Nach der Umsetzung der IED-Richtlinie in nationales Recht (Neufassung der 13. BImSchV mit Geltung ab 2. Mai 2013) sind weitere NOx-mindernde Maßnahmen aufgrund verschärfter gesetzlicher Vorgaben notwendig. Dafür wurde Sorge getragen im Rahmen einer Rückstellung über TEUR 2.000. Die Umsetzung von Umbaumaßnahmen wird derzeit genehmigungsrechtlich vorbereitet. Die Maßnahmen sollen in 2016 abgeschlossen werden. Somit werden sämtliche Umweltauflagen erfüllt, die zu einem Risikopotential führen könnten.

Für den Bereich der Abfallentsorgung hat die Geschäftsführung einen Abfallbeauftragten benannt. Alle anfallenden Reststoffe werden, soweit möglich, getrennt gesammelt und einer Wiederverwertung zugeführt.

Eigene Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz werden durch die Einführung eines nach ISO 50001 zertifizierten Energiemanagementsystems begleitet.

Bei der Entnahme von Bodenproben aufgrund einer Ausgangszustandsbeschreibung im Rahmen eines Betriebsgenehmigungsverfahrens, das wegen Umbaumaßnahmen notwendig geworden war, sind in der Nähe von Heizöl-Tanks im HKW 1 erhöhte Kohlenwasserstoff-Werte festgestellt worden. Zur Absicherung dieses Risikos ist bereits eine Rückstellung in Höhe von TEUR 200 vorgenommen worden.

Weiteren Umweltrisiken ist die evo zurzeit nicht ausgesetzt.

7.8 Gesamtrisiko

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

8 Prognosebericht

8.1 Gesetzgeberische Ausgestaltung der Energiewende

Die politischen Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft unterliegen weiterhin einem raschen und grundlegenden Wandel. Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung im Bund durch die Koalition aus CDU/CSU und SPD steht die Ankündigung einer grundlegenden Novelle des Energiewirtschaftsrechts im Raum. Davon ist in einem ersten Schritt in 2014 die Reform des EEG bereits erfolgt.

Weitere Punkte auf dem Aufgabenzettel der Bundesregierung sind unter anderem die Schaffung eines überarbeiteten Marktdesign für die Energiewirtschaft. Hieraus ergeben sich zwangsläufig Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, deren Auswirkungen erst dann bemessen werden können, wenn ein konkreter Vorschlag auf dem Tisch liegt.

Folglich bleibt das gesetzliche Umfeld der Branche auch in 2015 und den Folgejahren in Bewegung – mit den daraus sich ableitenden Anpassungsbedarfen insbesondere für Stadtwerke und regionale Versorger.

8.2 Perspektiven 2015

Die geänderten Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft stellen alle Versorger weiterhin vor große wirtschaftliche Herausforderungen. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich nur noch verminderte zugestandene Gewinne realisieren; im Bereich Energievertrieb herrscht ein deutlich zunehmender Wettbewerb.

Aus diesen Umständen resultiert ein steigender Erlös- und Kostendruck. Alle Bereiche der evo und auch der OB-Netz wurden involviert, zusätzliche Effizienzpotenziale zu identifizieren und umzusetzen. Zudem wurde die bestehende Personal-Solldimensionierung unter dem Gesichtspunkt der innerbetrieblichen Kooperation erneut analysiert und optimiert.

Die evo ist ein gut aufgestelltes sowie am Oberhausener Markt positioniertes Unternehmen und stellt sich diesen Herausforderungen im Sinne ihres Leitbildes zur nachhaltigen Unternehmenswertsteigerung. Den besonderen Branchenrisiken, insbesondere im Hinblick auf die Rechtsunsicherheiten bei Preisgleitklauseln im Energievertrieb, wurde bereits in den Vorjahren durch die Bildung angemessener Rückstellungen begegnet.

Durch die Fokussierung auf ihr Kerngeschäft ist bei der evo aus heutiger Sicht – im Gegensatz zu vielen anderen Versorgern – mit keinem wesentlichen Gewinneinbruch zu rechnen. Mit Ausnahme des bereits in Kap. 7.3 angesprochenen 7 MW Bandes, für das entsprechende Rückstellungen gebildet wurden, sind keine negativen Auswirkungen aus hohen Eigenerzeugungskapazitäten oder durch die Beteiligung an Kraftwerksscheiben bzw. anderweitigen großen EEG-Projekten (z. B. im Bereich Off-Shore) gegeben.

Die ambitionierte Mittelfristplanung für die kommenden Jahre bis 2019 zeigt, dass weiterhin gute Ergebnisse in Höhe von TEUR 11.000 erwirtschaftet und im Rahmen einer Gewinnabführung jeweils in voller Höhe an die FSO abgeführt werden können, auch wenn damit die leicht höheren Beteiligungserträge für unsere Anteilseigner aus den vergangenen Jahren zunächst nicht mehr erreicht werden. Auch für das Berichtsjahr 2014 war mit einem Ergebnis und einer entsprechenden Gewinnabführung in Höhe von TEUR 11.000 Höhe geplant worden (vgl. eingehend Kap. 4). Dieser Planansatz konnte mit einer tatsächlichen Gewinnabführung von TEUR 11.045 sogar noch leicht übertroffen werden.

Dabei gelten folgende Annahmen für die Entwicklung des Strom- und Gas-Vertriebs: Mittelfristig muss die evo beim Strom mit einem weiteren Rückgang des Marktanteils im Stammgebiet Oberhausen rechnen. Gerade im Jahr 2015 wird im SLP-Kundensegment (Standardlastprofilkunden; Privat- und Kleingewerbekunden) eine stärkere Wechselbereitschaft unterstellt. In der Mittelfristplanung sinkt der Marktanteil in Oberhausen bis auf 82%, kann aber langfristig auf diesem Niveau gehalten werden. Im bereits wettbewerbsintensiven RLM-Kundensegment (Kunden mit registrierender Lastgangmessung; größere Geschäfts- und Industriekunden) wird ein konstantes Niveau an Vertragsabschlüssen unterstellt. Der Ausbau des Vertriebs außerhalb des Netzgebietes Oberhausen wirkt sich entsprechend positiv auf die Umsatzentwicklung aus.

Beim Erdgas geht die evo in der Planungsperiode von einer zunehmenden Wechselbereitschaft der Kunden aus. Es wird mit einem Marktanteil im SLP-Segment von ca. 84% zum Ende der Planungsperiode gerechnet. Im RLM-Bereich wird ein Marktanteil von ca. 71% erwartet.

Grundsätzlich basieren alle diese Planungen auf der Annahme, dass die regulatorische Situation keine weiteren Eingriffe in die Struktur des evo-/FSO-Konzerns erfordert.

8.2.1 Gründung der Projektgesellschaft Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr

Die Ende 2014 beschlossene Beteiligung an der Projektgesellschaft Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr wurde am 5. März 2015 durch Gründung dieser Gesellschaft formell umgesetzt.

Für die Gründung der Gesellschaft gilt in jedem Fall, dass die Beteiligung an der FWSRR für die evo keine Ergebnisverschlechterung nach sich ziehen wird. Im Bereich der Fernwärme gilt die „Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV)“. Hier ist u. a. geregelt, dass die Endkundenpreise (Preisanpassungen) die Kostenentwicklung bei Erzeugung und Bereitstellung berücksichtigen müssen. Hier zeigt sich deutlich, dass mit der Beteiligung an der FWSRR eine Stabilisierung der Fernwärmepreise erreicht und Preisausschläge vermieden werden können.

Zudem können bei einer Beteiligung der evo an der FWSRR Reinvestitionen in evo-Anlagen im mittleren, zweistelligen Millionenbereich bis ca. 2030 unterbleiben, während die Liquidität der evo lediglich für Kapitalrücklagen und primär angestrebte Gesellschafterdarlehn im Zeitraum der Projektentwicklungsphase im niedrigen, einstelligen Millionenbereich belastet wird. Über den gesamten Betrachtungszeitraum vermeidet die evo durch diese Beteiligung folglich eine Kreditaufnahme in erheblicher Größenordnung.

8.2.3 Ausblick OB-Netz

Folgende berichtenswerte Aktivität wird für das kommende Jahr erwartet:

Kostenoptimierung

Vor dem Hintergrund der regulatorischen und gesetzgeberischen Maßnahmen nimmt der Kostendruck bei der OB-Netz weiter zu. Deshalb wird die OB-Netz, genauso wie der gesamte FSO-Konzern, Maßnahmen zur Kostenreduktion erarbeiten und umsetzen. Hierbei wird kein Bereich ausgespart, alle Kostensenkungspotenziale werden gehoben. Dabei soll auch weiterhin eine hohe Versorgungssicherheit für unsere Kunden gewährleistet sein und zukunftsfähige Arbeitsplätze in Oberhausen erhalten bleiben.

Entwicklung der Ertragslage

Die geänderten Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft stellen alle Verteilnetzbetreiber vor große wirtschaftliche Herausforderungen. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich Gewinne im Wesentlichen über die Netzpacht realisieren. Gleichzeitig sind die Netze aufgrund der Energiewende zukunftsfähig auszubauen.

Vor diesem Hintergrund, d. h. dem steigenden Erlös- und Kostendruck, sind alle Abteilungen der OB-Netz involviert, um zusätzliche Effizienzpotenziale zu identifizieren und umzusetzen. Zur konzernübergreifenden Abstimmung wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, die über die einzelnen Unternehmensbereiche hinweg weitere Einspar- bzw. Erlöspotenziale realisieren.

In den Jahren 2015 und 2016 werden die Umsatzerlöse hauptsächlich bestimmt sein durch die genehmigten Erlösobergrenzen in den regulierten Sparten Strom und Gas. Es wird jeweils ein Umsatz in Höhe von ca. TEUR 90.000 pro Jahr erwartet. Nach Berücksichtigung des konzerninternen Gewinn-/Verlustausgleichs wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 0 EUR erwartet. Als Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit nach Gewerbesteuererstattung wird für 2015 ein Verlust in Höhe von 3,9 Mio. EUR und für 2016 ein Verlust in Höhe von 4,6 Mio. EUR erwartet. Allerdings ist das Ergebnis der OB-Netz im Kontext des Gesamtkonzerns zu betrachten. Als innovativer und gut aufgestellter Verteilnetzbetreiber arbeitet die OB-Netz an Lösungen und Methoden, um auch weiterhin eine hohe Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten.

Unter Berücksichtigung aller oben erwähnten Faktoren sieht sich der Konzern grundsätzlich für alle zukünftigen unternehmerischen Herausforderungen gewappnet und aus heutiger Sicht bestmöglich aufgestellt.

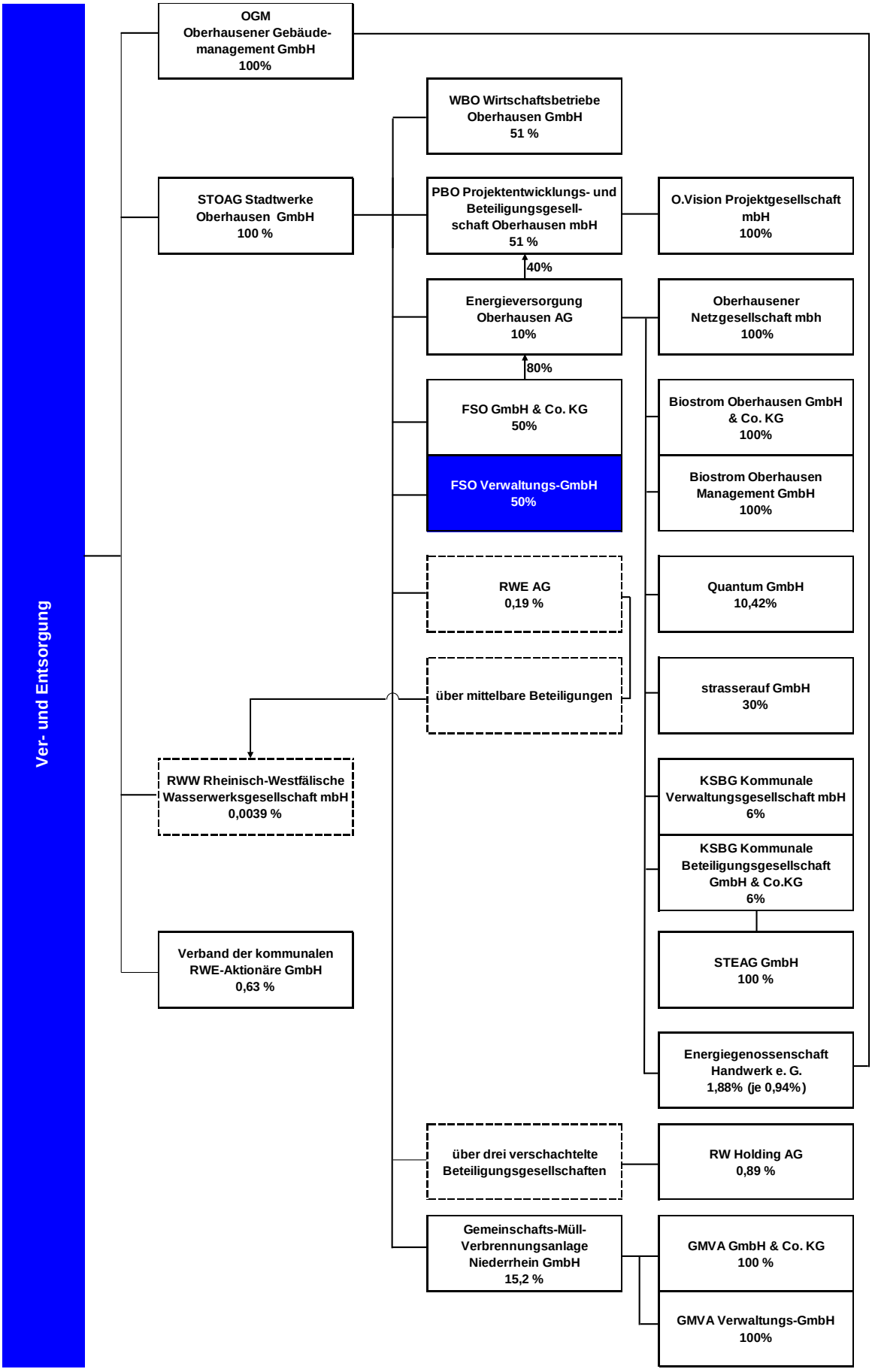
Oberhausen, den 16. März 2015

FSO GmbH & Co. KG

vertreten durch die Geschäftsführung

der FSO Verwaltungs-GmbH

Hartmut Gieske Bernd Homberg


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100%
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100%
40%
Energieversorgung Oberhausen AG 10%
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100%
80%
FSO GmbH & Co. KG 50%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100%
FSO Verwaltungs-GmbH 50%
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100%
RWE AG 0,19 %
Quantum GmbH 10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH 30%
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 6%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 6%
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100%

FSO Verwaltungs- GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 8350
Fax	0208/ 835 2620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	-

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:

	T€	%
RWE Deutschland AG	15,00	50,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der FSO GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Gieske, Hartmut
	Geschäftsführer	Homberg, Bernd
	Prokuristin	Slomma, Claudia
	Prokurist	Seifert, Eckhard
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bevollmächtigte/r der STOAG

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	33,83	100,0	34,71	100,0	35,78	100,0	1,07	3,08
Bilanzsumme	**33,83**	**100,00**	**34,71**	**100,00**	**35,78**	**100,00**	**1,07**	**3,08**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	31,51	93,1	32,53	93,7	33,04	92,3	0,51	1,57
Rückstellungen	2,12	6,3	1,89	5,4	1,89	5,3	0,00	0,00
Verbindlichkeiten	0,20	0,6	0,30	0,9	0,85	2,4	0,55	183,33
Bilanzsumme	**33,83**	**100,00**	**34,71**	**100,00**	**35,78**	**100,00**	**1,07**	**3,08**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	0,00	0,00	
sonstige betriebliche Erträge	4,85	4,86	4,87
sonstige betriebliche Aufwendungen	4,05	3,66	4,27
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,09	0,02	0,01
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,89	1,21	0,61
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,14	0,19	0,10
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,75	1,02	0,52
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,75	1,02	0,52

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

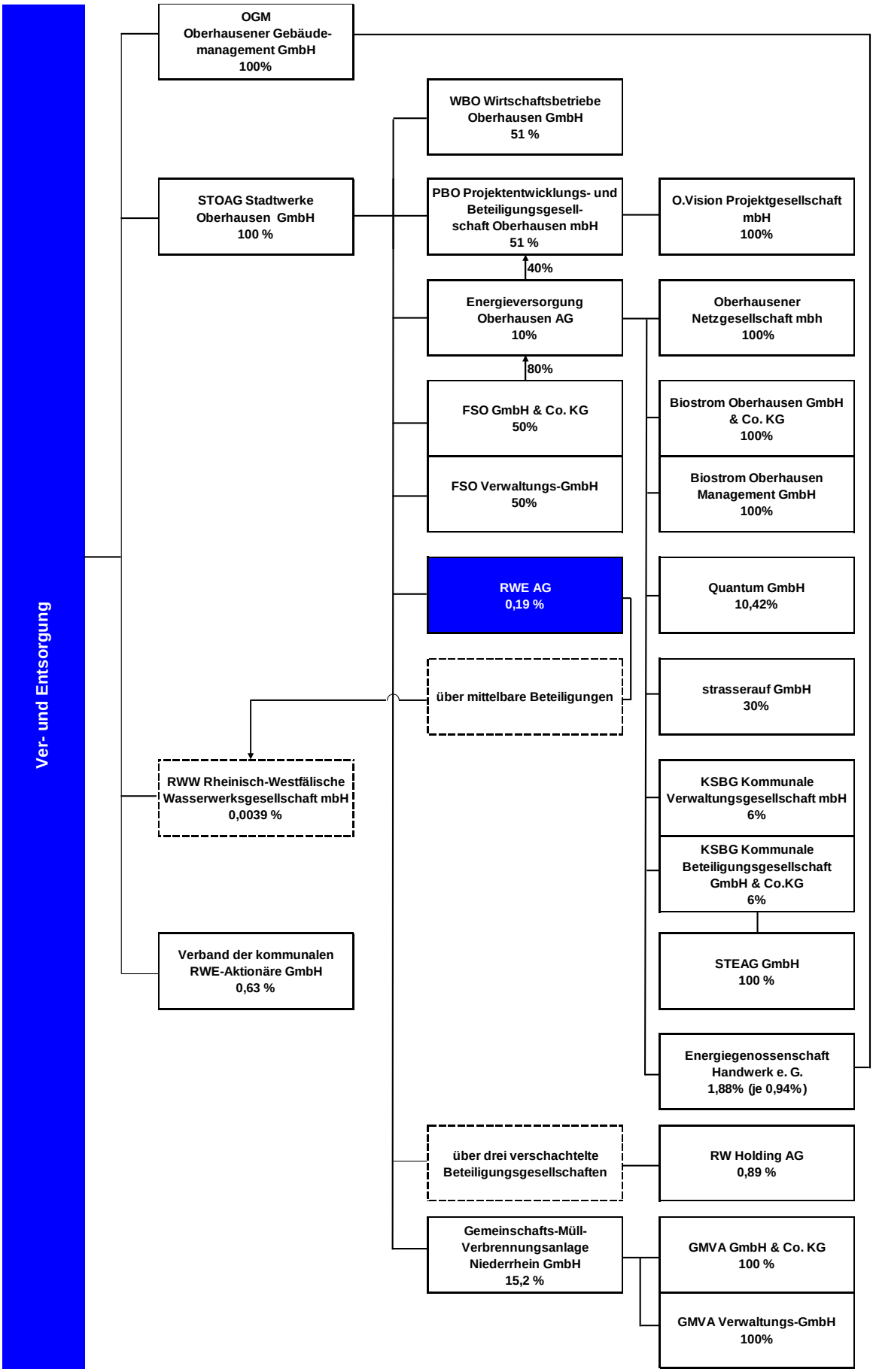
	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	2,45	3,23	1,59	%
Cash-Flow:	0,75	1,02	0,52	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	93,14	93,72	92,34	%
Fremdkapitalquote:	6,86	6,28	7,66	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100%
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100%
40%
Energieversorgung Oberhausen AG 10%
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100%
80%
FSO GmbH & Co. KG 50%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100%
FSO Verwaltungs-GmbH 50%
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100%
RWE AG 0,19 %
Quantum GmbH 10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH 30%
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 6%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 6%
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100%

RWE Aktiengesellschaft

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Opernplatz 1
45128 Essen

Kontakt:

Telefon 0201/ 1200

Fax 0201/ 1215199

e-Mail -

Internet www.rwe.de/

Rechtsform: AG

Stammkapital in T€: 1.573.748,48

Gesellschafter:	**T€**	**%**
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	3.012,68	0,19

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

-Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,
-Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,
-Versorgung und Handel mit Energie,
-Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,
-Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,
-Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann auf den in Absatz 1 bezeichneten Geschäftsfeldern auch selbst tätig werden.

Die Gesellschaft kann auch andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

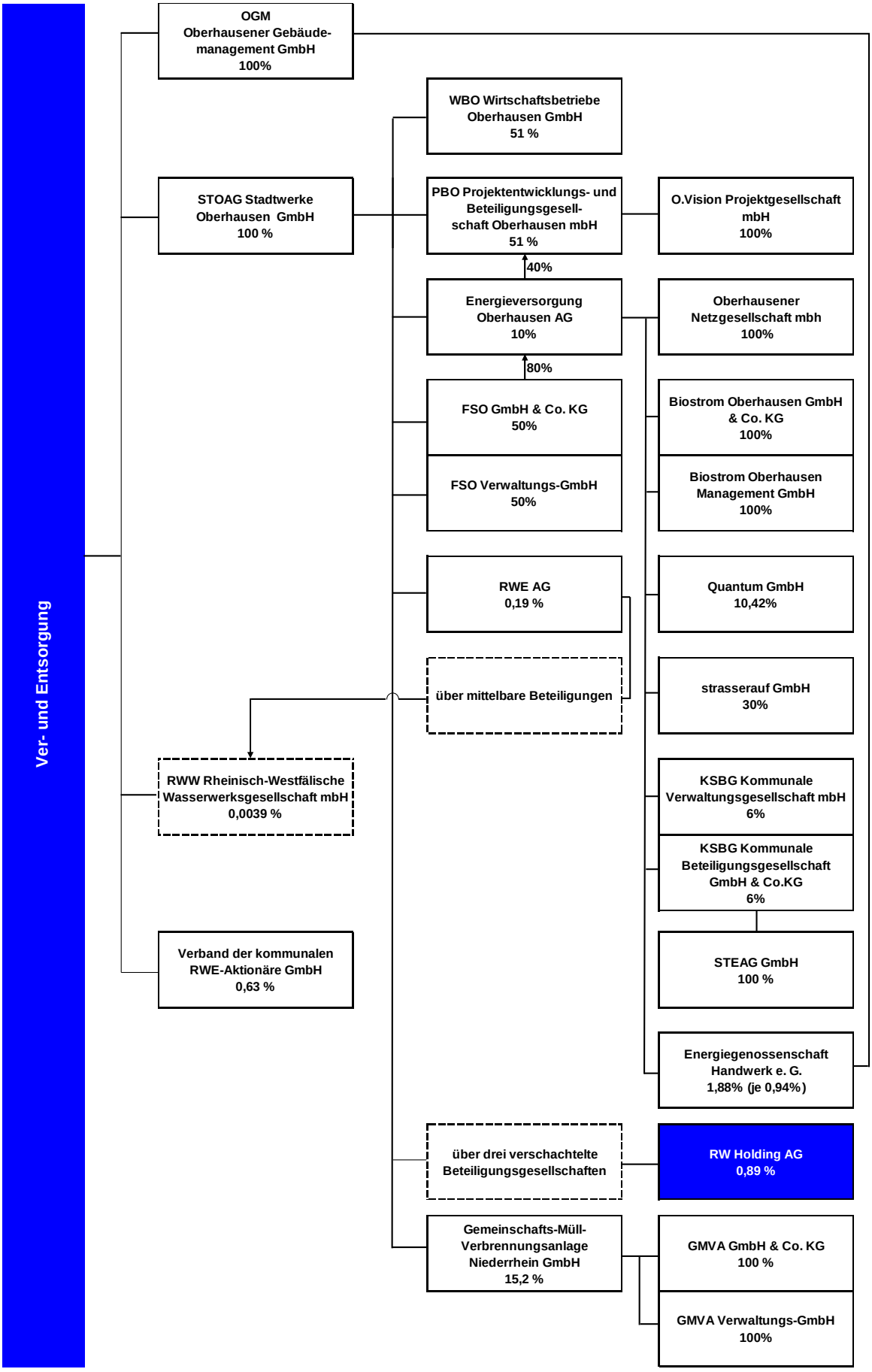
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Vorstand:	Vorsitzender	Terium, Peter

e) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet. Der Lagebericht der RWE AG wird auf Grund seines Umfangs nicht abgedruckt. Der Bericht ist im Internet unter www.rwe.com unter dem Stichwort „Konzerngeschäftsbericht 2014“ nachlesbar.


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100%
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100%
40%
Energieversorgung Oberhausen AG 10%
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100%
80%
FSO GmbH & Co. KG 50%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100%
FSO Verwaltungs-GmbH 50%
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100%
RWE AG 0,19 %
Quantum GmbH 10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH 30%
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 6%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 6%
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100%

RW Holding Aktiengesellschaft

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Georg-Glock-Str. 8
40474 Düsseldorf

Kontakt:

Telefon 0211 1371-303

Fax 0211 1371170

e-Mail info@rwholding.de

Rechtsform: AG

Stammkapital in T€: 74.362,86

Gesellschafter:

	T€	%
Nicht gepoolte Aktionäre RWH	55.920,87	75,20
RW Beteiligungs GmbH	18.441,99	24,80

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die damit verbundene Wahrung wirtschaftlicher Interessen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig oder nützlich erscheinen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Vorstand: Holl, Heinz-Eberhard
Josten, Ralf

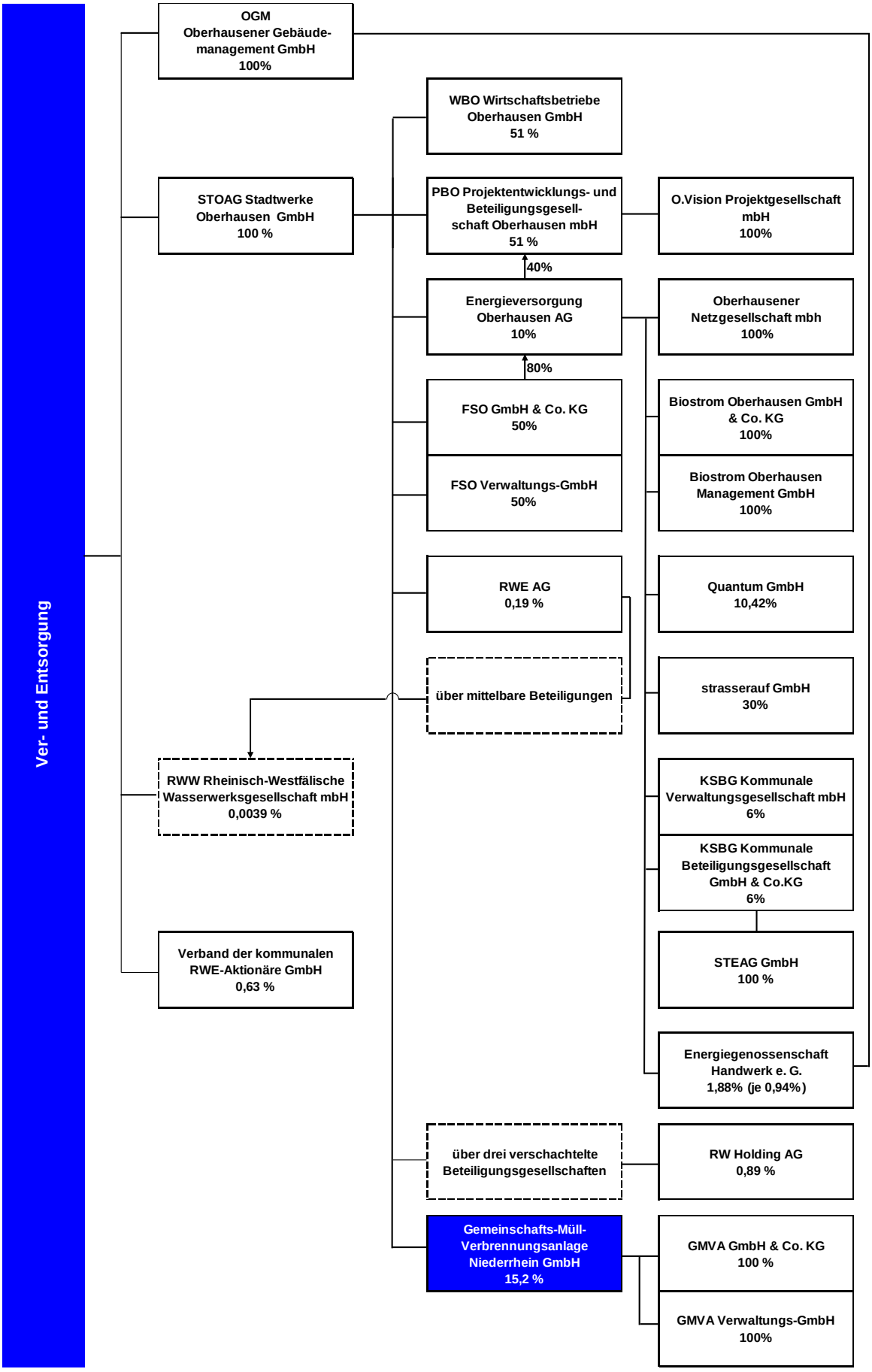
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Hautpversammlung: Bevollmächtigte/r der STOAG

Aufsichtsrat: neun Mitglieder

e) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten sowie des Lageberichts wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.

Die Beteiligung dient im Übrigen der Verwaltung der Anteile an der RWE AG, ohne ein operatives Geschäft zu betreiben.


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100%
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100%
40%
Energieversorgung Oberhausen AG 10%
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100%
80%
FSO GmbH & Co. KG 50%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100%
FSO Verwaltungs-GmbH 50%
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100%
RWE AG 0,19 %
Quantum GmbH 10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH 30%
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 6%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 6%
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100%

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Buschhausener Straße
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/8594-0
Fax 0208/8594-210
e-Mail info@gmva.de
Internet www.gmva.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 255,65

Gesellschafter:

	T€	%
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	125,27	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	38,81	15,18
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg AöR	91,57	35,82

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Dabei ist sie verpflichtet, sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten vorrangig zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der an der Gesellschaft beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzungen. Beim Betrieb der Anlage sind die gesetzlichen Ziele der Abfallentsorgung nach den für die Abfallentsorgung erlassenen Gesetzen und Verordnungen in der jeweils gültigen Fassung, der Immissionsschutzgesetzgebung sowie die im Einzelfall festgesetzten Auflagen und Bedingungen einzuhalten.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Gesellschaften, die sich mit ähnlichen Aufgaben befassen, beteiligen und ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Fernwärmeliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
Gesellschaft für Schlackenaufbereitung mbH	Vertrag zwischen der GMVA und der Gesellschaft für Schlackenaufbereitung (GfS) über die Müllschlackenabfuhr und -aufbereitung in der Fassung vom 10.09.1996
GMVA GmbH & Co. KG	Unterauftragsverträge hinsichtlich der Aufgabenerfüllung der sich aus den Vereinbarungen über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen ergebenden Verpflichtungen der GMVA GmbH & Co. KG durch die GMVA
GMVA Verwaltungs-GmbH	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 02.12.2013 (mit Wirkung 01.01.2014)
Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbh	Abfallanliefervertrag zwischen der GMVA und der Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH vom 16.08.1996

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schellenberger, Ingo
	Geschäftsführer	Dr. Terbeck, Gerd
	Prokurist	Arens, Matthias
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Wehling, Klaus
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Enzweiler, Rainer
	stellv. Vorsitzender	Hanning, Guido
	1. stellv. Vorsitzender	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	3. stellv. Vorsitzender	von Häfen, Werner
	Mitglied gem. § 113 GO	Motschull, Frank
	Mitglied	Bandel, Frank
	Mitglied	Dr. Fendel, Ansgar
	Mitglied	Dr. Foppe, Johannes-Gerhard
	Mitglied	Dr. Greulich, Peter
	Mitglied	Maaßen, Thomas
	Mitglied	Mauthe, Jürgen
	Mitglied	Schmidt, Markus
	Mitglied	Slykers, Manfred
	Mitglied	Steinberg, Wolfgang
	Mitglied	Susen, Thomas
	Mitglied	Woidtke, Karsten
	Mitglied	Patermann, Thomas
	Mitglied	Vüllings, Karsten
	Mitglied (AN)	Küster, Helmut
	Mitglied (AN)	Linden, Stefan
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Lauxen, Sabine
	stellv. Mitglied	Axt, Norbert
	stellv. Mitglied	Müthing, Christa

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
GMVA GmbH & Co. KG	1.000,00	100,00
GMVA Verwaltungs-GmbH	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	119.982,59	65,1	103.434,41	59,3	83.314,12	52,2	-20.120,29	-19,45
Umlaufvermögen	63.671,96	34,5	70.764,55	40,6	76.155,42	47,7	5.390,87	7,62
Rechnungsabgrenzungsposten	755,60	0,4	259,37	0,1	141,40	0,1	-117,97	-45,48
Bilanzsumme	**184.410,15**	**100,00**	**174.458,33**	**100,00**	**159.610,94**	**100,00**	**-14.847,39**	**-8,51**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	11.948,01	6,5	15.245,07	8,7	18.820,28	11,8	3.575,21	23,45
Rückstellungen	17.305,01	9,4	26.455,69	15,2	28.807,71	18,0	2.352,02	8,89
Verbindlichkeiten	13.524,02	7,3	12.205,70	7,0	12.741,64	8,0	535,94	4,39
Rechnungsabgrenzungsposten	141.633,10	76,8	120.551,87	69,1	99.241,31	62,2	-21.310,56	-17,68
Bilanzsumme	**184.410,15**	**100,00**	**174.458,33**	**100,00**	**159.610,94**	**100,00**	**-14.847,39**	**-8,51**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	89.394,71	82.928,75	75.487,63
sonstige betriebliche Erträge	364,64	2.599,53	392,77
Materialaufwand	21.366,79	28.277,59	22.402,90
Personalaufwand	12.418,72	12.720,08	13.030,30
Abschreibungen	23.296,63	21.767,15	21.189,87
sonstige betriebliche Aufwendungen	25.526,01	17.356,31	13.330,10
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	382,49	201,68	152,77
Aufwendungen aus Verlustübernahmen			773,82
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	438,99	433,99	476,32
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.094,70	5.174,84	4.829,86
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.365,76	1.712,42	1.114,13
sonstige Steuern	136,57	165,35	140,52
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	4.592,37	3.297,06	3.575,21
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4.592,37	3.297,06	3.575,21

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,14	3,98	4,74	%
Eigenkapitalrentabilität:	62,43	27,60	23,45	%
Cash-Flow:	27.888,99	25.064,22	24.765,07	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	461,49	447,79	401,48	T€
Personalaufwandsquote:	13,84	14,87	17,17	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	65,01	58,66	51,53	%
Eigenkapitalquote:	6,48	8,74	11,79	%
Fremdkapitalquote:	93,52	91,26	88,21	%

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses

1. Darstellung des Unternehmens

Die GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GMVA) mit Sitz in Oberhausen ist mit Wirkung vom 1. Januar 1984 durch Umwandlung eines seit 1968 bestehenden kommunalen Zweckverbandes gegründet worden. Die Gesellschaft betreibt die Müllverbrennungsanlage in Oberhausen, die 1972 ihren Betrieb aufgenommen hat.

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Die GMVA ist verpflichtet, vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden andienungspflichtigen Abfälle im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen. Das gilt in analoger Anwendung ebenfalls für die Abfälle des Kreises Kleve.

Gesellschafter sind die Wirtschaftsbetriebe Duisburg - Anstalt des öffentlichen Rechts (35,82 %), die Stadtwerke Oberhausen GmbH (15,18 %) und die REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH, Bochum (49,0 %).

Zum 02.12.2013 gründete die GMVA Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH die Kommanditgesellschaft GMVA GmbH Co. KG mit einer Hafteinlage in Höhe von 1 Mio. € zusammen mit der persönlich haftenden GMVA Verwaltungs-GmbH als Organgesellschaft mit einer Haftungseinlage in Höhe von 25 T€.

Die GMVA Niederrhein GmbH wird seit dem 01.01.2014 als Unterauftragnehmerin von der GMVA Niederrhein GmbH & Co. KG langfristig beauftragt, die angelieferten Abfälle aus Oberhausen und Duisburg zu übernehmen und zu verwerten bzw. zu beseitigen.

Es besteht weiterhin ein direktes Auftragsverhältnis mit der Kreis Kleve Abfallgesellschaft GmbH. Im Übrigen besteht für REMONDIS eine langfristige Lieferverpflichtung**.**

2. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

In 2014 konnte eine Preisstabilisierung auf niedrigem Niveau mit leichtem Aufwärtstrend für den Gewerbeabfallmarkt verzeichnet werden. Aktuelle Ausschreibungsergebnisse im Bereich Hausmüll, die unter regionalem Einfluss stehen, zeigen, dass auf Grund der vorhandenen Überkapazitäten hier ein starker Wettbewerb zu einem deutlichen Preisverfall geführt hat.

Der Anlagendurchsatz lag in 2014 geringfügig über dem des Vorjahres. Die gute eingangsseitige Auslastung beruhte im Wesentlichen auf Akquisitionserfolgen von aufbereiteten Brennstoffen (RDF) aus dem Ausland. Durch RDF-Importe und Akquisition von Nischenabfällen konnte die Stabilisierung des Verbrennungsmarktes im Gewerbeabfallmarkt von NRW unterstützt werden.

Auch für die Zukunft muss mit einem harten Konkurrenzkampf bei einem relativ niedrigen Preisniveau auf dem Abfallmarkt gerechnet werden. Dabei wird bei gleichem oder ähnlichem Konjunkturverlauf weiterhin von einer Stabilisierung auf dem derzeitigen Niveau ausgegangen.

Auf Grund des Strompreisverfalls sind die Umsatzerlöse durch die Energielieferung in Form von Strom und Wärme weiter rückläufig, wenn auch nicht so stark wie im Vorjahr. Diese Entwicklung ist insbesondere geprägt durch die hoch subventionierte Energieproduktion aus erneuerbaren Energien. Die weitere Entwicklung wird im Wesentlichen von der zukünftigen Ausgestaltung der EEG-Förderung abhängen.

3. Umsatzentwicklung und Auftragsentwicklung

Die Umsätze sanken im Jahr 2014 von 82,93 Mio. € (2013) um 7,44 Mio. € auf 75,49 Mio. € bei gestiegenen Müllanlieferungen von 698.024 t gegenüber 681.524 Tonnen im Jahr 2013.

Ursachen für diesen Rückgang sind unter anderem

- Rückgang der Umsätze für die Mengen aus den Kommunen Duisburg, Oberhausen und dem Kreis Kleve um 4,03 Mio. € aufgrund einer Preisanpassung zum 01.01.2014.
- verminderte Erlöse aus der Energieabgabe (- 0,75 Mio. €, von 15,21 Mio. € in 2013 auf 14,46 Mio. € in 2014) bedingt durch erheblich gesunkene Vermarktungspreise.
- Umsatzminderung inklusive Mengentausch bei den Umsätzen für sonstige Abfallanlieferungen (von 33,53 Mio. € in 2013 um -2,0 Mio. € auf 31,53 Mio. € in 2014) bedingt durch den Umsatzrückgang bei dem Mengentausch mit anderen Anlagen. Bereinigt um die Umsätze durch Mengentausch sind die Umsätze für sonstige Abfallanlieferungen im Vergleich zum Vorjahr um 0,55 Mio.€ gestiegen.
- Umsatzwegfall im Geschäftsbereich DSD/PPK aufgrund der Vertragskündigung zum 31.12.2013 (-0,67 Mio. €)
- Vertragsgemäße Anpassung der Auflösung des passiven Rechnungsabgrenzungspostens der Forfaitierung (+0,23 Mio. €)

4. Geschäftsergebnis

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern liegt in 2014 mit 4,83 Mio. € um 0,34 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis von 5,17 Mio. €.

5. Analyse und Erläuterung von finanziellen Leistungsindikatoren

	2014	**2013**	**2012**	**2011**
Anlagenintensität in %	52,2	59,3	65,1	69,7
Bilanzsumme in T€	159.611	174.458	184.410	202.922
Fremdkapitalquote in % *	88,21	91,26	93,5	89,0
Jahresergebnis in T€	3.575	3.297	4.592	14.922
Umsatzerlöse in T€	75.487	82.929	89.395	84.032
Materialaufwand in T€	22.403	28.278	21.367	22.519
Personalaufwand in T€	13.030	12.720	12.419	11.665

* inkl. passiver Rechungsabgrenzungsposten

Die Anlagenintensität und die Bilanzsumme sind wiederum planmäßig gesunken. Der Ersatz wesentlicher Anlagenteile in 2014 erfolgte im Wesentlichen durch die Erneuerung der Leit- und Automatisierungseinheiten.

Der Materialaufwand ist auch 2014 durch das Müllmengenmanagement inklusive Müllaustausch mit anderen Müllverbrennungsanlagen (5,37 Mio. €) geprägt.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr geringfügig gestiegen.

In den letzten Jahren waren die Investitionen deutlich niedriger als die Abschreibungen. Im Jahr 2014 hat sich daher der Abschreibungsaufwand aufgrund der Altersstruktur der Sachanlagen weiter vermindert.

Der Jahresüberschuss hat sich von 3,30 Mio. € um 0,28 Mio. € auf 3,58 Mio. € erhöht.

6. Produktion

Der Durchsatz hat sich im Vergleich zu 2013 von 686.499 t auf 694.265 t um 7.766 t auf erhöht (+ 1,1 %).

Die Mengenanlieferungen sind im Jahr 2014 mit 698.024 t im Vergleich zum Vorjahr bei kaum veränderten kommunalen Mengen aus Duisburg und Oberhausen (- 26 t) sowie gestiegene sonstige Abfallmengen (16.526 t) geprägt.

Die Bruttostromerzeugung ist von 362 GWh auf 410 GWh gestiegen. Die niedrigere Produktion im Vorjahr war im Wesentlichen durch eine Turbinenrevision bedingt.

Die durchschnittliche Verbrennungsleistung pro Kessel belief sich in 2014 auf 22,23 t/ Betriebsstunde (Vorjahr 21,83 t/ Betriebsstunde).

7. Beschaffung

Rund 85 % des Müllaufkommens sind durch langfristige Verträge mit REMONDIS, den Gesellschafterkommunen und der Kreis-Kleve-Abfallgesellschaft gesichert. Die Restmenge in Höhe von ca. 100.000 t musste auf dem Abfallmarkt akquiriert werden. Die Akquisitionsbemühungen konzentrieren sich hier zur Zeit auf das Ausland.

8. Investitionen

Im Jahr 2014 wurden 2,01 Mio. € (incl. Umbuchungen aus geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau) in das Anlagevermögen investiert. Die Investitionen betrafen im Wesentlichen Maßnahmen zur Erneuerung der Leittechnik.

9. Finanzierungsmaßnahmen / -vorhaben

Die bestehende Darlehensverbindlichkeit hat einen festen Zinssatz für ihre gesamte Laufzeit.

Aufgrund der Liquiditätslage der GMVA musste 2014 die eingeräumte Kreditlinie nicht in Anspruch genommen werden.

Darlehen wurden nicht aufgenommen. Auch in den nächsten beiden Jahren sind keine Darlehensaufnahmen geplant.

10. Personal- und Sozialbereiche

Am 31.12.2014 waren bei der GMVA 194 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, davon 10 Auszubildende (2013 = 201 Beschäftigte, davon 12 Auszubildende) beschäftigt.

11. Umweltschutz

Die geltenden Umweltvorschriften, insbesondere die strengen Vorgaben der 17. Bundes-Immissions-Schutz-Verordnung, wurden für 2013 bei nahezu allen Parametern deutlich unterschritten.

Die 17. BImSchV ist mit Wirkung ab 02.05.2013 in der geänderten Fassung in Kraft getreten. Damit steht fest, dass für Bestandsanlagen ab 2019 ein niedrigerer NOx-Tagesmittelwert von 150 mg/m³ (bisher 200 mg/m³) einzuhalten ist. Bei der GMVA besteht hier Optimierungsbedarf für zwei der vier Kessel.

Bezüglich der Quecksilbermessung stellt sich die GMVA darauf ein, bis 2016 an allen Linien kontinuierlich Messungen vornehmen zu müssen.

12. Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Die Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb wurde 2014 erneut bestätigt.

B. Darstellung der Lage des Unternehmens

1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind auf 75,49 Mio. € (Vorjahr 82,93 Mio. €) gesunken. Dieser Rückgang wurde im Wesentlichen durch gesunkene Erlöse mit den Kommunen Duisburg, Oberhausen und den Kreis Wesel und gesunkener Erlöse Dritter aus dem Mengentausch verursacht.

Die Erlöse aus der Energieabgabe sanken im Berichtszeitraum um 0,75 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr infolge niedrigerer Stromverkaufspreisen.

Die Umsätze im Geschäftsfeld ‚Papier' sind aufgrund der Vertragskündigung weggefallen. (-0,67 Mio. €)

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind in 2014 um 2,21 Mio. € gesunken. Im Vorjahr waren die Erträge im Wesentlichen durch Versicherungserstattungen geprägt.

Die Abschreibungen sind im Vergleich zum Vorjahr gesunken (- 0,58 Mio. €). Der Materialaufwand ist um 5,87 Mio. € niedriger. Im Vorjahr war das Ergebnis durch besondere Effekte bzw. Maßnahmen wie die Turbinenrevision, Sachschäden aus Brandereignis K3 und Müllbunkersanierung geprägt. Der Personalaufwand stieg in 2014 um

0,31 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich um 4,02 Mio. verringert.

Bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen wird der Müllaustausch mit anderen Müllverbrennungsanlagen einschließlich Transportkosten in Höhe von 5,37 Mio. € (Vorjahr 8,56 Mio.€) ausgewiesen. Diese Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 3,19 Mio.€ gesunken.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind u. a. neben Entsorgungskosten und Fremdleistungen sowie Versicherungsbeiträgen vorsorglich auch Zuführungen zu Rückstellungen (2,60 Mio. €, im Vorjahr 6,40 Mio. €) im Zusammenhang mit den Gebührenstreitverfahren enthalten.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr bei konstanten Schuldzinsen um 0,09 Mio. € verschlechtert.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor Steuer) hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,35 Mio. € verschlechtert.

2. Finanzlage

Das Vermögen ist zu 62,18 % aus dem Forderungsverkauf (Forfaitierung) finanziert (passiver Rechnungsabgrenzungsposten). Die Fremdfinanzierungsquote (ohne passiven Rechnungsabgrenzungsposten) des Gesamtvermögens beträgt 26,03% und ist aufgrund der Rückstellungsbildung gestiegen (Vorjahr 22,16%).

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit gem. DRS 2 ist um 2,5 Mio. € auf 13,4 Mio. € gestiegen (Vorjahr 10,9 Mio. €).

Eine Inanspruchnahme von Kontokorrentkrediten war aufgrund der Liquiditätslage nicht erforderlich. Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet.

Auch im nächsten Jahr wird die GMVA ihre Verbindlichkeiten erfüllen können; Darlehensaufnahmen sind nicht beabsichtigt.

Die Eigenkapitalquote beträgt 11,79 % (Vorjahr 8,74 %).

3. Vermögenslage

Das langfristig gebundene Vermögen hat sich planmäßig auf 83,31 Mio. € (Vorjahr
103,43 Mio. € Mio. €) verringert. Der passive Rechnungsabgrenzungsposten verminderte sich von 120,55 Mio. € auf 99,24 Mio. € (- 21,31 Mio. €). Die sonstigen Darlehensverbindlichkeiten betragen unverändert 8,76 Mio. €.

Die Neuinvestitionen inklusive Anzahlungen in Höhe von 2,01 Mio. € in 2014 wurden aus Eigenmitteln finanziert. Die Abschreibungen minderten sich auf 21,19 Mio. € (Vorjahr 21,77 Mio. €).

Die Vorräte und die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen waren im Vergleich zum Vorjahr um 0,57 Mio. € niedriger. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die sonstigen Vermögensgegenstände um 6,33 Mio. €.

Der Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten ist im Vergleich zum Vorjahr um 12,29 Mio. € gestiegen.

4. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Aufgrund der Überkapazitäten am Markt sind die Preise auf dem Spotmarkt weiterhin niedrig. Ein leichter Aufwärtstrend der Preise ist zu verzeichnen.

Die gesunkenen Kommunalpreise machten sich in 2014 im Ergebnis der GMVA bemerkbar.

Im Jahr 2015 wird eine weitere Umsatz- und Gewinnreduzierung erwartet, da

- zu erwarten ist, dass die Strompreise weiter fallen,
- in deutschen Anlagen Überkapazitäten bestehen,
- Kommunalmengen zukünftig sinken (rückläufige Einwohnerzahlen, Wertstofftonne, Biotonne),
- die Abfallpreise im Gewerbeabfallbereich auf niedrigem Niveau stagnieren,

Im Gegenzug dazu ist aus dem Ausland ein zunehmender Import von RDF möglich. Vor diesem Hintergrund wird die GMVA in Zukunft vermehrt davon abhängig sein, dass es gelingt, Marktnischen und Brennstoffe aus dem Ausland zu nutzen, um die Anlage auszulasten.

C. Risikobericht

1. Umfeldrisiken und Branchenrisiken

Durch die Erweiterung von Müllverbrennungsanlagen und die Inbetriebnahme neuer EBS-Anlagen bis zum Jahr 2012 bei rückläufigen kommunalen Abfallmengen sind in Deutschland Überkapazitäten im Abfallentsorgungsbereich entstanden.

Da in den Niederlanden, in Österreich und in der Schweiz ebenfalls Überkapazitäten bei den thermischen Abfallbehandlungsanlagen vorhanden sind, bleibt der Druck auf die Abfallpreise bestehen. Derzeit bestehen keine Anzeichen dafür, dass die von den Marktbeobachtern empfohlene Reduzierung der Überkapazitäten in Angriff genommen wird. Durch Abfallimporte aus dem Ausland, wo z.Z. noch Unterkapazitäten von Abfallbehandlungsanlagen bestehen, wie England tragen in jüngster Zeit zu einer leichten Entspannung auf dem Abfallmarkt bei.

Der Strompreis steht weiter infolge der subventionierten Stromerzeugungsanlagen unter Druck. Es ist von einer weiteren Preissenkung auszugehen, wenn auch nicht mehr in einem solchen Ausmaß.

Aufgrund des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes sowie der zur Zeit erst als Entwurf vorliegende Abfallwirtschaftsplan NRW's und die daraus resultierenden flächendeckenden Einführung der Biotonne und der

Wertstofftonne wird die Restabfallmenge, die die Müllverbrennungsanlagen verwerten, voraussichtlich weiter senken. Auch durch die verstärkte Förderung der erneuerbaren Energien und der Biomassenutzung wird der Markt für Restabfälle beeinträchtigt.

2. Unternehmensstrategische Risiken

Die Unternehmensstrategie der GMVA ist darauf ausgerichtet, durch eine konsequente technische und wirtschaftliche Optimierung der Müllverbrennungsanlage in Oberhausen sowie durch eine verstärkte Akquisition niederkalorischer Abfälle und RDF aus dem Ausland ihre Stellung als eine der größten Anlagen in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu behaupten.

Unternehmensstrategische Risiken können sich aus dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz ergeben, indem der kommunale Abfallanfall weiter reduziert wird. In diesem Zusammenhang bleibt auch die Neufassung des Abfallwirtschaftsplans NRW abzuwarten.

Es können sich Risiken aus gebührenrechtlichen Entscheidungen, aus niedrigen Abfallpreisen, steigenden Kosten und niedrigen Energieerlösen ergeben.

Die sich aus der Novellierung der 17. BImSchV ergebende Verschärfung der Emissionsgrenzwerte (Absenkung der Stickstoffdioxid- und der Quecksilbergrenzwerte) ist ab dem 01.01.2019 einzuhalten.

3. Leistungswirtschaftliche Risiken

Durch die verstärkte Akquisition neuer Abfallfraktionen können sich leistungswirtschaftliche Risiken aus der Heterogenität der Abfälle ergeben. Das deutlich erhöhte Recycling und die verstärkte Biomassenutzung in Deutschland verschlechtern die Qualität der thermisch zu behandelnden Abfälle. Die GMVA wird diesem Risiko weiterhin durch eine konsequente Kontrolle der Abfallströme begegnen.

Mit der politisch gewollten Realisierung, organische Abfälle aus dem Restmüll vermehrt über die Biotonne Vergärungsanlagen zuführen zu wollen kann weiterhin dazu führen, dass sich der Anlagedurchsatz reduziert, weil der Heizwert der verbleibenden thermisch zu behandelnder Abfälle steigt.

4. Personal-, informationstechnische sowie finanzwirtschaftliche Risiken

Gravierende personal-, informationstechnische sowie finanzwirtschaftliche Risiken für die GMVA sind im Jahr 2015 nicht zu erwarten.

5. Sonstige Risiken

Die Kalkulation der Entgelte und damit der Preise zur Beseitigung kommunaler Abfälle für Duisburg, Oberhausen und den Kreis Kleve ist vor dem Hintergrund der Überprüfung der Preise im Rahmen der Gebührenklageverfahren gegen die Städte weiterhin mit Unwägbarkeiten behaftet.

Bezüglich der Urteile des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 14.11.2012 gegen die Wirtschaftsbetriebe Duisburg – AöR wurde dem Antrag auf Zulassung zur Berufung beim OVG stattgegeben. Die Urteile des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 22.10.2014 gegen die Wirtschaftsbetriebe Duisburg und die Stadt Oberhausen nach der Umstrukturierung haben die Berufung zugelassen. Der Ausgang der entsprechenden Verfahren und die Auswirkungen auf die Preise für kommunale Abfälle zur Beseitigung durch die GMVA bleibt jeweils abzuwarten.

D. Prognosebericht

Die Überkapazitäten bei den Abfallbehandlungsanlagen werden in den nächsten Jahren eine Erholung der Abfallpreise erschweren. Aufgrund der derzeitigen Marktsituation entwickeln sich die Strompreise in 2015 weiter leicht rückläufig; für die weitere Zukunft ist eher mit einer Stagnation auf niedrigem Niveau zu rechnen.

Die verstärkten Bemühungen um Sekundärrohstoffe werden das Abfallangebot für thermische Abfallbehandlungsanlagen weiter verknappen. Eine Erweiterung der Anlage ist nicht geplant. Es werden lediglich Ersatzinvestitionen vorgenommen.

Die GMVA beabsichtigt, ihre Eigenkapitalquote weiter zu verbessern.

Die Gesellschaft strebt an, unter Berücksichtigung der vorgenommenen Umstrukturierungen im Zusammenwirken mit den Tochtergesellschaften zukünftig ausgeglichene Ergebnisse zu erwirtschaften.

E. Zuverlässigkeit des unternehmensinternen Planungssystems sowie der zugrunde gelegten Daten und Annahmen

Das Planungssystem der GMVA reagiert angemessen auf die Änderungen des Abfallrechts, des Abfallmarktes und des Strommarktes. Planungssicherheit und Planungstiefe des Planungssystems haben sich bewährt.

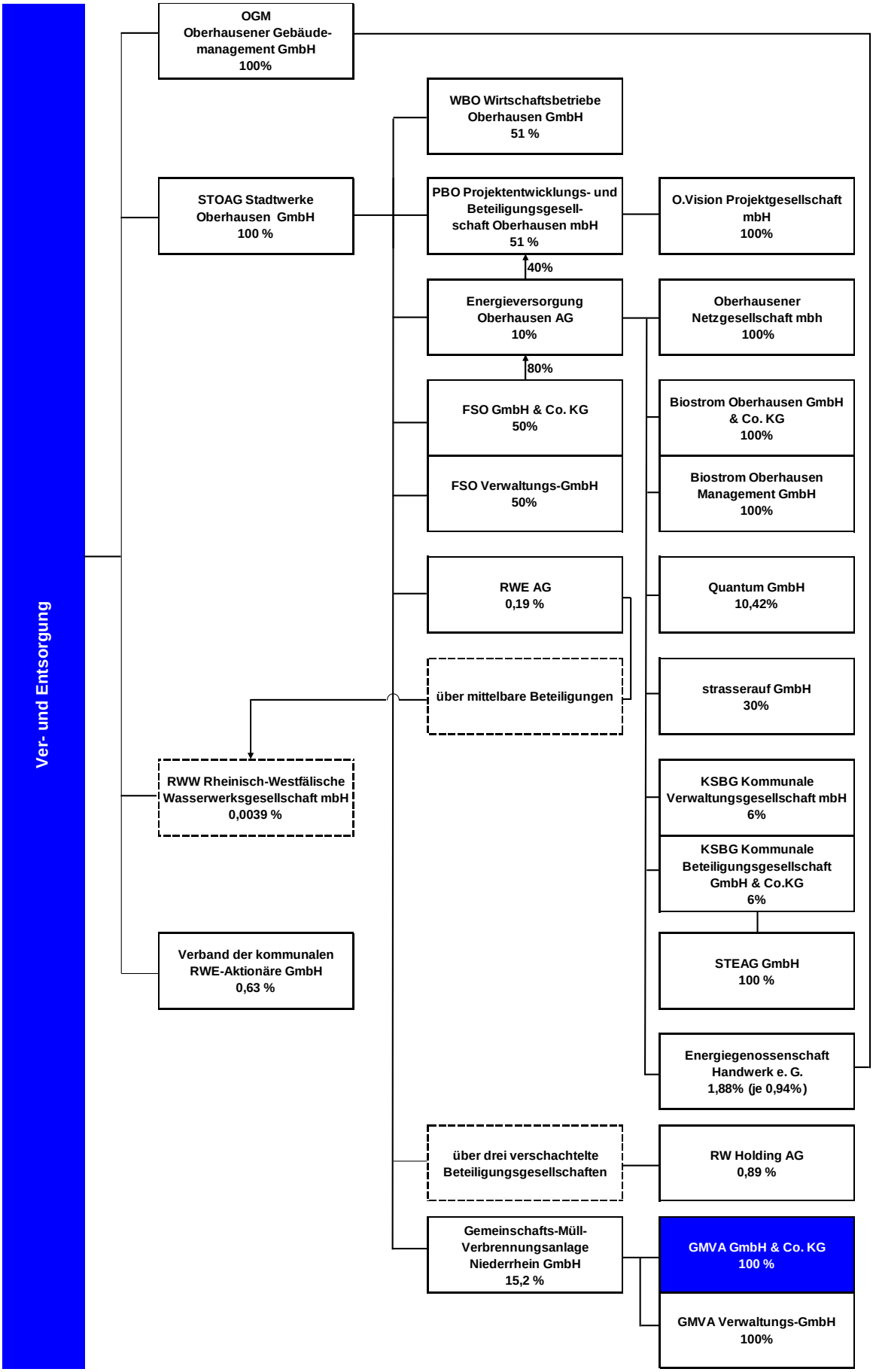
Die für die Planung erforderlichen Daten werden durch eine intensive Beobachtung der rechtlichen Entwicklungen, des Abfallmarktes und des Strommarktes gewonnen. Die Mitgliedschaft in der Interessengemeinschaft der thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland (ITAD), der Meinungsaustausch im Rahmen des VKS/VKU, der Besuch von Fachmessen und Fortbildungsveranstaltungen tragen dazu bei, problematische Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen

F. Sonstige Pflichtangaben nach § 289 Absatz 2 HGB

Es sind keine Vorgänge für eine entsprechende Berichterstattung bekannt.

Oberhausen, den 11. März 2015

gez.	gez.
I. Schellenberger	Dr. G. Terbeck


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100%
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100%
40%
Energieversorgung Oberhausen AG 10%
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100%
80%
FSO GmbH & Co. KG 50%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100%
FSO Verwaltungs-GmbH 50%
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100%
RWE AG 0,19 %
Quantum GmbH 10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH 30%
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 6%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 6%
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100%

GMVA GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Liricher Straße 121
46049 Oberhausen

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 1.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	1.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrags der an der Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzungen.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Gesellschaften, die sich mit ähnlichen Aufgaben befassen, beteiligen und ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Unterauftragsverträge hinsichtlich der Aufgabenerfüllung der sich aus den Vereinbarungen über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen ergebenden Verpflichtungen der GMVA GmbH & Co. KG durch die GMVA
GMVA Verwaltungs-GmbH	
Stadt Oberhausen	Vereinbarung über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen zwischen der GMVA und der Stadt Oberhausen in der Fassung vom 30.10.2001
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg AöR	Vereinbarung über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen zwischen der GMVA und der Stadt Duisburg in der Fassung vom 10.10.2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	GMVA Verwaltungs-GmbH

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	1.000,08	100,0	1.875,27	100,0	875,19	87,51
Bilanzsumme	**1.000,08**	**100,00**	**1.875,27**	**100,00**	**875,19**	**87,51**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	997,18	99,7	1.087,58	58,0	90,40	9,07
Rückstellungen	2,80	0,3	786,09	41,9	783,29	27.974,64
Verbindlichkeiten	0,10	0,0	1,61	0,1	1,51	1.510,00
Bilanzsumme	**1.000,08**	**100,00**	**1.875,27**	**100,00**	**875,19**	**87,51**

bb) GuV

	2013	2014
	T€	T€
Umsatzerlöse	0,00	32.895,52
Materialaufwand	0,00	32.757,09
sonstige betriebliche Aufwendungen	2,90	35,86
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,11	3,19
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2,79	105,76
außerordentliche Erträge		771,68
außerordentliches Ergebnis		771,68
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		786,20
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-2,79	91,24
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-2,79	91,24

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:		0,28	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,28	9,16	%
Cash-Flow:	-2,79	91,24	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:			%
Eigenkapitalquote:	99,71	58,00	%
Fremdkapitalquote:	0,29	42,00	%

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses

1. Darstellung des Unternehmens

Zum 02.12.2013 gründete die GMVA Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA Niederrhein GmbH) die Kommanditgesellschaft GMVA GmbH Co.KG mit einer Hafteinlage in Höhe von 1 Mio. €. Die persönlich haftende Gesellschafterin ist die ebenfalls zum 02.12.2013 gegründete GMVA Verwaltungs-GmbH. Die Kommanditistin ist die GMVA Niederrhein GmbH mit einer Hafteinlage in Höhe von 1 Mio. €. Der Sitz der Gesellschaft ist Oberhausen.

Gegenstand der Gesellschaft ,ist, vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der an der Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzung.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben hat die GMVA GmbH & Co. KG seit dem 01.01.2014 die GMVA Niederrhein GmbH als Unterauftragnehmerin langfristig beauftragt.

Die Gesellschaft selber hat kein eigenes Personal und auch kein Anlagevermögen.

2. Umsatzentwicklung und Auftragsentwicklung

Da die Gesellschaft ihre Geschäftstätigkeit zum 01.01.2014 aufgenommen hat, liegen keine Vergleichszahlen des Vorjahres vor. In 2014 betrugen die Umsätze mit den Wirtschaftsbetrieben Duisburg (AöR) und mit der Stadt Oberhausen in Summe 32.896 Mio. T€.

B. Darstellung der Lage des Unternehmens

1. Ertragslage

Bei Umsatzerlösen aus den Kommunalverträgen mit der Stadt Oberhausen und den Wirtschaftsbetrieben Duisburg (AöR) in Höhe von 32.896 T€ und Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 32.757 T€ sowie sonstigen betrieblichen Aufwendungen (im Wesentlichen für Verwaltungskostenumlagen und Beratungskosten) in Höhe von 39 T€ verbleibt ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 106 T€.

Unter Berücksichtigung des Steueraufwands und einer Gewerbesteuerumlage ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 91 T€.

2. Finanzlage

Dem Eigenkapital in Höhe von 1.088 T€ steht ähnlich lautendes Guthaben bei Kreditinstituten (1.102 T€) gegenüber.

Die Rückstellungen werden durch Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände gedeckt.

Eine Inanspruchnahme von Kontokorrentkrediten war aufgrund der Liquiditätslage nicht erforderlich. Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet.

3. Vermögenslage

Auch im nächsten Jahr wird die GMVA GmbH & Co. KG ihre Verbindlichkeiten erfüllen können; Darlehensauf-nahmen sind nicht beabsichtigt. Die Eigenkapitalquote beträgt 58,0 v.H.

C. Risikobericht

Bedingt durch die langfristigen Vertragsbeziehungen mit den Wirtschaftsbetrieben Duisburg (AöR) und der Stadt Oberhausen und zum anderen mit der GMVA Niederrhein GmbH sind keine Umfeld- und Branchenrisiken zu erwarten.

Unternehmensstrategische Risiken können sich in Abhängigkeit von gebührenrechtlichen Entscheidungen ergeben.

Leistungswirtschaftliche Risiken sind nicht zu erwarten.

Gravierende personal-, informationstechnische sowie finanzwirtschaftliche Risiken für die GMVA GmbH & Co. KG sind im Jahr 2015 nicht zu erwarten.

Die Kalkulation der Entgelte und damit der Preise zur Beseitigung kommunaler Abfälle für Duisburg und Oberhausen ist vor dem Hintergrund der Überprüfung der Preise im Rahmen der Gebührenklageverfahren gegen die Städte mit Unwägbarkeiten behaftet.

Die Urteile des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 22.10.2014 gegen die Wirtschaftsbetriebe Duisburg (AöR) und die Stadt Oberhausen nach der Umstrukturierung der GMVA haben die Berufung zugelassen. Der Ausgang der entsprechenden Verfahren und die Auswirkung auf die Preise zur Beseitigung kommunaler Abfälle bleibt abzuwarten.

D. Prognosebericht

Die Gesellschaft strebt an in Zusammenarbeit mit der GMVA Niederrhein GmbH auch zukünftig ausgeglichene Ergebnisse zu erwirtschaften.

E. Zuverlässigkeit des unternehmensinternen Planungssystems sowie der zugrunde gelegten Daten und Annahmen

Das Planungssystem der GMVA GmbH & Co. KG ist an das Planungssystem der GMVA Niederrhein GmbH angelehnt. Planungssicherheit und Planungstiefe des Planungssystems haben sich bewährt.

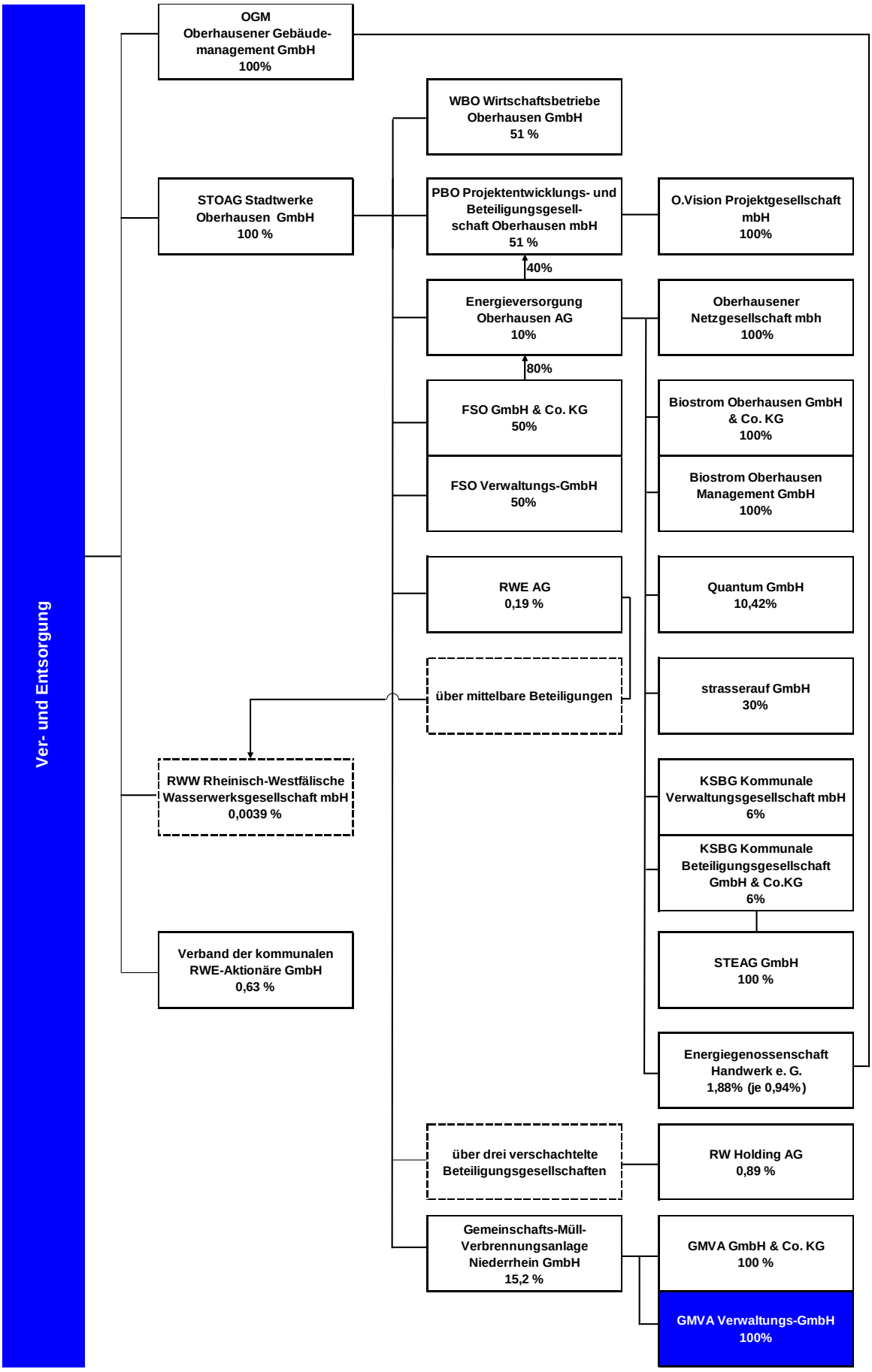
Die für die Planung erforderlichen Daten werden durch eine intensive Beobachtung der rechtlichen Entwicklungen gewonnen.

F. Sonstige Pflichtangaben nach § 289 Absatz 2 HGB

Es sind keine Vorgänge für eine entsprechende Berichterstattung bekannt.

Oberhausen, den 10. März 2015

gez.	gez.
I. Schellenberger	Dr. G. Terbeck


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

GMVA Verwaltungs-GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Liricher Straße 121
46049 Oberhausen

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin der GMVA GmbH & Co. KG mit dem Sitz in Oberhausen (nachfolgend Kommanditgesellschaft genannt), die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Förderung des Gesellschaftszwecks der vorgenannten Kommanditgesellschaft innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes, nämlich vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig der Erfüllung des gesetzlichen Auftrags der an der Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzungen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH GMVA GmbH & Co. KG	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 02.12.2013 (mit Wirkung 01.01.2014)

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schellenberger, Ingo
	Geschäftsführer	Dr. Terbeck, Gerd

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	25,10	100,0	27,10	100,0	2,00	7,97
Bilanzsumme	**25,10**	**100,00**	**27,10**	**100,00**	**2,00**	**7,97**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	24,30	96,8	24,30	89,7	0,00	0,00
Rückstellungen	0,80	3,2	2,80	10,3	2,00	250,00
Bilanzsumme	**25,10**	**100,00**	**27,10**	**100,00**	**2,00**	**7,97**

bb) GuV

	2013	2014
	T€	T€
sonstige betriebliche Aufwendungen	0,80	3,39
Erträge aus Beteiligungen	0,10	1,25
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-0,70	-2,14
Erträge aus Verlustübernahmen		2,14
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-0,70	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-0,70	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:			%
Eigenkapitalrentabilität:	-2,81	-8,82	%
Cash-Flow:	-0,70	-2,14	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:			%
Eigenkapitalquote:	96,81	89,67	%
Fremdkapitalquote:	3,19	10,33	%

e) Lagebericht

Darstellung des Geschäftsverlaufes einschließlich des Geschäftsergebnisses

Die GMVA Verwaltungs-GmbH wurde zum 02. Dezember 2013 gegründet. Gegenstand der Geschäftstätigkeit ist die Übernahme der Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin der GMVA GmbH & Co. KG und die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Förderung des Gesellschaftszweckes der vorgenannten Kommanditgesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2014 konnte ein Ertrag aus der Vergütung für die Übernahme der persönlichen Haftung für die GMVA GmbH & Co. KG in Höhe von 1.250,00 € erzielt werden. Dem stehen in 2014 Aufwendungen in Höhe von 3.393,26 € gegenüber. Der ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.143,26 € wird durch den Organträger, die GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH auf Grund eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages übernommen.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Für 2015 wird sich die Lage der Gesellschaft nicht verändern.

Das Jahresergebnis wird durch den Organträger übernommen.

Über das allgemeine unternehmerische Risiko hinausgehende Risiken sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erkennbar.

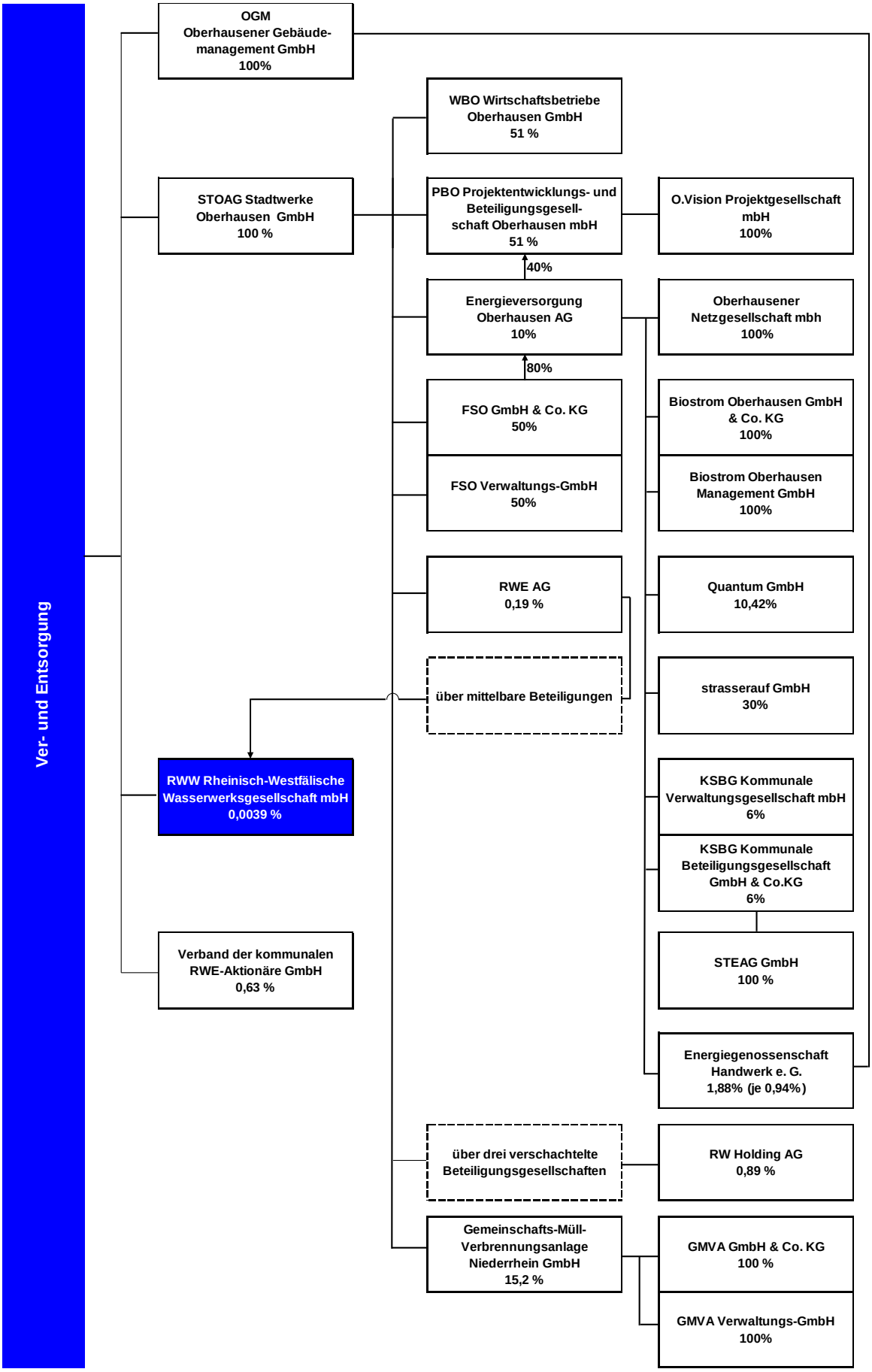
Sonstige Pflichtangaben nach § 289 Absatz 2 HGB

Es sind keine Vorgänge für eine entsprechende Berichterstattung bekannt.

Oberhausen, den 06. März 2015

gez. gez.

I. Schellenberger Dr. G. Terbeck


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10%
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs-GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100%

RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Schloß Broich 1-3
45479 Mülheim an der Ruhr

Kontakt:

Telefon	0208/ 44331
Fax	0208/ 4433233
e-Mail	rww@rwe.com
Internet	www.rww.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 15.381,95

Gesellschafter:

	T€	%
Kreis Recklinghausen	55,15	0,36
RWE Aqua GmbH	12.272,45	79,78
Stadt Bottrop	862,85	5,61
Stadt Gladbeck	652,70	4,24
Stadt Mülheim	1.538,20	10,00
Stadt Oberhausen	0,60	0,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfüllung wassertechnischer und wasserwirtschaftlicher Aufgaben und Dienstleistungen auf dem Wasser- und Abwassersektor.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die geeignet erscheinen, den Gegenstand des Unternehmens zu fördern.

Die Gesellschaft ist so zu führen, dass die geltenden Gesetze, insbesondere die Vorschriften der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Gemeindeordnung NW - GO NW) beachtet werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Schulte, Franz-Josef
	Prokurist	Dr. Donner, Christoph
	Prokurist	Schubert, Achim
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Flore, Manfred

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Böddeling, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Bonan, Uwe
	stellv. Vorsitzender	Hirschfelder, Herrmann
	Mitglied	Bernert, Roland
	Mitglied	Dorsch-Kellermann, Andrea
	Mitglied	Holzmann, Jürgen
	Mitglied	Dr. Neuhaus, Arndt
	Mitglied	Püll, Markus
	Mitglied (AN)	Brockmann, Bernd
	Mitglied (AN)	Wehling, Tim

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	6,39	2,13
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	0,83	3,13
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	184,30	15,31
SEG Stadtentwässerung Schwerte GmbH	24,60	48,00
Wasserverbund Niederrhein GmbH	600,60	26,00
WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH	2,55	0,83

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		**2013**		**2014**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	118.844,51	59,5	162.957,34	80,7	155.431,85	74,6	-7.525,49	-4,62
Umlaufvermögen	80.803,94	40,4	38.895,65	19,3	52.811,63	25,3	13.915,98	35,78
Rechnungsabgrenzungsposten	122,31	0,1	97,64	0,0	114,47	0,1	16,83	17,24
Bilanzsumme	**199.770,76**	**100,00**	**201.950,63**	**100,00**	**208.357,94**	**100,00**	**6.407,31**	**3,17**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	75.977,64	38,0	76.169,93	37,7	74.409,74	35,7	-1.760,19	-2,31
Sonderposten mit Rücklagenanteil	7.792,78	3,9	6.196,53	3,1	6.026,82	2,9	-169,71	-2,74
Rückstellungen	112.415,90	56,3	115.180,68	57,0	123.309,99	59,2	8.129,31	7,06
Verbindlichkeiten	3.444,39	1,7	4.298,92	2,1	4.539,65	2,2	240,73	5,60
Rechnungsabgrenzungsposten	140,05	0,1	104,57	0,1	71,74	0,0	-32,83	-31,40
Bilanzsumme	**199.770,76**	**100,00**	**201.950,63**	**100,00**	**208.357,94**	**100,00**	**6.407,31**	**3,17**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	105.021,69	107.775,94	106.073,80
andere aktivierte Eigenleistungen	986,13	793,96	600,73
sonstige betriebliche Erträge	6.199,39	7.313,66	9.448,27
Materialaufwand	28.181,36	29.034,26	27.710,39
Personalaufwand	30.891,98	28.646,37	30.702,61
Abschreibungen	10.237,24	9.483,39	8.909,84
sonstige betriebliche Aufwendungen	24.711,83	24.750,84	24.182,32
Erträge aus Beteiligungen	172,04	169,03	362,75
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	6,39	8,56	8,35
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.074,63	646,97	518,08
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.874,37	7.303,12	10.685,55
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13.563,49	17.490,13	14.821,28
außerordentliche Aufwendungen	130,06	1.578,36	
außerordentliches Ergebnis	-130,06	-1.578,36	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.298,96	5.719,48	6.581,47
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	10.134,48	10.192,29	8.239,81
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	10.134,48	10.192,29	8.239,81

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,65	9,46	7,77	%
Eigenkapitalrentabilität:	15,39	15,45	12,45	%
Cash-Flow:	20.371,72	19.675,68	17.149,65	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	273,68	283,33	286,72	T€
Personalaufwandsquote:	27,53	24,72	26,44	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	58,40	57,68	55,16	%
Eigenkapitalquote:	38,03	37,72	35,71	%
Fremdkapitalquote:	61,97	62,28	64,29	%

e) Lagebericht

1. Geschäftsgrundlagen

Das Geschäftsmodell von RWW

Die RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH, Mülheim an der Ruhr (im Folgenden „RWW“ genannt), gehört als regionaler Trinkwasserdirektversorger zu den größten deutschen Wasserversorgungsunternehmen. RWW wurde 1912 gegründet und versorgt in Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Bottrop, Gladbeck, Dorsten, Reken, Velen, Gescher, Schermbeck und Raesfeld ca. 750.000 Einwohner als Direktversorger mit hochwertigem Trinkwasser. Darüber hinaus versorgt RWW als Trinkwasservorlieferant der Stadtwerke Velbert, Wülfrath, Ratingen und Borken indirekt weitere ca. 250.000 Einwohner.

Im Bereich der unteren Ruhr in Essen-Kettwig, in Mülheim an der Ruhr sowie am Rhein in Duisburg-Mündelheim betreibt RWW fünf Flusswasserwerke, die ausgehend von der traditionell im Ruhrtal weit verbreiteten künstlichen Grundwasseranreicherung in einem modernen und leistungsfähigen mehrstufigen Aufbereitungsprozess qualitativ hochwertiges Trinkwasser liefern. Im nördlichen Versorgungsgebiet verfügt RWW im Verbreitungsgebiet der „Halterner Sande“ über drei Wasserwerke, die Grundwasser fördern. Betriebswasser gewinnt RWW aus dem Seewasserwerk in Dorsten.

Die Wasserverteilung erfolgt über ein weit verzweigtes Rohrnetz mit einer Gesamtlänge von ca. 2.900 km. Zur Wartung und Reparatur des Rohrnetzes sind vier regionale Service-Points im Versorgungsgebiet eingerichtet, die über die zentrale Betriebsdirektion in Bottrop gesteuert werden.

Das Unternehmen ist funktional gegliedert. Die Linienfunktionen umfassen die Organisationseinheiten Technik, Recht/Personal, Marketing und Kommunikation, Finanzen, Controlling sowie Geschäftsentwicklung. Der größte Bereich Technik gliedert sich in die Organisationseinheiten Stabsstelle Technik, Ressourcenmanagement, Engineering, Produktion, Netze, Instandhaltung, Facility Management und Qualität. Die Organisations-einheiten Revision sowie Arbeitssicherheit/Umweltmanagement sind der Geschäftsführung als Stabsfunktionen zugeordnet.

Geführt wird die RWW von der RWE Deutschland AG. Die Gesellschaft mit Sitz in Essen bündelt die deutschen Aktivitäten des RWE Konzerns in den Bereichen Netz, Vertrieb und Energieeffizienz und führt die deutschen Regionalgesellschaften. RWW stellt als regionales Kompetenzcenter Wasser die Expertise der RWE Deutschland AG im Wassergeschäft dar.

RWE Aqua GmbH ist mit 79,8% Hauptgesellschafter der RWW. Die Städte Mülheim an der Ruhr, Bottrop, Gladbeck, Oberhausen sowie der Kreis Recklinghausen sind darüber hinaus Gesellschafter des Unternehmens. Die Gesellschaft erfüllt mit ihrer Tätigkeit vollumfänglich den dringenden öffentlichen Zweck der Trinkwasserversorgung (§§ 107f GO NW). Die o. g. Kommunen/Gebietskörperschaften sind in den Aufsichtsgremien des Unternehmens unmittelbar vertreten.

Ziele und Strategien

RWW verfolgte auch in 2014 die konsequente Weiterentwicklung der innerbetrieblichen Prozesse sowie der Planung und Umsetzung von Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen zur Sicherung von Qualität und Versorgungsleistung. Basierend auf dem RWW-Fachwissen und dem wasserwirtschaftlichen Anlagevermögen konnten zusätzlich erfolgreich vertriebliche Themenstellungen bearbeitet und mit kommunalen Partnern und den Kunden umgesetzt werden.

Die Strategie, das ausgeprägte Fachwissen der RWW in den verschiedenen Bereichen der Trinkwasserversorgung für die Vermarktung von Dienstleistungen einzusetzen, wurde im Jahr 2014 erfolgreich und konsequent weitergeführt. Die verschiedenen technischen Dienstleistungen im Netzbetrieb (Armaturenkontrolle, Wasserverlustanalyse und Leckortung) sowie das Produkt Wasserspender und die dazugehörigen Dienstleistungen wurden auch im Jahr 2014 weiter nachgefragt.

Mit der Entwicklung und Einführung des so genannten Systempreismodells für Trinkwasserpreise hat RWW eine führende Position bei innovativen Preissystemen entwickelt. In Kooperation mit der Hochschule Ruhr West (HRW) wurde dieses Know-How in ein Beratungsprodukt umgewandelt, das mittlerweile bundesweit nachgefragt wird. Das Angebot zielt auf die Entwicklung individueller Preissysteme für Trinkwasserversorger ab und besteht aus modular aufgebauten Beratungselementen. Die Beratung zur Entwicklung eines Systempreismodells wurde in 2013 bei neun Wasserversorgungsunternehmen bzw. Stadtwerken erbracht. Zwei davon, die Stadtwerke Aschersleben GmbH und die Hochsauerlandwasser GmbH, führten zum 01.01.2014 einen Systempreis ein. Zum 01.10.2014 übernahmen auch die Stadtwerke Krefeld im Nachgang zu den Beratungen durch die RWW das Systempreismodell für Trinkwasser. In 2014 wurden weitere Projekte bei Trinkwasser gestartet. Mittlerweile wird die Vorgehensweise in zwei Projekten auch auf Fernwärme übertragen.

RWW erhält mit der stärkeren Ausrichtung auf Kundenzufriedenheit und Preis-/Leistungstransparenz eine anhaltend gute Resonanz. Diese kommt in hohen Zufriedenheitswerten bei den jährlichen Kundenbefragungen sowie geringen Beschwerderaten, aber 2014 auch in der erstmalig durchgeführten Kommunalbefragung, zum Ausdruck.

Verfahrenstechnische Beratung z. B. im Bereich des Aktivkohlemanagements oder der Energieeffizienz werden bei RWW nachgefragt. Durch das RWW-Engagement u. a. in der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Maßnahme energieeffiziente und ressourcenschonende Wasserwirtschaft (ERWAS) mit dem Schwerpunkt der Entwicklung von zukunftsfähigen Konzepten und Technologien wird gezielt die Kompetenz im Bereich Energieeffizienz und -management in Zusammenarbeit mit anderen Systempartnern weiter ausgebaut. RWW beteiligt sich an zwei Verbundprojekten innerhalb der Fördermaßnahme ERWAS. Zum einen beschäftigt sich das Projekt ENERWA mit der energetischen Optimierung des wasserwirtschaftlichen Gesamtsystems und zum anderen wird mit EWave ein innovatives Energie-Managementsystem entwickelt und bei RWW pilotiert. Die strategische Bewertung der vertrieblichen Aktivitäten und die zielgerichtete Produktentwicklung zeigen, dass RWW sich sehr gezielt den Marktanforderungen anpasst, um eine weitere Geschäftsentwicklung im Nicht-Tarifbereich („Drittgeschäft“) zu erzielen.

Gesetze, Verordnungen, technische Regelwerke und Sicherheitsvorschriften stellen hohe Anforderungen an die Organisation des Unternehmens. RWW verfolgt daher eine stringente Zertifizierungsstrategie (Bsp. Technisches Sicherheitsmanagement, DIN14001, EMAS III und zukünftig ggf. DIN500001). Die fachliche Umsetzung der Regeln und Normen soll unter allen Umständen gewährleistet sein. Dies gilt sowohl für Arbeiten an eigenen Anlagen und Netzen sowie für Arbeiten im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen für Dritte. RWW forciert im Rahmen einer Unternehmensinitiative „Sicher vorweg" die Verringerung bzw. Vermeidung von Gefährdungen und Risiken für Personen, sowohl für die eigene Mitarbeiterschaft als auch für bei RWW beschäftigte Fremdunternehmen. RWW hat weiterhin das ambitionierte Ziel, den Wert „Häufigkeit der unfallbedingten Arbeitszeitausfälle" (engl. Lost Time Injury Frequency (LTIF)) zu reduzieren. Arbeitsschutz und -sicherheit haben bei RWW einen sehr hohen Stellenwert. Auf Basis des DVGW-Regelwerkes W1001/1002 führt RWW ein intensives Krisenmanagementtraining zu verschiedenen Krisenszenarien durch. Hierzu wurde auch ein weiterer Austausch mit Krisenstäben innerhalb der Versorgungsgebiete initiiert, um eine Optimierung der Einbindung der RWW in kommunale Krisenstäbe bzw. über Schnittstellenkommunikation zu gewährleisten. Die Themen- bzw. Aufgabenstellung wird konsequent mit den kommunalen und wasserwirtschaftlichen Partnern bearbeitet.

Forschung und Entwicklung

Projektbeteiligungen im Rahmen der angewandten Forschung und Entwicklung zur weitergehenden Optimierung der Anlagen- und Prozesstechnik (inkl. Mess-, Steuer- und Regeltechnik) sowie Organisation und Management (F&E-Projekte zur Energieeffizienz wurden schon vorher dargestellt) werden aktiv weiterentwickelt. So werden z. B. die im Rahmen des BMBF-Projektes „Sichere Ruhr - Badegewässer und Trinkwasser für das Ruhrgebiet" erzielten Ergebnisse zur Überprüfung des betrieblichen Sicherheitsstandards der Trinkwassergewinnung und -aufbereitung aus der Ruhr hinsichtlich der Rückhaltung von Krankheitserregern und der Umsetzungsanforderungen bewertet. Als Teilprojekt der BMBF-Fördermaßnahme RiSKWa (Risikomanagement von neuen Schadstoffen und Krankheitserregern im Wasserkreislauf) findet ein Austausch aller Beteiligten unter Koordination des BMBF Anfang 2015 statt. Nicht nur die eigenen Forschungsergebnisse, sondern auch die Partizipation an den Ergebnissen der anderen Forschungsprojekte, sowie der Transferprozess auf die RWW-Anforderungen stellt einen wichtigen unternehmerischen Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie von RWW dar. Das Multibarrierensystem des Mülheimer Verfahrens stellt einen hohen technischen Standard dar. Als ein Trinkwasserversorgungsunternehmen, das von den Standortrahmenbedingungen immer schon besondere Herausforderungen für die Trinkwasseraufbereitung gestellt bekommt, gehört es zur Grundstrategie, neben dem Engagement zur Vermeidung von Stoffeinträgen in das Rohwasser, sich auch vorausschauend auf zukünftige Anforderungen einzustellen. Diese Weiterentwicklung erfolgt gezielt im Sinne der RWW-Kunden, so dass RWW z. B. aktiv die Prozesssicherheit kontinuierlich und nachhaltig den Anforderungen anpasst. Es zeigt sich, dass das Multibarrierensystem des Mülheimer Verfahrens sehr effizient ist. Als Beispiel für die RWW-Prozessoptimierung wird im Projekt ReAktiv die Verlängerung der Wertschöpfungskette von Wasserwerksaktivkohlen hin zur Nutzung in der Abwasserreinigung untersucht. Hier konnte durch das Forschungsprojekt gezeigt werden, dass eine nachhaltige Nachnutzung ökonomisch und ökologisch machbar ist. Insgesamt ist RWW in 2014 an fünf Forschungs- und Entwicklungsprojekten beteiligt, die gezielt die Bereiche Energie, Klimawandel, Prozessoptimierung und Hygiene abdecken. Für 2015 hat RWW sich für das BMBF-Projekt „REINER - Steigerung der Energieeffizienz in Wassernetzen durch neue Beurteilungstools und optimierte Reinigung" beworben. Neue Ansätze werden unter anderem mit dem Max-Planck-Institut für Kohlenforschung, Mülheim an der Ruhr, entwickelt, wie z. B. neue Adsorbermaterialien und ein Ansatz für energetische Konversion stehen hierbei im Fokus. Gemeinsam mit den verschiedenen Projektpartnern erfolgt eine zielgerichtete Weiterentwicklung der RWW auf den strategisch definierten Feldern.

Die Wasserwerke an der Ruhr stehen in einem kontinuierlichen Dialog mit Aufsichtsbehörden und Öffentlichkeit (Medien) zu den Themen „Eignung des Flusswassers für die Trinkwassergewinnung", „toxikologische Bewertung von im Ruhrwasser festgestellten organischen Spurenstoffen" und „Mikroverunreinigungen". Ergänzt wird dies durch den Ansatz, Stoffe an der Quelle zu erfassen und diese erst gar nicht in den Wasserkreislauf gelangen zu lassen. Ein Beispiel stellt hierbei die Erfassung von (jodierten) Röntgenkontrastmitteln direkt beim Patienten dar. Gemeinsam mit verschiedenen Partnern und Organisationen soll im Rahmen einer regionalen Initiative ein konkretes Umsetzungsprojekt entwickelt und etabliert werden. Dieser Projektansatz steht stellvertretend für das Engagement von RWW, nachhaltige regionale Lösungsansätze zu entwickeln.

Das Umweltministerium NRW verfolgt im Rahmen des Programms „Reine Ruhr" als Anschlussaktivität zur „Arnsberger Vereinbarung" beim integrierten Gewässerschutz mehrere Ansätze:

- Vermeidung von Schadstoffeinträgen an der Quelle
- Verschärfte Kontrollen der industriellen Direkteinleitungen
- Weitere Aufrüstung der Kläranlagen
- Einführung von Mindeststandards bei der Trinkwasseraufbereitung in den Ruhrwasserwerken
- Verbesserung der Information der Öffentlichkeit über naturwissenschaftliche Zusammenhänge bei der Diskussion um das Thema „Wie rein muss Trinkwasser sein?"

Obwohl nicht unmittelbar betroffen, stehen die aktuell geführten Diskussionen zur möglichen Weiterentwicklung der Abwasserreinigungsstufe mit den vorangehend aufgeführten Aspekten in Zusammenhang. Die Umweltqualitätsnorm-Richtlinie (RL 2008/105/EG) ist eine Tochter-Richtlinie der Wasserrahmen-Richtlinie und legt auf europäischer Ebene für bestimmte prioritäre und prioritär gefährliche Stoffe Umweltqualitätsnormen (= Immissionsgrenzwerte für den guten Zustand von Oberflächengewässern) fest. Die Liste der diesbezüglichen Stoffe wird in regelmäßigen Abständen (nun sechs Jahre) auf der Basis von wissenschaftlichen Daten und Risikobewertungen überarbeitet. Aktuell wurden in 2014 folgende Stoffe auf die „watch list“ genommen:

- Diclofenac
- 17-Beta-Estradiol
- 17-Alpha-Ethinylestradiol
- Oxadiazon
- Methiocarb
- 2,6-Ditert-butyl-4-methylphenol
- Erythromycin
- Imidacloprid, Thiacloprid, Clothianidin, Thiamethoxam, Acetamiprid
- 2-Ethylhexyl-4-methoxycinnamat
- Triphenylphosphat (Clarithromycin).

Nach Artikel 4 der Wasserrahmen-RL sind die Einleitungen, Emissionen und Verluste schrittweise zu reduzieren und für die prioritär gefährlichen Stoffe letztlich zu beenden. Neben der fachlich und kommunikationsrelevanten Diskussion zur Bewertung von Grenzwerten zum Schutz für das aquatische Leben und den humantoxikologischen Ansätzen für den Bereich der Trinkwasserversorgung, wird auch die Kostenträgerschaft für die Maßnahmenumsetzung kontrovers diskutiert. RWW als Trinkwasserversorger mit einer Rohwassergewinnung u. a. aus dem Oberflächenwasser der Ruhr ist bestrebt, die Perspektive der Trinkwasserversorgung aktiv in diesen Prozess einzubringen. Für den Grundwasserbereich zeigt sich sehr deutlich, dass die intensive Diskussion zur Implementierung von weitergehenden Maßnahmen zur Reduktion von Nitrateinträgen in das Grundwasser ein Schwerpunktthema für den Bereich des Münsterlandes (Grundwasserleiter Haltener Sande) bleiben wird.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im wasserwirtschaftlichen Jahr 2014 zeigte sich in der Tendenz der charakteristische Jahresverlauf der letzten Jahre, allerdings mit extremen Wetterereignissen und neuen, jahreszeitlichen Wärmerekorden. Nach einem sehr milden, trockenen und sonnenscheinreichen Winter 2013/2014, folgte ein milder Frühling mit wenigen Kaltlufteinbrüchen von kurzer Dauer. März und April waren sehr trocken, jedoch brachte der Mai heftige Gewitter mit hohen Niederschlagsmengen. Der Sommer unterlag einem ständigen Wechsel. Es gab warme, trockene und sonnige Tage, die jedoch durch Gewitter unterbrochen wurden und gemäßigte Temperaturen mit sich brachten. Im Herbst hingegen war es durchschnittlich wärmer und auch in der Übergangszeit im Winter wurden verhältnismäßig hohe Temperaturen erreicht. Die Förder- und Absatzsituation bei RWW war durch diesen Jahresverlauf geprägt.

Die Absatzmenge von 79,2 Mio. m³ liegt mit 3,6 Mio. m³ unter der Vorjahresmenge, im Wesentlichen bedingt durch vereinbarte Liefermengenreduzierungen eines Sondervertragskunde. Alle übrigen Kundensegmente - einschließlich der Tarifkunden - liegen nahezu auf Vorjahresniveau.

Benchmarking hat sich in der Wasserwirtschaft in NRW zu einem festen Bestandteil der effizienz- und kundenorientierten Unternehmenssteuerung entwickelt. RWW betreibt Benchmarking aktiv auf zwei verschiedenen Ebenen. Zum einen auf der Ebene der Landes- Benchmarkingprojekte in NRW, zum anderen durch Beteiligung an konkreten Vergleichen mit wenigen anderen Unternehmen zu einzelnen operativen Prozessen, die sich auf Leistungs- und Effizienzaspekte beziehen.

Geschäftsverlauf

Die Schwerpunkte der Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen im Sachanlage-vermögen lagen unverändert zum Vorjahr im Verteilnetz sowie in der Wassergewinnung und –aufbereitung.

RWW hat gezielt die auf Basis der Software PiReM (Pipe Rehabilitation Management System) optimierte Rehabilitationsplanung und die daraus priorisierten Maßnahmen im Bereich des (Netz-) Asset Management weiter umgesetzt. Die Erneuerungsplanung der sicherheitskritischen Netzinfrastruktur der RWW wurde systematisch weiterentwickelt. Hierzu wurden unter anderem für wesentliche Störfallsituationen Szenarien simuliert. Abgeleitete Ergebnisse wurden entsprechend in die Maßnahmenplanung integriert. Hauptleitungen („Magistralen“) stellen den wesentlichen kritischen Teil des Versorgungsnetzes dar. Mit dem in 2012 begonnenen und in 2013 und 2014 weitergeführten Erneuerungsprogramm für eine der versorgungskritischen Hauptleitungen, hat RWW konsequent die Versorgungssicherheit weiter erhöht.

Auch im Geschäftsjahr 2014 entfällt der wesentliche Teil der getätigten Investitionen (4,7 Mio. €; Vorjahr: 4,7 Mio. €) auf die Erneuerung bzw. Erweiterung des Versorgungsnetzes einschließlich Wasserzähler.

Im Bereich des Zählermanagements hat RWW in Abstimmung mit den Kunden prozessorgesteuerte Speichereinheiten (sog. Datenlogger) mit der Zielsetzung installiert, Informationen zum Verbrauchsverhalten der Kundengruppe zu erlangen. Hierdurch kann der für den Kunden geeignete Zähler (Typ und Dimensionierung) ausgewählt werden.

Das gesamte Investitionsvolumen im Bereich der Wasserwerke beläuft sich auf 2,8 Mio. € (einschließlich der Anlagen im Bau).

Den Investitionsschwerpunkt im Bereich der Wasseraufbereitung bildet der Ersatz der Chlordesinfektion durch UV-Desinfektion und die verfahrenstechnische Optimierung der „Schwerpunkt"-Wasserwerke. RWW verfolgt damit eine Trinkwasserqualitätsverbesserung, die zur Erhöhung der Kundenzufriedenheit in Zusammenhang mit einer weitergehenden Erhöhung der Betriebssicherheit steht.

Berichterstattung nach EnWG / Wasserlaufkraftwerk Kahlenberg:

Das Gesetz zur Neuregelung energiewirtschaftlicher Vorschriften vom 28. Juli 2011 (BGBl. I 2011, S. 1554), das am 04. August 2011 im Bundesgesetzblatt verkündet wurde, änderte zum 05. August 2011 das EnWG. RWW ist ein im Sinne des § 3 Nr. 38 EnWG vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen mit den Folgen der Kontentrennungspflicht nach § 6 b Abs. 3 EnWG und der erweiterten Pflicht zur Lageberichterstattung nach § 6 b Abs. 7 S. 4 EnWG. Im Geschäftsjahr 2014 wurden innerhalb des Elektrizitätssektors ausschließlich andere Tätigkeiten gemäß § 6 b Abs. 3 S. 3 EnWG durchgeführt.

Die Energieeigenerzeugung aus dem RWW-Wasserlaufkraftwerk Kahlenberg an der Ruhr stellt eine wichtige Komponente des RWW-Energiemanagements dar. Das Kraftwerk entnimmt dem Ruhrschifffahrtskanal jeweils so viel Wasser, dass die drei Turbinen effizient zur Stromerzeugung eingesetzt werden können. Eine direkte wirtschaftliche Abhängigkeit von der Wasserführung der Ruhr ist gegeben.

Im Rahmen der Revision einer Turbine des Kraftwerkes Kahlenberg wurde in 2013 ein Materialschaden des Turbinenrads festgestellt. Auf Basis der gutachterlichen Bewertung konnte keine Instandsetzung erfolgen, sondern eine Anfertigung eines neuen Turbinenrads musste beauftragt werden. Diese Maßnahme konnte im September 2014 erfolgreich abgeschlossen werden (Gesamtvolumen 1,1 Mio. €). Mit einer erzeugten Leistung von 15,0 GWh in 2014 (Vorjahr: 14,5 GWh) gehört dieser Jahreswert zu den Niedrigerzeu-gungsjahren, auch aufgrund der Ausfallzeit während der Projektumsetzung. Die erzeugte Strommenge setzte RWW fast ausschließlich im eigenen Unternehmen ein.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten im Hinblick auf die Unternehmensziele nutzt RWW verschiedene Kennzahlen. Im Bereich Finanzen werden das Betriebsergebnis, die Dividende und die Höhe der Investitionen als wesentliche Steuerungsgrößen verwendet. Im nichtfinanzbezogenen Bereich steuert RWW die unternehmerischen Aktivitäten im Wesentlichen anhand der Kennzahl Absatzmenge.

Betriebsergebnis und Absatzmenge: Die Kennziffer Betriebsergebnis definiert sich aus dem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, bereinigt um das Zinsergebnis sowie die Erträge aus Ausleihungen und Genossenschaftsanteilen des Finanzanlagevermögens zuzüglich der Beteiligungserträge. Das Betriebsergebnis erhöhte sich im Geschäftsjahr um 0,8 Mio. € auf 25,0 Mio. € und liegt damit deutlich über dem Prognosebereich von 22,0 bis 24,0 Mio. €. Gründe für die Abweichung sind insbesondere höhere betriebliche Erträge aus Anlagenabgängen sowie geringere Energieaufwendungen.

Den in Höhe von 1,9 Mio. € rückläufigen Umsatzerlösen (einschl. aktivierte Eigenleistungen) stehen verminderte Materialaufwendungen in Höhe von 1,3 Mio. € gegenüber. Erhöhte Personalaufwendungen (+2,1 Mio. €) konnten durch gestiegene betriebliche Erträge vollständig kompensiert werden. Zur weiteren Ergebnissteigerung trugen mit 0,6 Mio. € geminderte Abschreibungen, mit 0,6 Mio. € geringere sonstige betriebliche Aufwendungen sowie mit 0,2 Mio. € ein erhöhtes Beteiligungsergebnis bei.

Die prognostizierte Absatzmenge von 80,0 Mio. m³ wurde geringfügig um 0,8 Mio. m³ unterschritten (1% Abweichung).

Investitionen: Das Geschäft der RWW ist anlagenintensiv. Daher bildet die optimale Höhe der Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen eine weitere Zielgröße. Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betrugen im Geschäftsjahr 8,5 Mio. € (Vorjahr: 9,5 Mio. €).

Die Höhe der vorgesehenen Dividende liegt mit 10,0 Mio. € auf Vorjahres- und Prognoseniveau.

Lage

Ertragslage

Die nachfolgende Gewinn- und Verlustrechnung gibt einen Überblick über wesentliche Posten:

	2014 Mio. €	2013 Mio. €
Umsatzerlöse (einschl. aktivierte Eigenleistungen)	106,7	108,6
Sonstige betriebliche Erträge	9,4	7,3
Materialaufwand	-27,7	-29,0
Personalaufwand	-30,7	-28,6
Abschreibungen	-8,9	-9,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen (einschl. sonstige Steuern)	-24,2	-24,8
Zins- und Finanzergebnis (einschl. außerordentliche Aufwendungen)	-9,8	-8,1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-6,6	-5,7
Jahresüberschuss	8,2	10,2

Die im Geschäftsjahr erzielten Umsatzerlöse einschließlich der aktivierten Eigenleistungen liegen um 1,9 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Von diesem Rückgang entfallen 1,7 Mio. € auf die Umsatzerlöse und 0,2 Mio. € auf geringere aktivierte Eigenleistungen. Der Rückgang der aktivierten Eigenleistungen erklärt sich durch verstärkte Beauftragung von Drittfirmen. Während die Umsatzerlöse aus den Wasserlieferungen um 1,9 Mio. € auf 103,1 Mio. € zurückgingen, erhöhten sich die Umsatzerlöse aus Hausanschlussarbeiten um 0,4 Mio. €. Der Rückgang der Umsatzerlöse im Bereich der Wasserlieferungen ist im Wesentlichen mengenbedingt. Die Umsatzerlöse im Strombereich sowie die planmäßige Aulösung der Baukostenzuschüsse gingen geringfügig jeweils um 0,1 Mio. € zurück.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Mengenüberblick der Wasserbeschaffung bzw. der Wasserabgabe bei RWW:

	2014 in Mio. m³	**2013** in Mio. m³
Wasserbeschaffung		
Eigenerzeugung	73,6	74,1
Fremdbezug	11,8	15,5
	85,4	**89,6**
Wasserabgabe		
Sondervertragskunden		
Trinkwasser	24,4	27,9
Betriebswasser	18,6	18,6
	43,0	**46,5**
Tarifkunden	36,2	36,3
	79,2	**82,8**
Eigenverbräuche, Rohrbrüche, Feuerlöschwasser, Spülungen, Netzverluste (unentgeltliche Verbräuche)	**6,2**	**6,8**

Mit 79,2 Mio. m³ lag die Gesamtabgabe an Trink- und Betriebswasser um 3,6 Mio. m³ unter der Vorjahresmenge. Auf das Kundensegment Sondervertragskunden einschließlich Weiterverteiler (Trink- und Betriebswasser) entfiel eine Abgabemenge von 43,0 Mio. m³, das sind 3,5 Mio. m³ weniger als im Vorjahr. Auf die gesamte Trinkwasserabgabe entfielen 60,6 Mio. m³, davon 36,2 Mio. m³ auf die Trinkwasserlieferungen an Tarifkunden. Witterungs-bedingt reduzierte sich die abgesetzte Menge im Tarifkundensegment mit 0,1 Mio. m³ nur unwesentlich gegenüber dem Vorjahr. Die Mengen im Sondervertragskundenbereich blieben - mit Ausnahme einer vertraglich vereinbarten Liefermengenreduzierung für einen großen Sondervertragskunden des Handels (RheinEnergie) - nahezu konstant.

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 9,4 Mio. € um 2,1 Mio. € über dem Wert des Vorjahres, im Wesentlichen bedingt durch höhere Erträge aus Anlagenabgängen (+4,5 Mio. €), den im Vorjahr ausgelaufenen Auflösungen von Baukostenzuschüssen der Zugangsjahre 2003 bis 2007 (-1,2 Mio. €) sowie geringeren Rückstellungsauflösungen (-0,9 Mio. €).

Der Materialaufwand liegt mit 27,7 Mio. € um 1,3 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang ist nahezu ausschließlich auf geringere Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe zurückzuführen. Diese Ergebnisverbesserung entfällt mit 0,9 Mio. € auf die Stromaufwendungen sowie mit 1,5 Mio. € auf geringeren Wasserbezug für einen Sondervertragskunden. Belastend wirkten sich die erhöhten Aufwendungen für das Wasserentnahmeentgelt mit 0,7 Mio. € und mit 0,4 Mio. € für erhöhte sonstige Materialaufwendungen aus.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Mio. € auf 30,7 Mio. €. Die Erhöhung ist ausschließlich auf die Aufwendungen für Altersversorgung zurückzuführen.

Zum Stichtag 31.12.2014 beschäftigte RWW 418 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 25 Mitarbeiter befinden sich darüber hinaus in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Die Zahl der Angestellten sank von 219 auf 216 Mitarbeiter. Im gewerblichen Bereich sind 202 Mitarbeiter beschäftigt. Im Berichtsjahr beträgt der Anteil der weiblichen Beschäftigten 17,9% der Gesamtbelegschaft, bezogen auf den Angestelltenbereich beträgt ihr Anteil 29,2%. Auch im Berichtsjahr bildete RWW über den eigenen Bedarf hinaus aus. Am 31.12.2014 befanden sich 19 Jugendliche in einer Ausbildung in den Berufsbildern Industriekaufmann/-frau, Elektroniker/-in für Betriebstechnik, Anlagenmechaniker und Industriemechaniker/-in. RWW beschäftigte zum Jahresende 34 anerkannt schwerbehinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon befinden sich zwei Mitarbeiter in der Altersteilzeit-Freistellungsphase.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen lagen mit 8,9 Mio. € um 0,6 Mio. € unter Vorjahresniveau. Die zum 01.01.2013 vorgenommene Umstellung auf die lineare Nutzungdauer sowie das Erreichen der wirtschaftlichen Nutzungssdauer einiger Vermögensgegenstände im Berichtsjahr sind die Ursachen dieser Ergebnisverbesserung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (einschließlich der sonstigen Steuern) dotieren mit 24,2 Mio. € um 0,6 Mio. € unter Vorjahresniveau. Während die Aufwendungen für die Konzessionsabgaben und die sonstigen Beiträge und Gebühren auf Vorjahresniveau liegen, entfällt die Ergebnisverbesserung von 0,6 Mio. € nahezu ausschließlich auf eine Vielzahl von Einzelsachverhalten der übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Das Zins- und Finanzergebnis (einschließlich der außerordentlichen Aufwendungen) verschlechterte sich um 1,7 Mio. € auf 9,8 Mio. €. Diese Ergebnisverschlechterung resultiert hauptsächlich aus dem weiter rückläufigen Zinsniveau, das sich sowohl negativ bei den Erträgen aus Geldanlagen niederschlägt (-0,1 Mio. €) als auch höhere Zinsbelastungen bei den Pensionsrückstellungen (Berichtsjahr: 10,1 Mio. €; Vorjahr: 7,0 Mio. €) verursacht. Darüber hinaus wurde der noch bestehende BilMoG-Anpassungbetrag (Art. 67 Abs. 2 EGHGB) mit 1,6 Mio. € vollständig als außerordentlicher Aufwand im Vorjahr berücksichtigt. Durch die erstmalige Vereinnahmung der Beteiligungserträge der Wasserwerke Paderborn GmbH konnten die Beteiligungserträge um 0,2 Mio. € gesteigert werden.

Die sich für das Geschäftsjahr 2014 ergebene Steuerquote von ca. 44% ist im Wesentlichen zum einen darauf zurückzuführen, dass die Betriebsprüfung für den Zeitraum 2009 bis 2012 beendet wurde, zum anderen entwickeln sich die handels- und steuerrechtlichen Wertansätze der Pensionsrückstellungen weiter auseinander.

Finanzlage

RWW ist als Konzernunternehmen der RWE AG in den Cash Pool der RWE Deutschland AG, Essen, einbezogen. Das Cash Management umfasst die Durchführung von Zahlungsverkehr, Liquiditätsdisposition und Liquiditätsausgleich sowie die Anlage und die Aufnahme von Tages- und Termingeldern sowie Darlehen. Zum 31.12.2014 waren insgesamt 75,4 Mio. € bei der RWE Deutschland AG verzinslich angelegt.

Wie der nachfolgend wiedergegebenen Kurzfassung der Kapitalflussrechnung zu entnehmen ist, ergibt sich eine zahlungswirksame Erhöhung des Finanzmittelfonds um 5,6 Mio. €. Der Finanzmittelfonds wird definiert als Summe aus Kassenbestand zuzüglich der konzerninternen Geldanlagen.

	2014 Mio. €	2013 Mio. €
Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit	18,0	21,1
Cash flow aus Investitionstätigkeit	-2,4	-10,7
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit	-10,0	-10,0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	**5,6**	**0,4**

Sämtliche Investitionen des Geschäftsjahres konnten aus dem Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit finanziert werden. Der Rückgang des Cash flow aus Investitionstätigkeit um 8,3 Mio. € ergibt sich zum einen aus einem deutlich erhöhten Saldo der Erträge bzw. Verluste aus Anlagenabgängen (5,0 Mio. €) bei gleichzeitigem Rückgang der Auszahlungen für Investitionen (3,3 Mio. €).

Der dynamische Verschuldungsgrad (Differenz zwischen Fremdkapital und flüssige Mittel im Verhältnis zum Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit) ist im Berichtsjahr auf 2,51 (Vorjahr 2,35) angestiegen. Das Manageable Working Capital (im Wesentlichen Differenz zwischen Umlaufvermögen und kurzfristigen Verbindlichkeiten) beläuft sich auf 8,3 Mio. € und unterschreitet somit deutlich die Zielvorgabe von 10,5 Mio. €.

Vermögenslage

Nachfolgende Bilanzstruktur gibt einen Überblick über die wesentlichen Posten:

	31.12.2014 Mio. €	31.12.2013 Mio. €
Anlagevermögen	155,4	163,0
Umlaufvermögen	52,8	38,9
Rechnungsabgrenzungsposten	0,1	0,1
Bilanzsumme	**208,3**	**202,0**
Eigenkapital	74,4	76,2
Rohrnetzkostenzuschüsse	6,0	6,2
Rückstellungen	123,3	115,2
Verbindlichkeiten (einschl. passive Rechnungsabgrenzung)	4,6	4,4
Bilanzsumme	**208,3**	**202,0**

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum 31.12.2013 um 6,3 Mio. € erhöht. Wesentliche Ursachen auf der Aktivseite waren Liquiditätsverbesserungen, die sich anlagebedingt sowohl im Finanzanlage- als auch Umlaufvermögen mit 8,3 Mio. € niederschlagen, bei gleichzeitigem Rückgang des Sachanlagevermögens um 1,6 Mio. €. Hauptursache der Erhöhung der Bilanzsumme auf der Passivseite war der weitere Anstieg der Pensionsrückstellungen (+7,4 Mio. €).

Bei Gesamtinvestitionen von 8,5 Mio. €, Abgängen von 7,2 Mio. € und verrechneten Abschreibungen (einschließlich Zuschreibungen) von 8,9 Mio. € reduziert sich das Anlagevermögen um 7,6 Mio. € auf 155,4 Mio. €.

Von den Gesamtinvestitionen (einschließlich der Zuordnung der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau) entfallen 0,2 Mio. € auf immaterielle Vermögensgegenstände, 2,8 Mio. € auf technische Anlagen und Maschinen, 4,7 Mio. € auf Rohrnetz und Wasserzähler sowie 0,8 Mio. € auf Betriebs- und Geschäftsausstattung.

RWW weist für das Geschäftsjahr 2014 einen Jahresüberschuss von 8,2 Mio. € aus. Im Geschäftsjahr 2014 sind den Gewinnrücklagen 0,2 Mio. € zugeführt und 10,0 Mio. € ausgeschüttet worden. Die Eigenkapitalquote reduzierte sich auf 36,6% (Vorjahr 37,7%).

Die Rückstellungen erhöhten sich um 8,1 Mio. €. Während die Pensionsrückstellungen - im Wesentlichen zinsbedingt - um 7,4 Mio. € anstiegen, die Steuerrückstellungen sich hauptsächlich als Folge der Betriebsprüfung um 2,3 Mio. € erhöhten, reduzierten sich die sonstigen Rückstellungen um 1,6 Mio. €.

3. Nachtragsbericht

RWW wird mit einem finanziellen Engagement von 30,0 Mio. € dem RWE Pensionstreuhand e.V., Essen, beitreten. Am 02.01.2015 sind hierfür planmäßig 27,5 Mio. € geflossen. Eine Aufstockung wird im Laufe des Geschäftsjahres 2015 erfolgen.

Zum 01.01.2015 wird RWW - nach einer zweijährigen Preiskonstanz - eine Preiserhöhung der Mengen - und Systempreise der Tarifkunden von durchschnittlich 0,06 €/m³ vornehmen. Auch nach Preiserhöhung liegt der Anstieg des Wasserpreises unterhalb der Entwicklung des Lebenshaltungskostenindexes der letzten beiden Geschäftsjahre.

4. Chancen- und Risikobericht

RWW ist vollständig in das Risikomanagement des RWE Konzerns eingebunden. Die Risikomanagementprozesse der Gesellschaft sind daher auf die Vorgehensweisen und Berichtsstrukturen der Führungsgesellschaft RWE Deutschland AG abgestellt. Innerhalb der RWW ist ein Risikomanagement-Ausschuss implementiert, der sich aus Vertretern der wesentlichen Bereiche der Gesellschaft zusammensetzt. So ist sichergestellt, dass alle Risikokategorien berücksichtigt und bewertet werden können. Alle identifizierten Risiken, unabhängig von deren Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikohöhe, werden in einem Risikokatalog zusammengestellt. Der Risikomanagement-Ausschuss tagt regelmäßig, um diesen Katalog entsprechend zu aktualisieren. Der Risikomanagement-Ausschuss-Vorsitzende berichtet direkt an die Geschäftsführung, die die Funktion des Risikokoordinators wahrnimmt. Zu den vorbeugenden Maßnahmen des Risikomanagements zählen detaillierte Arbeits- und Verfahrensanweisungen, regelmäßige Wartungen und Überprüfungen der Anlagen, Schulungen sowie Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und, entsprechend dem Bedarf, Versicherungen. Hierdurch soll das Risikopotenzial minimiert werden. Die interne Revision, die direkt der Geschäftsführung zugeordnet ist, verfolgt in ihrer Tätigkeit einen risikoorientierten Prüfungsansatz und ist ebenfalls in die Revisionsprozesse der Führungsgesellschaft eingebunden.

Um im Spannungsfeld zwischen Verlustrisiken und Gewinnchancen weiterhin erfolgreich zu sein, ist die Wahrnehmung unternehmerischer Chancen wichtiger Bestandteil unserer strategischen Ausrichtung. Ein Ziel besteht in der systematischen und dauerhaften Verbesserung von Arbeitsabläufen und Prozessen.

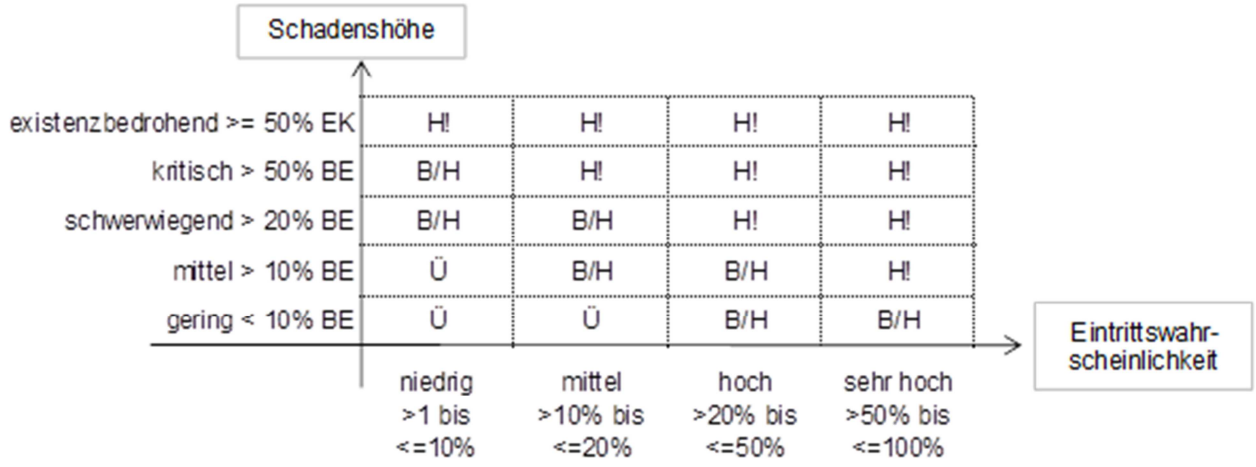
Die wesentlichen Risiken lassen sich wie folgt strukturieren:

Marktrisiken: Preisrisiken sowie Risiken und Chancen aus dem Verlust bzw. Gewinn von Konzessionsverträgen begegnet RWW unter anderem durch eine aktive Vertriebspolitik, differenzierte Preise, eine weitgehend absatzorientierte Beschaffung sowie ein effektives Kostenmanagement.

Betriebsrisiken: Betriebsrisiken, auch als operative Risiken bezeichnet, umfassen negative Effekte aus der spezifischen Geschäftstätigkeit. Durch die systematische Wartung von Leitungen und Anlagen sowie die kontinuierliche Optimierung entsprechender Prozesse werden Störungen vorgebeugt und sind Basis für eine hohe Versorgungssicherheit.

Finanzrisiken: Im Rahmen des unternehmerischen Handelns können auch Risiken und Chancen aus Kredit-, Zins- und Preisänderungen entstehen. Als Ursachen werden die Zinsentwicklung, die Geld-, Finanz- und Lohnpolitik genannt. RWW trägt diesen Risiken mit einer konservativen Anlagestrategie Rechnung. Da Kunden ihren Zahlungsverpflichtungen unter Umständen nicht oder nicht fristgerecht nachkommen, sind mit dem Vertriebsgeschäft grundsätzlich Risiken verbunden, denen RWW durch ein striktes Forderungsmanagement begegnet.

Die folgende Abbildung skizziert die Risikoportfolio-Matrix, bestehend aus den Dimensionen Eintrittswahrscheinlichkeit in % und erwartete Schadenshöhe in Mio. €, die von RWW als Analyse der Risiken genutzt wird. Die Wesentlichkeitsgrenze wird definiert in Abhängigkeit vom Betriebsergebnis bzw. vom Eigenkapital der Gesellschaft.



H!...aktueller Handlungsbedarf; B/H...beobachten, ggf. handeln; Ü...überwachen
EK...Eigenkapital nach HGB; BE...betriebliches Ergebnis

Die kritische Prüfung des Risikoportfolios lässt die Feststellung zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine wesentlichen Risiken bestanden haben und nach gegenwärtigem Kenntnisstand auch für das Geschäftsjahr 2015 nicht erkennbar sind, da sämtliche Risiken der Kategorie Ü zuzuordnen sind.

5. Prognosebericht

RWW ist bestrebt, ihre Marktposition als leistungsfähiger regionaler Wasserversorger stetig auszubauen. Das Unternehmen wird sich als „Regionales Kompetenzcenter Wasser“ der RWE Deutschland AG weiter etablieren, die Stärken und fachlichen Kompetenzen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft weiter systematisch einbringen und Synergien in der Zusammenarbeit mit Unternehmen der RWE-Gruppe erschließen. RWW ist bestrebt, ihre Leistungsfähigkeit, Kosten- und Kundenorientierung auch mit Dritten kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Wachstum für RWW, das auf dem Tagesgeschäft aufbaut, das Wassergeschäft der RWE Deutschland AG, die kontinuierliche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die nachhaltige Absicherung der erreichten Wertsteigerungen sind die wesentlichen mittel- und langfristigen Ziele des Unternehmens. Erfolge im Vertriebsbereich und damit verbundenes externes Wachstum sind wichtig für das Erreichen der gesetzten Ziele. RWW wird sich daher zukünftig weiter auf den Ausbau der vertrieblichen Aktivitäten und den Aufbau von Kooperationen mit benachbarten Versorgern konzentrieren. Die Überprüfung der Effizienz der Kernprozesse des Unternehmens und hiermit verbundene Anpassungen gehören für RWW zur Routine im Hinblick auf eine stetige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Absicherung der derzeitigen Position des Unternehmens im Versorgungsgebiet bildet zukünftig ebenso einen Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der RWW wie das Erreichen eines organischen Wachstums in den Bereichen Trinkwasser-Konzessionen und Vorlieferantenpositionen für Weiterverteiler sowie die Übernahme von Betriebsführungs-

und Dienstleistungsfunktionen. In den folgenden Jahren wird RWW sich darauf konzentrieren, auslaufende Konzessionsverträge zu verlängern. In der Position als Vorlieferant für Trinkwasser und in dem Ausbau von wassernahen Dienstleistungen sieht RWW die Chance, weitere Wachstumsziele zu generieren.

Die Aktivitäten zur Ausweitung von Tätigkeiten im Abwassersektor werden auch in den kommenden Geschäftsjahren fortgesetzt. Darüber hinaus wird Wachstum durch den Erwerb ausgewählter Beteiligungen an Wasser- und Abwasserunternehmen in (Teil-) Privatisierungsverfahren angestrebt.

RWW steht - in sich langsam verändernden Wasserteilmärkten - im Wettbewerb zu anderen Wasserversorgungsunternehmen. Die Gesellschaft wird daher zur Erreichung der gesteckten Ziele insbesondere auch Chancen zur Zusammenarbeit mit Partnern innerhalb und außerhalb des RWE-Konzerns nutzen. Auch in diesem Zusammenhang spielen die Möglichkeiten von Kooperationen mit benachbarten Versorgungsunternehmen eine strategische Rolle.

Die vorgesehenen Investitionen des kommenden Jahres konzentrieren sich mit einem Volumen von rund 10,8 Mio. € auf Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen.

Für das kommende Geschäftsjahr wird ein Betriebsergebnis von ca. 21,0 € erwartet. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass RWW bei annähernd gleich hohen Aufwendungen den vertrieblichen Bereich weiterentwickelt und somit seine Marktposition als leistungsfähiger Wasserversorger ausbaut. Das prognostizierte Betriebsergebnis basiert auf einer Absatzmenge von ca. 79,0 Mio. m³. Es bleibt abzuwarten, in welchem Umfang die „Zinsschmelze“ auf den Kapitalmärkten weiter fortschreitet und damit den Jahresüberschuss - als wirtschaftliche Basis der Dividende -, durch hohe Zinszuführungen zu den Pensionsrückstellungen, weiter belastet.

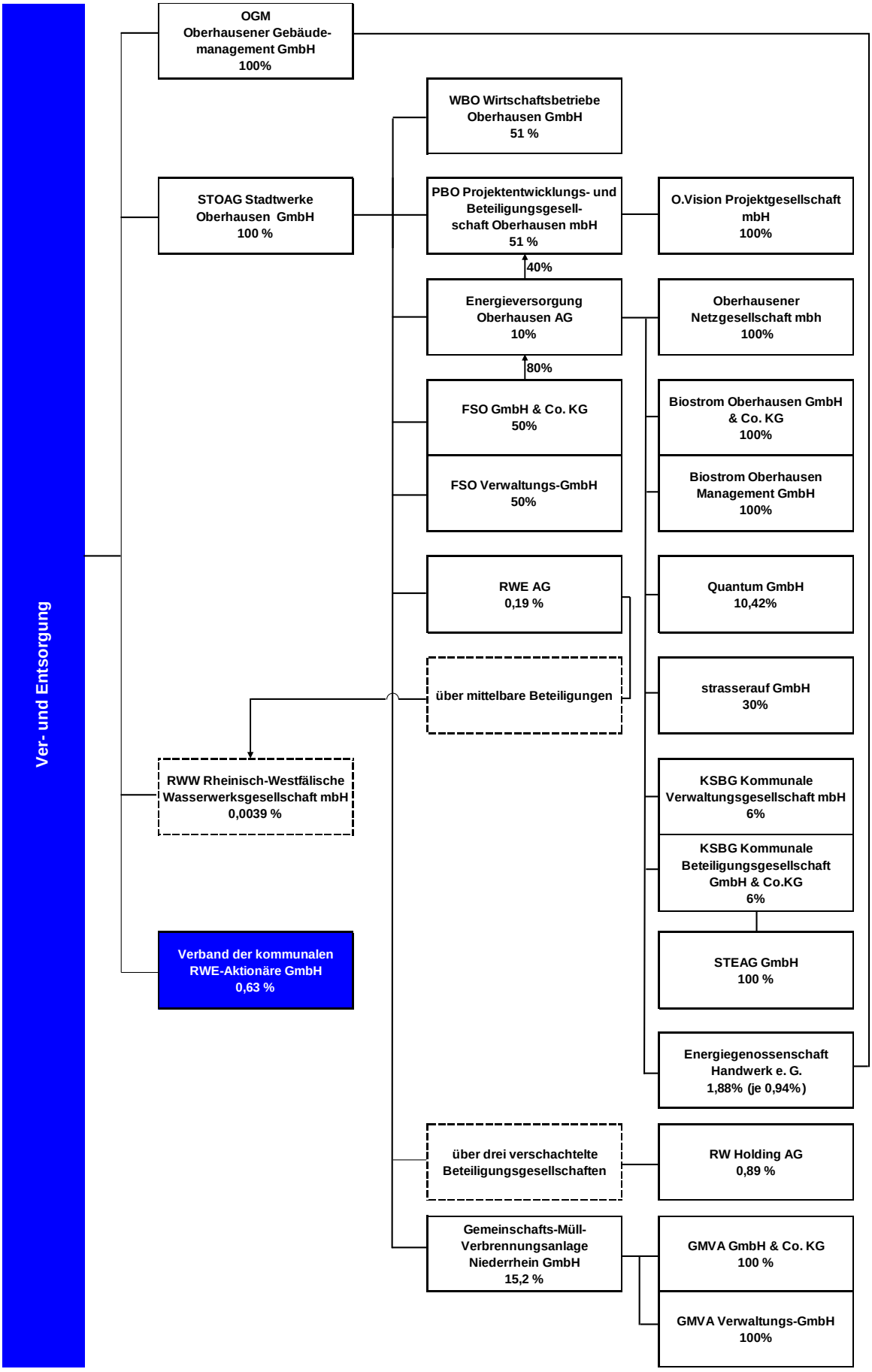
Die Geschäftsführung geht unverändert zum Vorjahr von einer Dividendenzahlung in Höhe von 10,0 Mio. € aus.

Mülheim an der Ruhr, 16.01.2015

RWW Rheinisch-Westfälische

Wasserwerksgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100%
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100%
40%
Energieversorgung Oberhausen AG 10%
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100%
80%
FSO GmbH & Co. KG 50%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100%
FSO Verwaltungs-GmbH 50%
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100%
RWE AG 0,19 %
Quantum GmbH 10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH 30%
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 6%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 6%
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
STEAG GmbH 100 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88% (je 0,94%)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,2 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100%

VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Str. 62
45130 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/ 221377
Fax	0201/ 222974
e-Mail	info@vka-rwe.de
Internet	www.vka-rwe.de/
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	127,82

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	0,80	0,63
Stadtsparkasse Oberhausen	0,51	0,40

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben
-die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten;
-die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und der Entsorgung zu beraten.

Die Gesellschaft kann nach Beschluss der Gesellschafterversammlung weitergehende Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Ver- und Entsorgungswirtschaft übernehmen. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedarf einer Änderung des Gesellschaftsvertrages.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

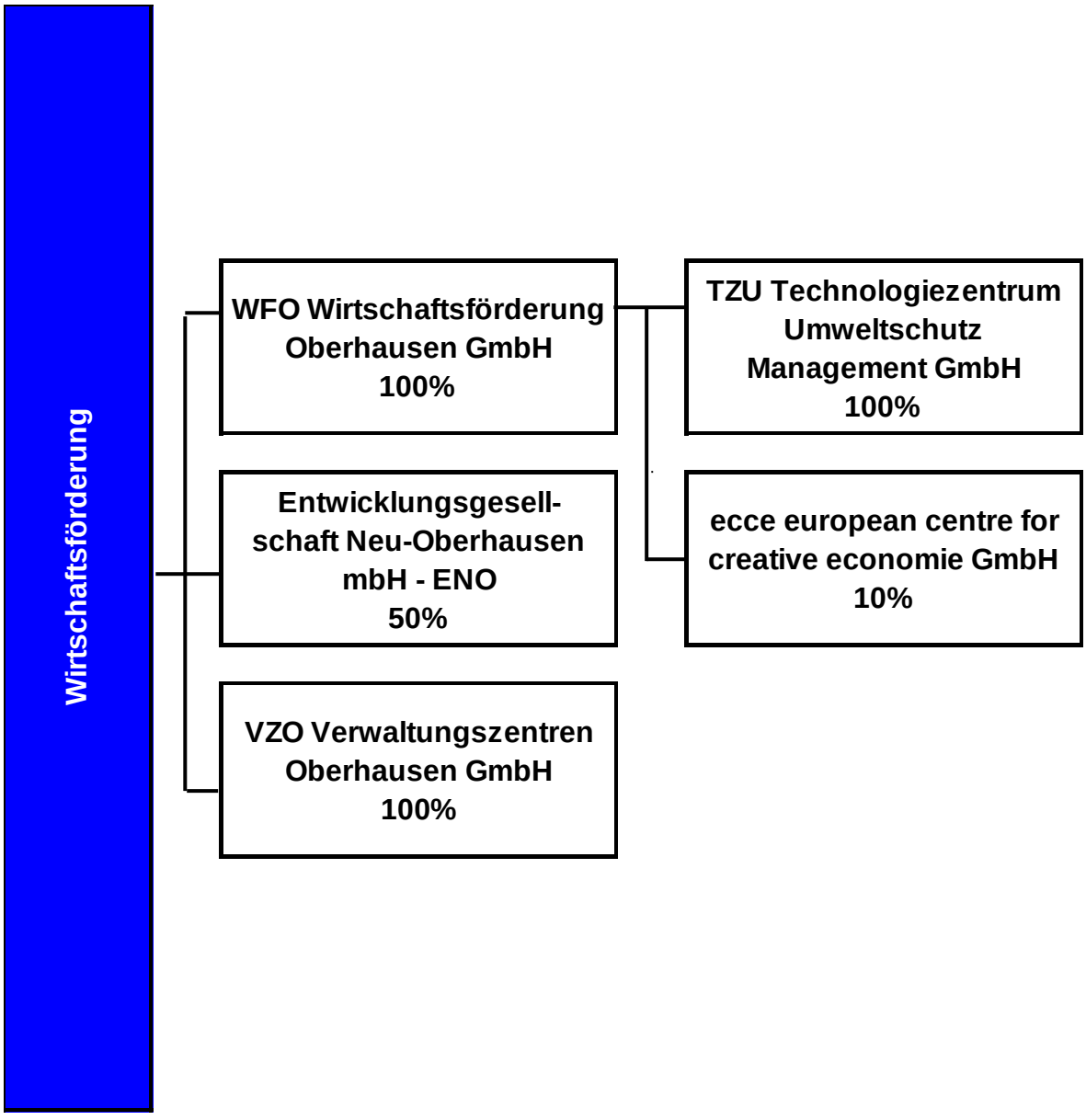
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

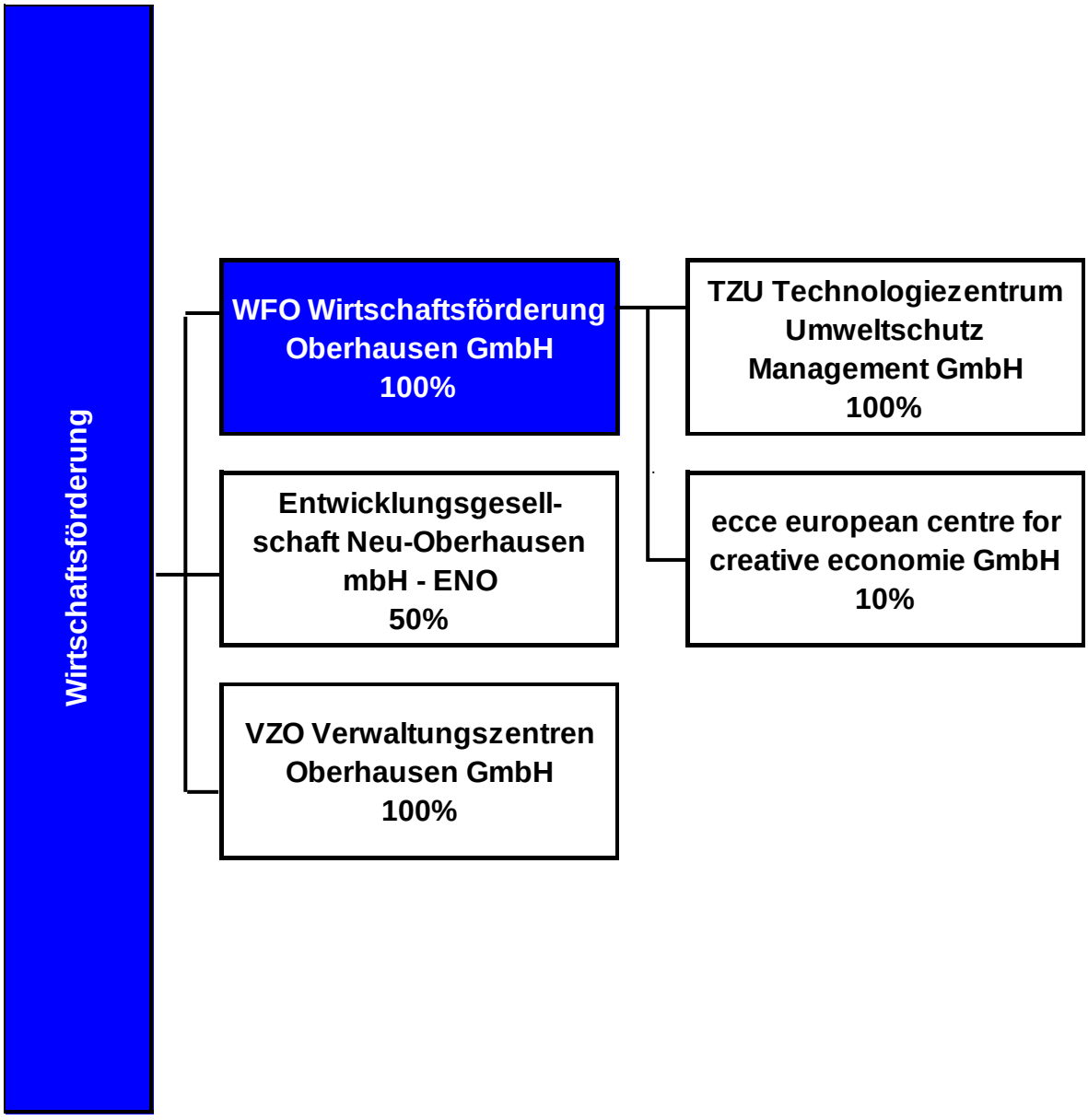
b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Gerlach, Ernst
	Geschäftsführer	Graef, Roger
Verwaltungsrat:	Vorsitzende	Mühlenfeld, Dagmar
	1. stellv. Vorsitzender	Ottmann, Peter
	2. stellv. Vorsitzender	Paß, Reinhard
	Mitglied	Kühn, Frithjof
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Wehling, Klaus

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten sowie des Lageberichts wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.

Wirtschaftsförderung




Wirtschaftsförderung
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50%
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH 100%
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100%
ecce european centre for creative economie GmbH 10%

WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 51
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85036-0
Fax	0208 / 8503610
e-Mail	info@wfo-gmbh.de
Internet	www.wfo-gmbh.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 50,00

Gesellschafter:

	TDM	%
Stadt Oberhausen	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Verbesserung der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch die Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklungen des Arbeitsmarktes
Entwicklung von Nutzungskonzepten für Industrie- und sonstige Grundstücke, deren Aufbereitung zum Zwecke der Vermarktung einschließlich aller damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten, insbesondere im Gebiet von Oberhausen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 28.11.2006 über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für WFO und deren Tochtergesellschaften
Gasometer Oberhausen GmbH	Mietvertrag Gasometer vom 17.12.2009/21.12.2009
Gasometer Oberhausen GmbH	Überlassungsvertrag Gasometer vom 17.10.1995/18.10.1995
Gasometer Oberhausen GmbH	Vertrag vom 25.10.1995 über den Betrieb und die Verwaltung des Gasometers
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Überlassung des LaGa-Grundstücks vom 04.10.1999
Theater Oberhausen	Vertrag über die Anmietung der Probebühne vom 01.10.1998
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 25.10.1995

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lichtenheld, Frank
Prokura:	Prokurist	Siegers, Norbert
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	stellv. Vorsitzender	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied gem. § 113 GO	Wehling, Klaus
	Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	Bischoff, Jörg
	Mitglied	Boos, Regina
	Mitglied	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Mellis, Karl-Heinz
	Mitglied	Tüzün, Saadettin
	Mitglied	Uppenkamp, Bernhard
	Mitglied	Walterfang, Heinrich
	Mitglied	Wischermann-Bruck-schlegel, Ursula

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
ecce - european centre for creative economy GmbH	2,50	10,00
	TDM	**%**
Gasometer Oberhausen GmbH	50,00	100,00
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	300,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		**2013**		**2014**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	3.025,03	41,7	2.881,67	40,4	2.736,81	39,2	-144,86	-5,03
Umlaufvermögen	4.222,00	58,3	4.258,86	59,6	4.245,13	60,8	-13,73	-0,32
Bilanzsumme	**7.247,03**	**100,00**	**7.140,53**	**100,00**	**6.981,94**	**100,00**	**-158,59**	**-2,22**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	3.330,29	46,0	3.353,49	47,0	3.547,12	50,8	193,63	5,77
Sonderposten mit Rücklagenanteil	842,75	11,6	779,11	10,9	715,46	10,2	-63,65	-8,17
Rückstellungen	105,05	1,4	99,51	1,4	144,16	2,1	44,65	44,87
Verbindlichkeiten	2.968,93	41,0	2.908,43	40,7	2.575,20	36,9	-333,23	-11,46
Bilanzsumme	**7.247,03**	**100,00**	**7.140,53**	**100,00**	**6.981,94**	**100,00**	**-158,59**	**-2,22**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	800,00	800,00	780,00
sonstige betriebliche Erträge	1.004,91	1.058,70	1.047,90
Personalaufwand	824,35	852,31	916,38
Abschreibungen	145,88	145,86	145,98
sonstige betriebliche Aufwendungen	733,38	715,75	704,90
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4,59	0,75	0,95
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	83,55	59,07	43,35
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	22,34	86,46	18,22
außerordentliche Erträge			270,72
außerordentliches Ergebnis			270,72
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4,70	4,37	36,41
sonstige Steuern	58,90	58,90	58,90
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-31,87	23,19	193,63
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	3.044,53	3.012,66	3.035,86
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3.012,66	3.035,86	3.229,49

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-3,98	2,90	24,82	%
Eigenkapitalrentabilität:	-10,03	7,30	60,96	%
Cash-Flow:	114,01	169,05	339,62	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	150,41	154,89	152,32	T€
Personalaufwandsquote:	45,67	45,86	50,13	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	21,85	20,13	18,52	%
Eigenkapitalquote:	45,95	46,96	50,80	%
Fremdkapitalquote:	54,05	53,04	49,20	%

e) Lagebericht

Wirtschaftsstandort Oberhausen weiter aufwerten!

Weitsicht, Bodenständigkeit und Nachhaltigkeit sind drei wesentliche Aspekte, die auch im Jahr 2014 bei der Schaffung solider Rahmenbedingungen zum Tragen gekommen sind. Sie sind der Verdienst von vielen Entscheidern aus Wirtschaft und Wissenschaft sowie Politik und Verwaltung, die ein gemeinsames Ziel vor Augen haben. Sie arbeiten an einem zukunftsfähigen Oberhausen, das heute, morgen und auch übermorgen eine Rolle im Wettbewerb der Städte und Regionen einnehmen soll.

Vordringliche Aufgabe ist es, die Standortbedingungen weiter aufzuwerten, indem neue Handlungsspielräume für Unternehmen geschaffen werden. Denn der leistungsfähige und in der Region verwurzelte Mittelstand, das Herzstück unserer Wirtschaft, handelt verantwortungsvoll und investiert vor allem bei attraktiven Voraussetzungen.

Folglich führt an der mittelfristigen Entwicklung neuer Gewerbeflächen kein Weg vorbei, um das anhaltende Interesse an qualitativ hochwertigen Grundstücken flexibel bedienen zu können.

Fakt ist, dass wir als Wirtschaftsförderung nur noch über sehr wenige eigene Flächen verfügen. Alle anderen gewerblich zu nutzenden verfügbaren Grundstücke befinden sich im Eigentum Dritter, mit denen wir im engen Schulterschluss und

nach Absprache die Vermarktung und Projektentwicklung angehen. Wir sind hier in erster Linie Vermittler, Lotse, Moderator und Ideengeber. Dazu zählen z. B. die Flächen des ehemaligen Stahlwerksgeländes, des sogenannten BusinessPark.O, die Büro- und Grundstücksflächen an der Marina, am Olga-Park, am Hansapark-Ost, an der Duisburger Straße oder im Bereich des Gewerbegebietes Waldteich - um nur einige zu nennen.

Bisher konnten wir anfragenden Unternehmen fast immer eine geeignete Fläche anbieten und Lösungen finden. Firmen wie die NanoFocus AG, die HiCon Europe GmbH, Hilti oder die Agentur move:elevator haben in den letzten Monaten ihre Unternehmen innerhalb des Stadtgebietes verlagert, zum Teil neu gebaut und sich hierdurch entsprechende Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen. Unternehmen wie die Leantechnik AG, die FELDER Löttechnik GmbH, die Schultz GmbH oder die Heitmann Stahlhandel GmbH konnten ihren Firmensitz am Standort erweitern und auf diese Weise die Zukunftsfähigkeit ihrer Betriebe und der Arbeitsplätze sichern. Es gibt jedoch auch einzelne Anfragen, bei denen wir auf unserem Stadtgebiet keine passende Fläche aus unserem Portfolio anbieten können. Sei es, weil die Größe nicht passt, der Kaufpreis nicht den Vorstellungen entspricht, die verkehrliche Anbindung nicht optimal ist oder der Eigentümer andere Nutzungsvorstellungen hat. In solchen Fällen bitten wir im Rahmen unserer interkommunalen Zusammenarbeit auch die Wirtschaftsförderungskollegen in den Nachbarstädten darum zu prüfen, ob dort ggf. ein geeignetes Angebot unterbreitet werden kann, damit wir die Unternehmen zumindest in der Metropole Ruhr halten können.

Gewerbeflächen- und Objektvermittlung – Der Mangel an verfügbaren und marktgängigen Gewerbegrundstücken (GE, GI) hat bereits in Einzelfällen dazu geführt, dass ansässigen Unternehmen nicht die gewünschten Flächen angeboten werden konnten mit der Konsequenz, dass diese den Standort bereits verlassen haben oder noch verlassen werden.

Vor diesem Hintergrund kommt der Mitgliedschaft der Stadt Oberhausen im Flächenpool NRW eine besondere Bedeutung zu. Hier geht es im Wesentlichen darum, definierte brach liegende (Innenstadt-)Flächen in enger Abstimmung mit den Grundstückseigentümern einer neuen Nutzung zuzuführen.

Die intensive und prozessorientierte Betreuung der ortsansässigen Unternehmen wird auch weiterhin einen besonderen Arbeitsschwerpunkt der kommunalen Wirtschaftsförderung darstellen.

Im Zuge der geplanten Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung ist ein wesentliches Ziel die Implementierung eines Key Account Managements. Die intensivere Betreuung von sog. Schlüsselkunden soll dazu beitragen, Wünsche und Erfordernisse von Unternehmen frühzeitig aufzunehmen und durch entsprechende Aktivitäten zielorientiert zu begleiten.

Grundstücksentwicklung **„Zeche Osterfeld"-** Die WFO hat auch im Geschäftsjahr 2014 die Vermarktungsaktivitäten für die Flächen, für die der Bebauungsplan Nr. 540 „Vestische Straße / Zum Steigerhaus" rd. 8.000 qm Mischgebiet und rd. 9.100 qm Gewerbegebiet ausweist, fortgeführt. Diese Flächen im Bereich der ehemaligen Zeche Osterfeld sind für gewerbliche Dienstleistungen und nicht störendes Gewerbe zu nutzen.

Für das **Steigerhaus** hat die WFO im Geschäftsjahr 2014 Aufwendungen von rd. 47 TEUR getätigt. Davon entfallen rd. 13 TEUR auf die Renovierung und technische Infrastrukturausstattung nach heutigem Standard in eine Mieteinheit. Nach Durchführung der vorgenannten Maßnahmen konnte die Büroeinheit unmittelbar wieder vermietet werden. Aufgrund eines im August festgestellten Schadens im Bereich des Flachdaches des Gebäudes sind für diverse Maßnahmen und Voruntersuchungen Kosten von rd. 26 TEUR angefallen.

Kreativwirtschaft - Kultur- und Kreativwirtschaft ist zugleich auch Wirtschaftsförderung. Das kulturelle Umfeld einer Region oder Kommune spielt mehr und mehr eine entscheidende Rolle als Standortfaktor bei der Ansiedlung von Unternehmen.

Die Zusammenarbeit mit der ecce european centre for creative economy GmbH und der Stadt Oberhausen dient der Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft in Oberhausen und konnte im Jahr 2014 intensiviert werden: Insbesondere bzgl. Aufgaben- und Projektarbeiten, die über das Kulturdezernat und dem Kulturbüro bearbeitet werden (wie z. B. Teilnahme an diversen Arbeitskreisen, Netzwerktreffen u. ä.). Dies begründet sich in der Tatsache, dass der Vertreter des Kulturdezernates, Apostolos Tsalastras als Kulturdezernent & Kämmerer, sowie des Kulturbüros, Volker Buchloh als Leiter, die Stadt Oberhausen im Kuratorium der ecce GmbH vertreten und somit gemeinsam mit den Städten Dortmund, Bochum, Essen und Gelsenkirchen, die ebenfalls Gesellschaftsanteile zu je 10 % an der ecce GmbH besitzen, die Aktivitäten der ecce GmbH im regionalen Konsens unterstützen.

Wirtschaftsfaktor Tourismus - Mit den Themen „Shopping, Entertainment, Industriekultur" war Oberhausen 2014 wieder ein überaus interessantes Reiseziel – auch für Touristen aus dem Ausland. Die Gasometer-Ausstellung „Der schöne Schein", das Musical „Sister Act" im Metronom Theater, der Sea Life Abenteuerpark, das Legoland Discovery Centre sowie das CentrO mit der Weihnachtswelt haben maßgeblich zu einer erneuten Steigerung der Übernachtungszahlen beigetragen. Zusätzlich haben eine starke NRW-Messesaison und die für Geschäftsreisende wichtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen positive Impulse gesetzt.

Mit insgesamt 460.556 Übernachtungen (Quelle: IT.NRW Düsseldorf) und einer Steigerung von + 1,1 Prozent hat Oberhausen 2014 einen neuen Rekordwert erreicht. Damit verzeichnet die Stadt bereits zum elften Mal hintereinander steigende Übernachtungszahlen. Die Ankünfte im vergangenen Jahr sind sogar mit einem Plus von 4,6 Prozent noch deutlicher auf nun 213.775 Gäste gestiegen. Mit 50,9 Prozent Bettenauslastung nimmt Oberhausen in 2014 hinter Aachen den zweiten Platz aller kreisfreien Städte in NRW ein. Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland haben um 2,4 Prozent zugenommen. Allein im Dezember 2014 konnte eine Steigerung von 22,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat registriert werden. Die fünf wichtigsten Quellmärkte sind dabei die Niederlande, Belgien, China, Schweiz und Großbritannien.

Berichterstattung über Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2014 endet nach Berücksichtigung des Gewinnvortrages aus Vorjahren mit einem Bilanzgewinn i. H. v. 3.229 TEUR. Der tatsächliche Jahresüberschuss beträgt 194 TEUR. Er ist wesentlich durch a. o. Erträge im Zusammenhang mit in Vorjahren wertberichtigten Forderungen aus dem Verkauf des Marina-Grundstücks in Höhe von 271.000 TEUR geprägt.

Unter Zugrundelegung der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 21.11.2013 beschlossenen Wirtschaftsplanung lag der erwartete Jahresüberschuss bei 10 TEUR.

Das tatsächliche Ergebnis liegt damit um 184 TEUR über dem Planansatz.

Unter Zugrundelegung des vom Aufsichtsrat am 02.12.2014 verabschiedeten Wirtschaftsplans 2015 ist im Jahre 2015 mit einem vorläufigen Jahresfehlbetrag von ca. 155 TEUR zu rechnen.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Anzahl der Gesellschafter der ENO und damit auch die Gesellschafterzuschüsse zur Finanzierung der Projekte der Wirtschaftsförderung immer wieder Schwankungen unterliegen, die zeitnah nicht ausgleichbar sind, sind die geplanten Umsatzerlöse aus den Projektverträgen zwischen WFO und ENO im Jahr 2015 auf 780 TEUR und in den Folgejahren auf 750 TEUR reduziert worden.

Mit dem Gesamt-Finanzierungskonzept für die Wirtschaftsförderung, das im Wesentlichen auf Umsatzerlösen im Rahmen der Projektbeauftragung durch ENO, sonstigen betrieblichen Erträgen im Rahmen der Geschäftsbesorgung für Tochtergesellschaften und Mieteinnahmen aus der Vermietung eigener Immobilien beruht, bleibt die Stabilisierung der Finanzlage der Gesellschaft ständige Aufgabe.

Um das Leistungsangebot der Wirtschaftsförderung weiterhin erfolgs- und zukunftsorientiert anbieten zu können, wurde ein Prozess der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung eingeleitet.

Der Rat der Stadt Oberhausen hat am 10.03.2014 einen Prüfauftrag zur inhaltlichen und organisatorischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung beschlossen. In der Aufsichtsratssitzung vom 25.6.2014 wurde der Beschluss gefasst, die Neuausrichtung der Wirtschafts- und Tourismusförderung Oberhausen durch das Beratungsunternehmen ExperConsult extern begleiten zu lassen.

Ziel ist es, das bereits erfolgreiche PPP-Modell fortzuführen bzw. weiterzuentwickeln, in dem aus den zwei existierenden Gesellschaften WFO GmbH und TMO GmbH eine gemeinsame, zukunftsorientierte Wirtschafts- und Tourismusförderungsgesellschaft Oberhausen entsteht, die dann noch intensiver mit der ENO kooperiert und public-private-partnership weiter in den Vordergrund stellt. Ein umfassender In- formationsaustausch zwischen Unternehmen und Wirtschaftsförderung ist so gewährleistet und eine erfolgreiche projektorientierte Zusammenarbeit gesichert.

Letztlich wird somit auch dem Wirtschaftsfaktor Tourismus entsprechend Raum gegeben.

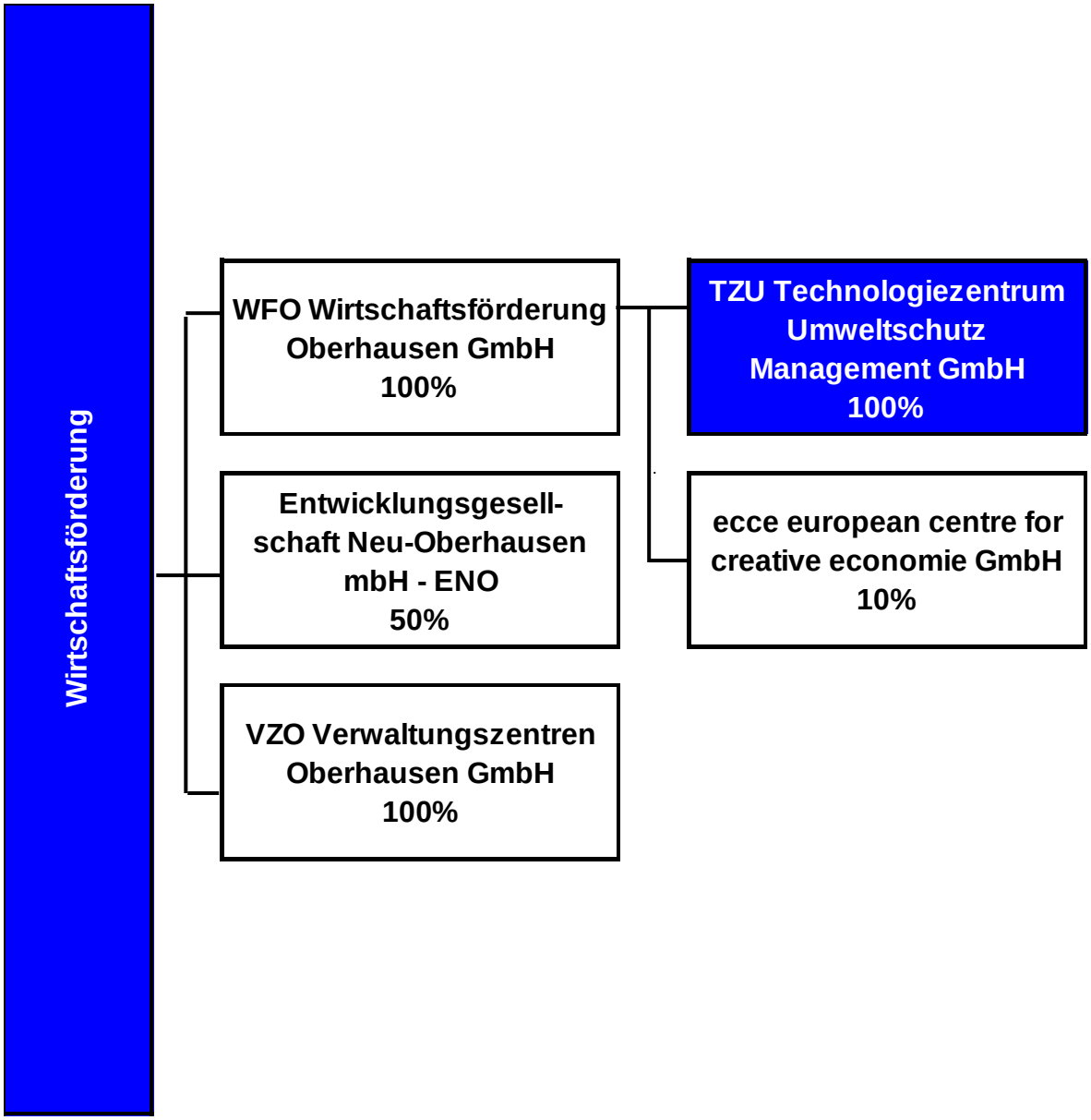
Im Focus der Prüfung stehen nicht nur die inhaltlichen Themen, sondern auch eine separate Überprüfung der steuer- und finanzrechtlichen Einflüsse bei einer möglichen Verschmelzung. Durch die angestrebte Umstrukturierung werden sich im Laufe der Prozesse weitere Aufwendungen für externe Berater ergeben.

Entsprechende Sitzungen der Aufsichtsräte und des Rates der Stadt Oberhausen zur Umstrukturierung sind im ersten Halbjahr 2015 vorgesehen.

Oberhausen, 10. April 2015 WFO - Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH

Geschäftsführer

Frank Lichtenheld


Wirtschaftsförderung
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50%
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH 100%
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100%
ecce european centre for creative economie GmbH 10%

TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 3
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85037-0
Fax	0208/851518
e-Mail	lerch@tzu.de
Internet	www.tzu.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 300,00

Gesellschafter:

	TDM€	%
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	300,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- die Weiterentwicklung und der Betrieb des Technologiezentrums Umweltschutz sowie die Förderung der Technologiezentren
- die Entwicklung von Grundstücken mit allen damit zusammenhängenden Tätigkeiten, insbesondere die Erarbeitung von Nutzungskonzepten sowie die Aufbereitung und Vermarktung der Grundstücke
- die Entwicklung, Betreuung und der Betrieb von Projekten mit besonderer Strukturrelevanz für den Standort Oberhausen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Pachtvertrag vom 22.12.2006 - Laufzeit 01.01.2007 - 31.12.2011, verlängert bis 31.12.2016
Stadt Oberhausen	Tilgungsvereinbarung Stadt/GEG/TZU/SSO
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 25.10.1995

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lerch, Klaus
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Wehling, Klaus

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	6.690,41	63,1	5.948,38	71,4	5.206,67	67,1	-741,71	-12,47
Umlaufvermögen	3.274,81	30,9	1.565,40	18,8	1.659,42	21,4	94,02	6,01
Rechnungsabgrenzungsposten	7,69	0,1	5,24	0,1	5,26	0,1	0,02	0,38
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	630,91	5,9	817,15	9,8	891,94	11,5	74,79	9,15
Bilanzsumme	**10.603,83**	**100,00**	**8.336,17**	**100,00**	**7.763,29**	**100,00**	**-572,88**	**-6,87**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Sonderposten mit Rücklagenanteil	4.127,20	38,9	3.692,75	44,3	3.258,31	42,0	-434,44	-11,76
Rückstellungen	353,30	3,3	355,28	4,3	368,10	4,7	12,82	3,61
Verbindlichkeiten	6.123,32	57,7	4.288,14	51,4	4.136,88	53,3	-151,26	-3,53
Bilanzsumme	**10.603,83**	**100,00**	**8.336,17**	**100,00**	**7.763,29**	**100,00**	**-572,88**	**-6,87**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	680,00	640,00	680,00
sonstige betriebliche Erträge	441,65	461,56	482,66
Personalaufwand	2,04	0,70	1,20
Abschreibungen	742,03	742,03	742,09
sonstige betriebliche Aufwendungen	186,73	392,21	348,83
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7,62	1,27	0,82
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	254,65	153,18	145,20
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-56,18	-185,28	-73,84
außerordentliche Erträge	4,64	4,48	4,48
außerordentliche Aufwendungen	5,44	5,44	5,44
außerordentliches Ergebnis	-0,80	-0,96	-0,96
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-56,98	-186,24	-74,79
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-34.073,96	-34.130,94	-34.317,18
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-34.130,94	-34.317,18	-34.391,97

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-8,38	-29,10	-11,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,17	-0,54	-0,22	%
Cash-Flow:	685,05	555,79	667,30	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,18	0,06	0,10	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	63,09	71,36	67,07	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Geschäftsverlauf und Lage

Die Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) hat im Geschäftsjahr 2014 den vertragsgemäß vereinbarten Pachtzins i. H. v. EUR 680.000 bezahlt, so dass die TZU Management GmbH in 2014 ausreichend mit liquiden Mitteln versorgt war.

Auch in 2014 kam es in den Gebäuden wie schon in den Vorjahren zu unvorhersehbaren Mängeln, deren Beseitigung sowohl aus sicherheitstechnischen Aspekten als auch aus betrieblichen Gründen unabdingbar war. Im TZU II hatte sich die innere Klinkerwand gelöst und musste komplett erneuert werden. Ein Schaden an der Klimaanlage im TZU IV musste für mehr als EUR 40.000 behoben werden. Da lt. Pachtvertrag die Kosten für Wartung, Instandhaltung und Instandsetzung auf jährlich EUR 200.000 gedeckelt sind, mussten die übersteigenden Kosten i. H. v. TEUR 144 von der TZU Management GmbH vertragsgemäß übernommen werden, so dass sich ein Jahresfehlbetrag in 2014 i. H. v. TEUR 74,8 ergab.

Die übrigen Ergebnisse in 2014 entsprachen fast vollständig den Planvorgaben.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres liegen nicht vor.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die OGM hat mitgeteilt, den bis zum 31.12.2016 laufenden Pachtvertrag nicht zu verlängern.

Es sollte deshalb möglichst frühzeitig überlegt werden, wie zukünftig mit den Gebäuden des Technologiezentrums verfahren werden soll.

Dabei wären mehrere Szenarien denkbar: unter anderem ein weiterer Betrieb des Technologiezentrums wie in den Vorjahren vor der Verpachtung an die OGM GmbH durch die TZU Management GmbH oder ein Verkauf, evtl. auch Teilverkauf, der Gebäude. Unabhängig von der Entscheidung bleibt auch in 2015 abzuwarten, ob und in welcher Höhe weitere Reparaturen an den Gebäuden anfallen. Da zum jetzigen Zeitpunkt keine konkreten Mängel zu erkennen sind, können keine verlässlichen Kosten geplant werden.

Sollte es wieder zu einer Überschreitung der vertraglich festgelegten Summe i. H. v. EUR 200.000 kommen, verfügt die TZU Management GmbH zzt. über genügend Liquidität, diese Kosten zu übernehmen, so dass die Fortführung des Unternehmens sichergestellt ist.

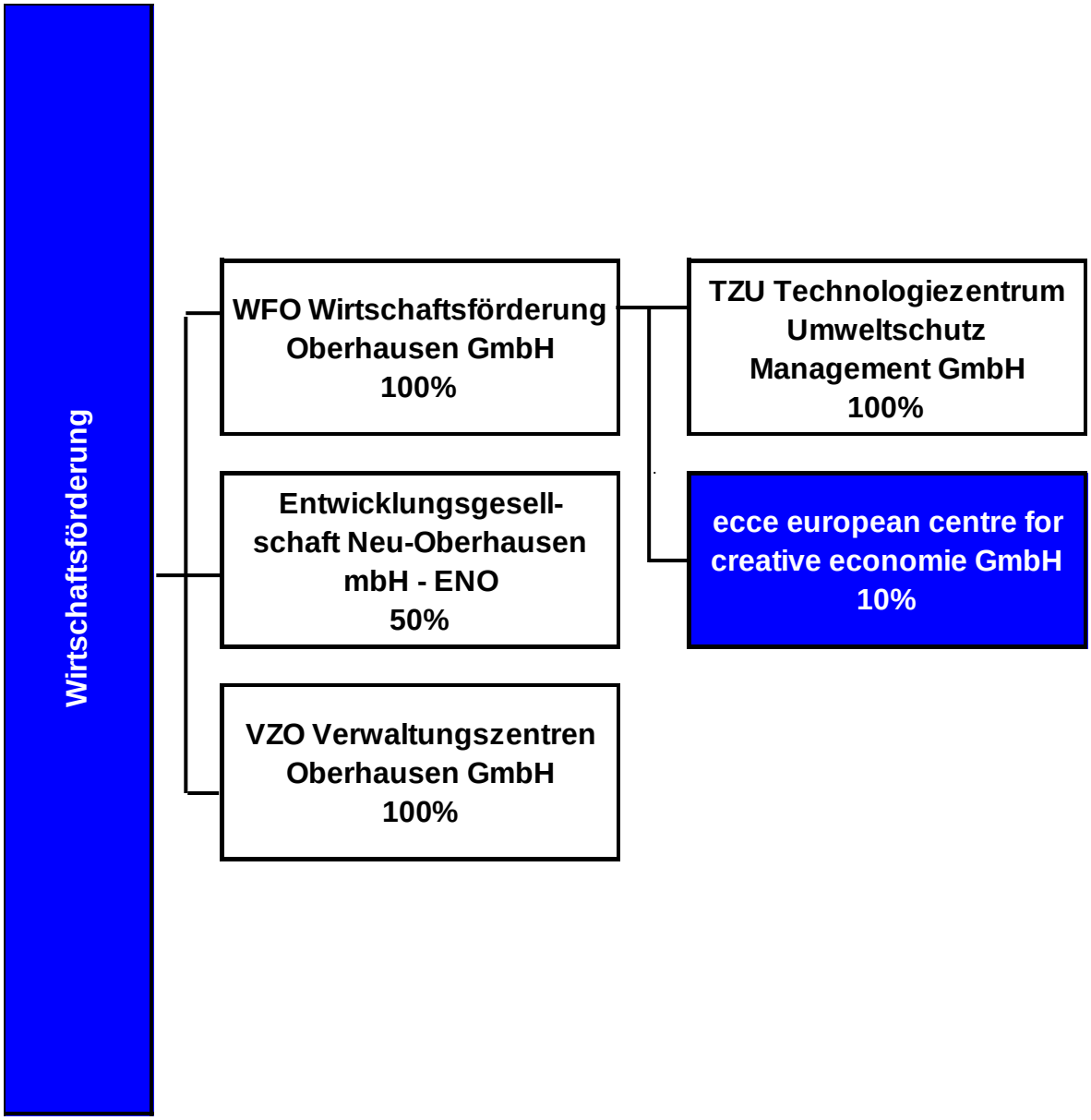
Der Verkehrswert der Gebäude liegt nach einem aktuellen Gutachten zzt. bei ca. EUR 13,0 Mio. mehr als doppelt so hoch wie der Buchwert i. H. v. ca. EUR 5,2 Mio. Dadurch besteht auch zukünftig keine Überschuldungsproblematik, auch wenn sich durch die hohen Instandsetzungskosten das negative Eigenkapital bei der TZU Management GmbH weiter erhöht hat.

Oberhausen, 20. März 2015

Klaus Lerch (Geschäftsführer)

TZU Technologiezentrum Umweltschutz

Management GmbH


Wirtschaftsförderung
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50%
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH 100%
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100%
ecce european centre for creative economie GmbH 10%

ecce - european centre for creative economy GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Emil-Moog-Platz 7
44137 Dortmund

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Folkwang Universität der Künste	2,50	10,00
Stadt Bochum	2,50	10,00
Stadt Dortmund	7,50	30,00
Stadt Essen	2,50	10,00
Stadt Gelsenkirchen	2,50	10,00
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	2,50	10,00
Wirtschaftsförderung metropoleruhr GmbH	5,00	20,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Zweck der Gesellschaft ist es, die Erfolge der Kulturhauptstadt RUHR.2010 nachhaltig abzusichern, die Kultur- und Kreativwirtschaft der Metropole RUHR zu fördern und deren europäische Potentiale weiterzuentwickeln.

2. Die Gesellschaft verwirklicht diesen Zweck durch
- die Unterstützung von kreativen Quartiersentwicklungen (z. b. Kreativ.Quartiere Ruhr);
- Maßnahmen zur Förderung kultureller Bildung sowie Projekte zum Aufbau und zur Etablierung von regionalen und überregionalen Netzwerken, wie bspw. Messen, Veranstaltungen und Wettbewerbe;
- die Stärkung und Bewerbung des Kreativstandortes Ruhr in Europa durch Veranstaltungen, internationale Foren, Fachkontakte und neue Kommunikationsformen (z.B. LABKULTUR.tv)

3. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

4. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen des § 109 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

5. Die Gesellschaft wird sich im Rahmen des jährlich zu beschließenden Wirtschaftsplans zu wesentlichen Teilen aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanzieren. Darüber hinaus können Gelder für Projektfinanzierungen und Forschungsaufträge eingeworben werden. Die Gesellschaft wird alle ihr zu Verfügung stehenden Mittel ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke verwenden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Prof. Gorny, Dieter
	Prokuristin	Löhr, Claudia
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Lichtenheld, Frank

Kuratorium:	Mitglied gem. § 113 GO	Tsalastras, Apostolos
	Mitglied	Dr. Bandelow, Volker
	Mitglied	Beck, Rasmus C.
	Mitglied	Best, Hans-Jürgen
	Mitglied	Bomheuer, Andreas
	Mitglied	Buchloh, Volker
	Mitglied	Dieckmann, Dietmar
	Mitglied	Dustmann, Heinz Herbert
	Mitglied	Prof. Dr. Gather, Ursula
	Mitglied	Geiß-Netthöfel, Carola
	Mitglied	Krämer, Reinhard
	Mitglied	Mitschke, Roland
	Mitglied	Obereiner, Jörg
	Mitglied	Stüdemann, Jörg
	Mitglied	Townsend, Michael
	Mitglied	Westphal, Thomas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	56,39	19,6	33,38	14,8	14,23	9,0	-19,15	-57,37
Umlaufvermögen	230,68	80,3	190,95	84,8	144,07	90,9	-46,88	-24,55
Rechnungsabgrenzungsposten	0,11	0,0	0,94	0,4	0,13	0,1	-0,81	-86,17
Bilanzsumme	**287,18**	**100,00**	**225,28**	**100,00**	**158,44**	**100,00**	**-66,84**	**-29,67**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	25,00	8,7	25,00	11,1	25,00	15,8	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil	56,39	19,6	33,38	14,8	14,23	9,0	-19,15	-57,37
Rückstellungen	19,51	6,8	18,91	8,4	19,97	12,6	1,06	5,61
Verbindlichkeiten	186,28	64,9	141,89	63,0	99,15	62,6	-42,74	-30,12
Rechnungsabgrenzungsposten			6,10	2,7	0,08	0,1	-6,02	-98,69
Bilanzsumme	**287,18**	**100,00**	**225,28**	**100,00**	**158,44**	**100,00**	**-66,84**	**-29,67**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	43,45	82,91	46,27
sonstige betriebliche Erträge	1.237,22	1.086,91	1.147,84
Materialaufwand	451,35	417,47	385,93
Personalaufwand	546,13	531,20	552,24
Abschreibungen	28,15	24,46	21,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	255,04	196,68	234,93
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	28,15	24,46	21,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:		86,65	91,85	T€
Personalaufwandsquote:	42,64	45,41	46,25	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	11,04	9,27	8,39	%
Eigenkapitalquote:	8,71	11,10	15,78	%
Fremdkapitalquote:	91,29	88,90	84,22	%

e) Lagebericht

1. Geschäftsentwicklung und Rahmenbedingungen

Nach Gründung am 28.11.2011 durch die Stadt Dortmund als Ankergründerin und einziger Gesellschafterin hat die ecce GmbH ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen.

Das Land NRW und der Regionalverband Ruhr haben sich 2011 im Nachhaltigkeitspapier zur Kulturhauptstadt RUHR.2010 darauf geeinigt, dass „die von Ruhr 2010 begonnene Entwicklung der Kreativwirtschaft in einer gesicherten Trägerstruktur fortgeführt werden" soll. Ferner sollen die „Wirtschaftsförderung metropoleruhr (WMR) als regionale Wirtschaftsförderungsgesellschaft zusammen mit ecce die Entwicklung der projektierten Kreativ.Quartiere zu profilierten Adressen der Kreativwirtschaft" moderieren.

Die Stadt Dortmund hat die Aufgabe übernommen, eine GmbH „ecce" zu gründen, der dann die WMR sowie weitere Städte im Ruhrgebiet, die im Bereich Kreativ.Quartiere engagiert sind, beitreten sollten.

Weitere Beitritte sind 2013 durch die Städte Bochum, Gelsenkirchen, Essen sowie durch die Wirtschaftsförderung metropoleruhr GmbH und die Wirtschaftsförderung Oberhausen erfolgt.

In 2014 ist als neue Gesellschafterin die Folkwang Universität der Künste hinzugekommen. Die Gesellschafter-Struktur der ecce GmbH ist damit per 31.12.2014 wie folgt:

Stadt Dortmund	30 %
Stadt Bochum	10 %
Stadt Gelsenkirchen	10 %
Stadt Essen	10 %
Wirtschaftsförderung Oberhausen	10 %
Wirtschaftsförderung metropoleruhr	20 %
Folkwang Universität der Künste	10 %

Die ecce GmbH hat gemäß ihres Auftrages für das Geschäftsjahr 2014 Bewilligungen für folgende Fördermittel erhalten:

A. Betriebskosten in Höhe von 300.000,00 €
B. LABKULTUR.TV in Höhe von 150.000,00 €
C. Kreativ-Quartiere in Höhe von 267.625,00 €
D. Forum d'Avignon Ruhr in Höhe von 269.752,00 €
E. EU Strategie 167.830,00 €
F. Kunst in die Wirtschaft 31.832,50 €

Das Projekt Kreativ.Quartiere Ruhr fokussierte die Verbindung der in 2012 und 2013 erfolgreichen Maßnahmen – wie die Betreuung des Förderprogrammes des Landes NRW, die Webplattform www.kreativ-quartiere.de sowie die regionale nach innen gerichtete und überregionale nach außen gerichtete Kommunikation – mit neuen Handlungsfeldern zur Stärkung der Qualität der Quartiere – wie der Verstetigung der Eigendynamiken und erstmalig der Evaluierung. Insbesondere mit der Evaluierung der geförderten Projekte erreicht Kreativ.Quartiere Ruhr erstmalig ein europaweit übliches Niveau.

Das Förderprogramm des Landes NRW verzeichnete 2014 eine weiter steigende Nachfrage und Akzeptanz bei den Akteuren aus der Kultur und Kreativwirtschaft wie bei den Städten. Während 2012 9 Anträge gestellt wurden, waren es 2013 16 Anträge und bis zum Juni 2014 allein 28 Antragsvorhaben aus 12 Städten in einer angemeldeten Gesamthöhe von 675.000 Euro, davon konnten nur sieben Projekte eingereicht und nur ein Projekt genehmigt werden – aufgrund der am 1. Juli vom Land NRW verhängten Haushaltssperre. Die Akzeptanz wird auch belegt durch die erneute Steigerung der teilnehmenden Städte von 10 auf 17, davon fünf in Entwicklung. Dies entspricht einer Steigerung an Städten um 70%.

Die Haushaltssperre des Landes NRW führte zu einer scharfen Zäsur in der Projektdurchführung des Jahres 2014, daher wurde entschieden die zweite, nicht finanzielle Säule des Förderprogramms Kreativ.Quartiere Ruhr in der Vordergrund zu stellen: Die Stärkung des integrativen Prozesses und der Eigendynamiken in den Quartieren. Es waren verbesserte integrative Prozesse und damit verbunden verstärkte Eigenaktivitäten vor allem in den Kreativ.Quartieren Witten, Hagen, Oberhausen, City Nord.Essen und Dortmund zu verzeichnen.

Die Stärkung der lokalen Prozesse wurde auch getragen von einer neuen Sichtbarkeit der Erfolge und Dichte der Quartiersentwicklungen durch a.) die erhebliche Steigerung der digitalen Kommunikation durch neue redaktionelle Aktivitäten auf www.kreativ.quartiere.de und einer Verneunfachung der Follower in Facebook und Twitter sowie b.) die erfolgreiche Herausgabe von Publikationen über die Kreativ.Quartiere Ruhr mit 10 Leporellos für 10 Quartiere, einem Gesamtleporello mit allen im Jahr 2013 geförderten Quartieren sowie einer 56 seitigen Broschüre „Urbaner Wandel – kulturelle MacherInnen und Orte im Ruhrgebiet“ in Deutsch und Englisch.

ecce hat 2014 erstmals mit der Forschung über die Bedeutung von Kultur und Kreativwirtschaft für die urbane Entwicklung begonnen - dennoch ist es gelungen, bereits im gleichen Jahr in das größte und älteste Wissenschafts- und Bildungsnetzwerk in Europa, ENCATC, aufgenommen zu werden sowie eine transnationale Forschungskooperation mit dem Arts Council England, Arts Council Irland, Creative England und der European Culture Foundation (gefördert vom Niederländischen Königshaus) federführend aufzubauen und operativ zu starten. Das Thema dieser Kooperation ist die Evaluierung von Spillover-Effekten öffentlicher Investitionen in Kultur und Kreativwirtschaft.

Zudem konnte eine in Europa einmalige Publikation vorbereitet werden: "Spotlight – Kreative Milieus in Europa“, in der 6 Milieus vertieft portraitiert werden und rund 300 Milieus gelistet und analysiert werden. ecce gilt bereits jetzt als einer der Treiber für qualitative Forschung über Kreativ.Quartiere in Europa.

Durch die bei LABKULTUR.tv budgetär bedingte Verringerung des Personals auf nur noch eine feste Teilzeitstelle in der Videoproduktion und beschränkte freie Mitarbeit für Blogs und Kooperationen hat sich die Redaktion auf die Profilierung der deutschen Ausgabe von LABKULTUR.tv konzentriert und den Wechsel von einer redaktionell aktualisierten Seite zu einem Archiv vorbereitet. Die Redaktion veröffentlichte 2 - 3 neue deutsche Beiträge sowie einen englischen Beitrag pro Woche. Weiterhin wurde die Basis der social media Arbeit ohne einen social media Manager fortgeführt.

Die Förderung von LABKULTUR durch das Land NRW endete wie geplant mit dem 31.12.2014. Die Redaktion hat im Herbst 2014 in mehreren Sitzungen ein Konzept einer modifizierten Archiv-Homepage erarbeitet, das visuell an das bestehende anknüpft, jedoch nicht mehr auf Aktualität und Update basiert. Zugleich ist es möglich, auch in der Zukunft von diesem Archiv-Modus zurück zum Redaktions-Modus zu wechseln. streampark.tv konnte als Sponsor für technische Erreichbarkeit gewonnen werden, so dass LABKULTUR für zunächst weitere drei Monate nach dem 31.12.2014 sichtbar bleiben kann.

Das Forum d`Avignon Ruhr (FAR) knüpfte inhaltlich an das FAR des Jahres 2013, das eine junge, kreative Maker-Generation und ihre Auswirkungen auf interkulturelles Zusammenleben, Stadtentwicklungs-prozesse, neue Arbeit und Wirtschaft im Ruhrgebiet sichtbarer gemacht hat. In 2014 ging es um den immateriellen Antrieb, der diesen AkteurInnen eigen ist und einen gesellschaftlichen Wandel durch kulturelle Innovationen nach vorne treibt.

Als Konferenzthema wurde „Innovation ist Leidenschaft" festgelegt und unter diesem die Konzeption und programmatische Ausrichtung formuliert: In der deutschen, also auch europäischen, Politik konkretisiert sich folgendes Umdenken: Innovationen geben die zentrale Impulse, um die Herausforderungen des ökonomischen, kulturellen, gesellschaftlichen und digitalen Wandels zu meistern. Die Agenda Europa 2020 will daher „Innovation ins Zentrum der Politik rücken" und hat dazu die Leitinitiative Innovationsunion gestartet.

Der Erfolg dieser Umsetzung war in der nachweislichen Teilnahme von 20 bedeutenden europäischen Institutionen und Netzwerken zu sehen, des Weiteren nahmen KünstlerInnen, Kulturschaffende, VertreterInnen aus Wirtschaft, Medien und Politik aus insgesamt 21 europäischen Ländern teil.

Unter den Aspekten einer Fortführung gewonnener und der Aktivierung neuer europäischer Potenziale konnte eine neue Dichte von wissenschaftlichen und praxisorientierten Veranstaltungen, Vorträgen und Debatten über insgesamt drei Tage geschaffen werden. So wurden bei der Ausrichtung des FAR europäische und regionale Netzwerke programmatisch mit eingebunden und ein Dialog mit Hilfe von interaktiven Formaten zwischen den AkteurInnen verschiedener Sektoren gefördert. Alle Elemente waren verbunden durch ein und dasselbe Tagungsthema - wenn auch aus verschiedenen Blickwinkeln: Europäische Praxis, Evaluierung und Forschung, lokale Praxis.

ecce ist es gelungen, das im Vorjahr während des FAR gegründete N.I.C.E.-Netzwerk und den erstmals in 2013 ausgelobten Award für die Ruhr Region in 2014 weiter zu pilotieren und zu positionieren. Die Ausstellung und die Preisverleihung, die in repräsentativem Rahmen durch NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin erfolgte, bereicherten das FAR als programmatische Klammer. Die Ausstellung war noch drei Wochen nach dem FAR einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich. Die Stadt Mannheim zeigte die Ausstellung noch im Herbst 2014 im Musikpark Mannheim auf eigene Kosten und creative austria wird die Ausstellung im Mai 2015 in Graz zeigen. Dies kann als ein Beleg für die gestiegene, nationale und europäische Bedeutung des FAR gesehen werden.

Nach einer Evaluierung der EU Strategie in den Jahren 2012 und 2013 wurde im Jahr 2014 erstmals ein Projekt bewilligt, das die verschiedenen europäischen Elemente in einer ganzheitlichen und strategischen Umsetzung zusammenführt und deren Synergien hebt bzw. optimiert. Zu dieser lokalen Analyse tritt ein neues aktives Umfeld in Europa aufgrund des Starts der neuen EU-Förderperiode 2014 – 2020.

Die Handlungsfelder umfassen die Netzwerke, damit den Ausbau des durch den Impuls von ecce entstandenen Netzwerks N.I.C.E. und die Weiterführung der europäischen Kooperationen wie ECBN und mit der Provinz Limburg ebenso wie Förderanträge, also Akteure aus dem Ruhrgebiet stärker in die europäischen Aktivitäten miteinzubeziehen und europäische Förderprojekte ins Ruhrgebiet zu bringen.

ecce konnte an die Stadt Gelsenkirchen (Erasmus Plus) und an die Stadt Dortmund (Creative Europe) Antragsmöglichkeiten vermitteln. Ecce ist Antragspartner für das bei Creative Europe eingereichte Projekt „ECoC Tandems" (Leadpartner European Cultural Foundation).

In zwei Ruhr-Netzwerk-Treffen im Sommer und im Herbst hat ecce seine europäischen Tätigkeiten sowie Netzwerke vorgestellt und detailliert über die aktuellen Antragsmöglichkeiten in der europäischen Förderperiode anhand umfangreicher Auflistungen von Calls informiert. Unabhängig von den Workshops wurden Übersichten der relevanten Calls von Horizon2020 und Creative Europe erstellt und per Mail versendet sowie die ersten Ergebnisse von Creative Europe analysiert.

ecce hat bei Veranstaltungen der Europäischen Kommission und europäischen Konferenzen anderer Veranstalter teilgenommen, um das Ruhrgebiet zu repräsentieren und um Mitglieder für das N.I.C.E. Netzwerk zu werben.

Konferenzen mit Redebeitrag: ECBN Policy Forum, Brüssel; Forum d'Avignon Bilbao, Bilbao; Open Days, Brüssel; Horizon2020 Funding Workshop, London; ENCATC Seminar "Rethinking cultural evaluation: going beyond GDP", Paris; Konferenz-Teilnahmen: Forum de Chaillot, Paris; Workshop „Boosting the Creative Economy in the EU", Brüssel; EU-Innovation Convention, Brüssel; ECIA Abschlusskonferenz. Amsterdam; Crossinnovation Abschlusskonferenz, Birmingham; Horizon2020 StudyTour, Amsterdam, Brüssel; World Cities Cultural Forum, Amsterdam.

Von ECBN und ecce wurde das ECBN Policy Forum in Brüssel organisiert, bei dem über 40 Experten, Forscher und politische Entscheidungsträger aus Europa teilnahmen. Als Ergebnis der zweitägigen Veranstaltung entstand ein Manifest und Appell an die Europäische Union, die Internationalisierung der Kultur- und Kreativwirtschaft voranzutreiben.

Im Sinne der Fokussierung auf Spillover-Effekte wurde eine Publikationsreihe „to be debated“ ins Leben gerufen. Als erste Ausgabe ist der von Prof Jonathan Vickery verfasste Text zum Thema „Spillover“ erschienen. Das Buch ist zweisprachig – Deutsch / Englisch – erschienen. To be debated will in den kommenden Jahren weiter ausgewählte Entwicklungen, Trends und Themen der Kultur und Kreativwirtschaft präsentieren und hinterfragen.

Neben zwei Netzwerktreffen der N.I.C.E Mitglieder und der Gründung eines N.I.C.E. Ruhr Arbeitskreises hat ecce im zweiten Halbjahr die Gestaltung und Umsetzung einer englischsprachigen Webseite beauftragt und einen Twitterkanal eingeführt um die Sichtbarkeit des Netzwerkes zu erhöhen.

2014 wurde erstmals „Kunst in die Wirtschaft!“ im Ruhrgebiet vorgestellt und anhand einer bereits europaweit erfolgreichen Methode pilotiert. Dem Projekt geht es um den Ansatz, KünstlerInnen in ökonomische Prozesse als eine Art „innovativen UnternehmensberaterInnen“ projektweise einzubinden. Dies ist auch in Übereinstimmung mit der Agenda Europa 2020 sowie der Innovationsstrategie des Landes NRW.

Das Projekt „Kunst in die Wirtschaft!“ hatte zum Ziel dafür zu werben, Kunst als Impulsgeber für die Wirtschaft einzusetzen und die künstlerische Intervention als Serviceleistung für Unternehmen zu platzieren. Als kreativer „Eingriff“ in Unternehmensprozesse stellen künstlerische Interventionen eine neue Form innovativer Unternehmensberatung dar und dienen damit zur Verbesserung von Innovationskraft und Wirtschaftlichkeit in Firmen unterschiedlicher Größe, Branche und Organisationsform. Gleichzeitig entstehen neue Tätigkeitsfelder für künstlerische AkteurInnen mit ihren besonderen Kompetenzen.

Im September erfolgte die Durchführung eines Open Space-Workshops für KünstlerInnen mit dem Ziel der Identifikation und Schulung von Kompetenzen und Kontakten für zukünftige künstlerische Interventionen sowie ein Innovationscamp für Unternehmen und wirtschaftsnahe Organisationen. Diese Veranstaltung war eine Informations- und Netzwerkveranstaltung für interessierte TeilnehmerInnen aus der Wirtschaft. Neben der generellen Einführung in das Thema „Kunst als Innovationsfaktor“ ging es hier darum, den Firmen einen internen und vertraulichen Lern- und Experimentierraum zu bieten, in dem sie sich offen über die Bedürfnisse ihrer Unternehmen austauschen können.

Die Broschüre "Kunst in die Wirtschaft" wurde an über 200 Kontakte versendet. Diese 24-seitige Dokumentation basiert auf den Informationen bzw Auswertungen der Veranstaltungen am 2.9. und 26.9. sowie auf Expertengesprächen. Mit der Mischung aus Grundlagentexten und anschaulichen Praxisbeispielen dient die Broschüre als allgemeines Handbuch zum Thema und für die Bewerbung desselben. Die Resonanz auf die Broschüre ist sehr positiv und hat zu Projektanfragen geführt.

Die Dokumentation bietet auch einen attraktiven Service und praktischen Nutzen für UnternehmerInnen wie KünstlerInnen, indem fast 30 KünstlerInnen mit Kurzbiografien und Fotografien in der Broschüre vertreten sind.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Aufgrund der besonderen Finanzierungsform durch Fördermittel und nur geringfügiger Eigenerträge (in Höhe von 45.101,00 € Labkultur 2014) sind herkömmliche Betrachtungen des Jahresergebnisses bzw. daraus abzuleitender Kennzahlen auf die ecce GmbH nicht anwendbar. Die ecce GmbH erzielte in 2014 ein ausgeglichenes Jahresergebnis.

Die Finanzierung des eigenen Geschäftsbetriebs sowie der Projekte LABKULTUR.TV, Forum d'Avignon Ruhr, Kreativ.Quartiere, EU-Strategie und Kunst in die Wirtschaft für 2014 war durch den Abruf der genehmigten Mittel aus den Förderbescheiden gesichert.

3. Nachtragsbericht

Wesentliche Risiken und weitere Vorfälle von besonderer Bedeutung, außer den in diesem Bericht genannten, haben sich im Berichtsjahr und auch nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ergeben.

4. Risikobericht

Ein erhöhtes Betriebsrisiko ist nicht festzustellen. Die Zuwendungsbescheide der Projekte für 2015 liegen vor. Mit einem Förderbescheid für 2015 für das Projekt N.I.C.E Ausstellung und Award ist erstmals ein durch das MWEIMH gefördertes Projekt hinzugekommen, dass den Aufgaben der GmbH gemäß Satzung sowie den Zielen des Landes NRW inhaltlich Rechnung trägt und die erforderlichen Strukturen im Ruhrgebiet für die Ausschöpfung der Potentiale Europas weiter ausbaut.

5. Prognosebericht

Das Förderprogramm des Landes aus Mitteln des MFJKKS für die Kreativ Quartiere wird in 2015 mehr neue Städte und Quartiere als bisher aufnehmen. So entsteht eine weitere funktionale Ausdifferenzierung der Quartiere und damit Stärkung der kulturellen Vielfalt im Ruhrgebiet. Dies stärkt zum einen die Attraktivität der Region, zum anderen wächst die Anforderung an die Verbindung der unterschiedlichen Ausgangslagen und Geschwindigkeiten der Quartiere. Der regionale Moderationsprozess wird in 2015 zu einem noch wichtigeren Erfolgsfaktor werden.

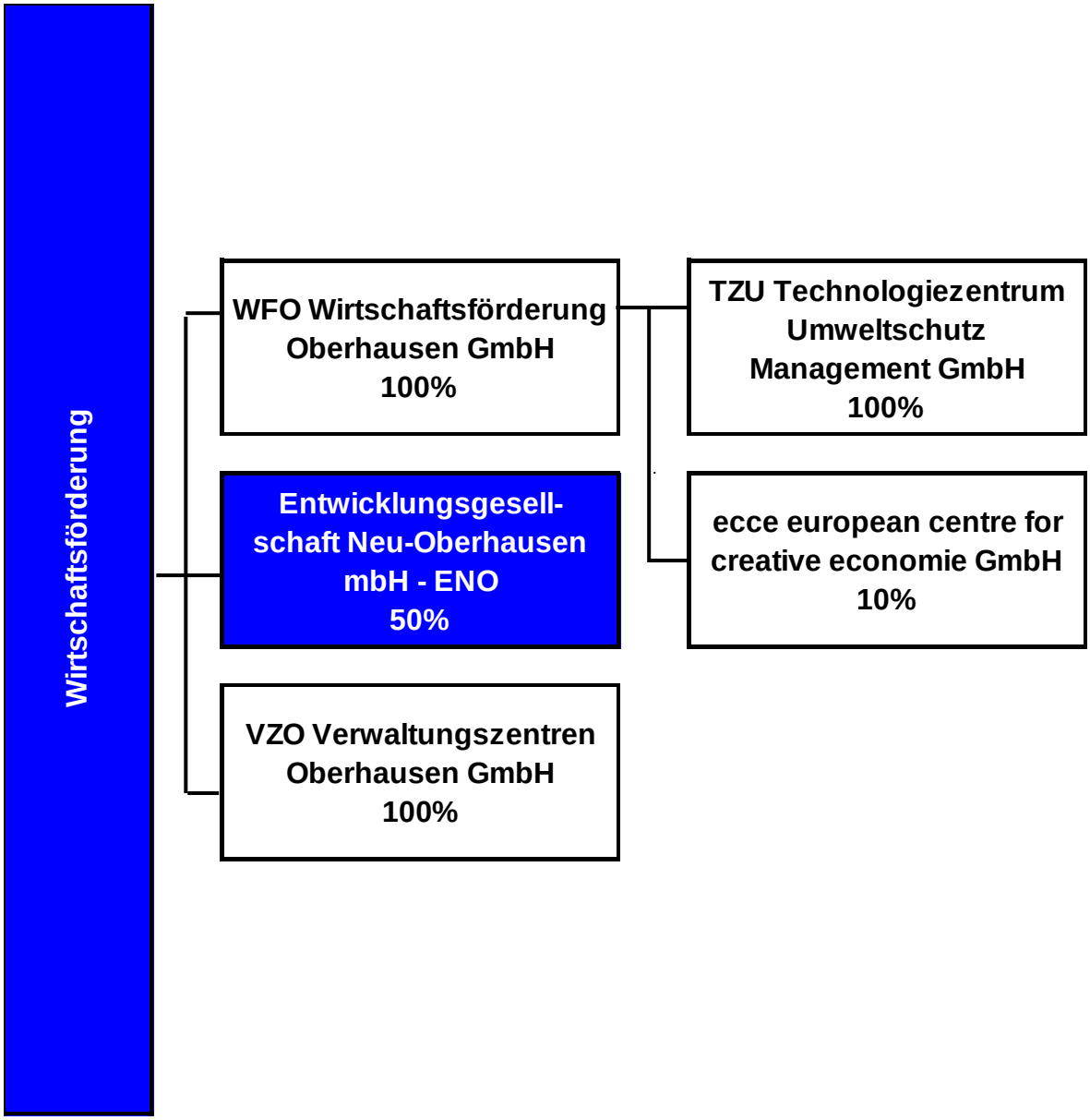
Das Forum d'Avignon Ruhr findet am 22./23. September 2015 in Essen statt. Das Thema fokussiert die digitale Revolution und ihre Herausforderungen an unsere Kultur. Dies betrifft unser kulturelles Selbstverständnis ebenso wie Geschäftsmodelle in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Das FAR stellt die These auf, dass in einer offenen Gesellschaft diese digitalen Revolution nicht ohne Kultur erfolgen kann und darf – und diskutiert dies mit Experten aus Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft. Damit beteiligt sich das Ruhrgebiet an einer internationalen Debatte, in der die EU-Kommission 2015 neue Initiativen aufsetzt – auch unter Einbezug der Kultur und Kreativwirtschaft als Treiber für gesellschaftliche und wirtschaftliche Innovationen in einer digitalen Welt. Am Vortrag des FAR werden sich erneut mehrere europäische Netzwerke treffen und die N.I.C.E. Ausstellung wird eröffnet: So ist das Ruhrgebiet für einige Tage der Treffpunkt für Kultur und Kreativwirtschaft in Europa.

Die EU-Strategie von ecce reicht von der Förderung von Innovationen in Kultur und Kreativwirtschaft – durch das N.I.C.E. Netzwerk – bis zu einem europäischen Forschungsprojekt mit Partnern aus zehn Staaten über neue qualitative Evaluierungsmethoden für Kultur. Damit treibt ecce an führender Stelle Themen auf europäischer Ebene an und wurde so z.B. vom Joint Resesearch Centre der Europäischen Union zur Gründungssitzung eines neuen Culture Creative Index für ganz Europa eingeladen. Im Fokus hat steht ebenso die Vermittlung und Begleitung von EU-Förderbeteiligung an Städte im Ruhrgebiet - aktuell im Jahr 2015 in und mit der Stadt Gelsenkirchen das Projekt "Innocreate".

Der N.I.C.E. Award und der N.I.C.E. Ausstellung werden 2015 erstmals vom Wirtschaftsministerium des Landes NRW gefördert und besonders mit der Übertragung von Wirtschaftseffekten von der Kreativwirtschaft in die allgemeine Wirtschaft verbunden. Die Attraktivität des Awards kann weiter gesteigert werden durch eine Verdoppelung des Preisgeldes auf 20.000 Euro - auch dank der Unterstützung der Städte aus dem Ruhrgebiet.

Dortmund, den 26.02.2015

Prof. Dieter Gorny


Wirtschaftsförderung
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50%
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH 100%
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100%
ecce european centre for creative economie GmbH 10%

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 51
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/85036-0

Fax 0208/8503610

e-Mail info@eno-gmbh.de

Internet www.eno-gmbh.de/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 318,80

Gesellschafter:

	T€	%*
Albrecht GmbH & Co. Verpachtungs KG	0,26	0,09
August Heine Baugesellschaft mbH & Co. KG	0,61	0,20
Autohaus Kruft GmbH	0,26	0,09
Bangel GmbH & Co. Industriebau-Projektierungs KG	0,50	0,17
BECKERautomobile GmbH & Co. KG	0,61	0,20
B & H Elektro-Anlagenbau GmbH	0,51	0,17
b+w Electronic Systems GmbH	0,51	0,17
Contact gmbH	0,50	0,17
Dazzle Oberhausen GmbH	1,50	0,50
Der Baustoff-Mann Schneider oHG	0,36	0,12
Evers GmbH	0,50	0,17
evo Energieversorgung Oberhausen AG	12,50	4,18
Fritz Effekt GmbH	0,50	0,17
Gehring Archivdepot GmbH	0,51	0,17
GEWA GmbH	0,50	0,17
GHH Radsatz International Holding GmbH	0,51	0,17
GSI - Gesellschaft für Schweißtechnik International mbH	0,75	0,25
Gutehoffnungshütte Baugesellschaft mbH	0,61	0,20
Harpering EDV-Systeme	0,50	0,17
Hermann Nottenkämper OHG	0,36	0,12
HOFFMANN Malerservice GmbH	0,50	0,17
Kreishandwerkerschaft	0,26	0,09
Lenord, Bauer & Co. GmbH	0,26	0,09
Lohmar & Meller oHG	0,61	0,20
MAN Diesel & Turbo AG	6,39	2,13
Marx Ingenieurgesellschaft mbH	0,50	0,17
Möbel Heck Einrichtungshaus KG	0,31	0,10
Möbelstadt Rück GmbH & Co. KG	0,66	0,22
move elevator GmbH	0,31	0,10
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	12,50	4,18
Oxea Deutschland GmbH	0,63	0,21
Pantecta GmbH	0,31	0,10
Plaßmeier GmbH	0,50	0,17
Prosperis Services GmbH & Co. KG	0,50	0,17
Radio NRW GmbH	0,26	0,09

RAG Montan Immobilien GmbH	0,51	0,17
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	1,00	0,33
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	6,39	2,13
SAT GmbH & Co. KG	0,51	0,17
Schneider Electric Buildings Germany GmbH	0,50	0,17
Stadt Oberhausen	159,40	53,25
Stadtsparkasse Oberhausen	56,39	18,84
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	12,50	4,18
UVRN-Unternehmensverband-Ruhr-Niederrhein e.V.	0,75	0,25
VERITAS Unternehmensberatungs- und Treuhand GmbH Steuerberatungsgesellschaft	0,50	0,17
Versatel West GmbH	0,26	0,09
Volksbank Rhein-Ruhr eG	0,51	0,17
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	12,50	4,18
Weiterbildungsinstitut WBi GmbH	0,25	0,08

* prozentualer Anteil unter Berücksichtigung der von der ENO gehaltenen eigenen Anteile

Gegenstand des Unternehmens:
Verbesserung der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrien, Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklung des Arbeitsmarktes.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lichtenheld, Frank
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Wehling, Klaus
	stellv. Vorsitzender	Walterfang, Heinrich
	Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	Boos, Regina
	Mitglied	Gäng, Thomas
	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	Mitglied	Kruft-Lohrengel, Jutta
	Mitglied	Lacum, Markus
	Mitglied	Salhofen, Ulrich
	Mitglied	Schmidt, Hartmut
	Mitglied	Dr. Schulte, Franz-Josef
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Wittmann, Regina

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	5,32	0,6	3,41	0,4	2,16	0,3	-1,25	-36,66
Umlaufvermögen	949,90	99,3	861,95	99,5	856,76	99,6	-5,19	-0,60
Rechnungsabgrenzungsposten	1,16	0,1	1,12	0,1	1,06	0,1	-0,06	-5,36
Bilanzsumme	**956,38**	**100,00**	**866,48**	**100,00**	**859,98**	**100,00**	**-6,50**	**-0,75**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	743,97	77,8	679,08	78,4	669,97	77,9	-9,11	-1,34
Rückstellungen	191,94	20,1	172,45	19,9	176,78	20,6	4,33	2,51
Verbindlichkeiten	20,47	2,1	15,15	1,7	13,22	1,5	-1,93	-12,74
Bilanzsumme	**956,38**	**100,00**	**866,48**	**100,02**	**859,98**	**100,00**	**-6,50**	**-0,75**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	1,62	3,38	20,98
sonstige betriebliche Erträge	141,54	170,39	220,93
Personalaufwand	282,61	269,10	290,29
Abschreibungen	2,99	1,91	1,26
sonstige betriebliche Aufwendungen	970,10	953,68	935,44
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,98	0,47	0,35
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.110,57	-1.050,45	-984,73
außerordentliche Aufwendungen	4,48	4,48	4,48
außerordentliches Ergebnis	-4,48	-4,48	-4,48
sonstige Steuern	0,38	0,36	0,36
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-1.115,44	-1.055,30	-989,58
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-1.115,44	-1.055,30	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	-989,58

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-68.892,72	-31.216,95	-4.716,89	%
Eigenkapitalrentabilität:	-149,93	-155,40	-59,63	%
Cash-Flow:	-1.112,45	-1.053,39	-988,32	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	71,58	86,89	120,95	T€
Personalaufwandsquote:	197,42	154,86	120,00	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,56	0,39	0,25	%
Eigenkapitalquote:	77,79	78,37	77,91	%
Fremdkapitalquote:	22,21	21,63	22,09	%

e) Lagebericht

Gegenüber dem Jahresabschluss 2013 mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 1.055 ergab sich 2014 ein tatsächlicher Jahresfehlbetrag von T€ 990. Abgedeckt wird dieser Fehlbetrag über den Zuschuss der Stadt Oberhausen in Höhe von T€ 435 und den Betriebskostenzuschuss des Gesellschafterkreises Wirtschaft in Höhe von T€ 555.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verbesserte sich um T€ 65 gegenüber dem Vorjahresergebnis.

Gründe hierfür sind im Wesentlichen die Steigerung der Umsatzerlöse und der sonstigen betrieblichen Erträge (aus Weiterberechnung) um T€ 67 und die Reduzierung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um T€ 19. Die Personalkosten, insbesondere die Aufwendungen für Altersversorgung erhöhten sich um T€ 22.

Die Zuführungen der Gesellschafter sank erneut um T€ 12 auf T€ 555 (Vj. T€ 567).

Die aufgezeigte Entwicklung führte dazu, dass die Entnahme aus der Kapitalrücklage zur Verlustabdeckung zum 31.12.2014 bei unter T€ 1 (Vj. T€ 54) lag.

Eigene Geschäftsanteile wurden zum Bilanzstichtag in Höhe von € 19.986 (Vj. € 16.946) gehalten. Eine Kapitalerhöhung hat die Gesellschafterversammlung wegen der Höhe der eigenen Geschäftsanteile nicht beschlossen.

Die Bilanzsumme beträgt per 31.12.2014 T€ 860 (Vj. T€ 866).

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Das laufende Geschäftsjahr 2015 wird gemäß des vom Aufsichtsrat am 13.11.2014 beschlossenen Wirtschafts- und Erfolgsplans 2015 voraussichtlich mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 990 enden. Abgedeckt werden soll dieser über den Zuschuss der Stadt Oberhausen in Höhe von T€ 435, die Betriebskostenzuschüsse des Gesellschafterkreises Wirtschaft in Höhe von T€ 546 sowie der Entnahme aus den Rücklagen in Höhe von voraussichtlich T€ 9.

In Folgejahren ist aufgrund der Anpassung der Projektverträge und der Weiterberechnung von Personalaufwendungen mit ausgeglichenen Ergebnissen zu rechnen.

Von einer vorratsweisen Erhöhung des Stammkapitals wurde für das Geschäftsjahr 2015 ebenfalls abgesehen, da die Gesellschaft zurzeit eigene Anteile in Höhe von rd. T€ 20 hält, die für eine Weiterveräußerung zur Verfügung stehen und die Übernahme von Stammeinlagen ermöglichen.

Das Vermögen der Gesellschaft ist wie im Vorjahr durch umfängliche flüssige Mittel und eine hohe Eigenkapitalquote geprägt.

Gut erschlossene und günstig gelegene Gewerbegebiete sind ein wesentlicher Faktor für eine vitale Wirtschaftsstruktur und den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Angesichts der fehlenden Verfügbarkeit von marktgängigen Gewerbe- und Industrieflächen (GE, GI) wird es zunehmend schwieriger, die Ansiedlungs- und Ver- lagerungserfolge der Vergangenheit zu verstetigen.

Dieser Mangel an bedarfsgerechten qualitativen und quantitativen Grundstücken hat bereits in Einzelfällen dazu geführt, dass ortsansässigen Unternehmen keine passenden Flächen angeboten werden konnten mit der Konsequenz, dass diese den Standort bereits verlassen haben oder noch verlassen werden.

Vor diesem Hintergrund kommt den bestehenden Kooperationen mit privaten Grundstückseigentümern eine besondere Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang ist auch die Mitgliedschaft der Stadt Oberhausen im „Flächenpool NRW“ zu sehen. Hier geht es im Wesentlichen darum, definierte brach liegende (Innenstadt-)Flächen in enger Abstimmung mit den Grundstückseigentümern einer neuen Nutzung zuzuführen.

Im Zuge der geplanten Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung ist ein wesentliches Ziel die Implementierung eines Key Account Managements. Die intensivere Betreuung von sog. Schlüsselkunden soll dazu beitragen, Wünsche und Erfordernisse von Unternehmen noch frühzeitiger aufzunehmen und durch entsprechende Aktivitäten zielorientiert zu begleiten. Durch diese dynamische Bestandsentwicklung kann ein wichtiger Beitrag dazu geleistet werden, Unternehmen und Arbeitsplätze an den Standort zu binden.

„Auf der Grundlage des zum 01.01.2007 geschlossenen Geschäftsbesorgungs- vertrages zwischen ENO und der Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO) wurde die WFO seitens der ENO mit der Realisierung der Wirtschaftsförde- rungsprojekte beauftragt.

Die zum Teil bereits 2007 initiierten und bis heute erfolgreich weitergeführten Einzelprojekte werden in enger Kooperation zwischen ENO und WFO realisiert. Impulse aus Politik und Wirtschaft werden aufgegriffen und setzen in den Projekten und Veranstaltungen wichtige Eckpunkte.

Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Inhalte:

- Betreuung von jungen Unternehmen: Intensivberatung, Durchführung von regelmäßigen Workshops, Seminaren und Treffen
- Weiterbildung / Qualifizierung
- Unternehmensservice, Bestandsentwicklung, Bestandspflege und Potenzialberatung Projektentwicklung, Immobilienvermarktung, Flächenvermarktung; Akquisition und Neuansiedlung, Flächenmanagement örtlich und überörtlich
- Präsenz auf internationalen Immobilienmessen wie EXPO REAL München, MIPIM Cannes
- Kooperation mit anderen Unternehmensnetzwerken z. B. Business Partner Club, Unternehmerverbandsgruppe, Startercenter NRW; RVR, TMO, CityO
- Standortmarketing und Pressearbeit
- Geschäftsstraßenmanagement
- Leitmärkte
- Auslandsmärkte

Die Darstellung ist weder abschließend noch auf das laufende Geschäftsjahr beschränkt. Um nachhaltige Wirkungen zu erzielen, sind sie auf Dauer angelegt, werden kontinuierlich weiterverfolgt, an die jeweiligen Situationen angepasst und entsprechend gewichtet.“

Berichterstattung über Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft

Provisionseinnahmen durch Vermittlung von Grundstücksflächen können gegenwärtig kaum kalkuliert werden, da alle Gewerbeflächen, für die die Wirtschaftsförderung originär zuständig war, vermarktet sind. Allerdings ist die ENO an der Entwicklung von Gewerbeflächen beteiligt, so dass mittelfristig wieder entsprechende Umsatzerlöse eingeplant werden können.

Die Zuführungen der Gesellschafter zur Sicherung der Finanzierung der ENO sind weiterhin rückläufig und eine nennenswerte Steigerung ist trotz Neu-Akquise durch die Geschäftsführung und unter Berücksichtigung der geplanten Neuausrichtung nicht absehbar.

Um das Leistungsangebot der Wirtschaftsförderung weiterhin erfolgs- und zukunftsorientiert anbieten zu können, wurde ein Prozess der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung eingeleitet, in dem die ENO eine zentrale Rolle spielt. Das ppp-Modell der ENO gewährleistet eine intensive Kooperation zwischen Unternehmen und Wirtschaftsförderung. Die Vergabe von Projektaufträgen an die Wirtschafts- förderung gibt der Gesellschaft die Möglichkeit, Einfluss auf das operative Geschäft zu nehmen.

Der Rat der Stadt Oberhausen hat am 10.03.2014 einen Prüfauftrag zur inhaltlichen und organisatorischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung beschlossen.

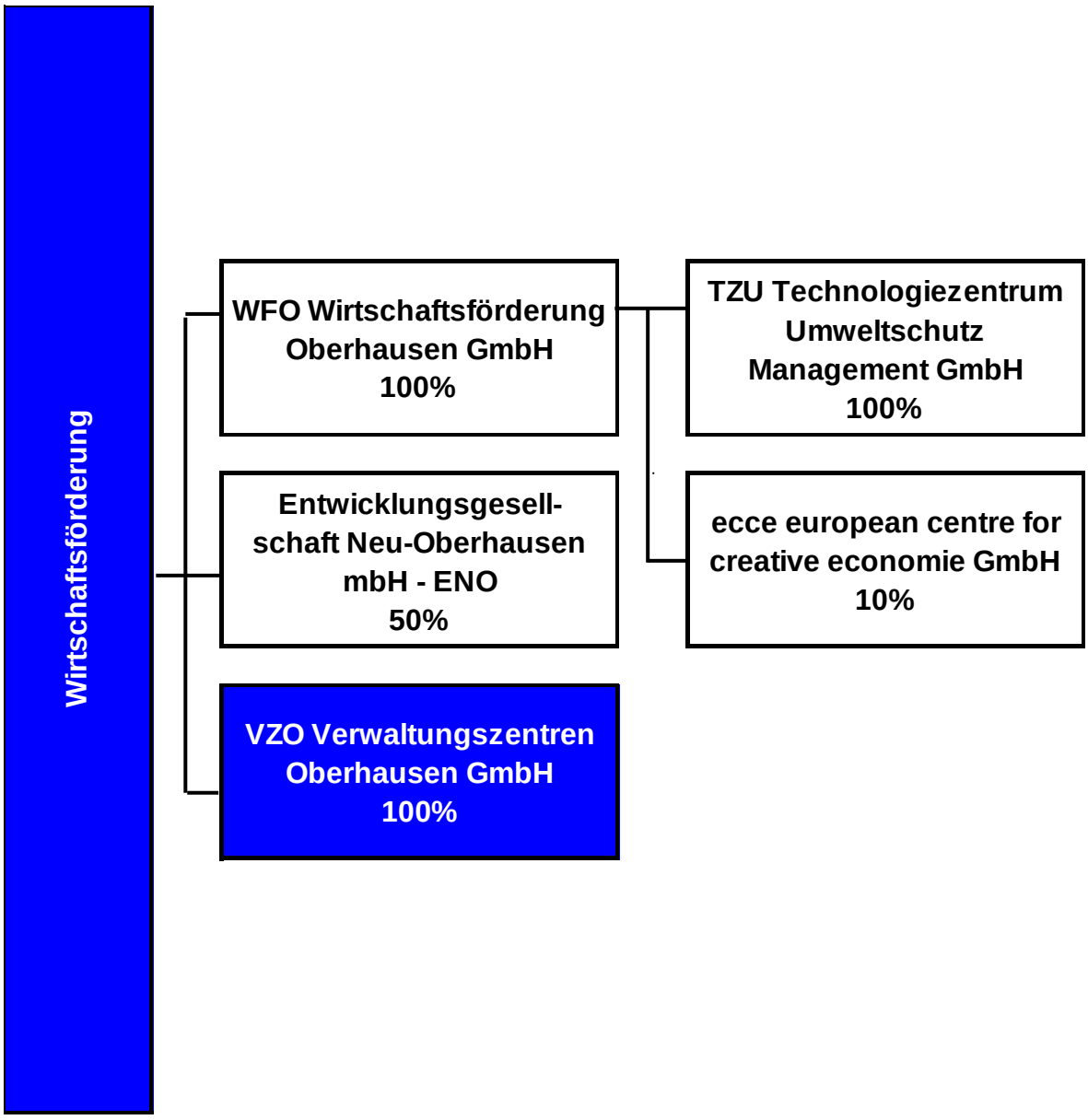
In der Aufsichtsratssitzung vom 25.6.2014 wurde der Beschluss gefasst, die Neuausrichtung der Wirtschafts- und Tourismusförderung Oberhausen durch das Beratungsunternehmen Exper Consult begleiten zu lassen.

Danach soll bis Mitte 2015 ein erstes Konzept erarbeitet werden. Ziel ist es, das bereits erfolgreiche ppp-Modell fortzuführen bzw. weiterzuentwickeln.

Oberhausen, den 10.04.2015

Frank Lichtenheld

Geschäftsführer


Wirtschaftsförderung
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100%
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50%
ecce european centre for creative economie GmbH 10%
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH 100%

VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH (ehem. VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Schwartzstr. 72
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/594 7000
Internet	-
Mitarbeiter/-in Telef.	0208/825 2806

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, der Um- und Neubau (als Generalübernehmer) sowie die Verwaltung und Vermarktung von Verwaltungszentren in Oberhausen.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck die künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren sowie die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich zur Förderung ihres Unternehmenszweckes an anderen Unternehmen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

MAN Gutehoffnungshütte AG	Grundstückskaufvertrag vom 18.08.1999
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Betreibervertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Betreibervertrag zwischen der VZO GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mietvertrag zwischen der VZO GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
Stadt Oberhausen	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kalthoff, Horst
	Geschäftsführer	Schmidt, Hartmut
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Schmidt, Jürgen

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	26.942,81	97,7	25.759,95	94,4	27.257,08	91,8	1.497,13	5,81
Umlaufvermögen	635,59	2,3	1.527,67	5,6	2.428,04	8,2	900,37	58,94
Bilanzsumme	**27.578,40**	**100,00**	**27.287,62**	**100,00**	**29.685,12**	**100,00**	**2.397,50**	**8,79**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	179,12	0,6	1.256,99	4,6	2.610,04	8,8	1.353,05	107,64
Rückstellungen	14,06	0,1	19,38	0,1	79,06	0,3	59,68	307,95
Verbindlichkeiten	27.385,21	99,3	26.011,25	95,3	26.996,03	90,9	984,78	3,79
Bilanzsumme	**27.578,40**	**100,00**	**27.287,62**	**100,00**	**29.685,12**	**100,00**	**2.397,50**	**8,79**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	3.889,87	3.933,74	4.033,34
sonstige betriebliche Erträge		0,30	
Materialaufwand	331,56	331,56	344,06
Personalaufwand	15,23	14,32	14,06
Abschreibungen	1.243,88	1.238,79	1.078,12
sonstige betriebliche Aufwendungen	173,42	253,76	187,55
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5,51	26,16	46,43
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.112,25	1.038,62	996,31
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.019,03	1.083,14	1.459,67
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1,26	5,26	106,63
sonstige Steuern	-0,96	-0,00	
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.018,73	1.077,88	1.353,05
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.654,13	-1.635,40	-557,53
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1.635,40	-557,53	795,52

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	26,19	27,40	33,55	%
Eigenkapitalrentabilität:	56,14	59,40	74,57	%
Cash-Flow:	2.262,61	2.316,67	2.431,16	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,39	0,36	0,35	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	97,70	94,40	91,82	%
Eigenkapitalquote:	0,65	4,61	8,79	%
Fremdkapitalquote:	99,35	95,39	91,21	%

e) Lagebericht

Der Rat der Stadt Oberhausen hat 1998 den Erwerb des leerstehenden Bürokomplexes im Zentrum von Oberhausen-Sterkrade und die Gründung der VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH (VZS) mit einem Stammkapital von 25.000,-- € beschlossen. Mit dieser Maßnahme sollte eine Unterstützung des Nebenzentrums Sterkrade erfolgen; so konnten 600 Arbeitsplätze für die Sterkrader Innenstadt dauerhaft gesichert und deren Struktur damit gestärkt werden.

Seitens der Stadt Oberhausen sollten mit der Realisierung des Technischen Rathauses Sterkrade insbesondere ein verbesserter Bürgerservice und Haushaltskonsolidierungsbeiträge durch die Einsparung von Unterhaltungs- und Sanierungskosten sowie organisatorische Synergieeffekte realisiert und den dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern moderne Arbeitsbedingungen geboten werden.

Um dieses erfolgreiche Konzept zukünftig auch für andere kommunale Projekte nutzen zu können hat der Rat der Stadt Oberhausen in seiner Sitzung am 30.09.2013 beschlossen, den bis dato auf das Technische Rathaus Sterkrade beschränkten Gesellschaftszweck auf „Um- und Neubau sowie Verwaltung und Vermarktung von Verwaltungszentren in Oberhausen“ zu erweitern und dies gleichzeitig mit der Umfirmierung der VZS in „VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH“ verbunden.

Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft und der Lage der Gesellschaft

Die 1999 begonnene Baumaßnahme zur Neukonzeptionierung der alten GHH-Hauptverwaltung wurde im Juni 2002 abgeschlossen. Nach Fertigstellung erfolgte eine direkte Vermietung an die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) als Generalmieterin des Technischen Rathauses, die wiederum (neben der Eigennutzung von Teilflächen) im Wesentlichen an die Stadt Oberhausen untervermietet.

Die VZS wurde im Juni 2007 durch die Stadt Oberhausen mit dem Bau eines Parkhauses beauftragt. Die Fertigstellung des Objektes erfolgte planmäßig im Juni 2009; Betreiberin des Parkhauses ist die OGM.

Die Darlehen zur Finanzierung der bisherigen Baumaßnahmen (Technisches Rathaus inkl. zugehörigem Parkhaus) sind allesamt langfristig aufgenommen, Prolongationen stehen mittelfristig nicht an. Die Finanzierung aller anfallenden Schuldendienste ist über die Mieteinnahmen sichergestellt; die langfristigen Darlehen sind in voller Höhe über eine Bürgschaft der Stadt Oberhausen, eingetragene Grundschulden bzw. Abtretungserklärungen abgesichert. Kontokorrentdarlehen wurden im Geschäftsjahr 2014 nicht in Anspruch genommen.

Nach nunmehr nach Anzeigebestätigung der Bezirksregierung Düsseldorf erfolgter Erweiterung des Gesellschaftszwecks hat der Rat der Stadt Oberhausen mit Beschluss vom 15.09.2014 die VZO mit der Realisierung des Projektes „JobCenter Untere Marktstraße“ –erneut in Kooperation mit der OGM- beauftragt. Hierin sollen die bisherigen dezentralen JobCenter-Standorte, für die die Baugenehmigungen kurzfristig auslaufen, zur Verbesserung der Betriebsabläufe zentralisiert und gleichzeitig das Quartier „Untere Marktstraße“ revitalisiert werden. Zu diesem Zweck hat die VZO bisher Grundstücke in einem Gesamtwert von ca. 2,6 Mio. € erworben; nach erfolgtem Abriss der Altbausubstanz soll in den Jahren 2015 und 2016 ein den aktuellen Anforderungen entsprechender Neubau realisiert werden.

Zum Erwerb der vorgenannten Grundstücke wurde im Geschäftsjahr 2014 ein Darlehen in Höhe von 2.090 T€ aufgenommen, welches bereits mittelfristig vollständig zurückgeführt werden soll. Darüber hinaus wurden 2014 keine weiteren Darlehen aufgenommen.

Zum Stichtag 31.12.2014 waren bei der VZS lediglich 2 Geschäftsführer ehrenamtlich beschäftigt; alle übrigen betriebsnotwendigen Leistungen wurden eingekauft.

Der operative Geschäftsbetrieb der VZS bestand im Berichtszeitraum in der Vermietung des Technischen Rathauses sowie des Parkhauses am Eugen-zur-Nieden-Ring. Die Mieterlöse konnten im Berichtsjahr 2014 in der kalkulierten Höhe erzielt werden. Darüber hinaus wurde das „JobCenter Untere Marktstraße“ einleitend projektiert und die Voraussetzungen für die geplante Umsetzung der Maßnahme in den Jahren 2015 und 2016 geschaffen.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.353 T€ erwirtschaftet, welcher zum Ausgleich der Bilanzverluste genutzt bzw. auf neue Rechnung vorgetragen wird. Der Wirtschaftsplan sah für das Geschäftsjahr 2014 einen Überschuss in Höhe von lediglich 633 T€ vor. Dieses positive Ergebnis wurde maßgeblich ermöglicht durch die vertragsgemäße Anpassung der Vermietungsentgelte, aber auch durch die langfristig günstigen Zinskonditionen. Der Zinsaufwand wird, lediglich beeinflusst durch zusätzliche Darlehensaufnahmen zur Realisierung des Projektes „JobCenter“, auch langfristig durch planmäßige Tilgungsleistungen in Folgejahren weiter rückläufig sein. Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegenüber Kreditinstituten konnten im Berichtsjahr planmäßig um 1.246 T€ reduziert werden, die o. g. Neuaufnahme von 2.090 T€ führt hier insgesamt aber zu einer leichten Erhöhung.

Durch den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2014 kann nunmehr zum 31.12.2014 statt eines Bilanzverlustes ein Bilanzgewinn in Höhe von 796 T€ ausgewiesen werden. Das Eigenkapital der Gesellschaft ist somit vollständig wiederhergestellt (Nominalkapital 25 T€) und gibt der VZO die notwendigen Handlungsspielraume zur Realisierung des o. g. Neuprojektes.

Insgesamt ist die Geschäftstätigkeit der VZO langfristig ausgerichtet. Bedingt durch die in den Projektzyklen anfänglich hohen Zinsaufwendungen und Abschreibungen entstanden der Gesellschaft in der ersten Phase kontinuierlich Verluste, die zu einem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag geführt haben, welcher aber nunmehr aus eigenen Mitteln abgebaut werden konnte.

Zukünftige Entwicklung

Vorgänge von wesentlicher Bedeutung sind nach dem 31.12.2014 nicht eingetreten.

Hinsichtlich der Ergebnisplanungen 2015ff. ist zu beachten, dass bedingt durch den Verbrauch der steuerlichen Verlustvorträge die Ergebnisse erstmalig in vollem Umfang Steuern vom Einkommen und Ertrag unterliegen. Darüber hinaus werden sich auch die Auswirkungen des Projektes „JobCenter“ in Ergebnis und Bilanz niederschlagen, wobei auch dieses langfristig gewinnbringend für die VZO kalkuliert ist.

Die Jahresergebnisse 2015 ff. werden auf Grund der o. g. Voraussetzungen (insbesondere durch die fortgesetzte Entschuldung und der damit einhergehenden Reduzierung des Zinsaufwandes) auch unter Berücksichtigung des Projektes „JobCenter“ wiederum positiv ausfallen und entsprechen dem mehrjährigen Businessplan der Gesellschaft.

Seit dem 01.01.2001 ist die OGM (ebenfalls eine 100%-Tochter der Stadt Oberhausen) langfristige Generalmieterin für den Gesamtkomplex "Technisches Rathaus Sterkrade". Per Vertrag übernimmt die OGM den Betrieb und die Verwaltung für das Gebäude, einschließlich Finanzierung und Abrechnung der Nebenkosten sowie der Unterhaltung von Dach und Fach.

Für das Projekt „JobCenter“ soll die gleiche Betriebsstruktur gewählt werden: die OGM wird wiederum Generalmieterin für das noch zu errichtende Gebäude und übernimmt im Rahmen eines Betreibervertrages auch Betrieb und Verwaltung; mit dem Jobcenter Oberhausen (Bundesagentur für Arbeit) wird ein Untermietvertrag geschlossen, ein entsprechender „Letter of intend“ wurde beiderseits unterzeichnet.

Die der VZO zufließenden Mieterträge dienen somit nach Abzug der Betriebskosten fast ausschließlich der Bedienung der Darlehen. Liquide Mittel zur Bedienung der Schuldendienste stehen der VZO in ausreichender Höhe zur Verfügung. Bedingt durch die Tilgungen sowie die o. g. günstige Prolongation eines Darlehens zur Finanzierung des Umbaus ergeben sich direkte positive Auswirkungen auf die zukünftigen Jahresergebnisse (Reduzierung Zinsaufwand).

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

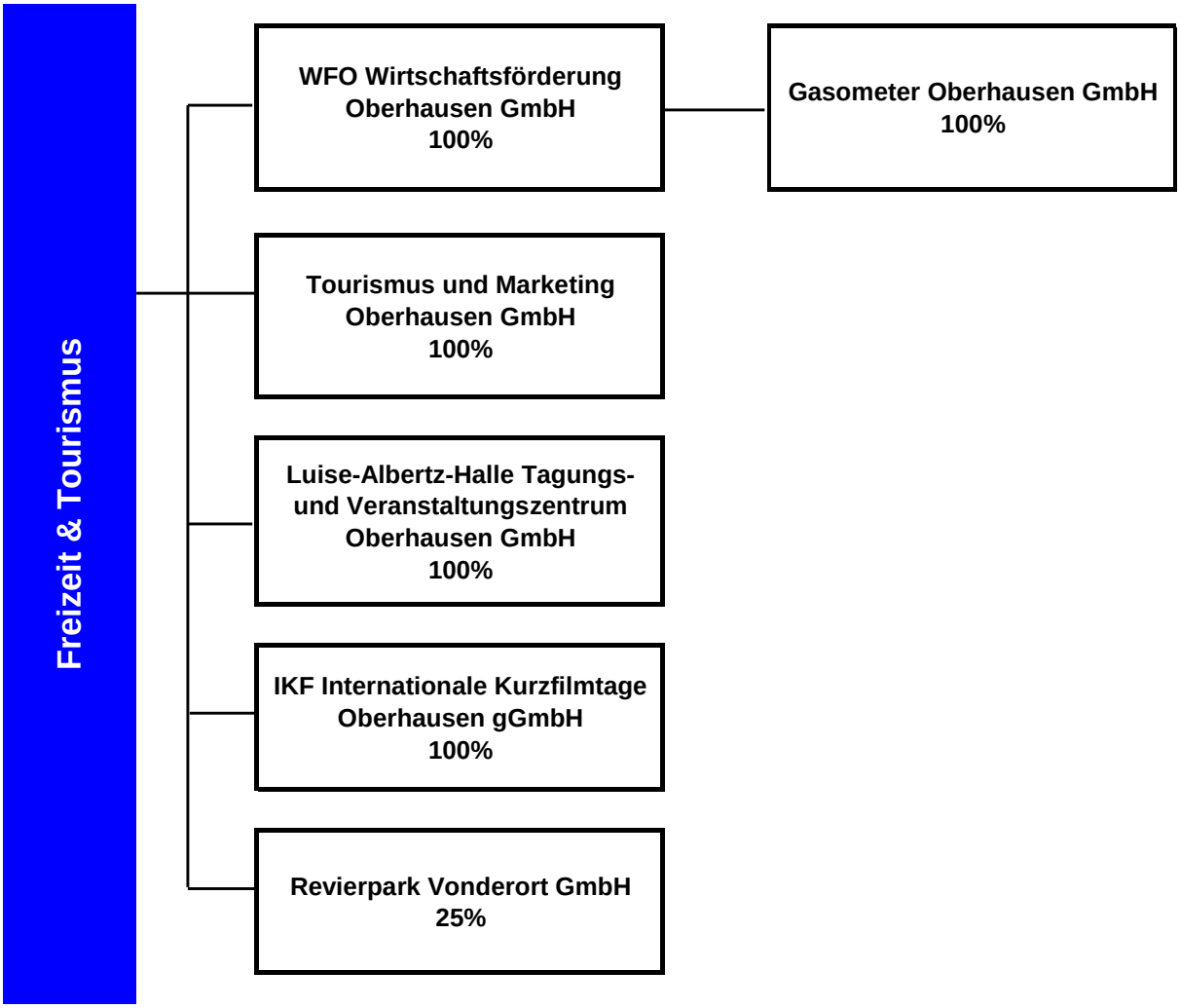
Wegen langfristiger Darlehensverträge mit festen Zinssätzen, langfristiger Mietverträge mit der OGM (und der Stadt für Teilflächen des Parkhauses) und langfristiger OGM-Betreiberverträge ergeben sich aus dem operativen Geschäft der Gesellschaft keine erkennbaren Risiken, zumal es sich bei der OGM ebenfalls um eine 100%-Tochter der Stadt Oberhausen handelt.

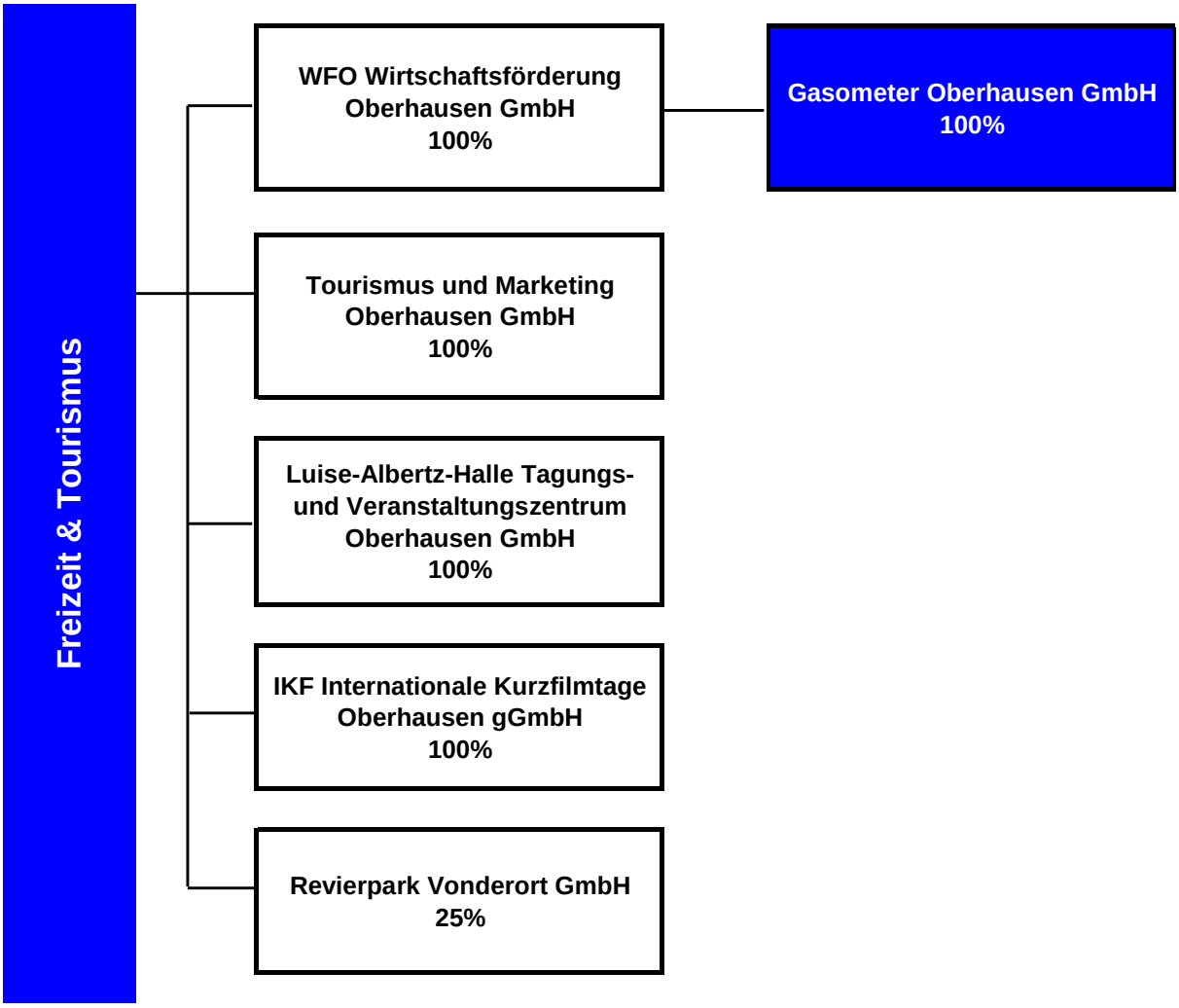
Hinsichtlich der Baumaßnahme soll im Rahmen eines mit der OGM abzuschließenden Generalübernehmervertrages das Risiko der Baukostenüberschreitung weitestgehend minimiert werden.

Oberhausen, im März 2015

Hartmut Schmidt ***Horst Kalthoff***

Freizeit & Tourismus




Freizeit & Tourismus
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Gasometer Oberhausen GmbH 100%
Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 100%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100%
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100%
Revierpark Vonderort GmbH 25%

Gasometer Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 3
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/85037-30

Fax 0208/85037-33

e-Mail info@gasometer.de

Internet www.gasometer.de/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in TDM: 50,00

Gesellschafter:

	TDM	%
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Gasometers.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Mietvertrag Gasometer vom 17.12.2009/21.12.2009
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Überlassungsvertrag Gasometer vom 17.10.1995/18.10.1995
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Vertrag vom 25.10.1995 über den Betrieb und die Verwaltung des Gasometers

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Schmitz, Jeanette
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva	**2012**		**2013**		**2014**		**Veränder-ungen**	
	T€	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	48,26	1,9	59,70	2,1	51,37	2,2	-8,33	-13,95
Umlaufvermögen	2.448,98	98,0	2.777,89	97,9	2.268,40	97,8	-509,49	-18,34
Rechnungsabgrenzungsposten	0,61	0,0	0,14	0,0	0,14	0,0	0,00	0,00
Bilanzsumme	**2.497,85**	**100,00**	**2.837,73**	**100,00**	**2.319,91**	**100,00**	**-517,82**	**-18,25**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	2.076,61	83,1	2.317,18	81,7	2.186,61	94,3	-130,57	-5,63
Rückstellungen	7,10	0,3	157,38	5,5	15,16	0,7	-142,22	-90,37
Verbindlichkeiten	374,26	15,0	362,61	12,8	118,14	5,1	-244,47	-67,42
Rechnungsabgrenzungsposten	39,88	1,6	0,56	0,0			-0,56	-100,00
Bilanzsumme	**2.497,85**	**100,00**	**2.837,73**	**100,00**	**2.319,91**	**100,00**	**-517,82**	**-18,25**

bb) GuV

	2012	**2013**	**2014**
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	1.642,92	2.747,08	1.766,61
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-2,08	-2,37	0,05
sonstige betriebliche Erträge	686,73	469,27	291,01
Materialaufwand	1.353,92	1.931,46	1.285,86
Personalaufwand	424,08	469,43	412,36
Abschreibungen	13,81	17,01	17,06
sonstige betriebliche Aufwendungen	894,19	469,06	481,72
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16,50	2,67	1,83
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1,62	0,11
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-341,93	328,08	-137,62
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-44,62	30,70	-24,53
sonstige Steuern	17,48	56,81	17,48
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-314,80	240,57	-130,57
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	949,98	635,18	875,75
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	635,18	875,75	745,18

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	**31.12.2013**	**31.12.2014**	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-19,16	8,76	-7,39	%
Eigenkapitalrentabilität:	-21,84	16,69	-9,06	%
Cash-Flow:	-300,99	257,58	-113,51	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.163,78	1.607,00	1.028,83	T€
Personalaufwandsquote:	18,22	14,61	20,04	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	**31.12.2013**	**31.12.2014**	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,93	2,10	2,21	%
Eigenkapitalquote:	83,14	81,66	94,25	%
Fremdkapitalquote:	16,86	18,34	5,75	%

e) Lagebericht

Am 10. April 2014 wurde die Ausstellung ***Der schöne Schein*** eröffnet. Thema der Ausstellung ist die „Schönheit in der Kunst“ in allen Kulturen und Epochen. Anhand von großformatigen Fotografien und detailgetreuer Abgüsse bedeutender Kunstwerke, können die Besucher einen Sparziergang durch die Kunstgeschichte der Welt unternehmen. Ausstellungshöhe-punkt ist eine der größten Innenraumprojektionen weltweit. Mit ***320° Licht*** hat die Künstlergruppe URBANSCREEN den Gasometer in den Mittelpunkt des Geschehens gerückt. ***320° Licht*** schafft Illusionen und zerstört sie wieder. Die Projektion betont die Größe, die Form und die Materialität des Raumes und ist somit eine Hommage an die Schönheit des Gasometers.

Der schöne Schein lief sehr gut an, auch die Resonanz der Presse war hauptsächlich positiv. Das ZDF berichtete in seinen Hauptnachrichten sehr ausführlich über die Lichtprojektion. Bis zum Jahresende konnten 296.903 Besucher gezählt werden. Davon kamen 13 % aus dem Ausland. Es wurden 1.136 Besuchergruppen durch den Gasometer geführt und 7.056 Ausstellungskataloge im Bookshop verkauft. Trotz der guten Zahlen ist der Erfolg der Ausstellung im Vergleich zur Ausstellung ***Big Air Package*** von Christo in 2013 geringer und blieb hinter den Erwartungen zurück.

Die Produktionskosten für ***Der schöne Schein*** lagen insgesamt bei 1.061.033 EURO (abzgl. Weiterbelastungen an URBANSCREEN in Höhe von 27.905 EURO), 448.000 EURO davon entfielen bereits auf das Geschäftsjahr 2013. Der Netto-Durchschnittspreis lag – ähnlich wie bei den vorangegangenen Ausstellungen ohne Christo – bei 5,14 EURO. Die weiteren Einnahmen setzten sich aus dem Sponsoring des Klartextverlages (100.000 EURO), Merchandising (15.500 EURO), Gastronomie (14.700 EURO), Bookshop (12.500 EURO), Audio-guideausleihen (7.000 EUROI) sowie dem RVR-Zuschuss zur Gebäudeunterhaltung (246.000 EURO) zusammen. Dennoch konnten nicht alle mit dem Geschäftsjahr 2014 verbundenen Kosten (neben Produktions-, Betriebs- und Gesellschaftskosten) gedeckt werden, so dass ein geplantes Defizit in Höhe von 130.568,88 EURO verblieb.

Nach Erörterung im Aufsichtsrat wurde die Ausstellung bis zum 1. November 2015 verlängert. So fallen für die Gesellschaft erst neue Produktionskosten für das Ausstellungsjahr 2016 an. Sicherlich wird ***Der schöne Schein*** im zweiten Jahr seiner Laufzeit weniger Besucher zu verzeichnen haben, aber schon bei 144.800 Besuchern sind die Betriebskosten der Ausstellung in Gänze gedeckt, alle Einnahmen darüber hinaus, sind ein Deckungsbeitrag zu den Gesellschaftskosten. Die Geschäftsführung rechnet laut Wirtschaftsplan mit einem erneuten Defizit für das Geschäftsjahr 2015.

Resümierend lässt sich festhalten, dass naturwissenschaftliche Ausstellungen tendenziell erfolgreicher sind als Kunstausstellungen. Daher ist für das Jahr 2016 wieder eine populäre, naturwissenschaftliche Ausstellung mit dem Titel ***Wunder der Natur – Die Intelligenz der Schöpfung*** vorgesehen.

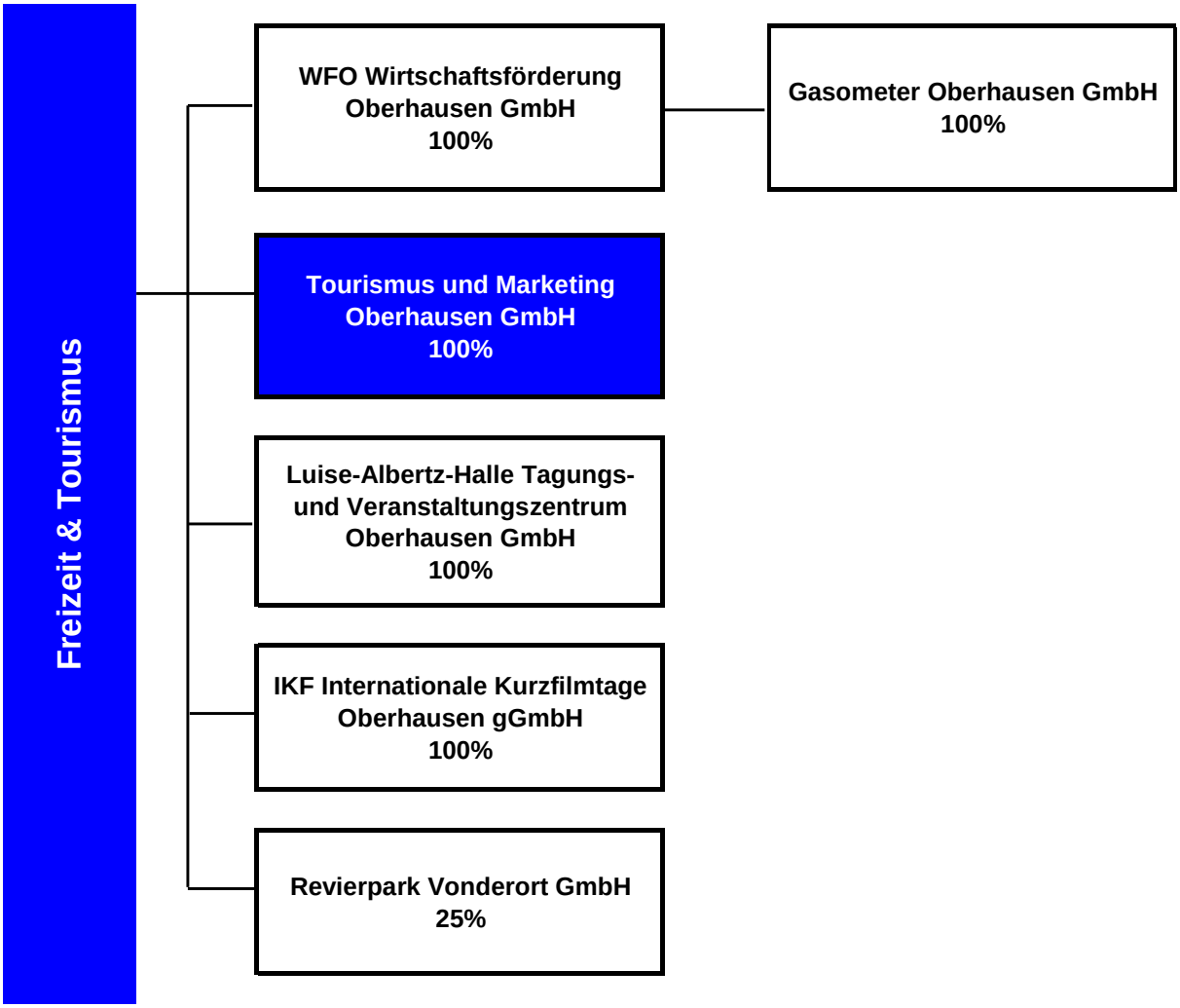
Das vom RVR bis 2016 für Instandsetzungsmaßnahmen zur Verfügung gestellte Budget in Höhe von 547.500 EURO, wurde von der Gasometer GmbH für Korrosionsschutz- und weitere technische Maßnahmen bereits bis 2013 in Gänze eingesetzt. Folglich standen in 2014 aus diesem Budget keine Mittel mehr zur Verfügung. Kleinere technische Maßnahmen wurden von der Gesellschaft selber finanziert (insgesamt 38.000 EURO). Der Vertrag zwischen dem RVR und der Gasometer GmbH über das Instandsetzungsbudget und über den Zuschuss zur Gebäudeunterhaltung läuft in 2016 aus und muss mit dem Land NRW neu verhandelt werden. Bereits heute ist absehbar, dass die Außenhülle des Gasometers in den nächsten Jahren einen neuen Korrosionsschutz benötigt. Die Maßnahme kann nur durchgeführt werden, wenn das Land NRW Fördermittel zur Verfügung stellt.

Jede realisierte Ausstellung im Gasometer ist ein positives Aushängeschild für die Stadt Oberhausen. Aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Situation wird es jedoch in Zukunft immer schwieriger, Sponsoren zu finden, die durch ihre Unterstützung bei der Realisierung einer Ausstellung einen werblichen Effekt erwarten. Die Gesellschaft wird immer häufiger nur noch dann Ausstellungen durchführen können, wenn sie frei über ihre finanziellen Rücklagen verfügt und daraus Anschlussfinanzierungen für neue, große Ausstellungen leisten kann. Nur mit dem entwickelten Geschäftsmodell der Gasometer Oberhausen GmbH, in wirtschaftlich starken Zeiten, Zuführungen zur Kapitalrücklage zu bilden, die dann in der schwächeren Periode als Puffer für Anschubfinanzierungen neuer Ausstellungen dienen, kann der Gasometer langfristig betrieben werden. Jedoch kann auch dieses Geschäftsmodell nur erfolgreich sein, wenn Ausstellungen über zwei Jahre laufen und mindestens 800.000 Besucher erzielen.

Oberhausen, 30. März 2015

Gasometer Oberhausen GmbH

Jeanette Schmitz


Freizeit & Tourismus
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Gasometer Oberhausen GmbH 100%
Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 100%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100%
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100%
Revierpark Vonderort GmbH 25%

TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 51
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/82457-0
Fax	0208/8245711
Fax	0208/8245721
e-Mail	tourist-info@oberhausen.de
Internet	www.tmo-oberhausen.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 50,00

Gesellschafter:

	TDM	%
Stadt Oberhausen	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Touristische Werbung für die Stadt Oberhausen und die Koordination von Tourismusangeboten innerhalb des Stadtgebietes sowie die Touristeninformation

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

CityO. Management e.V.	Kooperationsvertrag
Stadt Oberhausen	Leistungsvertrag Projekt-TeamCity
Stadt Oberhausen	Verlustabdeckung der Gesellschaft nach § 4 des Gesellschaftsvertrags

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Muckel, Franz
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Wehling, Klaus
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Albrecht-Mainz, Elia
	stellv. Vorsitzender	Rubin, Dirk
	Mitglied gem. § 113 GO	Tsalastras, Apostolos
	Mitglied	Boos, Regina
	Mitglied	Bramorski, Stephan
	Mitglied	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Hake, Michael
	Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
	Mitglied	Ingendoh, Holger
	Mitglied	Lenz, Eugen
	Mitglied	Marx, Petra
	Mitglied	Real, Ulrich
	Mitglied	Schlagböhmer, Robert

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	205,69	37,5	114,13	29,1	22,25	6,9	-91,88	-80,50
Umlaufvermögen	341,84	62,4	278,02	70,8	298,45	92,9	20,43	7,35
Rechnungsabgrenzungsposten	0,39	0,1	0,39	0,1	0,39	0,1	0,00	0,00
Bilanzsumme	**547,92**	**100,00**	**392,54**	**100,00**	**321,09**	**100,00**	**-71,45**	**-18,20**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	38,63	7,0	59,41	15,1	88,01	27,4	28,60	48,14
Sonderposten mit Rücklagenanteil	195,77	35,7	105,80	27,0	15,85	4,9	-89,95	-85,02
Rückstellungen	99,95	18,2	37,50	9,6	62,65	19,5	25,15	67,07
Verbindlichkeiten	164,49	30,0	166,57	42,4	153,26	47,7	-13,31	-7,99
Rechnungsabgrenzungsposten	49,08	9,0	23,27	5,9	1,32	0,4	-21,95	-94,33
Bilanzsumme	**547,92**	**100,00**	**392,54**	**100,00**	**321,09**	**100,00**	**-71,45**	**-18,20**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	678,98	752,21	697,45
sonstige betriebliche Erträge	543,51	510,80	473,83
Materialaufwand	346,86	473,07	462,02
Personalaufwand	909,66	886,03	784,59
Abschreibungen	93,05	92,05	91,88
sonstige betriebliche Aufwendungen	383,71	351,93	378,09
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,31	0,21	0,01
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,24	0,26	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-510,71	-540,12	-545,29
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-510,71	-540,12	-545,29
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-430,55	-510,71	-540,12
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-430,55	-510,71	-540,12
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-510,71	-540,12	-545,29

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-75,22	-71,80	-78,18	%
Eigenkapitalrentabilität:	-92,97	-90,09	-86,10	%
Cash-Flow:	-417,66	-448,07	-453,41	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	58,21	66,47	68,90	T€
Personalaufwandsquote:	74,41	70,15	66,99	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	37,35	28,85	6,71	%
Eigenkapitalquote:	7,05	15,13	27,41	%
Fremdkapitalquote:	92,95	84,87	72,59	%

e) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand der Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH (TMO) ist die touristische Werbung für die Stadt Oberhausen und die Koordination von Tourismusangeboten innerhalb des Stadtgebietes sowie die Touristeninformation.

Mit dieser Aufgabenstellung erfüllt die Gesellschaft Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (nichtwirtschaftliche Betätigung).

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Auch im vierten Jahr nach der Kulturhauptstadt RUHR sind die Übernachtungszahlen in der Metropolregion Ruhr erneut angestiegen. Von Januar bis Dezember 2014 besuchten über 3,75 Millionen Gäste die Beherbergungsbetriebe (mit mindestens zehn Gästebetten und die Campingstellplätze) der Metropole Ruhr. Das bedeutet ein Besucherplus von 2,7 Prozent bei den Gästeankünften und insgesamt 2,1 Prozent mehr Übernachtungen in der Metropole Ruhr. Die Zahl der ausländischen Gäste stieg um 2,8 Prozent und auch die Übernachtungszahlen der Ausländer übertraf den Vorjahreswert um 2,9 Prozent (Quelle RTG). Mit einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von zwei Tagen ist die Region eher ein Ziel für Kurzurlauber und Geschäftsreisende. Dabei gehören das verbesserte Image der Region im Segment Freizeit- und Kulturtourismus sowie die wachsende Zahl an Geschäftsreisen zu den wichtigsten Ursachen für die steigenden Gästezahlen. Insgesamt kann festgehalten werden, dass der positive Trend in Sachen Tourismus für die Metropole Ruhr weiterhin anhält.

2. Geschäftsverlauf

Die Ausstellung „Der schöne Schein“ im Gasometer Oberhausen, das Musical „Sister Act“ im Metronom Theater, der Sea Life Abenteuerpark, Legoland Discovery Centre oder das CentrO und seine Weihnachtswelt: Mit den Themen „Shopping, Entertainment, Industriekultur“ war Oberhausen auch in 2014 ein lohnenswertes Reiseziel für Touristen. Seit elf Jahren registriert Oberhausen steigende Übernachtungszahlen.

Oberhausen hat im Jahr 2014 mit insgesamt 460.556 Übernachtungen (+ 1,1 Prozent) zum wiederholten Male einen neuen Rekordwert erreicht (Quelle: Statistisches Landesamt IT.NRW Düsseldorf). Im Vergleich etwa zum Jahr 2006, dem Jahr der Fußball-WM in Deutschland, hat sich der Wert sogar nahezu verdoppelt. Die Gästeankünfte 2014 sind ebenfalls mit einem Plus von 4,6 Prozent auf 213.775 Gäste gestiegen. Erfreulich war die hohe Bettenauslastung der hiesigen Beherbergungsbetriebe. Mit 50,9 Prozent nahm Oberhausen im Jahr 2014 hinter Aachen den zweiten Platz unter allen kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen ein. Dazu beigetragen haben auch ein starkes Messejahr und die für Geschäftsreisende wichtigen günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die Zunahme von Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland lag auf Jahressicht bei plus 2,4 Prozent, allein im Dezember haben 22,8 Prozent mehr ausländische Gäste in Oberhausen übernachtet als noch in 2013. Die TOP 5 der Quellmärkte aus dem Ausland lagen 2014 für Oberhausen in den Niederlanden (28,3 Prozent aller getätigten Auslandsübernachtungen), Belgien, China, Schweiz und Großbritannien.

Das Thema Kooperationen hat die TMO 2014 durch Vernetzung und Initiierung von Projekten und Produkten mit den touristischen Leistungsträgern forciert. Die TMO war erneut auf drei touristischen Leitmessen (CMT Stuttgart, ITB Berlin, RDA Köln) vertreten und hat aktives Standortmarketing betrieben. Die Anzahl der in den Touristinformationen RIL und RVC betreuten Gäste und der abverkauften touristischen Produkte konnte in 2014 leicht gesteigert werden.

Im Bereich Stadt-/Citymarketing konnten die Kooperationen mit dem CityO.-Management e.V. und dem städtischen Projekt-TeamCity 2014 erfolgreich gestaltet werden. Neben dem 10jährigen Jubiläum der über die Stadtgrenzen hinaus beliebten Musik-Sommer-Nacht konnten für den CityO.-Management e.V. rund 20 Veranstaltungen und Zusammenkünfte mit großer Beteiligung organisiert werden. Durch die Aktionen im Rahmen der Netzwerkarbeit konnte die Mitgliederzahl für den Verein leicht gesteigert werden. Das vom Bundesministerium und vom HDE in 2013 prämierte Oberhausener WINTERLICHT konnte auch 2014 durch den Verein auf rein privatwirtschaftlicher Basis ohne jegliche öffentliche Förderung realisiert werden.

Die Kooperation mit dem Projekt-TeamCity, das dem städtischen Planungsbereich angegliedert ist und das durch den Geschäftsführer der TMO geleitet wird, war auch in 2014 sehr zielführend. Das Fassaden- und Innenhofprogramm hat zu Fortschritten auf dem Weg des angestrebten Funktionswandels der Innenstadt geführt. Der Umbau an der Brüder-Grimm-Schule zum neuen Jugendzentrum in der City ist 2014 gestartet Die für den so genannten „Verfügungsfonds" akquirierten Fördermittel konnten im Rahmen der „Sozialen Stadt Alt-Oberhausen" spürbare Impulse für bürgerschaftliches Engagement setzen. Die Akquise neuer Fördermittel im Rahmen des Programms „Soziale Stadt" war auch für die Folgejahre wieder erfolgreich.

Der TMO-Bereich Stadtwerbung / Öffentlichkeitsarbeit hat neben den TMO eigenen Handlungsfeldern Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen, für diverse Kultureinrichtungen, für touristische Leistungsträger, für Messen und für die Bewerbung von Veranstaltungen in der Innenstadt von Alt-Oberhausen erbracht.

Das seit März 2013 von der TMO herausgegebene und in Kooperation mit der Oberhausener Agentur Contact GmbH und dem städtischen Bereich Öffentlichkeitsarbeit erstellte Printprodukt „Oh! Das Stadtmagazin aus Oberhausen" ist 2014 erstmalig in vollem Umfang alle zwei Monate erschienen. In einer Auflage von 114.000 Exemplaren wird es an alle Haushalte und Unternehmen in Oberhausen kostenfrei verteilt. Die Auswertung einer umfangreichen Leserbefragung hat hervorragende Beurteilungen für das informative Magazin ergeben. 2014 wurde das innovative Stadtmagazin aus Oberhausen vom Marketing Club Ruhr mit dem „Silbernen Tacken" ausgezeichnet.

Die TMO konnte betriebswirtschaftlich gesehen die gesteckten Ziele erreichen. Grundsätzlich ist bei einer Stadtmarketinggesellschaft davon auszugehen, dass es sich hier um ein nicht rentierliches Geschäftsmodell handelt.

Mit einem Jahresergebnis von rd. (-) 545 TEUR konnte das Geschäftsjahr abgeschlossen werden.

3. Lage des Unternehmens

Die TMO hat im Geschäftsjahr 2014 erfolgreich an der weiteren Vernetzung touristischer Leistungsträger in Oberhausen gearbeitet. Die Beteiligung an Messekooperationen mit anderen Städten der Region unter dem Dach der Ruhr Tourismus GmbH (RTG) hat die Wahrnehmung der Metropole Ruhr und der Stadt Oberhausen als attraktive touristische Destination gestärkt.

Die Zusammenarbeit des TMO-Bereichs Stadt-/Citymarketing mit dem Projekt-TeamCity und dem CityO.-Management e.V. zur Entwicklung und Umstrukturierung der Innenstadt von Alt-Oberhausen hat ausgezeichnete Ergebnisse erzielt. Die Kooperation zwischen allen Stadtbezirken und Stadtteilen konnte durch die von der TMO geleitete ‚Arbeitsgemeinschaft der Interessen- und Werbegemeinschaften Oberhausen (AGIO)' erfolgreich fortgeführt werden.

Im Bereich Stadtwerbung konnte durch zahlreiche Printprodukte und durch die Fortführung der intensiven Online-Vermarktungsstrategie das Profil des Standortes geschärft und gestärkt werden. Insbesondere das neue Printprodukt „Oh! Das Stadtmagazin aus Oberhausen" fördert nachhaltig die Identitätsstärkung und steigert den Bekanntheitsgrad der vielfachen Angebote innerhalb der Stadt und bei Besuchern der Stadt.

Die mit der Konzentration der städtischen Tochtergesellschaften TMO, WFO und ENO am Standort Essener Straße 51 angestrebten Effekte einer Synergiebildung zeigen erste erfreuliche Ergebnisse. Die gemeinsamen Bemühungen um die Ansiedlung von Hotels und einer Hochschule wurden fortgesetzt.

Aufgrund der öffentlichen Zielsetzung unseres Unternehmens zählen zu unseren Leistungsindikatoren die Attraktivität der Region, die sich in der Anzahl der Übernachtungszahlen in Oberhausen sowie in der Qualität der Einzelveranstaltungen widerspiegelt. Durch das intensive Netzwerk ist es unser weiteres Unternehmensziel, dies kontinuierlich auszubauen.

Unabhängig von den vielen positiven Arbeitsergebnissen und dem erfreulichen wirtschaftlichen Ergebnis hat sich die finanzielle Situation der Gesellschaft zwar leicht verbessert, bleibt jedoch besonders unter Berücksichtigung des Eigenkapitals weiterhin angespannt.

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind um rd. 7 % zum Vorjahr auf 698 TEUR gesunken. Dies ist im Wesentlichen eine Folge der nicht zustande gekommenen Herbstkampagne mit einem Partner und rückläufiger Abverkäufe bei den Pauschalen und Tickets. Dies korrespondiert mit minimiertem Materialaufwand um rund 11 TEUR. Die ‚sonstigen betrieblichen Erträge' sind um rd. 8 % minimiert, weil die anteilige Weiterberechnung des Geschäftsführergehalts an die WFO / ENO GmbH entfällt. Der Personalaufwand konnte im Wesentlichen durch die Personalunion von Geschäftsführer und Citymanager/Prokurist um rd. 106 TEUR minimiert werden. Die Erhöhung der ‚sonstigen betrieblichen Aufwendungen' um 26 TEUR resultiert vorwiegend aus der Beauftragung des beratenden Unternehmens ExperConsult. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. TEUR 5 auf TEUR - 545 vermindert.

Ertragslage	**2014**		**2013**		**Delta**
	T€	**%**	**T€**	**%**	**T€**
Umsatzerlöse	698	59,6%	752	59,3%	-54
Bestandsveränderung	0	0,0%	0	0,0%	0
sonstige betriebliche Erträge	474	40,4%	516	40,7%	-42
betriebliche Gesamtleistung	**1.172**	**100,0%**	**1.268**	**100,0%**	**-96**
Materialaufwand	462	39,4%	473	37,3%	-11
Rohergebnis	**710**	**60,6%**	**795**	**62,7%**	**-85**
Personalaufwand	785	67,0%	891	70,3%	-106
Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände und Sachanlagen	92	7,8%	92	7,3%	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	378	32,3%	352	27,8%	26
sonstige Steuern	0	0,0%	0	0%	0
Betriebsaufwendungen	**1.717**	**146,5%**	**1.808**	**142,6%**	**-91**
Betriebsergebnis	**-545**	**-46,5%**	**-540**	**-42,6%**	**-5**
Finanzergebnis	0	0,0%	-0	0%	0
Ergebnis vor Steuern	**-545**	**-46,5%**	**-540**	**-42,6%**	**-5**
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0,0%	0	0%	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**-545**	**46,5%**	**-540**	**42,6%**	**5**

b) Finanzlage

Finanzlage	2014	2013
	T€	T€
Mittelzufluss/-abfluss aus der lfd. Geschäftstätigkeit	-494	-619
Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit	-0	-0
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	574	561
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	**80**	**-58**
Finanzmittelbestand am 01. Januar	96	154
Finanzmittelbestand am 31. Dezember	**176**	**96**

c) Vermögenslage

Vermögenslage	31.12.2014		31.12.2013		Delta
	T€	%	T€	%	T€
Anlagevermögen	23	7,2%	114	29,1%	-91
Umlaufvermögen	297	92,5%	278	70,9%	19
Rechnungsabgrenzugsposten	1	0,3%	0	0,0%	1
Summe Aktiva	**321**	**100,0%**	**392**	**100,0%**	**-71**
Eigenkapital	89	27,7%	60	15,3%	29
Sonderposten	16	5,0%	106	27,0%	-90
Rückstellungen	62	19,3%	38	9,7%	24
Verbindlichkeiten	153	47,7%	165	42,1%	-12
Rechnungsabgrenzugsposten	1	0,3%	23	5,9%	-22
Summe Passiva	**321**	**100,0%**	**392**	**100,0%**	**-71**

Zusammenfassend ergibt sich ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von (-) 545 TEUR. Durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage i.H. von 540 TEUR sowie von Einzahlungen in die Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 574 konnte der Verlust aufgefangen werden. Dadurch ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 27,7 % (i. V. 15,3 %).

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

IV. Prognosebericht

Durch den Ratsbeschluss vom 15.07.2013 ist der wirtschaftliche Grundbestand der Gesellschaft bis 2017 gesichert. Durch eigene tourismusfördernde Aktivitäten, den Verkauf von Merchandise-Artikeln und von Eintrittskarten für Veranstaltungen Dritter sowie durch Kooperationen mit Leistungsträgern der Freizeitwirtschaft und Gewerbetreibenden in der Innenstadt von Alt-Oberhausen erzielt die TMO eigene Erlöse. Des Weiteren sind zusätzliche Erlöse aus der Vermarktung des „Oh! Stadtmagazins“ und der neu erstellten Website (zweite Jahreshälfte 2015) zu erwarten.

Die Umsatzerlöse und die sonstigen betrieblichen Erträge sowie der städtische Verlustausgleich reichen aus, um das operative Geschäft zu betreiben, die anstehenden Aufwendungen zu decken und somit den Gesellschaftszweck zu erreichen.

Die TMO wird auch zukünftig immer abhängig von den Aktivitäten Dritter und deren Erfolg sein. Die Generierung und Realisierung von Veranstaltungen Dritter steht nicht im Einflussbereich der TMO. Der Umfang der Erlöse im Ticketing ist abhängig von der Anzahl und der Attraktivität der Veranstaltungen Dritter in der Stadt und in der Region.

Wesentlich für die Gesellschaft ist deren finanzielle Ausstattung durch die Gesellschafterin. Die TMO ist abhängig von einem Zuschuss, der neben einem Grundzuschuss auch sämtliche dynamischen Faktoren wie Personalaufwendungen und Sachkostensteigerungen in einem adäquaten Umfang berücksichtigt. Umso wichtiger sind eine regelmäßige Aufgabenkritik, die Fokussierung auf Geschäftsfelder mit geringen Defiziten und der Ausbau von Kooperationen.

Für das Wirtschaftsjahr 2015 erwarten wir Umsatzerlöse von 644 TEUR unter der Voraussetzung, dass die Vereinbarungen mit den Kooperationspartnern aus den Vorjahren auch in 2015 Bestand haben und ähnliche Erträge aus der Vermarktung des Stadtmagazins „Oh!“ sowie der öffentlichen Werbeflächen wie in den Vorjahren erzielt werden können.

Es wird ein Betriebsergebnis von (-)570 TEUR erwartet.

V. Chancen und Risikobericht

1. Risikobericht

1.1. Branchenspezifische Risiken

Die Abhängigkeit im Tourismus und bei der Vermarktung eines Standortes von der Nachfrage und dem Erfolg von Produkten Dritter im Bereich der Freizeit- und Kulturwirtschaft sowie des Entertainments birgt permanent wirtschaftliche Risiken für die Gesellschaft.

1.2. Ertragsorientierte Risiken

Die Fokussierung auf die Dachmarke Metropolregion RUHR und deren vielfältige Freizeit- und Tourismusangebote sowie die Vermarktungsstrategie der Region durch die Ruhr Tourismus GmbH (RTG) führt zu einem kontinuierlich wachsenden Konkurrenzdruck bzw. zu einer strategischen Unterordnung unter die Dachmarke. Dabei wird es zunehmend schwieriger, den USP des eigenen Standortes – Freizeit-, Shopping- und Eventtourismus - für die TMO ertragswirksam nutzbar zu machen.

Die Auswirkungen der zum 30.04.2015 notwendigen Aufgabe des RUHR.Visitorcenters (RVC) im CentrO (Ende der Zweckbindungsfrist der Ausstattung) können noch nicht abgeschätzt werden. Ein neuer Standort für die Touristeninformation kann aus wirtschaftlichen und organisatorischen Gründen 2015 nicht in der Neuen Mitte implementiert werden. In wieweit sich bisher im RVC erzielte Umsätze nach dessen Schließung in der RUHR.Infolounge (RIL) am Hauptbahnhof realisieren lassen, ist kaum vorhersehbar.

Um eine Stagnation bei der touristischen Wertschöpfung zu vermeiden und Wachstum zu ermöglichen, hat die Geschäftsführung den schon lange überfälligen Relaunch des Internetauftritts der TMO in Auftrag gegeben. Die neue Website wird voraussichtlich Mitte 2015 online gehen.

1.3. Finanzwirtschaftliche Risiken

Die laufenden Kosten und Verbindlichkeiten können nach aktueller Planung fristgerecht bedient werden. Finanzielle Risiken bestehen für die TMO auch nach wie vor in der dünnen Finanzdecke. Leistungsstörungen im operativen Bereich können sich schnell auf die Liquiditätslage kritisch auswirken, da keine hinreichenden Liquiditätsreserven bestehen. Die finanzielle Ausstattung macht die Konzentration auf effiziente Projekte notwendig. Nicht beeinflussbare Faktoren, wie zum Beispiel der Spielplan von kulturellen Angeboten tragen dazu bei, dass die Geschäftsführung kaum eine Prognose über die Umsätze aus Ticketverkäufen in der Touristinformation geben kann.

Aufgrund der geplanten Dotierungen der Kapitalrücklage ist die Finanzierung der Gesellschaft kurzfristig gesichert, wenn der von der Geschäftsführung geplante Wirtschaftsplan eingehalten wird.

Der Handlungsspielraum für die TMO hängt mittelbar vom Haushaltskonsolidierungsprozess der Stadt als alleinige Gesellschafterin ab. Der Handlungsspielraum für die TMO bleibt weiterhin eng. Hieraus können sich entwicklungsbeeinträchtigende Risiken ergeben.

Mit Ablauf des Jahres 2014 endet auch die Förderung des RUHR.Visitorcenters. Hierbei handelt es sich um eine touristische Informationsplattform, die im Zuge der Kulturhauptstadtaktivitäten RUHR.2010 in der Neuen Mitte Oberhausen eröffnet worden ist. Die TMO kann diesen Standort mit eigenen Finanzmitteln nicht betreiben und gibt ihn mit Ablauf des 30.04.2015 auf. Die Implementierung einer neuen Tourist-Information an einem anderen Standort in der Neuen Mitte ist im Rahmen der angestrebten Neustrukturierung der Wirtschafts- und Tourismusförderung Oberhausen vorgesehen.

2. Chancenbericht

Die Jahre 2015 und 2016 sind für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung.

Die Entwicklung des Tourismus gestaltet sich für Oberhausen weiterhin positiv. Einerseits steigen die Zahlen der Ankünfte und Übernachtungen und der Gäste aus dem Ausland kontinuierlich an. Andererseits legt eine mittlere Bettenauslastung in 2014 von 51 Prozent die Vermutung nahe, dass nur noch wenig Luft nach oben vorhanden ist. Der Verzicht auf eine grundlegende Modernisierung der Messe Essen und die damit verbundenen Folgen sowie das Fehlen einer großen Messe in Düsseldorf lässt einen Rückgang der Übernachtungsgäste aus diesem Segment für Oberhausen in 2015 vermuten. Der Erfolg der in 2014 gestarteten Gasometer-Ausstellung „Der schöne Schein“ trägt offensichtlich auch noch in 2015. Für 2016 ist eine neue attraktive Ausstellung in Vorbereitung. In 2015 präsentiert das Metronom Theater mit „Mamma Mia“ und ab November 2015 mit „Phantom der Oper“ gleich zwei Musicals, die an anderen Standorten bereits sehr erfolgreich gespielt worden sind. Die König-Pilsener-Arena rangierte 2014 in Deutschland auf Platz 7 der besten Hallen ohne „eigenen“ Sportverein als Ankermieter und trägt so zur positiven Imageentwicklung der Stadt nachhaltig bei. Mit dem CentrO feiert 2016 Deutschlands attraktivste Shoppingmall das 20jährige Jubiläum. Die Vorbereitungen für die Events im Jubiläumsjahr lassen schon jetzt für 2016 einen Anstieg der Tagesbesucherzahlen erwarten.

Die Stadt Oberhausen hat mittels Ratsbeschluss (15.07.2013) einen Prozess zur Neu-Organisation und inhaltlichen Weiterentwicklung der Gesellschaften ENO, WFO und TMO initiiert. Ziel ist es, 2016 eine inhaltliche, strukturelle und organisatorische Neuaufstellung der Wirtschafts- und Tourismusförderung Oberhausen zu haben. Dieser Prozess wird unter dem Begriff Strategieprozess 2020+ zusammengefasst. Im Juni 2014 ist das Dortmunder Beratungsunternehmen ExperConsult beauftragt worden, diesen Prozess zu substanziieren, zu steuern und zu moderieren. Mai 2015 wird ExperConsult nach einem aufwendigen Beteiligungsprozess als ersten Baustein ein umsetzungsfähiges Konzept zur Neustrukturierung der Wirtschafts- und Tourismusförderung Oberhausen vorlegen. Der Leitmarkt „Tourismus, Shopping, Entertainment“ hatte im Verlauf des bisherigen Prozesse zentrale Bedeutung. Eine Aussage über die Empfehlungen des Konzeptes 2020+ und die zukünftige Struktur der Wirtschafts- und Tourismusförderung Oberhausen kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gemacht werden.

Die Genehmigung des kommunalen Haushalts ermöglicht es der Stadt, eigene Aktivitäten im Bereich der Stadtentwicklung aufzunehmen. Dies wirkt positiv auf die Stadtteilzentren und gibt der Entwicklung der Innenstadt in Richtung Wohnraum- und Wohnumfeldverbesserung neue Impulse. Dabei ergeben sich auch für das Stadt- und Citymarketing neue Potentiale. Ob das Zentrenmanagement mit seinen diversen Aufgaben auch zukünftig zu den Handlungsfeldern einer neustrukturierten Wirtschafts- und Tourismusförderung gehören wird, bleibt den Empfehlungen des Konzeptes 2020+ und dem sich daran anschließenden Entscheidungsprozess vorbehalten.

3. Gesamtaussage

Die wirtschaftliche Situation der TMO ist nach wie vor schwierig. Der Ratsbeschluss vom 15.07.2013, der den Kostensteigerungen der zurückliegenden Jahre und der kommenden Jahre Rechnung trägt, sichert im Augenblick die Existenz des Unternehmens. Die erfolgreichen Kooperationen und Projekte in allen Aufgabenfeldern, die erfolgreichen Produkte Dritter und die neuen Handlungsspielräume der Kommune in den Stadtteilzentren, lassen erwarten, dass die TMO auch zukünftig die Aufgabenfelder der Gesellschaft mit Erfolg wird bearbeiten können.

Die durch den Rat der Stadt vorgegebene Zielsetzung einer Neuorganisation der Wirtschafts-und Tourismusförderung eröffnet der TMO gänzlich neue Perspektiven.

Unabhängig vom Ausgang des Neustrukturierungsprozesses 2020+ muss darauf hingewiesen werden, dass der Vertrag des derzeitigen Allein-Geschäftsführers der Gesellschaft mit Ablauf des 31.12.2015 endet. Entsprechend der (Neu-) Struktur der Gesellschaft muss diese Position mit Wirkung zum 01.01.2016 neu besetzt werden.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm bzw. ein großer Teil der Vertragspartner sind der Öffentlichen Hand zuzuordnen. Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme. Zudem besteht eine mehrjährige Zusammenarbeit mit einem Großteil der Vertragspartner.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen beglichen.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management der Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko wird für jedes nennenswerte Handelsgeschäft ein Liquiditätsplan erstellt, der einen Überblick über die Geldausgänge und Geldeingänge vermittelt.

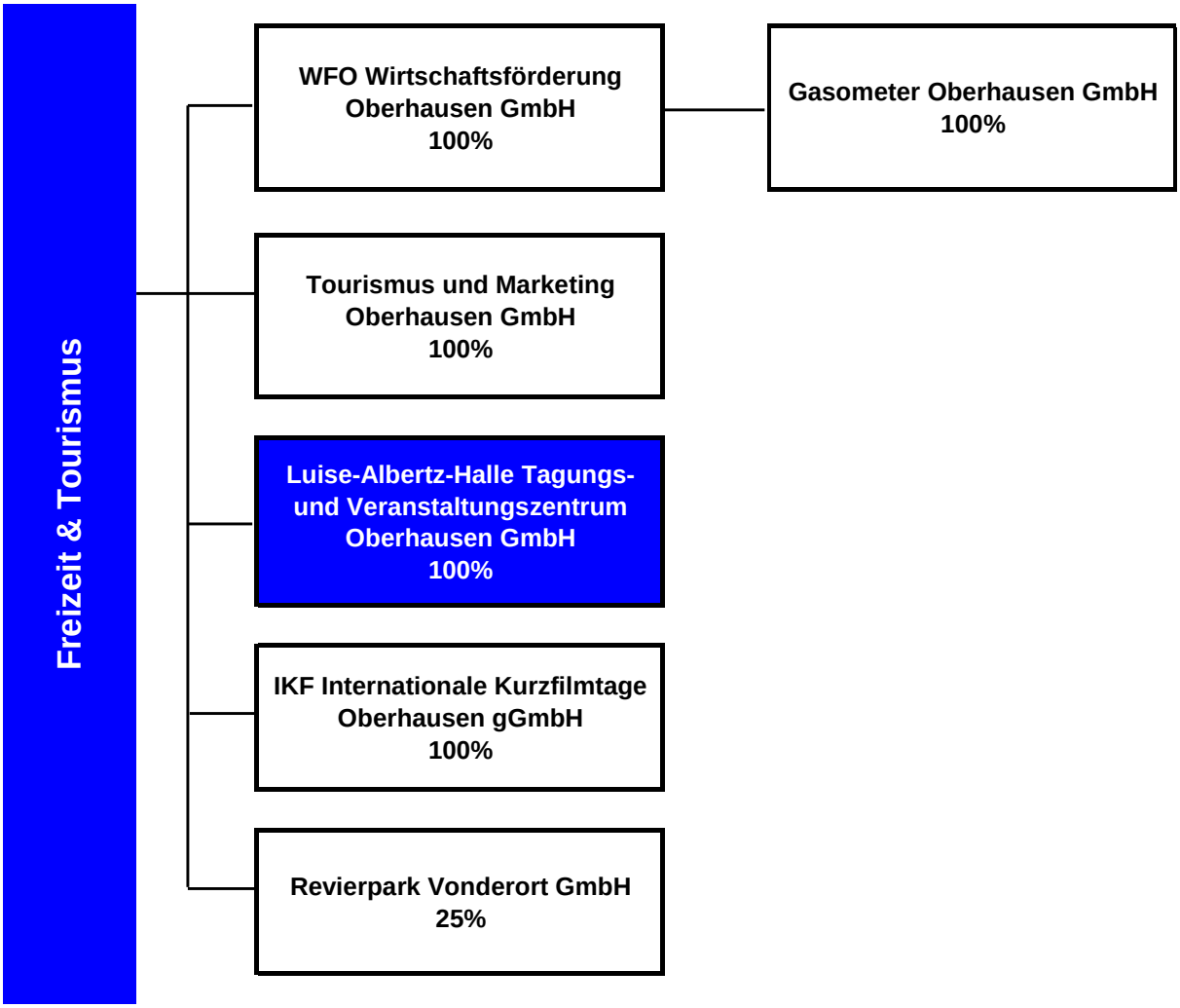
Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein adäquates Debitorenmanagement.

Oberhausen, den 23. April 2015

Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH

Franz-J. Muckel

Geschäftsführer


Freizeit & Tourismus
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Gasometer Oberhausen GmbH 100%
Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 100%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100%
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100%
Revierpark Vonderort GmbH 25%

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Düppelstraße 1
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 859080
Fax	0208 / 8590811
e-Mail	Info@cc-oberhausen.de
Internet	www.cc-oberhausen.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 500,00

Gesellschafter:	**TDM**	**%**
Stadt Oberhausen	500,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und der Betrieb der Luise-Albertz-Halle Oberhausen.

Die Luise-Albertz-Halle ist eine öffentliche Einrichtung im Sinne des § 8 GO: NW. Sie dient als Veranstaltungs- und Tagungszentrum sowie als Erholungs-, Versammlungs-, Kultur- und Bildungsstätte und steht allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu diesen Zwecken zu Benutzung offen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck unmittelbar geöfrdert werden kann.

Die Gesellschaft kann den die Luise-Albertz-Halle betreffenden Grundbesitz erwerben, verwalten und veräußern.

Die Gesellschaft kann sich zur Förderung ihres Unternehmenszwecks an anderen Gesellschaften beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Deutsche Leasing für Sparkassen und Mittelstand GmbH	Mietkaufvertrag Großenkücheneinrichtung vom 01.10.2008.
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Vertrag über Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen
Hubert Imhoff GmbH	Pachtvertrag vom 26.03.1999
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Dienstleistungsvertrag (insbesondere Gebäudeinnen- und Fensterreinigung sowie Transportarbeiten), Vertragsbeginn 21.12.2007 (ehem. Vertrag mit WBO)
Stadt Oberhausen	Grundstücksübertragungsvertrag vom 08.02.1999
Stadt Oberhausen	Verlustausgleichsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH vom 08.02.1999 unter Berücksichtigung der Nebenabrede vom 13.02.2003

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schmidt, Hartmut
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Bongers, Sonja
	stellv. Vorsitzender	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied gem. § 113 GO	Willecke, Thomas
	Mitglied	Bruckhoff, Peter
	Mitglied	Hoff, Marc
	Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	Mitglied	Radtke, Dorothee

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014 (vorläufig)*		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	6.058,26	80,5	5.855,69	79,8	5.690,50	79,9	-165,19	-2,82
Umlaufvermögen	100,70	1,3	181,77	2,5	199,79	2,8	18,02	9,91
Rechnungsabgrenzungsposten	24,24	0,3	0,10	0,0	0,44	0,0	0,34	340,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.340,47	17,8	1.297,78	17,7	1.227,07	17,2	-70,71	-5,45
Bilanzsumme	**7.523,67**	**100,00**	**7.335,33**	**100,00**	**7.117,80**	**100,00**	**-217,53**	**-2,97**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Rückstellungen	49,36	0,7	33,76	0,5	37,07	0,5	3,31	9,80
Verbindlichkeiten	7.474,31	99,3	7.301,57	99,5	7.080,73	99,5	-220,84	-3,02
Bilanzsumme	**7.523,67**	**100,00**	**7.335,33**	**100,00**	**7.117,80**	**100,00**	**-217,53**	**-2,97**

bb) GuV

	2012	2013	2014 (vorläufig)*
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	856,37	743,56	752,12
sonstige betriebliche Erträge	43,84	32,68	12,27
Materialaufwand	692,55	684,52	724,35
Personalaufwand	398,38	350,18	280,30
Abschreibungen	229,32	204,64	179,81
sonstige betriebliche Aufwendungen	301,35	262,62	273,89
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,09	0,03	0,07
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	350,15	323,65	304,51
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.071,45	-1.049,35	-998,39
sonstige Steuern	84,20	83,93	106,88
Erträge aus Verlustübernahmen	1.175,98	1.175,98	1.175,98
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	20,33	42,69	70,71
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	20,33	42,69	70,71

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014 (vorläufig)*	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-134,95	-152,41	-146,95	%
Eigenkapitalrentabilität:	5.684,00	2.654,43	1.563,14	%
Cash-Flow:	-926,33	-928,64	-925,47	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	128,60	110,89	127,40	T€
Personalaufwandsquote:	44,25	45,11	36,67	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014 (vorläufig)*	Angaben in
Sachanlagenintensität:	80,03	79,39	79,56	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

*** Zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichts 2014 hat die Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss 2014 noch nicht beschlossen. Die jeweiligen Angaben zum 31.12.2014 ergeben sich somit aus dem vorläufigen Abschluss.**

e) Lagebericht

A. Berichterstattung zum öffentlichen Zweck und zur Zweckerreichung

Die Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH ist im Jahre 1962 gegründet worden. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Oberhausen.

Gegenstand des Unternehmens ist es, die für Tagungs-, Kongress-, Veranstaltungs-, Kultur- und Bildungszwecke in den Jahren 1999/2000 umgebaute Luise-Albertz-Halle zu bewirtschaften. Darüber hinaus darf sich die Gesellschaft an Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beteiligen und alles tun, was dem Zweck der Gesellschaft förderlich ist.

Mit dieser Aufgabenstellung erfüllt die Gesellschaft in ihrer über 50-jährigen Geschichte Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (nichtwirtschaftliche Betätigung).

Der Zwecksetzung entsprechend dem Gesellschaftsvertrag ist die Gesellschaft in allen Geschäftsfeldern nachgekommen.

B. Gesamtwirtschaftliches Umfeld und Geschäftsverlauf

Die LAH hat in den vergangenen Jahren stets ein deutlich negatives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erzielt. Die Stadt Oberhausen zahlt zum Ausgleich dieses Ergebnisses jedes Jahr einen auf max. TEUR 1.176 begrenzten Verlustausgleich sofern das Eigenkapital nicht mind. TEUR 150 beträgt. Die Höhe des Verlustausgleichs innerhalb dieses Rahmens ist gemäß Verlustausgleichsvereinbarung von dem tatsächlichen Liquiditätsbedarf der LAH abhängig und somit nicht an Ertragskennziffern gebunden.

In den Jahren 2008 bis 2014 wurde der Verlustausgleich jeweils in voller Höhe gezahlt. Auch in den zukünftigen Jahren kann auf die Verlustausgleichszahlung bei der prognostizierten Ertragslage nicht verzichtet werden.

Im Geschäftsjahr 2014 hat die LAH unter Berücksichtigung des Gesellschafterzuschusses wieder ein positives Jahresergebnis in Höhe von TEUR 71 erzielt.

Die deutsche Veranstaltungswirtschaft erlebte nach einem Besucherrückgang im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 einen Aufschwung und verzeichnet mit ca. 338 Mio. Besuchern im Jahr 2011 (+ 4,5 %) einen neuen Höchststand. Hiervon entfallen rd. 6 Mio. Besucher (1,8 %) auf Veranstaltungen im Ruhrgebiet. Auch die Anzahl der Veranstaltungsstätten ist deutschlandweit gestiegen (+ 1,2 %).

Wie im Vorjahr finden sowohl in Deutschland als auch im Ruhrgebiet zwei Drittel aller Veranstaltungen mit weniger als 100 Teilnehmern statt. Dies liegt insbesondere an der großen Zahl an Tagungen und Seminaren, welche ca. 70 % aller Veranstaltungen ausmachen.

In Kongresszentren wie der LAH stammen über 60 % der Veranstaltungen aus dem Bereich Seminare, Tagungen und Kongresse. Dies spiegelt die Bedeutung von Firmenkunden als Kunden wider, führt allerdings auch zu erheblichen saisonalen Effekten während der Ferienzeit im Juli und August sowie in der Vorweihnachtszeit.

In Bezug auf die Auslastung der Veranstaltungsstätten in Deutschland ist aufgrund eines Wachstums der Anzahl der Anbieter ein deutlicher Rückgang um 18 % auf durchschnittlich 151 Veranstaltungs- und Sperrtage festzustellen. Im Einzugsgebiet der Luise-Albertz-Halle ist mit derzeit rd. 150 Belegtagen im Jahr 2014 gegenüber 108 Belegdaten im Jahr 2013 dagegen ein deutliches Potential vorhanden.

Für die LAH eröffnet sich aufgrund der geographischen Einbettung in das dicht besiedelte Ruhrgebiet ein breites Spektrum an möglichen Veranstaltungen.

C. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LAH

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren:

LAH Oberhausen Erfolgsplanung in TEUR	**Ist 2013**	**Plan 2014**	**Ist 2014**
Umsatzerlöse	**743,6**	**720,0**	**752,1**
davon Halle	588,7	550,0	595,7
davon Gastronomie	154,9	170,0	156,4
sonstige Erträge	32,7	1	12,3
Erträge	**776,2**	**721,0**	**764,4**
Materialaufwand	-684,5	-717,0	-724,3
davon übrige Aufwendungen	-11,0	-12,0	-11,8
davon Aufwand für bez. Leistungen	-413,9	-430,0	-405,9
davon Aufwand Veranstaltungen	-259,6	-275,0	-306,6
Personalaufwand	-350,2	-259,0	-280,3
Abschreibungen	-204,7	-180,0	-179,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-262,6	-300,0	-273,9
sonstige Steuern	-83,9	-84,0	-106,9
Aufwand	**-1.585,9**	**-1.540,0**	**-1.565,3**
EBIT	**-809,7**	**-819,0**	**-800,9**
Finanzergebnis	-323,6	-320,0	-304,4
davon Zinsertrag	0,0	0,0	0,0
davon Zinsaufwand	-323,6	-320,0	-304,4
Ergebnis gew. Geschäftstätigkeit	**-1.133,3**	**-1.139,0**	**-1.105,3**
Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0
Erträge aus Verlustübernahme	1.176,0	1.175,0	1.176,0
Jahresüberschuss	**42,7**	**36,0**	**70,7**

Gegenläufig zur der schwierigen branchenspezifischen Lage konnten die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr und Plandaten 2014 gesteigert werden. Der Materialaufwand erhöhte sich in Abhängigkeit des Veranstaltungsmix überproportional zur Entwicklung der Umsatzerlöse, liegt aber mit 96,3 % unter dem Planansatz von 99,6 %. Personelle Veränderungen in 2013 wirken sich in 2014 aus und führten zu einer wesentlichen Verminderung der Personalaufwendungen.

Die Vermögens- und Finanzlage ist unverändert geprägt durch die hohe Anlagenintensität der Geschäftstätigkeit. Das Anlagevermögen beträgt TEUR 5.690 bzw. 79,9 % der Bilanzsumme. Das Veranstaltungszentrum ist mittelfristig finanziert. Dem langfristig gebundenen Kapital stehen TEUR 5.258 bzw. 73,9 % der Bilanzsumme mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gegenüber. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag beträgt TEUR 1.227 gegenüber TEUR 1.298 im Vorjahr.

D. Ereignisse nach dem Stichtag

Das Geschäftsjahr 2015 hat sich in den ersten Monaten planmäßig entwickelt. Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag mit Einfluss auf den Jahresabschluss des Berichtsjahres haben sich nicht ereignet.

E. Unternehmenssteuerung und Risikomanagement

E1. Organisation der Risikoanalyse

Regelmäßige Hochrechnungen für das laufende Jahr, die den Verlauf der Umsatzentwicklungen aufzeigen sowie unterjährige Erfolgsplanungen bilden die Basis, den Fortbestand der Gesellschaft zu gewährleisten und gefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Es wird ein umfangreiches Benchmarking durchgeführt, um das Wettbewerbsverhalten der Konkurrenz zu analysieren. Die Mitarbeiter sind in diese Prozesse eingearbeitet und sensibilisiert.

E2. Ertrags-, Liquiditäts- und Ausfallrisiken

Wie schon erläutert ist die LAH abhängig von der Entwicklung des Veranstaltungsmarktes, insbesondere im regionalen Umfeld. Durch gezielte Maßnahmen wird versucht, einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der Branche zu erreichen.

Stark belastend für die Rentabilität und die Liquidität sind insbesondere die erheblichen Finanzierungskosten der Immobilie. Aus diesem Grund hat die Sicherung der Liquidität (Zahlungsfähigkeit) höchste Priorität für die Gesellschaft. Durch vereinbarte Kreditrahmen mit der Hausbank und einer städtischen Beteiligungsgesellschaft wird zur Zeit der aufgrund kontinuierlicher Liquiditätsplanung ermittelte Kapitalbedarf sicher gestellt.

Ausfallrisiken bestehen branchentypisch, werden jedoch durch aktives Forderungsmanagement überwacht. Es besteht ein funktionierendes Mahnwesen. Im Bedarfsfall werden Forderungen per Anwalt bzw. gerichtlich beigetrieben.

F. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

F1. Prognosebericht

Die Planungen der Jahre 2015 bis 2017 gehen bei einem relativ konstanten Anbuchungsvolumen und Fixkosten sowie dem jährlichen Verlustausgleich des Gesellschafters von weiterhin materiell negativen Ergebnissen in Höhe der Jahre 2013 und 2014 aus, die sich aufgrund der Zuschüsse des Gesellschafters wie in den Jahren 2013 und 2014 als leicht positive Jahresergebnisse zeigen.

Alle getroffenen Annahmen der Prognose basieren auf dem derzeitigen Wissensstand.

Die Erfahrungswerte der Vergangenheit und die Einschätzung der Zukunft sind in der im Ausblick wiedergegebenen Planrechnung für die Geschäftsjahre 2015 bis 2017 abgebildet und Erläuterungen dargestellt.

F2. Chancenbericht

Chancen der zukünftigen Entwicklung liegen in dem sehr guten Personal und der hervorragenden Kundenbetreuung, so dass trotz aller geschilderten Schwierigkeiten grundsätzlich eine konstante Umsatzentwicklung zu erwarten ist.

Wesentliche Chancen liegen in dem Kundenstamm, dem Markennamen Kongresszentrum Oberhausen und der Leistung der Mitarbeiter, vor allem derjenigen mit Vertriebs- und Kundenbetreuungsaufgaben.

F3. Risikobericht

Die LAH unterliegt einer Vielzahl von Risiken, deren Eintreten die Finanz- und Ertragslage des Unternehmens negativ beeinflussen kann. Im Einzelnen sind folgende Risikobereiche zu nennen, auf die bereits durch unterschiedliche Maßnahmen reagiert wurde.

Die Gesellschaft erwirtschaftet weiterhin keine ausreichenden finanziellen Mittel aus der üblichen Geschäftstätigkeit, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Insbesondere die finanzielle Belastung aus der Immobilie ist ein wesentlicher Grund für die Deckungslücke. Zum Ausgleich der Liquiditätslücke führt der Gesellschafter vereinbarungsgemäß unterjährig liquide Mittel im Wege eines Zuschusses zu. Dessen Umfang ist auf jährlich TEUR 1.176 begrenzt. Der Zuschuss wird ertragswirksam erfasst. Unter Inanspruchnahme eines Liquiditätsdarlehens einer Beteiligungsgesellschaft der Stadt Oberhausen war die Gesellschaft im Jahr 2014 trotz der gegebenen wirtschaftlichen Umstände stets in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die Gesellschaft ist zum 31.12.2014 so aufgestellt, dass die Positionierung gegenüber dem Wettbewerb gehalten werden kann. Auch die finanziellen Rahmenbedingungen sind so geschaffen, dass unter Beibehaltung des Zuschusses des Gesellschafters in gleichbleibender Höhe und bei Eintritt der

prognostizierten Umsätze sowie der mittelfristigen Sicherstellung der Fremdfinanzierung eine Fortführung der Gesellschaft möglich erscheint.

Die Liquidität der LAH wird bis zum 16.1.2016 durch die Liquiditätshilfe einer städtischen Beteiligungsgesellschaft gewährleistet. Es ist geplant, entweder über einen Dienstleistungskonzessionsvertrag oder einem neuen Pachtvertrag bzgl. des Betriebs der Schank- und Speisewirtschaft und zur Bewirtschaftung des Saalbetriebes im Zusammenhang mit einer neuen Darlehensvereinbarung mit der Stadtsparkasse Oberhausen die Finanzierung der LAH für die nächsten Jahre sicher zu stellen.

Von der Stadtsparkasse Oberhausen wurden für eine Antragsprüfung bzgl. des Finanzierungsbedarfs in Höhe von rd. EUR 2,0 Mio. folgende Prämissen gestellt:

- Darstellung der wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse durch Einreichung aktueller Zwischenzahlen und dem vom Aufsichtsrat verabschiedeten Wirtschaftsplan (Mittelfristplanung) 2015 ff., zeitlicher Darstellung des weiteren Ausschreibungsprozesses für „Betreiber Veranstaltung“ und „Betreiber Gastronomie“ sowie formaler Umwidmung des bisherigen Verlustausgleichs in einen Betriebskostenzuschuss einschließlich ggf. erforderlicher Genehmigungen der Bezirksregierung.
- Bezüglich der Finanzierung/Sicherstellung sind eine Detaildarstellung der geplanten Sanierungs-/Modernisierungsmaßnahmen im Umfang von max. rd. EUR 0,6 Mio., die gewünschte Vertragslaufzeit- und Zinsbindung sowie Vorschläge zur Sicherstellung z.B. durch eine kommunale Bürgschaft oder Bürgschaft eines kommunalen Schwesterunternehmens etc. von der LAH zu machen.

Sollten diese Maßnahmen nicht greifen, muss der Gesellschafter dafür Sorge tragen, dass die LAH andere Finanzierungshilfen erhält, um den Fortbestand der LAH zu gewährleisten.

Im Personalbereich setzt die LAH auch künftig auf einen Kernstamm von Mitarbeiter-Spezialisten. Allerdings ergeben sich Risiken aus der sehr dünnen Personaldecke.

Die Rahmenbedingungen erlauben es der LAH grundsätzlich nicht, Risiken einzugehen (z.B. für eigene Veranstaltungskonzepte Geld einzusetzen). Es ist eine der wesentlichen Aufgaben der Geschäftsführung, Rahmenbedingungen und Prozesse der Risikominimierung für die LAH festzulegen, deren Einhaltung zu überwachen und mit den Mitarbeitern (insbesondere im Vertrieb) regelmäßig die Entwicklung der Risiken in den jeweiligen Bereichen zu analysieren.

Grundlage für ein gutes Risikomanagement ist die zuverlässige und schnelle Versorgung der Geschäftsführung mit relevanten Informationen zum Verlauf des Geschäftes. Die Geschäftsführung informiert sich permanent über die Entwicklung wesentlicher Kennzahlen der Geschäftstätigkeit der einzelnen Bereiche und über die monetären Ergebnisse. Das Risikoprofil der LAH hat sich im Hinblick auf die wesentlichen Risikofelder im Geschäftsjahr 2014 zu den Vorjahren kaum verändert.

Der Wettbewerb im Veranstaltungsstättenmarkt im Rhein-Ruhr-Gebiet hat in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich zugenommen. In dem Markt sind Anbieter tätig bzw. es drängen Anbieter in ihn hinein, die über ein breites Serviceportfolio und auch etablierte Kundenbeziehungen verfügen. Die zukünftige Entwicklung der LAH hängt wesentlich davon ab, wie gut es dem Unternehmen gelingt, als spezialisierter Dienstleister für alle Veranstaltungsformen am Markt adäquate Preise für seine Dienstleistungen durchzusetzen.

Umsatzplanungen unterliegen immer einer gewissen Unsicherheit, da die Verträge mit den Kunden immer kurzfristiger geschlossen werden und es oft nur Einzelverträge für Veranstaltungen gibt. Die in der Planrechnung 2015 ff. berücksichtigten Vermietungsumsätze müssen trotz der Prognoseunsicherheit erreicht werden, da derzeit aufgrund der finanziellen Situation der alleinigen Gesellschafterin Stadt Oberhausen nicht von einer Erhöhung der Verlustübernahme durch die Gesellschafterin für das „operative Geschäft“ auszugehen ist.

Die von der LAH für namhafte Kunden durchgeführten Veranstaltungen sind teilweise mit einer erheblichen Wirkung in der Öffentlichkeit verbunden. Qualitätsmängel bei der Leistungserbringung können daher zu einer negativen Außenwirkung führen, die den Verkauf der angebotenen Leistungen und damit die zukünftige Geschäftsentwicklung in signifikantem Umfang beeinträchtigen würde.

Ein latentes Risiko besteht darin, dass sich der Erbbaurechtsgeber für den Fall der Insolvenz den entschädigungslosen Rückfall des Erbbaurechts nebst aufstehendem Gebäude im Erbbaurechtsvertrag vorbehalten hat.

Ein weiteres Risiko besteht im Personalbereich darin, dass den Mitarbeitern über die Rheinische Versorgungskassen -Zusatzversorgung-, Köln, (RZVK), Ansprüche auf Versorgungsrenten und andere Leistungen zustehen. Da die Zusatzversorgungskasse als Unterstützungskasse konzipiert ist, besteht eine Einstandspflicht der LAH für etwaige Deckungslücken zwischen anteiligem Vermögen der LAH an der Unterstützungskasse und Versorgungsansprüchen der versicherten Mitarbeiter. Zum Ausgleich dieser Deckungslücke erhebt die RZVK derzeit einen jährlichen

Sanierungsbeitrag von ihren Mitgliedern in Höhe von derzeit 3,5 % auf die beitragspflichtigen Löhne und Gehälter. Risiken bestehen insbesondere in der weiteren Entwicklung dieses Beitrages sowie in der allgemeinen demographischen Entwicklung, die steigende Umlagesätze erwarten lässt.

G. Ausblick

Die Geschäftsführung der LAH hat folgende Annahmen getroffen:

- Jährliche Einräumung einer Kreditlinie von der VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH, Oberhausen, mit im Jahresverlauf ansteigenden Kreditvolumina mit einer Verzinsung von 5,0 % bis zu einer Höhe von TEUR 1.600.
- Zum 01.06.2012 fand ein Wechsel in der Geschäftsführung statt. Es wird weiterhin davon auszugehen sein, dass der jetzige Geschäftsführer seine Tätigkeit ohne eine Entgeltzahlung weiterführt (Entgelt 2011 für den vorherigen Geschäftsführer TEUR 93).
- Neuverpachtung der Gastronomie zu verbesserten Konditionen - alternativ:

Abschluss eines Konzessionsvertrages zur Übernahme sowohl der Gastronomie als auch des Veranstaltungsmanagements.

Auf Basis der vorherigen Annahmen ergibt sich die nachfolgend dargestellte Erfolgsplanung der LAH von 2015 bis 2017 auf Jahresbasis.

	Plan 2015 TEUR	**Plan 2016 TEUR**	**Plan 2017 TEUR**
Umsatzerlöse			
a) Erlöse Halle	575	600	600
b) Erlöse Gastronomie/Pacht inkl. Nebenkosten	177	200	200
. Sonstige betriebliche Erträge	**10**	**10**	**10**
Summe Erlöse u. Erträge	**762**	**810**	**810**
Materialaufwand			
a) Übrige Aufwendungen	-12	-12	-12
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-400	-420	-440
c) Aufwendungen Veranstaltungen	-288	-300	-300
Summe Materialaufwand	**-700**	**-732**	**-752**
Personalaufwand	**-302**	**-310**	**-318**
Abschreibungen auf Sachanlagen	**-170**	**-167**	**-164**
Sonstige betriebliche Aufwendungen	**-320**	**-320**	**-320**
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	**0**	**0**	**0**
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	**-283**	**-270**	**-257**
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-1.013**	**-989**	**-1.001**
Sonstige Steuern	**-88**	**-88**	**-100**
Erträge aus Verlustübernahme	**1.175**	**1.175**	**1.175**
Jahresüberschuss	**74**	**98**	**74**

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass es trotz der großen Herausforderung bei der LAH gelingt, in den kommenden Jahren unter Berücksichtigung des Gesellschafterzuschusses positive Geschäftsergebnisse zu erwirtschaften und damit mittelfristig die LAH als die „Gute Stube“ für die Stadt Oberhausen zu erhalten.

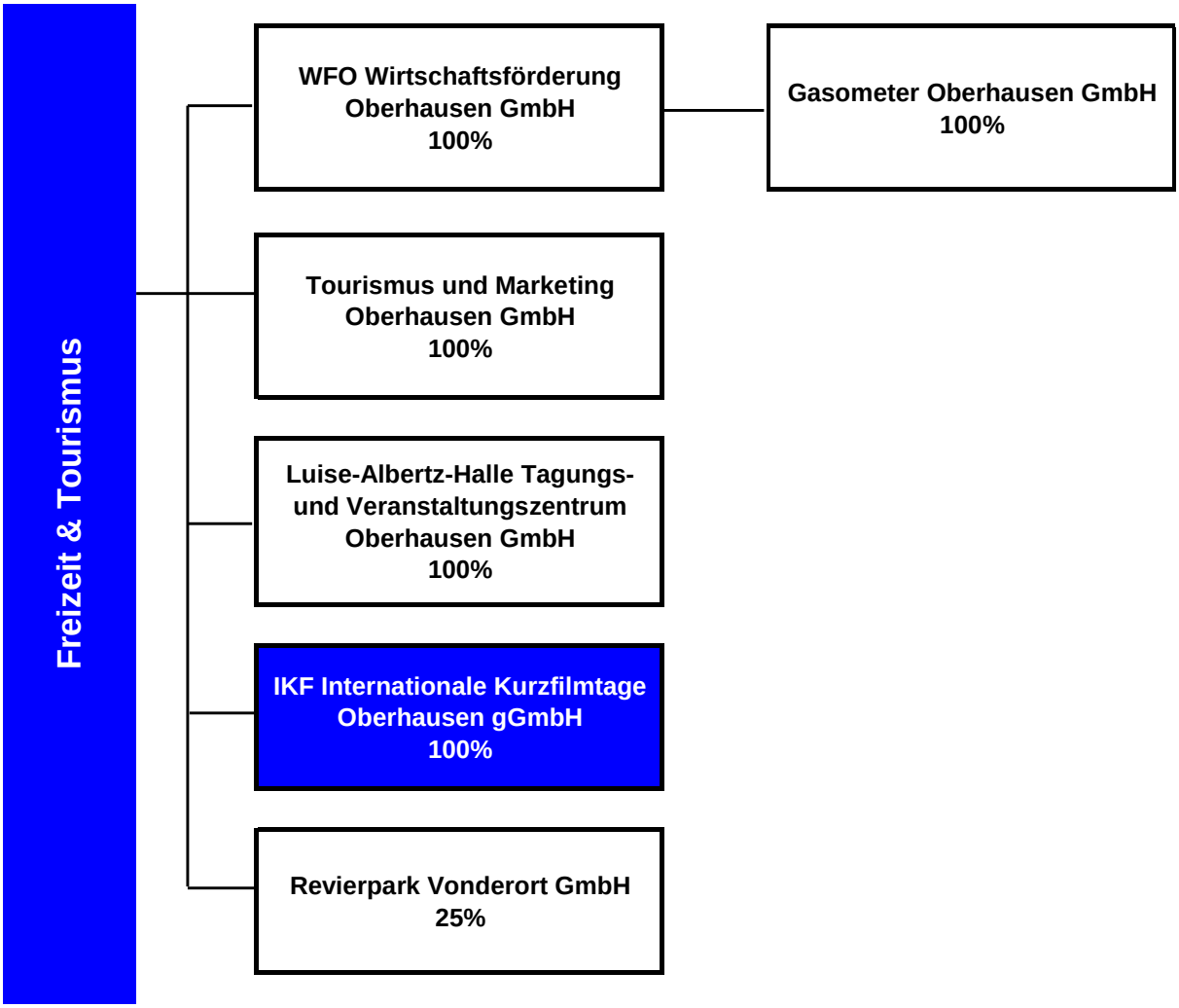
Es wird versichert, dass im Lagebericht nach bestem Wissen der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken beschrieben sind.

Oberhausen, 31. Juli 2015

_____

Hartmut Schmidt

(Geschäftsführer)


Freizeit & Tourismus
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Gasometer Oberhausen GmbH 100%
Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 100%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100%
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100%
Revierpark Vonderort GmbH 25%

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Grillostr. 34
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 825 2420
Fax	0208 / 825 5413
Internet	info@kurzfilmtage.de
Internet	www.kurzfilmtage.de/

Rechtsform: gGmbH
Stammkapital in T€: 25,57

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,57	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen sowie die Förderung des internationalen Kurzfilms und anderer kurzer Formen technischer Medien.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftzweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Leistungsvertrag vom 03.12./18.12.2009 im Bereich der Materialwirtschaft, Post- und Botendienste, Medienwerkstatt, Druck und Grafik, Speditionsdienste, Arbeitssicherheit,Telekommunikation und IT
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Film- und Videoarchivs
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Grundstücks Grillostr. 34 nebst aufstehendem Gebäude inkl. Inventar
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Gass, Lars Henrik
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Schranz, Daniel
	Mitglied gem. § 113 GO	Hüttemann, Claudia
	Mitglied	Arlt, Gerd
	Mitglied	Barwanietz, Thomas
	Mitglied	Brodrick, Helmut
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Cordes, Hubert
	Mitglied	Derksen, René
	Mitglied	Dittmeyer, Jürgen
	Mitglied	Dröhne, Manuel
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Erkens, Daniel
	Mitglied	Flecken, Sebastian
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Kauenhowen, Eva
	Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	Mitglied	Köster, Volker
	Mitglied	Lepges, Gerd
	Mitglied	Mersmann, Ingo
	Mitglied	Sahin, Bülent
	Mitglied	Sommer, Udo
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Wolter, Marita
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Kocks, Sandra
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	stellv. Mitglied	Benter, Christian
	stellv. Mitglied	Bongers, Sonja
	stellv. Mitglied	Bramorski, Stephan
	stellv. Mitglied	Prof. Dr. Günter, Roland
	stellv. Mitglied	Haller, Thomas
	stellv. Mitglied	Ilhan, Nuran
	stellv. Mitglied	Kösling, Anja
	stellv. Mitglied	Lösken, Hans-Bernd
	stellv. Mitglied	Luchmann, Volker
	stellv. Mitglied	Mertens, Ursula
	stellv. Mitglied	Nowak, Annemarie
	stellv. Mitglied	Radtke, Dorothee
	stellv. Mitglied	Runkler, Edith
	stellv. Mitglied	Schneider, Josef
	stellv. Mitglied	Schucker, Rainer
	stellv. Mitglied	Stöck, Gerold
	stellv. Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	stellv. Mitglied	Tüzün, Saadettin
	stellv. Mitglied	Walther, Andrea-Cora
	stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	stellv. Mitglied	Wolter, Horst
	stellv. Mitglied	Wrobel, Hans-Günter

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	12,99	5,2	12,39	5,0	71,79	23,2	59,40	479,42
Umlaufvermögen	225,71	90,9	233,58	93,6	234,05	75,8	0,47	0,20
Rechnungsabgrenzungsposten	9,71	3,9	3,69	1,5	3,04	1,0	-0,65	-17,62
Bilanzsumme	**248,41**	**100,00**	**249,66**	**100,00**	**308,88**	**100,00**	**59,22**	**23,72**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	104,39	42,0	104,44	41,8	106,68	34,5	2,24	2,14
Sonderposten mit Rücklagenanteil					56,34	18,2	56,34	
Rückstellungen	126,97	51,1	136,41	54,6	136,19	44,1	-0,22	-0,16
Verbindlichkeiten	17,08	6,9	8,81	3,5	6,67	2,2	-2,14	-24,29
Rechnungsabgrenzungsposten					3,00	1,0	3,00	
Bilanzsumme	**248,41**	**100,01**	**249,66**	**100,00**	**308,88**	**100,00**	**59,22**	**23,72**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	126,86	113,32	130,33
sonstige betriebliche Erträge	1.436,03	1.233,40	1.268,07
Materialaufwand	930,41	702,77	729,33
Personalaufwand	540,72	538,69	565,72
Abschreibungen	6,35	5,97	17,24
sonstige betriebliche Aufwendungen	88,78	97,88	83,81
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,36	0,15	0,12
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3,00	1,56	2,41
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1,52	0,17
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-3,00	0,05	2,25
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-3,00	0,05	2,25
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2012	31.07.2013	31.07.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2,37	0,04	1,72	%
Eigenkapitalrentabilität:	-2,88	0,05	2,11	%
Cash-Flow:	3,34	6,02	19,49	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:		122,43	155,38	T€
Personalaufwandsquote:	34,60	40,00	40,45	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2012	31.7.2013	31.7.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,20	3,99	21,12	%
Eigenkapitalquote:	42,02	41,83	34,54	%
Fremdkapitalquote:	57,98	58,17	65,46	%

e) Lagebericht

1. Entwicklung

Die Gesellschaft hat seit ihrer Gründung im Jahr 1999 ihr Leistungsspektrum kontinuierlich gesteigert und seit dem Jahr 2000 beinahe verdoppelt. Gleichzeitig konnten bis zum Jahr 2009 sämtliche Kostensteigerungen mit einer deutlichen Erhöhung des Umsatzerlösanteils und einem sehr wirtschaftlichen Mitteleinsatz der zur Verfügung stehenden Mittel ausgeglichen werden.

Mit der Finanzkrise wurde ab dem Jahr 2009 deutlich, wie anfällig die Festivalfinanzierung bei einem Rückgang der Umsatzerlöse, besonders bei den Sponsoringerlösen, ist. Bei zusätzlich stagnierenden Zuschüssen war es der Gesellschaft ab dem Jahr 2010 nicht mehr möglich, Kostensteigerungen im bisherigen Umfang aufzufangen. Um Einschnitte im Leistungsumfang und Leistungsspektrum zu vermeiden, wurden Anpassungen der Zuschüsse unumgänglich und im Jahr 2010 zur Deckung von allgemeinen Kostensteigerungen im Personalbereich bei der Stadt Oberhausen und für den Bereich der Sachmittel beim Land Nordrhein-Westfalen Zuschussanhebungen erreicht. Mittelfristig konnten so Kostensteigerungen und gesunkene Umsatzerlöse aufgefangen und dringend notwendige Anpassungen in der Personalausstattung und bei den Sachmitteln vorgenommen werden. Trotz leichter Erholung der Wirtschaftslage konnten insbesondere Sponsoringerlöse der Vergangenheit bisher nicht wieder erreicht werden. Allein durch allgemeine Kostensteigerungen sind die erreichten Zuschussanhebungen weitgehend aufgezehrt. Im Berichtsjahr wurde nach der Neuauflage des EU-MEDIA Programms mit angepassten Förderbedingungen erstmals seit Jahren eine EU-Förderung beantragt und bewilligt. Hierdurch können kurzfristig mögliche Unterdeckungen in der Festivalfinanzierung vermieden werden. Die notwendige Planungssicherheit und eine finanzielle Absicherung des Festivals können aber nur durch öffentliche Zuschüsse gewährleistet werden, die zudem mittelfristig auch Preissteigerungen berücksichtigen. Sponsoringerlöse können auf Grund ihrer Unsicherheit in weiten Teilen nur für einzelne Projekte und Programme herangezogen werden, die das regelmäßige Programmangebot erweitern und ergänzen.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Wie in den Vorjahren lag das Hauptaugenmerk der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2013/14 in der Erfüllung des ihr vorgegebenen Satzungszwecks. Mit der Durchführung des Festivals und den Aktivitäten im Bereich Archiv/Verleih sowie Sonderprojekten wurden diese satzungsmäßigen Aufgaben wahrgenommen.

In der Aufsichtsratssitzung vom 02.07.2013 wurden die inhaltlichen und finanziellen Ziele für das Geschäftsjahr 2013/14 festgelegt. Der Wirtschaftsplan wurde im Geschäftsjahresverlauf fortgeschrieben und in der Aufsichtsratssitzung vom 01.04.2014 letztmalig den aktuellen Entwicklungen angepasst. Die im angepassten Wirtschaftsplan festgelegten finanziellen und inhaltlichen Ziele für das Geschäftsjahr 2013/14 wurden weitgehend erreicht. Öffentliche Zuwendungen wurden in beantragter Höhe bewilligt. Wegen des ungewissen Förderentscheids der EU wurde eine mögliche Zuwendung zunächst nicht in den Wirtschaftsplan aufgenommen. Mit der Förderzusage im Juli 2014 konnte ein sich zuletzt abzeichnendes negatives Ergebnis verhindert werden.

Auch im Festivaljahr 2014 haben die Kurzfilmtage den in der Vergangenheit eingeschlagenen Weg fortgesetzt, Einsparpotentiale zu ermitteln und umzusetzen. Bereinigt um einmalige Einflüsse liegt der Index für allgemeine Kostensteigerungen der Gesellschaft derzeit bei 104,6 (Basisjahr 2010) und damit weiterhin unter dem vom Statistischen Bundesamt angegebenen Index für inflationsbedingte Kostensteigerungen von 106,7.

Projekt bereinigt konnte der Personalkostenanteil für fest angestelltes Personal geringfügig auf aktuell 36,6% gesenkt werden.

Im Vergleich zum Vorjahr wurde zum Festival ein deutlicher Anstieg der Besucherzahlen verzeichnet. Das Fachpublikum wurde von der Besonderheit des thematischen Programms angezogen und insbesondere Studentengruppen der Filmhochschulen durch besondere Konditionen angesprochen. Zudem hat sich der Festivaltermin Anfang Mai bewährt.

Die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gemeinnützige GmbH schließt mit Ende des Geschäftsjahres 2013/14 erneut ein erfolgreiches Geschäftsjahr ab. Das Jahresergebnis weist einen leichten Überschuss aus, der der satzungsmäßigen Rücklage zugeführt werden sollte.

Die Kostenentwicklung differierte in einigen Positionen vom Plan auf Grund vorzunehmender Rückstellungen, Kostensteigerungen, aber auch Kostenreduzierungen, die zum Zeitpunkt der Planerstellung nicht vollends absehbar waren. Jedoch konnten Mehrausgaben in einigen Positionen durch Minderausgaben an anderer Stelle sowie die zusätzlich erreichte EU-Förderung ausgeglichen werden. Bereinigt um Kosten für einmalige Projekte liegen die Aufwendungen für Sachmittel in der Summe leicht über den Planansätzen. Die Abweichung vom Planansatz im Bereich der Personalkosten resultiert überwiegend aus zu bildenden Rückstellungen und dem verstärkten Einsatz von Aushilfen zur Betreuung einzelner Programmsegmente und zur Durchführung von einmaligen Projekten statt des Einsatzes von Honorarkräften.

Mit Ablauf des Geschäftsjahres beschäftigt die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH neun angestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers. Zwei der Mitarbeiter sind auf Teilzeitbasis mit flexibler Jahresarbeitszeit eingestellt, vier auf Teilzeitbasis mit verringerter Wochenarbeitszeit. Drei weitere Mitarbeiter werden auf der Basis von Werkverträgen für das Festival aktiv. Weiterhin beschäftigt die Gesellschaft stundenweise zwei freie Mitarbeiter im Bereich des Archivs und Verleihs. Für den Festivalbetrieb beschäftigt die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH auf Basis von kurzfristigen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zwischen 20 und 25 Aushilfen. Kuratoren, Künstler, Autoren, Übersetzer und Filmvorführer werden auf Basis von Werk- und Honorarverträgen beschäftigt. Ziel der Personalplanung ist eine vernünftige Balance zwischen Kostenreduktion und Kontinuität. In allen Bereichen, in denen dies möglich ist, wird entweder in Teilzeit oder sogar auf Basis von kurzfristigen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen gearbeitet. Bei bestimmten Tätigkeiten ist dies aber sowohl aus arbeitsrechtlicher Perspektive als auch mit Blick auf das Qualitätsmanagement kaum darstellbar.

2. Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

In den vorangegangenen Jahren wurde das Projektsponsoring freier Wirtschaftsunternehmen weitgehend von Stiftungen übernommen. Stiftungsförderungen werden seit dem vorangegangenen Geschäftsjahr den sonstigen betrieblichen Erträgen zugeordnet und führen so zu geringeren Erlösanteilen gegenüber den Vorjahren. Der Anteil der Umsatzerlöse am Gesamtbudget (ohne Sonderzuschüsse) im Berichtsjahr stieg geringfügig auf nun 9,7%. Mit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise war ein deutlicher Rückgang des Sponsorenengagements zu verzeichnen. Im Berichtsjahr sind die Sponsorenerlöse von reinen Wirtschaftsunternehmen im Vergleich zum Vorjahr zwar wieder leicht angestiegen, jedoch ist von einem einmaligen Effekt anlässlich des 60. Jubiläums des Festivals auszugehen.

Sponsoren- und Anzeigeneinnahmen trugen weiterhin zur Finanzierung des Festivals bei. Sponsorenerlöse des Vorjahres wurden um knapp 27% überschritten, Anzeigenerlöse konnten konstant gehalten werden. Die Erlöse aus dem Verleih konnten im Vergleich zum Vorjahr um 22% gesteigert werden. Die Eintrittserlöse stiegen leicht um rd. 7%.

Insbesondere durch die kurzfristige Entscheidung das Jubiläumsfestival statt mit einer Zuwendung durch ein erweitertes Sponsoring zu unterstützen, aber auch durch den guten Geschäftsverlauf im Verleih, überschreiten die Umsatzerlöse den angepassten Planansatz um 8,6%. Im Bereich Anzeigen wurde der angepasste Planansatz erreicht. Im Bereich Sponsoring wurde der angepasste Planansatz auf Grund der genannten Umstände um knapp 30% überschritten. Die Umsatzerlöse im Zweckbetrieb Archiv lagen im Geschäftsjahr 2013/14 mit knapp 9% über dem angepassten Plansoll. Die Umsatzerwartungen im Bereich Eintrittsgelder wurden ebenfalls leicht überschritten und lagen rd. 7% über dem Planansatz.

Trotz vieler Anstrengungen im Bereich der Umsatzerlöse erreichen diese nicht die Höhe der Geschäftsjahre vor Einsetzen der Wirtschaftskrise im Jahr 2008. Im Vergleich zum Vorjahr konnten jedoch leichte Zuwächse verzeichnet werden. Trotz intensiver Akquise ist eine deutlich positive Entwicklung der Einnahmesituation im Bereich Sponsoring in nächster Zukunft nicht zu erwarten. Durch bewilligte Zuschüsse öffentlicher Geldgeber und erreichte Umsatzerlöse war das Festival aber zu jeder Zeit finanziell abgesichert.

Auf Grund der Vorlage der Steuererklärungen erhielt die Gesellschaft am 25.06.2014 vom Finanzamt Oberhausen-Süd, vorbehaltlich der Nachprüfung, den Freistellungsbescheid für 2013 zur Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer. Laut Freistellungsbescheid ist die Körperschaft nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit, weil sie ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient. Ausgenommen hiervon ist der von der Körperschaft unterhaltene wirtschaftliche Geschäftsbetrieb, der der Steuerpflicht unterliegt.

Neben den gewöhnlichen Aktivitäten wurden im Geschäftsjahr 2013/14 erneut zusätzliche einmalige Projekte durchgeführt, für die sowohl von Zuschussgebern als auch Stiftungen zweckgebundene Mittel zur Verfügung gestellt wurden. So konnte mit einem Investitionszuschuss des Landes Nordrhein-Westfalen ein Technikpool zur gemeinsamen Nutzung innerhalb des Netzwerkes Filmkultur NRW angeschafft werden, der im Anlagevermögen der Gesellschaft geführt und verwaltet wird.

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet und kann als solide betrachtet werden. Die Bilanzsumme beträgt 309 TEUR und weist einen Anteil an liquiden Mitteln von 58,4%. aus. Die Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit in der Lage, ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Kapitalstruktur ist ausgewogen. Das Eigenkapital in Höhe von 107 TEUR setzt sich zusammen aus gezeichnetem Kapital und satzungsmäßiger Rücklage nach § 58 Nr. 6 AO und erreicht eine Quote von 34,5%.

3. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung kommunaler Unternehmen gemäß § 108 Abs. 2 GO NW für das Geschäftsjahr 2013/2014

Durch die Wahrnehmung der unter 1. dargestellten Aufgaben wurde der Zweck der Gesellschaft gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages nachhaltig erfüllt.

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2013/2014 haben sich nicht ereignet.

5. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweis auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Hauptziel der Gesellschaft ist auch weiterhin die langfristige Sicherung und offensive Weiterentwicklung des Festivals. Dies bezieht sich zum einen auf die Akquise von Sponsoren und Medienpartnern, die Einbindung weiterer öffentlicher Zuschussgeber und Partner für Einzelprojekte, zum anderen auf die Erschließung von neuen Besuchergruppen sowie die Entwicklung neuer Projekte.

Das Festival hatte in der Vergangenheit im Vergleich mit der Festivallandschaft in Deutschland eine überproportionale Quote an privaten Mitteln erreicht. Eine intensive Ansprache der Privatwirtschaft bleibt auch weiterhin für das Festival unerlässlich. Die letzten wirtschaftlichen Ergebnisse zeigen jedoch, dass Sponsoring als Finanzierungsquelle für die Kernaufgaben des Festivals keine geeignete Perspektive darstellen und nur über Fördermittel eine notwendige Planungssicherheit gegeben ist. Mit Sponsoringerlösen ebenso wie mit Stiftungszuwendungen können vor allem einzelne Projekte und (temporäre) Programme, die das regelmäßige Programmangebot erweitern und ergänzen, finanziert werden. Projektgebundene Förderungen bedeuten jedoch neben direkten Projektkosten oftmals innerbetrieblichen Mehraufwand bei Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Buchhaltung usw. Aus diesem Mehraufwand resultierten eindeutig Mehrkosten für die Gesellschaft durch Mehrstunden, die zum Jahresende vergütet werden müssen und die finanziell nur knapp von den Förderungen gedeckt sind. Bei allem Renommee, das auf diesem Wege erreicht werden kann, darf daher nicht aus dem Auge verloren werden, dass die Finanzierung des Kerngeschäftes der Kurzfilmtage immer schwieriger wird.

Die bereits in den Vorjahren getroffene Feststellung, dass bei stagnierenden Zuschüssen eine dauerhafte Finanzierung des Festivals in der bisherigen Form nicht denkbar ist, ist weiterhin zutreffend. Mit den Zuschussanpassungen der Stadt Oberhausen, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem BKM in den Vorjahren wurde der Gesellschaft mittelfristig der finanzielle Spielraum gegeben, notwendige Anpassungen und Erweiterungen im Bereich Personal und Sachmittel zu decken und unvorhersehbare Aufwendungen aufzufangen. Der Gesellschaft ist es in den letzten Jahren mit dem Einsatz neuer Kommunikationswege und angepassten modernen Arbeitsmethoden gelungen, in vielen Bereichen Kostensenkungen zu erreichen bzw. Aufwandssteigerungen zu verhindern, ohne die Unterdeckungen nicht zu vermeiden gewesen wären. Es werden alle Anstrengungen unternommen, diesen Weg fortzusetzen. Es ist jedoch absehbar, dass dies nicht ausreichen wird, den Mehraufwand in der Zukunft aufzufangen und das Leistungsspektrum aufrechtzuerhalten. Die im Berichtsjahr erreichte EU-Förderung verschafft der Gesellschaft nur kurzfristig leichten finanziellen Spielraum, da die erreichten Zuschusserhöhungen bereits durch die sehr moderaten Kostensteigerungen aufgezehrt sind. Nach den Regelungen des EU MEDIA-Programms wird über eine Anschlussfinanzierung für das zweite Jahr in einem vereinfachten Verfahren entschieden, so dass die Gesellschaft auch von einer Zuwendung im Geschäftsjahr 2014/2015 ausgeht. Für Folgejahre wird die Geschäftsführung alle Anstrengungen unternehmen, die Voraussetzungen zur Erfüllung der Förderkriterien zu schaffen und somit mittelfristig einen zusätzlichen Zuschussgeber zu gewinnen. Langfristig kann die Festivalfinanzierung nur durch Zuschüsse gesichert werden, die die allgemeinen Kostensteigerungen berücksichtigen.

Die Professionalität der Sponsoringakquise wurde in der Vergangenheit fortlaufend verbessert, etwa durch aufwändig gestaltete digitale Unterlagen mit aussagekräftigem Zahlenmaterial zur Leistungsbilanz und zu den Darstellungsmöglichkeiten. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 ist es jedoch schwierig, die Erlössituation zu halten oder gar deutlich zu verbessern. Sowohl große Unternehmen als auch Stiftungen haben mit Blick auf die ungewisse Konjunkturentwicklung bzw. das sehr niedrige Zinsniveau ihr Engagement im Bereich Kultur eingeschränkt oder sogar eingestellt. Insbesondere Partner aus Vorjahren reduzierten ihr Engagement bzw. verlagerten es auf andere Bereiche. Es ist erkennbar, dass sich im gesamten Kulturbereich ein ähnliches Bild zeigt. Es ist vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen derzeit nicht absehbar, ob und ggf. wann eine positive Entwicklung wieder einsetzen wird.

Zur Sicherung des Festivals über öffentliche Zuschussgeber werden jährlich Anträge auf Projektförderung gestellt. Neben den bereits eingeführten Zuschussgebern werden je nach Projektstand auch weitere mögliche öffentliche Fördergeber angesprochen. Für das Festivaljahr 2015 werden alle Anträge auf öffentliche Förderung bis Ende des Jahres 2014 gestellt. Eine Aussage zur Wahrscheinlichkeit der Bewilligungen kann gegenwärtig noch nicht getroffen werden. Vom Land Nordrhein-Westfalen wurde bereits eine Zusicherung in Höhe der diesjährigen Förderung für 2015 ausgesprochen.

Die Stadt Oberhausen als alleinige Gesellschafterin hat im Festivaljahr 2010 nach zehn Jahren mit gleicher Zuschusshöhe eine Anpassung bewilligt, da auf Grund der rückläufigen Umsatzerlöse Personalkostensteigerungen nicht mehr wie in der Vergangenheit allein von der Gesellschaft aufgefangen werden konnten. Überfällige Gehalts- und Honoraranpassungen konnten vollständig umgesetzt werden. Will man einen Leistungsrückgang vermeiden, werden allein zur Deckung zukünftiger jährlicher Personalkostensteigerungen weitere Anpassungen notwendig. Die Geschäftsführung hat der Gesellschafterin vorgetragen, den Zuschuss zukünftig jährlich um wenigstens 1% anzupassen.

Auf Grund der unsicheren Haushaltssituationen bei Bund, Ländern und Gemeinden und der angespannten wirtschaftlichen Situation kann die Gesellschaft kein wirklich aussagekräftiges Szenario zur möglichen Entwicklung der Zuschüsse erstellen. Zumindest wurden bisher keine weiteren Kürzungen angekündigt. Sollten Anpassungen ausbleiben oder sich sogar Kürzungen bei öffentlichen Zuschussgebern ergeben, so werden voraussichtlich Leistungsspektrum und Leistungsbilanz des Festivals hiervon unmittelbar und deutlich betroffen sein.

Im Geschäftsjahr 2012/13 wurde der Vertrag mit dem Festivalkino Lichtburg Filmpalast für die Dauer von fünf Jahren neu verhandelt. Das Niveau des Mietzinses konnte gehalten werden. Zur Deckung zu erwartender allgemeiner Kostensteigerungen ist eine jährliche Anpassung des Mietzinses in Höhe von 1,5 v.H. festgeschrieben. Im Geschäftsjahr 2010/2011 wurde der Vertrag mit der OGM GmbH überarbeitet und in einem verringerten Leistungsumfang für die Dauer von fünf Jahren neu geschlossen.

Im Geschäftsjahr 2014/15 sind drei befristete Teilzeitverträge neu zu verhandeln, wobei deutliche Veränderungen nicht zu erwarten sind. Die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH wird im Geschäftsjahr voraussichtlich neun angestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers, beschäftigen. Auf die Besetzung einer Ausbildungsstelle muss aus finanziellen Gründen verzichtet werden. Die unmittelbare Festivalvorbereitung kann nach wie vor nur unter Zuhilfenahme von kurzfristigen Aushilfen, Zeitarbeits- und Honorarkräften sowie freien Mitarbeitern erfolgen. Um einen reibungslosen Festivalbetrieb mit stetig wachsenden Anforderungen zu gewährleisten und den Mehraufwand für projektbezogene Förderungen abzudecken, werden auch in diesem Bereich weitere Anpassungen notwendig werden.

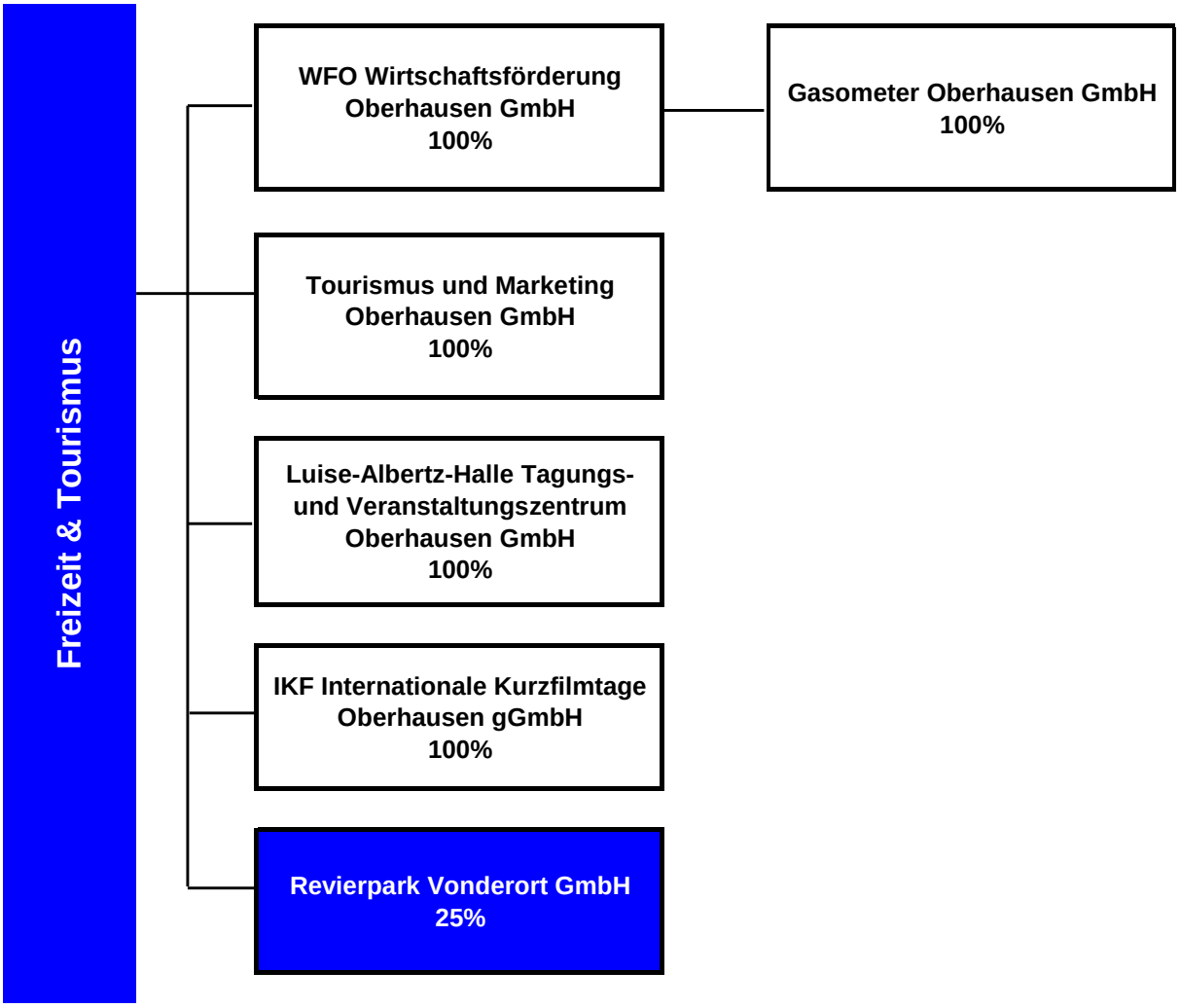
An der Aufschlüsselung der steuerbegünstigten wirtschaftlichen Betätigungsfelder der Gesellschaft in die Zweckbetriebe „Festival“ und „Archiv & Verleih“ sowie dem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb „Anzeigen, Sponsoring, Verkauf von Marchandiseartikeln“ wird auch künftig festgehalten.

Die Geschäftsführung ist bestrebt, die internationale Bedeutung und Anerkennung des Festivals fortlaufend neu zu behaupten. Dabei steht die behutsame Weiterentwicklung der historischen Substanz des Festivals im Mittelpunkt der Bemühungen der Markenführung, die sich nicht allein auf die Veranstaltung selbst ausrichtet. Künftig steht vor allem die strategische Weiterentwicklung der Bereiche Online, Filmbildung und Kunstmarkt auf der Agenda. Hier wurden in den letzten zehn Jahren bereits außerordentlich gute Ergebnisse erzielt, zuletzt mit der Einführung des SEMINARS, das sich an Filmemacher, Kuratoren und Wissenschaftler gleichermaßen richtet und sich vollständig über Teilnahmegebühren finanziert. Aus diesem Projekt sollen weitere Impulse für Fachbesucher erwachsen, das Festival zu besuchen. Die strategische Weiterentwicklung des Festivalgedankens steht auch im Mittelpunkt des Projekts ArtLab, das seit geraumer Zeit entwickelt wird und im Verlaufe des Geschäftsjahres bei der EU beantragt werden soll. ArtLab will ein neuartiges Instrument und Netzwerk für Akteure im Bereich des künstlerische Films und der Medienkunst etablieren, das auf die stark veränderten Produktions- und Auswertungsbedingungen im medialen Feld zwischen Kino und Ausstellung, Filmfestival und Museum reagiert. Die Zielsetzung des Projekts ist nicht die Förderung individueller Werke, sondern deren Finanzierung und Entwicklung, Professionalisierung und Vernetzung mit anderen Kulturakteuren.

Die Fähigkeit, gesellschaftliche Veränderungen frühzeitig wahrzunehmen, auf diese zu reagieren und sie in Programme zu übertragen, hat in Oberhausen Tradition. Insbesondere im Bereich des Kurzfilms ist die ständige Regenerierung des Fachpublikums dringend erforderlich. Nur eine fortgesetzte strategische internationale Vernetzung mit wichtigen Partnern, ein Programmprofil, das höchsten Ansprüchen im internationalen Vergleich genügt, sowie eine anhaltend intensive und kreative Öffentlichkeitsarbeit können die Gesellschaft nachhaltig sichern.

Oberhausen, 29. September 2014

gez. Dr. Lars Henrik Gass


Freizeit & Tourismus
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Gasometer Oberhausen GmbH 100%
Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 100%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100%
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100%
Revierpark Vonderort GmbH 25%

Revierpark Vonderort GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bottroper Str. 322
46117 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/999680
Fax 0208/9996899
e-Mail info@revierpark.com
Internet www.revierpark.com/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 41,00

Gesellschafter:

	T€	%
Regionalverband Ruhr	20,50	50,00
Stadt Bottrop	10,25	25,00
Stadt Oberhausen	10,25	25,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat gemäß § 3 des Gesellschaftsvertrags den Zweck, der Bevölkerung einen Park - den Revierpark Vonderort - mit seinen Einrichtungen zur Sportausübung und zur Erholung zur Verfügung zu stellen.

Mit den Anlagen und Einrichtungen bezweckt die Gesellschaft die Förderung des Sportes und die Erholung der im Umkreis der Parkanlage wohnenden gesundheitlich besonders gefährdeten Bevölkerung.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Es wird kein wirtschaftlicher Erwerb oder Gewinn angestrebt. Sie verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Das Vermögen und alle Einrichtungen der Gesellschaft dürfen nur für gemeinützige Zwecke im Sinne des Gesellschaftsvertrages verwendet werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Diverse	Verschiedene Pachtverträge bezüglich der gastronomischen Bereiche, des Betriebs von Kiosken, einer Minigolfanlage und eines Bootsverleihs

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Münich, Elke
	Geschäftsführer	von der Heide, Jochem
	Geschäftsführer	Loeven, Willi
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bischoff, Jörg

Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Höving, Norbert
	Mitglied gem. § 113 GO	Motschull, Frank
	Mitglied	Dr. Hubbert, Eva-Maria
	Mitglied	Kerscht, Christoph
	Mitglied	Krey, Thomas
	Mitglied	Marschan, Rainer
	Mitglied	Nakot, Werner (für RVR)
	Mitglied	Partenheimer, Gabriele
	Mitglied	Pfingsten, Jutta
	Mitglied	Vöpel, Dirk (für RVR)
	Mitglied	Wissing, Matthias
	Mitglied	Geise, Hans-Christian

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	2.526,51	88,8	2.181,50	87,3	1.881,42	86,0	-300,08	-13,76
Umlaufvermögen	317,87	11,2	315,79	12,6	305,06	13,9	-10,73	-3,40
Rechnungsabgrenzungsposten	0,32	0,0	1,28	0,1	1,55	0,1	0,27	21,09
Bilanzsumme	**2.844,69**	**100,00**	**2.498,57**	**100,00**	**2.188,03**	**100,00**	**-310,54**	**-12,43**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	1.789,22	62,9	1.625,61	65,1	1.431,82	65,4	-193,79	-11,92
Sonderposten mit Rücklagenanteil	163,13	5,7	140,63	5,6	118,13	5,4	-22,50	-16,00
Rückstellungen	182,91	6,4	119,78	4,8	77,68	3,6	-42,10	-35,15
Verbindlichkeiten	707,58	24,9	610,43	24,4	558,28	25,5	-52,15	-8,54
Rechnungsabgrenzungsposten	1,86	0,1	2,13	0,1	2,13	0,1	0,00	0,00
Bilanzsumme	**2.844,69**	**100,00**	**2.498,57**	**100,00**	**2.188,03**	**100,00**	**-310,54**	**-12,43**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.167,13	2.257,26	2.269,04
sonstige betriebliche Erträge	925,19	703,67	698,79
Materialaufwand	1.414,28	1.440,59	1.406,45
Personalaufwand	1.422,21	1.348,86	1.392,64
Abschreibungen	366,40	355,75	340,75
sonstige betriebliche Aufwendungen	382,58	387,95	416,53
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,31	1,64	0,02
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11,31	3,70	2,85
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-504,14	-574,28	-591,35
außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,79	
außerordentliches Ergebnis	0,00	-0,79	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00		5,55
sonstige Steuern	9,60	-37,90	-35,11
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-513,74	-537,16	-561,79
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-513,74	-537,16	-340,75
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	-221,04

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-23,71	-23,80	-24,76	%
Eigenkapitalrentabilität:	-28,71	-33,04	-33,99	%
Cash-Flow:	-147,34	-181,41	-221,04	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	193,27	185,06	211,99	T€
Personalaufwandsquote:	45,99	45,56	46,92	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	88,61	87,16	85,90	%
Eigenkapitalquote:	62,90	65,06	65,44	%
Fremdkapitalquote:	37,10	34,94	34,56	%

e) Lagebericht

1. Geschäft und Rahmenbedingungen der Gesellschaft

1.1 Zweck und betrieblicher Aufbau

Die Gesellschaft wurde 1971 gegründet zum Betrieb eines Freizeit- und Naherholungsparks mit großem Freizeitangebot.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Sports und der öffentlichen Gesundheitspflege, der Kinder- und Jugendhilfe, der Kultur und des Landschaftsschutzes für die im regionalen Umkreis wohnende Bevölkerung. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch den Betrieb des öffentlichen Badbereiches für das Jedermannschwimmen, verschiedene Kursangebote, Programm- und Veranstaltungsangebote in den Einrichtungen der Gesellschaft sowie die Bereitstellung der Spiel- und Sportflächen im Revierpark Vonderort.

Zur Erfüllung ihres Zwecks betreibt die Gesellschaft folgende Anlagen bzw. hat diese verpachtet:

- Revierpark Vonderort mit 32 Hektar Grundfläche, inkl. Rundwanderweg, abwechslungsreichen Spiel-, Sport- und Erholungsflächen, regelmäßige Konzerte, Tischtennisplatten und Ballspielfelder, Ruder- und Tretbootfahren, Rodelbahn
- Solbad mit Warmliege- und Außenschwimmbecken,
- Frei- und Wellenbad,
- Saunalandschaft mit Finnischer Sauna, Blockbohlensauna, Dampfsauna, Erdsauna, Teichsauna sowie Bio/Valo-Bädern.

1.2 Rahmenbedingungen

Das Geschäft der Gesellschaft ist im Allgemeinen von zahlreichen externen Faktoren abhängig. Neben saisonalen und witterungsbedingten Schwankungen zählen dazu insbesondere die verstärkte Konkurrenz durch verschiedene neue Freizeitangebote im Umkreis von Oberhausen, die Entwicklung der Energie- und Wasserpreise sowie die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte. Die grundlegende konjunkturelle Situation in 2014 in unserem Einzugsgebiet hat sich eher belebend auf die Nachfrage ausgewirkt.

Aufgabenbedingt kann die Gesellschaft – ohne Zuschüsse der Gesellschafter – kein kostendeckendes Geschäft betreiben. Aufgaben, die sich aus dem Gesellschaftsvertrag ergeben, erfordern auch zukünftig Zuschüsse zu den laufenden Betriebskosten und zu Investitionen durch die Gesellschafter.

Wir bemessen unser Geschäftsergebnis im Wesentlichen nach der Erfüllung unserer öffentlichen und gemeinnützigen Zwecksetzung und der Einhaltung der Vorgaben des Wirtschaftsplans; dabei spielen die Besucherzahlen, die Eintrittspreise, die erzielten Umsätze sowie unsere Material- und Personalaufwendungen eine wichtige Rolle.

Die PROVA Unternehmensberatung GmbH hat im Rahmen der Betriebsführung im Jahr 2012 ein Zukunftskonzept für den Revierpark Vonderort erarbeitet, das dem Verwaltungsrat vorgestellt wurde. Inhaltlich wurde dabei vor allem auf nachhaltige Entwicklungen gezielt, die die Gesellschaft künftig vor allem wirtschaftlich stärken sollen. Die Umsetzung des Zukunftskonzeptes erfolgte bereits im Laufe der vergangenen Jahre mit der Überarbeitung der Marketingstrategie und den Marketingmaterialien sowie der Attraktivierung des Saunabereiches. Des Weiteren folgten im Jahr 2013 und 2014 z. B. die Aufsalzung des Außenbeckens mit Selen und die Einrichtung eines neuen Shopkonzeptes im Eingangsbereich des Solbades. Im Jahr 2014 wurde darüber hinaus die Belebung des Revierparks in den Vordergrund gestellt, mit den Eventreihen Holi Oberhausen und dem Public Viewing Fest zur Weltmeisterschaft in Brasilien wurde der Parkbereich der Öffentlichkeit wieder näher gebracht. Insgesamt 17.000 Menschen besuchten in dieser Zeit den Revierpark. Die Fortführung solcher Events soll auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden. Der Betrieb und das Ergebnis des Revierparks sind abhängig von der kontinuierlichen Zuschussgewährung der Gesellschafter. Trotz Kostensteigerungen in den Bereichen Energie/Personal (abhängig vom Ergebnis der Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes) und einem absehbar steigenden Bauunterhaltungsaufwand wird dieser Zuschuss nicht angepasst. Durch die angespannte Haushaltssituation der Gesellschafter ist eine Anpassung der Zuschüsse auch in den Folgejahren nicht in Aussicht gestellt.

Einsparungen bzw. Vermeidungen von zusätzlichen Investitionskosten sieht die Gesellschaft in einem Energie-Contracting oder in einem Energie Pachtmodell. Die Ausschreibung wurde im Jahr 2014 vorgesehen, ist allerdings an Vergaberechtlichen Gründen auf das Jahr 2015 verschoben worden.

Die Erlössituation der Gesellschaft wird von saisonalen und witterungsbedingten Schwankungen beeinflusst. Erlössteigerungen aus Eintrittspreisanpassungen sind im Hinblick auf die im Einzugsgebiet vorhandene Mitbewerbersituation nur sehr marginal möglich. Im Jahr 2015 soll eine Preiserhöhung umgesetzt werden.

Im Rahmen der Betriebsführung durch die PROVA, werden durch inhaltliche Neuaufstellungen in den Bereichen Sauna und Solebad, Grundlagen für eine höhere Attraktivität der Gesamtanlage geschaffen. Diese Maßnahmen werden dazu beitragen, auch in den Folgejahren die Besucherzahlen auf dem derzeitigen Niveau zu stabilisieren.

Diese Strategie wird auch im Jahr 2015 fortgesetzt.

Eine Attraktivitätssteigerung und eine Anpassung an die Marktanforderungen durch gezielte Investitionen sind in den Folgejahren allerdings unabwendbar.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1 Ertragslage

Der Geschäftsverlauf der Revierpark Vonderort GmbH entsprach in etwa dem des Vorjahres 2013. Zwar konnte die Erlössituation verbessert werden, jedoch stehen gestiegene Kosten dem gegenüber.

Den gesamten Erlösen und Erträgen in Höhe von 2.968 T€ (Vorjahr: 2.961 T€) standen Ausgaben und Abschreibungen in Höhe von 3.557 T€ (Vorjahr 3.537 T€) gegenüber.

Die Gesellschafter haben einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 624 T€ (Vorjahr: 618 T€) gezahlt, der in den Erträgen enthalten ist. Ergänzend wurde ein Investitionskostenzuschuss von 368 T€ (Vorjahr: 374 T€) als Zuführung zur Kapitalrücklage geleistet.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich somit auf -591 T€ (Vorjahr: -574 T€). Dies entspricht einem Kostendeckungsgrad von 83,4 % (Vorjahr: 83,7 %).

Zusätzlich wurden im Geschäftsjahr Steuerrückstellungen für ausstehende Grundsteuerfestsetzungen in Höhe von 45 T€ erfolgswirksam aufgelöst, da das betroffene Objekt innerjährlich veräußert wurde und kein weiterer Steueraufwand mehr anfallen wird. Es ergibt sich unter Berücksichtigung dieses Sachverhaltes ein Jahresfehlbetrag von -562 T€ (Vorjahr: -537 T€).

Die Abschreibungen in Höhe von 341 T€ und der übrige Jahresfehlbetrag in Höhe von 114 T€ wurden der Kapitalrücklage entnommen.

Gegenüber dem Vorjahr sind folgende Veränderungen festzustellen:

Gesamteinnahmen

Bei den Gesamteinnahmen war bei den Erlösen aus Eintritten, Mieten und Pachten ein Zuwachs um 12 T€ (0,5 %) von 2.257 T€ auf 2.269 T€ zu verzeichnen. Die Erlöse in dem Bereich Solbad haben sich stark verbessert, während die Erlöse des Freibades im Vergleich zum Vorjahr (wetterbedingt) stark gesunken sind. Die Erlöse des Bereiches Sauna sind im Vergleich zum Vorjahr auch leicht gesunken.

Die Umsatzentwicklungen ergeben sich wie folgt:

	2014	2013	Veränderung	
	T€	T€	T€	
Solbad	1.224	1.186	38	3,2%
Freibad	36	74	- 38	- 51,4%
Sauna	775	787	- 12	- 1,5%
Mieten und Pachten	134	137	- 4	- 2,9%
Übrige	100	72	28	38,9%
	2.269	2.257	12	0,5%

Die übrigen Erträge steigerten sich um rd. 2 T€ durch die Radiosparbox, welche gleichzeitig einen erhöhten Aufwand bei der Öffentlichkeitsarbeit im gleichen Umfang mit sich zieht.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 699 T€ leicht unter dem Vorjahresniveau von 704 T€..

Gesamtaufwendungen

Bei den Gesamtaufwendungen war eine Steigerung um 12 T€ (+ 0,3 %) von 3.537 T€ auf 3.549 T€ zu verzeichnen. Die Aufwendungen teilen sich wie folgt auf:

1.406 T€	=	39,4 % Materialaufwand inkl. Energiekosten (Vorjahr: 1.440 T€ = 40,7 %)
1.393 T€	=	39,1 % auf Personalkosten (Vorjahr: 1.349 T€ = 38,2 %)
341 T€	=	9,6 % auf Abschreibungsaufwand (Vorjahr: 355 T€ = 10,0 %)
417 T€	=	11,7 % auf Sonstige betriebliche Aufwendungen (Vorjahr: 389 T€ = 11,0 %)
3 T€	=	0,1 % Zinsen und ähnliche Aufwendungen (Vorjahr: 4 T€ = 0,1 %)

Bei den Materialaufwendungen ergaben sich erhöhte Energiekosten durch Mehrverbräuche auf Grund des Alters der Anlage. Demgegenüber konnte bei den Material- und Ersatzteilen deutlich eingespart werden, sodass insgesamt ein Rückgang der Materialaufwendungen in Höhe von 34 T€ zu verzeichnen ist.

Durch Tariferhöhungen wurden die Personalkosten im Vergleich zum Vorjahr um 44 T€ überstiegen.

Der Abschreibungsaufwand reduzierte sich wegen geringer Investitionen im Vergleich zum Vorjahr um 15 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere aufgrund erhöhter Werbetätigkeiten um 29 T€ erhöht.

2.2 Finanz- und Vermögenslage

86,0 % der Bilanzsumme von 2.188 T€ auf der Aktivseite entfallen auf das Anlagevermögen, 65,4 % der Passivseite auf das Eigenkapital.

Die bedeutende Veränderung auf der Aktivseite betrifft die abschreibungsbedingte Abnahme des Sachanlagevermögens um 300 T€. Diese wurde im Wesentlichen durch den Verzehr des Eigenkapitals von 194 T€, die Tilgung eines Bankdarlehens von 50 T€ sowie einen um 42 T€ geringeren Rückstellungsbedarf finanziert.

Die Investitionen des Jahres 2014 beschränkten sich mit 41 T€ (Vorjahr: 11 T€) im Wesentlichen auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung (34 T€).

Der gezahlte Gesamtzuschuss der Gesellschafter (Betriebskostenzuschuss und Investitionskostenzuschuss) ist seit dem Jahr 2007 unverändert mit Ausnahme von Sonderzuschüssen in Höhe von je 113 T€ in den Jahren 2009 und 2010 für die Saunainvestition. Letztere wurden in einen Sonderposten eingestellt, der über eine Laufzeit von 10 Jahren analog zum entsprechenden Anlagevermögen aufgelöst wird.

Da die geleisteten Betriebskostenzuschüsse nicht ausreichten, wurde der Jahresfehlbetrag von 562 T€ in Höhe des Abschreibungsaufwandes der Kapitalrücklage entnommen. In die Kapitalrücklage wurden 368 T€ als Investitionskostenzuschuss einbezahlt, so dass diese aufgrund der teilweisen Ergebnisverwendung in Summe um 27 T€ zunahm. Der ausgewiesene Bilanzverlust stellt die Differenz zwischen Jahresergebnis und Abschreibungen dar.

Die Vermögensverhältnisse der Gesellschaft sind grundsätzlich geordnet. Das langfristig gebundene Vermögen ist zum größten Teil durch langfristiges Eigen- und Fremdkapital finanziert. Die Gesellschaft ist grundsätzlich in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

3. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung kommunaler Unternehmen gem. § 108 Abs. 2 GO NW für das Geschäftsjahr 2014

Durch die Wahrnehmung der unter 1.1 dargestellten Aufgaben wurde der Zweck der Gesellschaft gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages nachhaltig erfüllt.

4. Nachtragsbericht

Andere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2014 (gemäß § 289 Abs. 2 Ziff. 1 HGB) haben sich nicht ereignet.

Das Finanzamt Oberhausen-Nord hat in Bezug auf die Klage wegen Umsatzsteuer mit Datum vom 10. Mai 2013 angezeigt, dass die angefochtenen Bescheide geändert worden sind; diese sind im Verlauf des Jahres wirksam zugestellt worden. Die für die Klage gebildeten Rückstellungen wurden ebenfalls aufgelöst.

5. Risikobericht

Die Geschäftsführung hat ein angemessenes Risikoüberwachungssystem eingerichtet und entsprechende Berichtspflichten festgelegt. Dazu wurde ein Katalog mit möglichen Risikofeldern, potenziellen Risikoausprägungen und Risiko eingrenzenden Maßnahmen entwickelt, der planmäßig fortgeschrieben wurde.

Durch die permanente Überwachung der Risiken der Gesellschaft können sowohl auf der Erlös- als auch auf der Kostenseite frühzeitig negative Entwicklungen erkannt und notwendige Maßnahmen ergriffen werden, um das Wirtschaftsergebnis möglichst im Rahmen des Wirtschaftsplans zu halten.

Ein potenzielles Risiko besteht in weiterhin stark steigenden Energiepreisen für Strom, Gas und Wasser.

Sowohl die Gebäude als auch die Anlagentechnik sind in allen Bereichen des Revierparks vergleichsweise alt. Es besteht jederzeit das Risiko eines nicht geringen Reparaturaufwandes, bei dem kurzfristig die Liquidität des Unternehmens gefährdet sein könnte. Kurz-, mittel- und langfristig werden zur Eingrenzung dieses Risikos bereits regelmäßig Unterhaltungsmaßnahmen vorgenommen.

Die Erfüllung der Aufgaben, die sich aus dem Gesellschaftsvertrag ergeben, erfordern auch zukünftig Zuschüsse durch die Gesellschafter. Eine noch weitere Reduzierung dieser Zuschüsse hätte gravierende Einschränkungen der Angebotspalette zur Folge und würde die Entwicklung der Gesellschaft in der bestehenden Form gefährden. Weitere Investitionen stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit und der Unterstützung durch die Gesellschafter. In Anbetracht des fixierten Zuschussniveaus der Gesellschafter und des reduzierten Bestandes an liquiden Mitteln hängt die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft einschließlich der Liquidität und Schuldendienstfähigkeit verstärkt vom Verlauf des operativen Geschäftes ab.

Bei der Gestaltung der Rückzahlungsvereinbarungen des Investitionsbankdarlehens wurde diesem Umstand ausreichend Rechnung getragen Der noch ausstehende Betrag wird in 2015 vollständig getilgt.

Insgesamt sind derzeit keine den Bestand oder die Entwicklung gefährdenden Risiken für die Gesellschaft zu erkennen.

6. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2015 sind nach dem Wirtschafts- und Betriebsplan Erlöse und Erträge in Höhe von 2.345 T€, Aufwendungen von 3.598 T€, ein Betriebskostenzuschuss in Höhe von 636 T€ sowie ein Investitionszuschuss (Zuführung zur Kapitalrücklage) in Höhe des Abschreibungsaufwandes 2013 von 356 T€ vorgesehen. Dem Investitionszuschuss steht eine geplante Rücklagenentnahme für den laufenden Geschäftsbetrieb von 627 T€ gegenüber. Beachtenswerte Investitionen sind für 2015 nicht vorgesehen.

Die Erlöse in 2015 wurden auf der Grundlage des Eintrittspreiskonzeptes sowie den Erfahrungswerten der letzten drei Jahre erstellt. Für das erste Quartal 2015 liegen die Besucherzahlen für Bad und Sauna leicht unter dem Vorjahresniveau, aufgrund der Tarifanpassung zum 01.01.2015 liegen die Erlöse über den Vorjahreswerten.

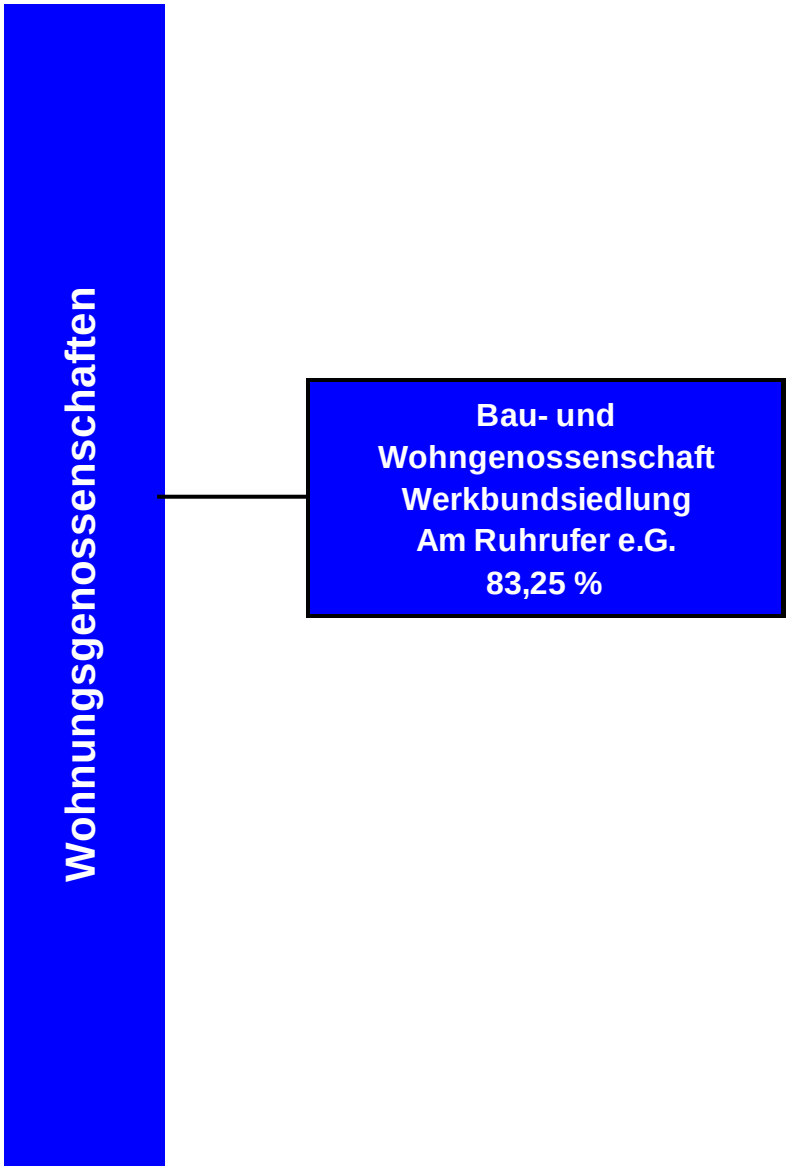
Weitere Optimierungen im Bereich der Energieeffizienz werden angestrebt, um kurzfristig, mittelfristig und langfristig Kosten zu senken. Eine Ausschreibung zu einem Energiecontracting oder einem Pachtmodell wird vorbereitet, Ergebnisse dazu sind erst in 2015 zu erwarten.

Eine grundlegende Verbesserung der Rahmenbedingungen in Gestalt höherer Gesellschafterzuschüsse ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Es ist daher das Ziel der Gesellschaft, die Wirtschaftlichkeit und Effizienz bei den Einnahmen und Ausgaben weiter zu verbessern und nachhaltige Maßnahmen auf der Basis des Zukunftskonzeptes umzusetzen, um das Gleichgewicht der Liquidität mittelfristig zu erhalten.

Oberhausen, im Mai 2015

Geschäftsführung

Wohnungsgenossenschaften



Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Hauerweg 16
46049 Oberhausen

Kontakt:

Rechtsform: eG

Stammkapital in T€: 201,70

Gesellschafter:

	T€	%
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	33,75	16,73
Stadt Oberhausen	167,70	83,14

Gegenstand des Unternehmens:

Errichtung und Bewirtschaftung von Wohneinheiten und Gemeinschaftsanlagen mit verschiedenen Rechts- und Nutzungformen im Bebauungsplangebiet Nr. 137 B - Behrensstr./Fährstr.'/Am Ruhrufer Sanierungsgebiet Zechengelände Alstaden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Vorstand:	Mitglied	van Bremen, Harald
	Mitglied	Jörchel, Erwin
	Mitglied	Schlünzen, Helmut
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Generalversammlung:		Willecke, Thomas
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Mühle, Stefan
	Mitglied	Hammen, Margret
	Mitglied	Lauderbach, Ulrich
	Mitglied	Mühle, Gerd
	Mitglied	van Suntum, Ute

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	1.278,44	84,0	1.260,68	83,2	1.416,37	92,5	155,69	12,35
Umlaufvermögen	242,06	15,9	253,24	16,7	112,53	7,4	-140,71	-55,56
Rechnungsabgrenzungsposten	1,95	0,1	1,95	0,1	1,95	0,1	0,00	0,00
Bilanzsumme	**1.522,45**	**100,00**	**1.515,88**	**100,00**	**1.530,85**	**100,00**	**14,97**	**0,99**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	519,67	34,1	512,02	33,8	537,23	35,1	25,21	4,92
Rückstellungen	4,67	0,3	19,80	1,3	2,00	0,1	-17,80	-89,90
Verbindlichkeiten	998,12	65,6	984,05	64,9	991,62	64,8	7,57	0,77
Bilanzsumme	**1.522,45**	**100,00**	**1.515,88**	**100,00**	**1.530,85**	**100,00**	**14,97**	**0,99**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	138,15	134,33	136,18
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-1,63	1,08	-3,37
sonstige betriebliche Erträge	5,50	0,50	19,80
Materialaufwand	54,97	65,04	59,15
Abschreibungen	22,82	22,82	26,19
sonstige betriebliche Aufwendungen	4,47	10,45	7,60
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,85	2,31	1,58
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	29,29	32,40	29,84
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	32,32	7,50	31,41
sonstige Steuern	6,45	6,45	6,45
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	25,86	1,05	24,96
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	2,50	2,78	2,82
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	25,59	1,00	24,50
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2,78	2,82	3,28

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	18,72	0,78	18,32	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,00	0,21	4,67	%
Cash-Flow:	48,69	23,87	51,14	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

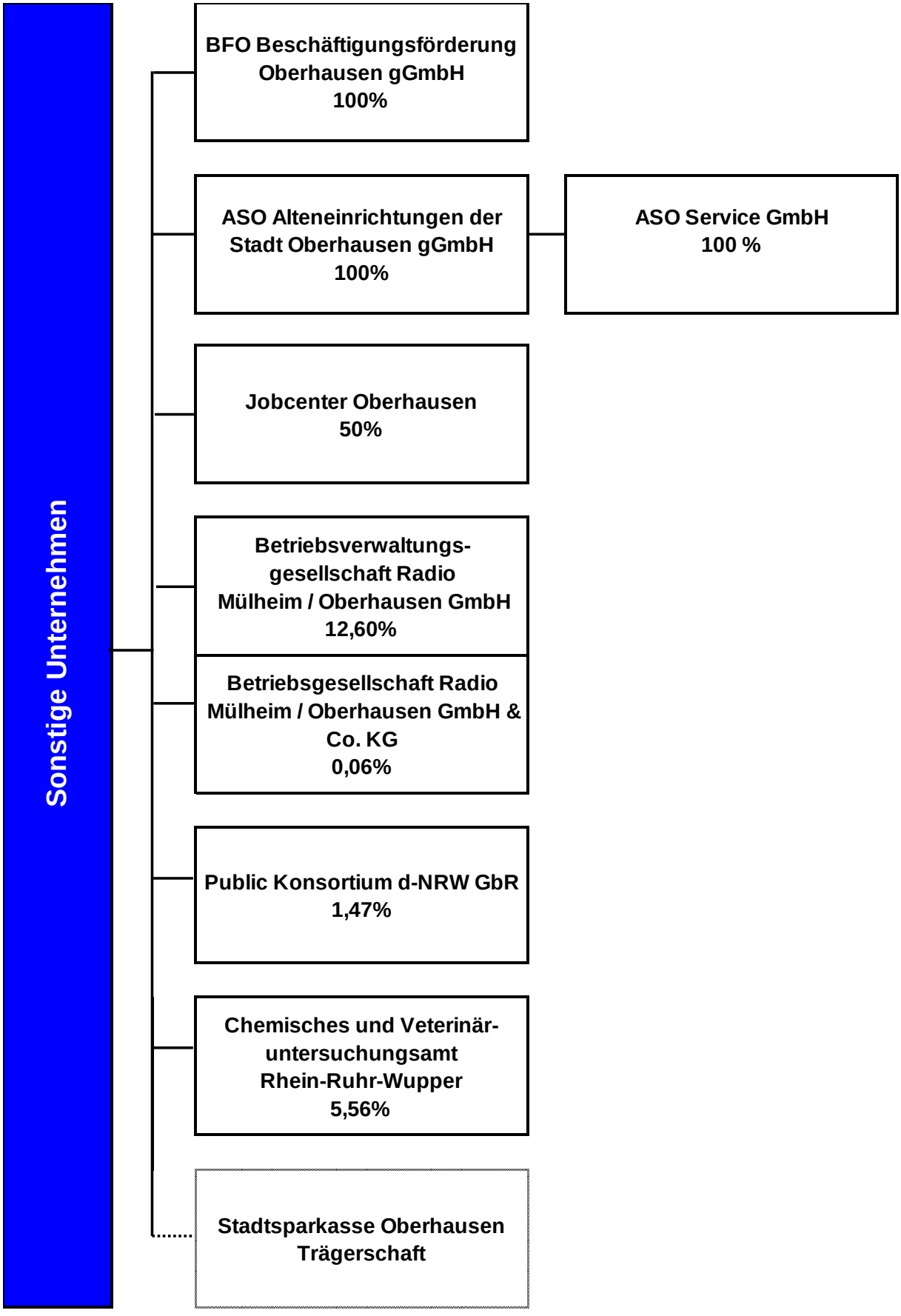
dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

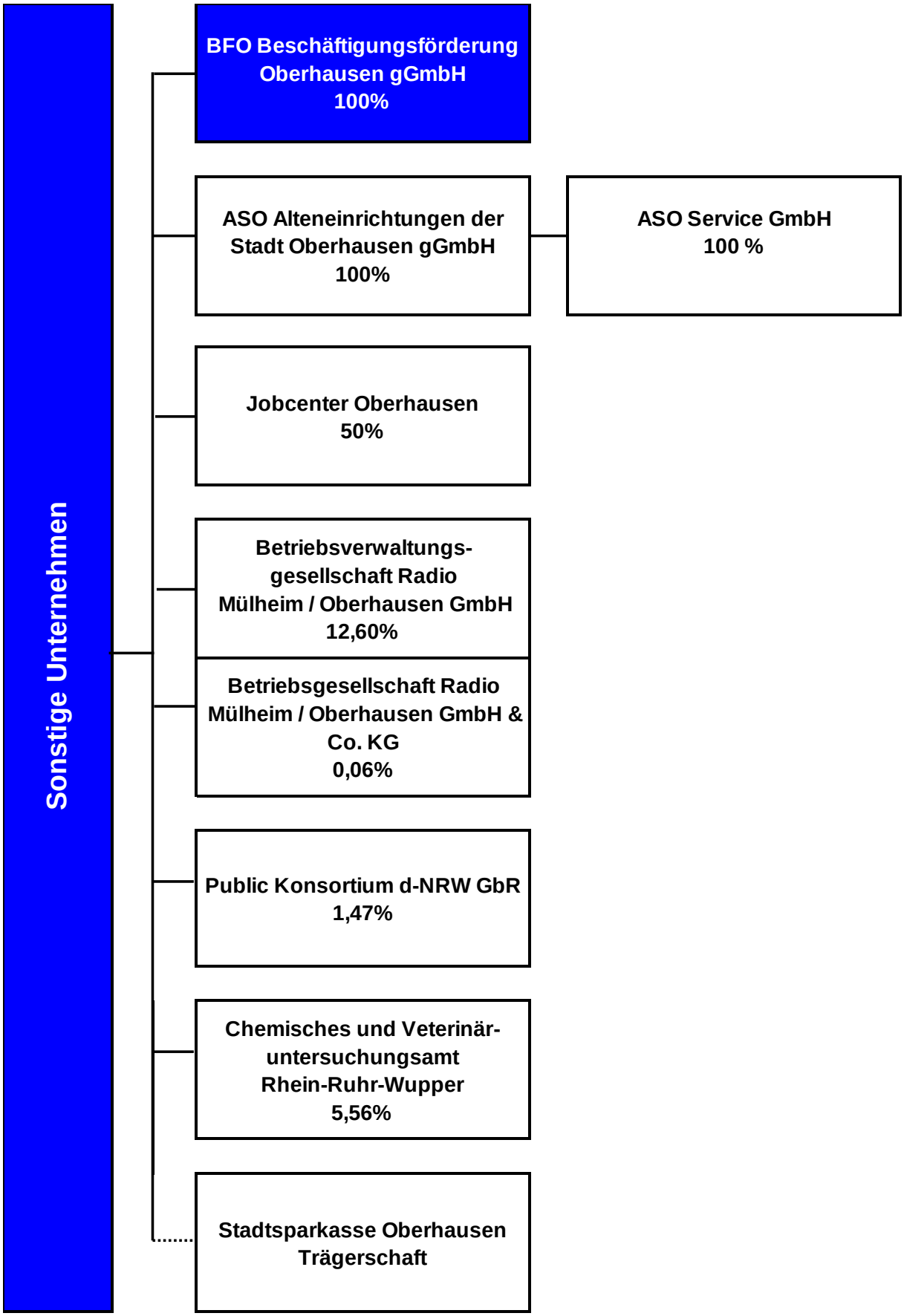
	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	83,97	83,17	92,52	%
Eigenkapitalquote:	34,13	33,78	35,09	%
Fremdkapitalquote:	65,87	66,22	64,91	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.

Sonstige Unternehmen




Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,47%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Gewerkschaftsstraße 76-78
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/46839100
Fax	0208/46839111
e-Mail	achim.kawicki@bfo.oberhausen.de
Internet	-

Rechtsform: gGmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- die aktive Beschäftigungsförderung, die sich an die am Arbeitsmarkt benachteiligten Personengruppen richtet, insbesondere an
-- Sozialhilfeempfänger/innen, die aufgrund Arbeitslosigkeit oder unzureichenden Erwerbseinkommens Sozialhilfe beziehen
-- Arbeitslose, die von Sozialhilfebedürftigkeit bedroht sind,
-- Geringqualifizierte und Jugendliche ohne Schul- und/oder Berufsabschluss
-- Berufsrückkehrer/innen nach der Familienphase

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Leistungsvertrag mit der OGM GmbH vom 05.03.2001
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 20.12.00
Stadt Oberhausen	Vereinbarung mit der Stadt Oberhausen vom 20.12.00 (Leistungsvertrag)

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kawicki, Achim
Vertreterin der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Münich, Elke

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied gem. § 113 GO	Beulshausen, Andreas
	Mitglied	Bennewa, Helmut
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Brands, Beatriks
	Mitglied	Breuckmann, Ludgerus
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Hansen, Heike
	Mitglied	Kamps, Jochen
	Mitglied	Kösling, Anja
	Mitglied	Lampe, Siegfried
	Mitglied	Lenz, Eugen
	Mitglied	Matzat, André
	Mitglied	Opitz, Stefanie
	Mitglied	Pascheberg, René
	Mitglied	Pusch, Jörg
	Mitglied	Radtke, Dorothee
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Walther, Andrea-Cora
	Mitglied	Werner, Yannah
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Gohlke, Klaus
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	stellv. Mitglied	Bramorski, Stephan
	stellv. Mitglied	Derksen, René
	stellv. Mitglied	Hake, Michael
	stellv. Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
	stellv. Mitglied	Hoffmann, Heiko
	stellv. Mitglied	Kirsten, Hildegard
	stellv. Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	stellv. Mitglied	Laß, Heike
	stellv. Mitglied	Lösken, Hans-Bernd
	stellv. Mitglied	Paß, Eugen
	stellv. Mitglied	Prakken, Jolanta
	stellv. Mitglied	Rubin, Dirk
	stellv. Mitglied	Rudl, Rainer
	stellv. Mitglied	Schikorra-Känder, Sabine
	stellv. Mitglied	Spanke, Sigrid
	stellv. Mitglied	Sporkmann, Bernhard
	stellv. Mitglied	Stelzer, Johannes
	stellv. Mitglied	Weirich, Detlef
	stellv. Mitglied	Werdelmann, Andreas
	stellv. Mitglied	Wesely, Kai
	stellv. Mitglied	Wolter, Horst
	stellv. Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	15,73	8,0	14,65	8,1	7,13	4,3	-7,52	-51,33
Umlaufvermögen	180,29	92,0	165,50	91,6	158,28	95,7	-7,22	-4,36
Rechnungsabgrenzungsposten			0,60	0,3			-0,60	-100,00
Bilanzsumme	**196,02**	**100,00**	**180,75**	**100,00**	**165,40**	**100,00**	**-15,35**	**-8,49**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	158,14	80,7	152,67	84,5	132,62	80,2	-20,05	-13,13
Rückstellungen	15,20	7,8	10,80	6,0	12,45	7,5	1,65	15,28
Verbindlichkeiten	22,68	11,6	17,27	9,6	20,33	12,3	3,06	17,72
Bilanzsumme	**196,02**	**100,00**	**180,75**	**100,00**	**165,40**	**100,00**	**-15,35**	**-8,49**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	412,24	189,36	159,58
sonstige betriebliche Erträge	48,08	6,33	
Materialaufwand	6,21		
Personalaufwand	410,51	166,60	150,00
Abschreibungen	11,81	5,14	5,45
sonstige betriebliche Aufwendungen	79,29	29,55	24,23
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,61	0,14	0,05
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-46,90	-5,45	-20,05
sonstige Steuern	0,07	0,02	
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-46,96	-5,47	-20,05
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-46,96	-5,47	-20,05
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-11,39	-2,89	-12,57	%
Eigenkapitalrentabilität:	-29,70	-3,58	-15,12	%
Cash-Flow:	-35,15	-0,33	-14,60	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	57,54	65,23	53,19	T€
Personalaufwandsquote:	89,18	85,13	94,00	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	8,02	8,10	4,31	%
Eigenkapitalquote:	80,68	84,47	80,18	%
Fremdkapitalquote:	19,32	15,53	19,82	%

e) Lagebericht

1. Ausgangslage

Vor dem Hintergrund der zum 01.04.2012 beschlossenen Neuregelungen des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt, entschied der Rat der Stadt Oberhausen in seiner Sitzung am 19.03.2012 und nachfolgend die Gesellschafterversammlung der BFO am 26.04.2012, den operativen Geschäftsbetrieb der BFO zum 31.12.2012 einzustellen. Diese Entscheidungen wurden in der Ratssitzung am 19.11.2012 und in der Gesellschafterversammlung am 21.11.2012 insoweit geändert, dass der Geschäftsbetrieb der BFO gGmbH nicht vollständig zum 31.12.2012 eingestellt wird, sondern die Tätigkeit der Beratungsstelle Jugend und Beruf über den 31.12.2012 hinaus bei der BFO gGmbH verbleibt.

2. Geschäftsentwicklung / Erfüllung des Gesellschaftszweckes

Während des gesamten Jahres 2014 wurde die vom Land NRW geförderte „Beratungsstelle Jugend und Beruf“ weitergeführt, die seit der Betriebsaufnahme im Jahr 2001 bei der BFO angesiedelt ist. Im Geschäftsjahr wurde die Beratungstätigkeit durch eine Teilzeit- und zwei Vollzeitfachkräfte durchgeführt. Die Zielgruppe der zu beratenden benachteiligten Jugendlichen im Übergang von der Schule zum Beruf gliedert sich insbesondere in folgende Personengruppen:

- Haupt-, Förder- und Gesamtschüler/Innen vorwiegend im 9. und 10. Schulbesuchsjahr
- sozial und individuell beeinträchtigte Jugendliche
- schulmüde und schulverweigernde Jugendliche
- Abbrecher/Innen schulischer und beruflicher Bildungsgänge
- berufsschulpflichtige Jugendliche ohne Ausbildungsplatz
- arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche
- Jugendliche mit Migrationshintergrund
- Jugendliche Empfänger/Innen von Arbeitslosengeld II.

Das Angebot der Beratungsstelle „Jugend und Beruf“ der BFO beinhaltet sowohl die klassische Einzelberatung als auch zielorientierte Gruppenveranstaltungen.

Die BFO ist mit ihrer tatsächlichen Geschäftstätigkeit der Erfüllung Ihres Gesellschaftszweckes auch im Jahr 2014 erfolgreich nachgekommen.

3. Organisatorische und personelle Entwicklung

Drei Fachkräfte waren im gesamten Jahr 2014 tätig. Die Geschäftsführung wird weiterhin nebenamtlich durch einen städtischen Beamten sichergestellt.

4. Finanzielle Entwicklung

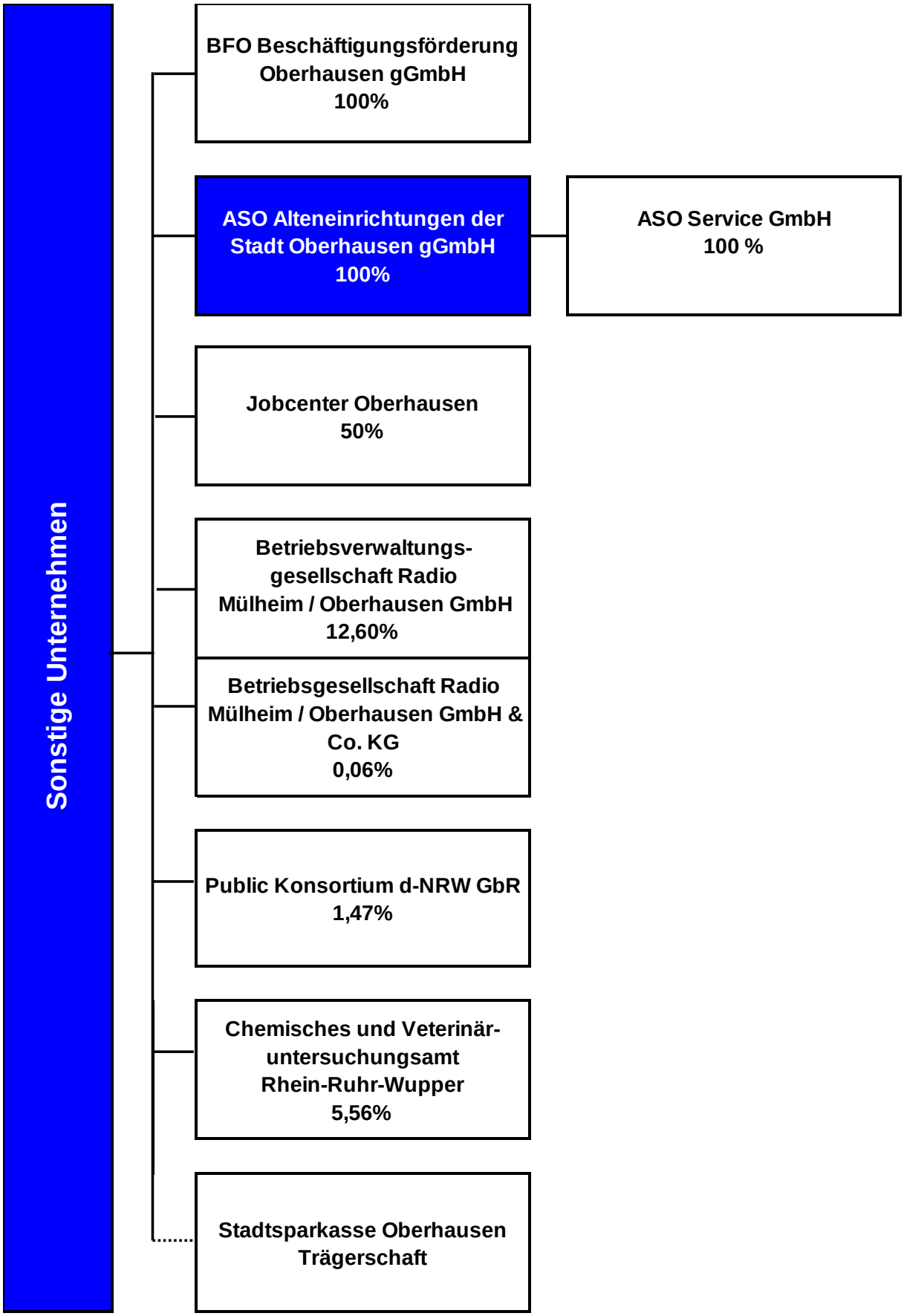
Vor dem Hintergrund der Haushaltssanierung der Stadt Oberhausen und der Verpflichtung der Gesellschaft, die in Vorjahren gebildeten Rücklagen nach § 58 Abs. 6 AO mittelfristig abzubauen, weist die Gesellschaft zum 31.12.2014 einen planmäßigen Verlust in Höhe von TEUR 20 aus. In der Finanzplanung 2015 – 2018 sind weitere Verluste in Höhe von TEUR 62 eingeplant. Nach Verbrauch der Rücklage ist die Finanzierung der Gesellschaft durch erhöhte Gesellschafterzuschüsse sichergestellt.

5. Ausblick und Fazit

Seit dem 01.01.2013 verbleibt als Aufgabe der BFO die Tätigkeit der Beratung von benachteiligten Jugendlichen, die sich im Übergang von der Schule in den Beruf befinden. Ob und inwieweit in Zukunft wieder weitere satzungskonforme Tätigkeiten durch die BFO ausgeführt werden sollen, ist weiterhin abhängig von einer Entwicklung auf dem Gebiet der kommunalen Beschäftigungsförderungspolitik.

Oberhausen, 17.04.2015

Achim Kawicki
Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,47%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Straße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/691200
Fax	0208/691770
e-Mail	udo.spiecker@oberhausen.de
Internet	www.aso-ggmbh.de/

Rechtsform: gGmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie die ambulante und stationäre Pflege in der Regel alter Menschen. Zu diesem Zweck betreibt die Gesellschaft Altenpflegeheime. Darüber hinaus bewirtschaftet die Gesellschaft Alten- und Betreuerwohnungen und betreibt eine Tagespflegeeinrichtung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
ASO Service GmbH	Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH
Diverse	Heimverträge, Pachtverträge, Mietverträge, Betreuungsverträge
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 27.05.2002
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag vom 17.12.2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Spiecker, Udo
Vertreterin der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Münich, Elke

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied gem. § 113 GO	Bohnes, Frank
	Mitglied	Bennewa, Helmut
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Brands, Beatriks
	Mitglied	Breuckmann, Ludgerus
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Hansen, Heike
	Mitglied	Kamps, Jochen
	Mitglied	Kösling, Anja
	Mitglied	Lampe, Siegfried
	Mitglied	Lenz, Eugen
	Mitglied	Matzat, André
	Mitglied	Opitz, Stefanie
	Mitglied	Pascheberg, René
	Mitglied	Pusch, Jörg
	Mitglied	Radtke, Dorothee
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Walther, Andrea-Cora
	Mitglied	Werner, Yannah
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Beulshausen, Andreas
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	stellv. Mitglied	Bramorski, Stephan
	stellv. Mitglied	Derksen, René
	stellv. Mitglied	Hake, Michael
	stellv. Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
	stellv. Mitglied	Hoffmann, Heiko
	stellv. Mitglied	Kirsten, Hildegard
	stellv. Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	stellv. Mitglied	Laß, Heike
	stellv. Mitglied	Lösken, Hans-Bernd
	stellv. Mitglied	Paß, Eugen
	stellv. Mitglied	Prakken, Jolanta
	stellv. Mitglied	Rubin, Dirk
	stellv. Mitglied	Rudl, Rainer
	stellv. Mitglied	Schikorra-Känder, Sabine
	stellv. Mitglied	Spanke, Sigrid
	stellv. Mitglied	Sporkmann, Bernhard
	stellv. Mitglied	Stelzer, Johannes
	stellv. Mitglied	Weirich, Detlef
	stellv. Mitglied	Werdelmann, Andreas
	stellv. Mitglied	Wesely, Kai
	stellv. Mitglied	Wolter, Horst
	stellv. Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
ASO Service GmbH	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		**2013**		**2014**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	2.845,13	29,5	6.422,80	55,2	10.113,06	77,3	3.690,26	57,46
Umlaufvermögen	6.787,55	70,4	5.215,90	44,8	2.968,09	22,7	-2.247,81	-43,10
Rechnungsabgrenzungsposten	3,23	0,0	5,29	0,0	3,23	0,0	-2,06	-38,94
Bilanzsumme	**9.635,90**	**100,00**	**11.643,99**	**100,00**	**13.084,38**	**100,00**	**1.440,39**	**12,37**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	4.581,32	47,5	4.077,76	35,0	3.933,14	30,1	-144,62	-3,55
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,12	0,0	0,08	0,0	0,05	0,0	-0,03	-37,50
Rückstellungen	3.351,06	34,8	2.818,57	24,2	2.466,70	18,9	-351,87	-12,48
Verbindlichkeiten	1.703,41	17,7	4.249,48	36,5	6.204,54	47,4	1.955,06	46,01
Rechnungsabgrenzungsposten			498,10	4,3	479,95	3,7	-18,15	-3,64
Bilanzsumme	**9.635,90**	**100,00**	**11.643,99**	**100,00**	**13.084,38**	**100,00**	**1.440,39**	**12,37**

bb) GuV

	2012	**2013**	**2014**
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	19.293,91	18.379,67	18.940,32
sonstige betriebliche Erträge	1.132,55	1.222,65	1.384,01
Materialaufwand	4.151,55	3.963,59	4.247,06
Personalaufwand	11.947,32	11.715,92	11.651,98
Abschreibungen	200,00	188,05	298,21
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.093,58	4.227,66	4.312,77
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	72,59	6,51	66,96
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17,26	17,13	25,47
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	89,35	-503,52	-144,21
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,07	0,04	0,42
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	89,28	-503,56	-144,62
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	89,28	-503,56	-144,62

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,46	-2,74	-0,76	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,99	-10,99	-3,55	%
Cash-Flow:	289,28	-315,50	153,58	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	82,41	78,10	65,35	T€
Personalaufwandsquote:	58,49	59,77	57,33	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	23,51	50,30	73,06	%
Eigenkapitalquote:	47,54	35,02	30,06	%
Fremdkapitalquote:	52,46	64,98	69,94	%

e) Lagebericht

I. Entwicklung des operativen Geschäfts

Die ASO gGmbH betreibt 3 stationäre Pflegeeinrichtungen mit insgesamt 459 Plätzen. Davon entfallen 99 Plätze auf „Haus Bronkhorstfeld“, 60 Plätze auf die „Seniorenresidenz am OLGA-Park“ sowie 300 Plätze auf das „Louise-Schroeder-Heim“.

Jahresdurchschnittlich konnte mit einer Auslastungsquote von 88,4 % (Vorjahr: 88,7 %) nur ein Auslastungsniveau erreicht werden, das 0,3 % unter dem des zuletzt erzielten Niveaus liegt.

Die Auslastung im „Haus Bronkhorstfeld“ lag bei 96,98 % (Vorjahr: 96,45 %) in der „Seniorenresidenz am OLGA-Park“ bei 97,32 % (Vorjahr: 97,16 %) und im „Louise-Schroeder-Heim“ bei 83,75 % (Vorjahr: 84,45 %).

Das „Louise-Schroeder-Tagespflegezentrum“ konnte ebenso wie das „Tagespflegezentrum am Steigerhaus“ mit einer Auslastungsquote von 96,79 % (Vorjahr: 96,39 %) bzw. 106,63 % (Vorjahr: 98,39 %) auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken.

Der ambulante Betriebszweig des Unternehmens hat sich mit dem „Häuslichen Pflegedienst der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung“ ebenfalls erneut am Oberhausener Pflegemarkt behaupten und seinen Gesamtumsatz gegenüber dem Vorjahr sogar noch steigern können. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit liegt nach wie vor im Bereich des betreuten Wohnungsbestandes auf dem Gelände der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung.

Der vermietete Wohnungsbestand umfasst nach Bezug von Haus 5/5a nunmehr insgesamt 238 Wohnungen. Die Auslastung lag wie im Vorjahr bei fast 100 %. Dies belegt die hohe Attraktivität des vorgehaltenen Wohnungsbestandes und bestätigte zugleich die Richtigkeit der vom Rat der Stadt und vom Aufsichtsrat getroffenen Entscheidung, weitere 58 Wohnungen errichtet zu haben.

II. Wichtige Vorgänge des Berichtsjahres

1. Vor dem Landgericht Duisburg anhängiges Verfahren gegen Bangel & Plaßmeier GbR

Die 2008 vor dem Landgericht Duisburg erhobene Klage gegen die Bangel & Plaßmeier GbR wurde mit Urteil vom 19.09.2013 abgewiesen, weil die Beklagte vermeintlich nicht passiv legitimiert sei. Gegen das Urteil des Landgerichts wurde im November 2013 Berufung eingelegt. Am 8.5.2014 wurde vor dem OLG Düsseldorf verhandelt. Der dort geschlossene Vergleich wurde auf Grund der Entscheidungskompetenz des Aufsichtsrats unter den ausdrücklichen Widerrufsvorbehalt zugunsten des Aufsichtsrats gestellt. Dieser hat am 28.05.2015 in einer außerordentlichen Sitzung entschieden, den Vergleich zu widerrufen und hinsichtlich der ggf. abgewiesenen Ansprüche nicht die bislang Beklagte, sondern die dänischen Eigentümer in Anspruch zu nehmen. Entscheidend für den Aufsichtsrat war die Überlegung, dass auch nach Einschätzung unserer Anwälte nach dem bisherigen Sach- und Streitstand von dem Erfolg eines weiteren Verfahrens gegen die dänischen Eigentümer auszugehen ist. Am 12.06.2015 wurde vom OLG das -erwartete- Urteil verkündet und der Klägerin insbes. der geltend gemachte Vertragsstrafenanspruch gegen die Beklagte zuerkannt.

Die noch offenen Ansprüche werden nun gegenüber den dänischen Eigentümern geltend gemacht, denen im Laufe des

Verfahrens gegen die Bangel & Plaßmeier GbR der Streit verkündet worden war. Der von den jetzigen Anspruchsgegnern benannte Rechtsvertreter hatte zwar wiederholt einen Vergleichsvorschlag angekündigt, ist diesen aber letztlich doch schuldig geblieben, so dass im Dezember 2014 beim Landgericht Duisburg Klage gegen die dänischen Eigentümer erhoben wurde.

2. Neubauprojekt an der Elly-Heuss-Knapp-Straße

Mit dem Bauvorhaben wurde im Dezember 2012 begonnen. Das Projekt konnte im Juni fertiggestellt und bezogen werden. Ende 2014 wurde unter den 58 Mietparteien eine Zufriedenheitsbefragung durchgeführt, an der sich 53 Parteien beteiligt hatten. Die Auswertung hat bestätigt, was im Vorfeld zunächst vermutet worden war, und zwar eine sehr hohe Zufriedenheit mit den Wohnungen, den Kosten, der Servicequalität des Unternehmens und den Leistungen des hiesigen Betreuungsvertrages.

3. Ergebnisse der MDK-Prüfungen

Mit Ausnahme der Seniorenresidenz am OLGA-Park wurden alle stationären und teil-stationären Einrichtungen und auch der ambulante Pflegedienst im Berichtsjahr geprüft. Dabei konnten die „sehr guten“ Benotungen des Vorjahres bestätigt werden. Aus Sicht des Unternehmens ist es erfreulich, dass auch die Befragung der Bewohner bzw. Kunden ausnahmslos die Note „sehr gut“ ergab.

4. Neues Arbeitszeitmodell im stationären Pflegebereich

Um im Interesse der pflegebedürftigen Betagten die personelle Präsenz in den einzelnen Wohnbereichen zu erhöhen, ist am 01.04.2014 der Probelauf eines neuen Arbeitszeitmodells gestartet worden. Damit sollte versucht werden, einen Ausgleich zwischen den Interessen der Bewohner und den Interessen der Mitarbeitenden herzustellen. Das neue Modell, das eine Beibehaltung der 5 Tage Woche vorsieht, soll zu einer größeren Zufriedenheit der Bewohner als auch der Mitarbeitenden führen. Die Zahl künftiger Überstunden sollte durch flexiblere Arbeitszeiten minimiert werden. In den ersten Monaten entwickelte sich das Modell recht viel versprechend, aber gegen Ende des Berichtsjahres musste die zunächst positive Einschätzung doch wieder relativiert werden. Mit dem Betriebsrat wurde deshalb eine Verlängerung des Probelaufs um ein Jahr vereinbart.

5. Kampagne gegen den Geschäftsführer

Die im Vorjahr gegen das Unternehmen bzw. dessen Geschäftsführer geführte Kampagne ist spätestens nach dem Scheitern des Abberufungsantrages im Rat der Stadt im September 2013 in sich zusammengebrochen.

Im Dezember 2014 hat sich der Aufsichtsrat gegen eine Kündigung des Geschäftsführervertrages und für dessen Verlängerung um weitere fünf Jahre ausgesprochen.

III. Darstellung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2014 ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von 145 T€ (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 504 T€).

Die Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr um 560 T€ von 18.380 T€ auf 18.940 T€ und entfallen dabei auf die Erträge aus Vergütungssätzen (allgemeinen Pflegeleistungen, Unterkunft und Verpflegung) sowie aus gesondert berechenbaren Investitionsaufwendungen (nach Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen).

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen im Geschäftsjahr um 161 T€ auf 1.384 T€ und entfallen dabei im Wesentlichen auf die Auflösung von Rückstellungen durch Wegfall des Rückstellungsgrundes (Neubau von Wohnungen) sowie auf den Geldeingang aus der
Vertragsstrafe Bangel & Plaßmeier GbR für den verspäteten Einzug OLGA-Park.

Der Materialaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um 283 T€ auf 4.247 T€ im Bereich des eingesetzten Fremdpersonals aufgrund der Kompensation des eigenen, pflegerischen
Personals bei krankheitsbedingen Ausfällen. Der Personalaufwand ging um 64 T€ auf 11.652 T€ durch die Reduzierung des Personalbestands im Zusammenhang mit der rückläufigen Auslastung im LSH zurück. Des Weiteren wurden keine neuen Altersteilzeitverträge abgeschlossen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 85 T€ auf 4.313 T€. Hierbei sanken insbesondere die Aufwendungen für Mieten und Pachten aufgrund der Reduzierung des anteiligen Zinsaufwands im Rahmen der planungsmäßigen Annuität sowie der Abschreibungen im Bereich der technischen Anlagen durch Erreichen des planmäßigen Nutzungsdauerendes. Diese Reduzierung wurde durch Anstieg bei den übrigen Aufwendungen im Bereich der zu zahlenden Altenpflegeausbildungsumlage sowie beim Verwaltungsaufwand im Bereich der Rechts- und Beratungskosten überkompensiert.

Die Abschreibungen stiegen investitionsbedingt um 110 T€ auf 298 T€.

Die Verbesserung des Finanzergebnisses in Höhe von 52 T€ ist im Wesentlichen auf die sonstigen Zinserträge durch die Verzinsung von Forderungen aus der Vertragsstrafe Bangel & Plaßmeier GbR zurückzuführen.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag nicht gedeckt. In Höhe der Unterdeckung von 64 T€ (Vorjahr Überdeckung 2.238 T€) ist das Umlauf-vermögen nicht mit langfristigem Kapital finanziert. Der Anteil des langfristigen Kapitals an der Bilanzsumme ist auf 77 % nach 75 % am Vorbilanzstichtag gestiegen.

Die Liquidität II. Grades ist auf 998 T€ (Vorjahr 2.973 T€) gesunken und deckt den Finanzierungsbedarf im betrieblichen Bereich 0,58 Monate (Vorjahr 1,77 Monate).

IV. Nachtragsbericht

Seit Abschluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2014 bis zur Aufstellung dieses Lageberichtes in 2015 gab es keine signifikanten Abweichungen hinsichtlich der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation.

Im Hinblick auf die im Dezember eingereichte Klage gegen die dänischen Eigentümer der Seniorenresidenz am OLGA-Park muss ergänzend angemerkt werden, dass bei der Zustellung der Klage unerwartete Probleme aufgetreten sind. Der bislang als Rechtsvertreter benannte Anwalt hat sich als nicht empfangsberechtigt erklärt und die Klage dem Landgericht Duisburg zurückgereicht. Dadurch wird wohl eine Zustellung in Dänemark erforderlich, die wiederum vorab eine Übersetzung ins Dänische verlangt.

V. Risikobericht

Im Rahmen dieses Risikoberichts muss auf die weiter rückläufige Auslastung der stationären Pflegeeinrichtungen hingewiesen werden. Diese ist zwar im Haus Bronkhorstfeld um 0,53 % sowie in der Seniorenresidenz am OLGA-Park um 0,15 % gestiegen, während im Louise-Schroeder-Heim die Auslastung aber nach 7,04 % im Vorjahr um weitere 0,7 % auf nunmehr 83,75 % im Jahresdurchschnitt zurückgegangen ist. Die Entwicklung im LSH lässt die Schlussfolgerung zu, dass sich die Auslastung unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht wieder optimieren lassen wird.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind bekannt, liegen vor allem an der in Oberhausen bestehenden Sättigung des Bedarfs an stationären Pflegeplätzen, an dem hohen Doppelzimmeranteil im Louise Schroeder Heim und an verschiedenen Problemen der dortigen Gebäudesubstanz. Auf diese sollte im Berichtsjahr mit einer konzeptionellen Überplanung des gesamten Gebäudes reagiert werden. Abgewartet werden musste aber zunächst die Verabschiedung des neuen nordrhein-westfälischen Altenpflegerechts im Oktober 2014, um mit der erforderlichen Sicherheit den zur Herstellung der notwendigen WTG-Fähigkeit des LSH verbundenen Umfang unumgänglicher Maßnahmen beurteilen zu können. Im Zeitpunkt der Erstellung dieses Lageberichts steht fest, dass auf Grund der Bestandsschutzregelungen sich die notwendigen Maßnahmen problemlos bis zu dem gesetzlichen Stichtag (31.07.2018) umsetzen lassen, aber nicht ausreichen werden, um das strukturelle Auslastungsproblem dauerhaft zu lösen. Die dafür notwendigen Ansätze werden 2015 erarbeitet.

Die geringere Auslastung gerade des Louise-Schroeder-Heims führt zunächst zu geringeren Erträgen. Des Weiteren erfolgt eine Refinanzierung durch die Kostenträger ausnahmslos auf Basis einer Auslastungsquote von 98,0 %. Insoweit kommt es bei der tatsächlich geringeren Auslastungsquote der Einrichtung zur Unterfinanzierung anfallender Kosten.

Bei den im Berichtsjahr geführten Entgeltverhandlungen hat sich diese Problematik in den Vergütungsverhandlungen nicht zu Gunsten des Unternehmens ausgewirkt. Die Kostenträger sahen zwar die Probleme und konnten auch die hiesige Argumentation nach-vollziehen, sahen sich aber nicht in der Lage, gerade im Hinblick auf das LSH höhere Entgelte auf Grund geringerer Auslastungsquoten zu vereinbaren. Für das LSH konnten die Verhandlungen erst im Februar 2015 abgeschlossen werden.

Trotz dieser Risiken und des Jahresfehlbetrages sind bestandsgefährdende Risiken nicht erkennbar.

VI. Prognosebericht

Wie bereits angemerkt, werden im Laufe des kommenden Jahres die planerischen Überlegungen vorangetrieben, mit denen effektiv auf die Auslastungsschwierigkeiten des LSH reagiert werden soll. Das zu erstellende Konzept wird neben einer Analyse des Ist-Zustandes und der Schwachstellen der Gebäudesubstanz auch Nutzungsalternativen und Handlungsempfehlungen umfassen. Über diese müssen dann die politischen Gremien so rechtzeitig entscheiden, dass sie bis Mitte 2018 umgesetzt sind.

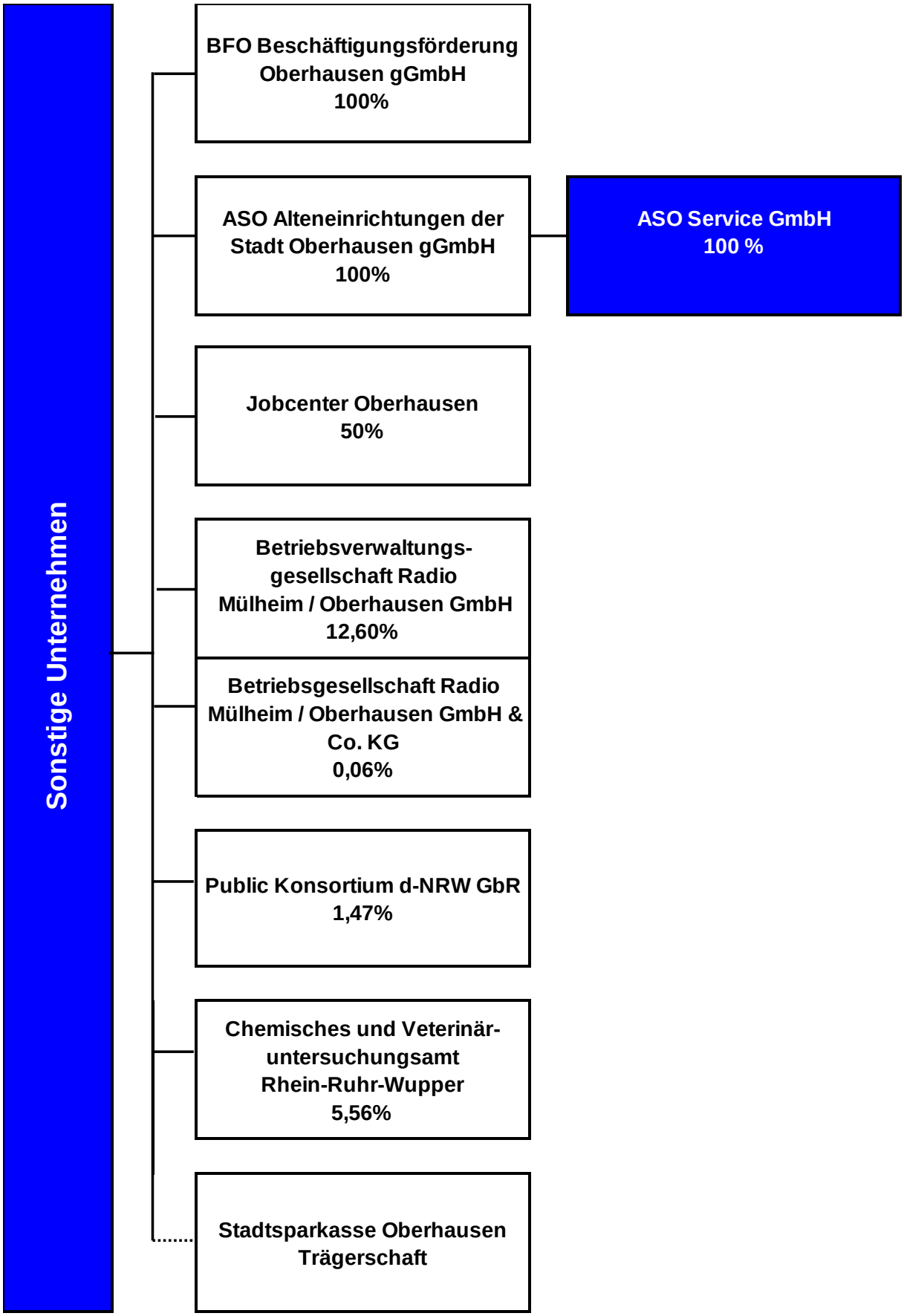
Die Geschäftsführung ist zuversichtlich, dass die notwendigen Anpassungen rechtzeitig realisiert werden und sich das Unternehmen auch in Zukunft mit seiner umfassenden Dienstleistungspalette am Oberhausener Markt behaupten kann.

Oberhausen, den 6. März 2015

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

gez. Udo Spiecker

Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,47%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

ASO Service GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Straße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/6911

Fax 0208/691770

e-Mail udo.spiecker@oberhausen.de

Internet -

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die ausschließliche Erbringung von Dienstleistungen aus den Bereichen Gebäudereinigung, Küchen-, Catering-, Wäscherei- und Stationshilfen für die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Spiecker, Udo
Vertreterin der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Münich, Elke

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		**2013**		**2014**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	58,34	100,0	53,08	100,0	58,69	100,0	5,61	10,57
Bilanzsumme	**58,34**	**100,00**	**53,08**	**100,00**	**58,69**	**100,00**	**5,61**	**10,57**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	25,00	42,9	25,00	47,1	25,00	42,6	0,00	0,00
Rückstellungen	15,80	27,1	14,40	27,1	12,70	21,6	-1,70	-11,81
Verbindlichkeiten	17,54	30,1	13,25	25,0	20,99	35,8	7,74	58,42
Bilanzsumme	**58,34**	**100,00**	**53,08**	**99,19**	**58,69**	**100,00**	**5,61**	**10,57**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	841,18	822,76	866,90
sonstige betriebliche Erträge			0,52
Personalaufwand	827,52	810,78	854,24
sonstige betriebliche Aufwendungen	13,66	13,38	13,18
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1,40	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	0,00	0,00	0,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	17,52	17,14	17,70	T€
Personalaufwandsquote:	98,38	98,54	98,48	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:		0,00		%
Eigenkapitalquote:	42,86	47,10	42,59	%
Fremdkapitalquote:	57,14	52,90	57,41	%

e) Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Der ASO-Unternehmensverbund

Weiterentwicklung des ASO-Unternehmensverbundes durch Gründung der ASO Service GmbH

Die gesamten Aufgaben des ehemaligen Stadtamtes 54/Amt für Alteneinrichtungen sind zum 1. Januar 1993 auf die neu gegründete eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ übertragen worden. Das operative Geschäft dieser Einrichtung ist entsprechend dem Ratsbeschluss vom November 2001 aus der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung herausgelöst und auf die „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ übertragen worden. Diese hat ihren Geschäftsbetrieb am 1. Januar 2002 aufgenommen. Ende 2002 hat der Rat der Stadt beschlossen, den ASO-Verbund aus „Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ und „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ um ein weiteres Unternehmen zu ergänzen, und zwar um die „ASO Service GmbH“. Diese Gesellschaft ist zum 1. Februar 2003 als 100%-ige Tochter der bereits bestehenden gGmbH gegründet worden und soll künftig ausschließlich hauswirtschaftliche Dienstleistungen für das Mutterunternehmen erbringen. Organe der ASO Service GmbH sind die Geschäftsführung sowie die Gesellschafterversammlung. Geschäftsführer ist Herr Udo Spiecker.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufs

2.1 Umsatz- und Ertragsentwicklung

Die Gesamterträge beliefen sich im Geschäftsjahr 2014 auf € 867.419,38.

Der vorgenannte Betrag entspricht im Wesentlichen den tatsächlich entstandenen Personalkosten. Diese werden der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH monatlich in Rechnung gestellt, und zwar aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft ohne Umsatzsteuer. Gleiches gilt für den in Rechnung gestellten Betrag zur Abdeckung der entstandenen Allgemeinkosten, die ebenfalls von der ASO gGmbH getragen werden müssen.

2.2 Personalbereich

Im Jahresdurchschnitt 2014 waren in der ASO Service GmbH insgesamt 22,97 Kräfte beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr sind dies durchschnittlich 0,20 Vollkräfte mehr. Auf den vorgenannten „Vollkraftstellen“ wurden durchschnittlich 49 Mitarbeitende beschäftigt. Zum 31.12.2014 waren insgesamt 24,17 „Vollkraftstellen“ mit insgesamt 50 Mitarbeitenden besetzt.

Die veränderten Zahlenwerte sind auf die im Berichtsjahr erforderlichen betriebswirtschaftlichen Personalanpassungen zurückzuführen.

2.3 Investitionen

Investive Maßnahmen wurden und werden aufgrund der rechtlichen Konstruktion der ASO Service GmbH nicht von dieser durchgeführt oder finanziert. Investitionen werden vielmehr ausschließlich über den ASO Eigenbetrieb bzw. die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH abgewickelt. Auf deren Jahresabschlüsse wird insoweit an dieser Stelle verwiesen.

2.4 Vermögens- und Finanzlage

Das Eigenkapital nimmt einen Anteil von 42 % der Bilanzsumme ein. Am 31.12.2014 errechnet sich eine Liquidität II. Grades von 25 T€ (Vorjahr 25 T€), der ein betriebsgewöhnlicher monatlicher Finanzbedarf von 72 T€ (Vorjahr 69 T€) gegenübersteht.

3. Nachtragsbericht

Seit Abschluss des Geschäftsjahres 2014 bis zur Aufstellung dieses Lageberichtes in 2015 hat es keine signifikanten Abweichungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation gegeben.

4. Risikobericht

Da der überwiegende Teil der Beschäftigten der ASO Service GmbH im hauswirtschaftlichen Bereich des stationären Betriebszweiges der ASO gGmbH eingesetzt ist und dieser zugleich den Unternehmensschwerpunkt der Muttergesellschaft bildet, muss das besondere Augenmerk auf die Auslastungsquoten der drei stationären Einrichtungen gerichtet werden. Insoweit muss im Rahmen dieses Risikoberichts auf die weiter jahresdurchschnittlich rückläufige Auslastungsquote hingewiesen werden. Somit konnte mit einer Auslastungsquote von 88,4 % (Vorjahr: 88,7 %) nur ein Auslastungsniveau erreicht werden, das 0,3 % unter dem des zuletzt erzielten Niveaus liegt. Während leichte Steigerungen des Auslastungsniveaus im Haus Bronkhorstfeld um 0,53 % und in der Seniorenresidenz am OLGA-Park um 0,16 % zu verzeichnen waren, ist das Auslastungsniveau im Louise-Schroeder-Heim aber nach 7,04 % im Vorjahr um weitere 0,70 % auf nunmehr 83,75 % im Jahresdurchschnitt zurückgegangen.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind bekannt, liegen vor allem an der in Oberhausen bestehenden Sättigung des Bedarfs an stationären Pflegeplätzen, an dem hohen Doppelzimmeranteil im Louise-Schroeder-Heim und an Problemen der dortigen Gebäudesubstanz. Auf diese sollte ursprünglich schon im Berichtsjahr mit einer konzeptionellen Überplanung des gesamten Gebäudes reagiert werden. Dazu ist es jedoch nicht gekommen, da zunächst klar sein muss, wie sich die Refinanzierung investiver Ausgaben unter dem neuen Landespflegerecht entwickeln wird. Dies dürfte frühestens Ende 2015 abzusehen sein.

Bestandsgefährdende Risiken sind deshalb trotz des für die ASO gGmbH schwierigen Berichtsjahres nicht zu erkennen.

5. Prognosebericht

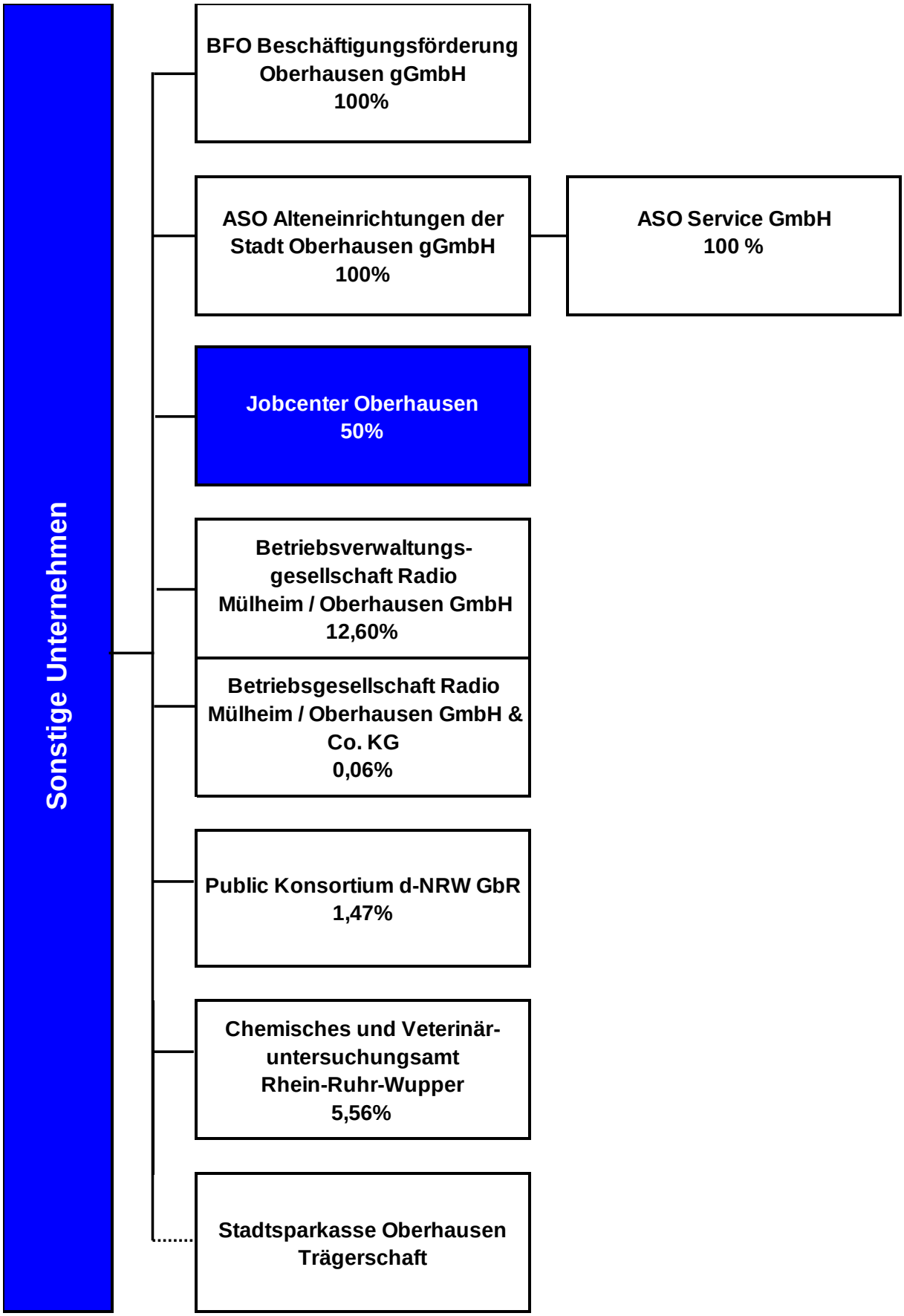
Aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft und des Gesellschaftszwecks ist die Entwicklung der ASO Service GmbH untrennbar mit der Geschäftsentwicklung der ASO gGmbH als Muttergesellschaft verbunden. Diese wird durch das im Berichtsjahr fertiggestellte Bauprojekt die eigene Attraktivität steigern können. Die Stärkung des Vermietungsbereiches um weitere 58 betreute Wohnungen wird auch Auswirkungen auf das hiesige Unternehmen haben, denn erfahrungsgemäß wird die - gerade im Verbund mit dem ambulanten Pflegedienst und dessen Diensten - Nachfrage nach hauswirtschaftlichen Dienstleistungen mit den neuen Mietparteien steigen.

Oberhausen, den 6. März 2015

ASO Service GmbH

gez. Udo Spiecker

Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,47%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Jobcenter Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Centroallee 261
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208-8506855

e-Mail Jobcenter-Oberhausen@jobcenter-ge.de

Internet www.jobcenter-oberhausen.de/

Rechtsform: Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis

Stammkapital in T€: 0,00

Gesellschafter:

	T€	%
Agentur für Arbeit Oberhausen	0,00	50,00
Stadt Oberhausen	0,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zur einheitlichen Wahrnehmung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende bilden die Agentur für Arbeit und die Stadt Oberhausen als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende eine gemeinsame Einrichtung gem. § 44 b Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).

Das Jobcenter nimmt gemäß § 44 b Abs. 1 Satz 2 SGBII die Aufgaben der Träger wahr.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Vereinbarung zur Bildung und Ausgestaltung einer gemeinsamen Einrichtung gemäß § 44 b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)

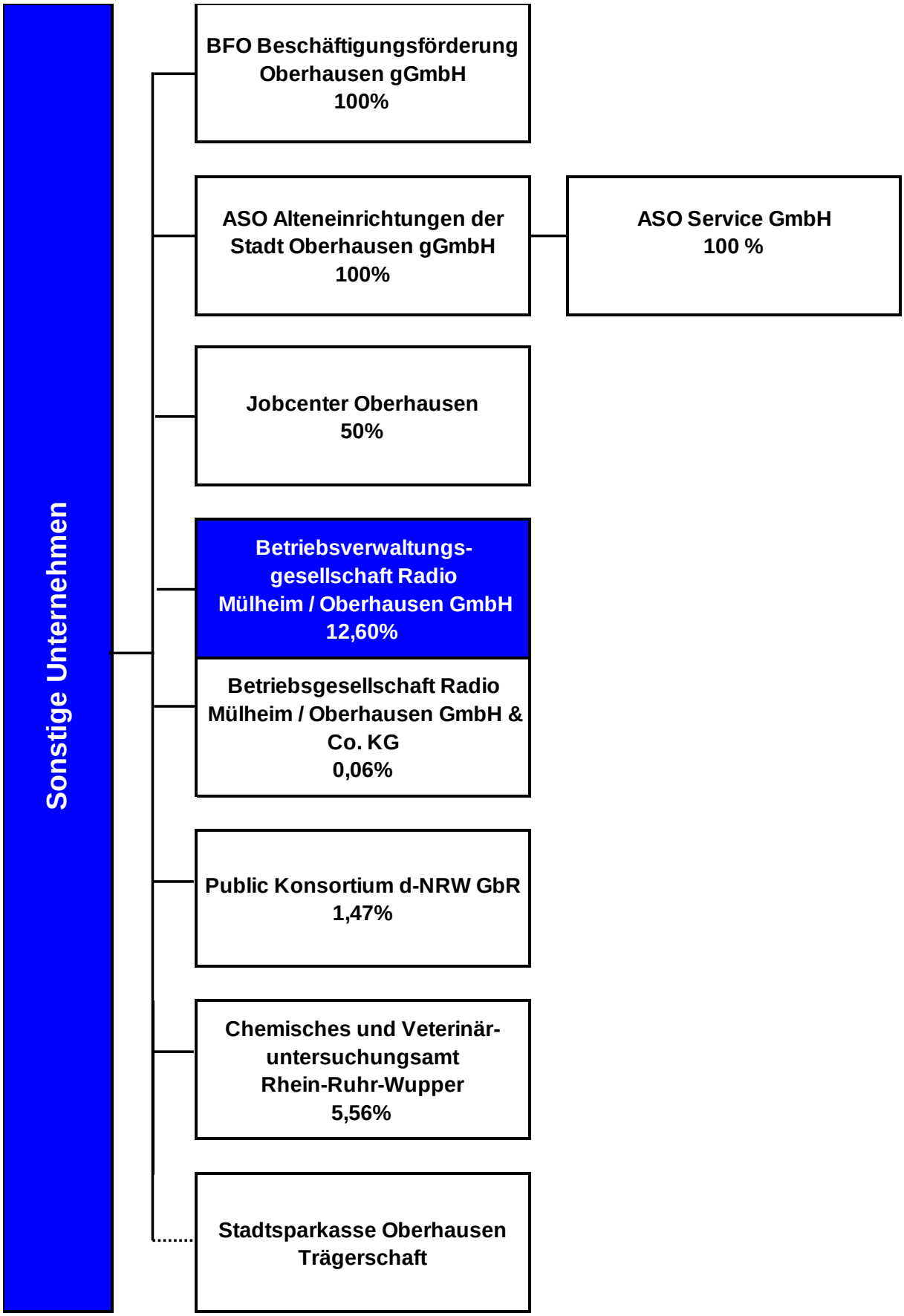
b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Trägerversammlung:	Vorsitzender	Koch, Jürgen
	stellv. Vorsitzende	Münich, Elke
	Mitglied	Claes, Christiane
	Mitglied	Engbroks, Wilhelm
	Mitglied	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Will, Jochen
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Bohnes, Frank
	stellv. Mitglied	Abt-Nölle, Monika
	stellv. Mitglied	Brands, Beatriks
	stellv. Mitglied	Dimmek, Ulrich
	stellv. Mitglied	Fax, Rainer
	stellv. Mitglied	Muss, Ralf
	stellv. Mitglied	Opitz, Stefanie
	stellv. Mitglied	Seibert, Judith
	stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike

Beirat:	Vorsitzende	Schulte, Elisabeth
	Mitglied	Bischoff, Jörg
	Mitglied	Bohnes, Frank
	Mitglied	Costecki, Britta
	Mitglied	Cotta, Uwe
	Mitglied	Girullis, Sebastian
	Mitglied	Greven, Henrike
	Mitglied	Groß-Mühlenbruch, Werner
	Mitglied	Harfst, Reinhard
	Mitglied	Herfs, Liane
	Mitglied	Jakobs, Ursula
	Mitglied	Kamps, Jochen
	Mitglied	Michaelsen, Hans
	Mitglied	Piontkowski, Frank
	Mitglied	Reuschenbach, Monika
	Mitglied	Steinhoff, Marion

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,47%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 99
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0201/319390
Telefon	0208/4500794
Fax	0201/3193918
Fax	0208/4500739
e-Mail	-
Internet	www.106.2radiooberhausen.de/
Internet	www.92.9radiomuelheim.de/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	3,10	12,40
Stadt Oberhausen	3,15	12,60
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	18,75	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Kommanditgesellschaft "Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG" als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme der Geschäftsführung und Vertretung dieser Gesellschaft.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

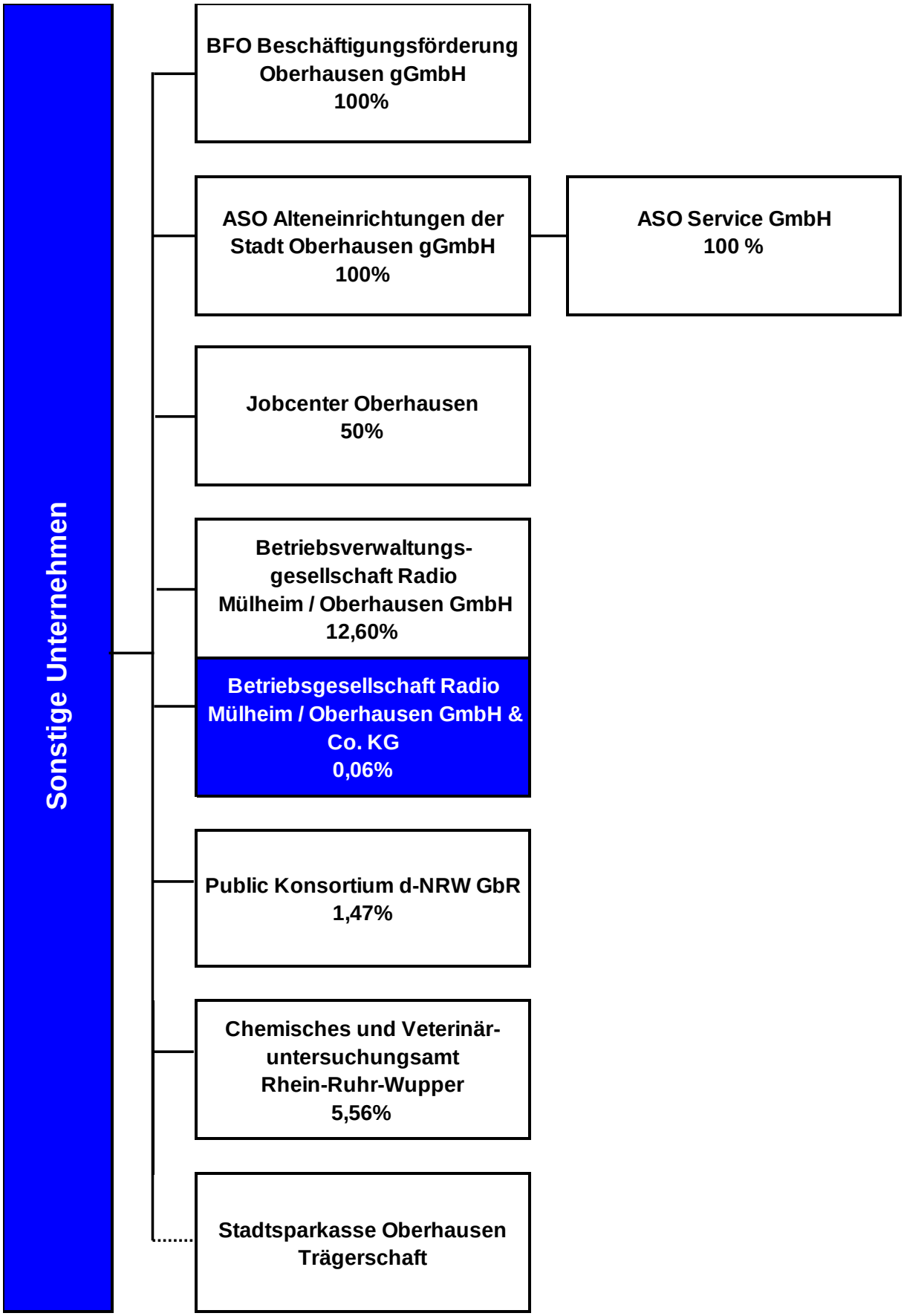
Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für das Vertretungsgebiet der Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Weske, Hans-Jürgen
	Prokurist	Thölen, Sven
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,47%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Essener Str. 99 46047 Oberhausen
Kontakt:	
Telefon	0201/319390
Telefon	0208/4500764
Fax	0201/3193918
Fax	0208/4500739
e-Mail	-
Internet	www.106.2radiooberhausen.de/
Internet	www.92.9radiomuelheim.de/

Rechtsform:	GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€:	2.040,00

Gesellschafter:

	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	1,24	0,06
Peter Fiele	507,52	24,88
Stadt Oberhausen	1,24	0,06
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	1.530,00	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

Die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen.

Dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel im vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen.

Für den Vertragspartner Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen.

Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Zu diesem Zweck kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligen, derartige Untrnehmen erwerben, Tochtergesellschaften gründen, Zweigniederlassungen errichten sowie alle sonstigen den Gesellschaftszweck fördernde Geschäfte vornehmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Weske, Hans-Jürgen
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

e) Lagebericht

1. Geschäftsmodell

Die Tätigkeit der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG erstreckt sich im Wesentlichen auf die Verbreitung von Hörfunkwerbung, die Zurverfügungstellung von Sende- und Produktionstechnik für die vertraglich gebundene Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., sowie die Erstattung der durch die Veranstaltergemeinschaft verursachten Kosten. Die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG ist nach dem Landesmediengesetz verpflichtet, die Sende- und Produktionstechnik für die Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. zur Verfügung zu stellen und die dort verursachten Kosten zu übernehmen.

Das Kerngeschäft der Betriebsgesellschaft ist die Vermarktung von Hörfunkwerbung im lizenzierten Sendegebiet der Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., der Lokalfunkmarken " Radio Mülheim" und „Radio Oberhausen". Sie bedient sich hier der Dienstleistungen der Westfunk GmbH & Co. KG, die im eigenen Namen für fremde Rechnung mit qualifiziertem Verkaufs- und Marketingpersonal für die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG im Sendegebiet tätig ist.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Rahmenbedingungen

Die Erwartungen der Wirtschaft stagnierten im Geschäftsjahr 2014. Der ifo-Geschäftsklima-Index lag bis Mai 2014 stets über dem Index 110, ging zum Jahresende jedoch stetig zurück. Zum Jahresende 2014 lag der ifo-Geschäftsklima-Index bei 105,5 (Indexwert 2005 = 100,0). Sanktionen gegen Russland, die weiter bestehende Belastung durch die europaweite Wirtschaftskrise und ein sinkender Euro-Wert gegenüber dem Dollar trüben die Einschätzung der Wirtschaft. Durch die Niedrigzins-Politik der europäischen Zentralbank wird versucht, den Konsum zu fördern. Die Konsumbereitschaft innerhalb Deutschlands ist positiv zu bewerten, so dass die negativen Rahmenbedingungen bisher wenig Einfluss auf die Wirtschaft in Deutschland haben. Für Deutschland gibt es aktuell keine direkten Anzeichen auf eine Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds. Eine latente Gefahr geht jedoch weiterhin von der europa- und weltweiten Verunsicherung aus. Vor allem negative Entwicklungen in EU-Staaten könnten sich auch negativ auf die deutsche Wirtschaft auswirken.

Die Werbeaufwendungen der Unternehmen in Deutschland erhöhten sich in den Monaten Januar bis Dezember 2014 gegenüber dem Vorjahr um 4,2 %. Der Anteil der Gattung Radio am Werbevolumen der Werbetreibenden beträgt unverändert 5,9 %. Die Aufwendungen für Radiowerbung erhöhten sich in den oben genannten Monaten um 2,2 %.

2.2 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2014 konnten die Umsätze gegenüber dem Vorjahr um 61 T€ gesteigert werden und lagen bei 1.847 T€.

Die Überschussbeteiligung von Radio NRW für die Betriebsgesellschaft verringerte sich um 47 T€ und lag im Geschäftsjahr 2014 bei 461 T€. Der Gesamtausschüttungsbetrag von radio NRW lag unter der Vorjahresausschüttung. Die durchschnittliche Stundenreichweite (Mo.-So.) von „Radio Mülheim" lag mit 7,8 % (gem. E.M.A. NRW 2014 I) um 1,6 % über dem Vorjahreswert; dieser Wert lag bei „Radio Oberhausen" mit einem Minus von 0,8 % (2014: 7,8 %) unter Vorjahresniveau. Der Anteil bei den „Hörern gestern Montag – Freitag" bei „Radio Mülheim" verbesserte sich – gem. E.M.A. NRW 2014 I – auf 29,5 % (Vorjahr: 22,7 %). Bei „Radio Oberhausen" sank dieser Wert um 2,5 % auf 31,0 %.

Bei den Aufwendungen erhöhte sich der Materialaufwand um 47 T€, die Abschreibungen um 28 T€ und die Mieten, Pachten, Lizenzen und Gebühren um 45 T€. Im Gegenzug reduzierten sich die Reise-, Bewirtungs- und Werbekosten um 35 T€.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verbesserte sich um 22 T€ und lag zum Jahresende bei 103 T€.

Gegenüber dem Wirtschafts- und Stellenplan 2014 konnte ein höherer Umsatz (+248 T€) erzielt werden. Die Überschussbeteiligung seitens radio NRW lag um 69 T€ unter dem Planansatz. Die Kosten lagen über Planniveau, insgesamt wurde das Planergebnis um 87 T€ übertroffen.

2.3 Finanzlage

Der Cashflow der Berichtsgesellschaft ist positiv.

Die Gesellschaft finanziert sich über Einnahmen aus der Vermarktung von Werbezeiten und Sonderwerbeformen (inklusive Onlineangebote). Aufgrund der Einbeziehung in das inländische Cash-Pooling der FUNKE Mediengruppe ist die Liquidität jederzeit gesichert.

2.4 Vermögenslage

Die Bilanzsumme liegt zum Jahresabschluss 2014 bei 3.271 T€ und damit um 48 T€ unter dem Vorjahr. Auf der Passivseite reduzierten sich die Verbindlichkeiten um 77 T€. Auf der Aktivseite erhöhte sich das Anlagevermögen um 80 T€. Die nicht durch Vermögenseinlagen gedeckten Verlustanteile von Kommanditisten verringerten sich um 103 T€ auf 2.858 T€.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme erhöhte sich leicht und liegt bei auf 4 %. Hierbei handelt es sich um Anlagevermögen für Produktions- und Sendetechnik, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Lizenzrechte im Wert von insgesamt 136 T€.

Die nicht durch Vermögenseinlagen gedeckten Verlustanteile von Kommanditisten in Höhe von 2.858.053 Euro sind durch Darlehen in Höhe von 2.730.681 Euro gedeckt. Für den verbleibenden Verlust in Höhe von 127.372 Euro liegt eine Patronatserklärung der Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & Co. Essen Kommanditgesellschaft vor.

2.5 Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Im Geschäftsjahr 2014 wurde das Vorjahresergebnis und Planergebnis übertroffen. Dieses ist vor allem auf die höheren Erträge zurückzuführen. In den Folgejahren erwartet die Geschäftsführung geringere Umsätze und Erträge. Das Ziel bleiben weiterhin mindestens ausgeglichene Jahresergebnisse.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Ablauf des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

4. Chancen und Risiken

4.1 Chancen

Die Umsatz- und Ergebnisentwicklung bei der Berichtsgesellschaft ist in den vergangenen Geschäftsjahren positiv zu bewerten. Die Geschäftsführung erwartet für 2015 weiterhin Umsätze auf gutem Niveau.

Die in den letzten Jahren entwickelten Produkte werden von den Werbetreibenden angenommen. Das Premium-Partner-Programm für umsatzstarke Bestandskunden bildet eine solide Basis, hinzukommen branchenspezifische, sowie Neukundenaktionen. Die Vernetzung der klassischen Werbung mit den digitalen Angeboten wie z. B. der Radiosparbox oder den Aktionen auf den Internetseiten der Sender führt insgesamt zu einer erfolgreichen Kundenansprache. Durch das breite Angebot können die Werbetreibenden die passenden Komponenten zusammenstellen und so ihren Werbeerfolg erzielen.

4.2 Risiken

Die Gesellschaft wird durch folgende Risiken beeinflusst:

<u>Markt- und Wettbewerbsrisiken</u>

Die Ausschüttungsbeträge durch radio NRW waren im Geschäftsjahr 2014 rückläufig. Diese Entwicklung wird sich in 2015 fortsetzen. Ein Grund ist der intensive Wettbewerb bei der landesweiten Vermarktung mit dem WDR, sowie die sinkenden Umsätze beim nationalen Vermarkter RMS. Hier müssen Reformen bei radio NRW vorangetrieben werden, die zum einen die Programmproduktion zur Verbesserung der Senderreichweiten optimieren und zum anderen eine verbesserte Vermarktung durch Veränderungen von Angeboten in der landesweiten und nationalen Vermarktung hervorbringen.

Die sinkenden Ausschüttungsbeträge belasten das Ergebnis der Betriebsgesellschaft und werden zu einem geringeren Jahresergebnis führen.

Letztendlich könnte diese Entwicklung mittel- bis langfristig auch den Fortbestand der Berichtsgesellschaft gefährden.

Eine latente Gefahr geht jedoch weiterhin von der europa- und weltweiten Verunsicherung aus. Vor allem negative Entwicklungen in EU-Staaten könnten sich auch negativ auf die deutsche Wirtschaft auswirken.

Auch wenn momentan gravierende Auswirkungen auf dem lokalen und regionalen Werbemarkt durch die angespannte wirtschaftliche und politische Lage in der EU und weltweit nicht erkennbar sind, ist diese Gefahr grundsätzlich nicht auszuschließen.

<u>Rechtliche Risiken</u>

Die befristet erteilten rundfunkrechtlichen Lizenzen sind mit bestimmten Auflagen verbunden und konzentrationsrechtlichen Meldepflichten unterworfen, deren Beachtung und Befolgung wesentlich für den Bestand der Genehmigungen sind. Diese Sendelizenzen sind in Deutschland zeitlich befristet erteilt. Die Lizenz wurde der Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. im Geschäftsjahr 2010 um 5 Jahre bis zum 31.08.2015 verlängert. Eine Verlängerung der Fristen wird in der Regel gewährt, jedoch ohne Garantie.

Die Lizenzen und Genehmigungen beinhalten zum Teil auch Auflagen, deren Nichtbefolgung die Landesmedienanstalten auch während der Laufzeit zu einem Widerruf berechtigen. Die Veranstaltergemeinschaft wird im Jahr 2015 eine Lizenzverlängerung beantragen. Die Betriebsgesellschaft wird weiterhin als Partner zur Verfügung stehen. Eine Lizenzverlängerung bildet die Grundlage zur Fortführung der Geschäfte. Die Geschäftsführung ist von einer Verlängerung überzeugt.

Gesamtrisiko

In der Gesellschaft wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr keine bestandsgefährdenden Risiken identifiziert. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind nicht erkennbar. Die Geschäftsführung beobachtet das wirtschaftliche Umfeld stetig und erarbeitet Maßnahmen, die die Entwicklung der Berichtsgesellschaft im Geschäftsjahr 2015 unterstützen. Damit soll einer negativen Entwicklung vorgebeugt und falls notwendig, entgegengetreten werden. Sollte eine dauerhafte negative Geschäftsentwicklung eintreten, wäre der Fortbestand der Berichtsgesellschaft gefährdet.

Risikomanagement

Die Geschäftsführung verfügt über ein implementiertes Risikomanagement. Durch geeignete Planungs-, Reporting- und Controlling-Systeme kann die Betriebsgesellschaft eine Risikobewertung vornehmen und die Gesellschaft entsprechend steuern. Die Geschäftsführung hat damit die Möglichkeit, Risiken zu erkennen, abzuwenden und zu minimieren.

5. Prognosebericht

Die Berichtsgesellschaft erwirtschaftete in den beiden vergangenen Jahren Umsätze auf gutem Niveau. Der Wirtschafts- und Stellenplan der Gesellschaft weist für das Geschäftsjahr 2015 Umsatzrückgänge aus. Diese sind vor allem mit geringeren Gegengeschäftsumsätzen zu begründen, was im Gegenzug zu entsprechend geringeren Kosten führen wird. Die Erschließung neuer Geschäftsfelder, vor allem im Internet, soll zur Stärkung der Umsätze beitragen.

Das Kostenniveau der Gesellschaft soll auf Vorjahresniveau gehalten werden. Außergewöhnliche Aufwendungen sind nicht zu erwarten.

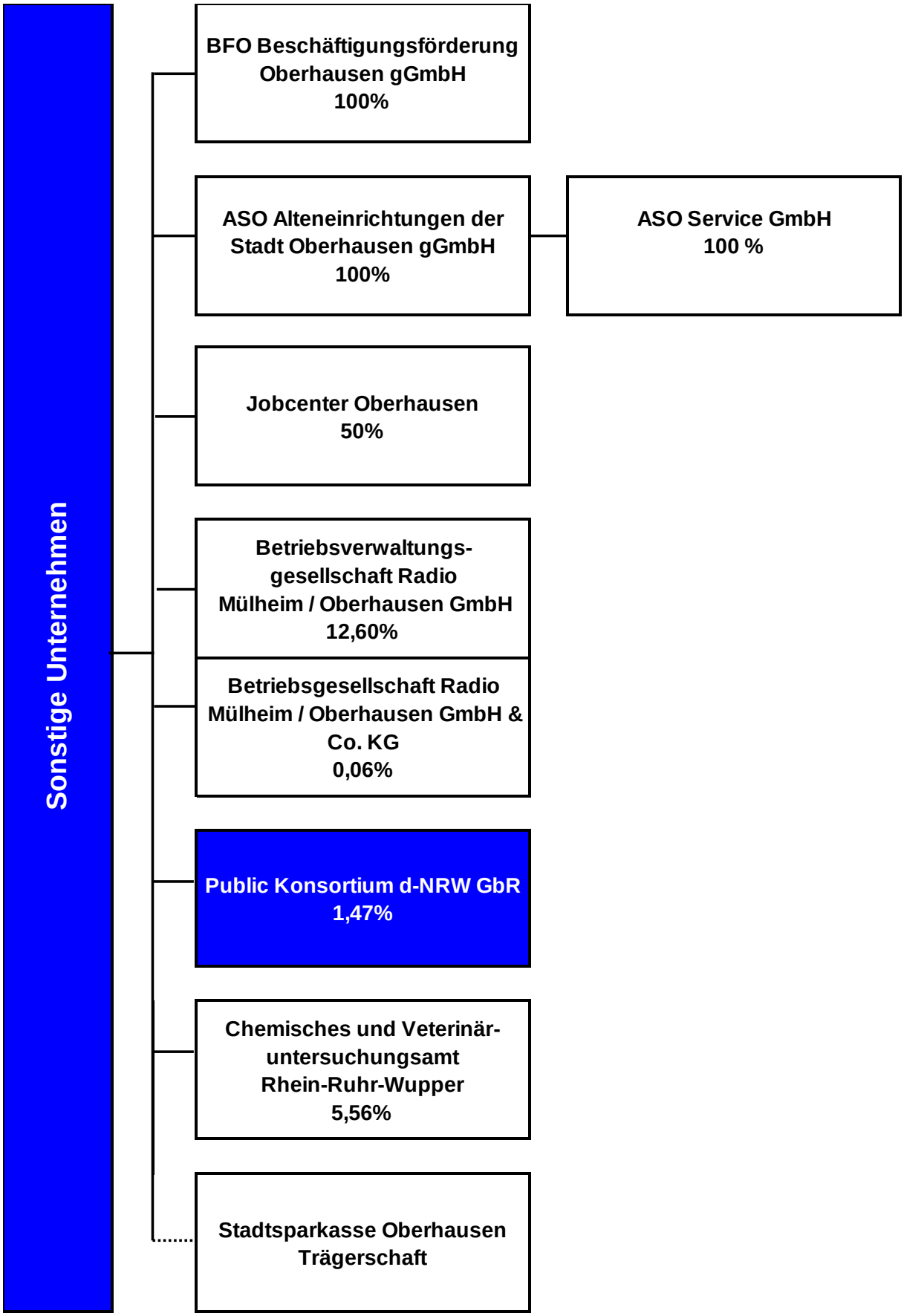
Die Reichweite der Sender „Radio Mülheim“ und „Radio Oberhausen“ liegen auch in der Reichweitenmessung EMA II 2014 (August 2014) auf einem guten Niveau. Die Betriebsgesellschaft wird die Veranstaltergemeinschaft in dem Bestreben nach weiterer Stabilisierung und Steigerung der Reichweite, soweit möglich, unterstützen.

Im Jahr 2015 müssen Veränderungen im Lokalfunksystem NRW vorangetrieben werden. Dieses betrifft vor allem den Rahmenprogrammanbieter radio NRW. Auch die lokale Programmproduktion wird sich hier neuen Herausforderungen stellen müssen. Es muss Veränderungen bei der landesweiten und nationalen Vermarktung geben um die Umsatzpotentiale besser abschöpfen zu können.

Für das Geschäftsjahr 2015 erwartet die Geschäftsführung ein rückläufiges Ergebnis für die Berichtsgesellschaft (-43 T€).

Essen, 24.03.2015

Hans-Jürgen Weske


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,47%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Public Konsortium d-NRW GbR

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rheinische Straße 1
44137 Dortmund

Kontakt:

Telefon 0231/22243810

Fax 0231/22243811

e-Mail info@d-nrw.de

Internet www.d-nrw.de/

Rechtsform: GbR

Stammkapital in T€: 1.400,87

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Systemhaus	46,85	3,34
GKD Gemeinsame Kommunale Datenzentrale Recklinghausen	45,94	3,28
(HABIT) Hagener Betrieb für Informationstechnologie	12,58	0,90
Kreis Mettmann	12,78	0,91
krz Komm. Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	118,24	8,44
KRZN Kamp-Lintfort	148,27	10,58
Land NRW	948,77	67,73
Landschaftsverband Westfalen-Lippe	1,10	0,08
LVR Landschaftsverband Rheinland	1,35	0,10
regio iT Aachen Gesellschaft für Informationstechnologie mbH	13,76	0,98
Stadt Monheim	17,16	1,22
Stadt Münster	13,34	0,95
Stadt Oberhausen	20,70	1,48

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als Kommanditistin an der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Konsortialversammlung: Mitglied gem. § 113 GO Suhr, Rainer

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG	20,00	80,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	1.305,00	93,8	1.322,00	95,6	1.339,00	95,6	17,00	1,29
Umlaufvermögen	86,34	6,2	60,75	4,4	61,75	4,4	1,00	1,65
Bilanzsumme	**1.391,34**	**100,00**	**1.382,75**	**100,00**	**1.400,75**	**100,00**	**18,00**	**1,30**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.361,08	97,8	1.377,28	99,6	1.394,18	99,5	16,90	1,23
Rückstellungen	5,27	0,4	5,47	0,4	5,25	0,4	-0,22	-4,02
Verbindlichkeiten	25,00	1,8			1,32	0,1	1,32	
Bilanzsumme	**1.391,34**	**100,00**	**1.382,75**	**100,00**	**1.400,75**	**100,00**	**18,00**	**1,30**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge			0,59
sonstige betriebliche Aufwendungen	5,34	6,28	7,28
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5,34	-6,28	-6,69
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-5,34	-6,28	-6,69
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-5,34	-6,28	-6,69

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,39	-0,45	-0,48	%
Cash-Flow:	-5,34	-6,28	-6,69	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			0,59	T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	97,82	99,60	99,53	%
Fremdkapitalquote:	2,18	0,40	0,47	%

e) Lagebericht

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft

a) Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Das Geschäftsjahr 2014 wurde – besser als zunächst erwartet und trotz der weltweiten Krisen – durch ein solides Wirtschaftswachstum in Deutschland geprägt. Hiervon hat auch die IT-Branche profitiert.

b) Umsatz- und Auftragsentwicklung

Einziger Gegenstand der Gesellschaft ist die Beteiligung als Kommanditistin an der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG mit Sitz in Dortmund. Aufgrund des Gesellschaftszwecks können als Erlöse nur Beteiligungserträge aus der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG erzielt werden. Die d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG hat im Geschäftsjahr 2014 einen Gewinn von 280 T€ erwirtschaftet.

c) Investitionen

Die Gesellschaft hat im Jahr 2014 keine Investitionen durchgeführt.

d) Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Die Konsortialversammlung vom 28.11.2014 hat u. a. den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2013 festgestellt. Gemäß § 10 (7) der Satzung ist ein Betrag in Höhe von 17 T € als sonstige Zuzahlung in das Eigenkapital der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG geleistet worden.

e) Personal- und Sozialbereich

Bei der Gesellschaft ist ausschließlich der Geschäftsführer angestellt.

f) sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die Gruppe der Gesellschafter hat sich am 01.01.2014 mit dem Beitritt des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) zum Public Konsortium d-NRW erweitert. Gespräche mit potentiellen Mitgliedern sollen zu Beitritten von weiteren Konsorten führen.

II. Lage der Gesellschaft

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist zufriedenstellend. Anhaltspunkte für eine Veränderung dieser Situation im Jahr 2015 bestehen nicht.

a) Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist zufriedenstellend. Sie verfügt durch die Beitrittsentgelte der Konsorten und deren Jahresbeiträge über ausreichende Liquidität.

c) Ertragslage

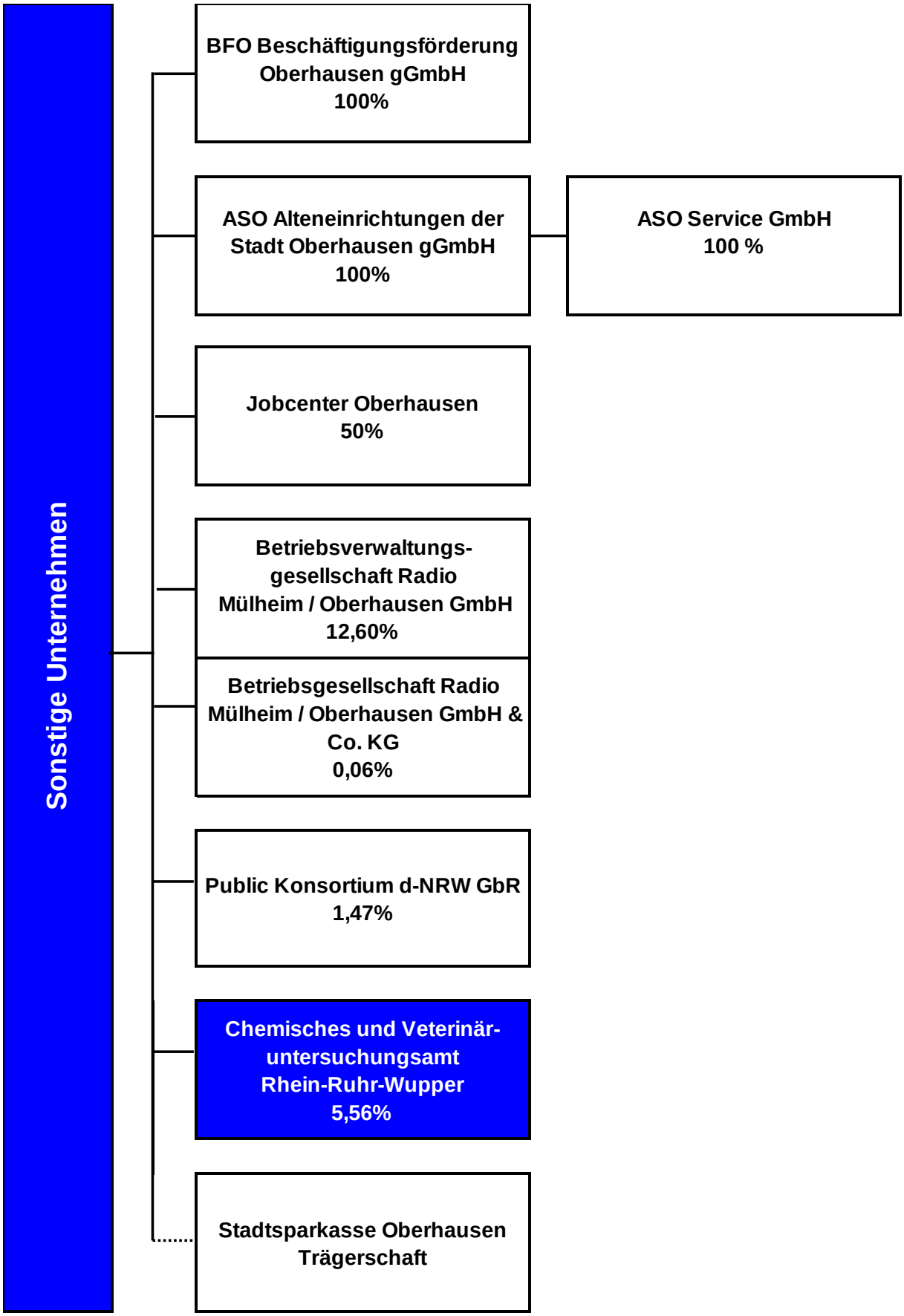
Aufgrund des Gesellschaftszwecks wird die Gesellschaft über die Beteiligungserträge der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG keine weiteren Erträge erwirtschaften.

III. Ausblick und Risiken der künftigen Entwicklung

Als Chance sieht die Gesellschaft den Beitritt weiterer Konsorten. Wirtschaftliche oder rechtliche bestandsgefährdende Risiken sind für die Gesellschaft unter Berücksichtigung des besonderen Gesellschafterhintergrundes und der positiven Geschäftsentwicklung der Tochtergesellschaft nicht erkennbar.

Dortmund, im Juni 2015

Markus Both
(Geschäftsführer)


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,47%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Deutscher Ring 100
47798 Krefeld

Kontakt:

Telefon	02151/849-0
Fax	02151/849-4042
e-Mail	poststelle@cvua-rrw.de
Internet	www.cvua-rrw.de/

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts
Stammkapital in T€: 270,00

Gesellschafter:

	T€	%
Kreis Wesel	15,00	5,56
Land NRW	135,00	50,00
Stadt Duisburg	15,00	5,56
Stadt Essen	15,00	5,56
Stadt Krefeld	15,00	5,56
Stadt Mülheim	15,00	5,56
Stadt Oberhausen	15,00	5,56
Stadt Remscheid	15,00	5,56
Stadt Solingen	15,00	5,56
Stadt Wuppertal	15,00	5,56

Gegenstand des Unternehmens:

Die Untersuchungsanstalt führt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Vorstand:	Vorsitzender	Dr. Horn, Detlef
Verwaltungsrat:	Vorsitzende	Becker, Juliane
	stellv. Vorsitzende	Raskob, Simone
	Mitglied gem. § 113 GO	Ohletz, Horst
	Mitglied	Beckmann, Jürgen
	Mitglied	Berensmeier, Ralf
	Mitglied	Cyprian, Ulrich
	Mitglied	Falk, Karsten
	Mitglied	Krumbein, Robert
	Mitglied	Krumpholz, Ralf
	Mitglied	Dr. Slawig, Johannes
	Mitglied	Dr. Steinfort, Frank

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	7.161,32	27,8	9.128,43	32,6		
Umlaufvermögen	18.344,00	71,2	18.667,37	66,6		
Rechnungsabgrenzungsposten	260,32	1,0	212,62	0,8		
Bilanzsumme	**25.765,64**	**100,00**	**28.008,42**	**100,00**		

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	10.866,38	42,2	11.633,00	41,5		
Rückstellungen	12.206,50	47,4	12.909,82	46,1		
Verbindlichkeiten	2.692,76	10,5	3.192,82	11,4		
Rechnungsabgrenzungsposten			272,79	1,0		
Bilanzsumme	**25.765,64**	**100,00**	**28.008,42**	**100,00**		

bb) GuV

	2012	2013
	T€	**T€**
Umsatzerlöse	17.296,90	17.379,93
sonstige betriebliche Erträge	36,70	132,12
Materialaufwand	7.160,23	7.018,28
Personalaufwand	4.511,86	4.532,78
Abschreibungen	1.139,52	1.258,23
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.527,07	3.972,84
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	80,05	36,69
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.074,96	766,61
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.074,96	766,61
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen		196,26
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.074,96	570,36

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

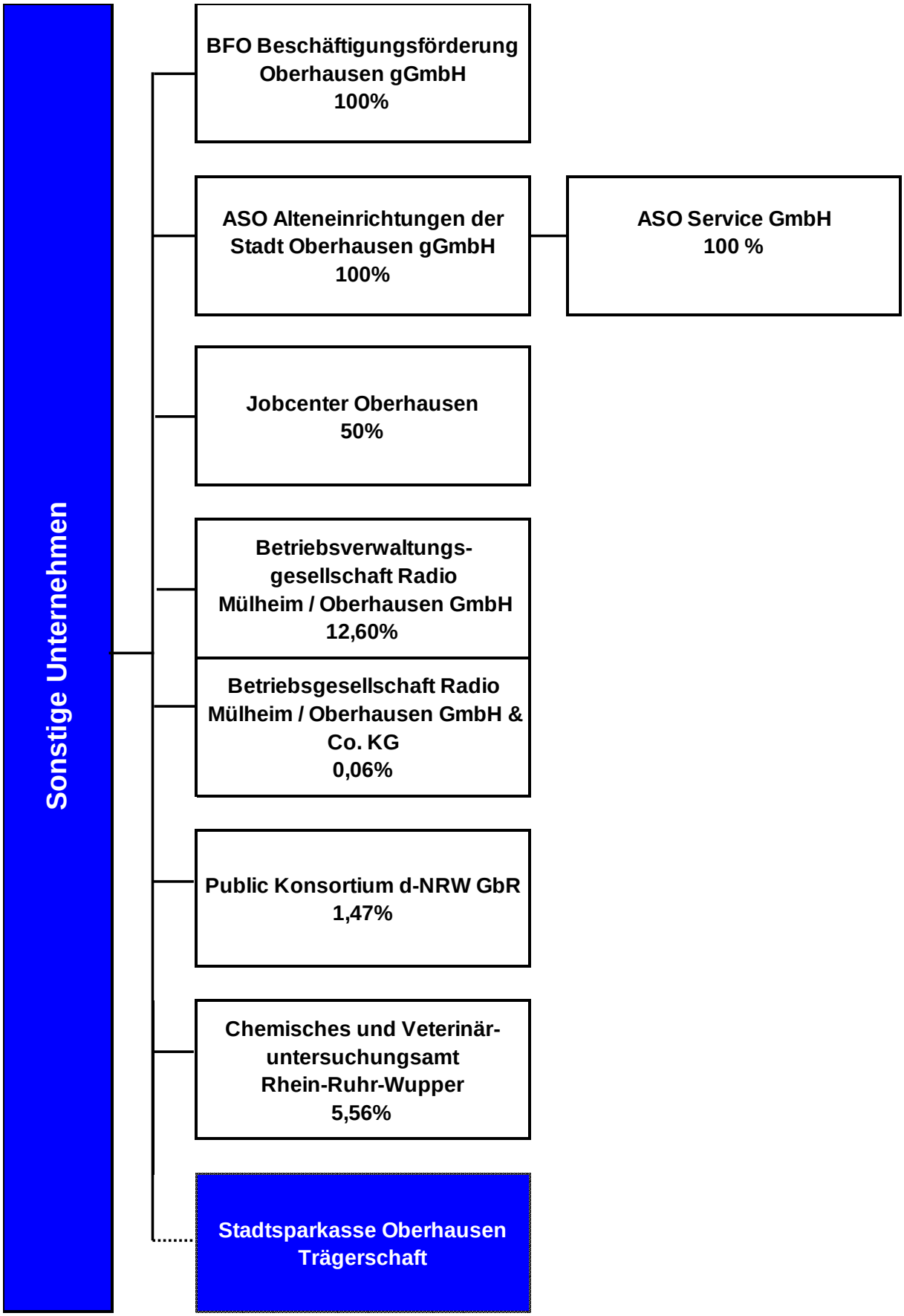
	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,21	4,41	%
Eigenkapitalrentabilität:	10,98	6,93	%
Cash-Flow:	2.214,48	2.024,84	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	199,24	186,30	T€
Personalaufwandsquote:	26,03	25,88	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	27,49	24,40	%
Eigenkapitalquote:	42,17	41,53	%
Fremdkapitalquote:	57,83	58,47	%

e) Lagebericht

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts lag der Jahresabschluss 2014 der Gesellschaft noch nicht vor.


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,47%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Stadtsparkasse Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Wörthstraße 12
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8340
Fax	0208/8343231
e-Mail	info@stadtsparkasse-oberhausen.de
Internet	www.stadtsparkasse-oberhausen.de/

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts
Stammkapital in T€: 0,00

Träger:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	0,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stadtsparkasse Oberhausen mit dem Sitz in Oberhausen ist eine mündelsichere dem gemeinsamen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs.

b) Besetzung der Organe (Stand: 31.12.2014)

Vorstand:	Vorsitzender	Uppenkamp, Bernhard
	Mitglied	Salhofen, Ulrich
	stellv. Mitglied	Gäng, Thomas
	stellv. Mitglied	Mebus, Oliver
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	1. stellv. Vorsitzender	Schranz, Daniel
	2. stellv. Vorsitzender	Runkler, Hans-Otto
	Mitglied	Benter, Christian
	Mitglied	Brands, Beatriks
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Koch, Lühr Otto Werner Klaus
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Wittmann, Regina
	Mitglied	Wolter, Horst
	Mitglied (AN)	Berg, Thorsten
	Mitglied (AN)	Ehrlich, Dietmar
	Mitglied (AN)	Nockmann, Thomas
	Mitglied (AN)	Zimmermann, Thomas
	Mitglied (AN)	Zorn, Klaus
	stellv. Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	stellv. Mitglied	Cordes, Hubert
	stellv. Mitglied	Gödderz, Sandra
	stellv. Mitglied	Dr. Goeke, Martin

stellv. Mitglied	Jacobs, Silke	
stellv. Mitglied	Müthing, Christa	
stellv. Mitglied	Nakot, Werner	
stellv. Mitglied	Radtke, Dorothee	
stellv. Mitglied	Schuler, Immanuel	
stellv. Mitglied (AN)	Höffner, Stefan	
stellv. Mitglied (AN)	Klima, Michael	
stellv. Mitglied (AN)	Rauhut, Sebastian	
stellv. Mitglied (AN)	Sommerfeld, Kerstin	
stellv. Mitglied (AN)	Zwingmann, Nina	
berat. Mitglied	Wehling, Klaus	gem. § 10 Sparkassengesetz

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Castra Grundstückverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	0,40	0,40
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	56,39	18,84
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	10.570,00	0,28
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	23,01	9,00
Projektentwicklungsgesellschaft Hansapark Oberhausen mbH	25,00	100,00
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	32.388,43	1,72
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	1.539,48	1,78
RSOB Rheinischer Sparkassen-Online-Broker Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	744,34	1,57
RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner II mbH	6,16	24,65
S Bargeldlogistik GmbH	300,00	30,00
S-Direkt-Verwaltungs GmbH & Co. KG	314,30	0,70
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	8,29	6,63
S-International Rhein-Ruhr GmbH	65,00	10,40
S-Logistik Rhein-Ruhr GmbH	122,50	49,00
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	314,98	2,18
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	127,50	51,00
S-Versicherungs- und Immobilienvermittlungs GmbH	100,00	100,00
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	0,51	0,40
mittelbar	**T€**	**%**
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	2,25	9,00
RW Beteiligungs GmbH	0,32	1,30
RW Gesellschaft für Anteilsbesitz I mbH	1,30	5,19
RW Holding Aktiengesellschaft	238,91	0,32

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Barreserve	81.692,66	3,3	46.109,40	1,9	45.616,92	1,9	-492,48	-1,07
Forderungen an Kreditinstitute	184.739,70	7,5	131.718,05	5,4	285.213,30	11,9	153.495,25	116,53
Forderungen an Kunden	1.543.551,99	62,6	1.660.571,29	68,7	1.600.864,34	66,7	-59.706,95	-3,60
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	430.837,23	17,5	374.779,31	15,5	265.814,60	11,1	-108.964,71	-29,07
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	93.183,87	3,8	80.127,54	3,3	90.440,08	3,8	10.312,54	12,87
Beteiligungen	38.044,84	1,5	38.364,99	1,6	38.498,01	1,6	133,02	0,35
Anteile an verbundenen Unternehmen	252,50	0,0	252,50	0,0	252,50	0,0	0,00	0,00
Treuhandvermögen	5.452,26	0,2	4.981,35	0,2	4.340,98	0,2	-640,37	-12,86
Immaterielle Anlagewerte	11,75	0,0	4,66	0,0	18,16	0,0	13,50	289,70
Sachanlagen	61.511,14	2,5	58.563,19	2,4	54.529,35	2,3	-4.033,84	-6,89
Sonstige Vermögensgegenstände	6.335,38	0,3	2.224,03	0,1	1.718,34	0,1	-505,69	-22,74
Rechnungsabgrenzungsposten	212,77	0,0	266,35	0,0	276,07	0,0	9,72	3,65
Aktive latente Steuern	18.851,90	0,8	20.716,60	0,9	13.825,80	0,6	-6.890,80	-33,26
Bilanzsumme	**2.464.677,98**	**100,00**	**2.418.679,26**	**100,00**	**2.401.408,47**	**100,00**	**-17.270,79**	**-0,71**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	728.725,34	29,6	656.326,11	27,1	581.684,00	24,2	-74.642,11	-11,37
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.548.636,38	62,8	1.554.596,42	64,3	1.596.499,75	66,5	41.903,33	2,70
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.721,40	0,2	19.878,88	0,8	24.377,42	1,0	4.498,54	22,63
Treuhandverbindlichkeiten	5.452,26	0,2	4.981,35	0,2	4.340,98	0,2	-640,37	-12,86
Sonstige Verbindlichkeiten	3.644,20	0,1	2.393,01	0,1	2.096,80	0,1	-296,21	-12,38
Rechnungsabgrenzungsposten	452,57	0,0	313,44	0,0	420,75	0,0	107,31	34,24
Rückstellungen	35.025,20	1,4	35.776,68	1,5	35.747,07	1,5	-29,61	-0,08
Nachrangige Verbindlichkeiten	13.167,77	0,5	13.167,77	0,5	13.167,77	0,5	0,00	0,00
Genußrechtskapital	2.163,86	0,1	1.993,58	0,1	1.822,92	0,1	-170,66	-8,56
Fonds für allgemeine Bankrisiken	15.806,53	0,6	20.858,13	0,9	31.830,05	1,3	10.971,92	52,60
Eigenkapital	107.882,48	4,4	108.393,89	4,5	109.420,95	4,6	1.027,06	0,95
Bilanzsumme	**2.464.677,98**	**100,00**	**2.418.679,26**	**100,00**	**2.401.408,47**	**100,00**	**-17.270,79**	**-0,71**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Zinserträge	83.810,99	75.985,40	70.268,73
Zinsaufwendungen	39.026,78	32.708,17	26.021,01
Laufende Erträge	4.976,30	3.576,73	3.444,25
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	896,81	1.270,00	280,00
Provisionserträge	17.523,85	17.878,83	20.741,29
Provisionsaufwendungen	591,32	604,51	626,50
Sonstige betriebliche Erträge	3.599,34	2.474,21	2.501,17
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	50.433,81	50.351,51	49.902,53
hierin: Personalaufwand	28.532,11	28.656,60	28.295,34
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	4.159,73	3.947,02	3.920,70
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.002,97	3.592,48	1.552,68
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	12.498,52	2.825,91	
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,00	0,00	6.219,11
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		2.447,54	789,35
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	3.055,69		
Zuführung/Entnahme Fond Bankenrisiken	1.621,48	5.051,60	10.971,93
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	2.528,38	-343,56	9.669,85
Steuern vom Einkommen und Ertrag	2.214,14	-1.204,48	8.450,21
Sonstige Steuern	-769,08	349,52	192,58
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.083,32	511,40	1.027,07
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.083,32	511,40	1.027,07

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,01	0,52	1,08	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,01	0,47	0,95	%
Cash-Flow:	1.083,32	511,40	1.027,07	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	208.575,77	196.244,46	187.964,82	T€
Personalaufwandsquote:	26,61	29,03	29,87	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,50	2,42	2,27	%
Eigenkapitalquote:	4,38	4,48	4,56	%
Fremdkapitalquote:	95,62	95,52	95,44	%

e) Lagebericht

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse

Die Stadtsparkasse Oberhausen ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Wesentliche Grundlage neben dem Kreditwesengesetz (KWG) ist das Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen (SpkG NW).

Zentraler Inhalt des Sparkassengesetzes NW ist der öffentliche Auftrag und das Regionalprinzip.

Hiernach hat die Stadtsparkasse Oberhausen die Aufgaben:

- Der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen.
- Die Stärkung des Wettbewerbs im Kreditgewerbe.
- Die Förderung der finanziellen Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch in allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung.
- Die Versorgung im Kreditgeschäft vornehmlich des Mittelstandes sowie der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.
- Zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- und Schuldnerberatungsstellen beizutragen.

Die Sparkasse ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes in Düsseldorf. Hierüber ist sie dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. mit Sitz in Berlin angeschlossen. Träger der Stadtsparkasse Oberhausen ist die Stadt Oberhausen.

Alle Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen sind dem leistungsfähigen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Es besteht im Einzelnen aus insgesamt 13 Sicherungseinrichtungen, die satzungsrechtlich zu einem Haftungsverbund zusammengeschlossen sind:

- den elf regionalen Sparkassenstützungsfonds,
- der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen sowie
- dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen.

Das System schützt die angeschlossenen Institute und gewährleistet ihre Liquidität und Solvenz. Die Ansprüche unserer Kunden können somit bei Fälligkeit in voller Höhe ohne betragsmäßige Begrenzung erfüllt werden.

Das Geschäftsmodell der Stadtsparkasse Oberhausen ist das einer Vertriebssparkasse. Die Beratung und der Verkauf von Finanzprodukten und Dienstleistungen bilden dabei den Hauptvertriebsansatz. Das Fundament dafür bilden der faire und partnerschaftliche Umgang mit Kunden sowie die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Grundlegende Leitidee der geschäftlichen Aktivitäten ist das Konzept der „einfachen und sicheren Sparkasse“. Diese ist u. a. durch ein einfaches Produktportfolio, eine konservative, benchmarkorientierte Vermögensanlage, reduzierte Prozesskosten durch Standardisierung sowie eine wenig komplexe Steuerung gekennzeichnet.

B. Wirtschaftsbericht

- ***1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen***

- **1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2014 insgesamt als stabil erwiesen; das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 %. Ursächlich hierfür war ein günstig verlaufendes erstes Quartal (+ 0,8 %) und ein sich der Schwächephase um die Jahresmitte (-0,1 % und +0,1 % im zweiten und dritten Quartal) anschließendes dynamisches Jahresschlussquartal (+0,7 %). Der statistische Überhang des Jahres 2014 beträgt 0,5 %.

Die preisbereinigten Bruttoanlageinvestitionen zogen nach zwei schwachen Vorjahresergebnissen im Jahr 2014 um 3,4 % an, wobei die Ausrüstungsinvestitionen mit 4,3 % den größten Zuwachs verzeichneten. Bauinvestitionen und sonstige Anlagen legten um 3,6 % respektive 1,2 % zu.

Der private Konsum hat im letzten Jahresviertel kräftig zugenommen und positive Wachstumsimpulse geliefert. Ursächlich hierfür sind mit dem Energiepreisrückgang verbundene Kaufkraftgewinne sowie eine durch das anhaltende Niedrigzinsniveau bedingte ausgeprägte Konsumlaune. Entsprechend lag die Sparquote als Anteil des Sparens am verfügbaren Einkommen im Jahr 2014 mit 9,2 % nur knapp über dem Wert für 2013 (9,1 %). Derart niedrig war die Sparquote zuletzt im Jahr 2000. Zusätzlich brachte die Lohnrunde den Arbeitnehmern im Durchschnitt einen Zuwachs ihrer Tarifvergütungen von 3,0 % gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt sind die preisbereinigten privaten Konsumausgaben um 1,2 % und die staatlichen Konsumausgaben um 1,1 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Staatseinnahmen in Höhe von 1.293,8 Mrd. Euro übersteigen die Staatsausgaben von 1.275,8 Mrd. Euro, sodass ein

Finanzierungsüberschuss des Staates von rund 18,0 Mrd. Euro resultiert. Das preisbereinigte Wirtschaftswachstum Nordrhein-Westfalens ist mit einem Plus von 1,0 % im ersten Halbjahr 2014 verglichen zum entsprechenden Vorjahreszeitraum im Bundesvergleich das drittschwächste.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland wuchs 2014 gegenüber dem Vorjahr im Mittel um 1,0 % und erreichte im November mit 43,1 Mio. Erwerbstätigen den Höchststand. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit blieb im Jahr 2014 mit 52.000 Personen erneut hinter der Zunahme der Beschäftigung zurück. Die Arbeitslosenquote ermäßigte sich gegenüber 2013 um 0,1 Prozentpunkte und beträgt zum Jahresende 6,6 %.

Die sehr gute Beschäftigungslage in Deutschland spiegelt sich im Ruhrgebiet begrenzt wider. So stieg die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr um 46.746 auf 1.632.214 Personen. Ebenso ist die Arbeitslosenquote im Jahresschlussvergleich 2013 zu 2014 um 0,4 Prozentpunkte gesunken, liegt mit 10,7 % aber weiterhin deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt. Ursächlich dafür sind die Strukturprobleme der Ruhrgebietswirtschaft.

Der Verbraucherpreisindex ist in Deutschland im Jahresmittel um lediglich 0,9 % gestiegen. Ursächlich ist primär der Preisverfall bei Energie. Die Preise für Nahrungsmittel und gewerbliche Waren änderten sich nur wenig. Dienstleistungspreise und Wohnungsmieten setzten ihren verhalten aufwärtsgerichteten Trend fort.

Ein gemischtes Bild ergibt sich für Oberhausen. Der in den vergangenen Jahren zu beobachtende Trend einer rückläufigen Einwohnerzahl konnte im Jahr 2014 nahezu gestoppt werden. Zum Jahresende 2014 belief sich die Einwohnerzahl auf 210.326, was einem Rückgang von 28 Einwohnern gegenüber dem Vorjahresende entspricht. Die Zahl der Einwohner ohne Arbeit sank im Jahresvergleich um 3,46 % auf 12.574 und ergab im Dezember 2014 eine Arbeitslosenquote von 11,5 %, nach 12,1 % im Vorjahresmonat. Die in der Schuldnerquote zum Ausdruck kommende Überschuldung von privaten Verbrauchern hat sich zum Vorjahr um 0,45 Prozentpunkte auf 13,98 % erhöht und liegt über der bundesdurchschnittlichen Marke von 9,90 %. Aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ergaben sich keine nennenswerten negativen Einflüsse auf den Geschäftsverlauf der Stadtsparkasse Oberhausen.

- **1.2 Branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Die Zahl der Kreditinstitute in Deutschland hat sich im Jahr 2014 weiter um 39 Institute reduziert. Die Zahl der Sparkassen ging um 5 Institute zurück. Die langfristige Konsolidierung manifestiert sich auch auf der Filialebene aller Kreditinstitute, wo schon seit Anfang der 90er Jahre eine kontinuierlich sinkende Anzahl von über 70.000 Filialen auf zuletzt unter 35.000 zu beobachten ist.

Die Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute wird aktuell maßgeblich durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld sowie die Veränderungen in den regulatorischen Rahmenbedingungen beeinflusst. Zu den wesentlichen Herausforderungen der Bankenregulierung gehört die Umsetzung der neuen Ei-genkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III), welche durch ein Änderungspaket zur Banken- und Kapitaladäquanz-Richtlinie (CRD IV) sowie eine entsprechende Verordnung (CRR) zum 01. Januar 2014 in Kraft getreten sind. Inhaltlich verschärfen sich die Anforderungen an die zukünftige Eigen-mittelausstattung deutlich, wobei die steigenden Eigenmittelquoten stufenweise bis zum Jahr 2019 eingeführt werden.

Im November 2014 hat die Europäische Zentralbank im Rahmen des einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus die Aufsichtsfunktion über alle Banken im Euroraum übernommen. Unter der unmittelbaren Aufsicht der EZB stehen seitdem rund 120 Kreditinstitute in Europa. Die Stadtsparkasse Oberhausen gehört allerdings aufgrund ihrer Größe nicht zu den direkt von der EZB beaufsichtigten Instituten.

Neben dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus ist der einheitliche Abwicklungsmechanismus die zweite Säule der europäischen Bankenunion. Der zukünftige Abwicklungsfonds soll durch Bankenabgaben gespeist werden, die auf nationaler Ebene erhoben werden. Das Zielvolumen des Fonds, der bis zum 1. Januar 2024 gefüllt werden soll, beträgt rund 55 Mrd. €.

Am 16. April 2014 wurde als dritte Säule der Bankenunion die EU-Einlagensicherungsrichtlinie verabschiedet, die bis zum 3. Juli 2015 in nationales Recht umzusetzen ist. Kernelement der EU-Einlagensicherung ist die Ansparung eines Zielvolumens (Ansparphase zehn Jahre) von 0,8 % der gedeckten Einlagen (Kundeneinlagen bis 100.000 € pro Kunde).

Die Europäische Zentralbank hat den Leitzins im Jahr 2014 in zwei Schritten von 0,25 % Punkten auf das historisch niedrigste Niveau von 0,05 % gesenkt, um der abnehmenden Wachstumsdynamik und den gedämpften Inflationsperspektiven im Euro-Währungsgebiet entgegenzuwirken. Der Zinssatz für die Einlagenfazilität wurde ab Mitte des Jahres 2014 erstmals mit einem negativen Vorzeichen bei -0,10 % fixiert und liegt seit dem Ende des dritten Quartals 2014 sogar bei -0,20 %. Infolgedessen sowie vor dem Hintergrund kaum nachlassender Mittelzuflüsse haben die Kreditinstitute die Konditionen bei den Einlageprodukten weiter bis nahe an die Unverzinslichkeit reduziert.

Darüber hinaus hat die EZB im September 2014 ein Programm für den Ankauf von gedeckten Schuldverschreibungen und Asset Backed Securities gestartet. Ausgangpunkt hierfür sind die mittel- bis langfristigen weiter gesunkenen Inflationserwartungen. Die EZB geht davon aus, dass die Inflationsraten wegen der gedämpften Energiepreisentwicklung auch in den kommenden Monaten niedrig oder negativ sein würden.

Die rheinischen Sparkassen konnten im Jahr 2014 eine insgesamt zufriedenstellende Geschäfts- und Ergebnisentwicklung erreichen. Einem kaum veränderten Kundenkreditvolumen stand ein wachsendes Einlagengeschäft gegenüber. Auch die Geldvermögensbildung lag über dem Niveau des Vorjahres. Die Umsätze im Wertpapiergeschäft gingen allerdings leicht zurück. Zuwächse im Kreditgeschäft konnten überwiegend durch das stark expansive Geschäft mit Darlehen für den privaten Wohnungsbau erzielt werden. Angesichts einer anhaltend günstigen Arbeitsmarktlage und einer positiven Einkommensentwicklung sowie sehr attraktiver Finanzierungsbedingungen und nicht zuletzt einer sicherheitsgetriebenen Hinwendung zu Sachwerten nahm der Bestand an Wohnungsbaukrediten ebenso deutlich zu wie im Vorjahr. Das Volumen der Kredite an Firmenkunden reduzierte sich im Jahresverlauf um 1,9 % (Vorjahr: -1,1 %). Diese Entwicklung ist allerdings nur zum Teil auf eine gebremste Investitionsbereitschaft der Unternehmen zurückzuführen. Der Bestandsrückgang ist überwiegend neuen Meldeanforderungen der Deutschen Bundesbank geschuldet, die signifikante Auswirkungen auf die Kundensystematik hatten. Im Ergebnis waren statistische Umsetzungen von Beständen aus dem Unternehmenssektor in den Sektor "Öffentliche Haushalte" erforderlich. Dementsprechend sind die Kredite an öffentliche Haushalte im letzten Jahr deutlich um 6,3 % (Vorjahr: + 1,2 %) gestiegen.

Das Einlagengeschäft mit Kunden konnte im Jahr 2014 trotz des historisch niedrigen Zinsniveaus weiter ausgebaut werden. Diese Entwicklung ist allerdings ausschließlich auf die erheblichen Mittelzuflüsse bei täglich fälligen Geldern zurückzuführen. Diese seit einigen Jahren zu beobachtenden Umschichtungen in der Einlagenstruktur zu Gunsten liquider Einlagenformen setzten sich auch im Berichtsjahr fort. Bei allen übrigen Einlagenformen einschließlich der Eigenemissionen mussten Rückgänge hingenommen werden. Somit stieg der Anteil der täglich fälligen Einlagen an den gesamten Kundeneinlagen erstmals auf über 50 %. Lediglich der Bestand der zur Deckung des langfristigen Refinanzierungsbedarfs von einigen Sparkassen emittierten Pfandbriefe konnte weiter gesteigert werden.

Das bilanzunwirksame Kundenwertpapiergeschäft hat sich im Vergleich zum Vorjahr wieder abgeschwächt. Der Wertpapierumsatz erreichte lediglich den zweitniedrigsten Wert seit 1998. Hingegen konnte für den Nettoabsatz eine nahezu ausgeglichene Entwicklung verzeichnet werden.

Die zuvor getroffenen Aussagen zu der Branchenentwicklung treffen mit Ausnahme des dargestellten ausgeglichenen Wertpapiernettoabsatzes und der per Saldo zu verzeichnenden Bestandzuwächse im Kreditgeschäft tendenziell auch auf die Entwicklung der Stadtsparkasse Oberhausen zu.

- ***2. Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung***

Die Bilanzsumme sowie das Geschäftsvolumen der Stadtsparkasse Oberhausen haben sich im Jahr 2014 durch den Abbau von institutionellen Aktiv- und Passivgeschäften planmäßig weiter reduziert. Im Kundengeschäft konnte die Sparkasse ihre Position als größtes örtliches Kreditinstitut behaupten. Aufgrund der planmäßigen Entwicklung in den meisten Geschäftsfeldern sind wir mit der Geschäftsentwicklung insgesamt zufrieden.

Die nachfolgende Übersicht zeigt einige wesentliche Zahlen zur Geschäftsentwicklung:

	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in Mio. €	in %
Bilanzsumme	2.401,4	2.418,7	-17,3	-0,7
Geschäftsvolumen	2.465,3	2.497,0	-31,7	-1,3
Jahresüberschuss nach Steuern	1,0	0,5	0,5	100,0
Forderungen an Kreditinstitute	285,2	131,7	153,5	116,6
Forderungen an Kunden	1.600,9	1.660,6	-59,7	-3,6
Eigene Wertpapierbestände	356,2	454,9	-98,7	-21,7
Sachanlagen	54,5	58,6	-4,1	-7,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	581,7	656,3	-74,6	-11,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.596,5	1.554,6	41,9	2,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	24,4	19,9	4,5	22,6
	13,2	13,2	0,0	0,0
	108,4	107,9	0,5	0,5
Eventualverbindlichkeiten	63,9	78,3	-14,4	-18,4
	-18,9	-30,4	11,5	-37,8
	30,1	23,9	6,2	25,9
	40,8	45,2	-4,4	-9,7
Vermittlung Konsumentenkredite	18,6	18,2	0,4	2,2

Bilanzsumme

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bilanzsumme leicht um 17,3 Mio. € (= -0,7 %) reduziert. Hauptgründe für diese Entwicklung sind die Fälligkeiten institutioneller Refinanzierungen, die strategiekonform durch fällige Wertpapiere im Eigenbestand zurückgeführt wurden. Infolgedessen haben sich sowohl die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten als auch die eigenen Wertpapierbestände spürbar reduziert. Die Forderungen gegenüber Kreditinstituten haben sich aufgrund einer erhöhten Liquiditätsvorhaltung für in 2015 fällige institutionelle Sparkassenbriefe sowie der diametralen Entwicklung der Kundeneinlagen und -forderungen deutlich erhöht.

Kreditgeschäft

Unser bilanzielles Kundenkreditgeschäft verzeichnete im Jahr 2014 einen Rückgang von 59,7 Mio. €. Ursächlich für diesen Rückgang waren neben den originären Kredittilgungen und einzelnen hochvolumigen Kreditablösungen auch der planmäßige Abbau von Kreditrisikokonzentrationen zur weiteren Risikoreduzierung im Kreditgeschäft. Durch ein deutlich zunehmendes Vermittlergeschäft konnten wir im Bereich der Wohnungsbaufinanzierung im Jahr 2014 allerdings eine leichte Bestandsausweitung erzielen. Bei der Beurteilung des Kreditgeschäfts ist zu berücksichtigen, dass in 2014 Konsumentenkredite in Höhe von 18,6 Mio. € an den S-Kreditpartner vermittelt wurden. Unsere im Vorjahr getroffenen Einschätzungen bezüglich der erwarteten Entwicklung im Kreditgeschäft sind somit grundsätzlich eingetreten, wobei der Bestandsrückgang im gewerblichen Kreditgeschäft höher ausgefallen ist als zuvor prognostiziert.

Eigene Wertpapierbestände und Interbankengeschäft

Die eigenen Wertpapierbestände sowie die Forderungen an Kreditinstitute haben sich saldiert um 54,8 Mio. € erhöht. Zum Bilanzstichtag halten wir einen hohen Bestand an Liquidität und Termingeldern bei Kreditinstituten vor, um im Jahr 2015 fällige institutionelle Sparkassenbriefe zurückzuführen. Die Wiederanlage darüber hinausgehender Fälligkeiten bei den eigenen Wertpapierbeständen sowie die Anlage der deutlich gestiegenen Einlagen von Kunden erfolgte in risikoarmen Wertpapieren sowie in Termingeldern von deutschen Kreditinstituten, so dass es innerhalb der Bilanzposition Forderungen an Kreditinstituten insgesamt zu einem entsprechend hohen Anstieg kam. Die gegenläufige Entwicklung der Kundeneinlagen und -forderungen und der daraus resultierende Anlagebedarf verstärkten diese Entwicklung.

Das Engagement der Sparkasse in Wertpapieren aus wirtschaftsschwachen Euro-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) von privaten und staatlichen Schuldnern beläuft sich auf insgesamt 28,9 Mio. € (Zeitwert). Davon entfallen Staatsanleihen mit einem Zeitwert von 6,9 bzw. 6,8 Mio. € auf Italien bzw. Spanien. Anleihen aus Griechenland befinden sich in keinem nennenswerten Umfang im Bestand.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind insgesamt um 74,6 Mio. € bzw. -11,4 % gesunken. Diese Entwicklung resultiert aus Fälligkeiten institutioneller Refinanzierungsmittel.

Einlagengeschäft

Im Jahr 2014 konnten wir trotz der weiter deutlich gesunkenen Kundenkonditionen einen vergleichsweise hohen Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden von 41,9 Mio. € bzw. 2,7 % verzeichnen. Die im Vorjahr ausgesprochene Erwartung einer Seitwärtsentwicklung der Einlagenbestände wurde somit übertroffen. Haupttreiber für die positive Bestandsentwicklung waren deutliche Zuwächse bei täglich fälligen Einlagen. Bei Anlagen mit fester Laufzeit haben wir hingegen einen Bestandsrückgang verzeichnet.

Der Anstieg der verbrieften Verbindlichkeiten resultiert aus der Teilnahme der Stadtsparkasse Oberhausen an einem Kreditsicherungsgeschäft innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe, bei welchem die Sparkasse aufgrund der symmetrischen Ausgestaltung der Transaktion entsprechende Inhaberschuldverschreibungen begeben hat.

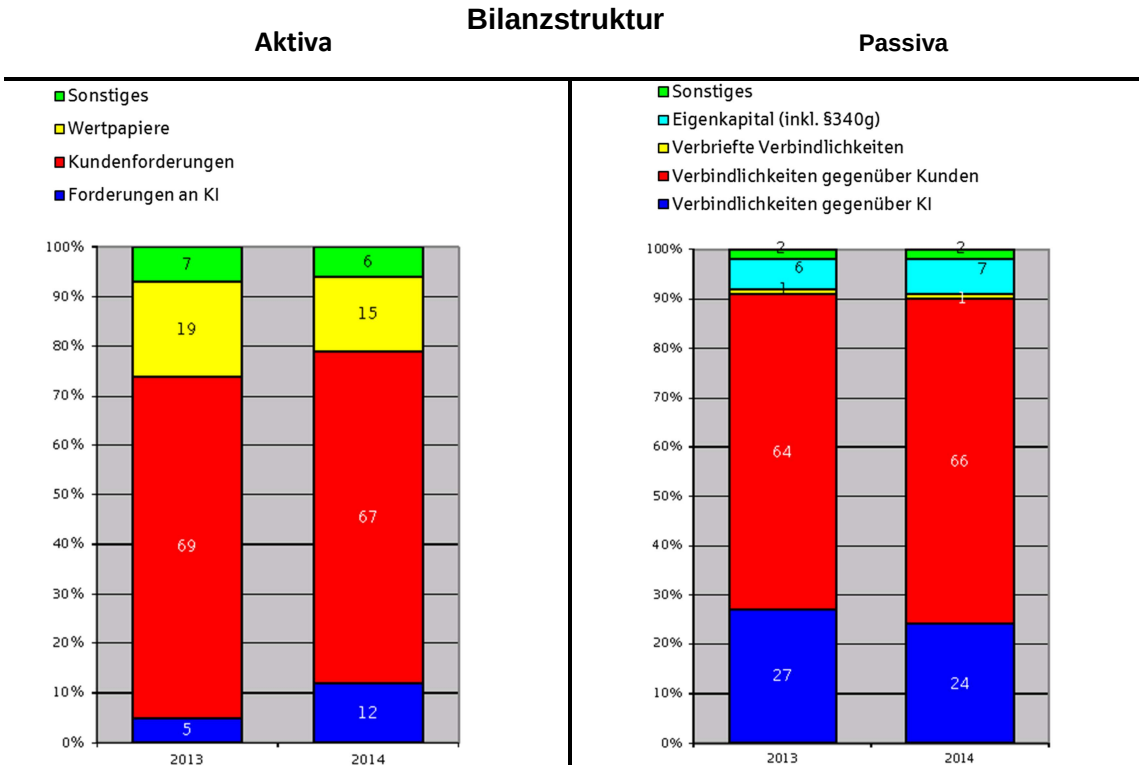
Bilanzstruktur

Die Bilanzstruktur der Stadtsparkasse Oberhausen ist geprägt durch das Kundengeschäft. Dieses stellt auf der Aktivseite mit 67 % den herausragenden Bilanzposten dar. Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil der Forderungen an Kunden bei leicht gesunkener Bilanzsumme um 2 %-Punkte gesunken. Der Abstand zum Verbandswert (72 %) hat sich auf 5 %-Punkte erhöht. Ursächlich ist hierfür der Rückgang der Kundenforderungen im gewerblichen Kreditgeschäft.

Der Anteil der Wertpapierbestände und der Forderungen an Kreditinstitute hat sich per Saldo relativ betrachtet um 3 %-Punkte erhöht. Ursächlich hierfür ist der Anstieg der Forderungen an Kreditinstitute um 7 %-Punkte.

Die dominierende Position auf der Passivseite stellen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 66 % dar. Infolge der absolut gestiegenen Bestände sowie der leicht gesunkenen Bilanzsumme hat sich der relative Anteil um 2 %-Punkte erhöht. Der Abstand der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zum Durchschnitt aller rheinischen Sparkassen beträgt 6 %-Punkte und hat sich damit um 1 %-Punkt erhöht.

Dagegen ist der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Folge der absoluten Bestandsrückgänge weiter um 3 %-Punkte auf 24 % gesunken. Gleichwohl liegt der Anteil immer noch um 8 %-Punkte oberhalb des Verbandswertes.



Relativ betrachtet befindet sich der Umfang des Kundengeschäftes am gesamten Geschäftsvolumen (Aktiv- und Passivgeschäft) bei leicht gesunkener Bilanzsumme auf Vorjahresniveau.

Bilanzneutrales Geschäft

Das bilanzunwirksame, provisionstragende Kundengeschäft hat sich im Jahr 2014 differenziert entwickelt. Im Bereich des Kundenwertpapiergeschäftes sind die Bruttoumsätze leicht gesunken, wobei der Nettoabsatz – wenn auch gegenüber dem Vorjahr abgemildert – weiterhin negativ ausfällt. Der Absatz von Lebensversicherungsprodukten ist weiter deutlich um 6,2 Mio. € oder 25,9 % gestiegen, wohingegen die Abschlusszahlen von Bausparverträgen entgegen des von uns prognostizierten leichten Anstiegs wiederum rückläufig waren (-4,4 Mio. € bzw. -9,7 %).

Eine weitere, leichte Steigerung des Vermittlungsvolumens konnte mit einem Plus von 0,4 Mio. € bzw. 2,2 % im Bereich der Konsumentenkredite verzeichnet werden. Unsere im Vorjahr getroffene Einschätzung einer Seitwärtsentwicklung im Jahr 2014 konnte somit übertroffen werden.

- ***3. Darstellung und Analyse der Lage***

- **3.1 Ertragslage**

Die nachfolgenden Ausführungen zur Ertragslage stützen sich neben der Betrachtung der Gewinn- und Verlustrechnung auch auf den bundeseinheitlichen Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation. Im Rahmen des Betriebsvergleiches erfolgen eine detaillierte Darstellung der Erfolgspositionen im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme und eine Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ergebnispositionen.

Mit einem Bilanzgewinn im Geschäftsjahr 2014 von 1,0 Mio. € wurde das Vorjahresergebnis (0,5 Mio. €) deutlich übertroffen. Mit dem erzielten Jahresergebnis sind wir vor dem Hintergrund des anhaltenden Niedrigzinsniveaus, den schwierigen Bedingungen am Standort Oberhausen sowie der Tatsache, dass die für das Jahr 2014 formulierten Ziele bzw. Planungen erreicht werden konnten, zufrieden.

Die nachfolgende Übersicht zeigt wesentliche Zahlen zur Ertragslage und deren Entwicklung:

	31.12.2014 Mio. €	31.12.2013 Mio. €	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Zinsüberschuss	44,3	43,3	1,0	2,3
Lfd. Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen	3,4	3,6	-0,2	-5,6
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	0,3	1,3	-1,0	-76,9
Provisionsüberschuss	20,1	17,3	2,8	16,2
Sonstige betriebliche Erträge	2,5	2,4	0,1	4,2
Summe Erträge	**70,6**	**67,9**	**2,7**	**4,0**
Personalaufwand	28,3	28,7	-0,4	-1,4
Sachaufwand	21,6	21,7	-0,1	-0,5
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen	3,9	3,9	0,0	0,0
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere	-5,4	5,2	-10,6	-203,8
Überschuss aller sonstigen und a. o. Aufwendungen über die übrigen Erträge	1,5	3,6	-2,1	-58,3
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB	11,0	5,1	5,9	115,7
Jahresüberschuss vor Steuern	**9,7**	**-0,3**	**10,0**	**-3.333,3**
Steuern vom Einkommen und Ertrag („+“ = Erstattung)	-8,5	+1,2	-9,7	-808,3
Sonstige Steuern („+“ = Erstattung)	-0,2	-0,4	0,2	-50,0
Jahresüberschuss nach Steuern	**1,0**	**0,5**	**0,5**	**100,0**
Rücklagendotierung	0,0	0,0	0,0	0,0
Bilanzgewinn	**1,0**	**0,5**	**0,5**	**100,0**

Insgesamt sind die Erträge laut Gewinn- und Verlustrechnung deutlich um 2,7 Mio. € oder 4,0 % auf 70,6 Mio. € gestiegen. Wesentliche Ursachen für die Steigerung der Erträge sind deutlich gesunkene Zinsaufwendungen, u. a. bedingt durch die Fälligkeit von institutionellen Sparkassenbriefen, sowie die Wiedereingliederung des Bauspar- und Versicherungsgeschäfts in die Sparkasse. Bislang waren die Erträge und Kosten der letztgenannten Bereiche als Bestandteil des Ergebnisses der eigenen Tochtergesellschaft □-Versicherungs- und Immobilien-Vermittlungsgesellschaft mbH saldiert als „Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen“ angefallen. Nunmehr werden die Bruttoerträge im Provisionsüberschuss ausgewiesen, während die Personalkosten Bestandteil des Personalaufwands sind. Durch den Entfall von Sonderbelastungen aus im Vorjahr geschlossenen Altersteilzeitvereinbarungen konnte beim Personalaufwand trotzdem eine Kostensenkung erreicht werden. Der gesamte Aufwand inklusive der Abschreibungen auf Sachanlagen vor Bewertung und Steuern konnte um 0,5 Mio. € bzw. 0,9 % gesenkt werden. Das Verhältnis der Aufwendungen zu den Erträgen (Cost-Income-Ratio) verbessert sich auf 78,3 % (Vorjahr 85,3 %).

Auf Basis des einheitlichen Betriebsvergleiches der Sparkassen, der eine Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ergebnissen (z. B. aperiodische Erträge und Aufwendungen, Sonderabschreibungen) vorsieht, ergibt sich eine gegenüber dem Vorjahr verbesserte CIR von 79,3 % (Vorjahr: 82,9 %).

Das zinstragende Geschäft stellt weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle dar. Infolge des im Jahresverlauf 2014 vorherrschenden niedrigeren Zinsniveaus sind sowohl der Zinsertrag als auch Zinsaufwand weiter gesunken. Unter anderem aufgrund von Fälligkeiten institutioneller Sparkassenbriefe ist dabei der Zinsaufwand stärker gesunken als der Zinsertrag, so dass der Zinsüberschuss insgesamt um 1,0 Mio. € oder 2,3 % gestiegen ist. Bezogen auf die gegenüber dem Vorjahr gesunkene durchschnittliche Bilanzsumme ergibt sich für die Stadtsparkasse Oberhausen eine leichte Steigerung der Zinsspanne von 1,72 % in 2013 auf 1,84 % im Jahr 2014 (ermittelt nach den Regeln des Betriebsvergleiches der Sparkassen).

Der Provisionsüberschuss konnte gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Mio. € bzw. 16,2 % gesteigert werden. Ursächlich für diese erhebliche Verbesserung sind hauptsächlich die oben dargestellte Wiedereingliederung des Bauspar- und Versicherungsgeschäfts sowie eine Steigerung des Provisionsertrages aus dem Giroverkehr.

Hinsichtlich der Entwicklung der Aufwandspositionen greift in 2014 die im Vorjahr umgesetzte Maßnahme aus dem internen Zukunftsprojekt „Stadtsparkasse Oberhausen 2020“. Zur Realisierung des angestrebten Personalabbaus und der damit verbundenen zukünftigen Kostenentlastungseffekte wurden im Jahr 2013 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestimmter Jahrgänge aus der Sparkasse sowie den Tochtergesellschaften der Sparkasse Altersteilzeit- bzw. Abfindungsangebote unterbreitet. Diese Angebote wurden von insgesamt 38 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angenommen, die im Jahr 2014 unterjährig in den Ruhestand verabschiedet wurden. Daraus ergibt sich trotz der Wiedereingliederung von 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bereich Versicherungen und Bausparen eine Senkung des Personalaufwands um 0,4 Mio. € (- 1,4%)

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (Personal- und Sachaufwand) konnten gegenüber dem Vorjahreswert um 0,5 Mio. € oder 1,0 % gesenkt werden. Während der Personalaufwand aufgrund der oben dargestellten Faktoren um 0,4 Mio. € bzw. 1,4 % gesenkt werden konnte, bewegt sich der Sachaufwand mit einem Rückgang von -0,1 Mio. € nahezu auf Vorjahresniveau.

Auch die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen verblieben auf Vorjahresniveau. Größere Investitionen wurden Ende 2014 in Form von Ersatzbeschaffungen von Selbstbedienungsgeräten getätigt.

Durch einen nochmals deutlich gesunkenen Risikovorsorgebedarf im Kreditbereich beläuft sich das Ergebnis aus diesem Bereich und den erforderlichen Abschreibungen im Wertpapier- und Beteiligungsbereich nach Auflösung freier Reserven auf einen Ertrag von 5,4 Mio. € nach einem Aufwand von 5,2 Mio. € in 2013 (G.u.V.-Positionen 13 - 16). Die Auflösung der freien Reserve diente dabei ausschließlich der Umwandlung in Reserven des Fonds für allgemeine Bankrisiken, den wir mit weiteren 11,0 Mio. € dotiert haben.

Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen erfolgt weiterhin auf Basis der Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) und der in 2013 zusätzlich eingeführten Höchstgrenze für die Pauschalwertberichtigung in Höhe des erwarteten Verlustes für 12 Monate aus der Berechnung des Kreditrisikos mit dem Kreditrisikomodell „CreditPortfolioView“. Insgesamt ergibt sich damit per Ende 2014 eine Zuführung zu den Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 0,5 Mio. €. Der Effekt durch die vorgenommene Kappung der Höhe der Pauschalwertberichtigung beläuft sich auf 1,7 Mio. € (Vorjahr: 1,2 Mio. €).

Eine positive Entwicklung stellt der gesunkene Überschuss aller sonstigen außerordentlichen Aufwendungen über die übrigen Erträge in der Gewinn- und Verlustrechnung dar. Hintergrund hierfür ist der Entfall negativer Sondereffekte aus dem Jahr 2013, die hauptsächlich aus Aufwendungen aus Altersteilzeitvereinbarungen sowie Aufwendungen in Zusammenhang mit der Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co KG Berlin resultierten. Daraus resultiert ein Rückgang des negativen Saldos von 3,6 Mio. € auf 1,5 Mio. €.

Nach einem positiven steuerlichen Ergebnis in Höhe von 0,8 Mio. € im Vorjahr besteht im Jahr 2014 wieder ein Steueraufwand von insgesamt 8,6 Mio. €. Hierin sind Auflösungen aus der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB (latente Steuern) in Höhe von 6,9 Mio. € enthalten.

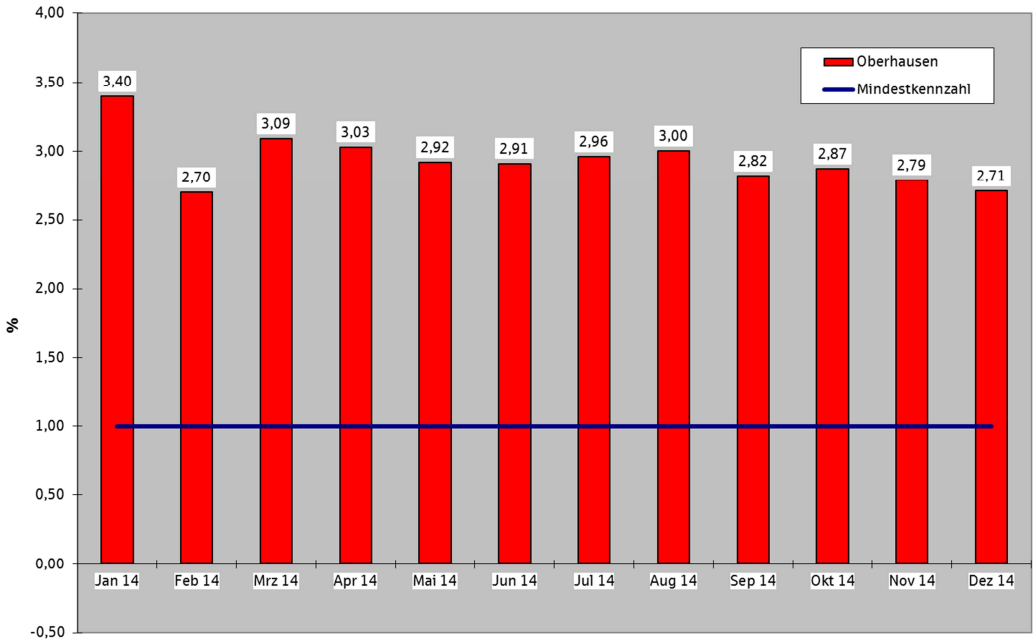
Die Vertretung des Trägers entscheidet nach der Feststellung des Jahresabschlusses über die Verwendung des Jahresüberschusses. Eine Ausschüttung ist aufgrund der bestehenden Ausschüttungssperre gemäß § 268 Abs. 8 HGB nicht möglich. Das Gesamtergebnis ermöglicht eine Aufstockung des Eigenkapitals um 1,0 Mio. €.

Das gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Verhältnis von Jahresüberschuss und Bilanzsumme zum 31.12.2014 beträgt 0,04%.

Abweichend von unserer Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklung im Jahr 2014 konnten wir beim Verwaltungsaufwand nur eine moderate Reduzierung verzeichnen. Die übrigen Ergebniskomponenten entwickelten sich entsprechend unserer Einschätzung.

- **3.2 Finanzlage**

Die Zahlungsfähigkeit der Stadtsparkasse Oberhausen war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die bankaufsichtsrechtlich geforderte Liquiditätsquote wurde von uns deutlich übertroffen. Sie lag im Jahr 2014 in einer Bandbreite zwischen 2,70 und 3,40.



Kennziffer gemäß Liquiditätsverordnung 2014

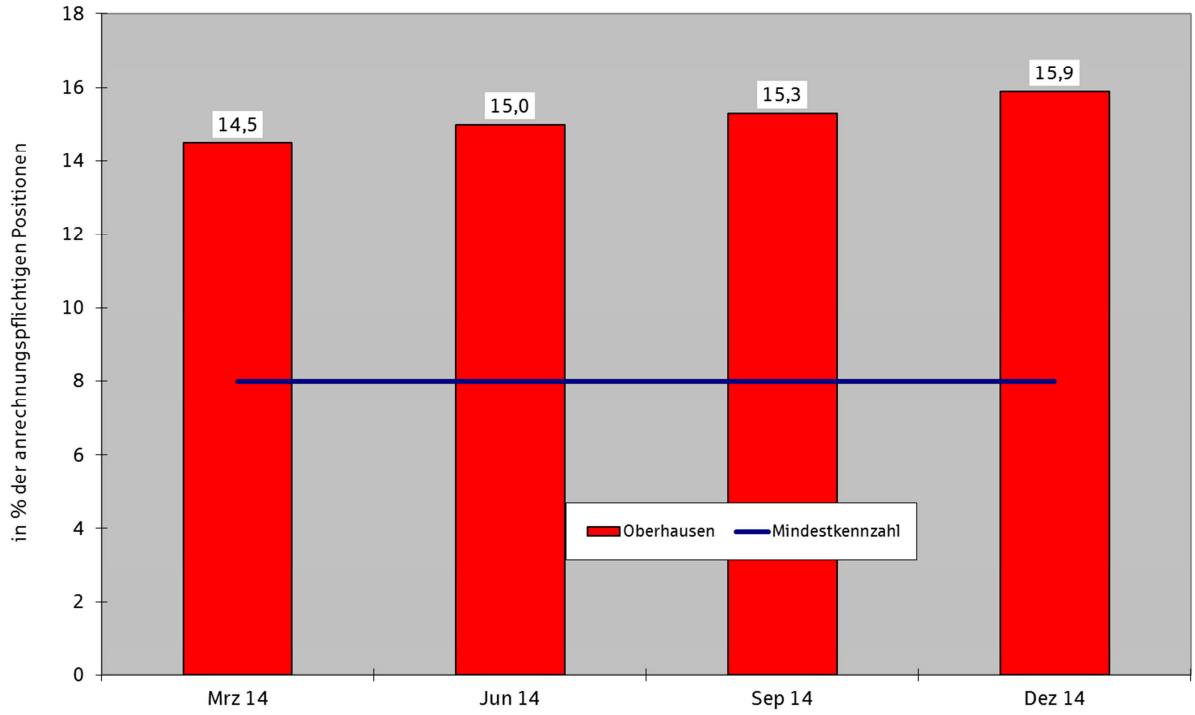
Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in der erforderlichen Höhe unterhalten.

Die inoffizielle Kreditlinie bei der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) wurde dispositionsbedingt vereinzelt in Anspruch genommen. Offenmarktgeschäfte wurden im Jahr 2014 nicht getätigt.

- **3.3 Vermögenslage**

Nach der Zuführung des Bilanzgewinns 2013 beträgt die Sicherheitsrücklage 108,4 Mio. €. Auf Basis des SpkG NW wird der Rat der Stadt Oberhausen über die Verwendung des gesamten Bilanzgewinnes 2014 in Höhe von 1,0 Mio. € entscheiden. Neben der Sicherheitsrücklage verfügen wir über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile im Sinne des KWG. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken um 11,0 Mio. € auf insgesamt 31,8 Mio. € aufgestockt. Hiervon sind 7,9 Mio. € für mögliche zukünftige Risiken aus der mittelbaren Verlustübernahme für die Erste Abwicklungsanstalt der WestLB reserviert. Die erstmalig im Jahr 2009 aufgenommenen nachrangigen Verbindlichkeiten wurden auch in 2014 nicht weiter aufgestockt und betragen weiterhin nominal 13,0 Mio. €.

Die geforderte Mindest-Eigenkapitalquote gemäß der im Jahr 2014 erstmals anzuwendenden EU-Verordnung Capital Requirements Regulation (CRR) wird von der Stadtsparkasse Oberhausen deutlich übertroffen. Das Verhältnis der anrechenbaren Eigenmittel bezogen auf die Summe der risikogewichteten Positionswerte überschreitet gemäß der Berechnung per 31.12.2014 mit einer Gesamtkennziffer von 15,9 % (Vorjahr auf Basis Ermittlung nach SolvV: 15,1 %) deutlich den von der Bankenaufsicht im Jahr 2014 geforderten Mindestwert von 8,0 %.



Gesamtkapitalquote gemäß CRR 2014

Die Kernkapitalquote der Stadtsparkasse Oberhausen, definiert als Verhältnis des Kernkapitals zu den Risikopositionen, beträgt per Ende 2014 11,4 % (Vorjahr auf Basis Ermittlung nach SolvV: 9,9 %).

Die Bewertung des Wertpapierbestandes erfolgte unter Anwendung des strengen Niederstwertprinzips. Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen ist den Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen entsprechend den strengen Bewertungsmaßstäben unseres Hauses ausreichend Rechnung getragen worden. Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

Insgesamt ist die wirtschaftliche Lage der Stadtsparkasse Oberhausen unter Berücksichtigung der branchenspezifischen Entwicklungen als zufriedenstellend zu bezeichnen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die für das Jahr 2014 formulierten Ziele bzw. Planungen erreicht werden konnten. Die Finanz- und Vermögensverhältnisse sind geordnet. Allerdings belastet das anhaltende und noch verschärfte Niedrigzinsniveau die Ertragslage weiter.

- ***4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren***

Personalbereich

Unsere Mitarbeiterzahl hat sich im Jahr 2014 um 1 Person erhöht. Insgesamt wurden zum 31.12.2014 589 Personen beschäftigt. Enthalten sind darin auch noch die Beschäftigten, die aufgrund bereits getroffener Ausstiegs- bzw. Altersteilzeitvereinbarungen in 2014 ihre Freizeitphase begonnen haben und insbesondere im Jahr 2015 zu einem entsprechenden Personalrückgang führen werden.

Zum Stichtag 31.12.2014 gehörten 41 Auszubildende in insgesamt 3 Ausbildungsjahrgängen zu unseren Mitarbeitern. Die Stadtsparkasse Oberhausen unterstreicht damit ihre Bereitschaft zur Übernahme gesamtgesellschaftlicher Verantwortung, insbesondere für die Stadt Oberhausen, und die Bedeutung, die unser Haus der Ausbildung junger Menschen beimisst. Die Ausbildung zur Bankkauffrau bzw. zum Bankkaufmann bildet die Basis für einen erfolgreichen Weg in der Sparkassenorganisation und eine gesicherte Zukunft. Im Januar 2014 haben 13 Auszubildende die Abschlussprüfung zum
Bankkaufmann/-frau vor der Industrie- und Handelskammer absolviert. 12 Auszubildende übernahmen wir in unbefristete Angestelltenverhältnisse.

Einer Teilzeitbeschäftigung sind 185 Mitarbeiter/-innen nachgegangen (inklusive Altersteilzeitkräfte).

Als Folge der Verlagerung von Abteilungen unseres Hauses in die gemeinsamen Tochterunternehmen mit der Sparkasse Mülheim an der Ruhr arbeiten nunmehr 69 Mitarbeiter/-innen im Rahmen einer Entsendung bei den Tochterunternehmen.

Gesellschaftliches Engagement

Mit ihrem gemeinnützigen Engagement ist die Stadtsparkasse Oberhausen ein wichtiger Pfeiler des gesellschaftlichen Lebens in der Stadt. In 2014 beträgt das Fördervolumen aus Spenden, Stiftungen und Sponsoring rund 1,4 Mio. Euro.

Zu der Stiftungsinitiative der Stadtsparkasse Oberhausen gehören neun Stiftungen. Dazu zählen die Sparkassen-Bürgerstiftung sowie die Stiftung Oberhausener Bürger. Letztere ist auch Trägerstiftung für weitere sieben nicht rechtsfähige Stiftungen: Kultur und Bildung, Kinder- und Jugendförderung, Helft helfen, Förderung des Spitzensports in Oberhausen, Gemeinsam bewegen, die Irmgard und Heinrich Grünewald-Stiftung und die Fred-Arthecker-Stiftung. Eine weitere Treuhandstiftung ist in Errichtung. Jede Stiftung verfolgt eigene Förderschwerpunkte, allen gemeinsam ist das Ziel, Oberhausen noch attraktiver und lebenswerter zu machen.

Die Stiftung Oberhausener Bürger setzt hierbei auf die langfristige Förderung von Projekten aus den verschiedensten Bereichen wie Soziales, Bildung, Kultur, Jugend- und Altenhilfe, Natur- und Umweltschutz, Gesundheit und Sport. Das treuhänderisch verwaltete Stiftungskapital beträgt zum 31.12.2014 3,35 Mio. €. Aufgrund testamentarischer Verfügungen wird die Stiftung Oberhausener Bürger perspektivisch Trägerin von weiteren 14 Treuhandstiftungen.

Die Sparkassen-Bürgerstiftung ist die älteste Stiftung der Stiftungsinitiative der Stadtsparkasse Oberhausen. Sie wurde bereits 1983 errichtet. Die Förderschwerpunkte der Sparkassen-Bürgerstiftung liegen in den Bereichen Kultur, Wohlfahrtswesen, Bildung, Kinder- und Jugendförderung sowie dem Heimatgedanken. Seitdem hat die Sparkassen-Bürgerstiftung gemeinnützige Vereine, karitative und wohlfahrtspflegerische Organisationen, Bildungsprojekte sowie vielfältige kulturelle und heimatpflegerische Projekte in Oberhausen mit einem Gesamtvolumen von rund 14,56 Mio. € gefördert.

Das Stiftungskapital der Sparkassen-Bürgerstiftung liegt zum 31.12.2014 bei 4,15 Mio. €. Im vergangenen Jahr wurden 37 Förderanträge bewilligt.

C. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadtsparkasse Oberhausen sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

D. Chancen- und Risikobericht

1. Risikomanagementziele und -methoden

1.1 Aufsichtsrechtliche Vorgaben für das Risikomanagement

Die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Bemessung, Kontrolle und Steuerung der wesentlichen Risiken eines Kreditinstitutes finden sich in den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Für die aus der vierten MaRisk-Novelle resultierende Anforderung zur Implementierung eines geeigneten Systems zur verursachungsgerechten internen Verrechnung der jeweiligen Liquiditätskosten, -nutzen und -risiken hatte die Bankenaufsicht eine über das Jahresende 2013 hinausgehende Umsetzungsfrist gewährt, soweit Verzögerungen im Einzelfall nicht auf Versäumnisse eines Instituts zurückzuführen waren. In 2014 hat die Stadtsparkasse Oberhausen die noch ausstehende Anforderung fristgerecht, da die technischen Voraussetzungen seitens des Rechenzentrums dann erst geschaffen wurden, umgesetzt.

1.2 Risikomanagementsystem, -ziele und -methoden

Die zentralen strategischen Ziele der Stadtsparkasse Oberhausen sind es, das betriebsnotwendige Mindestergebnis zu erreichen sowie mittel- bis langfristig den Unternehmenswert über die Verbesserung der Rentabilität zu steigern. Einen Teilaspekt dieses Zieles stellt die rentable Nutzung des Eigenkapitals durch das bewusste Eingehen von Risiken, deren aktive Steuerung sowie die gezielte Transformation von Risiken dar. Hierbei verfolgt die Stadtsparkasse Oberhausen das Konzept der „einfachen und sicheren Sparkasse“. Für eine erfolgreiche Durchführung dieser Aufgaben ist es für die Sparkasse unabdingbar, dass sie die mit der Geschäftstätigkeit untrennbar verbundenen Risiken zeitnah erkennt, bewertet, umfassend steuert und die Steuerungsmaßnahmen laufend überwacht.

Wesentlicher Bestandteil unserer Risikomanagementsysteme ist die Beachtung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Risiken werden bewusst eingegangen, wenn sie zur Erzielung von Erträgen notwendig und im Verhältnis zu den Chancen vertretbar sind. Die Übernahme von Risiken ist in der Stadtsparkasse Oberhausen in eine G.u.V.- und wertorientierte Gesamtbanksteuerung eingebunden, die das Erreichen der mittel- bis langfristigen Finanzziele sicherstellen soll. Beide Steuerungsmethoden standen im Jahr 2014 unverändert gleichwertig nebeneinander.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist bis in die Ebene des Vorstands eine funktionelle Trennung zwischen Markt und Marktfolge festgelegt. Zwischen der Risikosteuerung und der Risikokontrolle besteht mindestens eine personelle Funktionstrennung. Durch die Ausgestaltung der Aufbau- (und Ablauf-)Organisation wird sichergestellt, dass miteinander unvereinbare Tätigkeiten durch unterschiedliche Mitarbeiter durchgeführt werden. Im Rahmen des Risikomanagements sind die Abteilungen Unternehmenssteuerung, KreditService sowie die Interne Revision beteiligt.

Der Abteilung Unternehmenssteuerung obliegt die risikoüberwachende Funktion. Sie ist verantwortlich für die Entwicklung der Gesamtbanksteuerungssysteme sowie das Risikocontrolling der einzelnen Risikokategorien. Dies beinhaltet auch die regelmäßige Durchführung angemessener Stresstests für die wesentlichen Risiken. Die Erfüllung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen ist eine weitere Kernaufgabe. Im Rahmen des Portfoliomanagements, insbesondere bei der Steuerung der Marktpreis- und Adressenausfallrisiken auf Gesamtbankebene, ist sie zudem beratend für die Geschäftsleitung tätig, ohne eine Positionsverantwortung zu besitzen. Die Beratung des Vorstandes umfasst auch die Erarbeitung von Handlungsalternativen. Die Ausführung der Beschlüsse erfolgt durch die von der Unternehmenssteuerung organisatorisch getrennten Händler. Die Abteilung Unternehmenssteuerung ist organisatorisch von den Marktbereichen getrennt.

Die Betreuung der im Kreditbereich eingesetzten Rating- und Scoring-Systeme sowie des Frühwarnsystems zur frühzeitigen Identifizierung wesentlicher Risiken obliegt der Abteilung KreditService. Sie ist organisatorisch ebenfalls vom Marktbereich getrennt.

Die Interne Revision prüft die Einhaltung der festgelegten internen Regeln sowie der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Sie überprüft die Angemessenheit und Wirksamkeit des Managements der einzelnen Risikoarten und begleitet als unabhängige Instanz die Weiterentwicklung der Gesamtbanksteuerungssysteme.

Eine Darstellung der Aufbauorganisation im Risikomanagement sowie der Ausgestaltung der Risikomanagement- und -controllingprozesse findet sich im Risikohandbuch der Stadtsparkasse Oberhausen. In der vom Vorstand festgelegten Risikostrategie sind ferner die Ziele und Leitlinien verankert, die die Stadtsparkasse mit der Risikoübernahme und -steuerung verfolgt.

Die Beurteilung der Risiken erfolgt hinsichtlich ihrer G.u.V.-Wirkungen und, soweit möglich, zusätzlich im Rahmen eines vermögenswertorientierten Value-at-Risk-Ansatzes. Zur Quantifizierung der einzelnen Risiken werden Szenarioanalysen durchgeführt, die auf historischen bzw. erwarteten Veränderungen von risikobeeinflussenden Parametern beruhen. Soweit eine explizite Quantifizierung der Risiken aufgrund des Entwicklungstandes der Systeme noch nicht möglich ist, tragen wir dem durch die Festlegung eines plausibilisierten Risikobetrages im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitskonzepte Rechnung. Diese Art der Limitfestlegung kam im Jahr 2014 beim Operationellen Risiko sowie beim Beteiligungsrisiko zum Tragen. Darüber hinaus führen wir auf Basis der für die jeweiligen Risiken identifizierten wesentlichen Risikofaktoren ergänzende Stressszenarien durch, die die Auswirkungen außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse abbilden. Die Stresstests erstrecken sich dabei auch auf die angenommenen Risikokonzentrationen und Diversifikationseffekte innerhalb und zwischen den einzelnen Risikoarten.

Im Rahmen der Steuerung der Risiken setzen wir zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken Finanzderivate ein. Darüber hinaus ist die Sparkasse per 31.12.2014 an drei Kreditbasket-Transaktionen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe beteiligt. Daraus resultieren 11 Credit Default Swaps (jeweils ein Credit Default Swap je eingebrachtem Engagement), bei denen die Sparkasse aufgrund der vorgegebenen Symmetrie der Transaktion einerseits Sicherungsgeber, andererseits aber auch Sicherungsnehmer ist. Die per 31.12.2014 bestehenden Finanzderivate können der Übersicht im Anhang zum Jahresabschluss entnommen werden. Daneben hat die Sparkasse innerhalb ihres Spezialfonds in 2014 Finanzderivate zur Absicherung von Zinsänderungs-, Aktienkurs- sowie Währungsrisiken eingesetzt.

Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit der in der Sparkasse eingesetzten Steuerungs- und Überwachungssysteme existieren Notfallpläne für die Sparkasse sowie für deren Tochtergesellschaften.

1.3 Risikotragfähigkeitskonzeption

Zentrales Element unserer Risikosteuerung sind die implementierten Risikotragfähigkeitskonzepte. Die Stadtsparkasse Oberhausen hat im Jahr 2014 sowohl ein perioden- als auch ein wertorientiertes System eingesetzt. Beiden Ansätzen liegt dabei der Fortführungsansatz (Going-Concern-Sicht) zugrunde, nach dem die Fortführung des Geschäftsbetriebes auch im Belastungsfall sichergestellt sein muss. In den letzten Jahren hat sich in der Sparkasse allerdings eine Entwicklung vollzogen, nach der bei der Ermittlung der Risikotragfähigkeit mittlerweile die periodische Betrachtung dominiert bzw. im Vordergrund steht. Aus diesem Grund wird die periodische Risikotragfähigkeitsbetrachtung zukünftig als primärer und einziger Steuerungskreis in der Sparkasse definiert.

Darüber hinaus erfolgte eine Begrenzung der Risikoübernahme durch die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen (Zinsrisiko-Koeffizient, Eigenkapitalquote bzw. Kernkapitalquote und Liquiditätskennzahl).

In der periodenorientierten Sichtweise werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den handelsrechtlichen Jahresüberschuss der Sparkasse hat. Der Going-Concern-Sichtweise folgend zielt das Risikotragfähigkeitssystem dabei auf die Sicherung einer Mindesteigenkapitalquote und eines Mindestjahresüberschusses. Demzufolge bilden im Rahmen der periodenorientierten Risikotragfähigkeit das über die intern festgelegte Mindest-Eigenkapitalquote hinausgehende freie Eigenkapital und das geplante Betriebsergebnis vor Bewertung die Risikodeckungsmasse. Existierende nachrangige Verbindlichkeiten und Genussrechte werden entsprechend dem Fortführungsansatz nicht in die Risikodeckungsmasse einbezogen. Zur Ermittlung des endgültigen Risikodeckungspotenzials wird von der zuvor ermittelten Risikodeckungsmasse aufgrund der existierenden vertraglichen Verpflichtung noch die erforderliche Zuführung zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB für die WestLB-/ EAA-Ansparlösung abgezogen.

Vor dem Hintergrund der mittelfristigen Erwartung von steuerlichen Ertragsüberschüssen in entsprechender Größenordnung ist der Ansatz der latenten Steuern als Risikodeckungspotenzial in dem verfolgten Going-Concern-Ansatz aufsichtsrechtlich möglich. Aus diesem Grund erfolgte im Jahr 2014, verändert gegenüber dem Vorjahr, in einem ersten Schritt keine Eliminierung der latenten Steuern. In einem zweiten Schritt legt die Geschäftsleitung dann entsprechend ihrer Risikoneigung fest, welchen Anteil des Risikodeckungspotenzials sie als Risikolimit zur Verfügung stellt. Dieses wird anschließend auf die unterschiedlichen Risikokategorien Zinsüberschussrisiko (inkl. Modellrisiko), Marktpreisrisiko Eigenanlagen, Absatzrisiko, Risiko Verwaltungsaufwand/ Operationelle Risiken, Adressenrisiko aus dem Kundengeschäft, Beteiligungsrisiko, Adressenrisiko Eigenanlagen sowie Liquiditätsrisiko verteilt.

Im Rahmen der wertorientierten Betrachtung bestimmt sich das Risiko als Vermögensminderung, die innerhalb eines festgelegten Zeitraums (1 Jahr) mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten wird. Für die Risikotragfähigkeitskonzeption erfolgte zunächst die Ermittlung des Reinvermögens nach Erträgen und Kosten. Hiervon wurde der strategische Eigenkapitalbedarf zur Einhaltung der internen Mindest-Eigenkapitalquote in Abzug gebracht. Die verbleibende Risikodeckungsmasse wurde im Jahr 2014 auf die Risikokategorien Adressenausfallrisiken im Eigen- sowie im Kundenkreditgeschäft (unerwartete Kreditrisiken), Marktpreisrisiken (Zinsbuch, Aktien/Fonds, Beteiligungen und Immobilien), Modellrisiko und Operationelle Risiken verteilt. Zusätzlich wird ein Teil der Risikodeckungsmasse für potenzielle negative Vermögensveränderungen reserviert, die dazu führen, dass die Risikodeckungsmasse sinkt.

Über die Limiteinhaltung wird monatlich mit Hilfe eines Ampelsystems berichtet, wobei die gelbe Ampelstufe bei einer 80-prozentigen Limitauslastung erreicht wird.

Die Risikodeckungsmasse wird wie folgt auf die einzelnen Risikoarten aufgeteilt:

GuV-Limit für	**2014 %-Anteil**	**2013 %-Anteil**
Kundenkreditrisiken	43,2	46,9
erwartete Risiken	13,4	15,6
unerwartete Risiken	29,8	31,3
Zinsüberschuss	5,0	6,1
Absatzrisiko	7,7	7,7
Margenrisiko	3,3	2,6
Bestandsrisiko	2,4	2,9
Provisionsüberschussrisiko	2,0	2,2
Verwaltungsaufwand	2,4	6,3
Operationelle Risiken	1,2	1,3
Adressenrisiko Eigenanlagen	2,2	1,7
Beteiligungen	5,5	7,2
Liquiditätsrisiken	4,2	1,2
Marktpreisrisiken aus Eigenanlagen	28,6	21,6
GuV-Limit gesamt	**100,0**	**100,0**

Wertorientiertes Limit für	**2014 %-Anteil**	**2013 %-Anteil**
Adressenrisiko	39,2	36,6
Kundengeschäft	19,7	21,3
Eigenanlagen	19,5	15,3
Operationelle Risiken	3,1	2,1
Marktpreisrisiken	41,3	43,5
Zinsbuch	26,0	28,3
Aktien/Fonds	7,0	5,6
Beteiligungen	2,7	3,5
Immobilien	5,6	6,1
Modellrisiken	2,2	2,4
Eingetretene Vermögensrückgänge	14,2	15,4
Wertorientiertes Limit gesamt	**100,0**	**100,0**

Die Ausweitung des GuV-Limits für Marktpreisrisiken aus Eigenanlagen resultiert vor allem aus den Ende 2013 bzw. Anfang 2014 erfolgten, strategiekonformen Käufen von Laufzeitfonds.

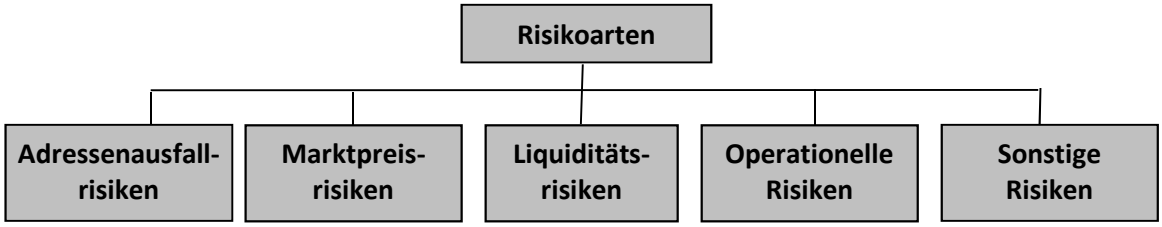
1.4 Risikoreporting

Über die eingegangenen Risiken, die existierenden Risikokonzentrationen sowie die Auslastung der verschiedenen Limite wird dem Gesamtvorstand monatlich im Rahmen eines umfassenden Gesamtrisikoreports schriftlich berichtet. Die Ausführungen enthalten neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risikosituation und der Limitauslastungen auch Handlungsempfehlungen zur Risikosteuerung, über die der Vorstand entscheidet. Der Risikoreport wird vierteljährlich um einen ausführlichen Kreditrisikoteil sowie Ausführungen zu den Operationellen Risiken ergänzt. Darüber hinaus werden in dem Risikoreport halbjährlich die Ergebnisse der durchgeführten Stresstests dargestellt. Ergänzend erhält der Vorstand mindestens wöchentlich einen Report über die Marktpreis- und Adressenausfallrisiken der Eigenhandelsgeschäfte. Eine Ad-hoc-Berichterstattung erfolgt bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung.

Der Verwaltungsrat als Aufsichtsorgan der Stadtsparkasse Oberhausen hat einen Risikoausschuss gebildet, der die Grundsätze der Risikopolitik und Risikosteuerung der Sparkasse mit dem Vorstand berät. Der Risikoausschuss wird vierteljährlich ausführlich über die von der Sparkasse eingegangenen Risiken und die aktuellen Auslastungen sämtlicher Risikolimite informiert. Die zentralen Aspekte aus dem Risikoreport werden dem gesamten Verwaltungsrat ebenfalls quartalsweise vorgestellt.

2. Darstellung der wesentlichen Risikoarten

Die Risiken, die wir im Rahmen unseres Risikomanagement- und -controllingsystems steuern, haben unterschiedliche Ursachen und bedürfen speziell abgestimmter Instrumente und Methoden zu deren Erfassung und Begrenzung. Die zentralen Risiken stellen für uns dabei folgende Risikoarten dar:



2.1 Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiken verstehen wir die Gefahr des Ausfalls vertraglich zugesicherter Leistungen, so dass die Definition des Adressenausfallrisikos zum einen den Ausfall, zum anderen aber auch bereits eine mögliche Bonitätsverschlechterung einer Person oder eines Unternehmens beinhaltet.

Zu den Adressenausfallrisiken zählt die Stadtsparkasse Oberhausen folgende Risikokategorien:

1. Kreditrisiko

   Das Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr einer Bonitätsverschlechterung (Bonitätsrisiko) und/oder des Ausfalls (Ausfallrisiko) einer Person oder einer Unternehmung, zu der eine Kreditbeziehung besteht.

2. Kontrahentenrisiko

   Unter Kontrahentenrisiko verstehen wir das Risiko, dass eine Gegenpartei – vornehmlich im Bereich der Eigenhandelsgeschäfte – ausfällt und die entsprechende Position zum aktuellen, für die Sparkasse ungünstigeren Marktkurs abgewickelt werden muss. Das Kontrahentenrisiko zielt damit auf den Schwebezustand von Geschäften ab.

3. Emittentenrisiko

   Das Emittentenrisiko bezeichnet die Gefahr des vollständigen oder teilweisen Ausfalls eines Emittenten von Wertpapieren oder sonstigen Finanzinstrumenten.

4. Länderrisiko

   Das Länderrisiko im grenzüberschreitenden Kreditgeschäft besteht in der Gefahr, dass Zins- und Tilgungsleistungen ausländischer Kreditnehmer nicht termingerecht, nicht vollständig oder gar nicht geleistet werden, wobei die Zahlungsunfähigkeit oder die fehlende Zahlungsbereitschaft durch das Land verursacht wird, in dem der Schuldner ansässig ist, und nicht durch den Schuldner oder durch dessen Bonität.

5. Beteiligungsrisiko

   Das Beteiligungsrisiko wird als die Gefahr verstanden, dass aus der Eigenkapitalbeteiligung an Dritten Verluste entstehen.

Insgesamt lässt sich das Adressenausfallrisiko der Sparkasse in drei große Bereiche gliedern: das Risiko aus dem Kundenkreditgeschäft, das Beteiligungsrisiko sowie das Adressenausfallrisiko aus Eigenhandelsgeschäften.

Die Basis für die Steuerung der Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bildet die Risikostrategie der Stadtsparkasse Oberhausen. Sie enthält neben den Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft auch die unter Berücksichtigung der Gesamtbankrisikotragfähigkeit geplanten Aktivitäten im Kreditgeschäft. Dazu gehören neben risikobegrenzenden Maßnahmen auch Aktivitäten zur Weiterentwicklung des Instrumentariums der Kreditrisikosteuerung. In der Risikostrategie hat die Sparkasse Leitlinien bezüglich Kreditarten, Einzelkreditvolumen, Rating sowie Branchen der Kreditnehmer festgelegt. Hierdurch werden Bonitätsrisiken sowie Risikokonzentrationen eingeschränkt.

Zur Beurteilung der Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft auf Kundenebene setzt die Sparkasse die Rating- und Scoringverfahren des DSGV ein. Derzeit werden im gewerblichen Kreditgeschäft das DSGV-Standard-Rating, das ImmobiliengeschäftsRating bzw. das ImmobilienKompaktRating sowie das KundenKompaktRating eingesetzt. Im privaten Kreditgeschäft wird neben den anlassbezogenen Antragsscorecards für Private Baufinanzierungen sowie für Konsumentenkredite die Bestandsbewertung KundenScoring eingesetzt, die eine fortlaufende Risikobetrachtung aller Privatgirokonten und Konsumentenkredite durchführt und monatlich automatisch eine Note erstellt. Im kommerziellen

Immobiliengeschäft wird das dafür vorgesehene Ratingverfahren verwendet. Die Rating- und Scoringergebnisse bilden die Basis für die Festlegung risikoadjustierter Kreditkonditionen. Die Bonität einzelner Kreditnehmer wird zudem jährlich durch die Interne Revision der Sparkasse in umfangreichen Stichproben geprüft.

Der überwiegende Teil des gewerblichen Kreditgeschäftes entfällt auf Kreditnehmer in Risikoklassen mit moderaten Ausfallwahrscheinlichkeiten. Bezogen auf das zugrunde liegende Kreditvolumen weisen 35,2 % (Vorjahr 34,5 %) eine Ratingnote zwischen 1 und 5 auf. Der Volumensanteil in den Ratingklassen 1 bis 9, auf die sich die kreditgeschäftlichen Aktivitäten im gewerblichen Kunden-geschäft gemäß der Risikostrategie 2014 konzentrieren sollen, liegt bei 77,5 % (Vorjahr 73,0 %). Unter zusätzlicher Einbeziehung der Ergebnisse des im Privatkundensegment eingesetzten KundenScorings beträgt der Volumensanteil in den Rating- bzw. Scoringklassen 1 bis 9 sogar 84,6 % (Vorjahr 80,7 %). Die Aufteilung des Kreditbestandes der Sparkasse auf die Ratingklassen findet sich in den folgenden Tabellen.

Gewerbliches Kundenkreditgeschäft		
Ratingnote	2014 %-Anteil	2013 %-Anteil
1-5	35,2	34,5
6-9	42,3	38,5
10-15	14,5	16,0
16-18	8,0	11,0
Summe	100,0	100,0

Kundengeschäft gesamt		
Ratingnote	2014 %-Anteil	2013 %-Anteil
1-5	58,5	55,3
6-9	26,1	25,4
10-15	9,9	12,3
16-18	5,5	7,0
Summe	100,0	100,0

Zur Früherkennung von Kreditrisiken auf Kundenebene wird ein automatisiertes System eingesetzt, das hinsichtlich definierter Frühwarnindikatoren auffällig gewordene Kreditnehmer identifiziert. Die durch das Frühwarnsystem ab einer Mindestgröße identifizierten Kunden des Bereiches Unternehmenskunden werden risikoabhängig seitens eines hierfür eingerichteten Gremiums den Segmenten Normalbetreuung, Intensivbetreuung, der Sanierungs- oder der Abwicklungsbetreuung zugeordnet.

Für den Eintritt von Adressensausfallrisiken hat die Sparkasse durch die Bildung von Wertberichtigungen und Vorsorgereserven angemessene Vorkehrungen getroffen. Wertberichtigungen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Zahlungsverhaltens der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen nach den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Darüber hinaus erfolgt eine Bewertung der existierenden Sicherheiten mit ihrem wahrscheinlichen Realisationswert, um einschätzen zu können, welche Zahlungen nach Eintritt von Leistungsstörungen noch zu erwarten sind. Die Angemessenheit der vorgesehenen Wertberichtigungen ist Prüfungsgegenstand der Internen Revision. Latente Ausfallrisiken werden darüber hinaus durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt.

Das Kreditvolumen (inklusive Avale) nach Kundensegmenten verteilt sich per Ende 2014 wie folgt:

	31.12.2014 %-Anteil	31.12.2013 %-Anteil
Firmenkunden	21,4	23,9
Gewerbekunden	7,7	7,7
Geschäftskunden	2,4	2,4
Bauträger	1,2	1,3
Existenzgründer	0,9	1,1
Kommunale Kunden	29,0	28,2
Großkunden	0,8	0,9
Privatkunden	36,6	34,5
Summe	100,0	100,0

Die Beurteilung der Kreditrisiken auf Portfolioebene erfolgt insbesondere durch das Kreditportfoliomanagement-Tool CPV (CreditPortfolioView). Mit Hilfe dieses Programms wird eine Analyse des Kreditportfolios hinsichtlich der Darstellung der erwarteten Verluste und des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs (CreditValue-at-Risk) sowie der Berechnung von Größenkonzentrationen (Klumpenrisiken) und deren Wirkung auf den CreditValue-at-Risk des Gesamtportfolios vorgenommen. Darüber hinaus erfolgt eine Risikobeurteilung durch die Analyse des gesamten Kreditportfolios hinsichtlich unterschiedlicher Kriterien wie z. B. der Branchen-, Größenklassen-, Sicherheiten- oder Ratingverteilung.

Hinsichtlich der Verteilung der hereingenommenen Sicherheiten ergibt sich aufgrund des Geschäftsmodells in der Sparkasse eine deutliche Konzentration auf grundpfandrechtliche Sicherheiten. Die wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Grundpfandrechte machen dabei – bezogen auf die verrechneten Sicherheitenbeträge – wie im Vorjahr ca. 86,7 % des Gesamtvolumens aus.

Die Branchenverteilung im gewerblichen Kundenkreditportfolio bestimmt sich im Wesentlichen aus dem Geschäftsgebiet der Sparkasse und gestaltet sich per 31.12.2014 wie folgt:

	31.12.2014 %-Anteil	31.12.2013 %-Anteil
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	0,3	0,4
Energie, Wasser, Bergbau	1,8	2,2
Verarbeitendes Gewerbe	9,6	10,0
Baugewerbe	8,5	8,2
Kraftfahrzeughandel	4,7	4,7
Großhandel	5,6	5,3
Einzelhandel	5,3	6,3
Verkehr, Nachrichten	7,0	8,0
Kredit- u. Versicherungswesen	4,3	5,5
Gastgewerbe	6,5	4,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	26,5	25,4
Dienstleistungen für Unternehmen	9,0	8,1
Öffentliche und private Dienstleistungen	8,0	10,9
Bauträger	2,9	0,7
Summe	100,0	100,0

Die Anteile der einzelnen Branchen sind im Vergleich zum Vorjahr relativ konstant. Wesentliche Veränderungen zum Vorjahr gibt es nicht.

Die mit einem Anteil von 26,5 % mit Abstand größte (Ober-)Branche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ setzt sich aus verschiedenen Teilbranchen zusammen, die wiederum den beiden Bereichen Gewerbe- oder Wohnungsbau zugeordnet werden können. Aufgrund der insgesamt hohen Volumina in der Branche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ sowie der zuvor dargestellten Konzentration auf grundpfandrechtliche Sicherheiten werden in der Risikostrategie der Sparkasse spezielle Regelungen zur Risikoüberwachung und -begrenzung festgelegt. Darüber hinaus berücksichtigt die Sparkasse das gesamtgeschäftsbezogene Risiko sinkender Immobilien- und Grundstückspreise im Rahmen der simulierten Stresstests.

Die Großkredite gemäß Artikel 387ff. der CRR in Verbindung mit § 13 Abs. 1 KWG machten am 31.12.2014 das 0,87-fache der am Bilanzstichtag anrechenbaren Eigenmittel aus (31.12.2013: das 0,76-fache). Dem Grundsatz einer angemessenen Kredit- und Risikosteuerung wird die vorhandene größenmäßige Schichtung somit gerecht.

Auch per Ende 2014 weist die Stadtsparkasse Oberhausen im Vergleich zum Verbandsdurchschnitt einen stark überproportionalen Anteil an öffentlichen und korrespondierend dazu einen unterdurchschnittlichen Anteil an privaten und gewerblichen Kreditnehmern auf. Allerdings kam es im Jahr 2014 zu keinen wesentlichen Veränderungen in der Verteilung der Kreditnehmerstruktur. Einer leichten Steigerung der Anteile öffentlicher Haushalte und unselbstständiger Privatpersonen steht ein leichter Rückgang im Bereich der Unternehmen und der Sonstigen gegenüber.

	31.12.2014 %-Anteil	31.12.2013 %-Anteil
Öffentliche Haushalte	24,4	23,4
Unselbstständige Privatpersonen	36,1	35,5
Unternehmen	39,1	40,2
Sonstige	0,4	0,9
Summe	100,0	100,0

Für das Jahr 2014 ergibt sich im Kundenkreditgeschäft ein sehr gutes Bewertungsergebnis für die Sparkasse. Die in den vergangenen Jahren durchgeführten Risikoreduzierungen im Kreditportfolio zeigen ihre Wirkung, so dass sich die

notwendige Risikovorsorge des Jahres auf einem sehr niedrigen Niveau bewegt, obwohl auch in dem Jahr 2014 eine Erhöhung der Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 0,5 Mio. € vorgenommen wurde. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft des Jahres 2014 liegt damit in etwa auf Höhe des Verbandsdurchschnitts. Analog zum Vorjahr werden sowohl das barwertige als auch das periodische Risikolimit für Adressenrisiken aus dem Kundengeschäft zum Jahresende eingehalten.

Im Rahmen der Kreditportfoliosteuerung hat die Sparkasse bereits in den Jahren 2011 und 2013 an Kreditbasket-Transaktionen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe teilgenommen. Im Jahr 2014 wurden weitere Engagements in eine neue Kreditbasket-Transaktion eingebracht. Daraus resultieren Credit Default Swaps, bei denen die Sparkasse aufgrund der Symmetrie der Transaktion sowohl Sicherungsgeber als auch Sicherungsnehmer ist.

Bei den von der Stadtsparkasse Oberhausen gehaltenen Beteiligungen handelt es sich insgesamt um strategische Positionen, die langfristig gehalten werden. Im Vordergrund stehen hierbei die Grundsätze des Verbundgedankens (bankbezogene Beteiligungen) und der öffentliche Auftrag (standortfördernde Beteiligungen zur Förderung des Geschäftsgebietes). Renditeorientierte Beteiligungen werden derzeit nicht gehalten. Das Beteiligungsportfolio der Stadtsparkasse Oberhausen wird dominiert von den drei größten Einzelbeteiligungen der Sparkasse. Dabei handelt es sich zum einen um die Beteiligung am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband, der wiederum an diversen Unternehmen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe beteiligt ist. Zum anderen existieren Beteiligungen an der Erwerbsgesellschaft der Sparkassen-Finanzgruppe zum Erwerb der Landesbank Berlin (LBB) sowie an der RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner II GmbH. Für die LBB-Beteiligung sowie für die RW-Beteiligung hat die Sparkasse in 2014 Wertberichtigungen vorgenommen. Das interne Risikolimit für das Beteiligungsrisiko wurde zum 31.12.2014 eingehalten.

Für die Eigenhandelsgeschäfte im Sinne der Mindestanforderungen an das Risikomanagement hat die Sparkasse detaillierte Regelungen bezüglich des zulässigen Kontrahenten- und Emittentenkreises sowie - bezogen auf die unterschiedlichen Geschäftsarten - hinsichtlich der zulässigen Volumina je Kontrahent / Emittent eingesetzt. Zur Beurteilung des Adressenausfallrisikos werden externe Ratings und weitere öffentlich zugängliche Informationen herangezogen.

Bei der Einschätzung der verschiedenen Marktsegmente hinsichtlich einer vorhandenen Aktivität bzw. Inaktivität ergeben sich keine Veränderungen zum Vorjahr. Mit Ausnahme der Märkte für Kreditstrukturen sowie für die Spezialfondsanteile werden sämtliche Marktsegmente als aktiv eingeschätzt, so dass bei der Ermittlung der beizulegenden (Zeit-)Werte im Wesentlichen nicht auf Bewertungsmodelle zurückgegriffen werden muss. Aufgrund der guten Entwicklung der Wertpapiermärkte in 2014 konnte die Sparkasse zum 31.12.2014 ein positives Bewertungsergebnis aus dem Wertpapierbereich ausweisen. Aufgrund der größtenteils guten Bonität der zum Jahresende im Depot A enthaltenen Emittenten – nahezu sämtliche geratete Direktanlagen der Stadtsparkasse Oberhausen mit Ausnahme der Kreditstrukturen und von zwei Laufzeitfonds verfügen per Jahresende über ein Rating im Investment Grade-Bereich – wird zudem erwartet, dass es in den nächsten Jahren zu keinen nennenswerten tatsächlichen Ausfällen im Bereich der Eigenanlagen kommen wird.

Das im Spezialfonds der Sparkasse gehaltene Engagement in Anleihen aus wirtschaftsschwachen Euro-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) beläuft sich per Ende 2014 auf insgesamt 12,7 Mio. EUR (Kurswert ohne Stückzinsen). Davon entfallen 4,9 Mio. EUR auf italienische Staatsanleihen und 4,8 Mio. EUR auf spanische Staatsanleihen. Darüber hinaus befindet sich eine Griechenlandanleihe über nominell 0,1 Mio. EUR im Bestand, die allerdings keinen relevanten Zeitwert mehr aufweist. Die restlichen Anleihen gegenüber privaten Schuldnern stellen besicherte Anleihen (1,5 Mio. EUR Spanien, 0,9 Mio. EUR Italien) mit unterschiedlichen Laufzeiten dar. Zudem hält die Sparkasse über Direktinvestments Staatsanleihen der Länder Italien und Spanien mit einem Gesamtvolumen von 4,0 Mio. EUR im Bestand. Darüber hinaus befinden sich in Laufzeitfonds der Sparkasse Anleihen gegenüber privaten Schuldnern aus Italien, Irland, Portugal und Spanien in Höhe von 10,6 Mio. EUR. Das Gesamtengagement der Sparkasse in Wertpapieren (inklusive der im Spezialfonds enthaltenen Aktienwerte i. H. v. 1,4 Mio. EUR) aus wirtschaftsschwachen Euro-Staaten beläuft sich auf insgesamt 28,9 Mio. EUR.

Per Ende 2014 wird das periodische Risikolimit für Adressenausfallrisiken aus Eigenanlagen eingehalten, während es beim barwertigen Risikolimit zu einer Überschreitung kommt. In Summe ergibt sich im wertorientierten Limitsystem zum Stichtag 31.12.2014 allerdings ein großer Puffer zum bereitgestellten Risikodeckungspotenzial.

Der Anteil von Kreditstrukturen am gesamten Depot A der Stadtsparkasse Oberhausen hat sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der Reduzierung des Depot A im Zuge der Rückführung fälliger institutioneller Refinanzierungen und der Teilnahme an einer neuen Kreditbasket-Transaktion ausgeweitet und beträgt 9,0 % per 31.12.2014 (Vorjahr 6,0 %).

2.2 Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken sind mögliche Ertrags- und Vermögenseinbußen zu verstehen, die sich aus der Veränderung von Marktpreisen ergeben. Bei den Marktpreisrisiken werden die folgenden Risikoarten unterschieden: Zinsänderungsrisiko (im Zusammenhang mit Eigenhandelsgeschäften und auf Gesamtbankebene), Spread-Risiko, Währungsrisiko, Aktienkursrisiko, Immobilienrisiko, Optionsrisiko und Rohwarenrisiko. Für die Sparkasse weisen insbesondere das Zinsänderungs-, das Spread- und das Aktienkursrisiko eine zentrale Bedeutung auf.

Als Folge der Anlagerestriktionen der Sparkasse ist die Struktur ihrer Eigenanlagen geprägt durch Termingelder, in- und ausländische öffentliche Anleihen und Inhaberschuldverschreibungen von inländischen Kreditinstituten. Der Anteil der Termingeldanlagen bei anderen Instituten der Sparkassen-Finanzgruppe hat sich im Jahr 2014 deutlich ausgeweitet. Grund hierfür ist die kurzfristige Anlage von Geldern, die zur Rückführung im Jahr 2015 anstehender Fälligkeiten im Bereich institutioneller Sparkassenbriefe genutzt werden sollen. Der Anteil an Pfandbriefen hat sich durch Fälligkeiten im Jahresverlauf 2014 deutlich reduziert.

	31.12.2014 %-Anteil	31.12.2013 %-Anteil
Termingelder	35,8	14,4
Pfandbriefe	2,7	16,1
In- und ausländische öffentliche Anleihen	23,2	28,9
IHS inländischer Kreditinstitute	22,5	25,0
Unternehmensanleihen	5,7	5,5
Aktien	2,7	2,8
Sonstige	7,4	7,3
Summe	100,0	100,0

Bei komplexeren Instrumenten greift die Sparkasse auf das Fremdmanagement in Form eines Spezialfonds zurück. Die größten Anlageklassen innerhalb des Spezialfonds stellen europäische Staatsanleihen sowie Unternehmensanleihen dar. Die ebenfalls in dem Spezialfonds gehaltenen Aktienbestände werden in der Tabelle de facto zu hoch ausgewiesen, da die per Ende 2014 existierende Teilabsicherung der Aktienpositionen nicht berücksichtigt ist.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken aus Eigenhandelsgeschäften erfolgt zum einen anhand einer G.u.V.-orientierten Ermittlung des Abschreibungsrisikos, zum anderen anhand von Value-at-Risk-Szenarien mit einer Haltedauer von 63 Tagen, bei denen das Risiko auf Basis der täglichen Kurs- bzw. Renditeveränderungen der letzten 250 Handelstage ermittelt wird. Dieser Ermittlung liegt eine Vergangenheitsbetrachtung zugrunde, die es erlaubt, den Risikokurs anzugeben, der mit einer 95 %-igen Wahrscheinlichkeit nicht unterschritten wird. Im Rahmen des wertorientierten Risikotragfähigkeitskonzeptes werden die o. g. Parameter aufgrund der einheitlichen Abbildung der verschiedenen Risikoarten auf eine Haltedauer von 250 Tagen sowie ein 99 %-iges Konfidenzniveau angepasst. Sämtliche Marktpreisrisiken des Eigenanlagegeschäftes werden mindestens wöchentlich, in der Regel aber täglich durch die Abteilung Unternehmenssteuerung nach Art und Höhe bewertet und an die Geschäftsleitung kommuniziert.

Als langfristiger, strategischer Investor geht die Stadtsparkasse Oberhausen keine Investments in Spread-Risiken zur Erzielung kurzfristiger Kursgewinne ein. Der Erwerb von Creditspread-behafteten Wertpapieren erfolgt unter Berücksichtigung der angestrebten Granularität des Depot A auf Basis einer positiven Einschätzung des Kreditrisikos im Rahmen der Risikostrategie. Die sich im Zeitablauf ggf. ergebenen Schwankungen des Spreadniveaus müssen dabei im Rahmen der Risikotragfähigkeit ausgehalten werden können. Sowohl im wertorientierten als auch im periodischen Risikotragfähigkeitskonzept hat die Stadtsparkasse Oberhausen für das Spread-Risiko entsprechende Risikolimite eingerichtet.

Neben den Berechnungen für die Eigenhandelsgeschäfte wird auch eine Beurteilung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene vorgenommen. Das Risiko wird sowohl hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung als auch im Hinblick auf mögliche Wertveränderungen der verzinslichen Vermögens- und Schuldpositionen untersucht. Die Ergebnisse der Risikobetrachtung werden der Geschäftsleitung im Rahmen des Gesamtrisikoberichtes monatlich vorgelegt.

Im Rahmen der G.u.V.-orientierten Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt die Messung auf der Grundlage von Simulationsberechnungen, die alle Bilanzpositionen und deren voraussichtliche Entwicklung einbeziehen.

Bei der wertorientierten Risikobetrachtung werden alle zinstragenden Geschäfte in einer einheitlichen Cash-Flow-Übersicht abgebildet. Für Geschäfte ohne feste Zins- und/ oder Kapitalbindungen werden dabei produktspezifische Annahmen zugrunde gelegt. Die Annahmen werden dabei sowohl für einzelne Produkte aus historischen Daten abgeleitet als auch für einzelne Produkte über eine Analyse und Prognose der zukünftigen Entwicklung von

Zinsänderungen und Kundenverhalten. Für den aus dem Gesamt-Cash-Flow der Sparkasse errechneten Barwert wird anschließend das Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Dieses errechnet sich auf Basis einer historischen Simulation von Renditeveränderungen über den Planungshorizont von 12 Monaten mit einem Konfidenzniveau von 99 %. Bei der Steuerung des Zinsänderungsrisikos verfolgt die Stadtsparkasse Oberhausen grundsätzlich eine passive Steuerung. Dabei orientiert sich die Sparkasse an einer als effizient eingeschätzten Benchmark (gleitender 10-Jahres-Durchschnitt), wobei die Höhe des maximalen Risikos durch das absolut zur Verfügung gestellte Risikokapital determiniert wird. Abweichungen von dieser Benchmark zeigen ggf. Bedarf von Steuerungsmaßnahmen an und dienen als zusätzliche Information für zu tätigende Geschäfte.

Im Rahmen der Steuerung des gesamten Zinsbuches setzt die Sparkasse Zinsswaps ein. Nähere Informationen können der Übersicht im Anhang zum Jahresabschluss entnommen werden. Zur Absicherung der in einem Spezialfonds gehaltenen Aktienpositionen sowie eines in US-Dollar notierten Publikumsfonds wurden während des Jahres 2014 ebenfalls Finanzderivate eingesetzt. Die Absicherungen erfolgten dabei über Future- bzw. Devisentermingeschäfte sowie über Optionen. Im Rahmen der im Spezialfonds umgesetzten Strategie zum Abbau negativer Aktiengewinne werden Aktienoptionen eingesetzt.

Zur Begrenzung der Risiken aus Marktpreisrisiken hat die Sparkasse auf Basis der eingesetzten Risikotragfähigkeitskonzepte Limite definiert, die die Übernahme von Marktpreisrisiken auf ein für die Stadtsparkasse Oberhausen tragbares Niveau begrenzen.

Unter Verwendung der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Zinsänderungen von +/- 200 Basispunkten hat die Stadtsparkasse Oberhausen im September 2014 die definierte 20%-Grenze zur Einstufung als „Institut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko“ im Sinne des BaFin-Rundschreibens Nr. 11/2011 einmalig marginal überschritten. Per Jahresende kommt es wieder zu einer deutlichen Unterschreitung. Es ergeben sich dabei die folgenden Wertänderungen per 31.12.2014:

	Zinsschock (+/- 200 BP) per 31.12.2014 in Mio. EUR	
Währung	Wertänderung +200 BP	Wertänderung -200 BP
EUR	-31,0	+24,7

Das wertorientierte Limit für Zinsänderungsrisiken wird zum Jahresende leicht überschritten. In Summe ergibt sich im wertorientierten Limitsystem zum Stichtag 31.12.2014 allerdings ein großer Puffer zum bereitgestellten Risikodeckungspotenzial.

Im Übrigen werden die für Marktpreisrisiken im periodischen sowie wertorientierten Risikotragfähigkeitskonzept bereitgestellten Limite per 31.12.2014 insgesamt eingehalten. Aufgrund der positiven Entwicklungen an den Kapitalmärkten wird das periodische Risikolimit für die Wertpapierkursrisiken per Jahresende 2014 nicht in Anspruch genommen.

2.3 Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisiken werden in das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungsrisiko sowie das Marktliquiditätsrisiko unterteilt. Unter dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne wird die Gefahr verstanden, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Beim Refinanzierungsrisiko handelt es sich um das Risiko, dass Liquidität bei Bedarf nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann. Als Marktliquiditätsrisiko bezeichnet man schließlich die unterschiedliche Leichtigkeit und Schnelligkeit, mit der Finanzmarktprodukte zu einem fairen Preis wieder veräußert werden können.

Als eine zentrale Basis für die Beurteilung der Zahlungsfähigkeit der Sparkasse dient die aufsichtsrechtlich vorgegebene Kennzahl gemäß Liquiditätsverordnung (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat), die im abgelaufenen Jahr – wie bereits in 2013 – stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0 lag und am Jahresende einen Wert von 2,71 aufweist. Darüber hinaus wird das Liquiditätsrisiko mittels vier standardisierter Szenariorechnungen sowie einer Liquiditätsübersicht beurteilt. Letztgenannte stellt eine Liquiditätsablaufbilanz mit kumulierter Cash-Flow-Betrachtung dar und umfasst einen Betrachtungshorizont von 10 Jahren. Durch eine ausreichende Liquiditätsvorsorge versucht die Sparkasse Liquiditätsrisiken zu vermeiden. Zur Steuerung der Liquidität bestehen Kreditlinien bei der Deutschen Bundesbank sowie inoffizielle Kreditlinien bei mehreren Landesbanken. Als weiteres Instrument stehen der Sparkasse Offenmarktgeschäfte der Europäischen Zentralbank zur Verfügung, die jedoch im Jahres 2014 nicht in Anspruch genommen wurden. Zur Sicherstellung eines ausreichenden Liquiditätspuffers unterhält die Sparkasse einen entsprechenden Bestand an refinanzierungsfähigen Titeln, die als Sicherheit zur Durchführung von Offenmarktgeschäften bei der EZB hinterlegt sind.

Zur Beurteilung des Refinanzierungsrisikos werden die benötigten institutionellen Geldaufnahmen sowie die am Geldmarkt zu zahlenden Refinanzierungsaufschläge von der Sparkasse fortlaufend überwacht. Darüber hinaus werden die potenziellen Auswirkungen eines schlagend werdenden Refinanzierungsrisikos in entsprechenden Szenariobetrachtungen beleuchtet. Aufgrund der positiven Entwicklung der Kundeneinlagen sowie aufgrund von fälligen

Wertpapieren im Depot A war – analog zum Vorjahr – auch in 2014 keine Erfordernis zur Aufnahme längerfristiger Refinanzierungsmittel gegeben.

Hauptrefinanzierungsquelle der Sparkasse sind die Kundeneinlagen. Zur Begrenzung des Refinanzierungsrisikos und zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsquellen treibt die Stadtsparkasse Oberhausen die Erschließung alternativer Refinanzierungsquellen voran. Im Vordergrund steht dabei die Teilnahme an einer Pfandbrief-Pooling-Transaktion. Dazu wurden im Jahr 2014 weitere vorbereitende prozessuale und technische Tätigkeiten durchgeführt. Zudem wurde damit begonnen, zur Refinanzierung geeignete Kundenforderungen zu identifizieren.

Das Marktliquiditätsrisiko wird generell durch die Auswahl der zulässigen Vermögensklassen im Rahmen der Vermögensallokation sowie bei Investitionsentscheidungen hinsichtlich der konkreten Anlagealternative berücksichtigt. Zur Begrenzung des Marktliquiditätsrisikos hat die Sparkasse dabei in ihren Organisationsrichtlinien qualitative und quantitative Mindestanforderungen für die Eigenhandelsaktivitäten definiert. Neben der Festlegung eines benötigten Mindestratings der Emission/des Emittenten sind z. B. auch höhere Volumenslimite für öffentliche Anleihen und Pfandbriefe definiert, die über eine vergleichsweise hohe Marktliquidität verfügen.

Die Stadtsparkasse Oberhausen hat auch in 2014 Eigenhandelsaktivitäten betrieben. Die in 2014 getätigten Wertpapierkäufe im Eigenbestand beschränkten sich, neben dem Erwerb eines Laufzeitfonds und der aufgrund der Transaktionssymmetrie zu zeichnenden Kreditbasket-Anteile, auf Wertpapiere öffentlicher Stellen sowie Inhaberschuldverschreibungen von deutschen Kreditinstituten. Das für Liquiditätsrisiken bereitgestellte Limit im periodischen Risikotragfähigkeitskonzept wurde in 2014 – wie im Vorjahr – eingehalten.

2.4 Operationelle Risiken

Unter Operationellen Risiken sind die Risiken zusammengefasst, die zu Schäden für die Sparkasse infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge von externen Einflüssen führen können. In dieser Definition ist auch das Rechtsrisiko enthalten, d. h. die Gefahr von Schäden durch Rechtsprozesse, Klagen, etc.

Zur Identifizierung zukünftiger wesentlicher Schadenspotenziale werden jährlich Szenarien über mögliche Schadensereignisse aus den risikorelevanten Bereichen der Sparkasse und der Tochtergesellschaften erhoben und anschließend in Form einer Risikolandkarte dargestellt. Zur Schaffung einer einheitlichen Datenbasis und als Grundlage für die Ableitung von entsprechenden Maßnahmen werden des Weiteren die bereits eingetretenen Schäden aus Operationellen Risiken laufend in einer zentralen Schadensfalldatenbank erfasst.

Zur Begrenzung und Steuerung von Operationellen Risiken existieren aufgrund der vielschichtigen Ursachen diverse Regelungen und Verfahren in der Stadtsparkasse Oberhausen. Potenziellen Schäden durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeitern oder Dritten begegnet die Sparkasse mit entsprechenden Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit regelmäßig von der Internen Revision überwacht wird. Die fachliche Kompetenz der Mitarbeiter wird durch bedarfsgerechte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen gestärkt und im Rahmen eines periodischen Beurteilungssystems überprüft. Für technische Risiken wie den Ausfall technischer Geräte und der erforderlichen EDV-Programme existieren entsprechende Notfallkonzepte, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufes auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Ferner sollen Operationelle Risiken durch die Auswahl zuverlässiger Dienstleister vermindert werden. Darüber hinaus wurden Versicherungen abgeschlossen, die gegebenenfalls eintretende Vermögensschäden weitgehend abfangen sollen. Zur Umsetzung der Anforderungen des § 25h Abs. 1 KWG nimmt die Sparkasse die Dienstleistungen der □-Service Rhein-Ruhr GmbH in Anspruch, in der die hiermit verbundenen Tätigkeiten in einer zentralen Stelle angesiedelt sind.

Die Abwendung von Rechtsrisiken wird durch die Nutzung aktueller Vertragsvordrucke des Deutschen Sparkassen Verlages und bei außerhalb des Standards liegenden Verträgen durch die Einbindung unserer in die □-Service Rhein-Ruhr GmbH ausgelagerten Rechtsabteilung erreicht. Im Bedarfsfall bedienen wir uns zusätzlicher externer Rechtsberatung.

Der nach Berücksichtigung von Zahlungen aus Versicherungen, Haftungsfonds o. ä. verbleibende Nettoschaden aus originären Operationellen Risiken weist in der Stadtsparkasse Oberhausen wie in den Vorjahren auch im Jahr 2014 keine nennenswerte Höhe auf. Die festgelegten Limite für operationelle Risiken werden per 31.12.2014 deutlich eingehalten.

Mögliche Risiken im Rahmen von gerichtlichen Auseinandersetzungen existieren im Zusammenhang mit dem Ausfall eines ehemaligen Großkreditnehmers. Die Rechtsauffassung der Sparkasse, dass die entsprechenden Klagen unbegründet sind, wird durch externe Rechtsgutachten gestützt. Daneben wird die juristische Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse fortgeführt.

Ein weiteres Rechtsrisiko besteht aus möglichen Haftungsrisiken wegen fehlerhafter Widerrufsbelehrungen in Kreditverträgen. Das Risiko der Inanspruchnahme ist hierbei allerdings noch schwer abschätzbar. Auf der Grundlage der

bisher eingegangenen Kundenreklamationen haben wir lediglich in einem Einzelfall die Bildung einer Rückstellung zum 31.12.2014 für geboten erachtet. Da wir nicht ausschließen, dass aufgrund der Rechtsprechung künftig Darlehen vorzeitig abgelöst bzw. vor Ablauf der ursprünglich vorgesehenen Zinsbindungsdauer neue Zinsvereinbarungen getroffen werden, haben wir auf der Grundlage einer Schätzung, die im Wesentlichen auf den bisher eingegangenen Kundenreklamationen basiert, entsprechende Auswirkungen im Rahmen der „verlustfreien Bewertung des Bankbuchs“ gemäß IDW Rechnungslegungsstandard BFA 3 berücksichtigt.

2.5 Sonstige Risiken

Im Rahmen unseres periodischen Risikotragfähigkeitskonzeptes haben wir auch für das Absatzrisiko und das Aufwandsrisiko im Verwaltungskostenbereich durch die Reservierung von Risikodeckungsmasse Vorsorge getroffen. Das Absatzrisiko setzt sich dabei aus den Risikoarten Margenrisiko, Bestandsrisiko und Provisionsüberschussrisiko zusammen. Analog zum Vorjahr wurden die eingeräumten Risikolimite auch per 31.12.2014 eingehalten. Darüber hinaus berücksichtigt die Stadtsparkasse Oberhausen auch Modellrisiken in ihren periodischen und wertorientierten Risikotragfähigkeitskonzepten. Damit trägt die Sparkasse dem Risiko Rechnung, dass die hinter den zum Teil komplexen, im Rahmen der Banksteuerung verwendeten, Modellen stehenden Annahmen in der Praxis nicht oder nur teilweise eintreten. Da eine belastbare Quantifizierung dieses Risikos in der Vergangenheit noch nicht möglich war, wurde in 2014 ein Puffer als Risikolimit eingeräumt, wobei das Modellrisiko im periodischen Risikotragfähigkeitskonzept in das Zinsspannenrisiko mit einbezogen wurde.

In den letzten Jahren ist darüber hinaus das Reputationsrisiko verstärkt in den Fokus der Risikobetrachtung gerückt. Das Reputationsrisiko stellt für die Sparkasse ein Folgerisiko dar, da es i. d. R. dann (zusätzlich) entsteht, wenn andere wesentliche Risiken (z. B. operationelle oder Adressenausfallrisiken) schlagend werden. Negative Effekte bei Eintritt des Reputationsrisikos dürften sich insbesondere in Form eines Abzugs von Kundeneinlagen ergeben. Dieses Risiko wird implizit über das periodische Limit für Liquiditätsrisiken abgedeckt, welches per Ende 2014 allerdings nicht in Anspruch genommen wurde.

Zur Stabilisierung der Westdeutschen Landesbank AG (WestLB) wurde im Dezember 2009 die Errichtung einer Abwicklungsanstalt beschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Beteiligungsanteils verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem festgelegten Höchstbetrag zu übernehmen. Auf die Stadtsparkasse Oberhausen entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Somit besteht das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse nach Ablauf von 10 Jahren findet dann unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Analog zum Vorjahr wurde auch für das Geschäftsjahr 2014 eine entsprechende Vorsorge durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen.

3. Gesamtbild der Risikolage

Das Jahr 2014 war unter Risikogesichtspunkten durch eine sehr positive Entwicklung im Bereich des Kundenkreditgeschäfts geprägt, so dass eine für die Sparkasse historisch geringe Belastung aus der notwendigen Risikovorsorge des Jahres resultierte. Die eingeräumten Risikolimite im periodenorientierten Risikotragfähigkeitskonzept wurden somit nur zu einem geringen Teil ausgelastet. Auch im wertorientierten Risikotragfähigkeitskonzept zeigt sich die Risikoreduzierung im Kundenkreditgeschäft, so dass auch hier die Risikolimite deutlich eingehalten wurden. Trotz einer erneuten Abschreibung der Beteiligung an der Landesbank Berlin wurden auch die Limite für Beteiligungsrisiken eingehalten. Das weiterhin vorherrschende und nochmals reduzierte Zinsniveau führte zu einer Belastung des Zinsergebnisses. Das entsprechende periodische Risikolimit per Jahresende 2014 wird jedoch nicht überschritten. Aufgrund des vorherrschenden Zinsumfeldes sowie der rückläufigen Bestandsentwicklung im gewerblichen Kundenkreditgeschäft bildet das Zinsspannenrisiko einen Schwerpunkt im Rahmen des Risikocontrollings. In der wertorientierten Sichtweise kam es 2014 zu Überschreitungen des Limits für Zinsänderungsrisiken.

Durch die positive Marktentwicklung konnte im Bereich der Wertpapiere ein positives Bewertungsergebnis erzielt werden. Analog zum Vorjahr waren auch in 2014 auf Gesamthausebene sowohl die periodische als auch die wertorientierte Risikotragfähigkeit jederzeit gegeben. Die Gesamtlimitauslastungen lagen am 31.12.2014 periodisch bei 10,9 % bzw. wertorientiert bei 80,4 %. Insgesamt ist das Verhältnis der eingegangenen Risiken der Sparkasse zur Vermögens- und Ertragslage als angemessen zu bezeichnen; das Gesamtbankrisiko wird durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt.

Im Rahmen des Risikocontrollings legt die Stadtsparkasse Oberhausen aufgrund der in den letzten Jahren eingetretenen Belastungen ein besonderes Augenmerk auf die Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft. Dabei verfolgt die

Sparkasse weiterhin das Ziel, die Granularität ihres Kreditportfolios durch geeignete Maßnahmen zu erhöhen. Im Jahr 2014 wurde aus diesem Grund erneut die Möglichkeit der Teilnahme an einer Kreditbasket-Transaktion genutzt.

Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus der Finanzmarktkrise bilden die adressenrisikotragenden Wertpapiere im Depot A einen weiteren Schwerpunkt im Risikocontrolling. Diese Anlagen erfolgten im Rahmen der strategischen Vermögensallokation und dienen der langfristigen Anlage. Aufgrund der größtenteils guten Bonität der zum Jahresende im Depot A enthaltenen Emittenten wird erwartet, dass es in den nächsten Jahren zu keinen nennenswerten tatsächlichen Ausfällen kommen wird. Darüber kam es in der Struktur der Eigenanlagen im Jahr 2014 zu Verschiebungen zwischen Pfandbriefen und Termingeldern, wobei sich die granulare Struktur gemäß den definierten Volumenlimiten für Emittenten und Kontrahenten nicht maßgeblich verändert hat. Die Anlagen erfolgten dabei im Termingeldbereich, um die Mittel zur Rückführung institutioneller Refinanzierung im Jahr 2015 zu nutzen.

E. Prognosebericht

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Vom konjunkturellen Aufwind wird die deutsche Wirtschaft auch nach dem Jahreswechsel 2014/ 2015 profitieren. Kurzfristig ist der private Verbrauch die Hauptstütze der Belebung. Der reduzierte Außenwert des Euro eröffnet der Industrie trotz mäßiger Gangart der Weltwirtschaft erhöhte Absatzchancen außerhalb der Europäischen Währungsunion. Für 2015 erwartet die Bundesbank ein Wirtschaftswachstum von 1,0 %. Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung sowie das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung RWI rechnen mit einem Wachstum von 1,5 %.

Gemäß dem ifo Investitionstest 2015 werden im Zuge eines sich verbessernden Exportklimas die Bruttoanlageinvestitionen in 2015 voraussichtlich um 2,0 % steigen, wobei das Wachstum im Jahresverlauf an Dynamik gewinnt und die Ausrüstungsinvestitionen mit 2,6 % den größten Beitrag beisteuern.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte legen laut dem Institut für Weltwirtschaft 2015 um 3,7 % zu; die Sparquote beträgt im ersten Halbjahr 2015 10,4 % und im zweiten Halbjahr 8,1 %.

Angesichts des verhaltenen Wirtschaftswachstums rechnet der Sachverständigenrat mit einem leichten Anstieg der Erwerbstätigkeit um rund 150.000 Personen und weiterhin knapp 3 Millionen registrierten Arbeitslosen. Mit dem Mindestlohn und der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren sind jedoch Reformen eingeführt worden, die die zukünftige Arbeitsmarktentwicklung mit einiger Unsicherheit belasten. Das ifo Institut prognostiziert für 2015 eine nahezu konstant bleibende Arbeitslosenquote von 6,6 %.

Die derzeit verhaltene Preisentwicklung ist weit von der EZB-Zielinflationsmarke von 2 % entfernt. Dies ist vor allem auf stark gesunkene Ölpreise zurückzuführen, die konjunkturbelebend wirken dürften. Zusätzlich dämpfen Anpassungsprozesse in einigen Euro-Ländern die Preisentwicklung. Beide Faktoren sprechen trotz gegenwärtig geringer Teuerungsraten dafür, dass die Deflationsgefahr derzeit als gering einzustufen ist. Der Sachverständigenrat prognostiziert eine Inflationsrate von 0,7 %.

Die konjunkturelle Lage im Ruhrgebiet wird laut den regionalen Industrie- und Handelskammern von der Mehrzahl der Unternehmer als gut oder befriedigend bewertet. Allerdings trüben sich die Erwartungen ein. Es fehlen Signale, dass sich die Beschäftigungssituation weiter verbessern wird und die Inlandsnachfrage stellt für 55 % der Unternehmer den größten Unsicherheitsfaktor dar. Ebenso werden wegen wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen, wie der Einführung des Mindestlohns, Erweiterungsinvestitionen aufgeschoben. Die Preisentwicklung bei Energie- und Rohstoffpreisen hat sich insgesamt positiv entwickelt, stellt aber nach wie vor für die Industrie ein erhebliches Risiko dar. Die Exporterwartungen sind trotz anhaltender Ukrainekrise, Unruhen im Nahen Osten sowie der Lage in der Eurozone positiv. Der Konjunkturklimaindex bleibt mit 112 Punkten auf einem hohen Niveau, ist aber im Vergleich zur letzten Unternehmensbefragung im Herbst 2014 leicht rückläufig.

Wir gehen davon aus, dass sich für den regionalen Wirtschaftsraum Ruhrgebiet sowie die Stadt Oberhausen keine wesentlichen Unterschiede zu den zuvor beschriebenen, prognostizierten Entwicklungen für das Jahr 2015 ergeben werden.

2. Branchenentwicklung

In dem erwarteten günstigen Konjunkturumfeld wird insgesamt ein moderater Anstieg der Zinsen, insbesondere in den längeren Laufzeitbereichen, erwartet. Bedingt durch die weiterhin expansive Ausrichtung der EZB, die ihren Hauptrefinanzierungszins 2015 voraussichtlich unverändert bei 0,05 % belassen dürfte, sollte das Niveau allerdings, gemessen an der Vergangenheit, auf niedrigem Niveau bleiben. Mehrere Landesbanken rechnen für die 10-jährigen Bundesanleihen mit einem Niveau von 0,80 % zum Jahresende 2015 bzw. bis Mitte 2016.

Für 2015 wird ein weiterhin wettbewerbsintensives Marktumfeld am deutschen Bankenmarkt erwartet. Das weiterhin niedrige Zinsniveau dürfte auch in diesem Jahr einen Belastungsfaktor für die deutschen Banken darstellen. Die robuste

Einkommens- und Beschäftigungssituation in Deutschland und die insgesamt positiven Konjunkturaussichten dürften die Entwicklung der Kreditwirtschaft dagegen unterstützen.

Im Hinblick auf die Sicherstellung der zukünftig geforderten höheren Kernkapitalquoten dürfte sich der Trend zur Umschichtung der Aktivitäten in risiko-und margenarme Geschäftsfelder fortsetzen. Im Blickpunkt stehen hierbei vor allem inländische Firmenkunden mit guter Bonität, um die ein starker Wettbewerb unter Inkaufnahme von knappen Margen besteht.

Aus der im europäischen Vergleich deutlichen Überversorgung mit Bankdienstleistungen ergibt sich für alle Bankengruppen der Bedarf ihre Geschäftsmodelle zu überprüfen und Überkapazitäten weiter abzubauen.

3. Entwicklung der Stadtsparkasse Oberhausen

Die Verbesserung der Rentabilität über die Erhöhung der Erträge bei gleichzeitiger Reduktion der Verwaltungs- und Risikokosten und in Folge die Sicherung der Erfüllung der steigenden aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen (Basel III) stellen die zentralen Ziele unseres mittel- und langfristigen Handelns dar. Vor dem Hintergrund des kreditwirtschaftlichen Umfeldes (Stichwort Niedrigzinsniveau und den damit verbundene Ertragsbelastungen) stehen in den nächsten Jahren die konsequente Senkung der Verwaltungskosten sowie die Fortsetzung der Begrenzung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft auf niedrigem Niveau im Fokus unserer Anstrengungen. Hierzu haben wir in unserem internen Zukunftsprojekt „Stadtsparkasse Oberhausen 2020“ zahlreiche Maßnahmen erarbeitet. Zentrale Ansatzpunkte für die Reduzierung der Verwaltungskosten stellen die strategische Ausrichtung der eigenen Tochtergesellschaften sowie ein weiterer Mitarbeiterabbau dar. Die Fortführung der im Jahr 2014 beobachtbaren Entwicklung deutlich reduzierter Kreditrisikokosten wollen wir über eine weiterhin risikoorientierte Kreditpolitik, verbesserte Kreditprozesse, kontinuierliche Mitarbeiterfortbildung und ein effizientes Kreditrisikomanagement mit klaren regelbasierten Verfahren erreichen. Dazu zählt auch die Fortsetzung des Abbaus von Risikokonzentrationen.

Ausgehend von diesen übergeordneten Handlungsschwerpunkten erwarten wir die nachfolgend beschriebene Entwicklung für das Jahr 2015. Diese Einschätzungen haben Prognosecharakter. Trotz der vorhandenen Steuerungsinstrumente können die tatsächlichen zukünftigen Ergebnisse von dem zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes getroffenen Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen.

Im Privatkundenkreditgeschäft wird sich der starke Wettbewerb im Baufinanzierungsgeschäft mit anderen Anbietern fortsetzen. Hinzu kommt ein begrenztes Angebot an Baugebieten in unserem Geschäftsgebiet. Über eine noch intensivere Zusammenarbeit mit Vermittlern und Vermittlerplattformen, weiter standardisierten internen Prozessen sowie einer an der Wettbewerbssituation orientierten Konditionengestaltung wollen wir den Bestand an Wohnungsbaufinanzierungen moderat ausbauen.

Bei der Vermittlung von Konsumentenkrediten erwarten wir grundsätzlich eine Seitwärtsentwicklung. Allerdings wird im Laufe des Jahres 2015 die interne Arbeitsgruppe, die sich mit den Vor- und Nachteilen der Eigenproduktion des Konsumentenkreditgeschäftes auseinandersetzt, ihre Abschlussergebnisse vorlegen. Abhängig von diesen Ergebnissen kann es zu einer Substitution von vermittelten durch eigenproduzierte Konsumentenkredite kommen.

Im gewerblichen Kreditgeschäft gehen wir aufgrund unserer risikoorientierten Kreditpolitik und den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Trägergebiet von einer weiteren, allerdings deutlich abgeschwächten rückläufigen Entwicklung aus. Positive Impulse erwarten wir im Bereich der Kommunalkredite.

Trotz des niedrigen Zinsniveaus erwarten wir bei den Einlagenbeständen insgesamt eine Seitwärtsentwicklung. Allerdings wird sich der Rückgang der Margen in diesem Bereich massiv fortsetzen. Beim in den letzten Jahren vorherrschenden Trend hin zu den variablen Einlagen erwarten wir auch im Jahr 2015 keine Änderung.

Insgesamt erwarten wir, insbesondere aufgrund der prognostizierten positiven Entwicklung im Bereich der Kommunalkredite, eine leichte Steigerung des Kundengeschäftsvolumens. Bei der Entwicklung der Bilanzsumme gehen wir aufgrund eines weiteren strategiekonformen Abbaus institutioneller Geschäfte hingegen von einem deutlichen Rückgang aus.

Schwerpunkte im Bereich des provisionstragenden Vermittlungsgeschäfts bilden die Versorgung unserer Kunden mit Altersvorsorge- sowie Bausparprodukten, das Vermittlungsgeschäft mit Konsumentenkrediten sowie das Kundenwertpapiergeschäft. Im Unternehmenskundenbereich bildet die Vermittlung von derivaten Produkten und Lösungen im Auslandsgeschäft ein weiteres wichtiges Standbein. Insgesamt ergibt sich für das provisionstragende Vermittlungsgeschäft eine differenzierte Erwartungshaltung. Während im Bauspar- sowie im Auslands- und Derivategeschäft keine Belebung gegenüber dem Vorjahr erwartet wird, gehen wir bei der Vermittlung von Versicherungsprodukten sowie im Bereich des Wertpapiergeschäftes von einem leichten Anstieg aus.

Das Fördervolumen aus Spenden, Stiftungen und Sponsoring wird sich im Jahr 2015 auf wiederum hohem, voraussichtlich aber in Summe leicht reduziertem Niveau bewegen. Hinsichtlich der Mitarbeiterzahl zeichnet sich eine

sinkende Tendenz ab. Insbesondere für das Jahr 2015 erwarten wir eine stark rückläufige Entwicklung als Folge der getroffenen Ausstiegs- bzw. Altersteilzeitvereinbarungen.

Auf Basis unserer Planungsrechnungen gehen wir trotz der positiven Ergebniseffekte aus dem weiteren Abbau des institutionellen Geschäftes vor dem Hintergrund des sich weiter reduzierten und abgeflachten Zinsniveaus für das Jahr 2015 von einem deutlich rückläufigen ordentlichen Zinsergebnis aus. Das Zinsergebnis bleibt allerdings weiterhin die wichtigste Ertragsposition. Auf Basis unserer Zinseinschätzung werden wir auch im Jahr 2015 im Rahmen unserer Risikotragfähigkeit die Möglichkeit zur Generierung von Erträgen aus der Fristentransformation nutzen, aufgrund der beschriebenen Zinsentwicklung allerdings in abgeschwächter Form.

Für das ausgewiesene Provisionsergebnis erwarten wir hingegen eine leichte Steigerung. Hintergrund ist v. a. die im zweiten Quartal 2015 geplante Anpassung der Preise im Privatgirobereich, die die erwarteten Rückgänge in einzelnen Provisionsbereichen überkompensieren dürfte. Insgesamt bleiben die Erträge aus dem Giroverkehr somit auch im Jahr 2015 eine wesentliche Stütze des Provisionsergebnisses.

Bei den ausgewiesenen Verwaltungsaufwendungen erwarten wir insgesamt eine Entwicklung auf Vorjahresniveau. Dabei steht einem leicht sinkenden Personalaufwand ein moderat steigender Sachaufwand gegenüber. Bezogen auf den bundeseinheitlichen Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation, bei dem eine Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ergebnispositionen erfolgt, erwarten wir eine analoge Entwicklung.

Im Kreditgeschäft gehen wir aufgrund der in der Vergangenheit konsequent vorgenommenen Vorsorge für latente Kreditrisiken, der risikoaversen Kreditpolitik sowie dem positiven konjunkturellen Umfeld auch im Jahr 2015 von einer nur moderaten Belastung des Jahresergebnisses aus. Auch beim Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft erwarten wir unter Berücksichtigung unserer Kapitalmarktprognose keine wesentlichen Belastungen.

Aus den Maßnahmen zur Stabilisierung der WestLB AG heraus wird die Sparkasse, wie in der Risikoberichterstattung unter dem Punkt „Sonstige Risiken“ dargestellt, in den nächsten Jahren einen Teil ihres Gewinnes als bilanzielle Vorsorge in den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB einstellen. Nach den getroffenen Vereinbarungen ist der Fonds auch im Jahr 2015 mit rund 1,3 Mio. € zu dotieren.

Risiken für den erwarteten Unternehmenserfolg stellen weitere Bestandsrückgänge im Bereich der Kundenforderungen, ein sich noch verstärkender Wettbewerb im Bereich der privaten Baufinanzierung, eine mögliche negative konjunkturelle Entwicklung verbunden mit steigenden Kreditrisiken, ein massiver schneller Zinsanstieg, ein weiterer Rückgang bzw. eine weitere Verflachung der Zinskurve sowie neue Belastungen an den Kapitalmärkten durch eine Eskalation bestehender oder neuer Krisenherde dar.

Unter Würdigung aller genannten Risiko- und Belastungsfaktoren, der erwarteten Geschäftsentwicklung und der weiteren Umsetzung unseres Kostensenkungs- und Optimierungsprogrammes gehen wir für das Jahr 2015 zusammenfassend von einer leicht rückläufigen ordentlichen Ergebnissituation aus. In Kombination mit der oben beschriebenen Prognose einer weiterhin moderaten Belastung aus dem Bewertungsergebnis Kreditgeschäft erwarten wir einen gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufigen Jahresüberschuss, der wiederum eine Stärkung des Eigenkapitals der Stadtsparkasse Oberhausen zulässt.

Die Zahlungsfähigkeit der Stadtsparkasse Oberhausen wird auf Basis der vorausschauenden Liquiditätsplanung jederzeit gegeben sein. Dies beinhaltet auch die Einhaltung der neuen Liquiditätsanforderungen aus der europäischen CRR-Verordnung.

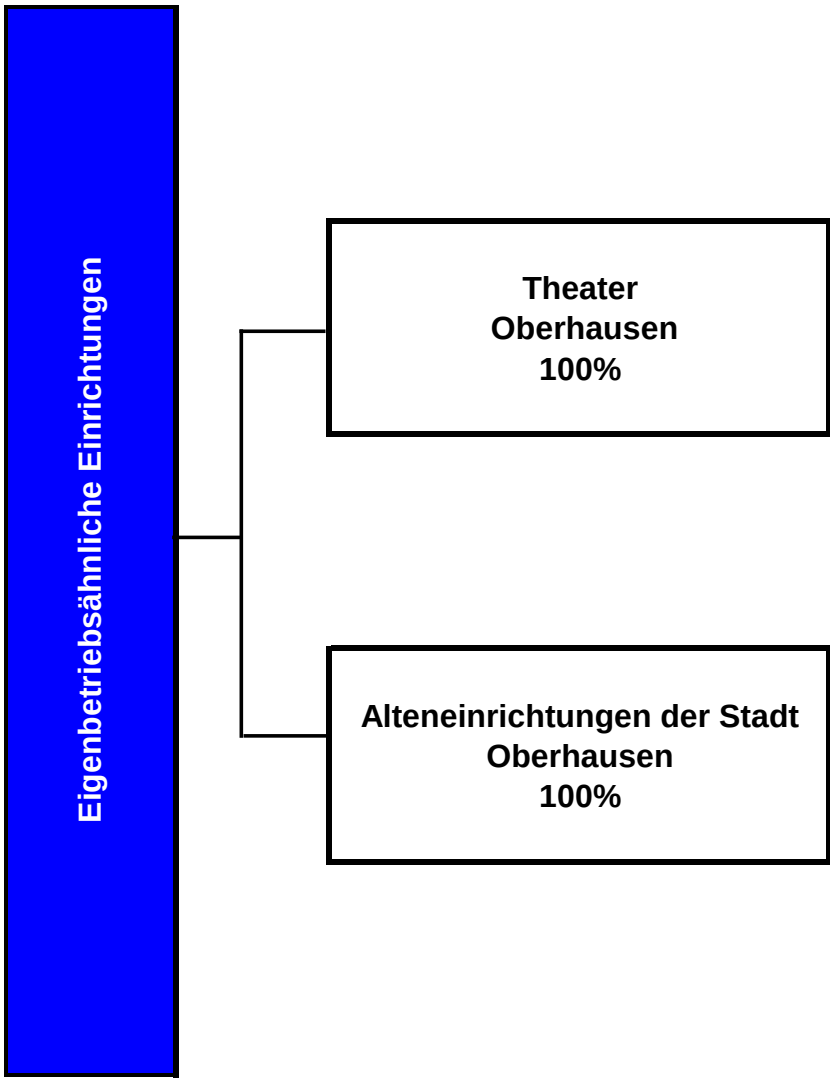
Die ebenfalls der zum 01.01.2014 in Kraft getretenen CRR-Verordnung entstammenden neuen gesetzlichen Eigenmittelanforderungen sehen bei einzelnen Eigenmittelbestandteilen eine nur noch teilweise bzw. abschmelzende Anerkennung vor. Dieser Effekt wird allerdings durch die positiven Auswirkungen des Jahresabschlusses 2014 überkompensiert, so dass es per Saldo zu einer leichten Steigerung der Eigenmittel sowie der Eigenmittelquote kommt. Die aufsichtsrechtlichen Mindest-Eigenmittelanforderungen werden wir somit auch weiterhin deutlich übertreffen.

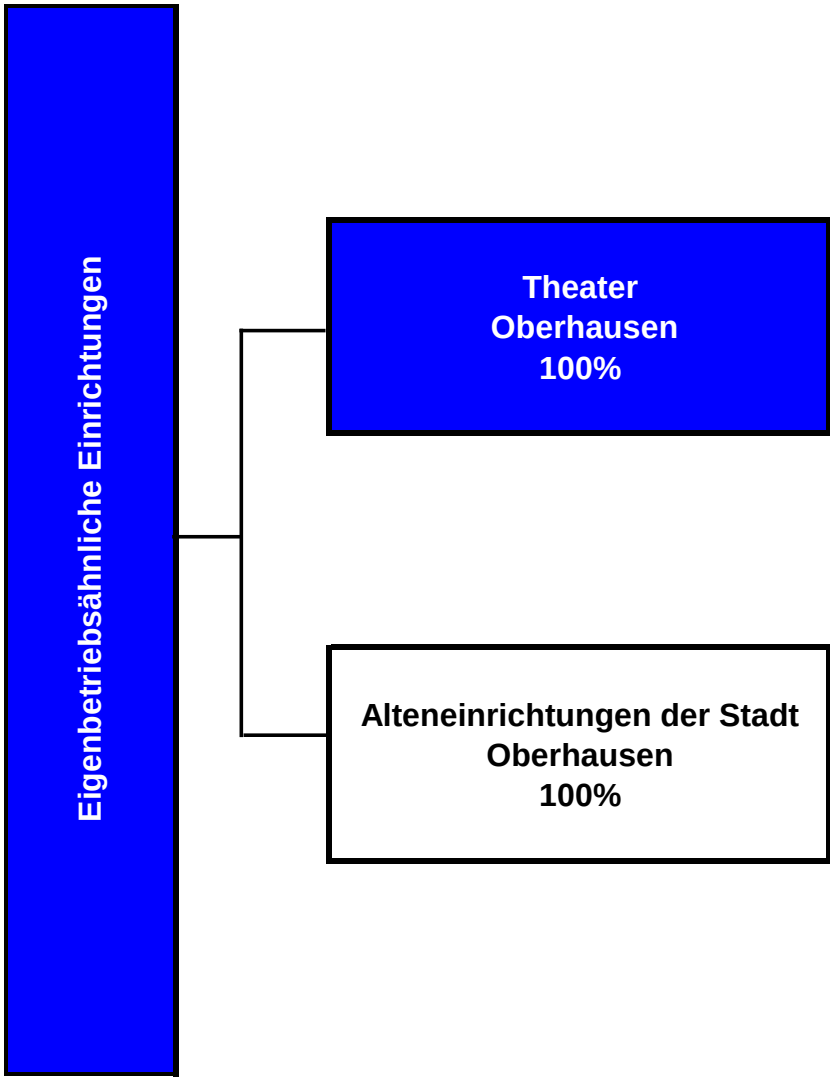
STADTSPARKASSE OBERHAUSEN

Oberhausen, im Mai 2015

Uppenkamp Salhofen Mebus Gäng

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen




Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
Theater Oberhausen 100%
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 100%

Theater Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Ebertstr. 82
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85780
Fax	0208/8578325
e-Mail	info@theater-oberhausen.de
Internet	www.theater-oberhausen.de/

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb
Stammkapital in TDM: 100,00

Gesellschafter:	**TDM**	**%**
Stadt Oberhausen	100,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Das Theater der Stadt Oberhausen bildet eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung und wird auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betreibssatzung geführt.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Treuhandüberlassungsvertrag vom 01.12.1998 zur Nutzung des Grundstücks (inkl. Gebäude) Ebertstraße 82 einschließlich fest verbundener Einbauten sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung des Theaters
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Vertrag über die Anmietung der Probebühne vom 01.10.1998

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Betriebsleiter	Carp, Peter
	Betriebsleiter	Hennemann, Jürgen
Betriebsausschuss:	Vorsitzender	Schranz, Daniel
	Mitglied	Arlt, Gerd
	Mitglied	Barwanietz, Thomas
	Mitglied	Brodrick, Helmut
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Cordes, Hubert
	Mitglied	Derksen, René
	Mitglied	Dittmeyer, Jürgen
	Mitglied	Dröhne, Manuel
	Mitglied	Dubbert, Karin

Mitglied	Erkens, Daniel
Mitglied	Flecken, Sebastian
Mitglied	Flore, Manfred
Mitglied	Gödderz, Sandra
Mitglied	Kauenhowen, Eva
Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
Mitglied	Köster, Volker
Mitglied	Lepges, Gerd
Mitglied	Mersmann, Ingo
Mitglied	Sahin, Bülent
Mitglied	Sommer, Udo
Mitglied	Telli, Ercan
Mitglied	Wolter, Marita
stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
stellv. Mitglied	Benter, Christian
stellv. Mitglied	Bongers, Sonja
stellv. Mitglied	Bramorski, Stephan
stellv. Mitglied	Prof. Dr. Günter, Roland
stellv. Mitglied	Haller, Thomas
stellv. Mitglied	Ilhan, Nuran
stellv. Mitglied	Kösling, Anja
stellv. Mitglied	Lösken, Hans-Bernd
stellv. Mitglied	Luchmann, Volker
stellv. Mitglied	Mertens, Ursula
stellv. Mitglied	Nowak, Annemarie
stellv. Mitglied	Radtke, Dorothee
stellv. Mitglied	Runkler, Edith
stellv. Mitglied	Schneider, Josef
stellv. Mitglied	Schucker, Rainer
stellv. Mitglied	Stöck, Gerold
stellv. Mitglied	Tscharke, Hans Josef
stellv. Mitglied	Tüzün, Saadettin
stellv. Mitglied	Walther, Andrea-Cora
stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
stellv. Mitglied	Wolter, Horst
stellv. Mitglied	Wrobel, Hans-Günter

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	893,26	88,7	699,90	86,2	797,41	87,3	97,51	13,93
Rechnungsabgrenzungsposten	114,03	11,3	112,48	13,8	116,09	12,7	3,61	3,21
Bilanzsumme	**1.007,29**	**100,00**	**812,38**	**100,00**	**913,50**	**100,00**	**101,12**	**12,45**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	98,88	9,8	97,80	12,0	102,44	11,2	4,64	4,74
Rückstellungen	473,86	47,0	445,70	54,9	439,95	48,2	-5,75	-1,29
Verbindlichkeiten	434,55	43,1	268,87	33,1	341,11	37,3	72,24	26,87
Rechnungsabgrenzungsposten					30,00	3,3	30,00	
Bilanzsumme	**1.007,29**	**100,00**	**812,38**	**100,00**	**913,50**	**100,00**	**101,12**	**12,45**

bb) GuV

	2012	**2013**	**2014**
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	629,48	663,03	490,98
sonstige betriebliche Erträge	9.437,12	8.856,46	9.270,93
Materialaufwand	1.279,72	825,77	878,26
Personalaufwand	6.593,52	6.768,26	6.786,16
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.187,49	1.918,86	2.087,71
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,09	1,91	0,46
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5,77	4,70	9,33
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	5,77	4,70	9,33
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	5,77	4,70	9,33

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2012	**31.07.2013**	**31.07.2014**	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,92	0,71	1,90	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,20	5,04	10,02	%
Cash-Flow:	5,77	4,70	9,33	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	81,51	79,46	80,68	T€
Personalaufwandsquote:	65,50	71,10	69,52	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2012	**31.7.2013**	**31.7.2014**	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	9,82	12,04	11,21	%
Fremdkapitalquote:	90,18	87,96	88,79	%

e) Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Das Theater Oberhausen wird als Öffentliche Einrichtung in der Rechtsform einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung betrieben und hat aufgrund seiner Satzung vom 19. Juni 2006 den Auftrag , die Darstellende Kunst mit Durchführung von Theateraufführungen und mit der Öffnung zu anderen Kunstgattungen zu fördern. Es betreibt dabei auch ein Kinder- und Jugendtheater. Das Theater Oberhausen wird nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) und nach den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt. Das Theater Oberhausen wird überwiegend öffentlich finanziert und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung (AO).

Die Stadt Oberhausen ist eine im Strukturwandel befindliche Stadt im westlichen Ruhrgebiet mit ca. 215.000 Einwohnern. Weitere theatertragende Städte im Umfeld sind Duisburg, Moers, Essen und Gelsenkirchen.

Ertragslage

In Klammern : jeweils der Vorjahreswert

In der Spielzeit 2013/14 wurden in Oberhausen 324 (360) Veranstaltungen mit 54.384 (60.102) Besuchern durchgeführt. Die Platzausnutzung der eigenen Produktionen betrug 67,5 % (68,9 %) der angebotenen Plätze. Der Spielplan umfasste im Großen Haus 16 (18), im Malersaal 10 (9) und in Außenspielstätten und Rauchbar 3 (5) Produktionen bzw. Veranstaltungsreihen. Ferner fanden 34 (31) Gastspiel- und Sonderveranstaltungen statt.

Das Theater Oberhausen gastierte mit 6 (5) eigenen Abstechern.

Entwicklung der **Umsatzerlöse:**

	31.07.13 EUR	31.07.14 EUR
Eintrittseinnahmen und Abstecher	663.026,59	490.984,80

Das wirtschaftliche Ergebnis schloss mit einem Jahresüberschuss von EUR 9.330,69(Vorjahr EUR 4.696,93) ab.

Die **Erträge** lagen um TEUR 325 über dem Planansatz. Die Mehreinnahmen betreffen im Wesentlichen die Einnahmen aus Landes- und projektbezogenen Sonderzuschüssen.

Auf der Kostenseite lagen die **Personalkosten** um TEUR 152 unter dem Planansatz.

Mehraufwendungen bei den **Sachkosten** (TEUR 468) betreffen im Wesentlichen

Bühnenausstattung (TEUR 98), Gebäudekosten (TEUR 189) und Werbung (TEUR35).

Die Entwicklung im Bereich Personal stellt sich wie folgt dar:

Zahl der Beschäftigten	1.8.13	31.7.14	Veränderung
Künstler u. Künstl.-techn-Pers.	59,5	57,5	-2,0
Verwaltungspersonal	9,8	9,9	0,10
Arbeiter	50,5	53,5	3,00
	119,8	120,9	1,10

Der Aufwand betrug TEUR 3.037 für Künstler und BTT –Kräfte und TEUR 2.804 für Beschäftigte nach TVöD. Gesetzliche und tarifvertragliche Sozialaufwendungen beliefen sich auf TEUR 1.368. Im Aufwand für das Künstl. Pers. sind auch Kosten für Gastschauspieler, -Regisseure und –Ausstatter enthalten.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

	31. Juli 2013		31. Juli 2014		Verän-
	TEUR	%	TEUR	%	derung
Unfertige Ausstattungen	29	3,6	52	5,7	23
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6	0,7	4	0,4	-2
Forderungen an die Stadt Oberhausen	13	1,6	151	16,5	138
Übrige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	648	79,8	649	71,1	1
Kasse / Bank	116	14,3	58	6,3	-58
Gesamtvermögen	812	100,0	914	100,0	102
Rücklagen	68	8,4	64	7,0	-4
Gewinn	30	3,7	38	4,2	8
Eigenkapital	98	12,1	102	11,2	4
Sonstige Rückstellungen	446	54,9	440	48,1	-6
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	191	23,5	228	24,9	37
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	77	9,5	144	15,8	67
Kurzfristiges Fremdkapital	714	87,9	812	88,8	98
Gesamtkapital	812	100,0	914	100,0	102

Das **Eigenkapital** entwickelte sich wie folgt:

	01.08.2013	Zuführung	Auflösung	31.07.2014
Eingefordertes gezeichnetes Kapital	0,00	0,00	0,00	0,00
Allg.Rücklage	14.366,02	0,00	0,00	14.366,02
Zweckgebundene Rücklage				
Rücklage	53.685,69	0,00	3.579,04	50.106,65
Gewinn	29.750,21			
Aufl. zweckgeb.Rücklage		3.579,04	0,00	
Gewinnausschüttung			4.696,93	
Jahresüberschuss		9.330,69	0,00	
Gewinn				37.963,01
	97.801,92	12.909,73	8.275,97	102.435,68

Entwicklung der Rückstellungen:

	01.08.2013	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	31.07.2014
Instandhaltung	58.400,00	39.693,30	18.706,70	0,00	0,00
Zuwendung 13. Gehalt	87.500,00	87.500,00	0,00	87.500,00	87.500,00
Jahresabschlussprüfung	22.700,00	22.474,80	225,20	25.000,00	25.000,00
Sanierung Lüftungsanlage	25.000,00	14.741,29	10.258,71	0,00	0,00
Übrige	252.102,47	58.983,30	5.064,42	139.400,00	327.454,75
	445.702,47	223.392,69	34.255,03	251.900,00	439.954,75

Risikobericht

Die bestandsgefährdenden Risiken werden regelmäßig im Rahmen des Risikomanagements überprüft. Durch fachlich begleitete Betriebsbegehungen sowie die regelmäßige Wartung und Instandsetzung der Anlagen kann die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls der Anlagen verringert werden. Erst 2012 wurden rd. TEUR 270 zur Sicherstellung der Betriebs- und Arbeitssicherheit der technischen Anlagen aufgewendet. Auch den Folgen Höherer Gewalt (z.B. die Vernichtung eines Teil oder des gesamten Theatergebäudes, der Werkstätten und Probebühnen) wird durch regelmäßige Maßnahmen des Brandschutzes, turnusmäßige TÜV- bzw. Sachverständigenprüfungen und Wartungspläne für die maschinellen Anlagen begegnet.

Den entsprechenden Maßnahmen wird durch ausreichende Vorsorge im Wirtschaftsplan Rechnung getragen. Der Versicherungsschutz wird durch den Rechtsbereich der Stadt Oberhausen sichergestellt. Auch weniger gravierenden Risiken wird durch angemessene organisatorische Maßnahmen begegnet.

Das Besucherverhalten wird in regelmäßigen Sitzungen analysiert.

Veränderungen des Kommunalen- und des Landeszuschusses unterliegen nicht den Handlungsmöglichkeiten der Theaterleitung.

Prognosebericht

Zur künftigen Entwicklung ist unverändert festzustellen, dass die Lebensfähigkeit des Theaters von der Bezuschussung durch die Stadt Oberhausen abhängig ist. Hinsichtlich der voraussichtlichen Entwicklung muss weiterhin auf die äußerst angespannte Haushaltslage der Stadt Oberhausen verwiesen werden. Für das Wirtschaftsjahr 2014/15 liegt ein mit Datum vom 03.02.2014 durch den Rat der Stadt Oberhausen beschlossener Wirtschaftsplan vor, welcher einen städtischen Zuschuss in Höhe von TEUR 8.190 ausweist. Vor diesem Hintergrund gehen wir von einem ausgeglichenen Ergebnis für 2014/15 aus,

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat mit Datum vom 8.9.2008 die Stadt Oberhausen mit Bezug auf § 82 GO unter vorläufige Haushaltsführung gestellt. Aufgrund des Stärkungspaktes für überschuldete Kommunen (§ 76 GO NRW) ist die Stadt Oberhausen verpflichtet, ab 2012 für zehn Jahre durchschnittlich mindestens 40 Mio. EUR p.a. einzusparen. Nach dem Haushaltssicherungsplan (HSP) 2012 soll durch massive Einsparungen und Einnahmeverbesserungen bereits 2016 der Haushaltsausgleich erfolgen und der Gesamthaushalt der Stadt bis 2021 ausgeglichen sein.

Das Theater Oberhausen soll im Rahmen des HSP ab 2015 jährlich durch „Zusammenarbeit mit einem anderen Kommunalen Theater (Fusion, Kooperation, Neugründung einer gemeinsamen Gesellschaft)“ 2 Mio. EUR einsparen. Ein solcher Partner steht derzeit nicht zur Verfügung.

Gemäß HSP 2013 ff hält der Rat der Stadt weiterhin die Existenz der städtischen Bühnen für unverzichtbar. Das Theater hat in der Zeit von 2008 bis heute rd. 1.100 TEUR jährlich eingespart. Diese Vorgaben waren ohne eine grundsätzliche Gefährdung des Theaterbetriebes umsetzbar. Darüber hinausgehende Einsparmaßnahmen würden allerdings die Fortführung des Theaters in seiner jetzigen Form mit Sicherheit infrage stellen.

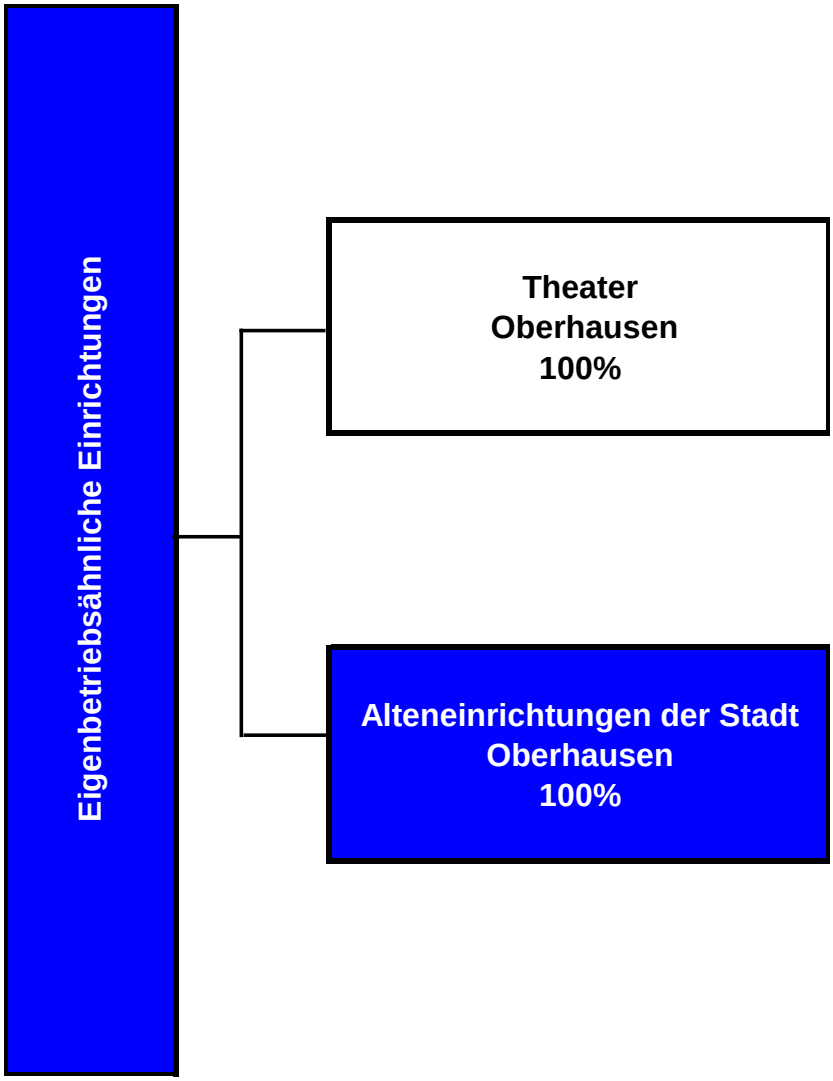
Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben

Oberhausen, den 9.Januar 2015

Theater Oberhausen, Betriebsleitung

Peter Carp Jürgen Hennemann


Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
Theater Oberhausen 100%
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 100%

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp Str. 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/6911
Fax	0208/691770
e-Mail	udo.spiecker@oberhausen.de
Internet	www.aso-ggmbh.de/

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb
Stammkapital in TDM: 3.500,00

Gesellschafter:	**TDM**	**%**
Stadt Oberhausen	3.500,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die "Ellly-Heuss-KnappStiftung" und das Louise-Schroeder-Heim" bilden einen Eigenbetrieb und werden auf der Grundlage der entsprechenden Regelungen der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebssatzung geführt.

Zweck des Eigenbetriebs ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie die ambulante und stationäre Pflege alter Menschen (Personenkreis im Sinne des § 53 der Abgabenordnung).

Der Eigenbetrieb führt den Namen "Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen".

Der Eigenbetrieb verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch den Betrieb und die Unterhaltung der in Absatz 1 genannten Einrichtung.

Der Eigenbetrieb ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mittel des Eigenbetriebes dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Eigenbetriebs fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Die Stadt Oberhausen erhält bei der Auflösung des Eigenbetriebs oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitaleinlagen und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Der Geschäftsbetrieb der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung liegt jedoch seit der erfolgten Ausgründung der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH seit dem 01.01.2002 ausschließlich in der reinen Vermögensverwaltung, d. h. in der Verwaltung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe Elly-Heuss-Knapp-Stiftung und Louise-Schroeder-Heim. Aufgrund der zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und ASO gGmbH abgeschlossenen Pachtverträge obliegen Instandhaltungen sowie eventuelle Pächtereinbauten allein der ASO gGmbH, während gebäudebezogene Investitionen im handels- und steuerrechtlichen Sinne über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung abzuwickeln sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
Diverse	Mietverträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2014)

Geschäftsführung:	Betriebsleiter	Spiecker, Udo
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied	Bennewa, Helmut
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Brands, Beatriks
	Mitglied	Breuckmann, Ludgerus
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Hansen, Heike
	Mitglied	Kamps, Jochen
	Mitglied	Kösling, Anja
	Mitglied	Lampe, Siegfried
	Mitglied	Lenz, Eugen
	Mitglied	Matzat, André
	Mitglied	Opitz, Stefanie
	Mitglied	Pascheberg, René
	Mitglied	Pusch, Jörg
	Mitglied	Radtke, Dorothee
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Walther, Andrea-Cora
	Mitglied	Werner, Yannah
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	stellv. Mitglied	Bramorski, Stephan
	stellv. Mitglied	Derksen, René
	stellv. Mitglied	Hake, Michael
	stellv. Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
	stellv. Mitglied	Hoffmann, Heiko
	stellv. Mitglied	Kirsten, Hildegard
	stellv. Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	stellv. Mitglied	Laß, Heike
	stellv. Mitglied	Lösken, Hans-Bernd
	stellv. Mitglied	Paß, Eugen
	stellv. Mitglied	Prakken, Jolanta
	stellv. Mitglied	Rubin, Dirk
	stellv. Mitglied	Rudl, Rainer
	stellv. Mitglied	Schikorra-Känder, Sabine
	stellv. Mitglied	Spanke, Sigrid
	stellv. Mitglied	Sporkmann, Bernhard
	stellv. Mitglied	Stelzer, Johannes
	stellv. Mitglied	Weirich, Detlef
	stellv. Mitglied	Werdelmann, Andreas
	stellv. Mitglied	Wesely, Kai
	stellv. Mitglied	Wolter, Horst
	stellv. Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		2014		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	25.837,06	89,7	24.926,26	89,0	24.130,53	88,8	-795,73	-3,19
Umlaufvermögen	2.980,72	10,3	3.080,00	11,0	3.050,11	11,2	-29,89	-0,97
Bilanzsumme	**28.817,78**	**100,00**	**28.006,26**	**100,00**	**27.180,64**	**100,00**	**-825,62**	**-2,95**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	5.023,47	17,4	5.227,33	18,7	5.482,19	20,2	254,86	4,88
Sonderposten mit Rücklagenanteil	552,20	1,9	533,79	1,9	515,38	1,9	-18,41	-3,45
Rückstellungen	304,57	1,1	260,75	0,9	171,43	0,6	-89,32	-34,26
Verbindlichkeiten	22.937,54	79,6	21.984,38	78,5	21.011,65	77,3	-972,73	-4,42
Bilanzsumme	**28.817,78**	**100,00**	**28.006,26**	**100,00**	**27.180,64**	**100,00**	**-825,62**	**-2,95**

bb) GuV

	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.352,12	2.290,19	2.247,16
sonstige betriebliche Erträge	22,41	22,29	107,98
Abschreibungen	958,59	923,18	916,12
sonstige betriebliche Aufwendungen	382,33	422,45	450,65
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	28,08	3,70	1,65
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	815,86	747,53	716,01
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	245,84	223,01	274,01
sonstige Steuern	19,16	19,16	19,16
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	226,68	203,86	254,85
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	226,68	203,86	254,85

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,64	8,90	11,34	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,73	4,06	4,88	%
Cash-Flow:	1.185,27	1.127,04	1.170,98	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,66	89,00	88,78	%
Eigenkapitalquote:	17,43	18,66	20,17	%
Fremdkapitalquote:	82,57	81,34	79,83	%

e) Lagebericht

I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Der ASO-Verbund

Der ASO-Verbund besteht aus den beiden privatrechtlichen Gesellschaften „ASO Alteeinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ und „ASO Service GmbH“ sowie aus der öffentlich-rechtlichen eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“.

Dieser Lagebericht bezieht sich ausschließlich auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung.

Entsprechend der aktuellen Betriebssatzung vom Mai 2006 liegt der Geschäftsbetrieb der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung in der vermögensrechtlichen Erhaltung, Verwaltung und Weiterentwicklung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe zur Ermöglichung der Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie der ambulanten und der stationären Pflege in der Regel alter Menschen. Der Zweck der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung liegt somit nicht im operativen Bereich der pflegerischen Dienstleistungspalette, sondern in der reinen Vermögensverwaltung.

Organe der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung sind gemäß Eigenbetriebsverordnung und Betriebssatzung der Betriebsausschuss und der Betriebsleiter. Die Aufgaben des Betriebsausschusses werden von den Mitgliedern des Sozialausschusses wahrgenommen. Betriebsleiter ist Herr Udo Spiecker.

Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

Die Nutzung der sich über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Grundstücks- und Gebäudekomplexe richtet sich zunächst nach den beiden Pachtverträgen, die am 20. Juni 2002 zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH abgeschlossen worden sind. Danach ist die ASO gGmbH als Pächterin verpflichtet, die Substanz des gepachteten Anlagevermögens zu erhalten und zu erneuern. Dazu führt die Pächterin eigenverantwortlich Unterhaltungs- und Instand-haltungsarbeiten im Bereich der Einrichtungen für eigene Rechnung durch und übernimmt somit sämtliche mit der Abwicklung dieser Baumaßnahmen verbundenen Aufwendungen. Die Bausubstanz betreffende Investitionen (Erweiterung, Neubau), soweit es sich nicht um sogenannte Pächtereinbauten handelt, sind alleinige Sache der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung als Verpächterin, die sich zur Umsetzung ihrer Projekte der Pächterin bedient. Pächtereinbauten sind vor Beginn der jeweiligen Maßnahme mit der Verpächterin abzustimmen.

Gebäudebezogene Investitionen im handels- und steuerrechtlichen Sinne sind, wie bereits vor Gründung der ASO gGmbH im Jahre 2001, über die vermögensverwaltende eigenbetriebsähnliche Einrichtung abzuwickeln, da die ASO gGmbH die hierfür entstehenden Kosten nicht bilanziell aktivieren kann (Investition in fremdes Eigentum).

Der sich auf die Elly-Heuss-Knapp-Stiftung beziehende Pachtvertrag vom 20. Juni 2002 wurde am 22.12.2006 dahingehend redaktionell verändert, dass eindeutig klargestellt wurde, dass Sonderabschreibungen von der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung getragen werden müssen und nicht in den von der ASO gGmbH zu tragenden Pachtzins einbezogen werden können.

Durch eine weitere Änderung des Pachtvertrages vom 22.12.2006 wurde die zum „Haus Bronkhorstfeld“ gehörende Grundstücksfläche und die zu ihm gehörende Gebäudesubstanz aus der Pachtzinsberechnung vom 20.06.2002 herausgelöst und insoweit auf die besonderen Regelungen des Pachtvertrages vom 22.12.2006 zwischen der eigen-betriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH für das neu errichtete „Haus Bronkhorstfeld“ verwiesen.

Nach vorangegangener Beschlussfassung durch den Betriebsausschuss wurde hinsichtlich der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung im Juli 2009 die dritte Änderung des Pachtvertrages vom 20.06.2002 vertraglich vereinbart. Danach wurde die bislang im Wesentlichen mit Haus II bebaute Grundstücksfläche ausparzelliert und besonderen vertraglichen Regelungen unterworfen.

Diese sehen für diese Teilfläche eine Pachtdauer von 50 Jahren vor, verpflichten den ASO-Eigenbetrieb als Verpächterin zum Abriss der auf der Teilfläche befindlichen Gebäudesubstanz und berechtigen die ASO gGmbH als Pächterin, die überlassene Fläche zu satzungsgemäßen Zwecken zu nutzen, insbesondere zu bebauen und an Dritte weiterzuverpachten. Der Pachtzins setzt sich zusammen aus einem einmaligen Zuschuss für den vom ASO-Eigenbetrieb zu tragenden Abriss von Haus II (in 2010) und dauerhaft jährlichen Zuschüssen in Höhe der noch auf Haus II liegenden jährlichen Darlehensverpflichtungen.

Weiterentwicklung der Gebäudestruktur der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung

Mit dem Abriss von Haus II der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung und der im Juli 2009 vereinbarten dritten Änderung des Pachtvertrages vom 20.06.2002 sollten die Voraussetzungen für die Errichtung eines Ersatzneubaus geschaffen werden. Dieser sollte entsprechend der Ratsentscheidung aus Februar 2009 auf der Abrissfläche errichtet werden, und zwar über die ASO gGmbH.

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen wurden jedoch von dieser die mit dem Bau gegebenenfalls verbundenen Risiken als zu hoch eingeschätzt, so dass der Aufsichtsrat der ASO gGmbH sich im Dezember 2009 für die Alternative des Wirtschaftsplans 2010 entschieden hatte, die den ursprünglich geplanten Neubau nicht mehr vorsah. Die abschließende Entscheidung durch die politischen Gremien wurde im Frühjahr 2010 getroffen. Der Rat der Stadt beschloss am 03.05.2010, von dem ursprünglich geplanten Ersatzneubau abzusehen und den Heimbetrieb im „Haus am Brunnen“ (Haus I) spätestens bis zum Ablauf der von Feuerwehr und Bauordnung akzeptierten Übergangsfrist (30.06.2011) einzustellen.

Zugleich wurde vom Rat beschlossen, nach Einstellung des Heimbetriebs das „Haus am Brunnen“ abzureißen und die mit dem Abriss verbundenen Kosten von der ASO gGmbH tragen zu lassen. Ferner wurde diese verpflichtet, auch die auf dem Haus noch liegenden Darlehensverpflichtungen ebenfalls dauerhaft auch nach dem Abriss zu tragen.

Der Rat der Stadt und der ASO-Aufsichtsrat hatten sich nicht nur gegen den Ersatzneubau, sondern auch dafür ausgesprochen, für die durch den Abriss von „Haus am Brunnen“ frei werdende Fläche Nutzungsalternativen unter der Prämisse Wohnen, Betreuen und Versorgen älterer Menschen zu erarbeiten. Zugleich wurde der Geschäftsführer der ASO gGmbH von deren Aufsichtsrat beauftragt, mit der Stadt Oberhausen als Grundstückseigentümerin Kaufverhandlungen hinsichtlich der für die Bebauung notwendigen Fläche aufzunehmen. Darüber hinaus sollte die Frage des Erhalts des Saales der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung bzw. der damit verbundene Kostenaufwand über das Architekturbüro Dr. Schramm-Frohnemann Partner, Gelsenkirchen, geklärt werden.

Auf der Grundlage der abgearbeiteten Prüfaufträge wurden von der Stadt als Eigentümerin und der ASO gGmbH folgende Entscheidungen in 2011 getroffen:

- Der Saal der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung soll nicht abgerissen, sondern neu gestaltet werden.
- Auf der durch den Abriss vom „Haus am Brunnen“ frei werdenden Fläche sollen zwei sich gegenüberliegende Gebäude mit 30 bzw. 28 Wohnungen errichtet werden. Die Wohnungen verteilen sich auf jeweils 3 Geschosse zuzüglich Staffelgeschoss. In den beiden Staffelgeschossen sollen pro Gebäude 4 frei finanzierte Wohnungen entstehen, während die übrigen 50 Wohnungseinheiten mit öffentlichen Fördergeldern errichtet werden sollen.
- Die für den Neubau benötigte Grundstücksfläche wird ebenso wie die auf den Saal entfallende Fläche an die ASO gGmbH veräußert.
- Die mit dem Abriss von „Haus am Brunnen“ verbundenen Kosten sind von der ASO gGmbH zu tragen.

Am Ende des Jahres 2011 stand fest, dass das von der ASO gGmbH geplante Projekt auch die beantragte öffentliche Förderung erfahren würde, so dass die Realisierung des Bauvorhabens und eine dauerhafte adäquate Folgenutzung der fraglichen Grundstücksfläche gewährleistet sein würden. Der Grundstückskaufvertrag wurde im September 2011 geschlossen, die Eigentumsumschreibung von der Stadt auf die ASO gGmbH erfolgte im Juli 2012. Ende 2012 wurde mit dem Bau der beiden Häuser an der Elly-Heuss-Knapp-Straße 5 und 5 a begonnen. Im Juli 2014 waren alle Wohnungen bezogen.

II. Wichtige Vorgänge des Berichtsjahres

Erneuerungsbedarf des Fernwärmenetzes auf dem Gelände der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung

Anfang April 2013 wurde in einem der Kontrollschächte des Fernwärmenetzes rückstauendes Wasser festgestellt. Dieses kann zu einer Schädigung der Rohrleitung, im schlimmsten Fall zu einem Versagen des Netzes führen. Die Betriebserfahrungen der EVO EnergieNetz GmbH ließen nach der bisherigen Nutzungsdauer einen deutlichen Verzehr des Lebens-dauervorrats vermuten und eine etappenweise Erneuerung des gesamten Netzes sinnvoll erscheinen. Die damit verbundenen Kosten wurden auf ca. € 640.000,00 geschätzt und sollten innerhalb von drei Jahren vom ASO Eigenbetrieb investiert werden. Der erste Teil-betrag wurde in dem vom Rat beschlossenen Wirtschaftsplan 2014 berücksichtigt. Aufgrund der starken Verkehrsbelastung der Elly-Heuss-Knapp-Straße durch die Baustellenfahrzeuge wurde davon abgesehen, noch im Berichtsjahr mit der Erneuerung des Leitungsnetzes zu beginnen. Zugleich wurde geprüft, ob es zu der bisherigen Wärmeversorgung eine sinnvolle Alternative gibt. Diese könnte möglicherweise darin bestehen, künftig sog. Luft/Wasser-Wärmepumpen zu installieren. Diese Technik dürfte ggf. kostengünstiger sein. Eine ab-schließende Entscheidung ist jedoch zum Zeitpunkt des Abfassens dieses Lageberichts noch nicht möglich.

III. Darstellung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2014 ergibt sich ein Jahresüberschuss von 255 T€ (Vorjahr 204 T€).

Die Umsatzerlöse sanken gegenüber dem Vorjahr um 43 T€ von 2.290 T€ auf 2.247 T€ und entfallen dabei auf die Mieterlöse von der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH mit 2.235 T€ sowie Mieterlösen von Dritten mit 12 T€.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich im Geschäftsjahr um 86 T€ und entfallen dabei im Wesentlichen auf die Auflösung von Rückstellungen für Rekultivierung der Aussenanlagen bzw. Verbandgrünflächen.

Die Abschreibungen gingen investitionsbedingt um 7 T€ auf 916 T€ zurück.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 29 T€ auf 451 T€ angestiegen (Vorjahr 422 T€). Hierbei erhöhten sich im Wesentlichen die übrigen Aufwendungen durch eine geleistete Spende an die Stadt Oberhausen.

Das Finanzergebnis verbesserte sich schließlich tilgungsbedingt um 30 T€ auf -714 T€.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag nicht gedeckt. Die Unterdeckung hat sich um 50 T€ von 2.270 T€ auf 2.320 T€ verschlechtert. Der Anteil des langfristigen Kapitals an der Bilanzsumme ist zum Vorbilanzstichtag mit 80 % gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen (Vorjahr 81 %).

Die Liquidität II. Grades ist auf 1.864 T€ (Vorjahr 1.837 T€) gestiegen und deckt den Finanzierungsbedarf im betrieblichen Bereich 10,7 Monate (Vorjahr 10,4 Monate).

IV. Nachtragsbericht

Seit Abschluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2014 bis zur Aufstellung dieses Lageberichtes in 2015 gab es keine signifikanten Abweichungen hinsichtlich der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation des Eigenbetriebes.

V. Risikobericht

Die gesamte Gebäudesubstanz ist langfristig an die ASO gGmbH verpachtet. Der vereinbarte Pachtzins stellt sicher, dass die gesamten Erstellungskosten in vollem Umfange refinanziert werden. Da die Absicherung der Pachterlöse jedoch unmittelbar mit der finanziellen Entwicklung der ASO gGmbH als Betreiberin des operativen Geschäfts verbunden ist, muss der ASO Eigenbetrieb sein besonderes Augenmerk auf die Auslastungsquoten des stationären Betriebszweiges der ASO gGmbH richten. Insoweit muss auch im Rahmen dieses Risikoberichts auf die weiter rückläufige Auslastung der stationären Pflegeeinrichtungen hingewiesen werden. Diese ist im Haus Bronkhorstfeld um 0,53 % sowie in der Seniorenresidenz am OLGA-Park um 0,15 % gestiegen, während im Louise-Schroeder-Heim die Auslastung aber nach 7,04 % im Vorjahr um weitere 0,7 % auf nunmehr 83,75 % im Jahresdurchschnitt zurückgegangen ist. Die Ursachen dieser Entwicklung sind bekannt, liegen vor allem an der in Oberhausen bestehenden Sättigung des Bedarfs an stationären Pflegeplätzen, an dem hohen Doppelzimmeranteil im Louise-Schroeder-Heim und an verschiedenen Problemen der dortigen Gebäudesubstanz. Auf diese soll im nächsten Jahr mit einer konzeptionellen Überplanung des gesamten Gebäudes reagiert werden. Dazu ist es jedoch nicht gekommen, denn Grundlage der planerischen Überlegungen mussten die im Land NRW beabsichtigten gesetzlichen Regelungen zur künftigen Neuordnung der Finanzierung pflegerischer Einrichtungen sein. Diese aber sind erst im Oktober 2014 in Kraft getreten. Das beschlossene Gesetzeswerk wiederum stößt landesweit auf erhebliche Umsetzungsprobleme, die auch von ASO erst im Laufe des Jahres 2015 gelöst werden können. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Lageberichts steht aber schon fest, dass die Gebäudesubstanz auch des Louise-Schroeder-Heims unter die Bestandsschutzregelungen des Wohn- und Teilhabegesetzes fällt und notwendige Anpassungen ohne Zeitdruck realisiert werden können. Bestandsgefährdende Risiken sind deshalb trotz des für die Pächterin schwierigen Berichtsjahres nicht zu erkennen.

VI. Prognosebericht

Für 2015 wird seitens der Betriebsleitung mit einem Geschäftsjahr gerechnet, das sich im Rahmen des beschlossenen Wirtschaftsplanes und somit ohne besondere Probleme entwickeln wird.

Oberhausen, den 6. März 2015

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

gez. Udo Spiecker

Betriebsleiter

Besetzung der Gesellschaftsorgane (Stand 31.07.2015)

Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Hauptversammlungen, Gesellschafterversammlungen

	Bongers, Sonja	Bischoff, Jörg	Flore, Manfred	Lichtenheld, Frank	Münich, Elke	Overkamp, Werner	Schmidt, Jürgen	Suhr, Rainer	Tsalastras, Apostolos	Wehling, Klaus	Bevollmächtigte/r der STOAG	Geschäftsführung der FSO Verwaltungs- GmbH	Geschäftsführung der Biostrom Oberhausen Management GmbH	Vorstand der evo AG	Geschäftsführung der STOAG
ASO gGmbH					X										
ASO Service					X										
BFO					X										
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG													X		
Biostrom Oberhausen Management GmbH														X	
d-NRW								X							
ecce GmbH				X											
ENO									X						
evo															X
FSO GmbH & Co.KG											X	X			
FSO Verwaltungs- GmbH											X				
Gasometer									X						
GMVA										X					
IKF									X						
KSBG														X	
KSBG Kommunale Verwaltungs GmbH														X	
LAH									X						
Lokalfunk									X						
Lokalfunk Verw. mbH									X						
OB-Netz														X	
OGM										X					
OVP						X									
PBO						X									
Quantum														X	
Revierpark		X													
RWE Aktiengesellschaft											X				
RW Holding											X				
RWW			X												
STOAG	X														
strasserauf GmbH														X	
TMO										X					
TZU										X					
VKA										X					
VZO							X								
WBO										X					
WFO									X						

Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Aufsichtsräten u. ä.

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	GMVA	IKF	KSBG mbH	LAH	OGM	PBO	Revierpark	RWE AG	SSO	STOAG	TMO	WBO	WFO
Albrecht-Mainz, Elia	(X)	(X)		X			(X)				X					X		X
Arlt, Gerd							X											
Axt, Birgit															X			
Axt, Norbert					X	(X)												
Bandel, Frank						X												
Barwanietz, Thomas							X											
Bennewa, Helmut	X	X					(X)											
Benter, Christian							(X)							X				
Beulshausen, Andreas	(X)	X																
Bischoff, Jörg																		X
Blanke, Andreas	X	X															X	
Bohnes, Frank	X																	
Bongers, Sonja	X	X					(X)		X								X	
Boos, Regina				X												X		X
Bramorski, Stephan	(X)	(X)					(X)									X		
Brands, Beatriks	X	X												X				
Breuckmann, Ludgerus	X	X																
Brodrick, Helmut							X											
Broß, Klaus Dieter					X		X		X					(X)				
Bruckhoff, Peter									X									
Cordes, Hubert							X			X				(X)				
Derksen, René	(X)	(X)					X											
Dittmeyer, Jürgen							X											
Dröhne, Manuel							X											
Dubbert, Karin	X	X					X											
Emmerich, Karl-Heinz					X												X	
Erkens, Daniel							X											
Flecken, Sebastian							(X)											
Flore, Manfred							X			X				X				
Gäng, Thomas				X														
Gödderz, Sandra							X							(X)		X		X
Goeke, Martin														(X)				
Gohlke, Klaus		(X)																
Große Brömer, Wolfgang				X		X					X			X				X
Günter, Roland							(X)											

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	GMVA	IKF	KSBG mbH	LAH	OGM	PBO	Revierpark	RWE AG	SSO	STOAG	TMO	WBO	WFO
Hake, Michael	(X)	(X)														X		
Haller, Thomas							(X)											
Hansen, Heike	X	X																
Hausmann-Peters, Gundula	(X)	(X)														X		
Hoffmann, Heiko	(X)	(X)																
Hoff, Marc									X									
Hüttemann, Claudia							X											
Ilhan, Nuran							(X)											
Ingendoh, Holger																X		
Jacobs, Silke														(X)				
Kamps, Jochen	X	X																
Karacelik, Yusuf										X								
Kauenhowen, Eva							X											
Kirsten, Hildegard	(X)	(X)																
Koch, Lühr Otto Werner Klaus														X			X	
Kocks, Sandra							(X)											
Köhler, Hans-Jürgen	(X)	(X)					X		X	X								
Kösling, Anja	X	X					(X)											
Köster, Volker							X											
Krey, Thomas												X						
Lampe, Siegfried	X	X																
Laß, Heike	(X)	(X)																
Lauxen, Sabine						(X)											X	
Lenz, Eugen	X	X														X		
Lepges, Gerd							X											
Loose, Thorsten	(X)	(X)																
Luchmann, Volker							(X)											
Marx, Petra																X		
Matzat, André	X	X																
Mellis, Karl-Heinz																		X
Mersmann, Ingo							X											
Mertens, Ursula							(X)											
Motschull, Frank						X						X						
Müthing, Christa						(X)								(X)	X			
Nakot, Werner										X				(X)				
Nowak, Annemarie							(X)											
Nowak, Werner															X			

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	GMVA	IKF	KSBG mbH	LAH	OGM	PBO	Revierpark	RWE AG	SSO	STOAG	TMO	WBO	WFO
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	X	X													X			
Ohletz, Horst			X															
Opitz, Stefanie	X	X																
Osmann, Denis															X			
Pascheberg, René	X	X																
Paß, Eugen	(X)	(X)																
Prakken, Jolanta	(X)	(X)																
Pusch, Jörg	X	X																
Radtke, Dorothee	X	X					(X)		X					(X)				
Real, Ulrich															X	X		
Röpell, Armin										X								
Rubin, Dirk	(X)	(X)														X	X	
Rudl, Rainer	(X)	(X)																
Runkler, Hans-Otto	X	X								X				X	X			
Sahin, Bülent							X											
Scheffler, Stefan															X			
Schmidt, Jürgen										X								
Schneider, Josef							(X)											
Schranz, Daniel					X		X				X			X				
Schucker, Rainer							(X)											
Schuler, Immanuel														(X)			X	
Sommer, Udo							X											
Spanke, Sigrid	(X)	(X)																
Sporkmann, Bernhard	(X)	(X)																
Stehr, Simone Tatjana										X								
Stelzer, Johannes	(X)	(X)																
Stöck, Gerold							(X)											
Telli, Ercan	X	X					X											
Tsalastras, Apostolos															X	X		
Tscharke, Hans Josef	X	X		X			(X)							X				X
Tüzün, Saadettin							(X)											X

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	GMVA	IKF	KSBG mbH	LAH	OGM	PBO	Revierpark	RWE AG	SSO	STOAG	TMO	WBO	WFO
Walther, Andrea-Cora	X	X					(X)											
Wehling, Klaus				X	X			X			X		X					X
Weirich, Detlef	(X)	(X)																
Werdelmann, Andreas	(X)	(X)																
Werner, Yannah	X	X																
Wesely, Kai	(X)	(X)																
Willecke, Thomas									X									
Willing-Spielmann, Ulrike	X	X					(X)										X	
Wissing, Matthias												X						
Wittmann, Regina				X							X			X				
Wolf, Noreen							(X)											
Wolter, Horst	(X)	(X)					(X)							X				
Wolter, Marita	(X)	(X)					X								X			
Wrobel, Hans-Günter							X											
Zimkeit, Stefan	(X)	(X)								X								

X Mitglied

(X) stellvertretendes Mitglied

Vertreter/in gem. § 113 (2) GO NRW

Besetzung der Betriebsausschüsse

	ASO Eigenbetrieb	Theater Oberhausen
Albrecht-Mainz, Elia	(X)	(X)
Arlt, Gerd		X
Barwanietz, Thomas		X
Bennewa, Helmut	X	(X)
Benter, Christian		(X)
Blanke, Andreas	X	
Bongers, Sonja	X	(X)
Bramorski, Stephan	(X)	(X)
Brands, Beatriks	X	
Breuckmann, Ludgerus	X	
Brodrick, Helmut		X
Broß, Klaus Dieter		X
Cordes, Hubert		X
Derksen, René	(X)	X
Dittmeyer, Jürgen		X
Dröhne, Manuel		X
Dubbert, Karin	X	X
Erkens, Daniel		X
Flecken, Sebastian		(X)
Flore, Manfred		X
Gödderz, Sandra		X
Günter, Roland		(X)
Hake, Michael	(X)	
Haller, Thomas		(X)
Hansen, Heike	X	
Hausmann-Peters, Gundula	(X)	
Hoffmann, Heiko	(X)	
Ilhan, Nuran		(X)
Kamps, Jochen	X	
Kauenhowen, Eva		X
Kirsten, Hildegard	(X)	
Köhler, Hans-Jürgen	(X)	X
Kösling, Anja	X	(X)
Köster, Volker		X
Lampe, Siegfried	X	
Laß, Heike	(X)	
Lenz, Eugen	X	
Lepges, Gerd		X
Loose, Thorsten	(X)	
Luchmann, Volker		(X)

	ASO Eigenbetrieb	Theater Oberhausen
Matzat, André	X	
Mersmann, Ingo		X
Mertens, Ursula		(X)
Nowak, Annemarie		(X)
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	X	
Opitz, Stefanie	X	
Pascheberg, René	X	
Paß, Eugen	(X)	
Prakken, Jolanta	(X)	
Pusch, Jörg	X	
Radtke, Dorothee	X	(X)
Rubin, Dirk	(X)	
Rudl, Rainer	(X)	
Runkler, Hans-Otto	X	
Sahin, Bülent		X
Schneider, Josef		(X)
Schranz, Daniel		X
Schucker, Rainer		(X)
Sommer, Udo		X
Spanke, Sigrid	(X)	
Sporkmann, Bernhard	(X)	
Stelzer, Johannes	(X)	
Stöck, Gerold		(X)
Telli, Ercan	X	X
Tscharke, Hans Josef	X	(X)
Tüzün, Saadettin		(X)
Walther, Andrea-Cora	X	(X)
Weirich, Detlef	(X)	
Werdelmann, Andreas	(X)	
Werner, Yannah	X	
Wesely, Kai	(X)	
Willing-Spielmann, Ulrike	X	(X)
Wolf, Noreen		(X)
Wolter, Horst	(X)	(X)
Wolter, Marita	(X)	X
Wrobel, Hans-Günter		X
Zimkeit, Stefan	(X)	

X Mitglied
(X) stellvertretendes Mitglied

Vergütungsbericht 2014

(tlw. gerundet)

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Spiecker, Udo	Geschäftsführer	134.000,00
ASO Service GmbH		
Geschäftsführung		
Spiecker, Udo	Geschäftsführer	3.000,00
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Kawicki, Achim	Geschäftsführer	6.000,00
ecce - european centre for creative economy GmbH		
Geschäftsführung		
Prof. Gorny, Dieter	Geschäftsführer	75.164,01
evo Energieversorgung Oberhausen AG		
Aufsichtsrat		
Wehling, Klaus	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	8.846,68
Böddeling, Bernd	1. stellv. Vorsitzender	9.528,32
Püttmann, Uwe	2. stellv. Vorsitzender (AN)	7.875,00
Broß, Klaus Dieter	Mitglied	5.250,00
Emmerich, Karl-Heinz	Mitglied	784,65
Dr. Glimpel, Thomas	Mitglied	5.250,00
Kremer-Pléw, Peter	Mitglied	5.250,00
Reichardt, Jürgen	Mitglied	5.250,00
Schranz, Daniel	Mitglied	5.250,00
Dr. Schröder, Achim	Mitglied	5.250,00
Dr. Schulte, Franz-Josef	Mitglied	5.250,00
Vöpel, Dirk	Mitglied	1.055,71
Ludwig, Andreas	Mitglied (AN)	5.250,00
Michel, Ralf	Mitglied (AN)	5.250,00
Neuhaus, Jürgen	Mitglied (AN)	5.250,00
Tirbs, Markus	Mitglied (AN)	5.250,00
Vorstand		
Gieske, Hartmut	Mitglied	294.570,56
Homberg, Bernd	Mitglied	235.844,46

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
Gasometer Oberhausen GmbH		
Geschäftsführung		
Schmitz, Jeanette	Geschäftsführerin	82.870,78
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH		
Aufsichtsrat		
Enzweiler, Rainer	Vorsitzender	6.000,00
Hanning, Guido	stellv. Vorsitzender	3.750,00
M.d.L. Große Brömer, Wolfgang	1. stellv. Vorsitzender	4.500,00
Hols, Werner	2. stellv. Vorsitzender	1.500,00
von Häfen, Werner	3. stellv. Vorsitzender	4.500,00
Bandel, Frank	Mitglied	3.000,00
Dr. Feldmann, Detlef	Mitglied	1.500,00
Dr. Fendel, Ansgar	Mitglied	2.000,00
Dr. Foppe, Johannes-Gerhard	Mitglied	2.500,00
Dr. Greulich, Peter	Mitglied	
Hanning, Guido	Mitglied	3.750,00
Maaßen, Thomas	Mitglied	3.000,00
Mauthe, Jürgen	Mitglied	3.000,00
Patermann, Thomas	Mitglied	
Schmidt, Markus	Mitglied	2.500,00
Slykers, Manfred	Mitglied	2.500,00
Steinberg, Wolfgang	Mitglied	3.000,00
Susen, Thomas	Mitglied	3.000,00
Vüllings, Karsten	Mitglied	
Woidtke, Karsten	Mitglied	3.000,00
Küster, Helmut	Mitglied (AN)	2.500,00
Linden, Stefan	Mitglied (AN)	3.000,00
Motschull, Frank	Mitglied gem. § 113 GO	2.500,00
Axt, Norbert	stellv. Mitglied	
Müthing, Christa	stellv. Mitglied	
Vöpel, Dirk	stellv. Mitglied	
Czichy, Helmut	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	
Lauxen, Sabine	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	
Schwolow, Reiner		1.500,00
Geschäftsführung		
Dr. Terbeck, Gerd	Geschäftsführer	
Schellenberger, Ingo	Geschäftsführer	182.000,00
Guthoff, Maria	Geschäftsführerin	37.000,00
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Dr. Gass, Lars Henrik	Geschäftsführer	94.150,30

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH		
Aufsichtsrat		
Dr. Scholz, Ottilie	Vorsitzende	12.000,00
Sikorski, Ralf	1. stellv. Vorsitzender	9.500,00
Link, Sören	2. stellv. Vorsitzender	7.416,67
Dr. Bartels, Ralf	Mitglied	6.000,00
Britz, Franz-Josef	Mitglied	7.000,00
Dreckmann, Johannes	Mitglied	3.500,00
Halbeisen, Karl-Josef	Mitglied	2.666,67
Dr. Heidinger, Michael	Mitglied	7.000,00
Jung, Andreas	Mitglied	7.000,00
Prof. Dr. Knorre, Susanne	Mitglied	7.750,00
Melis, Ralf	Mitglied	7.000,00
Monegel, Ulrich	Mitglied	7.000,00
Muth, Heiner	Mitglied	7.000,00
Dr. Nies, Susanne	Mitglied	6.500,00
Pehlke, Guntram	Mitglied	7.000,00
Dr. Rall, Hüseyin	Mitglied	7.000,00
Rohde, Horst	Mitglied	7.000,00
Sierau, Ulrich	Mitglied	6.000,00
Süpke, Sabine	Mitglied	7.000,00
Wolff, Christine	Mitglied	1.333,33
Woll, Klaus Dieter	Mitglied	7.000,00
Wehling, Klaus	Mitglied gem. § 113 GO	7.000,00
Geschäftsführung		
Bückemeyer, Dietmar	Geschäftsführer	12.000,00
Schröder, Carsten	Geschäftsführer	204.875,36
Wilmert, Bernhard	Geschäftsführer	12.000,00
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH		
Aufsichtsrat		
Bongers, Sonja	Vorsitzende	104,32
Jäntsch, Angelika	Vorsitzende	52,16
Broß, Klaus Dieter	stellv. Vorsitzender	104,32
Bruckhoff, Peter	Mitglied	52,16
Gödderz, Sandra	Mitglied	52,16
Hoff, Marc	Mitglied	52,16
Köhler, Hans-Jürgen	Mitglied	104,32
Pascheberg, René	Mitglied	52,16
Radke, Dorothee	Mitglied	104,32
Willecke, Thomas	Mitglied gem. § 113 GO	52,16

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH		
Aufsichtsrat		
M.d.L. Zimkeit, Stefan	Vorsitzender	5.120,00
Stehr, Simone Tatjana	stellv. Vorsitzende	2.880,00
Broll, Marianne	stellv. Vorsitzende (AN)	3.840,00
Axt, Norbert	Mitglied	1.493,33
Cordes, Hubert	Mitglied	2.560,00
Flore, Manfred	Mitglied	2.560,00
Jäntsch, Angelika	Mitglied	1.493,33
Karacelik, Yusuf	Mitglied	1.066,67
Köhler, Hans-Jürgen	Mitglied	1.066,67
Nakot, Werner	Mitglied	3.520,00
Osmann, Denis	Mitglied	1.493,33
Paasch, Dirk	Mitglied	1.493,33
Röpell, Armin	Mitglied	1.066,67
Runkler, Hans-Otto	Mitglied	1.066,67
Hansmeier, Udo	Mitglied (AN)	2.560,00
Heweling, Detlef	Mitglied (AN)	2.560,00
Zander, Jutta	Mitglied (AN)	2.560,00
Zwick, Andrea	Mitglied (AN)	2.560,00
Schmidt, Jürgen	Mitglied gem. § 113 GO	2.560,00
Geschäftsführung		
Kalthoff, Horst	Geschäftsführer	107.540,00
Schmidt, Hartmut	Geschäftsführer	199.752,00
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH		
Geschäftsführung		
Klunk, Peter	Geschäftsführer	2.500,00

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR

Revierpark Vonderort GmbH

Geschäftsführung

Frind, Reinhard	Geschäftsführer	
Loeven, Willi	Geschäftsführer	4.811,88
von der Heide, Jochem	Geschäftsführer	4.811,88
Münich, Elke	Geschäftsführerin	4.844,88

Verwaltungsrat

Höving, Norbert	Vorsitzender	100,00
Barkowsky, Arndt	Mitglied	100,00
Dr. Hubbert, Eva-Maria	Mitglied	100,00
Geise, Hans-Christian	Mitglied	100,00
Kerscht, Christoph	Mitglied	100,00
Krey, Thomas	Mitglied	100,00
Marschan, Rainer	Mitglied	200,00
Nakot, Werner (für RVR)	Mitglied	200,00
Partenheimer, Gabriele	Mitglied	100,00
Pfingsten, Jutta	Mitglied	200,00
Tönsgerlemann, Willi	Mitglied	100,00
Vöpel, Dirk (für RVR)	Mitglied	100,00
Wischermann, Hermann	Mitglied	100,00
Wissing, Matthias	Mitglied	100,00
Motschull, Frank	Mitglied gem. § 113 GO	200,00

Stadtsparkasse Oberhausen

Verwaltungsrat

M.d.L. Große Brömer, Wolfgang	Vorsitzender	12.820,00
Schranz, Daniel	1. stellv. Vorsitzender	10.740,00
Runkler, Hans-Otto	2. stellv. Vorsitzender	5.880,00
Wilke, Volker	2. stellv. Vorsitzender	4.300,00
Benter, Christian	Mitglied	8.220,00
Brands, Beatriks	Mitglied	4.350,00
Flore, Manfred	Mitglied	3.920,00
Janßen, Anne	Mitglied	5.960,00
Koch, Lühr Otto Werner Klaus	Mitglied	1.660,00
Schepers, Hermann-Josef	Mitglied	2.390,00
Steinke, Holger	Mitglied	3.070,00
Tscharke, Hans Josef	Mitglied	1.960,00
Wingens, Ursula	Mitglied	1.960,00
Wittmann, Regina	Mitglied	1.960,00
Wolter, Horst	Mitglied	4.350,00

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
weiter: Stadtsparkasse Oberhausen		
Verwaltungsrat		
Berg, Thorsten	Mitglied (AN)	1.960,00
Ehrlich, Dietmar	Mitglied (AN)	3.920,00
Nockmann, Thomas	Mitglied (AN)	9.781,80
Zimmermann, Thomas	Mitglied (AN)	8.615,60
Zorn, Klaus	Mitglied (AN)	3.920,00
Wehling, Klaus	berat. Mitglied	8.220,00
Barkowsky, Arndt	stellv. Mitglied	
Beermann, Claus	stellv. Mitglied	
Broß, Klaus Dieter	stellv. Mitglied	
Cordes, Hubert	stellv. Mitglied	
Gödderz, Sandra	stellv. Mitglied	
Dr. Goeke, Martin	stellv. Mitglied	300,00
Jacobs, Silke	stellv. Mitglied	
Jäntsch, Angelika	stellv. Mitglied	
Müthing, Christa	stellv. Mitglied	
Nakot, Werner	stellv. Mitglied	
Neumann, Britta	stellv. Mitglied	
Radtke, Dorothee	stellv. Mitglied	
Schawohl, Holger	stellv. Mitglied	
Schuler, Immanuel	stellv. Mitglied	
Höffner, Stefan	stellv. Mitglied (AN)	
Klima, Michael	stellv. Mitglied (AN)	
Rauhut, Sebastian	stellv. Mitglied (AN)	
Sommerfeld, Kerstin	stellv. Mitglied (AN)	300,00
Zwingmann, Nina	stellv. Mitglied (AN)	
Vorstand		
Uppenkamp, Bernhard	Vorsitzender	367.045,03
Salhofen, Ulrich	Mitglied	328.992,04
Gäng, Thomas	stellv. Mitglied	32.502,93
Mebus, Oliver	stellv. Mitglied	235.478,82

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH		
Aufsichtsrat		
Runkler, Hans-Otto	Vorsitzender (ab 01.08.2014)	3.026,07
Wehling, Klaus	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO) bis 31.07.2014)	3.062,50
Osmann, Denis	1. stellv. Vorsitzender	1.331,05
Michalik, Herbert	2. stellv. Vorsitzender (AN)	2.626,25
Axt, Birgit	Mitglied	1.093,75
Carstensen, Jens	Mitglied	1.531,25
Emmerich, Karl-Heinz	Mitglied	1.531,25
Janßen, Dieter	Mitglied	1.531,25
Müthing, Christa	Mitglied	2.626,25
Nowak, Werner	Mitglied	1.093,75
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	Mitglied	2.625,00
Pascheberg, René	Mitglied	1.531,25
Real, Ulrich	Mitglied	1.093,75
Scheffler, Stefan	Mitglied	969,06
Wittmann, Regina	Mitglied	1.531,25
Wolter, Marita	Mitglied	2.625,00
Buhren, Werner	Mitglied (AN)	1.531,25
Kamps, Thorsten	Mitglied (AN)	2.625,00
Michalik, Manfred	Mitglied (AN)	1.093,75
Ricken, Norbert	Mitglied (AN)	1.093,75
Stemmer, Michael	Mitglied (AN)	2.625,00
Walkowiak, Dieter	Mitglied (AN)	1.531,25
Tsalastras, Apostolos	Mitglied gem. § 113 GO	1.093,75
Geschäftsführung		
Klunk, Peter	Geschäftsführer	170.358,00
Overkamp, Werner	Geschäftsführer	191.389,00
Theater Oberhausen		
Geschäftsführung		
Carp, Peter	Betriebsleiter	176.000,00
Hennemann, Jürgen	Betriebsleiter	110.000,00
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH		
Geschäftsführung		
Muckel, Franz	Geschäftsführer	105.000,00
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH		
Geschäftsführung		
Lerch, Klaus	Geschäftsführer	110.000,00

Anlagen

Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung
(Rechtsstand: 31.07.2015)

Art. 28 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz

Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

§ 107 GO NRW - Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,

2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und

3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,

2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten

- Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),

- Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),

- Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),

3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,

4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,

5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 107a GO NRW - Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

§ 108 GO NRW - Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107 a Abs. 1 gegeben ist,

2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,

3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,

4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,

5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,

6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluß, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,

7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,

8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, daß der Jahresabschluß und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,

9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:

   a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,

   b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,

   c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und

   d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in

Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen.

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muß sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

   a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,

   b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,

   c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1 a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,

b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,

c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie

d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn

- die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,

- für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und

- sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder

- sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;

b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschußpflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 108 a GO NRW - Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Absatz 1, § 107a Absatz 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Absatz 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können diesem Arbeitnehmervertreter angehören. Arbeitnehmervertreter können von der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat entsandt werden, wenn diese mehr als zwei Aufsichtsratsmandate besetzt. In diesem Fall ist ein angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 gegeben, wenn bei mehr als zwei von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Wird ein Aufsichtsratsmandat oder werden zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen diese als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sein. Werden mehr als zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen mindestens zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmern besetzt werden, die im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sind.

(3) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von den Beschäftigten des Unternehmens oder der Einrichtung gewählten Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Neuwahl zu verlangen. In diesem Fall können die Beschäftigten eine neue Vorschlagsliste wählen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(4) § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie § 9 des Drittelbeteiligungsgesetzes vom 18. Mai 2004 (BGBl. I S. 974), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 114 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, gelten für die nach Absatz 3 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter, der als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt ist, die Beschäftigteneigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Absatz 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(5) Zur Wahl der Vorschlagsliste nach Absatz 3 sind alle Beschäftigten des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt und nicht wählbar sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Personen aufgenommen werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung ist die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Absatz 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(6) Die Wahl der Vorschlagsliste erfolgt auf Grund von Wahlvorschlägen des Betriebsrats und der Beschäftigten. Die Wahlvorschläge der Beschäftigten müssen von mindestens einem Zehntel der Wahlberechtigten, jedoch mindestens von drei Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Sieht der Gesellschaftsvertrag des Unternehmens oder der Einrichtung die Stellvertretung eines verhinderten Aufsichtsratsmitglieds vor, kann in jedem Wahlvorschlag zusammen mit jedem Bewerber für diesen ein stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Ein Bewerber kann nicht zugleich als stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Wird ein Bewerber gemäß Absatz 3 als Aufsichtsratsmitglied bestimmt, so ist auch das zusammen mit ihm vorgeschlagene stellvertretende Mitglied bestimmt. Das für Inneres zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die

Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

(7) Der Bürgermeister teilt dem zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organ des Unternehmens oder der Einrichtung die Namen der vom Rat für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und ihrer im Falle des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder mit. Gleichzeitig informiert er die für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und die im Falle des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder.

(8) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, ist gleichzeitig auch das zusammen mit ihm nach Absatz 6 Satz 5 bestimmte stellvertretende Mitglied abberufen oder ausgeschieden. Wird ein stellvertretendes Mitglied von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet es aus anderen Gründen als stellvertretendes Mitglied aus dem Aufsichtsrat aus, bleibt die Position des stellvertretenden Mitglieds unbesetzt. Für den abberufenen oder ausgeschiedenen Arbeitnehmervertreter bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 3 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(9) Die Absätze 1 bis 8 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden unmittelbar oder mittelbar mit insgesamt mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt sind:

1. Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine neue Vorschlagsliste gewählt werden. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

2. Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 8 gilt Nummer 1 Satz 1 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

3. Für die nach § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

§ 108 b GO NRW - Regelung zur Vollparität

(1) Nach Maßgabe der folgenden Regelungen kann für die fakultativen Aufsichtsräte kommunal beherrschter Gesellschaften, die von den bis zum 31. Oktober 2020 amtierenden kommunalen Vertretungen zu bestellen sind, auf Antrag eine Ausnahme von der in § 108a geregelten Drittelparität zugelassen werden.

(2) Die Ausnahme ist von der Gemeinde, die die Gesellschaft beherrscht, schriftlich bei der zuständigen Aufsichtsbehörde unter Beifügung eines entsprechenden Ratsbeschlusses und des vorgesehenen Gesellschaftsvertrages zu beantragen. Sind an der kommunal beherrschten Gesellschaft zwei oder mehr Gemeinden beteiligt, muss der Antrag von sämtlichen an der Gesellschaft beteiligten Gemeinden unter Beifügung der entsprechenden Ratsbeschlüsse gestellt werden.

(3) Die zuständige Aufsichtsbehörde hat die Ausnahme zuzulassen, wenn die in Absatz 2 genannten Unterlagen ordnungsgemäß vorliegen und der Gesellschaftsvertrag den sonstigen Anforderungen des § 108a und der nachfolgenden Absätze entspricht. Die Zulassung der Ausnahme durch die zuständige Aufsichtsbehörde bedarf vor ihrem Wirksamwerden der Genehmigung des für Inneres zuständigen Ministeriums.

(4) Sind sämtliche Aufsichtsratsmandate von der Gemeinde zu besetzen, können abweichend von § 108a Absatz 1 Satz 3 bis zur Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt werden. Wird die Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass der Aufsichtsratsvorsitzende nicht zu dem von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagenen Personenkreis gehört. Außerdem muss der Gesellschaftsvertrag für den Fall, dass eine Abstimmung im Aufsichtsrat Stimmengleichheit ergibt, regeln, dass noch in derselben Sitzung des Aufsichtsrats eine erneute Abstimmung über denselben Gegenstand herbeigeführt wird, bei der der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen hat.

(5) Ist ein Teil der Aufsichtsratsmandate von Gesellschaftern zu besetzen, die die Vorschriften des 11. Teils nicht unmittelbar, sinngemäß oder entsprechend anzuwenden haben, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass die Mehrzahl der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate mit Personen besetzt wird, die nicht von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagen werden.

(6) Im Übrigen gelten die Regelungen des § 108a. Das für Inneres zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

§ 109 GO NRW - Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, daß außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 111 GO NRW - Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluß auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 v.H. beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften i.S. des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 - Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,

2. darauf hinwirken, daß ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, daß ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113 GO NRW - Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluß des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, daß ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muß der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, daß er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 116 GO NRW – Gesamtabschluss

(1) Die Gemeinde hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Er besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der Rat bestätigt den geprüften Gesamtabschluss durch Beschluss. § 96 findet entsprechende Anwendung.

(2) Zu dem Gesamtabschluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. Auf den Gesamtabschluss sind, soweit seine Eigenart keine Abweichung erfordert, § 88 und § 91 Abs. 2 entsprechend anzuwenden.

(3) In den Gesamtabschluss müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach Absatz 2 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang darzustellen.

(4) Am Schluss des Gesamtlageberichtes sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70, soweit dieser nicht zu bilden ist für den Bürgermeister und den Kämmerer, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,

2. der ausgeübte Beruf,

3. die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,

4. die Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,

5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

(5) Der Gesamtabschluss ist innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen. § 95 Abs. 3 findet für die Aufstellung des Gesamtabschlusses entsprechende Anwendung.

(6) Der Gesamtabschluss ist vom Rechnungsprüfungsausschuss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Gesamtabschlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabschluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde erwecken. § 101 Abs. 2 bis 8 gilt entsprechend.

(7) In die Prüfung nach Absatz 6 müssen die Jahresabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn diese nach gesetzlichen Vorschriften geprüft worden sind.

§ 117 GO NRW - Beteiligungsbericht

(1) Die Gemeinde hat einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabschlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabschlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabschluss beizufügen. Der Beteiligungsbericht ist dem Jahresabschluss nach § 95 beizufügen, wenn kein Gesamtabschluss nach § 116 aufzustellen ist.

(2) Der Beteiligungsbericht ist dem Rat und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Die Gemeinde hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

§ 394 AktG

Aufsichtsratsmitglieder, die auf Veranlassung einer Gebietskörperschaft in den Aufsichtsrat gewählt oder entsandt worden sind, unterliegen hinsichtlich der Berichte, die sie der Gebietskörperschaft zu erstatten haben, keiner Verschwiegenheitspflicht. Für vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, gilt dies nicht, wenn ihre Kenntnis für die Zwecke der Berichte nicht von Bedeutung ist.

§ 395 AktG

(1) Personen, die damit betraut sind, die Beteiligungen einer Gebietskörperschaft zu verwalten oder für eine Gebietskörperschaft die Gesellschaft, die Betätigung der Gebietskörperschaft als Aktionär oder die Tätigkeit der auf Veranlassung der Gebietskörperschaft gewählten oder entsandten Aufsichtsratsmitglieder zu prüfen, haben über vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen aus Berichten nach § 394 bekanntgeworden sind, Stillschweigen zu bewahren; dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr.

(2) Bei der Veröffentlichung von Prüfungsergebnissen dürfen vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, nicht veröffentlicht werden.

Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung

Für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde stehen unterschiedliche öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Formen zu Verfügung.

Im Wesentlichen sind dies:

in öffentlich-rechtlicher Form:

- Regiebetrieb,
- eigenbetriebsähnliche Einrichtung,
- Eigenbetrieb,
- Anstalt des öffentlichen Rechts,

in privatrechtlicher Form:

- GmbH,
- Aktiengesellschaft,
- eingetragene Genossenschaft.

Nachfolgend werden die Besonderheiten der einzelnen Rechtsformen und die Einflussmöglichkeiten der Stadt kurz erläutert.

Regiebetrieb

Der Regiebetrieb ist ein rechtlich und wirtschaftlich unselbstständiger Betriebszweig der Stadt, der rechnungsmäßig gemäß der kameralistischen Einnahmen- und Ausgabenrechnung ausschließlich im Haushaltsplan der Stadt erfasst wird. Soweit es sich um kostenrechnende Einrichtungen (Gebührenhaushalte) handelt, wird eine Betriebsabrechnung im Rahmen der erweiterten Kameralistik durchgeführt.

Der Regiebetrieb ist organisatorisch uneingeschränkt in die Gemeinde eingebunden.

Steuerrechtlich kann ein Regiebetrieb zum Betrieb gewerblicher Art (BgA) werden, wenn er nicht überwiegend der Ausübung der „öffentlichen Gewalt“ (Hoheitsbetrieb) dient.

Eigenbetrieb / eigenbetriebsähnliche Einrichtung

Eigenbetriebe sind verselbstständigte gemeindliche wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Sie werden gemäß Eigenbetriebsverordnung NW (EigVO NW) mit eigener Betriebssatzung und eigenem (kaufmännischem) Rechnungswesen geführt; ihr Vermögen ist als Sondervermögen vom übrigen Gemeindevermögen getrennt.

Der Eigenbetrieb verfügt zwar über eigene Leitungs- und Kontrollorgane (Werkleiter, Werksausschuss); die Kompetenzen dieser Organe werden jedoch vom Rat der Stadt in der Betriebssatzung festgelegt. Insgesamt untersteht der Eigenbetrieb dem Rat und dem Oberbürgermeister.

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen sind solche Betriebe, die nach der Definition des § 107 GO NW nicht als wirtschaftliche Betätigung gelten, die aber dennoch nach den Vorschriften der EigVO NW betrieben werden.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach § 114a GO NW (AöR)

Die AöR ist eine Mischform zwischen Eigenbetrieb und GmbH. Ihre Rechtsverhältnisse werden nach der GO NW durch eine Satzung geregelt, welche die Gemeinde aufstellt.

Die Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Die Leitung der AöR obliegt dem Vorstand in eigener Zuständigkeit, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Verwaltungsrat ist für Entscheidungen des Aufgabenkataloges aus § 114a Abs. 7 GO NW zuständig, unterliegt jedoch bei bestimmten Entscheidungen (Erlass von Satzungen, Beteiligungen) den Weisungen des Rates der Stadt. Die Weisungsverpflichtung kann durch die Satzung ausgeweitet werden.

Die Gemeinde haftet als Gewährträgerin für die Verbindlichkeiten der AöR unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates der Stadt sind insbesondere durch die Satzungsaufstellung definiert.

Sparkassen

Auch Sparkassen sind gemäß § 2 SpkG rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts. Gemäß § 1 SpkG können Gemeinden und Gemeindeverbände Sparkassen errichten. Für deren Verbindlichkeiten haftet die Gemeinde als Gewährträgerin uneingeschränkt. Durch das SpkG werden zahlreiche Verbindungen zwischen der Gemeinde und der Sparkasse festgeschrieben, die der Gemeinde Einflussmöglichkeiten eröffnen, die dem Gewährträgerverhältnis Rechnung tragen (Besetzung des Verwaltungsrates und des Kreditausschusses, Beanstandungsrecht des Hauptverwaltungsbeamten, Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Sparkassenorgane etc.).

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine juristische Person des Privatrechts mit eigener Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur der Gesellschaft wird im Gesellschaftsvertrag festgeschrieben und kann von den Gesellschaftern unter Beachtung der Vorschriften des GmbH-Gesetzes (GmbHG) relativ frei und flexibel geregelt werden, so dass die Eigenheiten und Erfordernisse der jeweiligen Gesellschaft optimal berücksichtigt werden können.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat kann gebildet werden; grundsätzlich besteht hierzu (mit Ausnahme der mitbestimmten Gesellschaften mbH) jedoch keine Pflicht.

Einflussmöglichkeiten des Rates bestehen ausschließlich im Rahmen des Gründungsbeschlusses (Gestaltung des Gesellschaftsvertrages etc.) sowie über Weisungen an die jeweiligen Vertreter/innen der Stadt in der Gesellschafterversammlung und Empfehlungen an die städtischen Vertreter/innen im Aufsichtsrat.

Aktiengesellschaft

Wie die GmbH ist auch die Aktiengesellschaft (AG) eine privatrechtliche Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit. Auch hier wird die innere Struktur der Gesellschaft in der Satzung festgeschrieben. Allerdings enthält das Aktiengesetz (AktG) eine Vielzahl von verbindlichen Regelungen und Formvorschriften, so dass den Aktionären für eine flexible Gestaltung unter Berücksichtigung der Erfordernisse der einzelnen Gesellschaft nur wenig Spielraum verbleibt.

Organe der Gesellschaft sind die Hauptversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat, der hier, im Gegensatz zur GmbH, zwingend vorgeschrieben ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates sind im Prinzip die gleichen wie bei der GmbH. Da allerdings zum einen die Satzung den restriktiven Anforderungen des AktG genügen muss und zum anderen die Entscheidungskompetenzen der Hauptversammlung durch das AktG vorgegeben und nicht frei gestaltbar sind, sind die Einflussmöglichkeiten letztlich geringer als bei der GmbH.

eingetragene Genossenschaft

Wie die GmbH und die AG hat auch die e. G. eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur richtet sich nach der Satzung, die den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes (GenG) Rechnung tragen muss.

Organe der e.G. sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Generalversammlung bzw. bei Genossenschaften mit mehr als dreitausend Mitgliedern die Vertreterversammlung.

Anders als bei der GmbH oder der AG, bei der die Höhe des gehaltenen Kapitals über die Anzahl der Stimmen in der Gesellschafterversammlung bzw. Hauptversammlung entscheidet, hat hier jeder Genosse, unabhängig von der Anzahl seiner Genossenschaftsanteile, nur eine Stimme. Damit sind die Einflussmöglichkeiten der Stadt äußerst gering.

Im Übrigen kann im Rahmen der Vertreterversammlung nur eine natürliche, unbeschränkt geschäftsfähige Person, die auch Mitglied der Genossenschaft ist, zum Vertreter bestellt werden. In den Fällen, in denen aufgrund der Anzahl der Mitglieder die Vertreterversammlung das Organ der Genossen ist, hat die Stadt als juristische Person des öffentlichen Rechts keine Möglichkeit, ein Mitglied zu entsenden.

stadt
oberhausen

Beteiligungsrichtlinien

der Stadt Oberhausen

Stand:

Ratsbeschluss 16.12.2002

Richtlinien über die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung der Stadt Oberhausen

(Beteiligungsrichtlinien)

P r ä a m b e l

Die Stadt Oberhausen hat in den vergangenen Jahren in weitreichendem Maße Gesellschaften zur Wahrnehmung kommunaler Aufgaben gegründet. Die Argumente dafür waren unterschiedlich. Neben erwarteten Effektivitätssteigerungen und der Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung waren auch Strukturwandelaspekte für die Entscheidung maßgebend, Aufgaben in privaten Rechtsformen wahrzunehmen.

Unabhängig von der Frage in welcher Rechtsform städtische Aufgaben erledigt werden, muss der Rat der Stadt die ihm von den Bürgerinnen und Bürgern übertragene Verantwortung sowie die in der Gemeindeordnung festgeschriebenen Rechte wahrnehmen können. Hierzu müssen die Steuerungsmöglichkeiten des Rates und der einzelnen Ratsmitglieder weiter gestärkt werden.

Durch die Ausweitung der städtischen Beteiligungen stellen sich neue Anforderungen an die Arbeit der politischen Gremien und an die Verwaltung. Insbesondere die Sicherung der politischen Steuerung des Rates und die umfassende Information der Ratsmitglieder muss gewährleistet sein.

Dazu sind konzernpolitische Vorgaben notwendig. Hierdurch werden politische Wertungen mit städtischem Gesamtbetrachtungsansatz möglich. Die Grundlagen dafür werden durch die nachfolgenden Beteiligungsrichtlinien geschaffen.

1. Wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung

Die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung der Stadt Oberhausen richtet sich nach den in der Gemeindeordnung NW (GO NW) festgelegten Grundsätzen.

2. Geltungsbereich

„Beteiligungen“ im Sinne dieser Richtlinien sind alle nach den Vorschriften des Gemeindewirtschaftsrechts des Landes Nordrhein- Westfalen zulässigen Formen der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden, derer die Stadt Oberhausen sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient.
Diese Richtlinien gelten grundsätzlich in allen Fällen, in denen die Stadt Oberhausen an juristischen Personen des privaten oder öffentlichen Rechts unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 20 % beteiligt ist, für alle im Oberhausener Stadtgebiet tätigen Beteiligungen der Sparte Ver- und Entsorgung, sowie sinngemäß für eigenbetriebsähnliche Einrichtungen, Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts, soweit keine übergeordneten

Regelungen entgegenstehen. Sie binden Rat und Verwaltung sowie die entsprechenden Vertreterinnen und Vertreter in den Organen und Gremien der Beteiligungen.

3. Steuerung der Beteiligungen

3.1. Die Steuerung der Beteiligungen im Sinne dieser Richtlinien vollzieht sich durch

- den Rat der Stadt Oberhausen,
- den Hauptausschuss,
- den Finanzausschuss,
- die Fachausschüsse,
- den Verwaltungsvorstand,
- die jeweils zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten.

3.2. Die jeweils zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten (Beteiligungsverwaltung) sichert die Wahrung der kommunalen Rechte und Pflichten in den Beteiligungen.

4. Zuständigkeiten im Rahmen der Beteiligungsverwaltung

4.1 Rat der Stadt Oberhausen

Der Rat der Stadt beschließt

- Grundsätze und Ziele der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Oberhausen,
- über Gründung, Erweiterung, Auflösung, Veräußerung sowie Änderung der Rechtsform einer Beteiligung,
- über Rechtsgeschäfte, die den Einfluss der Stadt Oberhausen auf Beteiligungen verändern,
- die Bestellung und Abberufung der Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Oberhausen in Gesellschaftsversammlungen, Aufsichtsräten und vergleichbaren Organen und Gremien,
- Änderungen der Gesellschaftsverträge,
- den Beteiligungsbericht,
- in für die Stadt besonders wichtigen Angelegenheiten über Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen sowie Empfehlungen und -soweit rechtlich zulässig- Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Aufsichtsorganen und -gremien.

Der Rat ist für die Gesamtsteuerung der städtischen Beteiligungen zuständig.

4.2 Hauptausschuss

4.2.1 Der Hauptausschuss berät alle Angelegenheiten vor, die vom Rat der Stadt zu beschließen sind und erteilt entsprechende Beschlussempfehlungen.

4.2.2 Der Hauptausschuss erhält im Rahmen der Gesamtsteuerung der Beteiligungen regelmäßig Berichte über von ihm ausgewählte Beteiligungen . Über Berichtsintervalle entscheidet er im Einzelfall.

Berichtet wird u.a.

- über die Tätigkeiten, Zielvereinbarungen und Ergebnisverläufe der Beteiligungsgesellschaften, insbesondere über wirtschaftliche, personelle und finanzielle Entwicklungen,
- außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung über erhebliche Veränderungen der prognostizierten Entwicklungen.

Der Hauptausschuss stellt die Beachtung des gesamtstädtischen Interesses gegenüber den Beteiligungen sicher.

In für die Stadt besonders wichtigen Angelegenheiten kann er Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen und Empfehlungen an die Vertreterinnen und Vertreter in den Aufsichtsorganen und -gremien beschließen, sofern dies dem Rat nicht möglich ist.

4.2.3 Der Hauptausschuss ist als Fachausschuss zuständig für die Beschlüsse über Zielvereinbarungen für die Gesellschaften des Strukturwandels und die Kontrolle ihrer Einhaltung.

4.2.4 Der Hauptausschuss beschließt Rahmenbedingungen über die grundsätzliche Struktur der Verträge und Anstellungsbedingungen der Werkleitungen, Vorstände, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Prokuristinnen und Prokuristen, soweit vorhanden. Die Entscheidung über Auswahl und Anstellung trifft das jeweilige Aufsichtsorgan oder -gremium. Der/ die Vertreter/in der Stadt in der Gesellschafterversammlung oder dem ihr entsprechenden Organ nimmt die Bestellung vor, soweit nicht gesetzlich etwas anderes vorgeschrieben ist. Einzelheiten der Verträge, Entlohnung und Prämienzahlungen sind jeweils durch einen im Gesellschaftsvertrag oder der Satzung festzulegenden Personalausschuss des Aufsichtsrates zu bestimmen.

4.3 Finanzausschuss

Der Finanzausschuss berät alle Angelegenheiten der Beteiligungen, die finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Haushalt und das Vermögen der Stadt Oberhausen haben, insbesondere Zuschüsse, Verlustabdeckungsverträge, und Bürgschaften.

4.4 Fachausschüsse

Die Fachausschüsse beschließen die strategischen Zielvereinbarungen und kontrollieren ihre Einhaltung durch die Beteiligungen, die inhaltlich in ihren Zuständigkeitsbereich fallen.

Hierzu erhalten sie regelmäßige Berichte über Abarbeitung dieser Zielvereinbarungen. Über Berichtsintervalle und Gestaltung des Berichtswesens entscheiden sie im Einzelfall.

Die Fachausschüsse werden über Abweichungen von den Zielvereinbarungen außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung informiert.

Sie erhalten auf Wunsch Berichte über die Kontrolle der Aufgabenerledigung der Gesellschaften in ihrem Aufgabenbereich und, im Rahmen der Budgetierung, über die Verwendung der entsprechenden Haushaltsmittel.

4.5. Verwaltungsvorstand

Der Verwaltungsvorstand ist zuständig für die Koordination der Arbeit der städtischen Beteiligungen, die Durchsetzung der städtischen Gesamtinteressen und die Gesamtkontrolle der Aufgabenerledigung der Beteiligungen durch die Stadt. Grundsätzlich sollen Dezernentinnen und Dezernenten die Aufgaben der Vertreterinnen und Vertreter in Gesellschafterversammlungen und diesen vergleichbaren Organen wahrnehmen. Die Zuordnung erfolgt analog zur Zuordnung der Beteiligungen zu den Fachausschüssen.

4.6 Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten

4.6.1 Die zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten hat folgende Aufgaben:

A. Unabhängige Beratung und Information bei allen die Beteiligungen betreffenden Angelegenheiten

- Abstimmung der Beschlüsse des Rates der Stadt und seiner Ausschüsse mit den Zielen und Planungen der Beteiligungen,
- Überwachung der sich aus den Gesellschaftsverträgen, Geschäftsordnungen und vergleichbaren Regelungswerken für die Gesellschaften und ihre Organe ergebenden Pflichten,
- Erstellung des Beteiligungsberichtes,
- haushaltsmäßige Abwicklung der beteiligungsrelevanten Angelegenheiten.

B. Beschluss- und Vertragsvorbereitung

- Vorbereitung von beteiligungsrelevanten Gremienbeschlüssen ggfls. in Kooperation mit zuständigen Verwaltungseinheiten,
- Vorbereitung von Gesellschaftsverträgen, Satzungen sowie Geschäftsordnungen,
- Prüfung der Vereinheitlichung von bestehenden Gesellschaftsverträgen und Satzungen (dabei soll den Aufsichtsräten ein umfassender Zuständigkeitskatalog übertragen werden),
- Vorbereitung von Prokuristinnen- und Prokuristen-, Vorstands- und Geschäftsführer/innen-Verträgen,
- Vorbereitung von Rats- und Ausschussbeschlüssen.

C. Beschluss- und Verfahrenskontrolle

- Überprüfung der mit der Beteiligung angestrebten Ziele anhand der politischen Beschlüsse,
- Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen.

D. Beratung und Information bei allen die Beteiligung betreffenden Angelegenheiten

- insbesondere der Ratsmitglieder
- der Vertreterinnen und Vertreter in Gesellschafts- und Aufsichtsgremien
- der Verwaltung
- der Geschäftsführungsorgane in Beteiligungsangelegenheiten.

E. Rechtliche Prüfungen

- Zulässigkeit von Beteiligungen und Maßnahmen, die die Beteiligungen betreffen
- Notwendigkeit und Zulässigkeit von Unterbeteiligungen.

F. Strategie- und Finanzcontrolling

- Wahrnehmung des Informationsrechtes der Stadt als Gesellschafterin
- Vorbereitung von Zielvereinbarungen
- Erarbeitung eines Controllingkonzeptes
- Einführung einer einheitlichen und konsolidierungsfähigen Rechnungslegung
- Organisation eines Erfahrungsaustausches über betriebliche Controllingmaßnahmen der Gesellschaften
- Entwicklung und Wahrnehmung eines an kommunalpolitischen Zielen orientierten Finanz- und Zielcontrollings
- Entwicklung und Wahrnehmung eines Risikomanagements für die Stadt

G. Aktenführung

- Aufbewahrung der Beteiligungsakten
- Aufbewahrung der Anstellungsverträge der Werkleitungen, Vorstände, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Prokuristinnen und Prokuristen.

4.6.2 Zur Steigerung der Effektivität der Aufgabenwahrnehmung nimmt die zuständige Verwaltungseinheit an den Sitzungen der Aufsichtsräte und der Gesellschafterversammlungen der Beteiligungsgesellschaften mit Gaststatus teil soweit höherrangiges Recht dem nicht entgegensteht.

5. Beteiligungscontrolling

5.1 Durch das Beteiligungscontrolling wird die zentrale Planung, Steuerung und Kontrolle der Beteiligungen durch die Stadt Oberhausen sichergestellt. Dazu ist es erforderlich, Zielvereinbarungen zu definieren, die als Grundlage für das Beteiligungscontrolling dienen.

5.2 Die Zielvorgaben und Rahmenbedingungen werden durch die Gremien des Rates der Stadt beschlossen. Sie sollen Festlegungen in folgenden Bereichen enthalten:

- Strategie

  Strategische Zielvereinbarungen berücksichtigen

  - stadtentwicklungspolitische Anforderungen,
  - finanzwirtschaftliche Aspekte,
  - Angebot an Bürgerinnen und Bürger.

- Operatives Geschäft

  Zielvorgaben im operativen Bereich können u. a. umfassen:

  - innerorganisatorische Angelegenheiten,
  - Umfang der Anforderungen aus gesetzlichen Bestimmungen (Berichte im Rahmen des KonTraG).

- Finanzwirtschaft

  Zielvereinbarungen können folgendes Spektrum umfassen:

  - Haushalt der Stadt (Zuschusshöhe/Gewinne),
  - städtisches Vermögen,
  - Anforderungen aus dem KonTraG,
  - Wirtschaftsplan (z. B. Umsätze der Gesellschaft).

5.3 Die Einhaltung der Zielvereinbarungen wird durch ein Berichtswesen dokumentiert. Bei außergewöhnlichen Abweichungen werden Gegensteuerungsmaßnahmen aufgezeigt und den städtischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

5.4 Das regelmäßige Berichtswesen für die Einzelgesellschaften erfolgt gestaffelt nach der Bedeutung der Beteiligungen für die Stadt. Eine entsprechende Staffelung, sowie Einzelheiten zur Gestaltung des Berichtswesen beschließt der Hauptausschuss. Im Rahmen des Berichtswesens wird ein betriebswirtschaftliches Kennzahlensystem für die Gesellschaften der Sparte Ver- und Entsorgung eingeführt. Eine Gesamtübersicht über die über die Entwicklung der Beteiligungen erfolgt zweimal jährlich.

6. Rechte und Pflichten der Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen

6.1.1 Die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen wahren die Interessen der Stadt Oberhausen und sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden, soweit nicht höherrangiges Recht entgegensteht.

Die Verwaltung bereitet auf der Grundlage der Sitzungsunterlagen Stellungnahmen für die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen vor und gibt Beschlussempfehlungen.

6.1.2 Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in

- Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen unterrichten den Rat und die Ausschüsse im Rahmen deren Zuständigkeit,

- Aufsichtsräten sowie vergleichbaren Organen und Gremien (bestellt nach § 113 GO) unterrichten den Oberbürgermeister und in Absprache mit diesem die zuständigen Ausschüsse, der Oberbürgermeister den Rat und den Hauptausschuss

über alle wesentlichen Angelegenheiten der Beteiligungen frühzeitig und umfassend.

6.1.3 Die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen setzen sich aktiv für die Umsetzung dieser Beteiligungsrichtlinien ein und tragen dafür Sorge, dass entsprechende Anweisungen an die jeweils Verantwortlichen in den Beteiligungen ergehen. Zudem arbeiten sie in ihren Organen und Gremien darauf hin, dass die in diesen Beteiligungsrichtlinien genannten Punkte, soweit sie nicht Inhalt des jeweiligen Gesellschaftsvertrages oder der jeweiligen Satzung sind, in Geschäftsordnungen für die Geschäftsführungen und Aufsichtsorgane und -gremien manifestiert werden.

7. Inkrafttreten

7.1 Diese Beteiligungsrichtlinien treten am *01.01.2003* in Kraft.

Anlage 1

Beteiligungsrichtlinien

Geltungsbereich: alle un-/mittelbaren Beteiligungen ab 20% sowie alle im Oberhausener Stadtgebiet tätigen Beteiligungen der Sparte Ver- und Entsorgung

Zuständigkeiten:

Rat	Hauptausschuss	Finanzausschuss	Fachausschuss	Verwaltung
• Grundsätze / Ziele • Gründungsbeschlüsse, Einflussänderungen, Aufgabe von Beteiligungen u.a. • Gremienbesetzung • Gesellschaftsverträge • Beteiligungsbericht • Weisungen / Empfehlungen an Vertreter/-innen in wichtigen Angelegenheiten	• Vorberatung Ratsvorlagen • Berichte für ausgewählte Beteiligungen . Tätigkeiten, Zielvereinbarungen, Ergebnisse . besondere Entwicklungen • Beschluss über Zielvereinbarungen und Kontrolle für Gesellschaften des Strukturwandels • Mitspracherecht Struktur Verträge und Anstellungsbedingungen Geschäftsführungen • Weisungen / Empfehlungen an Vertreter/-innen in wichtigen Angelegenheiten	• Vorberatung über alle haushalts- und vermögensrelevanten Angelegenheiten der Beteiligungen, insbesondere . Zuschüsse . Verlustabdeckungen . Bürgschaften	• Beschlüsse über strategische Zielvereinbarungen, die inhaltlich in die Zuständigkeit fallen • Berichte (auf Wunsch) zur Aufgabenerledigung der Beteiligungen • Information über Abweichungen von Zielvereinbarungen außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung	• Koordination • Beschluss- und Vertragsvorbereitung • Beschluss- und Verfahrenskontrolle • Beratung • rechtliche Prüfung • Strategie- und Finanzcontrolling • Aktenführung • Teilnahme an Sitzungen des Aufsichtsrats/der Gesellschafterversammlung

Anlage 2

Zuordnung der Gesellschaften zu städtischen Ausschüssen
(Gesellschaften, an denen die Stadt mit min. 20% beteiligt ist, sowie alle Gesellschaften der Sparte Ver- und Entsorgung)
Beteiligungsrichtlinien
stadt oberhausen
Schulausschuss
WBO (Schulangelegenheiten)
OGM (Haustechn. Dienst, Schulbausanierung)
Umweltausschuss
WBO (Grün/Gebühren)
OGM (Beschaffung, Facility Management)
GMVA
EVO Energieversorgung
Sportausschuss
WBO (Sportanlagen)
OGM (sportspez. Angelegenheiten)
Revierpark Vonderort
Sozialausschuss
BFO
ASO
Planungsausschuss
STOAG (Verkehrsplanung)
TMO Zentrenmanagement
Bau- und Wohngenossenschaft Am Ruhrufer e.G.
Kulturausschuss
IKF
Theater
Hauptausschuss
GEG, TZU, OBauFö, PBO, OVZ, OVP, ENO, VZS, Schloss, Gasometer, CPO, TMO (Tourismus), LAH

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AO	Abgabenordnung
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
ASO	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
BFO	Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BSO KG	Biostrom Oberhausen GmbH & CO. KG
BVR	Busverkehr Rheinland
ca.	circa
CPO	Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH
CVUA-RRW	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
DM	Deutsche Mark
DSD	Duales System Deutschland
e. G.	eingetragene Genossenschaft
ecce	427uropean centre for creative economy GmbH
EEG	Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien
EigVO NW	Eigenbetriebsverordnung NW
ekz	Einkaufszentrale für Bibliotheken GmbH
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUR	EURO
ENO	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
e. V.	eingetragener Verein
evo	Energieversorgung Oberhausen
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GEG	Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH
GenG	Genossenschaftsgesetz
GE-WO	Gemeinnützige Wohnungsbau e. G. Oberhausen-Osterfeld
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GKDO	Gesellschaft für kommunale Dienste Oberhausen
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GMVA	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein
GO NW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
ha	Hektar
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
hast	Haushaltsstelle
IKF	Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
i. L.	in Liquidation
inkl.	inklusive

KG	Kommanditgesellschaft
KOSTAT-DST	Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag GmbH
KSBG KG	Kommunale Beteiligungsgeselllschaft GmbH & Co. KG
LAH	Luise-Albertz-Halle
LEG	Landesentwicklungsgesellschaft NW
LGO	Landesgartenschau Oberhausen GmbH
Mio.	Millionen
MVA	Müll-Verbrennungsanlage
Nr.	Nummer
NW	Nordrhein-Westfalen
OBG	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH
OB-Netz	Oberhausener Netzgesellschaft mbH
o. g.	oben genannte
OGM	Oberhausener Gebäudemanagement GmbH
OLGA	Oberhausener Landesgartenschau 1999
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
OVP	O.Vision Projektgesellschaft mbH
OVZ	O.Vision Zukunftspark GmbH
PBO	Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH
PPP	Public-Private-Partnership
rd.	rund
RVR	Regionalverband Ruhr
RW	Rheinisch-Westfälisch
RWE	RWE AG
RWW	Rheinisch-Westfälische-Wasserwerksgesellschaft
RZO	Recycling-Zentrum Oberhausen
SODA	Soziale Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
SpkG	Sparkassengesetz
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
STOAG	Stadtwerke Oberhausen GmbH
TASi	Technische Anleitung Siedlungsabfall
TCO	TheatrO CentrO GmbH
TDM	Tausend Deutsche Mark
TEUR	Tausend EURO
TMO	Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH
TZU	Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
UA	Unterabschnitt
u. a. m.	und anderes mehr
UMSICHT	Institut für Umwelt- und Sicherheitstechnik

VkA	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
vorl. Ist	vorläufiges Ist
VRR	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
VU	Verkehrsunternehmen
VZO	Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
VZS	Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH
WBO	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WFO	Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
WE	Wohneinheiten
ZV	Zweckverband

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen *380*
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH *308*
ASO Service GmbH *316*

Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G. *296*
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH *324*
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG *326*
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH *302*
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG *98*
Biostrom Oberhausen Management GmbH *104*

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) *336*

ecce - european centre for creative economy GmbH *236*
Energiegenossenschaft Handwerk e.G. *160*
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO *244*
evo Energieversorgung Oberhausen AG *70*

FSO GmbH & Co.KG *162*
FSO Verwaltungs- GmbH *180*

Gasometer Oberhausen GmbH *258*
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH *188*
GMVA GmbH & Co. KG *198*
GMVA Verwaltungs-GmbH *204*

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH *280*

Jobcenter Oberhausen *320*

KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH *124*
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG *130*

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH *272*

Oberhausener Netzgesellschaft mbH (bis 31.12.2013: evo Energie-Netz GmbH) *88*
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH *28*
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH *66*

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH *62*
Public Konsortium d-NRW GbR *332*

Quantum GmbH *108*

Revierpark Vonderort GmbH *288*
RWE Aktiengesellschaft *184*
RW Holding Aktiengesellschaft *186*
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH *208*
Stadtsparkasse Oberhausen *340*

STEAG GmbH *156*
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH *38*
strasserauf GmbH *120*

Theater Oberhausen *372*
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH *262*
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH *232*

VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH *222*
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH (ehem. VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH) *250*
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH *54*
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH *226*